

GESCHICHTLICHE
LANDESKUNDE

BAND 46

HERAUSGEBER: MICHAEL MATHEUS



KURT DÜWELL / MICHAEL MATHEUS (HRSG.)

KRIEGSENDE UND NEUBEGINN

WESTDEUTSCHLAND UND LUXEMBURG
ZWISCHEN 1944 UND 1947



FRANZ STEINER VERLAG
STUTT GART

GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
VERÖFFENTLICHUNGEN DES INSTITUTS FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
AN DER UNIVERSITÄT MAINZ

BEGRÜNDET VON LUDWIG PETRY UND JOHANNES BÄRMANN
WEITERGEFÜHRT VON ALOIS GERLICH
HERAUSGEGEBEN VON MICHAEL MATHEUS

BAND 46



FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1997

GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE

BAND 46

KRIEGSENDE UND NEUBEGINN

WESTDEUTSCHLAND UND LUXEMBURG
ZWISCHEN 1944 UND 1947

HERAUSGEGEBEN VON

KURT DÜWELL UND MICHAEL MATHEUS

MIT 34 ABBILDUNGEN



FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1997

Umschlagbild:
Kriegszerstörungen in Alzey 1945
(aus: Alzey anno dazumal, Bd. 2, 1930–55, hrsg. v. Walter Zuber, Landau 1982)

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Alzeier Volksbank

Redaktion: Hedwig Brüchert
Elmar Rettinger

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Kriegsende und Neubeginn : Westdeutschland und Luxemburg
zwischen 1944 und 1947 / hrsg. von Kurt Düwell und Michael
Matheus. - Stuttgart : Steiner, 1997
(Geschichtliche Landeskunde ; Bd. 46)
ISBN 4-515-06974-7



ISO 9706

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen. Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. © 1997 by Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart. Druck: Rhein Hessische Druckwerkstätte, Alzey.
Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	VII
Horst Matzerath	
Rheinische Großstädte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Notverwaltung oder Neubeginn?	1
Klaus Schwabe	
Aachen am Ende des Zweiten Weltkrieges: Auftakt zur Nachkriegszeit?.....	21
Herbert Schwedt	
Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit – nach Berichten von Zeitzeugen.....	33
Emile Krier	
Luxemburg am Ende der Besatzungszeit und der Neuanfang	69
Kurt Düwell	
Trier und sein Umland in der Schlußphase des Zweiten Weltkriegs	97
Peter Brommer	
Koblenz und der Mittelrhein zwischen Zerstörung und Wiederaufbau	107
Jost Dülffer	
Vom Westwall zu den Rheinwiesenlagern.....	139
Karl-Heinz Rothenberger	
Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz.....	159
Rainer Möhler	
Politische Säuberung im Südwesten unter französischer Besatzung	175
Helmut Mathy	
Zerstörung und Aufbau in Mainz 1945-1948.....	193
Rainer Karneth	
1945 – Kriegsende und Neubeginn in Alzey und Umgebung. Anmerkungen zu einer Sonderausstellung des Museums der Stadt Alzey (28.4.-11.6.1995).....	245
Orts- und Personenregister	251

VORWORT

Im Unterschied zum Kriegsende vom Herbst 1918, als das deutsche Heer noch einen geordneten Rückzug an der Westfront organisieren konnte, war der deutsche militärische Zusammenbruch 1945 nicht nur im Westen des Reiches ein heilloses Chaos. Auf den Landstraßen im Pfälzer Wald und im Hunsrück, dann auch in der Eifel, türmten sich zerschossene deutsche Fahrzeuge und machten jeden Verkehr und den Rückzug der deutschen Truppen fast unmöglich. Die amerikanischen Panzer konnten auf Seitenwegen die auf den Straßen steckenbleibenden deutschen Einheiten überholen, zum Rhein vorstoßen und von Oppenheim aus nach Norden hin die sich mühsam absetzenden deutschen Truppen noch vor Erreichen des Rheins z.T. stellen und gefangennehmen.

Die vorrückenden amerikanischen Truppen schufen in den besetzten deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen eine erste vorläufige neue Verwaltung, indem sie Nazi-Bürgermeister und -Landräte entließen und durch andere politische Kräfte und Beamte ersetzten. Dies geschah in der ersten frühen Zeit (April bis Juli 1945) nicht immer nach einheitlichen Grundsätzen, wie das besonders herausragende Beispiel der Einsetzung des Oberbürgermeisters Oppenhoff schon 1944 in Aachen zeigte. Auch verhielten sich die einrückenden kämpfenden Truppen gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung vielfach konzessions- und gesprächsbereiter als die nachrückenden Etappeneinheiten, die das Fraternisierungsverbot der Direktive JCS 1067 meist viel strikter befolgten als die ersten einrückenden Eroberer. Sie begegneten der deutschen Bevölkerung oft mit abweisender Härte, ganz im Sinn jener Direktive. Wen die Amerikaner jedoch in der lokalen und regionalen deutschen Verwaltung für unbelastet hielten, den beließen sie meist im Amt. Und sofern dann, besonders auf der lokalen Ebene der Gemeinden – ob mit oder ohne Auswechslung der Bürgermeister und Ortsvorsteher –, die Verwaltung fast ohne Unterbrechung weiterarbeitete, gab es hier eine Kontinuität des deutschen Staates auf seiner unteren Ebene. Die oberste Gewalt in Deutschland ging dagegen mit der Berliner Erklärung der vier alliierten Mächte vom 5. Juni 1945 auf die vier Siegermächte bzw. dann auf den Alliierten Kontrollrat über.

Besonders im Westen des Reiches, mit dessen Lage am Ende des Zweiten Weltkriegs sich die Beiträge dieses Bandes befassen, wurden schon im Frühjahr 1945 die Grundlagen der künftigen deutschen Ordnung von den Amerikanern gelegt, bevor dann Briten und Franzosen die ihnen in Jalta im Februar 1945 bzw. in den darauffolgenden interalliierten Abmachungen zugewiesenen Besatzungszonen endgültig besetzten und z.T. neu ordneten.

Die Hauptprobleme in der unmittelbaren Nachkriegszeit lagen für die lokale und regionale Verwaltung in der Rückführung der besonders aus den Großstädten und aus den Kampfgebieten im Westen evakuierten Bevölkerung, in der dringendsten Nahrungsmittelversorgung und in der gerechten Verteilung des noch vorhandenen, von den Luftangriffen der Alliierten nicht zerstörten Wohnraums. An diesen Aufgaben wurden von der Besatzungsmacht auch die Leistungen der neu eingesetzten deutschen Kommunalpolitiker gemessen. Schon Anfang März 1945 war z.B. in Trier der Direktor des Bürgervereins, Friedrich Breitbach, von Oberstleutnant Speaks (10. Amerikanische

Panzerdivision) als Oberbürgermeister eingesetzt worden. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, die 1945/46 täglich 300 bis 400 zurückkehrenden Menschen zu versorgen und geordnete Verhältnisse in der Stadt zu schaffen. Die Besatzungsmacht hat die Schwierigkeiten solcher Aufgaben nicht immer hinreichend berücksichtigt und z.B. einen verdienten Oberbürgermeister wie Dr. Rudolf Walther in Mainz wieder entlassen. Der französische Militärgouverneur Bouley bemerkte im August 1945, daß er bei einem Besuch in Mainz noch dieselben Steine auf der Straße angetroffen habe wie zwei Monate zuvor.

Daß eine solche Aufgabe angesichts riesiger Trümmerberge in den Städten nicht ohne weiteres zu lösen war, zeigte sich in ähnlicher Weise in Köln, wo von 58.000 Häusern, die die Stadt vor dem Krieg zählte, nicht einmal 400 den Krieg unbeschädigt überstanden hatten. Brigadier Barraclough, der Leiter der örtlichen britischen Militärregierung, der Köln am 21. Juni 1945 von den Amerikanern übernommen hatte, setzte schon am 6. Oktober Oberbürgermeister Konrad Adenauer wieder ab, weil der, wie die noch von den Amerikanern gegründete Zeitung »Kölnischer Kurier« schrieb am 9. Oktober 1945, *bei der Durchführung der Politik der Militärregierung nicht die genügende Energie gezeigt habe, insbesondere nicht im Zusammenhang mit dem Bau von Unterkünften für die Bevölkerung als Schutz vor dem kommenden Winter*. Am gleichen Tag wurde übrigens auch der Oberpräsident der Nordrhein-Provinz, Johannes Fuchs, von den Engländern wegen angeblicher Unfähigkeit abgesetzt. In diesen und einigen anderen ähnlich gelagerten Fällen wurde durch solche Entlassungen von der Besatzungsmacht zum Teil versucht, die Schuld an den Unzulänglichkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung der deutschen Seite zuzuweisen.

Die unmittelbare Nachkriegssituation war nicht zuletzt neben den kriegsbedingten Zerstörungen in Stadt und Land und den Entbehrungen der Bevölkerung auch durch den Wechsel der Militärverwaltungen im Juni 1945, beim Übergang von der amerikanischen zur französischen bzw. britischen Besatzung, gekennzeichnet. Die Zonengrenzen, besonders die der französischen Zone, wurden dabei in der Phase 1945/46 immer mehr zu wirtschaftlichen Trennlinien, zugleich auch zu einem Hindernis für die Mobilität der Bevölkerung. Das hat z.B. einen schnellen Wiederaufbau der westdeutschen Städte und eine zügige Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in den ersten Jahren nicht unerheblich behindert.

Dies sind nur einige jener Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, mit denen sich dieser Sammelband vorwiegend befaßt, wobei keineswegs alle denkbaren und wünschenswerten Aspekte berücksichtigt werden können. Es handelt sich um die überarbeiteten Vorträge des 7. Alzeier Kolloquiums, das im Jahre 1995 vom Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz in Verbindung mit der Stadt Alzey und dem Altertumsverein für Alzey und Umgebung veranstaltet wurde. Die Studien behandeln vor allem den pfälzischen, den rheinhessischen sowie den rheinisch-moselländischen Raum. Der Beitrag über das 1940 von der deutschen Wehrmacht besetzte Luxemburg sowie über die bis 1955 reichende luxemburgische Besetzung deutscher Territorien schärft den Blick für grenzüberschreitende Probleme am Ende der Besatzungszeit sowie in den ersten Nachkriegsjahren. Zusammen mit einigen jüngst erschienenen Sammelbänden zu anderen Regionen eröffnen die Untersuchungen inter-

essante Möglichkeiten des Vergleichs für die Erforschung dieses Zeitraumes. Hier liegt noch ein weites Feld für landesgeschichtliche Forschungen.

Das 7. Alzeyer Kolloquium profitierte in den Beiträgen der Referenten, der Diskussionsleiter sowie der Diskutanten auch von der engen Kooperation zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz. Verteter der Universitäten des Landes, Koblenz-Landau (K.-H. Rothenberger), Mainz (W. Baumgart, M. Matheus, H. Mathy, H. Schwedt) und Trier (K. Düwell), waren ebenso beteiligt wie solche des Landeshauptarchivs Koblenz (P. Brommer) und der Landeszentrale für politische Bildung (H.-G. Meyer). Dankenswerterweise haben Referenten aus Aachen (K. Schwabe), Köln (J. Dülffer, H. Matzerath), Luxemburg (E. Krier) und Saarbrücken (R. Möhler) ihre Forschungsergebnisse sowohl in das Kolloquium als auch in den vorliegenden Sammelband eingebracht. Der Beitrag des Volkskundlers H. Schwedt macht über die skizzierten Ergebnisse eines Forschungsprojektes hinaus auch ein wichtiges Anliegen des Mainzer Instituts deutlich, nämlich die seit vielen Jahrzehnten bewährte fächerverbindende und interdisziplinäre Zusammenarbeit. Der Bericht über die vom Museum der Stadt Alzey erarbeitete und im Rahmen des Kolloquiums eröffnete Sonderausstellung (R. Karneth) resümiert einen gelungenen Versuch der Erinnerungsarbeit auf lokaler Ebene.

Aufs Ganze gesehen, könnte der vorliegende Sammelband dazu beitragen, daß die Diskussion um den 8. Mai 1945 nicht auf die viel zu grobe Alternative Niederlage oder Befreiung reduziert wird. Mit der von Deutschland verschuldeten Katastrophe verbunden und verbinden sich vielfältige kritische Erfahrungen, Erinnerungen und Wahrnehmungen. Von den unterschiedlichen Perspektiven der Zeitgenossen ist in den Beiträgen ebenso die Rede wie von verschiedenen Deutungen im zeitlichen Abstand: Bilder von Trümmerlandschaften und Zerstörungen; die Erinnerung an vielfaches menschliches Leid, an Hunger, Not und Chaos, an bittere Verlusterfahrungen, aber zugleich auch das Erinnern an die von Angst begleiteten Hoffnungen auf Frieden, Neuanfang und Aufbruch. Den nachgeborenen Generationen fällt es nicht leicht, den Preis wahrzunehmen, den die Kriegsgeneration zu entrichten hatte. Zudem läßt erst das Vergegenwärtigen aller Folgen der Nazi-Ära das ganze Ausmaß an Schuld und Zerstörungskraft seit 1933 erkennen. Das Erinnern daran muß aber ein wesentlicher Bestandteil unseres kollektiven Gedächtnisses bleiben.

Danken möchten die Herausgeber des Sammelbandes für die von der Stadt Alzey und dem Altertumsverein für Alzey und Umgebung erhaltene Unterstützung, nicht zuletzt dem Sponsor der Veranstaltung, der Alzeyer Volksbank, namentlich Herrn Direktor W. Gerlach. Für die redaktionelle Betreuung des Bandes danken wir Frau H. Brüchert, die von Herrn E. Rettinger unterstützt wurde.

Düsseldorf, Mainz, Oktober 1997

Kurt Düwell, Michael Matheus

HORST MATZERATH

RHEINISCHE GROSSSTÄDTE NACH DEM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES. NOTVERWALTUNG ODER NEUBEGINN?

Einleitung

Am Ende des Zweiten Weltkrieges lagen nicht nur die meisten deutschen Großstädte in Trümmern, sondern auch deren Verwaltungen waren zerstört und nicht mehr funktionsfähig. Aus diesem Sachverhalt ergeben sich mehrere Fragen: Welchen Beitrag hat die Kommunalverwaltung beim Wiederaufbau des öffentlichen Lebens geleistet? Welche politischen Veränderungen haben die Stadtverwaltungen in dieser Umbruchphase durchgemacht, oder anders ausgedrückt: wie radikal war der Neuanfang? Damit mündet diese Frage in die seit langem diskutierten Themen „Stunde Null“ und „Restauration oder Neubeginn“?

Die hier angestellten Überlegungen gehen aus von dem konkreten Beispiel Kölns.¹ Die rheinische Metropole darf als eine der bedeutendsten deutschen Großstädte spezielles Interesse beanspruchen. Wichtiger aber ist, daß Köln – sieht man von dem Sonderfall Aachen ab – die erste deutsche Großstadt war, die in die Hand der Alliierten fiel und damit – zumindest zu Beginn – auch besonders im Blickfeld der alliierten Politik stand. Das Kölner Beispiel wird zugleich aber in den Zusammenhang der Entwicklung anderer rheinischer Großstädte gestellt.² Auf diese Weise soll hervortreten, was Ausdruck der Gesamtentwicklung in dieser Phase war und inwiefern das Kölner Beispiel durch Besonderheiten gekennzeichnet ist. Im Vordergrund dieses Beitrages stehen Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, und zwar im wesentlichen bis zu Beginn des Jahres 1946, d.h. also die erste Aufbauphase. Dieser Zeitraum gliedert sich für Köln in zwei Phasen: die ersten Anfänge der deutschen Verwaltung unter amerikanischer Besatzungsherrschaft sowie die Zeit der britischen Militärverwaltung. Aber auch bei den Städten, die ausschließlich unter britischer Militärverwaltung standen, lassen

-
- 1 Zur Situation Kölns bei Kriegsende vor allem: Adolf KLEIN: Köln im Dritten Reich, Köln 1983, S. 258ff.; Eric TAYLOR/Willy NIESSEN: Frontstadt Köln. Endkampf an Rhein und Ruhr, Düsseldorf 1980; Bernd A. RUSINEK: Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand – Köln 1944/45, Essen 1989. Zum Ausmaß des Luftkrieges und der Zerstörungen: P. SIMON: Köln im Luftkrieg 1939-1945, in: Statistische Mitteilungen der Stadt Köln, H.2, 1954, S. 63-124. Zur Erfahrung der Bevölkerung: Horst MATZERATH (Bearb.): „...vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich...“ Kölner erinnern sich an die Jahre 1929-1945, Köln 1985.
 - 2 Die Entwicklung Aachens bleibt weitgehend ausgeklammert. Sie ist Gegenstand eines eigenen Beitrages in diesem Band. Vgl. dazu auch: Klaus PABST: Die Nachkriegszeit begann in Aachen, in: Walter FÖRST (Hg.): Beiderseits der Grenzen, Köln 1987, S. 9-46.
-

sich deutliche Veränderungen bezüglich der Politik und der Aufbauarbeit im Ablauf des ersten Jahres der Militärverwaltung etwa um die Jahresmitte feststellen.

Die erste Phase der Besatzungsherrschaft

Die militärische Besetzung der westdeutschen Städte erstreckte sich über einen gewissen Zeitraum. Nachdem Aachen bereits am 21. Oktober 1944 von amerikanischen Truppen eingenommen worden war, erfolgte mit der Besetzung des linksrheinischen Köln am 6. März 1945 die Eroberung der ersten deutschen Großstadt.³ Bis zum April fielen dann auch die übrigen rheinischen Städte in die Hand der alliierten Truppen. Nach der unmittelbaren militärischen Besetzung gab es im Raum der früheren Rheinprovinz im südlichen (Trier, Koblenz) und mittleren Teil (Bonn, Köln, Düsseldorf) Militärverwaltungen der Amerikaner, in Teilen des Ruhrgebiets und am Niederrhein zunächst teils britische, teils amerikanische Militärbehörden.

Die Besetzung bedeutete faktisch eine Stunde Null in der politischen und kommunalen Entwicklung der Städte. Die Träger der politischen Macht waren ebenso wie die Repräsentanten der staatlichen und kommunalen Verwaltung verschwunden, die Reste der Macht- und Verwaltungsapparate waren zusammengebrochen.

In Köln waren bereits seit November 1944 die Dienststellen der meisten staatlichen Behörden und der Parteiorganisationen in das engere und weitere rechtsrheinische Umland verlagert worden, in den ersten Tagen des März 1945 erfolgte der endgültige Exodus aller Partei-, Staats- und Kommunalbehörden. Damit gab es im linksrheinischen Köln – abgesehen von einigen Beamten der Ernährungsverwaltung, die sich der Evakuierungsanordnung entzogen hatten – keine Verwaltung mehr. Die Stadt Köln selbst war in Trümmer gelegt und in der Innenstadt eine riesige Ruinenlandschaft, aus der sich relativ unversehrt der Dom erhob. Die gesamte Infrastruktur – Wasser, Elektrizität, Gasversorgung – war zerstört und zusammengebrochen. Der verheerende Luftangriff vom 2. März, mit dem Köln sturmreif gebombt worden war, hatte die letzten Reste noch funktionsfähiger Einrichtungen zerstört. Innerstädtische Verkehrsmittel gab es nicht mehr. Die Brücken waren – eine nach der anderen – seit Oktober 1944 zerstört worden; die letzte wurde unmittelbar beim Abzug von deutschen Pionieren gesprengt. Köln wurde nach nur schwachem Widerstand am 6. März 1945 eingenommen.

3 Generell zur Entwicklung Kölns unter der amerikanischen Militärverwaltung: Reinhold BILLSTEIN/Eberhard ILLNER: *You are now in Cologne. Compliments: Köln 1945 in den Augen seiner Sieger; Hundert Tage unter amerikanischer Kontrolle*, Köln 1995; März '45. Kriegsende in Köln. Ausstellung zum 50. Jahrestag der Besetzung Kölns durch amerikanische Truppen (Katalog), Köln 1995. Außerdem: *Köln 1945 – Zerstörung und Wiederaufbau*. Beiheft zur Ausstellung, (Köln 1985); Robert FROHN: *Köln 1945-1981*, Köln 1982. – Die Besetzung Kölns im Rahmen der allgemeinen Entwicklung: Klaus-Dietmar HENKE: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995. – Allgemein zur Entwicklung Kölns in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Otto DANN (Hg.): *Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46*, Wuppertal 1981.

Die Eroberung der einzelnen rheinischen Großstädte verlief unterschiedlich. Bisweilen versuchten Vertreter der Stadtverwaltung oder einzelne Bürger entgegen den ausdrücklichen Befehlen Hitlers eine friedliche Übergabe der Stadt zu erreichen. Fünf Bürger der Stadt Düsseldorf bezahlten diesen Versuch mit dem Leben: Einen Tag nach ihrer Hinrichtung zogen die Amerikaner am 17. April 1945 kampflos in die Stadt ein.⁴ In Bad Godesberg intervenierten Bürger und der Schweizer Generalkonsul von Weiss: Sie brachten zusammen mit dem am Ort verbliebenen stellvertretenden Bürgermeister eine kampflose Übergabe zustande.⁵ In Koblenz verblieb ein Verwaltungsstab der Stadt, der die Stadt den Amerikanern übergab.⁶ Im Bonn geschah dies durch einen mit Genehmigung des Gauleiters in der Stadt gebliebenen Stadtrechtsrat.⁷ Während im hart umkämpften nördlichen Rheinland die Behördenapparate teilweise bereits lange vor der Besetzung verlagert worden waren, stießen die Amerikaner im südlichen Rheinland wegen der rascheren Eroberung auf halbwegs intakte Behörden.⁸

Die Situation eines völligen Zusammenbruchs bedeutete zugleich eine Offenheit für die weitere Entwicklung, die freilich begrenzt war durch die Notwendigkeit, die Lebensgrundlagen der zerstörten Großstadt und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Denn verblieben waren in Köln etwa 45.000 Menschen – jeweils zur Hälfte im Links- und im Rechtsrheinischen, die zumeist in Bunkern und zerstörten Häusern lebten.⁹ Die Wiederingangsetzung des öffentlichen Lebens lag in dieser ersten Phase ausschließlich in der Hand der amerikanischen Militärverwaltung, in Köln unter dem Stadtkommandanten Oberst Patterson, der am 9. März offiziell seine Tätigkeit aufnahm. Dieser stellte daher auch in seinem ersten Tagesbericht vom 9./10. März 1945 fest: *There was no civil administration of any kind functioning when the Detachment became operative.*¹⁰ Die Militärverwaltung machte sich zunächst daran, die schlimmsten Schäden aufzunehmen und die Infrastruktur notdürftig wieder in Gang zu bringen, d.h. für Wasser, Elektrizität, Gas sowie Lebensmittel und Heizstoff zu sorgen, die Gesundheitsversorgung wiederherzustellen und die öffentliche Sicherheit zu garantieren.

4 Peter HÜTTENBERGER: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert). (Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 3), Düsseldorf 1989, S. 647ff. Zu Düsseldorf auch: Düsseldorf 1945-1994, 50 Jahre in Zahlen, Daten und Fakten, zusammengestellt von Andrea TRUDEWIND, Düsseldorf 1995, S. 13ff.

5 HENKE, Besetzung (wie Anm. 3), S. 357ff. Vgl. auch Hanns Jürgen KÜSTERS, Peter MENSING (Hg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944-1945, München 1986, S. 64ff.

6 Geschichte der Stadt Koblenz, Bd. 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart, Stuttgart 1993, S. 191.

7 Geschichte der Stadt Bonn, Bd. 4: Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1784-1989, Bonn 1989, S. 616.

8 HENKE, Besetzung (wie Anm. 3), S. 365.

11 Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1945/47, S. 9. – Die Angaben dazu schwanken stark.

10 Patterson-Berichte (Daily Report) Nr. 1 v. 9./10.3.1945.

Generell wurde auf alliierter Seite ein mehrstufiger Militärverwaltungsapparat aufgebaut, der sich weitgehend an die deutsche Verwaltungsorganisation anlehnte.¹¹ Die Grundlagen dafür waren bereits vor der Besetzung von anglo-amerikanischen Spezialisten erarbeitet und in einem »Handbook of Military Government in Germany« niedergelegt worden.¹² Nach diesem Konzept fungierte die Militärverwaltung als Kontrollapparat neben den deutschen Verwaltungsbehörden. Grundprinzip dieses Konzepts war das der „indirect rule“. Zumindest für die Großstädte gab es in den Stäben der Militäradministration Spezialisten für unterschiedliche Aufgabengebiete. Diese „indirekte Herrschaft“ hatte zwei Grundprinzipien: die Veränderung der Personalstruktur durch „Entnazifizierung“, damit zugleich Demokratisierung, sowie die Weitergeltung von Gesetzen, Bestimmungen und Institutionen, soweit nicht ausdrücklich nationalsozialistischen Charakters.¹³

Beim Einzug der Amerikaner waren die katholische und in einigen Städten auch die protestantischen Kirchen die einzigen Großorganisationen, die weiter funktionierten und zudem als nicht kompromittiert galten. In Köln gewann der katholische Stadtdechant Dr. Robert Grosche, der mit knapp 100 Geistlichen in der Stadt ausgeharrt hatte, während der Kölner Erzbischof nach Honnef gegangen war, als Ansprechpartner der Amerikaner eine gewisse Bedeutung. Die Erfahrungen in Aachen, wo diese Kontakte zu einer starken Einflußnahme des katholischen Milieus auf die Personalpolitik geführt hatte, veranlaßte die amerikanische Militäradministration aber zu einer gewissen Zurückhaltung.¹⁴

Die Situation in den ersten Wochen trug den Charakter eines Ausnahmezustandes. Daraus resultierten in Köln auch eine nächtliche Ausgangssperre und die sofort angeordnete Einrichtung einer Sperrzone in Höhe des Militärrings, einer ringförmigen Verbindungsstraße zwischen den ehemaligen Forts, die Köln von den Vororten trennte.¹⁵ Vorderhand blieb die rechte Rheinseite in der Hand der deutschen Truppen. Auf der rechten Rheinseite setzte unmittelbar nach dem 6. März eine kleine Gruppe von Mitgliedern der alten Stadtverwaltung unter dem Stadtkämmerer Dr. Dr. Türk die Arbeit in einem Vorort fort. Nachdem in der Zeit vom 12.-15. April auch das rechtsrheinische Köln besetzt worden war, erhielt am 26. April die neue Kölner Administration den

11 „Britische Besatzungszone“, in: Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon, 2. Aufl. Düsseldorf 1994, bes. Schaubild S. 78 (Herbst 1945).

12 Hartmut PIETSCH: Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945 bis 1948, Duisburg 1978, bes. S. 19ff.; vgl. auch HENKE (wie Anm. 3), S. 205ff.; BILLSTEIN/ILLNER (wie Anm. 3), S. 90ff.

13 Ullrich SCHNEIDER: Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung, in: Josef FOSCHEPOTH/Rolf STEININGER (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1985, S. 59.

14 Dazu bes. HENKE (wie Anm. 3), bes. S. 284ff., sowie BILLSTEIN/ILLNER (wie Anm. 3), S. 115ff. Zu Aachen siehe den Beitrag von Klaus SCHWABE im vorliegenden Band.

15 Ähnlich wurde für Bonn eine Ausgangssperre für die Zeit zwischen abends 18 und morgens 7.30 Uhr verfügt; Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 619; dazu generell: PIETSCH (wie Anm. 12), S. 26.

Auftrag, die rechtsrheinische Verwaltung abzusetzen. Drei Vertreter der neuen Verwaltung begaben sich ins Rechtsrheinische und enthoben die führenden Vertreter der Verwaltung sowie alle anderen Beamten und Angestellten, die der NSDAP angehört hatten, ihres Amtes. Aus den verbleibenden 14 nichtbelasteten Personen wurde eine rechtsrheinische Verwaltung aufgebaut.

Die Reorganisation des öffentlichen Lebens bestand zunächst in einer Reihe von Sofortmaßnahmen, die die dringendste Versorgung sicherstellen sollten. Um Personal für diese Maßnahmen zu bekommen, wurden in Köln zum 14. März alle bisherigen und ehemaligen Beamten, Angestellten und Arbeiter der städtischen und staatlichen Behörden zur sofortigen Meldung aufgefordert.¹⁶ Gleichzeitig erging ein Aufruf an die Kölner Bevölkerung, daß sich erfahrene Fachleute aus allen Bereichen der Stadtverwaltung beratend und helfend für einen Selbsthilfeausschuß zur Verfügung stellen sollten. Die neue Stadtverwaltung suchte sofort die Plünderungen zu unterbinden und ordnete unter dem 21. April die Rückgabe aller geplünderten Güter an. Zu diesen Sofortmaßnahmen gehörte auch die Berufung von Polizeikräften.

Das eigentliche Problem aber waren Spezialisten für Leitungsfunktionen. Gefordert waren qualifizierte und nach den Grundprämissen der Militärverwaltung politisch nicht kompromittierte Fachleute. Daran aber mangelte es, da die Gegner des NS-Systems bereits 1933 aus ihren Ämtern verdrängt und teilweise auch verfolgt worden waren, sich zu diesem Zeitpunkt jedenfalls auch nicht in ihrer Stadt befanden. Die nach 1933 im Amt Gebliebenen hatten sich angepaßt, im allgemeinen die Parteimitgliedschaft angenommen und galten daher als belastet.

Die Suche nach qualifizierten, politisch nicht belasteten Persönlichkeiten, die den Wiederaufbau der Verwaltung betreiben konnten, konzentrierte sich daher vor allem auf Kommunalpolitiker aus der Weimarer Zeit, die von den Nationalsozialisten aus dem Amt vertrieben worden waren, damit zugleich aber auch auf eine Generation, die noch im Kaiserreich entscheidend geprägt worden war. Namen für die Besetzung wichtiger Positionen waren seit 1943 unter der Federführung des amerikanischen Geheimdienstes in einer sogenannten „weißen Liste“ zusammengestellt worden,¹⁷ die neben den Empfehlungen politisch unbelasteter lokaler Honoratioren nun die Basis für Neubesetzungen bildete. Unter den ersten Namen, die in den Überlegungen der Amerikaner für Köln auftauchten, waren – neben Adenauer – die der früheren Beigeordneten Dr. Billstein und Dr. Suth. Suth wurde am 16. März 1945 als Leiter der Stadtverwaltung eingesetzt. Anderthalb Monate später – am 4. Mai – übernahm dann formell Adenauer als Oberbürgermeister die Leitung der Verwaltung. Ihm war dieses Amt von Patterson bereits vor der Ernennung seines Schwagers Suth und auch danach mehrfach angetragen worden. Er hatte es schließlich auf Drängen angenommen, nicht ohne sich versichern zu lassen, daß er es jederzeit wieder niederlegen könne. Bereits vor der formellen Übernahme hatte er aber als Berater Pattersons in sachlichen wie in personellen

16 Abgedruckt in: Köln 1945 – Zerstörung und Wiederaufbau (wie Anm. 3), S. 80.

17 Reinhold BILLSTEIN: Das entscheidende Jahr. Sozialdemokratie und Kommunistische Partei in Köln 1945/46, Köln 1988, S. 17.

Fragen entscheidenden Einfluß ausgeübt. In den ersten Wochen und Monaten wurde noch eine Reihe von weiteren Dezernenten berufen.

In anderen Städten verlief die Entwicklung ähnlich, wobei die Militärverwaltungen zunächst die provisorische Einsetzung eines leitenden Beamten vornahmen, der der Militärregierung gegenüber alleinverantwortlich sein und in permanentem Kontakt mit ihr stehen sollte.¹⁸ Bereits am 2. März war Trier von den Amerikanern besetzt worden, die dort schon am 5. März als Leiter der Stadtverwaltung einen „Zivilleiter“ beriefen und ihm – ähnlich wie in Aachen – weitgehend freie Hand bei der Besetzung der städtischen Ämter ließen.¹⁹ In Mönchengladbach übernahm man einen ehemaligen Beigeordneten als zeitweisen Oberbürgermeister, obwohl er der NSDAP angehört hatte,²⁰ ebenso in Koblenz einen früheren leitenden Beamten.²¹ In Bonn wurde mit Eduard Spoelgen ein 1933 entlassener Beigeordneter Verwaltungsleiter, der 1923/24 während Haft und Ausweisung des seinerzeitigen Oberbürgermeisters Falk durch die Besatzungsmacht zeitweise die Geschäfte des Oberbürgermeisters geführt hatte,²² Er bildete zunächst mit vier anderen von den amerikanischen Behörden Berufenen einen Fünferat, dem die Verwaltung der Stadt, aber auch die der Universität unterstand. Erst im August 1945 erfolgte die Ernennung zum Oberbürgermeister. Durchgängig wurden ehemalige Kommunalfachleute mit dem Amt des Verwaltungsleiters betraut, von denen die meisten dem früheren Zentrum angehört oder ihm nahestanden hatten. Das bedeutete im Ergebnis die Berufung von Vertretern aus dem bürgerlich-konservativen Lager.²³

Daß die Übernahme derartiger Funktionen vor Beendigung des Kriegsendes nicht risikolos war, hatte vor allem der Mord an Oppenhoff durch ein sogenanntes „Werwolf“-Kommando in Aachen erwiesen. Goebbels plante gleichfalls einen solchen Anschlag gegen den Anfang März 1945 in Rheydt zum Oberbürgermeister ernannten Verwaltungsdirektor Heinrich Vogelsang.²⁴ Auch Adenauer hatte aus Besorgnis vor Aktionen gegen seine noch im Feld stehenden Söhne die Annahme dieses Amtes in Köln hinausgezögert,²⁵ und in Trier hatte man dem neuen Amtsoberhaupt zugesagt, zunächst dessen Identität vor den Nazis zu verheimlichen.²⁶ Ähnlich war in Bonn die

18 PIETSCH (wie Anm. 3), S. 44ff.

19 HENKE (wie Anm. 3), S. 365f. Vgl. auch Kurt DÜWELL, Franz IRSIGLER (Hg.): Trier in der Neuzeit, Trier 1988, S. 591.

20 Margrit SOLLBACH-PAPELER: Kriegsende 1945 und frühe Besatzungszeit in Mönchengladbach und Rheydt, Mönchengladbach 1992, S. 24. Er wurde aber bereits am 2.4.1945 wieder aus dem Amt entfernt und durch den ehemaligen Polizeipräsidenten von Krefeld, Elfes, ersetzt, der schon am 4.4.1945 durch eine Versammlung von Bürgern gewählt wurde.

21 Geschichte der Stadt Koblenz (wie Anm. 6), S. 191.

22 Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 489ff. u. S. 619f.

23 HENKE (wie Anm. 3), S. 377.

24 Ebd., S. 363. Zur Ernennung von Vogelsang auch SOLLBACH-PAPELER (wie Anm. 20), S. 25.

25 Auch in Bonn erfolgte die formelle Ernennung von Spoelgen aus Schutz vor möglichen Racheakten erst später; Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 619.

26 HENKE (wie Anm. 3), S. 366.

Ernennung eines Oberbürgermeisters zunächst zurückgestellt und waren die Mitglieder des Leitungsgremiums unter den Schutz der Militärpolizei gestellt worden.²⁷

Die Besetzung der Großstädte auf dem rechten Rheinufer erfolgte erst im April 1945, nach dem Fall der Brücke von Remagen. Die Berufung der führenden Beamten vollzog sich ähnlich wie in den linksrheinischen Großstädten. Der in Koblenz 1933 entlassene Oberbürgermeister Dr. Rosendahl wurde im Mai in Essen auf Veranlassung einer Zentrumsgruppe als Oberbürgermeister eingesetzt.²⁸ In Düsseldorf wurde der ehemalige Kämmerer zum Leiter der Verwaltung ernannt, der zumeist ehemalige Zentrumspolitiker aus der Weimarer Zeit und der Wirtschaft nahestehende Liberale zu Beigeordneten berief.²⁹ In Duisburg ernannten die Amerikaner nach entsprechenden Hinweisen der katholischen Geistlichkeit den früheren Beigeordneten und Zentrumspolitiker Dr. Heinrich Weitz zum Oberbürgermeister.³⁰ Dieser arbeitete eng mit der lokalen Schwerindustrie und anderen Kreisen der Wirtschaft zusammen. Auch in anderen Städten des Ruhrgebiets, aber auch etwa in Krefeld, Wuppertal oder Remscheid,³¹ schalteten sich die Unternehmer früh in die kommunale Entwicklung ein. Im rheinischen Teil des Ruhrgebiets war nur der Solinger Oberbürgermeister Brisch, der dieses Amt bereits vor 1933 bekleidet hatte und der 1945 kurzfristig als Beigeordneter in Köln tätig war, Sozialdemokrat.

Eine Übergangserscheinung während der Phase der Besetzung bildete die Einsetzung von Ortsbürgermeistern für einzelne Stadtteile, die vor allem aus dem Ruhrgebiet bekannt ist.³² So etwa gab es in Duisburg, Essen und Oberhausen Ortsbürgermeister, die bis zur Etablierung der zentralen Stadtverwaltungen Ordnungsfunktionen wahrnahmen.

Die Reorganisation der Verwaltung ging zunächst von den Alliierten aus. In Köln legte Patterson in einem Instruktionsbrief vom 26. März an den Leiter der Stadtverwaltung Grundprinzipien für die Tätigkeit des Oberbürgermeisters fest: Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Ausscheidung von Nazismus und Militarismus, Abschaffung jeder Diskriminierung. Das bedeutete zugleich ein Beschäftigungsverbot für alle Mitglieder der NSDAP, der SA oder SS. Andererseits sollten in den Spitzenpositionen Vertreter aller nicht verbotenen politischen Überzeugungen und Wirtschaftsgruppen vertreten sein. Zugleich wurden prinzipiell „unoffizielle Bürgerausschüsse“

27 Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 619.

28 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 46. Auf Empfehlung des katholischen Stadtdechanten wurde Dr. Weitz, bis 1933 Oberbürgermeister in Trier, im Mai 1945 Oberbürgermeister von Duisburg (ebd.). Ein Überblick über die Ernennung von Oberbürgermeistern im Frühjahr/Sommer 1945: ebd., S. 313ff.

29 HÜTTENBERGER (wie Anm. 4), S. 679. In Mülheim wurde der 1933 entlassene Kämmerer mit einem Lastwagen aus Bayern geholt und zum Oberbürgermeister bestellt; PIETSCH (wie Anm. 12), S. 46.

30 HENKE (wie Anm. 3), S. 499.

31 Ebd., bes. S. 508f.

32 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 51ff.; zu Rheydt auch SOLLBACH-PAPELER (wie Anm. 20), S. 25. In Köln bis April für die ländlichen Gebiete nördlich des Militärrings: BILLSTEIN (wie Anm. 17), S. 122.

zugelassen. Die Verwaltungsgeschäfte sollten nach den Prinzipien von vor 1933 geführt werden. Die Militärverwaltungsbeamten sollten im Regelfalle nur in ihrer Eigenschaft als Aufsichtspersonen handeln.³³

Das Beschäftigungsverbot für Mitglieder der NSDAP, besonders in Beamtenpositionen, war ein zentrales Prinzip der Alliierten und insbesondere der Amerikaner. Es wurde freilich in den einzelnen Städten in unterschiedlicher Rigidität angewandt. In Bonn hatte man zunächst der Weiterbeschäftigung ehemaliger NSDAP-Mitglieder – außer in Leitungsfunktionen – zugestimmt, dann aber die ausnahmslose Beseitigung aller ehemaligen Parteimitglieder verfügt.³⁴

Unklare Konzepte und Kompetenzen auf Seiten der Militäradministration sowie Unsicherheit und Mangel an Mitteln auf Seiten der deutschen Verwaltung verhinderten zunächst eine effiziente Verwaltungsführung. In Form von Verwaltungskonferenzen der Beigeordneten suchten Suth und dann Adenauer innerstädtisch wichtige Fragen zu koordinieren.

In einer gemeinsam von Militärregierung und Stadtverwaltung Köln am 21. April 1945 herausgegebenen öffentlichen Bekanntmachung wurden die Grundprinzipien der neuen Stadtverwaltung klar herausgestellt: Sie wurde auf Anordnung der Militärregierung tätig; sie sollte die Geschäfte nur bis zum Zeitpunkt der Wahlen zur Stadtversammlung führen; sie konnte mit Zustimmung der Militärregierung Verordnungen erlassen und Anordnungen treffen; sie sollte den Aufgabenkreis aller bisher in Köln tätig gewesenen Reichs- und Staatsbehörden, die die Stadt verlassen hatten, übernehmen.³⁵ Dies entsprach voll dem Konzept der „indirekten Herrschaft“.

Die Bekanntmachung bedeutete, daß die Stadt zum Gesamtträger der öffentlichen Verwaltung geworden war. Konkret hieß das: Feuerwehr, Polizei, Gefängniswesen sowie Finanz- und Zollwesen gingen auf die Stadt über. Die Reorganisation des Staates begann also auf der untersten Ebene.

Der Wiederaufbau der Verwaltungsorganisation war mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden. Der städtische Verwaltungsbericht Kölns für die Jahre 1945/47 schilderte die Ausgangssituation: *Die Dienstgebäude ... waren durch Bombenangriffe zerstört. Akten, Büromaterial, Fernsprecher, Schreib- und sonstige Büro- und Kassenmaschinen waren fast restlos vernichtet. Das meiste Inventar war überhastet verschleppt oder so schlecht geborgen worden, daß es durch Diebstahl und Witterungseinflüsse verloren ging.*³⁶ Damit gestaltete sich der Aufbau der Verwaltung bereits von

33 HASTK (Historisches Archiv der Stadt Köln), Best. 904/479, S. 128ff. – Zu dem im März 1945 eingerichteten Selbsthilfeausschuß merkte Werner Hansen in einem Brief an Willi Eichler aus Köln vom 20.4.1945 an: *Doch dieser Selbsthilfeausschuß war nicht etwa als eine beratende Körperschaft in dem Sinne gedacht, daß ein bestimmter Personenkreis, der die verschiedenen Bevölkerungsgruppen repräsentiert, sich regelmäßig zusammensetzt und beratend und kontrollierend der Stadtverwaltung zur Seite steht. Er sollte nichts sein als eine Art Briefkasten, in den jedermann Vorschläge hineinstecken kann. Er hat keinerlei praktische Bedeutung erlangt;* Archiv der sozialen Demokratie, IJB/ISK Box 56.

34 Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 620.

35 Abgedruckt in: Köln 1945 – Zerstörung und Wiederaufbau (wie Anm. 3), S. 81.

36 Verwaltungsbericht 1945/47 (wie Anm. 9), S. 11.

seinen Voraussetzungen her mühsam, oder wie es der Verwaltungsbericht ausdrückte – *unendlich primitiv*. Ähnlich schilderte der Beigeordnete Schwering Mitte Juli 1945 die Anfänge: *Bei Aufnahme der neuen Verwaltungstätigkeit zeigte sich, daß sozusagen mit nichts angefangen werden mußte. Buchstäblich inmitten von Trümmern mußten primitive, fliegende Büros aufgemacht werden.*³⁷ Am 2. April 1945 erschien die erste Nummer des »Kölnischen Kurier«, der frühesten, von den Amerikanern herausgegebenen Zeitung in Köln. In ihr wurden auch die neuen bereits bestehenden Ämter der Stadtverwaltung genannt: neben dem Leiter der Stadtverwaltung die Beigeordneten für Gesundheit und Wohlfahrt, für das Finanz- sowie für das Bau- und Wohnungswesen, der Gefängnisdirektor, der Polizeipräsident, der Polizeileiter, der Brandmeister, der Leiter der Verwaltungspolizei und des Luftschutzwesens, der des Arbeitsvermittlungsamtes sowie der Direktor der Ernährungsamtes. Damit waren die Verantwortlichen für die Grundbedürfnisse innerhalb der in Trümmern gelegten Stadt benannt.³⁸ Als eine der ersten Maßnahmen wurde in Köln die Registrierung aller über 12 Jahre alten Personen angeordnet, Voraussetzung nicht nur für die Verteilung der Lebensmittelkarten, sondern generell für die Neuorganisation des Verwaltungshandelns und der Versorgung. Die städtische Verwaltung nahm ihren Sitz im teilweise zerstörten Allianz-Gebäude am Kaiser-Wilhelm-Ring.

Die Kooperation mit den amerikanischen Militärbehörden gestaltete sich in Köln bemerkenswert günstig, vor allem wegen der guten Beziehungen zwischen Adenauer und Patterson. In der Zusammenarbeit gelang es Adenauer, im wesentlichen seine Standpunkte durchzusetzen. Dabei schreckte er auch vor Konflikten nicht zurück. So weigerte er sich im Juni 1945, einen von der Militärregierung vorgelegten Entwurf zur Zwangsarbeit für alle Kölner vom 16. bis zum 66. Lebensjahr zu unterzeichnen.³⁹ Gestützt auf die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit und in enger Abstimmung mit den Militärbehörden begannen die Vertreter der deutschen Verwaltung zielstrebig mit dem organisatorischen und personellen Aufbau der Stadtverwaltung. Die Einrichtung der Dienststellen erfolgte rasch. Am 25. Juni 1945 erschien in Köln das erste Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung und bereits am 17. Mai 1945 die Allgemeine Geschäftsanweisung für die Stadtverwaltung Köln.⁴⁰ Aus der Situation der Nachkriegszeit geboren war die Einrichtung einiger Sonderbehörden: Besatzungsamt, Fürsorgestelle für Rückwanderer, die für entlassene politische Häftlinge, Wohnungsamt mit Möbelsicherung und -vermietung, Vermißtenstelle und Zentralstelle für Kriegsgefangene.

Gerade unter dem Aspekt der Funktionsfähigkeit der Verwaltung erwies sich die Verwendung von politisch belasteten Fachleuten als zentrales Problem. Amerikaner wie Briten machten die klare Vorgabe, daß für politisch Belastete in der Verwaltung kein Platz war. Sie verlangten daher die Vorlage von Unterlagen und Fragebogen, in denen die Betroffenen selbst über sich Auskunft geben mußten. Auf falschen oder un-

37 HASTK, Best. 904/486, S. 14.

38 Kölnischer Kurier v. 2.4.1945.

39 Werner BORNHEIM GEN. SCHILLING: Der rheinische Phönix, Konrad Adenauer 1945 – Erinnerungen eines Weggefährten, in: Die politische Meinung, Jg. 27 (1982), H. 201, S. 116.

40 HASTK, acc. 9/1/13.

vollständigen Angaben standen schwere Strafen. Die Militärbehörden hatten dann die Entscheidung, ob sie die Personalvorschläge der deutschen Behörden annahmen oder ablehnten. In dieser Phase wurden auch einige zunächst ernannte leitende Gemeindebeamte, die von den Alliierten eingesetzt waren, wegen ihrer Parteizugehörigkeit wieder abberufen; so wurde in Koblenz der ernannte Bürgermeister Lanfers abgelöst und im Juni durch einen politisch unbelasteten Anhänger der Sozialdemokratie ersetzt.⁴¹

Auch Adenauer nahm in Köln in der Personalfrage zunächst einen rigiden Standpunkt ein. Bereits Suth und dann auch Adenauer verwiesen aber in der Folgezeit den Amerikanern gegenüber insistierend auf die Schwierigkeiten, die Verwaltung ohne Fachleute mit früherer NSDAP-Mitgliedschaft aufzubauen. Diese Frage bildete einen permanenten Konfliktpunkt nicht nur in Köln, sondern auch in den anderen westlichen Großstädten. Das Ausmaß des Wechsels war in den einzelnen Städten unterschiedlich. Für die rheinischen und westfälischen Städte des Ruhrgebiets betrug der Anteil der in der unmittelbaren Nachkriegsphase Entlassenen bei den Beamten zwischen 15 und 30%, bei den Angestellten zwischen 10 und 30% und lag nur bei den Arbeitern selten über 10%.⁴² Eine andere Möglichkeit, von der beispielsweise in Duisburg intensiv Gebrauch gemacht wurde, war die Rückstufung von Beamten und Angestellten.⁴³ Zumindest die britischen Behörden schienen Wert darauf zu legen, in dieser Frage die Fäden in der Hand zu behalten.⁴⁴

Der andere Aspekt des Personalproblems war die Frage nach qualifizierten und moralisch einwandfreien Mitarbeitern. Quantitativ schienen in Köln zunächst keine Probleme zu bestehen, da sich auf den Aufruf der Militärregierung zahlreiche Personen meldeten, auch solche, die bisher nicht in der Stadtverwaltung tätig gewesen waren. Viele verfügten indessen nicht über die erforderliche Qualifikation. Aber auch bei denen, die schließlich eingestellt wurden, zeigte sich, daß die moralische Zuverlässigkeit nicht immer gegeben war. Die Notsituation und die Verwilderung der Sitten und das Aufweichen der moralischen Maßstäbe bereits in den Kriegsjahren führten dazu, daß die Stadtverwaltung zahlreiche Korruptionsfälle verzeichnete, die sich insbesondere aus der Verfügungsgewalt über knappe Güter ergaben. Zudem schien es nötig zu sein, die städtischen Bediensteten häufiger aufzufordern, sich höflich und freundlich gegenüber der Bürgerschaft zu verhalten.

Andererseits läßt sich nicht bestreiten, daß in der Verwaltung eine Aufbruchstimmung herrschte und daß mit großem Engagement Aufgaben angegangen wurden. Die Aktivität der neuen Verwaltung richtete sich vor allem zunächst auf die Wiederherstellung der Versorgungssysteme, die bemerkenswert rasch bewerkstelligt wurde. Als erstes wurde in Köln am 30. März ein großes Wasserwerk außerhalb der Stadt (Stommeln) wieder in Gang gesetzt. Ab 30. März lieferte das RWE-Netz wieder Strom. Im Mai wurden auch die ersten Verkehrslinien mit Straßenbahnen und Omnibussen wieder in Betrieb genommen, ab 1. Juni auch wieder im linksrheinischen Köln. Von vitaler Bedeutung war neben der Wiederschiffbarmachung des Rheins die Verbindung

41 Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 191.

42 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 76.

43 Ebd., S. 75.

44 So etwa in Essen; ebd., S. 74.

zwischen dem links- und rechtsrheinischen Köln. Die Amerikaner bauten zunächst eine provisorische Pontonbrücke, die im Mai 1945 durch eine behelfsmäßige Pfahljochbrücke abgelöst wurde. Diese wurde ihrerseits im Juni 1946 durch die Patton-Brücke ersetzt. Auch die Müllabfuhr nahm Anfang Juni ihre Arbeit wieder auf. Damit hatte – bei allen fortbestehenden Problemen – die Reorganisation des öffentlichen Lebens und der Versorgung der Bevölkerung einen bemerkenswerten Anfang genommen.

Das Ausmaß der Probleme, die in Köln dringend nach Lösung verlangten, ergab sich dabei nicht nur durch den Umfang der Zerstörungen, sondern zugleich dadurch, daß die aus der Domstadt ins Umland gezogenen oder in die mitteldeutschen Evakuierungsgebiete verbrachten Rheinländer rasch wieder zurückkehrten. Ende Juni 1945 hatte Köln wieder 240.000 Einwohner. Zwei Grundbedürfnisse galt es vorrangig zu befriedigen: Nahrung und Unterkunft. Die Schaffung von Wohnraum für die zurückflutende Bevölkerung, besonders durch die Wiederherstellung von beschädigtem Wohnraum, war daher eine der dringlichsten Aufgaben. Zu diesem Zweck beschlagnahmte die Stadtverwaltung am 25. April alle von ihren bisherigen Besitzern oder Mietern verlassenen Wohnungen.

Im Juni 1945 hatte der organisatorische Aufbau der städtischen Verwaltungen einen gewissen Abschluß erreicht. Die wichtigsten Bereiche der Infrastruktur funktionierten wieder. Die Stadtverwaltungen hatten eine bestimmte Struktur und Effektivität wiedererlangt. Zwar war etwa in Köln bei weitem noch nicht der Personalstand während des Krieges erreicht,⁴⁵ aber mit Ende Juli 1945 3.720 Beamten und Angestellten und 3.979 Arbeitern (einschl. Polizei) verfügte die Verwaltung wieder über einen bemerkenswerten Mitarbeiterstab, wenngleich viele von ihnen keine entsprechende Ausbildung besaßen.⁴⁶ Noch freilich fehlte es an Wichtigem: Selbst Mitte Juli 1945 bestand noch keine städtische Telefonzentrale, weil – wie Schwering schrieb – *seitens der Militärregierung nur sehr stockend weitere Anschlüsse zugestanden wurden*.⁴⁷

Etwa zu diesem Zeitpunkt traten auch die kommunale und die staatliche Ebene wieder auseinander. In der Zwischenzeit hatte die Reorganisation der staatlichen Behörden begonnen. Die Finanzämter nahmen in Köln ihre Arbeit am 1. August 1945 wieder auf. Bereits am 30. April hatten die Militärbehörden den ehemaligen rheinischen Oberpräsidenten Hans Fuchs mit der Leitung des Rheinprovinz-Militärdistrikts beauftragt, der neben der ehemaligen Rheinprovinz die Rheinpfalz, Rheinhessen und das Saarland umfaßte. Auch auf der Ebene der Regierungsbezirke begann der Prozeß der Reorganisation der staatlichen Gewalt. Sehr früh wurde in Trier bereits am 20. März 1945 ein Regierungspräsident ernannt, augenscheinlich weil die nach Bernkastel verlagerte Bezirksverwaltung wenigstens teilweise noch funktionsfähig war.⁴⁸ Schon am 25. März 1945 wurde der frühere Gewerkschafter Ludwig Philipp Lude Regierungspräsident in Aachen, Eduard Sträter am 18. April in Düsseldorf und am 8. Mai

45 Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung zu Köln, 3. Sitzung v. 18.10.1945, S. 26f.

46 HASTK, Best. 904/486, S. 6ff.; Bericht Schwerings v. 30.7.1945.

47 Ebd., S. 14f.; Schwering 18.7.1945.

48 HENKE (wie Anm. 3), S. 364. Nach DÜWELL/IRSIGLER (wie Anm. 19), S. 591: im April 1945.

der frühere Reichsrichter am Reichsfinanzhof Dr. Clemens Busch neuer Regierungspräsident in Köln.⁴⁹

Veränderungen Mitte 1945

Mitte 1945 bildet eine neue Phase in der unmittelbarem Nachkriegsentwicklung, vor allem für die Großstädte, die unter amerikanischer Militärverwaltung gestanden hatten. Die Neuregelung der Zoneneinteilung im Juni 1945 schuf die Voraussetzung für feste Zuordnungen zu einzelnen Besatzungszonen und damit auch zum Zuständigkeitsbereich unterschiedlicher Militärverwaltungen. Der nördliche Teil der alten Rheinprovinz kam geschlossen zur britischen Besatzungszone. Damit gingen die bisher von den Amerikanern verwalteten Großstädte im mittleren Teil der Rheinprovinz am 21. Juni 1945 an die britischen Behörden über. Die südlichen Teile der alten Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Koblenz und Trier wurden am 10. Juli 1945 Teil der französischen Besatzungszone. Gleichzeitig verstärkte sich auch der Ausbau der staatlichen Gewalt: Im Juni 1945 wurde die Nord-Rheinprovinz – bestehend aus den ehemaligen Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Aachen – als oberste Stufe der staatlichen Organisation gebildet, als deren erster Oberpräsident Dr. Hans Fuchs mit Sitz in Düsseldorf ernannt wurde. Durch die Beendigung des SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) und den Beginn nationaler Politik im Bereich der Militärverwaltung im Juli 1945 wurden zugleich die gemeinsamen Verwaltungsprinzipien im anglo-amerikanischen Bereich aufgegeben.

Das Verhältnis zur neuen britischen Militärverwaltung gestaltete sich in Köln deutlich kühler als zu den Amerikanern.⁵⁰ Vertreter der Militärverwaltung für den Stadtkreis Köln wurde Major Prior. Daneben war für den Regierungsbezirk Köln ein eigenes Detachment eingerichtet worden. Prior legte Wert darauf, daß die Verfahrenswege klar eingehalten wurden, das bedeutete, daß die Verbindung der Stadtverwaltung zu dieser Stelle nur über ihn lief. In zahlreichen Verfahrensfragen gab es augenscheinlich Spannungen zwischen den deutschen und den britischen Behörden. Verzögert wurden die Abläufe noch durch die prinzipielle Doppelsprachigkeit. Hinzu kam, daß die Briten auch im Protokoll ihre Rolle als „Träger der obersten Staatsgewalt“ peinlichst gewahrt sehen wollten.⁵¹

Ein altes Problem setzte sich fort und erhielt eher eine weitere Zuspitzung, die Verwendung von ehemaligen Beamten und Angestellten, die Mitglied in der NSDAP und ihren Organisationen gewesen waren. Vertreter der Stadt versuchten immer wieder

49 Peter HÜTTENBERGER: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, S. 162ff.

50 Zur britischen Besatzungspolitik in Köln vor allem Heribert TREISS: Britische Besatzungspolitik in Köln, in: DANN (wie Anm. 3), S. 73ff.- Eine ähnlich Abkühlung des Verhältnisses wird beispielsweise auch für Kölns Nachbarstadt Bonn festgestellt: Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 620.

51 HASTK, Best. 901/22: Schreiben des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz an den Regierungspräsidenten von Köln v. 3.12.1945 mit Mustern für Einladungen an Brigadier Barraclough.

mit Hinweis auf bloß nominelle Parteimitgliedschaft, auf die Bedürfnisse der Stadtverwaltung und auf die hohen Kosten für Pensionszahlungen, die Briten von der Notwendigkeit zu überzeugen, auch politisch belastete Beamte einzusetzen. Diese ihrerseits beharrten auf grundsätzlichen Positionen. In dieser Frage spielte Köln augenscheinlich eine Sonderrolle, denn in zahlreichen anderen Städten waren die Briten bei der Verwendung ehemaliger Nationalsozialisten großzügiger und bei der Durchführung der Entnazifizierung im Bereich der Verwaltung weniger rigide.⁵² Der personelle Ausbau der Verwaltung machte trotz dieser Probleme rasche Fortschritte: Ende Dezember verfügte die Stadt Köln über 12.468 Mitarbeiter, davon mehr als die Hälfte Arbeiter.⁵³ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Rheinmetropole bereits wieder 470.000 Einwohner erreicht.

Zu den neuen Schwerpunktsetzungen der britischen Militärverwaltung zählte eine stärkere Berücksichtigung der politischen Parteien, die sich in der Zwischenzeit neu zu bilden begonnen hatten. Dabei sollten nach dem Willen der Engländer in Köln auch die Kommunisten einbezogen werden, ebenso verstärkt Außenseiter. Prior betonte Ende September bei einer Besprechung, *die Basis der Stadtverwaltung in parteimässiger Hinsicht müsse unbedingt verbreitert werden. Es genüge nicht, Leute zu wählen, die einer bestimmten Partei naheständen, sie müssten in der Öffentlichkeit als Anhänger dieser betr. Partei bestens bekannt sein.*⁵⁴ Kritik an der starken Vertretung ehemaliger Zentrumsangehöriger in den entscheidenden Funktionen der Stadtverwaltung drückte sich auch in der Anweisung aus, der Vertreter Suths solle nicht dessen Partei angehören.⁵⁵

Auch in den übrigen rheinischen Großstädten kamen vorrangig Vertreter der ehemaligen Zentrumspartei bzw. der sich neu bildenden CDU in entscheidende Funktionen, besonders dort, wo die Position des Oberbürgermeisters bereits in der Hand eines Angehörigen dieser Partei lag, wie etwa in Duisburg und Essen.⁵⁶ Lediglich in Mülheim stellte die SPD den Kämmerer, einen Beigeordneten und einen unbesoldeten Beigeordneten. Kommunisten waren unter den Beigeordneten oder anderen leitenden Stellungen eher die Ausnahme und wurden auf unbedeutendere Positionen abgeschoben.

In dieser Zeit erlangte die Frage der parteipolitisch getönten Personalpolitik bereits eine gewisse Zuspitzung. Die Personalpolitik in Köln, besonders unter Adenauer, konzentrierte sich stark auf Mitglieder des Zentrums bzw. der neugegründeten CDU. In der Stadt kursierte der Vorwurf des „Zentrumsklüngels“.⁵⁷ Adenauer selbst zeigte eine

52 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 73f.

53 HASTK, Best. 904/506, S. 21ff.

54 HASTK, Best. 904/482.

55 HASTK, acc. 2/337. Selbst der Nachfolger und Parteifreund Adenauers, Pünder, attestierte der Kölner SPD „berechtigte Klagen“ über Adenauers Personalpolitik: Hermann PÜNDER: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 215. Vgl. dazu auch BILLSTEIN (wie Anm. 17), S. 130f.

56 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 71f.

57 Daran wurde auch bereits früh von aus der Emigration zurückkehrenden Gewerkschaftern Kritik geübt, so z.B. von Robert Neumann schon im April 1945: Ulrich BORSDORF/Lutz

starke Zurückhaltung nicht nur gegenüber den Kommunisten, sondern – ganz im Gegensatz zur Weimarer Zeit – auch gegenüber den Sozialdemokraten. Zudem erregten die Auseinandersetzungen über den künftigen Charakter der Schulen, die im Sinne der Konfessionsschule entschieden wurden, die Gemüter.⁵⁸ Ähnlich wie in Köln wurde auch in Düsseldorf die Schulfrage, die Fronten vor allem zwischen Vertretern des Katholizismus und Anhängern von SPD und KPD aufwarf, heftig diskutiert.

Adenauer hielt diese Situation auch für geeignet, an ältere kommunalpolitische Zielsetzungen aus der Weimarer Zeit anzuknüpfen. Im August 1945 stellte er an die Militärregierung den Antrag, durch Eingemeindungen, die im Linksrheinischen und Rechtsrheinischen weit über die früheren Stadtgrenzen bis nach Brühl und Brauweiler bzw. bis nach Bensberg und Bergisch Gladbach reichten, das Stadtgebiet erheblich zu erweitern.⁵⁹ In Düsseldorf zeigten sich entgegengesetzte Tendenzen: Dort suchten eingemeindete Vororte, vor allem Benrath und Oberkassel, vor 1933 getroffene Entscheidungen wieder rückgängig zu machen.⁶⁰

Eine spontane Entwicklung, die sich aus der Situation des Zusammenbruchs der öffentlichen Verwaltung ergeben hatte, überdauerte – zumindest als politisch relevante Erscheinung – nicht den Herbst 1945: die Ortsausschüsse. Sie hatten sich in der ersten Phase in zahlreichen Städten in sehr unterschiedlicher Form und mit unterschiedlichen Zielsetzungen gebildet. In Köln entwickelten sich in der Zeit der faktischen Abtrennung der rechtsrheinischen Stadtteile durch die schlechten Verkehrsverbindungen dort politische Strukturen, die vor allem auf der Ebene der Großbetriebe ansetzten. Es bildeten sich dort Ortsausschüsse, die selbst mit der Reorganisation des öffentlichen Lebens begannen.⁶¹ Sie hatten ihre Basis in alten Gewerkschaftsfunktionären und Vertretern der ehemaligen Linksparteien (SPD und KPD) und betrieben den Wiederaufbau der öffentlichen Dienstleistungen, halfen bei der Wohnraum- und Nahrungsmittelbeschaffung, Reparatur der Versorgungssysteme, Trümmerbeseitigung, Arbeitseinsatz und der Erfassung ehemaliger Nationalsozialisten. Die zwölf rechtsrheinischen Ortsausschüsse, die überwiegend Vorsitzende aus dem Kreis der entstehenden Parteien hatten, fanden sich Anfang Mai 1945 zu einem Arbeitsausschuß zusammen, der die Ausschüsse gegenüber der Stadtverwaltung vertrat. Im linksrheinischen Köln hingegen entstanden Mitte Juni 1945 gleichfalls Ortsausschüsse, die stark kommunistisch orientiert waren und stärker politische Zielsetzungen hatten. Sie sollten nach den Vorgaben der Bezirksleitung Mittelrhein der KPD der *konsequenten Durchführung des Kampfes gegen Nazis, Kriegs- und Volksverbrecher und zum Wiederaufbau unserer Heimat in*

NIETHAMMER (Hg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976, S. 42ff.

58 HÜTTENBERGER (wie Anm. 4), S. 687ff.

59 HASTK, acc. 2/1403.

60 HÜTTENBERGER (wie Anm. 4), S. 681.

61 Zu Köln bes. Dietrich HIRSCHBERG: Die Kölner Ortsausschüsse, in: DANN (wie Anm. 3), S. 93ff.

einem neuen demokratischen Deutschland dienen.⁶² Andere Ortsausschüsse im linksrheinischen Köln wurden seit Ende Juni von der Stadtverwaltung selbst eingerichtet und ordneten sich ihr unter. Sie setzten sich vorwiegend aus Angehörigen des mittleren und oberen Bürgertums zusammen. Zunehmend begann unter diesen Ortsausschüssen eine intensivere Zusammenarbeit. Im gleichen Maß aber wurde diese Entwicklung von Seiten der neuen Stadtverwaltung mit Argwohn betrachtet. Bereits am 20. Juni 1945 erging seitens der Stadtverwaltung die Anordnung: *Die in verschiedenen Stadtteilen und Vororten gebildeten Orts- und Bürgerausschüsse haben keinerlei öffentliche Befugnisse. Niemand ist verpflichtet, ihren Anweisungen Folge zu leisten.*⁶³ Sie organisierten sich schließlich auf Stadtebene in einem Viererausschuß. Der Beigeordnete Schwering entmachtete sie schrittweise, bis sie schließlich auf stadtteilbezogene Funktionen unbedeutenderer Art beschränkt wurden.

In anderen Städten entstanden ähnliche Organisationen, die sich meist aus Linkorganisationen zusammensetzten. In Düsseldorf entstand eine Antifaschistische Kampforganisation. Die „Bürgerausschüsse“ in den einzelnen Stadtteilen fanden eine Spitze in einem „Zehnerausschuß“, der die Amerikaner und dann die Briten beriet. Auch hier ging der Oberbürgermeister auf deutliche Distanz zu diesem Ausschuß.⁶⁴ Der wachsende kommunistische Einfluß ließ die britische Militärregierung zunehmend von der Antifa abrücken und führte schließlich zu ihrem Verbot. Auch in anderen Städten, vor allem im Ruhrgebiet, bildeten sich solche „Aktionsausschüsse“. ⁶⁵ In Duisburg veranlaßte der Oberbürgermeister die Militärregierung zum Einschreiten dagegen.

Andererseits suchte man dort wie auch in Essen, Mülheim und Oberhausen die sich entwickelnden lokalen politischen Kräfte – Bezirksvorsteher sowie lokale Beiräte, die teils nach einem gewissen Parteienproporz, teils nach berufsständischen Kriterien zusammengesetzt waren – in die Verantwortung einzubinden. Die in einzelnen Städten bereits unter den Amerikanern gebildeten Bürgerausschüsse hatten im allgemeinen nur sehr begrenzte Bedeutung. Darüber hinaus wurden gesamtstädtische Ausschüsse gegründet, so am 26. Juni 1945 in Düsseldorf der Vertrauensausschuß als eine vorläufige Vertretung der Bürgerschaft.⁶⁶ In Koblenz billigte die französische Militärregierung am 21. Juli 1945 die Bildung eines „antifaschistischen Bürgerrates“, dem – neben drei nicht parteipolitisch Gebundenen – nach dem Proporz von vor 1933 Vertreter der Parteien angehörten und der als eine Art ernannter Stadtvertretung fungierte.⁶⁷ Bis zum Herbst entstanden in den Städten der britischen Zone derartige Gremien, die sehr un-

62 Horst MATZERATH: Städte nach zwei Weltkriegen, in: Walter FÖRST (Hg.): Städte nach zwei Weltkriegen, Köln u.a. 1984, S. 15.

63 Verwaltungsblatt der Stadt Köln, Nr. 1 v. 25.6.1945, S. 8.

64 HÜTTENBERGER (wie Anm. 4), S. 681f.

65 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 54ff.

66 In Bonn war bereits am 24.5.1945 ein nach konfessionellen und berufsständischen Gesichtspunkten ausgewähltes Beratungsgremium (Zwölferrat) eingesetzt worden, das sich gegenüber den Besatzungsbehörden artikulierte: Geschichte der Stadt Bonn (wie Anm. 7), S. 621.

67 Geschichte der Stadt Koblenz (wie Anm. 6), S. 191f.

verschiedliche Bezeichnungen trugen: Stadtausschuß, Stadtparlament, Bürgerausschuß, Verwaltungsbeirat.⁶⁸ Diese Beiräte erhielten zwar nur beratende Funktionen, waren aber eine Stufe auf dem Weg zu repräsentativen Beschlußorganen.

In Konflikt geriet die Kölner Stadtverwaltung auch zu den Vertretern der politisch Verfolgten, bei denen sich deutliche Linkstendenzen zeigten. Am 12. Oktober verfügte Schwing: Die sogenannte Fürsorgestelle für die politischen Opfer der Naziherrschaft habe ihre Arbeit im wesentlichen beendet. *Weil sie sich aber ganz besonders mit Aufgaben beschäftigte, die nicht zu ihrer Zuständigkeit gehörten, und zahlreicher, gegen die Gesetze verstößender Handlungen überführt wurde, war ich genötigt, ihre weitere Tätigkeit zu untersagen.*⁶⁹ Er verwies dabei auf die Hilfsstelle für politisch Verfolgte beim Wohlfahrtsamt. Zwei Monate später indessen beklagte seitens des Stadtverbandes der SPD ein Vertreter der Verfolgten, daß die politisch Verfolgten *unter ferner liefen* und forderte ein Amt für politisch Verfolgte unmittelbar unter dem neuen Oberbürgermeister.⁷⁰

Im Herbst 1945 begann sich das Konzept der britischen Politik unter der neugebildeten Labourregierung Attlees gegenüber der deutschen Kommunalverwaltung grundsätzlich zu ändern. An die Stelle des Wiederaufbaus einer demokratischen Verwaltung von der Basis her, die an der bisherigen deutschen Selbstverwaltung anknüpfte (restoration), trat das Konzept einer Demokratisierung und Dezentralisation der örtlichen und regionalen Verwaltung. Die Kritik setzte einmal am bestehenden Zustand an, so in einer grundlegenden Direktive an die Militärverwaltung vom September 1945: *Die Verwaltung in Deutschland ist im Augenblick sowohl seitens der Militär-Regierung als auch deutscherseits vollkommen exekutiv. Ernennungen werden in erster Linie vorgenommen unter dem Gesichtspunkt der wirksamen Sicherung der Befehle, für welche die Militär-Regierung verantwortlich ist.*⁷¹ Diese Kritik schloß aber grundsätzlich auch das Prinzip der deutschen kommunalen Selbstverwaltung ein, die als undemokratisch, autoritär und bürokratisch eingestuft wurde. An deren Stelle sollte nach dem Modell der englischen Verwaltung ein System der Lokalverwaltung treten von Räten mit ausschließlicher Entscheidungsbefugnis und einem ehrenamtlichen Bürgermeister an der Spitze und der unter der Leitung eines Direktors stehenden Verwaltung als reinem Durchführungsorgan. Dieses Konzept wurde in verschiedenen Schritten im Verlauf des folgenden Jahres umgesetzt.

Die Frage wurde nicht zufällig an dem Punkt akut, als es um die Frage der Einführung von repräsentativen Organen ging, die die Bevölkerung an der Willensbildung

68 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 66ff. Als provisorisches Stadtparlament war als erster Stadtausschuß der von Mönchengladbach bereits am 4. April 1945 zusammengetreten. Weitere: neben Bonn und Düsseldorf in den Städten Leverkusen, Remscheid, Rheydt, Wuppertal, Neuss.

69 HASTK, Best. 904/480, S. 291.

70 HASTK, acc. 9/2b; Schreiben v. 25.12.1945 unmittelbar an Oberbürgermeister Pünder; zugleich Forderung eines entsprechenden Stadtausschusses.

71 Wolfgang RUDZIO: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone, Stuttgart 1968, S. 41.; vgl. auch Ulrich REUSCH: Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik, Stuttgart 1985, S. 169.

beteiligen sollten. Die Wiedererrichtung einer Stadtvertretung gehörte freilich zu den früheren, unter den Amerikanern begonnenen Konzepten für die Demokratisierung der Stadtverwaltung. Wahlen scheiterten in Köln aber vorläufig daran, wie eine Prüfung des Statistischen und Einwohneramtes Mitte August 1945 ergab, daß keine Einwohnerkartei zur Verfügung stand, auf deren Grundlage sich Wahllisten hätten erstellen lassen. Dies erforderte nach dortiger Einschätzung noch einen Zeitraum von 8-9 Monaten.⁷²

Daher ernannte die britische Militärregierung für Köln eine aus 24 Personen bestehende Stadtverordnetenversammlung mit Beschlußfunktion, die in öffentlicher Sitzung unter der Leitung des Oberbürgermeisters zusammentreten sollte. Sie bestand aus 9 Vertretern der CDU, 7 der SPD, 5 der KPD und 3 Parteilosen. Ihre Arbeit vollzog sich auf der Basis der bis 1933 gültigen Rheinischen Städteordnung von 1856. Bei ihrem ersten Zusammentreten am 1. Oktober 1945 unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Adenauer betonte Major Prior neben der Hoffnung auf die *Wiedergeburt des Verantwortlichkeitsgefühls in der Verwaltung städtischer Belange* den Vorbehalt seiner *absoluten Autorität als Kommandeur der Militärregierung*.⁷³ Neben der Frage der Beschäftigung früherer Parteimitglieder in der Stadtverwaltung stellte er der Verwaltung besonders folgende Aufgaben: Wohnungsbau und Instandsetzung, Massenspeisung und Brennmaterial, Gesundheitsversorgung. Adenauer begrüßte die Ernennung der Stadtverordneten und verwies dabei auf die Grundsätze *unserer altbewährten Selbstverwaltung, wie sie bis zum unseligen Jahre 1933 bestanden hat*.⁷⁴

Auch in anderen Städten wurden in dieser Phase ernannte Stadtvertretungen eingesetzt. So trat in Düsseldorf am 29. November eine Stadtvertretung an die Stelle des bisherigen Vertrauensausschusses. In Duisburg und Essen wurden gleichfalls solche Nominated Representative Councils eingerichtet.⁷⁵ Diese ernannten Gemeinderäte waren ein erster Schritt im Rahmen der von den Briten konzipierten Kommunalreform.⁷⁶

Das Spannungsverhältnis zwischen britischen und deutschen Behörden, augenscheinlich aber auch das unterschiedliche Politik- und Demokratieverständnis, kumulierten in der Entlassung des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer. Vor den großen Rechenschaftsberichten der Dezernenten in den ersten Sitzungen des neu ernannten Rates wurde Adenauer am 6. Oktober von der britischen Militärregierung entlassen. Die Gründe dafür sind häufig diskutiert worden: Ein Zusammenspiel des Sozialdemokraten Görlinger mit der britischen Labour-Regierung, wie Adenauer argwöhnte; der politische Flirt mit den Franzosen, wie es Henning Köhler in seiner jüngsten Adenauer-Biographie sieht; die Weigerung, den Grüngürtel als Brennholz für den Winter abzuholzen, oder aber die Gründe, die der britische Brigadier Barraclough anführte: Versäumnisse bei der Instandsetzung der Gebäude, der Trümmerbeseitigung, der Vorbereitung auf den Winter.⁷⁷ Sie hängen sicher aber auch mit dem geänderten Kommunal-

72 HASTK, Best. 904/546.

73 Verhandl. der Stadtverordnetenvers. (wie Anm. 45) v. 1.10.1945, S. 4f.

74 Ebd., S. 5.

75 PIETSCH (wie Anm. 12), S. 196ff.

76 RUDZIO (wie Anm. 71), S. 56f.

77 Hans Peter SCHWARZ: Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986, S. 470.

konzept der britischen Regierung zusammen. Nachfolger Adenauers wurde am 20. November Dr. Pünder. Adenauer war freilich nicht der einzige prominente deutsche Politiker, der in dieser Phase entlassen wurde: So wurde Fuchs am 2. Oktober als Oberpräsident durch Lehr ersetzt, zudem der Düsseldorfer Oberbürgermeister Füllenbach am 18. September abgelöst und stattdessen der Sozialdemokrat Kolb ernannt.⁷⁸ Auch diese Vorgänge deuten darauf hin, daß die Gründe für Adenauers Entlassung nicht nur in der Person Adenauers zu suchen sind, sondern mit einer veränderten Politik der Briten zusammengehangen haben müssen. Sie hatten in Düsseldorf auch zur Folge, daß dort fünf neue Beigeordnete aus dem sozialdemokratischen und kommunistischen Lager ernannt wurden.⁷⁹

Die Entwicklung der Kommunalverfassung wurde in Köln zielstrebig fortgesetzt. Wie von Prior bereits am 1. Oktober 1945 angekündigt, wurde die Zahl der Stadtverordneten am 17. Januar 1946 erweitert, und zwar – entsprechend dem früheren Parteschlüssel – um 34 auf 58 Mitglieder.

Konkret realisiert wurde das neue politische Konzept der britischen Regierung in der für die gesamte britische Zone geltenden abgeänderten Deutschen Gemeindeordnung vom 1. April 1946,⁸⁰ die das nationalsozialistische Kommunalverfassungsrecht der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 ablöste, es freilich nur in zentralen Bestimmungen bezüglich der gemeindlichen Organe veränderte.

Bereits am 7. März 1946 war indessen für Köln mit Genehmigung der Militärregierung eine Kölnische Stadtverfassung erlassen worden, die dieses Prinzip vorwegnahm;⁸¹ danach stand dem Rat als Entscheidungsgremium mit dem Oberbürgermeister an der Spitze die Verwaltung mit dem von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Oberstadtdirektor und den ihn unterstützenden Beigeordneten gegenüber. Ähnlich war in Düsseldorf bereits am 26. Januar 1946 eine Stadtverfassung eingeführt worden, die im Juni 1946 von der Militärregierung endgültig genehmigt wurde, die gleichfalls bereits vor Erlass der Revidierten Deutschen Gemeindeordnung die Trennung in Rat mit dem Oberbürgermeister und Verwaltung mit dem Oberstadtdirektor vornahm.⁸²

Den Abschluß dieser Entwicklung bildete die erste freie Wahl nach dem Kriege, die Kommunalwahl vom 13. Oktober 1946. Träger des politischen Lebens waren nunmehr wieder die Parteien. In Köln erreichte die CDU dabei die Mehrheit der Stimmen, aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts aber vier Fünftel der Mandate. Ernst Schering (CDU) wurde der erste gewählte Oberbürgermeister der Stadt Köln nach dem Kriege.

78 HÜTTENBERGER (wie Anm. 4), S. 689.

79 Ebd., S. 689.

80 Christian ENGEL, Wolfgang HAUS (Bearb.): Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, Stuttgart u.a. 1975, S. 702ff.

81 Verwaltungsblatt der Stadt Köln, Nr. 5/Mai 1946, S. 1ff.

82 HÜTTENBERGER (wie Anm. 4), S. 689f.

Zusammenfassung

Es hat sich gezeigt, daß die Entwicklung in Köln zwar Besonderheiten aufweist, die durch die besondere Situation und durch bestimmte personelle Konstellationen bedingt waren, daß die Grundlinien der Entwicklung in den einzelnen Städten indessen – bei einer gewissen Variationsbreite – stärkere Übereinstimmungen zeigen, als es die weitgehende Zerstörung der Städte, aber auch die Situation des Neubeginns hätten erwarten lassen. Diese Übereinstimmungen ergaben sich einmal aus ähnlichen Problemlagen in den einzelnen Städten, aber auch durch die Tatsache, daß die angloamerikanischen Besatzungsmächte mit einem generellen Konzept für die neue Militärverwaltung und für den Aufbau der deutschen Verwaltung angetreten waren. Die Unterschiede waren vor allem begründet in der konfessionellen und wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Städte, aber auch in Besonderheiten der jeweiligen Militärverwaltungen. Insbesondere bei den Industriestädten zeigt sich, daß in der ersten Phase der kirchliche Einfluß zu meist geringer ausgeprägt war, dafür aber die lokale Wirtschaft für die kommunale Entwicklung von vornherein von stärkerer Bedeutung war. Auch die Rigidität bezüglich der Ausschaltung ehemaliger Nationalsozialisten läßt durchaus lokale Unterschiede erkennen.

Die Situation des Zusammenbruchs, die „Stunde Null“ oder der *Selbstverwaltungs-rausch der ersten Jahre nach 1945*,⁸³ war nur von kurzer Dauer. Sehr rasch wurde mit dem Aufbau von Strukturen begonnen, die weitgehend das überkommene Verwaltungssystem wiederherstellten. Die Gesamtverwaltung herkömmlich staatlicher und kommunaler Aufgaben auf lokaler Ebene bildete eine Erscheinung der Not- und Übergangszeit und war von vornherein nicht auf Dauer angelegt. Dies hatte zum Ergebnis, daß die unmittelbarsten Probleme rasch angegangen und – nach Lage der Dinge – auch verhältnismäßig zügig bewältigt wurden.

Seit Mitte des Jahres, insbesondere seit der Bildung einer einheitlichen britischen Besatzungszone, traten die lokalen Besonderheiten mehr und mehr zurück, ohne freilich völlig zu verschwinden.

Eine grundsätzliche Diskussion und prinzipielle Bemühungen um eine veränderte Form oder Funktion der künftigen Stadtverwaltung hat es nicht gegeben. Rasch erfolgte der Rückgriff auf bekannte und erprobte Strukturen aus der Weimarer Zeit, wobei die kommunale Selbstverwaltung als nicht diskreditiertes Modell galt. Als zentrales Problem erschien die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Die konsequente Ausschaltung aller politisch Belasteten und die radikale demokratische Erneuerung war eigentlich zu keinem Zeitpunkt das zentrale Ziel der deutschen Kommunalpolitiker. Auch das Konzept, durch ortsnahe Gremien die Bürgerschaft aktiv und persönlich am administrativen Prozeß zu beteiligen und dadurch Verwaltung zu dezentralisieren, lag außerhalb der Vorstellungskraft und der Interessen der alten Kommunalpolitiker: Derartige Entwicklungen wurden nur unter dem Blickwinkel der Anmaßung von Kompetenzen und der Gefahr kommunistischer Unterwanderung gesehen. In der Konsequenz bewirkten alle diese Entwicklungen die Stärkung der Verwaltungs-

83 So ein niedersächsischer Kommunalpolitiker im Jahre 1949; zitiert nach RUDZIO (wie Anm. 71), S. 97.

spitze, d.h. des Oberbürgermeisters; er war nach unten hin in der Übergangsphase durch kein Organ der lokalen Willensbildung fest eingebunden und von oben her der eigentliche Ansprechpartner der Militärregierung; damit interpretierte er zugleich deren Entscheidungen. Ergebnis der beiden geschilderten Phasen war der Wiederaufbau der Kommunalverwaltung aus den Erfahrungen und – zumindest in den Spitzenpositionen – aus dem personellen Reservoir der Weimarer Republik. Die starke Stellung des Oberbürgermeisters nach der rheinischen Städteordnung, formal verstärkt noch durch die nationalsozialistische Deutsche Gemeindeordnung, setzte sich damit unter der Oberaufsicht der Alliierten zunächst fort.

Die stärkere Einbindung der kommunalen Bürokratie in die lokale Willensbildung und die Begrenzung der Entscheidungsgewalt der Verwaltung durch ein Repräsentativorgan, die kommunale Vertretungskörperschaft, war somit eine konsequente Entwicklung. Durch die Übertragung des englischen Modells erhielt dieses Prinzip freilich eine Form, die der Tradition der deutschen Kommunalverfassung fremd war. Sie wurde daher auch nur widerwillig akzeptiert und wird gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen wieder rückgängig gemacht.

KLAUS SCHWABE

AACHEN AM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES: AUFTAKT ZUR NACHKRIEGSZEIT?

I.

In der langen Geschichte Aachens hat die Welt einige Male auf die Kaiserstadt geblickt. Das letzte Mal geschah dies im Frühherbst 1944. In einer doppelten Hinsicht schaute die Welt 1944 auf Aachen: Hitler und seine Getreuen wollten die alte Reichsstadt zu einem deutschen Stalingrad umstilisieren, zum Wendepunkt im Westkrieg, der im August/September 1944 einen für Hitlerdeutschland so katastrophalen Verlauf genommen hatte; für die Westmächte war das eroberte Aachen wichtig als das erste Stück Deutschland, das unter die Kontrolle einer amerikanischen Militärregierung fallen würde, ein Stück Deutschland, in dem die Amerikaner und ihre Verbündeten, gleichsam wie bei einem Experiment, wichtige Erfahrungen für das Militärregime zu machen hofften, das nach der Kapitulation Hitlers für ganz Deutschland vorgesehen war. In Aachen konnte ausprobiert werden, welche Behandlung der Deutschen die beste Gewähr dafür bot, daß die zukünftigen Siegermächte ihr Hauptkriegs- und Friedensziel wirklich erreichten: Deutschland und die Deutschen so umzuwandeln, daß diese nie wieder die Welt mit einem Krieg bedrohen konnten. Dieses Kriegsziel hatten die Westmächte mit der Sowjet-Union gemein; es gab den gewaltigen Opfern an Menschenleben und Material, die sie brachten, einen Sinn. Für Menschen jüdischer Religion oder Herkunft, das darf nicht vergessen werden, war dies unter dem düsteren Schatten, den Auschwitz warf, eine existentielle Frage.

Der Hauptakzent der nachfolgenden Skizze¹ liegt damit mehr auf der Zeit nach als auf der Zeit vor der Kapitulation Aachens, mehr auf der amerikanischen als auf der deutschen Seite. Unsere Leitfrage lautet, welche Bedeutung das Experiment Aachen für die amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik besessen hat. Sie setzt damit Aachener Lokalpolitik mit Entscheidungen der Amerikaner auf hoher, ja höchster Ebene in Beziehung.

Es ist nun nicht möglich, diese Frage zu erörtern, ohne einen Blick auf das Objekt dieses amerikanischen Experimentes zu werfen, das heißt auf die Aachener selbst, zwischen Oktober 1944 und März 1945 einige 6.000 bis 12.000 Menschen, welche die Schlacht um Aachen an Ort und Stelle überlebt hatten; kann doch das Verhalten dieser

1 Gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der demnächst in der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereines (zitiert als ZAG) erscheinen soll, auf den für Einzelbelege verwiesen wird. Eine weitere Fassung, die stärkeres Gewicht auf das Geschehen in Aachen legt, findet sich in dem Sammelband: Jost DÜLFFER (Hg.): „Wir haben schwere Zeiten hinter uns“. Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit (Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins, Bd. 40), Vierow b. Greifswald 1996, S. 105-128.

Aachener eigentlich nicht ganz ohne Rückwirkung auf die Haltung der amerikanischen Besatzung geblieben sein.

Es ist damit zu fragen:

- erstens, wie es um die allgemeine und politische Einstellung der Aachener bestellt gewesen ist, welche die amerikanischen Eroberer hier vorfanden, ehe –
- zweitens – das Augenmerk auf die ersten Eindrücke zu lenken ist, die die amerikanischen Sieger beim ersten Ausprobieren ihrer Besatzungs- und Deutschlandpolitik in dem engen Rahmen des Raumes Aachen gewannen;
- drittens ist zu untersuchen, welche Lernprozesse der Testfall Aachen bei den zuständigen amerikanischen Stellen eingang gesetzt hat und in welcher Weise sich diese Lernprozesse auf die Formulierung der amerikanischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik in Washington, das heißt auf höchster Ebene, insgesamt ausgewirkt haben.

II.

Beginnen wir mit der deutschen Seite! Das Hitlerregime hatte bei den Aachenern, die bis zur Kapitulation der deutschen Truppen am 21. Oktober 1944 in ihrer Stadt ausgeharrt hatten, einen denkbar ungünstigen Eindruck zurückgelassen. Mit zwei Stichworten läßt sich dies belegen: Das eine lautet Evakuierung. Diese hatte Himmler in Aachen noch am 10. September prahlerisch für ausgeschlossen erklärt. Zwei Tage später wurde sie von Hitler dann doch angeordnet. Die NS-Behörden machten sich schon am 12. September, als erste Granaten ins Aachener Stadtgebiet fielen, aus dem Staube. Die zur Evakuierung vorgesehene Bevölkerung blieb zurück und wurde von einer Panik ergriffen. Dann aber kehrten die Polizeibehörden zurück, und es begann die Räumung doch, und zwar drastisch. Am Ende waren es 17.995 Aachener, die teils freiwillig, teils gezwungen, ihre Stadt verließen; kaum 6.000 gelang es, sich in Kellern versteckt zu halten, in ständiger Angst vor den Häschern der SS, die – unter der Androhung von Strafverfolgung wegen Landesverrats – bis zur endgültigen Einschließung der Stadt ihre Jagd auf verbliebene Zivilisten fortsetzten, um sie abzutransportieren.

Das zweite Stichwort lautet: Geordnete Übergabe, das heißt die Einrichtung einer Übergangsverwaltung, die die Verwaltung von Aachen bei hoffnungsloser militärischer Lage an die Alliierten übergeben sollte. Obwohl mehrere Aachener Bürgerdelegationen darauf drangen – eine Übergangsverwaltung war unter dem Museumsdirektor Felix Kuetgens noch von dem scheidenden Oberbürgermeister Quirin Jansen eingesetzt worden –, wurde alles, was nach Kapitulation aussah, natürlich verweigert. Die Vertreter der Übergangsverwaltung wurden zum Verlassen der Stadt gezwungen. Hitler selbst befahl, Aachen bis zum letzten Mann zu verteidigen, und wenn nur ein Trümmerfeld übrigbliebe.

Kein Wunder, daß sich die Stimmung der zurückgebliebenen Aachener drastisch verschlechterte – ein Beobachter sprach geradezu von einer für die staatlichen Vertreter bedrohlichen Einstellung der Bunkerinsassen, die sich von den Behörden im Stich ge-

lassen fühlten.² Nach alledem kann es nicht überraschen, daß die 6.000 Aachener, die die Schlacht überlebt hatten, tief aufatmeten, als die deutschen Truppen unter Hinterlassung eines Trümmerfeldes am 21. Oktober 1944 schließlich kapitulierten. Für diese Aachener war der Krieg mit seiner täglichen tödlichen Bedrohung nun zu Ende (oder doch fast: die Stadt blieb bis in den November hinein unter deutschem Beschuß). Wichtiger noch: Mit ihnen hatten sich Deutsche einer Anordnung Hitlers, das heißt seinem Räumungsbefehl, mit Erfolg entzogen – eine Art Verweigerung, die keine Selbstverständlichkeit war zu einem Zeitpunkt, als der deutsche Rundfunk noch von Durchhalteparolen dröhnte und sonst praktisch noch kein Reichsgebiet von den Alliierten erobert worden war.

In den Augen des NS-Regimes waren diese Aachener natürlich Verräter – ein „Mob“, wie sie von der Gestapo genannt wurden. Zu diesen sogenannten Verrätern gehörte auch der Bischof von Aachen, Johannes Joseph van der Velden, der als „Kapitän“ seiner Aachener Diözese die Stadt solange nicht verlassen wollte, wie sich in ihr noch Bewohner aufhielten. Er folgte damit einem schon im August des Jahres in Honnef gefaßten entsprechenden Beschluß der westdeutschen Bischöfe.

Man kann also feststellen, daß zusammen mit ihrem Bischof die Aachener Restbevölkerung, welche die siegreichen Amerikaner vorfanden, in ihrer großen Mehrheit das Hitlerregime gründlich satt hatten und, wie einige von ihnen gegenüber amerikanischen Nachrichtenoffizieren erklärten, die Sieger ehrlich als echte Befreier begrüßt haben. Der erste Eindruck, den sie von den amerikanischen Soldaten gewannen, war zudem im allgemeinen gut; von gravierenden Übergriffen gegen Personen hörte man nichts.³

Tatsächlich ließ sich die Zusammenarbeit zwischen befreiten Deutschen und amerikanischer Militärverwaltung anfangs auch leidlich gut an: Seit den ersten Novembertagen schon wurden die Aachener nach anfänglicher Internierung registriert und nach und nach wieder in die Stadt zurückgelassen, wenn sie dort eine Unterkunft nachweisen konnten und nicht politisch verdächtig waren. Zu Ende des Jahres lebten dort schon wieder an die 10.000 bis 12.000 Personen. Mit Hilfe des Bischofs war noch vor der Kapitulation Aachens von amerikanischen Offizieren die Persönlichkeit gefunden worden, der das Amt des neuen Oberbürgermeisters anvertraut werden konnte – Franz Oppenhoff. Dieser mit 42 Jahren noch relativ junge Rechtsanwalt hatte die katholische Kirche öfter in Prozessen mit dem NS-Regime vertreten. Trotz anfänglicher Bedenken – vor allem der Furcht, daß über seine süddeutschen Verwandten Sippenhaft verhängt werden könnte – übernahm er dieses Amt. Er unterschied sich damit von Konrad Adenauer, der aus ähnlichem Grund im März 1945 das ihm angebotene Amt des Oberbürgermeisters von Köln noch nicht antreten wollte. Freilich sicherten die amerikanischen Offiziere Oppenhoff die Geheimhaltung seines Namens zu, um seine Angehörigen vor Repressalien des NS-Regimes zu bewahren. Oppenhoff bedingte sich

2 Bernhard POLL (Hg.): Das Schicksal Aachens im Herbst 1944, ZAG, Bd. 66/67, 1954/55, u. Bd. 73, 1962.

3 Klaus PABST: Die Nachkriegszeit begann in Aachen, in: Walter FÖRST (Hg.): Beiderseits der Grenzen (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 12), Köln 1987.

außerdem aus, daß er sich seine Dezernenten selbst aussuchen und daß er nicht zu Handlungen gezwungen werden dürfe, die seinem Volk oder deutschen Soldaten schaden. Er handelte also, wie dies auch seine amerikanischen Gesprächspartner anerkannten, im besten Sinne als Patriot.

Im Weiteren verteidigte Oppenhoff mit aller Zähigkeit die Interessen der Aachener Bevölkerung: bei der Freigabe von Straßen zum Antransport von Lebensmitteln, bei der Verpflichtung zu den wenig beliebten öffentlichen Enttrümmerungs- und Aufräumarbeiten, bei der Eröffnung einer Sparkasse und der Einführung von Steuern. Eine Art praktischer Solidarität zwischen Eroberten und Eroberern stellte sich ein. Diese fand, ohne daß dies die Aachener freilich wissen konnten, ein letztes Mal zur Zeit der Rundstedt(Ardennen)-Offensive ihren Ausdruck darin, daß die Amerikaner den höchsten Beamten der von ihnen eingesetzten Aachener Stadtverwaltung den Abtransport für den Fall zusagten, daß die Stadt von deutschen Truppen zurückerobert werden sollte.⁴

Doch inzwischen begann sich das Klima zwischen amerikanischen Siegern und Aachener Bevölkerung bereits zu verschlechtern. Die amerikanischen Stellen achteten mit der Zeit immer strenger auf die Einhaltung des Fraternisierungsverbotes. Auch mit Oppenhoff gab es keinen Händedruck mehr. Am 7. Februar 1945 meldete dann die Nummer 3 der (seit dem 24. Januar 1945 erscheinenden) »Aachener Nachrichten« auf ihrer ersten Seite die Entlassung von 27 namentlich aufgezählten Angestellten der neuen Stadtverwaltung, weil alle, wie es hieß, *in mehr oder minderem Grade aktive Mitglieder der Nazipartei waren*. In den Folgewochen ging es mit dieser Säuberung Schlag auf Schlag weiter – auch Oppenhoffs unmittelbare Umgebung wurde gereinigt. Der Oberbürgermeister, verständlicherweise amtsmüde und von bösen Vorahnungen verfolgt, bekam zu spüren, daß die amerikanische Besatzungsbehörde ihm zunehmend mißtraute.

Was war geschehen? Wie verhielt sich dieser Stimmungswandel bei der amerikanischen Militärregierung zu der im ganzen durchaus besatzungsfreundlichen und nazi-feindlichen Haltung der meisten Aachener? Hatte diese drastische Verschärfung der Haltung der amerikanischen „Besatzer“ etwas mit der Ardennenoffensive zu tun? Oder mit dem allmählichen Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes der vom Hitlerregime begangenen Greuel?

Alle diese Vermutungen führen in die Irre. Hinter der Aachener Säuberung steckte erheblich mehr – ihr Hintergrund reichte bis nach Washington.

III.

Wir wenden uns damit der amerikanischen Perspektive der Aachener Anfänge in der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland zu. Hier sind zwei Vorklärungen nötig – es ist die Frage nach den amerikanischen Zuständigkeiten für die Militärverwaltung der Kaiserstadt zu beantworten und die Frage nach den Direktiven und den

4 PABST, S. 22. Allgemein neuerdings: Klaus-Dietmar HENKE: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 271ff.

Erwartungen, mit denen die Amerikaner die Kontrolle der Verwaltung Aachens übernahmen.

Die Frage nach den amerikanischen Zuständigkeiten für Aachen ist nur scheinbar einfach zu beantworten: Sie lag formell und in der unmittelbaren Praxis der Zivilverwaltung in Händen von SHAEF, Abt. G-5, das heißt des Obersten Hauptquartiers der westalliierten Expeditionstreitkräfte in Europa. Es mischten freilich noch alle möglichen anderen Stellen mit: in Geldfragen das Finanzministerium, für Medien und für Feindaufklärung die Abteilung für Psychologische Kriegführung bei SHAEF, und für politische Fragen das State Department, bei General Eisenhower vertreten durch Robert Murphy, einen hoch angesehenen Karrierebeamten des diplomatischen Dienstes. Im Hintergrund blickte die Presse mit Argusaugen auf das Verhalten der amerikanischen Besatzungsstellen in dieser ersten eroberten deutschen Großstadt.

Die Direktiven für die amerikanische Militärverwaltung standen im Moment, als die amerikanischen Truppen nach Aachen vordrangen, noch nicht ganz fest, weil darüber in Washington noch auf höchster Ebene debattiert wurde. Aber einige vorläufige Anweisungen lagen natürlich vor, als die Amerikaner die Verwaltung Aachens übernahmen. Eine Interimsdirektive vom 7. September 1944 befahl u.a.: die tunlichste Unterstützung der militärischen Operationen durch die Zivilverwaltung, bei den Deutschen die Beseitigung des Nazismus und seiner Gesetze, die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und die Dingfestmachung von Naziverbrechern. Die bestehenden deutschen Verwaltungsorgane sollten, soweit nicht politisch belastet, weiterverwendet werden. Bis ins einzelne wurde das Verfahren für die Überprüfung der gesamten deutschen Bevölkerung auf ihre NS-Vergangenheit hin festgelegt. Das Wort Fragebogen – auf deutsch – taucht hier zum ersten Male auf.

Für das Verhalten der amerikanischen Truppen zur deutschen Zivilbevölkerung gab es eine besondere Instruktion. Dort hieß es: *Das deutsche Volk befindet sich in einem totalen Krieg gegen dich und ist individuell und kollektiv dein Feind.* Diszipliniertes Verhalten gegenüber den militärfrommen Deutschen würde bei diesen besonders beeindrucken. Den Deutschen aber wurde als Bekanntmachung Nr. 1 von Eisenhower verkündet: *Die Alliierten Streitkräfte ... kommen als Eroberer, jedoch nicht als Unterdrücker... wir werden Nazismus und deutschen Militarismus austilgen...*

Bei diesen Vorplanungen ist zweierlei festzuhalten: Die amerikanischen Behörden gingen davon aus, daß die deutsche Bevölkerung insgesamt einerseits feindlich eingestellt und mehr oder weniger nazi-beeinflußt war und daß andererseits die amerikanischen Militärbehörden in den eroberten Gebieten funktionierende lokale deutsche Verwaltungen vorfinden würden. Beide Voraussetzungen waren, wie sich herausstellte, in Aachen nicht gegeben.

Was die Deutschen anlangte, denen die amerikanischen Eroberer begegneten, so beteuerten diese unisono, mit dem Naziregime nichts zu tun gehabt zu haben. Im übrigen erwiesen sie sich als „fügsam“ (*docile*) und kooperativ, solange sie nicht befürchten mußten, daß ihnen ihr Verhalten Repressalien des NS-Regimes an ihren Verwandten im Reich eintragen könnte; von irgendeinem Untergrund gab es keine Spur; die Sicherheitslage in Aachen wurde schon wenige Wochen nach der Eroberung der Stadt (mit etwas verfrühtem Optimismus) als „ausgezeichnet“ bezeichnet. Ein Offizier resü-

mierte seine ersten Eindrücke im besiegten Deutschland mit den Worten: *Wir finden unsere Aufgabe in Belgien im Grunde schwieriger als in Deutschland; denn dank des Trainings, das die Deutschen durch ihr Heer erhalten haben, tun sie, was man ihnen zu tun befiehlt. Die Belgier tun es nicht ...*⁵ Natürlich beobachteten die amerikanischen Behörden die überraschend zuvorkommende Haltung der deutschen Bevölkerung mit Mißtrauen. Für ihre Entscheidungen für die Einsetzung deutscher Beamter waren sie durch kurze „Weiße“ und lange „Schwarze Listen“ scheinbar bestens vorbereitet.

Für Aachen reichten diese Listen aber offenbar nicht aus. Hier sprang dafür der Bischof ein. Von Franz Oppenhoff, den der Bischof u.a. empfahl, hieß es, er habe keine Verbindungen zu den Nazis gehabt, dafür die Interessen der Kirche und auch jüdischer Firmen vor deutschen Gerichten verteidigt. Er habe das Oberbürgermeisteramt angenommen, so habe er erklärt, weil er den Nazismus verabscheue und als guter Deutscher alles ihm Mögliche tun müsse, eine gute Stadtverwaltung aufzubauen. Das werde sich, so wurde hinzugefügt, auch für die militärische Lage der Alliierten günstig auswirken.

Am 30. Oktober 1944 wurde Oppenhoff, mit Rücksicht auf seine eigene Sicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vereidigt. Daß zur Übernahme dieses Amtes bei den zu befürchtenden Terrorakten der Nazis Mut gehörte, anerkannte kein Geringerer als der schon genannte Robert Murphy, der politische Berater Eisenhowers, der Aachen schon vier Wochen nach seiner Einnahme besuchte.

Doch in diese amerikanisch-deutsche Harmonie mischten sich, wie angedeutet, bald unüberhörbare Mißtöne. Die Armee-Zeitung »Stars and Stripes« beklagte sich bitter über eine angeblich viel zu entgegenkommende Behandlung der Aachener Bevölkerung durch amerikanische Soldaten und Offiziere – und dies in einem totalen Krieg der Völker! Roosevelt selbst schärfte den amerikanischen Truppen die strikte Einhaltung des Fraternisierungsverbotes ein.⁶

Auch dieses waren freilich nur Vorgeplänkel. Zum Eklat kam es, als sich zivile Mitarbeiter der Abteilung für die psychologische Kriegführung für Aachen zu interessieren begannen. Aufgabe dieser Experten war es, der bereits unter amerikanischer Kontrolle stehenden deutschen Bevölkerung politisch den Puls zu fühlen, ihre Stimmung, ihre Haltung zu den Nazis, zu den deutschen Soldaten und zur lokalen Situation zu erkunden. Die amerikanische Militärpropaganda sollte mit derlei Informationen angereichert werden, um auf diese Weise um so wirksamer gegen die kämpfende deutsche Truppe eingesetzt werden und deren Kampfmoral untergraben zu können.

Mit diesem Auftrag stiegen einige Mitarbeiter der Abteilung für Psychologische Kriegführung zum ersten Male schon Anfang Dezember in Aachen ab. Ihr Koordinator war ein Geschichtsprofessor mit Namen Saul Padover. Jüdischer Herkunft, war er in den frühen zwanziger Jahren mit seiner Mutter aus Wien in die USA ausgewandert, hatte dort einige populärwissenschaftliche Bücher zur deutschen und amerikanischen Geschichte veröffentlicht und verfügte über den im amerikanischen Militär kostbaren Vorzug, die deutsche Sprache zu beherrschen.

5 Archivalische Quellen, National Archives Washington (künftig zitiert NA).

6 Arch. Quelle, NA; ferner Jürgen HEIDEKING: Die Amerikaner am Rhein: Kriegsende und frühe Besatzungszeit in amerikanischer Perspektive, in: DÜLFFER (wie Anm. 1), S. 79.

Die Interviews, die er mit bekannten Aachenern durchführte, sind uns zum größten Teil wörtlich und namentlich überliefert. Was ihm bei den meisten seiner deutschen Informanten erstaunte, war ihre geringe Neigung, die moralische Zerknirschtheit an den Tag zu legen, die er eigentlich von ihnen erwartete.

Einig waren sie sich in der Furcht vor einem Überhandnehmen des Kommunismus. Bisweilen warben sie für ein deutsch-amerikanisches Zusammengehen gegen diese Gefahr. Doch gab es für ihn eine wichtige Ausnahme, die festgehalten werden muß, war sie es doch, die dann den „Aachener Skandal“ auslöste: Es gab Deutsche, auf die er traf, die keine Konzessionen an die NS-Bewegung gemacht hatten und die bereit waren, das ganze Ausmaß der deutschen Schuld anzuerkennen. Das waren die Angehörigen der deutschen Linken (zum Beispiel der spätere Erstherausgeber der »Aachener Nachrichten«, der Gewerkschaftler Heinrich Hollands), die er interviewte, meist ehemalige Sozialdemokraten, gelegentlich auch Kommunisten.

Dieses Ergebnis entsprach den Erwartungen, mit denen Padover sich an seine Befragungsaktion in Aachen gemacht hatte. Es war seine Überzeugung, daß *trotz ihrer verheerenden und moralisch kompromittierenden Passivität die links stehenden Arbeiter das einzige nicht-militaristische und nicht-faschistische Element im Reich gewesen waren... Wenn Deutschland einmal wieder moralisch anständig und gleichzeitig politisch harmlos werden wollte, dann kann dies nur durch die Linke geschehen.*⁷

Es war nun Padover schon bei seinem ersten Aachen-Besuch Anfang Dezember 1944 aufgefallen – einige seiner zur Linken gehörenden deutschen Gesprächspartner hatten ihn darauf hingewiesen –, daß eben diese Linke in der Aachener Stadtverwaltung unter Franz Oppenhoff so gut wie gar nicht vertreten war, weder Gewerkschaftler noch Sozialdemokraten, geschweige denn Kommunisten. Das hatte zu Gerüchten geführt, die auch das zuständige Hauptquartier der Abteilung für Psychologische Kriegsführung erreichten. Irgendetwas schien nicht zu stimmen in Aachen. Padover und seine Mitarbeiter erhielten den Auftrag, der Sache nachzugehen – nicht nur die deutsche Verwaltung in Aachen unter die Lupe zu nehmen, sondern auch die amerikanische Militärverwaltung, die sie eingesetzt hatte.

Während die Aachener in den letzten Dezembertagen 1944 noch vor der Rückkehr deutscher Truppen bangten, begann Padover mit seinen Zeugenvernehmungen. Das Ergebnis war alarmierend! Nichts weniger als eine politische Verschwörung meinte er in Aachen aufgedeckt zu haben – die Verschwörung einer unbelehrbaren Rechten mit dem erklärten Ziel, die Linke in Aachen nicht zum Zuge kommen zu lassen. Im Mittelpunkt dieser Konspiration aber stand kein anderer als der Aachener Oberbürgermeister Oppenhoff.

Ende Januar 1945 gab Padover seine Ermittlungsergebnisse nach oben weiter. Er berichtete von einer Elite von Fachleuten – Juristen, Ingenieuren, Rechtsanwälten, Geschäftsleuten und Kirchenmännern: *Diese Elite ist gerissen, zielstrebig und angriffslustig...* Hinter ihr wirke der Bischof von Aachen, *eine machtvolle Persönlichkeit mit einer für ihn charakteristischen Behutsamkeit und Finesse.* Die meisten Mitglieder die-

7 Saul PADOVER, *Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer*, New York 1946, S. 88.

ser Clique hätten im Dienst der in Aachen gelegenen Hauptrüstungswerke Veltrup und Talbot gestanden. Antiliberal, antidemokratisch, arbeiteten sie auf einen autoritären christlichen Ständestaat hin.⁸

Und zu allem Übel hatte diese klerikal-faschistische Stadtverwaltung auch noch mehrere Exmitglieder der NSDAP in ihren Reihen geduldet. Sollte dies das Modell für das künftige Deutschland werden? Wurden die Deutschen damit nicht um die politischen Chancen betrogen, die Roosevelt und Churchill ihnen in Aussicht gestellt hatten?

An dieser Stelle muß der Historiker intervenieren. Denn Oppenhoff und seinen Mitarbeitern, die ihr Leben dafür riskierten, daß im besetzten Aachen wieder einigermaßen geordnete Zustände zurückkehrten, wurde mit diesen Auslassungen moralisch gewiß bitter Unrecht getan. Dennoch: Politisch hatte Padover richtig geurteilt, war doch die Linke in Oppenhoffs Stadtverwaltung in der Tat, gelinde gesagt, unterrepräsentiert. Was immer der Wahrheitsgehalt von Padovers Bericht gewesen sein mag, historisch wichtig ist, daß sich seine Version der Aachener Vorgänge an höherer Stelle auf der amerikanischen Seite im Februar/März 1945 zunächst einmal durchsetzte. In gewisser Weise hatte er dort damit offene Türen eingerannt, wurde doch noch dem Nachfolger Roosevelts, dem Präsidenten Truman, aus seinem Beraterkreis eine demokratisch-sozialistische Republik als die für die Deutschen angemessenste Staatsform angepriesen.⁹ Die amerikanische Presse, der Padover einen Tip gegeben hatte, sorgte im übrigen für eine öffentliche Verbreitung seiner Sicht des „Aachener Skandals“.¹⁰

Die auf den ersten Blick unerklärliche Personalsäuberung in Aachen, von der weiter oben berichtet wurde, ist dann auch die unmittelbare Folge von Padovers Bericht gewesen. Mehr noch, es spricht vieles dafür, daß aufgrund dieses Berichtes auch Oppenhoffs Tage als Oberbürgermeister gezählt gewesen sind: Padover hatte ausdrücklich auch dessen Absetzung gefordert.¹¹ Daß es dazu nicht gekommen ist, lag im Grunde wohl nur an dem von Himmler angeordneten Mordakt eines mit Fallschirm bei Aachen abgesetzten nationalsozialistischen „Werwolf“-Kommandos, das Oppenhoff am 25. März 1945 in seiner Wohnung erschöß.¹²

Padovers Aktion mitsamt der Publicity, die sie begleitete, erregte als klare Kompetenzüberschreitung bei den zuständigen Militärs in Eisenhowers Hauptquartier zunächst einige Verärgerung. Sie warf aber auch zwei grundsätzliche Fragen auf: Die eine betraf den Grad politischer Einflußnahme der für den zivilen Bereich zuständigen

8 Padovers Bericht ist abgedruckt in: Saul PADOVER u.a., *The Political Situation in Aachen*, in: Daniel LERNER (Hg.), *Propaganda in War and Crisis*, New York 1972 (Wiederabdruck), S. 434 ff.

9 W. DONOVAN an Truman, 5.5.1945, archiv. Quelle, NA, Truman Library.

10 So z. B. die Schlagzeile eines Artikels von Max LERNER: „The Chances are Dark for a Democratic Germany“, PM, 26.3.1945. Dem Text beigegeben war eine Karikatur, die ein am Boden liegendes blutendes Kind zeigte – die deutsche Demokratie –, auf das deutsche Militaristen, Kapitalisten und Junker schadenfroh herablächelten.

11 PADOVER, *The Political Situation in Aachen*, S. 444.

12 Wolfgang TREES, Charles WHITING, *Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff*, Aachen 1982.

US-Militärbehörden beim Wiederaufbau der deutschen Lokalverwaltungen; die andere Frage erstreckte sich auf die programmatische Tendenz derartiger Einflußnahmen. So wurde im amerikanischen Hauptquartier gefragt: Wenn in Aachen alles so schief gelaufen war, wie dies Padover dargestellt hatte, war es dann nicht nötig, daß sich die amerikanischen Militärbehörden in Deutschland künftig sehr viel intensiver und selbständiger um politische Fragen kümmerten als bisher? blieb nicht mit der bloßen Entfernung von Nazis aus öffentlichen Ämtern vor allem das eigentliche Problem noch ungelöst: das Problem der Vorauswahl von leitenden Personen für die deutsche Verwaltung und Politik? Diese Aufgabe, so wurde mit einem Seitenblick auf Aachen geltend gemacht, brächte die Militärbehörden aber vollends in Verlegenheit: *Wenn wir Persönlichkeiten der Rechten gestatten, die Verwaltung zu beherrschen, werden wir von links her kritisiert; wenn wir Linke heran lassen, kritisiert man uns von rechts...* Auf jeden Fall, so drängten die zuständigen Offiziere, brauche die amerikanische Militärverwaltung von politischer Seite dringend Empfehlungen auch für ein positives, das heißt politisch konstruktives Verhalten gegenüber den Deutschen. Es ging mit anderen Worten nicht mehr nur um politische Säuberung, sondern auch um politischen Wiederaufbau.¹³

IV.

Dieser Hilferuf sollte in Washington nicht unbeantwortet bleiben. Die Antwort erfolgte am Ende einer erregten inneramerikanischen Diskussion um die Deutschlandfrage auf höchster Regierungsebene – und dieses ist der dritte und letzte Aspekt, der an dieser Stelle gewürdigt werden soll. Unter der Gefahr der Vereinfachung soll der Gang dieser Debatte hier in größtmöglicher Kürze angedeutet werden: Festzuhalten ist zunächst, daß das Hin und Her der amerikanischen Besatzungspolitik in Aachen in der Tat nur der Reflex einer Periode einer entsprechenden deutschlandpolitischen Unentschiedenheit in Washington gewesen ist, einer Periode, die zeitlich fast genau parallel lief mit dem ersten halben Jahr amerikanischer Besatzungserfahrungen in Aachen. In dieser Kontroverse stand eine eher ideologische Denkrichtung einer eher pragmatischen „Schule“ gegenüber.¹⁴

Die ideologische Denkrichtung erhielt zunächst von Präsident Roosevelt selbst ihre Stichworte. Diesem ging es vornehmlich darum, die Deutschen ihre Niederlage diesmal, anders als nach dem 1. Weltkrieg, wirklich spüren zu lassen und ihnen damit ihre militaristische Mentalität auszutreiben: Bedingungslose Kapitulation und radikale politische Reinigung erschienen ihm als die probatesten Mittel der Umerziehung, die nach dem erwarteten baldigen Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland die Europäer selbst zu Ende führen sollten. Dies war im wesentlichen oder doch auf kurze Sicht eine in ihren Mitteln negativ-destruktive Politik. Die Aufdeckung der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager lieferte ei-

13 McSherry an Murphy, 31.3.1945, NA.

14 Hierzu immer noch die grundlegende Studie von Paul Y. HAMMOND, Directives for Germany, in Harold STEIN (Hg.): American Civil Military Decisions. A Book of Case Studies, Birmingham, AL., 1963, S. 314ff.; auch PABST, S. 38 ff.

ner solchen Politik zusätzliche Argumente. Roosevelts Finanzminister und Freund Henry Morgenthau mit seinem bekannten Plan einer industriellen Entwaffnung Deutschlands ergänzte diese Politik durch eine wirtschaftliche Dimension.

Doch die erfolgreiche Beendigung des Krieges erschöpfte sich nicht in Entnazifizierungsmaßnahmen: Die militärischen Stellen, die für die Besetzung Deutschlands zuständig waren, hatten an die militärische Praxis zu denken – und gleichzeitig auch an die politische Praxis, soweit sie für die Besetzung wichtig war. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß in der Washingtoner Diskussion um die Behandlung des besiegten Deutschlands unter den Pragmatikern die militärischen Stellen den Ton angaben. Diese führten zugunsten einer nicht ausschließlich negativen, sondern in Grenzen konstruktiven Politik ein psychologisches und ein besatzungstechnisches Argument ins Feld.

Aus der kriegspsychologischen – man kann auch sagen propagandistischen – Sicht erschien eine harte und rein repressive Besatzungspolitik schädlich, ja kriegsverlängernd; war eine solche Politik doch kaum geeignet, deutsche Truppen, zu denen sich Härten der amerikanischen Besatzungsherrschaft rasch herumsprechen würden, zum Aufgeben zu bewegen. Was hinter der Front nottat, waren vielmehr Ruhe, Gesetz und Ordnung, ja sogar die Respektierung menschlicher Grundrechte.¹⁵

Besatzungstechnisch kam es den militärischen Pragmatikern darauf an, jede Beunruhigung der deutschen Bevölkerung zu vermeiden, um so im Rücken der militärischen Operationen ein sicheres Hinterland zu gewinnen. Frankreich und Belgien mit ihren Untergrundverbänden zeigten, daß dies nicht ganz selbstverständlich war. Mit anderen Worten: Die militärischen Pragmatiker hielten eine politisch abstinente, rein negative Besatzungspolitik, die sich auf Entnazifizierungsmaßnahmen beschränkte, von Anfang an für undurchführbar, ja schädlich. Mit Rücksicht auf einen späteren politischen Wiederaufbau Deutschlands pflichtete das State Department dieser Ansicht der Militärs zu.

Der Konflikt zwischen den Ideologen und den Pragmatikern in Washington tobte ein halbes Jahr lang. Er endete am 23. März 1945 mit einem von Roosevelt gebilligten Kompromiß – die Grundlage der amerikanischen Besatzungsdirektive JSC 1067 –, der militärisch-besatzungstechnisch-pragmatische Bedürfnisse mitberücksichtigte.

Was hatte dieser Kompromiß aber nun politisch konkret für Deutschland zu bedeuten? Padover hatte die Frage nach der Gewinnung eines friedfertigen Deutschlands auf seine Weise beantwortet: Er wünschte im Einklang mit einer starken Tendenz innerhalb der amerikanischen Regierung, wie gezeigt wurde, daß die USA sich engagierte, um die Linke in Deutschland stark zu machen. Das war auf jeden Fall kein Plädoyer für eine Flucht aus einer in einem konstruktiven Sinne verstandenen politischen Verantwortung, die den USA mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands insgesamt zweifellos zufallen würde, die aber, wie Padover meinte, in Aachen nur unzureichend wahrgenommen worden war.

Dies ist nun auch die Meinung Robert Murphys gewesen, des schon erwähnten politischen Beraters von General Eisenhower. Murphy hat aber in unübersehbarer Weise den Lernprozeß nachvollzogen, den die amerikanischen Besatzungsbehörden in Aa-

15 Schreiben McClures, Leiter der Abteilung für psychologische Kriegführung, 7.10.1944, NA.

chen durchlaufen hatten. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den eben erwähnten Washingtoner Kompromiß vom 23. März 1945 richtete Murphy am 7. Mai 1945 ein Schreiben an den Chef der amerikanischen Besatzungsverwaltung im Obersten Alliierten Hauptquartier, das man als ein Schlüsseldokument der frühen amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland bezeichnen muß, weil es zum erstenmal eine politisch-inhaltliche Orientierung für die amerikanischen Besatzungsbehörden vermittelte. Wir lesen dort:

Es ist...unsere neue Politik, zwischen aktiven und nominellen Mitgliedern der NSDAP zu unterscheiden und damit die vorliegende Entnazifizierungsdirektive abzumildern [„liberalize“]... Dies ist immer noch... ein im wesentlichen negatives Vorgehen. Es gibt bisher keine positive Anweisung, ...wie demokratische Kräfte [in Deutschland] ermutigt werden können... Unser Ziel ist es aber, nicht nur, negativ, den Nationalsozialismus zu zerstören, sondern, positiv, auch die Elemente zu bestärken, die im wahren Sinne demokratisch gesonnen sind oder sein können.

In diesem Sinne empfahl Murphy, ein breites politisches Spektrum in Deutschland zu fördern, das von den unabhängigen radikalen Sozialisten bis zu den vertrauenerweckenden Teilen des ehemaligen Zentrums reichen sollte. Kommunisten nannte er (anders als Padover) nicht oder doch nur indirekt, riet er doch davon ab, *antinazistischen Elementen sowohl der extremen Rechten als auch der extremen Linken* durch ihre Betrauung mit Verwaltungsfunktionen allzu viel Prominenz zu verschaffen; *dies ist wichtig, wollen wir dem Vorwurf entgehen, eine übermäßig radikale Politik in Deutschland begünstigt zu haben. Nur so können wir auch vermeiden, daß solchen Personen, die nicht wirklich demokratisch gesonnen sind, Ämter zuerkannt werden.*¹⁶

V.

Was Murphy den amerikanischen Besatzungsbeamten hier empfahl, so darf man abschließend feststellen, war weder die Politik einer auch nur kurzfristigen amerikanischen Abstinenz von der Mitwirkung am konstruktiven politisch-demokratischen Aufbau in Deutschland, wie sie insgesamt die Ideologen in Washington befürworteten, noch war es eine Politik der gezielten Förderung der radikalen Linken, wie sie u.a. Padover gefordert hatte. Was Murphy den Verantwortlichen für die amerikanische Besatzungsverwaltung in Deutschland stattdessen ans Herz legte, ist vielmehr eine pragmatische und gleichzeitig eine zentristische Politik gewesen, das heißt die Politik einer gezielten Förderung einer breiten demokratischen Mitte im politischen Spektrum Deutschlands, die sowohl die gemäßigte Rechte als auch die gemäßigte Linke mit umfaßte. Dies wurde dann auch die Linie der späteren amerikanischen Militärregierung, und von dieser Position her sollte Murphy schließlich einer der amerikanischen Paten der Bundesrepublik werden.

Gefunden hatte Murphy aber zu dieser Haltung nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen, welche die amerikanische Militärverwaltung in Aachen gemacht hatte. So hatte der Aachener Skandal letztlich doch heilsame Folgen. Auf jeden Fall wurde das Aachener Experiment damit mehr als nur eine lokalgeschichtliche Marginalie.

¹⁶ Murphy am 4.5.1945, NA; wiedergegeben bei HENKE, S. 292 f.

HERBERT SCHWEDT

ALLTAGSGESCHICHTE DER NACHKRIEGSZEIT – NACH BERICHTEN VON ZEITZEUGEN¹

An einem Herbsttag im Jahre 1955 hielt der „Montan-Expreß“ in der kleinen Gemeinde Föhren, im heutigen Kreis Trier-Saarburg gelegen. Daß er das tat, gegen jeden Fahrplan, hatte einen guten Grund: der letzte Föhrener, der in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen war, kehrte heim. Er wurde feierlich begrüßt, alle Häuser waren mit Fahnen geschmückt; seine Braut hatte seit 1944 auf ihn gewartet.

In gewisser Weise mag das für die Föhrener, mag das für die Deutschen das Ende der Nachkriegszeit bedeutet haben. Das Ende des Zweiten Weltkrieges lag mehr als ein Jahrzehnt zurück, der Wiederaufbau des Landes war in vollem Gange und weit vorangeschritten: die Kriegsgefangenen in Rußland freilich hielten die Erinnerungen an Krieg und Schuld wach. Nun hatte Konrad Adenauer sie freiverhandelt, man ließ die Glocken läuten und konnte sich den wichtigen Geschäften der Zukunft zuwenden.

Das Ende der Nachkriegszeit ist nie proklamiert worden, wenn auch Ludwig Erhard –*Wir sind wieder wer*– Entsprechendes im Sinn gehabt haben mochte. Eine solche Proklamation wäre auch, aus offenbaren Gründen, unsinnig gewesen, und sie soll hier nicht nachgeholt werden. Dennoch spricht vieles dafür, daß sich ab der Mitte der fünfziger Jahre eine Wende vollzog, ein Wandel der Lebensstile, der Perspektiven. Unser Blick ist auf die Zeit zuvor gerichtet, auf das Kriegsende und die Jahre danach. Dabei geht es um Antworten auf die Frage, wie die breite Bevölkerung unseres Landes die Nachkriegszeit erlebt hat, wie die Menschen auf die oft unglaublichen Herausforderungen jener Jahre reagierten, wie sie ihr Leben einrichteten, ihre Kultur – eben die Volkskultur – installierten und – nicht zuletzt – woran sie sich erinnern. Sie erinnern sich in verschiedener Weise, und hier zeigen sich zunächst deutliche regionale Unterschiede. In einer kleinbäuerlich strukturierten Gemeinde im Westerwald, die den Krieg relativ schadlos überstanden hatte und wo es zu existentieller Not nicht kam, wurde über andere Themen gesprochen als von damals halb verhungerten Städtern, die in Ruinen hausten. In der nach der sinnlosen Ardennen-Offensive gnadenlos zerstörten Westeifel gab es andere Probleme als in Rheinhessen, wo viele Evakuierte aufgenommen werden mußten, und das strukturiert Erinnerungen ebenso wie der doch recht fundamentale Unterschied zwischen denen, die hamsterten, und den anderen, bei denen gehamstert wurde.

1 Dieser Aufsatz ist die gekürzte Fassung der Studie: *Leben in Trümmern. Alltag, Bräuche, Feste – zur Volkskultur*, in: Franz-Josef HEYEN, Anton M. KEIM (Hg.): *Auf der Suche nach neuer Identität. Kultur in Rheinland-Pfalz im Nachkriegsjahrzehnt* (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 20), Mainz 1996, S. 1-64.

Das leuchtet unmittelbar ein; wesentlich sind aber auch geschlechtsspezifische Muster des Erinnerns. Frauen haben ihr Gedächtnis, wie sich immer wieder zeigte, nach anderen Regeln geordnet als Männer. Zwar wußten sie, um ein Beispiel zu nennen, Bescheid über die seinerzeit verbreitete – und selbstverständlich verbotene – Schnapsbrennerei, aber die Erinnerung daran hat keine zentrale Bedeutung. Wenn dagegen eine Frau, wie geschehen, nach fast einem halben Jahrhundert noch genau weiß, daß ein Kriegsgefangener, in elendem Zustand heimgekehrt, 42 Kartoffelpuffer auf einmal verspeiste, dann mag das vielleicht kennzeichnend sein für die Sorge der Frauen um das oft so fragile Wohl ihrer Angehörigen.

Solchen Unterschieden – und es gibt noch mehr davon – steht eine Gemeinsamkeit gegenüber: die Nachkriegszeit begann für unsere Gesprächspartnerinnen und -partner nicht etwa mit der Kapitulation des Deutschen Reiches; bemerkenswert ist hingegen, daß unsere Gesprächspartner das jeweilige Datum des Einmarsches der amerikanischen Truppen präzise im Gedächtnis hatten, meist auch die Uhrzeit. Sie vermochten, soweit sie zu dieser Zeit am Ort und nicht in Gefangenschaft oder Krieg waren, auch die näheren Umstände dieses Geschehens genau zu schildern; aber nahezu alle griffen zurück auf die Ereignisse, die dem Ende des Krieges vorausgingen. Das kann nicht wundern, denn Sorge und Not waren allgegenwärtig, Tod und Zerstörung häufig. Auch Erinnerungen an Evakuierungen – aus zerbombten Städten, aus der „roten Zone“ – begegneten oft genug. Diese Verknüpfung ist deshalb legitim und richtig, weil sie die Nachkriegszeit als Wirkung, den Krieg als Ursache versteht, aber ihr kann hier nur begrenzt gefolgt werden. Zudem ist die Geschichte des Zweiten Weltkrieges für viele Orte und manche Landschaften gut aufgearbeitet worden.² Es ist aber doch zu betonen, daß das öffentliche kulturelle Leben in Stadt und Land während des Krieges verödet war. Theater und Konzerthallen wurden 1944 geschlossen, zuvor schon waren, in der Regel spätestens seit Beginn des Rußlandfeldzuges, die im Rheinland üblichen Bräuche und Feste verschwunden: Kirchweihfeste gab es ebensowenig wie Fastnachtsveranstaltungen oder Jahresfeuer. Das zu wissen ist wichtig für das Verständnis des Geschehens in den Jahren nach Kriegsschluß. Darüber hinaus kehrten in den Erzählungen unserer Zeitzeugen einige Motive mit so großer Regelmäßigkeit wieder, daß ihnen einige Bemerkungen gelten müssen; auch deshalb, weil auf diese Weise vieles von der psychischen Situation der Menschen in jener Zeit deutlich gemacht werden kann.

In allen Landesteilen und besonders in ländlichen Gebieten ist die Erinnerung an die schon erwähnten „Jabos“ wach. Im Tiefflug jagten sie über die Gebiete, die noch in deutscher Hand waren, und schossen, so die Berichte, *auf alles, was sich bewegte* – keineswegs nur auf deutsche Soldaten. *Die Angst vergeß ich nie*, sagte ein Mann aus dem pfälzischen Steinwenden, und eine Frau aus Landstuhl erzählte von einem Mädchen, das, draußen auf dem Acker, unter einem Wagen Schutz gesucht hatte, dem aber trotzdem beide Beine abgeschossen worden waren. Aus Hattgenstein bei Birkenfeld schrieb, mit Datum vom 15. März 1945, ein Mädchen seinem Bruder im Feld: *Wir ha-*

2 Vgl. besonders Johannes NOSBÜSCH: Bis zum bitteren Ende. Der Zweite Weltkrieg im Kreis Bitburg-Prüm, Trier 1978. – Ders.: Damit es nicht vergessen wird. Pfälzer Land im Zweiten Weltkrieg: Schauplatz Südpfalz, Landau⁵1984.

*ben schon einige Tage Sonnenschein, doch es traut sich niemand mit dem Gespann aufs Feld, und wenn die Schießerei so weitergeht, kann überhaupt nichts mehr gearbeitet werden. Man hat auch keine Lust mehr, über die Sonne kann man sich nicht mehr freuen, und ich hatte sie immer so gern.*³ Nur in der Dunkelheit konnten die Toten bestattet, die Lebensmittelkarten ausgegeben werden. In Marienberg im Westerwald fand die Konfirmation des Jahres 1945 früh um 6 Uhr statt – später wäre der Gang zur Kirche für die Konfirmanden zu gefährlich gewesen. Man suchte, wie auch bei sonstigen Angriffen, Schutz in Kellern, wo vorhanden, in Bergwerksstollen. In Bettingen in der Eifel ging der Pfarrer Johannes Nickenig durch heftigen Beschuß von Keller zu Keller, um die Verängstigten aufzurichten. Er schlug vor, eine Wallfahrt nach Weidingen zu geloben, um die Bedrängnis abzuwenden. Tatsächlich, so berichtete Christine Grohsjean, gab es danach keine Toten und Verletzten mehr in Bettingen, im Sommer 1946 wurde das Gelübde eingelöst.⁴ Gelegentlich wird in Erlebnisberichten aus diesen letzten Kriegswochen im Rheinland auch bittere Kritik am sinnlosen Kriegsgeschehen geäußert. Am 17./18. März, es war ein Wochenende, notierte Marta Schweinfurth aus Daubach im Naheland: *Es war, als ob die Natur uns in ihrer besonderen Prachtentfaltung zeigen wollte, wie schön es sein könnte, wenn ... ja wenn ... die Menschen nicht so dumm wären in ihrem Vernichtungsdrang.*⁵

Es scheint, als kristallisierte in dem Erleben dieser Gefahr und in dem so vielfältigen Erzählen davon das Entsetzen und die Angst dieser Tage, das hilflose Ausgeliefertsein an eine unbekannte Übermacht, die Furcht vor einer höchst ungewissen Zukunft. Deshalb auch gehört dieser Komplex von Berichten in unseren Zusammenhang. Im Umkreis dieser Erinnerungen finden sich auch die – weniger dramatischen – an die Errichtung (und Entfernung) der sogenannten Panzersperren, von deren Wirkungslosigkeit offenbar auch damals alle überzeugt waren. *Was ist der Unterschied zwischen einem Wurstzipfel und einem Panzergraben?* lautete eine Scherzfrage. Die Antwort: *Es gibt keinen. Beide sind für die Katz!*⁶ Da es an Männern fehlte, mußten meist Frauen und Mädchen die Sperren aufbauen oder Gräben ausheben, und manchmal verpflichteten die Amerikaner nach ihrem Einmarsch die gleichen Personen zur Beseitigung.

Ein zweiter Erzählkomplex – neben Bombardierungen, Artilleriefeuer und Jabo-Beschuß – ist um die Übergabe und das Einrücken der Amerikaner angesiedelt. Vielleicht ist es, fünfzig Jahre danach, nicht ganz überflüssig, daran zu erinnern, daß noch der letzte Weiler „bis zum letzten Mann“ zu verteidigen war: Kapitulieren war lebensgefährlich. Wer nach dem Abzug der deutschen Truppen eine weiße Fahne – das war oft ein Bettuch oder ähnliches – hißte, riskierte, von letzten SS-Leuten standrechtlich

3 Artur RUPPENTHAL: Das Kriegsende in und um Birkenfeld 1945, in: Peter BRANDT (Hg.): Birkenfeld. Festschrift zum 650jährigen Stadtjubiläum (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Bd. 42), Birkenfeld 1982, S. 225-236, hier S. 226.

4 Vgl. NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 244.

5 Rainer SEIL: Kriegsende 1945 in Eckweiler und Daubach – ein Erlebnisbericht von Marta Schweinfurth geb. Kunz, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter, 40, 1994, H. 2, S. 55-64, hier S. 55.

6 Johannes NOSBÜSCH, Vergessen (wie Anm. 2), S. 234.

erschossen oder aufgehängt zu werden – so geschehen in Hechtsheim und Ingelheim.⁷ In anderen Fällen wurde wirklich verteidigt, und das zog unweigerlich intensiven Beschuß durch die Amerikaner nach sich. Bei der Bevölkerung waren besonders SS-Einheiten als Verteidiger gefürchtet. Marta Schweinfurth berichtete über das Schicksal des Dorfes Eckweiler: *Der Pfarrer ging zum Ortsbürgermeister, um über die Situation mehr zu erfahren. – Die Dorfältesten hatten noch in der Nacht stundenlang den Offizier bestürmt und angefleht, das Dorf zu verlassen. Dieser aber – total von seinem Fanatismus verblindet, widersetzte sich allen Vernunftgründen und drohte, jeden zu erschießen, der seine Befehle nicht befolgt. – Wir waren nun verurteilt, diese Wahnsinnsfrüchte zu ernten.*⁸ Der Ort wurde verteidigt und stand kurz darauf in Flammen. Anderwärts konnte dieses Schicksal durch mutige Taten abgewendet werden. Im Hunsrückdorf Mengerschied hatten, so wurde erzählt, die alten Männer die weiße Fahne *rausgehängt* und wurden daraufhin von SS-Leuten – *die waren ganz schlimm* – mit Erschießungen bedroht. Der entgingen sie, weil die SS-Soldaten unmittelbar darauf flüchteten.⁹ Auch im rheinhessischen Dorf Mommenheim, wie in vielen anderen Orten, hingen weiße Fahnen an vielen Häusern: *Um weitere Zerstörungen zu verhindern, zog der Mommenheimer Adam Diehl den Amerikanern mit einem weißen Tuch entgegen*¹⁰ – und das erforderte schon Courage.

Ein großes Problem, das den Zeitzeugen sehr gut in Erinnerung ist und auch in der Literatur immer wieder erwähnt wird, war das Öffnen oder Beseitigen der Panzersperren vor dem Einrücken der gegnerischen Truppen. Selbstverständlich war es strikt verboten, bei Todesstrafe, und ebenso selbstverständlich war es notwendig, um die Gefahr der Beschießung abzuwenden. Bemerkenswert ist, daß dabei oft Frauen tätig wurden. So in Nierstein¹¹ und im pfälzischen Bellheim: Dort hatte ein Volkssturm-Offizier das Öffnen der Sperren untersagt, seiner Order allerdings hinzugefügt: *Was die Frauen tun, geht mich nichts an.* Daraufhin entfernten Bellheimer Frauen nachts die Hindernisse, am Kirchturm wurde eine weiße Fahne aufgezogen.¹² Zu einer Konfrontation wäre es fast in Godramstein gekommen. Dort befahlen SS-Leute einer Volkssturm-Einheit die Schließung der Sperren. Die widersetzte sich dem Befehl auf die einfachste und vernünftigste Weise: sie verschwand.¹³ Häufig spielten bei diesen Aktionen – Öffnen der

7 Vgl. Heinz LEIWIG: Mainz 1933 bis 1948. Von der Machtergreifung bis zur Währungsreform, Mainz 1984, S. 86.

8 SEIL (wie Anm. 5), S. 59.

9 Vgl. Gustav SCHELLACK: Das Dorf Mengerschied während der amerikanischen Besatzung des Hunsrücks – März bis Juni 1945, in: Rhein-Hunsrück-Kalender, 1994, S. 61-64, hier S. 61.

10 Ulrich LUIG: Mommenheim. Hundert Jahre Sozialgeschichte eines rheinhessischen Dorfes (Reihe Regional, Bd. 1), Mainz 1990, S. 134.

11 Vgl. Georg ELLER: Das Kriegsende 1945 in Nierstein, in: Hildegard FRIESS-REIMANN, Sigrid SCHMITT (Hg.): Nierstein. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart eines alten Reichsdorfes, Alzey 1992, S. 226-244, hier S. 230.

12 Vgl. NOSBÜSCH, Vergessen (wie Anm. 2), S. 332f.

13 Vgl. NOSBÜSCH, Vergessen (wie Anm. 2), S. 314.

Sperren, weiße Fahne, erste Verhandlungen mit den Amerikanern – Bürgermeister und Pfarrer eine wichtige Rolle.

Die Zivilbevölkerung war in dieser Phase in einer Situation verzweifelter Unsicherheit. Über das zu erwartende Verhalten des „Feindes“ war kaum etwas bekannt. Die deutschen Soldaten waren entweder Objekte des Mitleids – man half ihnen oft genug, wenn sie auf der Flucht waren – oder der Furcht, wenn sie sich zu einer sinnlosen Verteidigung entschlossen. Dazu kam der schon erwähnte sogenannte Volkssturm, der nach vielen Berichten nicht selten zur zwar vernünftigen, aber keineswegs ungefährlichen Selbstauflösung tendierte. Und dazu kamen schließlich Gerüchte wie die, daß die älteren Jungens (unter 16 Jahren) „über den Rhein“ müßten, um dort noch zu Soldaten ausgebildet zu werden – manche flüchteten sich daraufhin in Verstecke. Berichte darüber zu lesen und vor allem zu hören ist nicht nur bewegend; um das Geschehen in den folgenden Jahren zu verstehen und richtig einzuschätzen, sind sie als Dokumente der Angst, der Hilf- und Trostlosigkeit, oft aber auch persönlichen Mutes unerlässlich.

Das gilt auch für die Erzählungen über den Einmarsch der Amerikaner und die unmittelbare Zeit danach. Nach unseren Eindrücken wurden sie von der Bevölkerung kaum als Befreier von der NS-Diktatur begrüßt,¹⁴ aber immerhin: *Die Angst war weg*, wie ein Informant formulierte: die Angst vor den Jabos und Artilleriegranaten ebenso wie die vor fanatischen SS-Helden. Die Beschlagnahmung von Häusern, die Abgabepflicht für Radios und Fotoapparate, die Ausgangssperren scheinen, so lassen die Berichte vermuten, eher als unabänderlich hingenommen worden zu sein. Vielmehr ist heute noch eine gewisse Erleichterung darüber zu spüren, daß zwar die Unsicherheit groß war, die *Amis aber nett* waren – wobei es zweifellos Unterschiede, auch regionaler Art, gab. Kennzeichnend für die Ungewißheit ist eine Notiz von Susanne Sondag: *Da waren sie nun, die Leute aus dem Wunderland Amerika, auf deren Kommen wir zwar seit dem Zusammenbruch der Ardennenoffensive gewartet hatten, die uns aber gleichwohl nicht eigentlich willkommen waren. Standen wir ihnen doch gedemütigt und vollkommen schutz- und rechtlos gegenüber. Was würden sie wohl mit uns anfangen?*¹⁵ Und eine Informantin aus Ramstein erinnerte sich an Schokolade und Kaugummi, welche die Soldaten den jungen Mädchen zuwarfen, die sie aber nicht nahmen: *Einen Stolz hat man immer gehabt* – noch war man sich fremd. Wo man sich kennenlernte, da geschah das häufig über Kirche und Religion. Die schon zitierte Marta Schweinfurth wurde von einem Offizier aufgefordert, auf einem Harmonium zu spielen (die näheren Umstände müssen hier nicht interessieren). Sie wählte das Lied »Jesus Heiland meiner Seele, laß an deine Brust mich fliehn«, der Offizier sang in englischer Sprache mit. *Er bat mich weiterzuspielen und holte seine Mundharmonika heraus, um mitzuspielen. Andere kamen herein und hörten zu. Nach einer Weile schaute er mich prüfend an und sagte: 'Ich glaube an Jesus'. – Ich antwortete: 'Ja, ich auch'. Strahlend reichte er mir die Hand und meinte: 'Dann sind wir Bruder'. Ich verstand was er meinte und nickte fröhlich – 'ja – wir sind Bruder'. Ich wußte, nie würde ich diese er-*

14 Vgl. auch Alexander LINK: „Schrottzeit“ – Nachkriegsalltag in Mainz. Ein Beitrag zur subjektorientierten Betrachtung lokaler Vergangenheit (Studien zur Volkskultur in Rheinland-Pfalz, Bd. 8), Mainz 1990, S. 167.

15 NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 248.

ste Begegnung mit dem 'Feind' vergessen.¹⁶ Ein ähnlich bewegendes Dokument aus einem Hausbuch¹⁷, verfaßt von einer Frau in Dichtelbach im Hunsrück, mag dieses Kapitel beschließen: *Wir waren zu dritt in der Kirche, mein Mann, die Tochter Meta und ich. Aber wie staunten wir alle, jeder hatte gehofft, daß H. Pfarrer Pfaff predigen würde, aber wir sahen nur Amerikaner. Auf dem Altar hatten sie eine rotbraune Decke gebreitet, das Kreuz stand darauf und noch 2 brennende Kerzen. Rechts saßen die Amerikaner und links wir Deutsche. Am Altar stand ein kleines Harmonium, das spielte ein Ami. Sie verteilten noch ihre Gesangbücher, daß wir mitsingen sollten. Die Soldaten sangen die Lieder, ein Ami hielt danach die Predigt in englisch, wir verstanden kein Wort. Zum Schluß gingen noch die Soldaten zum Abendmahl, sie tauchten die Hostie in den Wein dabei ... Seit die Amis da sind, habe ich noch nicht geweint, aber in der Kirche kamen mir die Tränen.*

Das war am 25. März 1945. Noch ließ die Kapitulation auf sich warten, aber in Dichtelbach wie anderwärts hatte die Nachkriegszeit begonnen. Es begann die Zeit und damit die Kultur der Not.

Am 27. Februar 1945 notierte Erich Kästner in seinem Tagebuch: *Das Dritte Reich bringt sich um; doch die Leiche heißt Deutschland.*¹⁸ Rainer Gries spricht im Rückblick von den Kölnern als von *Höhlenmenschen der Neuzeit*¹⁹, Helga Grebing von einer *Notgesellschaft*²⁰, und Hermann Glaser sieht neben *den Enklaven ländlicher, friedlicher Abgeschiedenheit die Zonen verbrannter Erde*²¹. Das kann mißverständlich sein, kann meinen lassen, daß das Land den Krieg halbwegs unbeschadet überstanden hätte; die Westeifel belegt das Gegenteil, zum Exempel sei nur an das Dorf Brandscheid am Fuße der Schneifel erinnert, das „Verdun der Eifel“.

Die Not der unmittelbaren Nachkriegszeit ist heute für viele tatsächlich nicht mehr vorstellbar – eine Abmagerungsdiät ist doch etwas grundsätzlich anderes als das dauernde Vegetieren mit 1000 oder gar 700 Kalorien pro Tag. Es ist notwendig, diese Trümmer- und Hungerkulisse zu skizzieren, um die Bedingungen zu verstehen, unter denen sich die Anfänge des kulturellen Lebens in Stadt und Land entwickelten.

Es mangelt nicht an Daten, die das Elend jener Jahre ahnen lassen – Daten über Zerstörung, Flucht, Hunger, Vertreibung. Sie sagen allerdings nichts über das persönliche Leid, das Millionen von Menschen und Familien zu tragen hatten: den Verlust von Angehörigen, von Heimat, auch von Besitz. Zwar hatte es sich „ausgehitlert“ – der Ausdruck fiel in einem der Gespräche –, aber die deutsche Gesellschaft als ganzes war

16 SEIL (wie Anm. 5), S. 63f.

17 Es wurde uns von Fritz SCHELLACK dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

18 Zitiert nach Hermann GLASER: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 2 Bde., München, Wien 1985/86, Bd. 1, S. 16.

19 Vgl. Rainer GRIES: *Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität*: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, S. 250.

20 Helga GREBING: *Demokratie ohne Demokraten? Politisches Denken, Einstellungen und Mentalitäten in der Nachkriegszeit*, in: Everhard HOLTSMANN (Hg.): *Wie neu war der Neubeginn? Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945* (Erlanger Forschungen, A, Bd. 50), Erlangen 1989, S. 6-19, hier S. 16.

21 GLASER (wie Anm. 18), Bd. 1, S. 16.

durch die *selbstverschuldete Katastrophe*²², durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse traumatisiert. Das in einem ganz konkreten Sinne: wer in der Stadt Mainz in den Tagen vom 1. bis zum 20. März 1945 57 Fliegeralarme mit insgesamt 187 Stunden Dauer auszuhalten hatte, dessen Psyche konnte nicht mehr ganz unbeschädigt sein. Und dazu gab es hier seit dem großen Bombenangriff vom 27. Februar weder Strom noch Gas noch Wasser; der Neue Mainzer Anzeiger vom 22.3.1946 sprach von einer *todwunden Stadt*, der Zerstörungsgrad lag bei 54%.²³ Ludwigshafen und die BASF waren eine *Ruinenlandschaft*²⁴, in Pirmasens war der *Stadtkern fast ganz ausgelöscht*²⁵, Koblenz glich einer *Trümmerwüste*²⁶.



Der Mainzer Dom in den Ruinen (Foto: Stadtarchiv Mainz)

22 Friedrich PRINZ: Einleitung für einen Rückblick ohne Zorn und Nostalgie, in: ders. und Marita KRAUSS (Hg.): *Trümmerleben. Texte, Dokumente, Bilder aus den Münchner Nachkriegsjahren*, München 1985, S. 19.

23 Vgl. Karl-Heinz ROTHENBERGER: *Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950* (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd.3), Boppard 1980, S. 45.

24 ROTHENBERGER (wie Anm. 23), S. 49.

25 Wolfgang SEMLER: *Zur Pirmasenser Wirtschaftsgeschichte in der Nachkriegszeit*, in: 200 Jahre Stadt Pirmasens. 1763-1963, Pirmasens 1963, S. 132-142, hier S. 132.

26 Rudolf BAUER: *Koblenz – so wie es war*, Bd. 2, Düsseldorf 1980, S. 39.

Nicht anders in vielen kleinen Städten und Dörfern. *Aus dem blühenden Städtchen Mayen war eine Steinwüste geworden*²⁷ – es war zu 64% zerstört. In Zweibrücken lag der Zerstörungsgrad bei 73%, in Prüm bei 80%.²⁸ Von 1100 Häusern in Bitburg lagen 800 völlig in Trümmern, von den übrigen war kein einziges unbeschädigt.²⁹ Johannes Nosbüsch nennt Bitburg *eine tote Stadt, aber auch eine Stadt der Toten*.³⁰ Besonders schlimm sah es vielerorts in der „Roten Zone“ entlang der ehemaligen Reichsgrenzen aus, so genannt nach der Markierung in den Artilleriekarten. *Eine Landschaft in Moll* überschrieb ein Journalist der Rhein-Zeitung noch im Februar 1949 seinen Bericht über eine Reise in die Eifel: *Es ist ein Land der Not ... der chaotischen Zerstörung. Das Auge weiß kaum so viele Zeichen der Vernichtung aufzunehmen*.³¹ Zu den Zerstörungen kam der Mangel an allem, vor allem an Lebensmitteln. Trotz komplizierter Bewirtschaftung sank im Winter 1946 die Kalorienzahl pro Person und Tag auf unter 1000, im Trierer Raum gab es monatlich für jeden zehn Pfund Brot – 1939 waren es 9600 g gewesen.³²

Kein Zweifel, die Katastrophe war selbst verschuldet, ganz und gar. Aber sie war unbeschreiblich, vor allem für Stadtbewohner; vor allem für die Schwächsten: die alten Leute, die Kinder, die Frauen. Ist es, dieses Szenario vor Augen, nicht frivol, nach Kirmes und Karneval, nach Tanz und Theater zu fragen? Das wird sich zeigen müssen. Zunächst gab es tatsächlich andere Probleme: die Sicherung des alltäglichen Überlebens, das große Aufräumen. Beim ersten, dem Überleben, halfen in den großen Städten Warmhallen und Suppenküchen: In Mainz teilte die Caritas im Juni 1946 27.000 Essen aus,³³ in Trier wurden im Winter 1945/46 täglich bis zu 5000 Essen ausgegeben³⁴ – freilich: was waren das für Essen, was für Portionen – pro Mahlzeit wurden 2 g Fett verwendet! Bei der Beseitigung von Trümmern waren oft Frauen und alte Leute maßgeblich beteiligt: *Die Männer waren ja nicht da!* In Mainz waren, nach einem Zeitungsbericht vom 26.10.1946, 6000 Menschen in freiwilligem Einsatz. Für viele Dörfer galt das gleiche. Totes, verbranntes Vieh lag, zum Beispiel nur, in Mengerschied herum: *Das war das Schlimmste!* erinnert sich ein Informant. Man vergrub es in Bomben-trichtern.

In dieser Situation war gegenseitige Hilfe notwendig, und sowohl in den Gesprächen als auch häufig in der Literatur ist von einem Zusammenrücken der Menschen in Familie und Nachbarschaft die Rede. Von diesem Zusammenrücken und Zusammenleben in bedrückenden Verhältnissen soll im folgenden die Rede sein. Dabei soll der Blick auf drei Bereiche gerichtet werden, die auch von unseren Gesprächspartnern und -partnerinnen immer wieder als bedeutungsvoll für die erste Zeit nach dem Krieg her-

27 Paul GEIERMANN: Die Stadt Mayen mit ihren Jahrtausenden zwischen Vulkanen und Autobahnen. Ein Geschichts- und Heimatbuch, Mayen 1978, S. 177.

28 ROTHENBERGER (wie Anm. 23), S. 45.

29 Vgl. Trierische Volkszeitung, 10.7.1946.

30 NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 203.

31 Rheinzeitung/Koblenz, 26./27.2.1949.

32 Vgl. ROTHENBERGER (wie Anm. 23), S. 72.

33 Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger, 13.7.1946.

34 Vgl. Trierische Volkszeitung, 1.11.1946.

vorgehoben wurden: den der informellen, privaten Geselligkeit, den der kirchlichen Feiern und Begehungen, auf das Wiederaufleben traditioneller Bräuche und Feste, hier besonders erster Tanzveranstaltungen, von denen überall besonders intensiv berichtet wurde.

Feiern und Feste zwischen Ruinen

Daß es informelle Geselligkeit, daß es private Feste auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit gab, war unseren Informanten selbstverständlich. Im Gegensatz zu öffentlichen hatte es sie ja auch während des Krieges gegeben: Geburtstage, Hochzeiten, Weihnachtsfeiern. Daß sie nun sehr bescheiden ausfallen mußten, liegt auf der Hand, und das wurde oft auch als bedrückend empfunden: *Es waren die ärmsten Weihnachten (1945; die Verf.) unseres Lebens. – Nun sind die Weihnachten vorbei, es waren die traurigsten seit Jahren. Selbst im Krieg waren sie nicht so arm wie in diesen Tagen.*³⁵ Vor dem Fest hatte es noch eine Sonderzuteilung gegeben: jeder Erwachsene über 18 Jahren erhielt 40 Zigaretten (oder 10 Zigarren oder 40 g Tabak), jeder Erwachsene auch eine halbe Flasche Wein. Was private Feste, etwa der Nachbarschaft, betrifft, so ist der Satz einer Frau aus dem Hunsrück geradezu klassisch zu nennen: *Ja, sicher wurde gefeiert, aber es durfte ja nicht gefeiert werden.* Man wußte sich zu helfen, auch als die Amerikaner im Juli 1945 durch die Franzosen abgelöst wurden: *die waren wieder ganz streng.* Aber deren scharfe Anordnungen waren gelegentlich leicht zu umgehen: *Weil Ausgangssperre war, stieg man abends über die Hofmauer rüber zu den Nachbarn,* hieß es in einem pfälzischen Dorf. Gerade die Dichte der nachbarlichen Kontakte in jener Zeit wurde in den Interviews betont (und ihre spätere Lockerung bedauert).

Von größter Bedeutung für viele Menschen waren, nach Jahren der Kirchenfeindlichkeit, die ersten öffentlichen kirchlichen Begehungen, und hier ist an erster Stelle das Fronleichnamsfest mit seinen Prozessionen zu nennen. Dazu liegen aus den katholischen Landesteilen ergreifende Beschreibungen vor, so von Johannes Nosbüsch, der im Jahre 1945 die erste Fronleichnamsprozession nach dem Kriege in der Westeifel erlebte: *Mochten die Altäre am Prozessionsweg auch noch so ärmlich zusammengestellt sein, sie waren in ein Blütenmeer getaucht, das an Fülle kaum zu überbieten war. Und wer hätte es gedacht: Nicht nur fehlte es gerade in diesem Jahr nicht an Blumen, auch Vasen gab es in Hülle und Fülle, in Gestalt nämlich der zahllosen Messingkartuschen, großen und kleinen, die auf der Feldflur verstreut lagen. Man brauchte sie nur ein wenig zu polieren, und schon glänzten sie, daß es die wahre Pracht war. So konnte das erstmals seit Jahren wieder unter freiem Himmel gesungene 'Ecce panis angelorum' wahre Schauer der Ergriffenheit entfachen.*³⁶

35 Gustav SCHELLACK: Die Chronik des Dorfes Mengerschied von 1944-1960, Masch. Ms., Mengerschied 1958, o.P.

36 NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 302.



„Batzekuchenprozession“ in Mainz um 1951 (Foto: Stadtarchiv Mainz)



Fronleichnamsprozession in Koblenz 1952 (Foto: Heinrich Wolf, Koblenz)

Kein Zweifel, daß die ersten Fronleichnamsprozessionen nach dem Kriege zumindest von den Katholiken als etwas ganz Herausragendes empfunden wurden. Dafür gab es gewiß mehrere Gründe: Der Krieg mit seinen Ängsten und Gefahren war vorüber, die Kirchen waren unangefochtene Autoritäten in einer Zeit unsicherer Orientierungen. Vor allem aber wurde mit Freude begrüßt, daß die staatlichen Repressionen gegenüber den Kirchen und kirchlichen Riten der Vergangenheit angehörten. Das galt auch und ganz besonders für das Fronleichnamsfest mit seinem demonstrativen Charakter. Zwar war es von den Nationalsozialisten nie förmlich verboten worden, mußte aber doch zunehmende Einschränkungen erfahren. So wurde es 1941, wie auch das Fest Christi Himmelfahrt, auf den darauffolgenden Sonntag verlegt. Zuvor schon waren Kirchenfahnen als Schmuck der Häuser am Prozessionsweg verboten worden (Hakenkreuzfahnen blieben erlaubt),³⁷ zunehmend wurden Prozessionen auf Kirchplätze³⁸ oder ins Kircheninnere zurückgedrängt. In Ahrweiler verbot die *Gestapo den Sebastianern (der Sankt Sebastianus-Schützenbruderschaft; die Verf.) im Herbst 1938 für die Zukunft die Teilnahme an den kirchlichen Feierlichkeiten zu Fronleichnam. Daraufhin unterließen sie seit 1939 aus stillem Protest gegen diesen kirchenfeindlichen Eingriff alle ihre traditionellen Festlichkeiten weltlicher Art um die Fronleichnamszeit.*³⁹ Die Prozessionen in den ersten Nachkriegsjahren sind also wohl auch als eine Demonstration gegen die – nun überwundenen – Zwangsmaßnahmen gegen die katholische Kirche zu verstehen; die evangelische, die derartige öffentliche Begehungen kaum kennt, hatte in diesem Bereiche also auch keine Schwierigkeiten, wohl aber in anderen, etwa dem der Jugendarbeit, die von Himmler schon 1935 strikt auf kirchlich-religiöse Tätigkeiten begrenzt worden war. *Ausdrücklich verboten war es ihnen, Uniformen und Abzeichen zu tragen, Aufmärsche, Wanderungen und Zeltlager durchzuführen oder auch nur Fahnen und Wimpel zu verwenden.*⁴⁰ Demonstrativ wurde vielerorts auch die Rückführung der Kreuze in die Schulen begangen, aus denen sie in der NS-Zeit hatten entfernt werden müssen – im Regierungsbezirk Trier im Jahre 1937.⁴¹ Und mit den Kreuzen kehrte auch der Religionsunterricht in die Schulsäle zurück.

Die Frömmigkeit dieser Zeit fand ihren Ausdruck in vielen regionalen, bald auch überregionalen Wallfahrten, die rasch wieder auflebten. *Zehntausende beim Rochusfest*, hieß es 1946 in der Mainzer Presse,⁴² Tausende aus der Vorderpfalz nahmen im gleichen Jahr an einer Jungmänner-Wallfahrt zum Speyerer Dom teil, Zehntausende versammelten sich bei den Diözesan-Jugendtagen in Trier. Die kirchliche Jugendarbeit nahm einen mächtigen Aufschwung, ungeachtet der bedrückenden Lebensumstände. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Tatsache, daß die Kirchen Schutzräume

37 Vgl. Franz-Josef HEYEN: Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard 1967, S. 199f.

38 Vgl. Fritz SCHELLACK: Aus der Geschichte und dem Leben der Evangelischen Kirchengemeinde Laufersweiler, Simmern 1993, S. 62.

39 700 Jahre Stadt Ahrweiler 1248-1948, Ahrweiler 1948, S. 28.

40 Georg DENZLER, Volker FABRICIUS: Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand? Bd. 1, Frankfurt a.M. 1984, S. 89.

41 Vgl. DENZLER, FABRICIUS (wie Anm. 40), S. 106.

42 Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger, 23.8.1946.

boten und als solche auch von der Besatzungsmacht toleriert wurden. Wenn etwa im Jahre 1945 Vereine und Versammlungen noch weithin verboten waren, so ließ sich doch eine geistliche Abendmusik arrangieren wie in Mainz, Speyer oder Landau, eine musikalische Feierstunde wie in Landstuhl, ein Gesangskonzert in der Galluskirche in Friesenheim. Auch Advents- und Weihnachtsfeiern in manchen Schulen – Ludwigshafen, Speyer – konnten gehalten werden. Im Amt Betzdorf, ein Beispiel für den engen materiellen Spielraum bei der Ausrichtung solcher Feiern, rief der Amtsbürgermeister die „Selbstversorger“, also die Bauern, zu Spenden für die Weihnachtsfeier der 1500 Kinder des Amtes auf: Mehl, Milch, Fett, Eier und Obst wurden erbeten.⁴³ Solche Spenden- und Sammelaktionen für Kinder gab es in den Notwintern in vielen Orten,



Weihnachtsbaum in einer Notwohnung in Ludwigshafen, 1946 (Foto: Stadtarchiv Ludwigshafen)

vor allem in den größeren.

Weihnachtsfeiern waren nicht die einzigen Aktivitäten für Kinder – schon im Herbst 1945 gab es andere Feste, und damit sind wir bei dem Aufleben traditioneller Bräuche. In Koblenz ging am Martinstag der erste „Meerdes“-Zug durch die Straßen – eine etwas dramatische Angelegenheit. Es wurde schon zum 11.11.1945 ein Martinszug geplant und organisiert. Rudolf Bauer zitiert die Erinnerung eines Zeitzeugen: *Am Samstagabend nach der Komplet in St. Kastor stellte sich der Zug auf dem Kastorhof auf.*

Mit einer so großen Teilnahme hatten wir nicht gerechnet: Auf dem großen Platz wimmelten ungezählte Fackeln bunt durcheinander, Kindergärten und Schulklassen waren gemeinsam und vollzählig gekommen. Mit dem Koblenzer Martinslied 'Heiliger Sankt Meerdes...' setzte sich der Zug in Bewegung. Das Holz für das Martinsfeuer stammte aus den Trümmern, das Kostüm eines römischen Offiziers aus dem Fundus des Stadttheaters. Aber es gab Probleme: Plötzlich stockte der Zug. Der französische Soldat, der am Augusta-Gymnasium – damals noch als Kaserne beschlagnahmt – wa-

43 Vgl. Rhein-Zeitung Altenkirchen, 14.12.1946.

che stand, fürchtete offenbar, hier rotte sich eine Demonstration zusammen. Er hielt den Zug an und nahm dem voranreitenden Martin den Säbel ab. Als der Soldat sah, welche Menge unter dem Rathäusbogen nachquoll, schoß er einige Warnschüsse in die Luft und zog sich zurück. Die Kinder aber ließen sich nicht irremachen. Sie sangen lauter und gingen weiter, die Augen fest und strahlend auf die Fackel gerichtet, die jedes Kind vor sich her trug. In der Clemensstraße rollten uns Jeeps mit französischen Soldaten entgegen. Aber sie ließen uns weiterziehen und begleiteten uns bis zum Clemensplatz. Unter ihren aufmerksamen Augen brannten wir dort das Martinsfeuer ab, und als der Dechant zu den Kindern sprach, fuhren sie weg.⁴⁴ Ein bemerkenswerter Beleg nicht nur für ein sehr frühes Martinsfest nach dem Kriege, sondern auch für das Verhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung, das zu dieser Zeit noch durch Unsicherheit und Spannung geprägt war.

Auch andere Jahresfeuer wurden bald wieder abgebrannt, so die Fastenfeuer – „Burg“ oder „Hütt“ genannt – in der Westeifel. Die letzten hatte es am Sonntag Invo-cavit 1939 gegeben, die ersten dann wieder 1946 – die Fastenzeit des Jahres 1945 war durch Kriegsereignisse bestimmt. Und manche dieser Feuer waren etwas ganz Besonderes, so in Daleiden. In der Nähe dieses Ortes befand sich ein Munitionslager, aus dem die jungen Burschen Werfergranaten holten. Die wurden aufgedreht, sie enthielten Pulver in Stangenform. Je drei davon wurden in eine Kartusche gepackt und im Feuer plaziert: ... *und dann sind die Dinger geflogen – 100 bis 150 Meter hoch. – Das war unsere erste Hütt*, und die Jugendlichen von damals erinnern sich sehr intensiv daran. Aber es gab auch Zwiespältigkeit, wie etwa Nosbüsch aus einem kleinen Dorf in der Westeifel berichtet: *Endlich durfte an diesem Tag auch wieder die ‘Hütte’ verbrannt werden; groß und klein waren versammelt, als die Männer des Dorfes das riesige Strohkreuz ‘auf der Belz’ aufrichteten. Da konnte einer der Männer folgende Äußerung nicht unterdrücken: ‘Eijch haalen neist mi vu suen Kannereien.’ (Ich halte nichts mehr von solchen Kindereien).*⁴⁵ Zu schrecklich waren die Erfahrungen des Krieges gewesen, als daß alle sich unbeschwert der Freude an Bräuchen und bescheidenen Festen hätten hingeben können. Besonders schwer war es für die Männer, die im Krieg gewesen waren; die, oft todkrank, aus der Gefangenschaft heimkehrten; für alle, die nahe Angehörige in Gefangenschaft hatten. Dieser Zwiespalt klang bei den Gesprächen immer wieder an. Es wurde von einer *riesigen Kluft* berichtet zwischen den jungen Männern, die im Felde gewesen waren und den anderen, die dieses Schicksal nicht getroffen hatte; und im Westerwald erinnerte sich ein damals aus dem Krieg Heimgekehrter an seinen ersten Besuch einer Fastnachtsveranstaltung: Er habe sich dabei *wie in der Fremde* gefühlt. Dieser Zwiespalt, dieses Unbehagen an der Fröhlichkeit in Trümmern und Ruinen, im konkreten wie im übertragenen Sinne, wird uns noch mehrfach begegnen.

So schon bei den ersten Tanzveranstaltungen der Nachkriegszeit. Lange Jahre hatte es keine mehr gegeben, spätestens seit dem Beginn des Rußlandfeldzuges waren sie eingestellt worden. Die ersten Tänze, so die Erinnerungen unserer Gesprächspartner,

44 BAUER (wie Anm. 26), S. 97-99.

45 NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 304.

wurden von den Franzosen initiiert oder selbst organisiert, und zwar zuerst von den Soldaten, später den „Holzmachern“, die in den Mittelgebirgen das Reparationsholz einschlugen. Ein einheitliches Bild zu gewinnen, ist freilich kaum möglich – vieles scheint von den örtlichen Kommandeuren abhängig gewesen zu sein, wie ja schon Rothenberger bemerkte: *Man kann die Haltung der französischen Offiziere nicht auf einen Nenner bringen.*⁴⁶

Unklar sind auch die Motive für solche Aktivitäten. Sicher können sie gelegentlich kulturpolitischer Natur gewesen sein – beim Karneval wird dies später recht deutlich werden. Hier ist an eine Einschätzung von Theodor Eschenburg zu erinnern: *Auf kulturellem Gebiet übertrafen die Franzosen wohl alle Alliierten. Kulturelle Aktivität ... sollte für Frankreich werben und zugleich die Härten der Besatzungspolitik überspielen.*⁴⁷ Aber galt das auch für Tanzveranstaltungen im dörflichen Wirtshaussaal? In Ramstein beispielsweise wurden dazu zunächst nur Mädchen eingeladen – um sie wird es wohl in erster Linie gegangen sein. *Gell, da gehst du nicht hin!* wurde eine Informantin von ihrer Mutter angewiesen. Mädchen, die mit Franzosen gingen, hatten einen schlechten Ruf, zweimal wurde vom Kahlscheren berichtet. In einem Tagebuch aus dem Hunsrück ist zu lesen: *Die Franzosen hielten zuerst alle 14 Tage, dann alle 8 Tage Tanzmusik. Erst war die Bevölkerung zurückhaltend, später aber liefen viele hin. Es gab Gelage, Schlägereien, und es traten Geschlechtskrankheiten auf. Man suchte nach all dem Elend irgendwie Vergessen in diesen zweifelhaften Vergnügungen. Auch hier knüpften sich Bande an, und eine Reihe von Mengerschieder Mädchen sind mit diesen ehemaligen Holzhauern verheiratet.*⁴⁸ Offenbar war es so, daß in einer ersten Phase diese Tänze ein erhebliches Konfliktpotential darstellten: zwischen Müttern und Töchtern, zwischen jungen Deutschen und Franzosen – von Schlägereien wurde des öfteren erzählt. Dazu kommt, daß viele der aus Krieg und Gefangenschaft Heimgekehrten keinen Sinn für solche Veranstaltungen hatten: *Männer, die heimkamen aus Gefangenschaft, die haben sich damit schwergetan, die wollten nicht dahin gehen.* Berichte über frühzeitige Eheschließungen zwischen deutschen Mädchen und Franzosen sprechen für eine doch recht rasche Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bevölkerung und Besatzungsmacht.

Ein Hindernis dabei scheint ein kräftiges nationales Repräsentationsbedürfnis der Franzosen gewesen zu sein; das ist deshalb zu erwähnen, weil es in ausnahmslos allen Gesprächen thematisiert wurde. Eine Informantin im rheinhessischen Nackenheim erinnert sich, daß bei der ersten Fastnachtsveranstaltung – das war 1946 –, die unter französischer Protektion stand, *alle Augenblicke* die Marseillaise gespielt wurde; dabei mußte man sich erheben, und das war zumindest lästig. Nicht als lästig, sondern als demütigend wurde der Zwang empfunden, die Trikolore zu grüßen, die offenbar in jedem Ort aufgezogen war. Zahllos sind die Geschichten über die Umgehung dieses Ge-

46 Vgl. ROTHENBERGER, Hungerjahre (wie Anm. 23), S. 95.

47 Zitiert nach Rainer HUDEMANN: Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Franz KNIPPING, Jacques LE RIDER (Hg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland. Ein Tübinger Symposium, Tübingen 1987, S. 15-31, hier S. 15.

48 Gustav SCHELLACK (wie Anm. 35), o.P.

botes: Man wählte eine andere Straße – *Das war die damalige Verkehrsberuhigung* –, man ging barhäuptig, um den Hut nicht ziehen zu müssen, ein Bauer auf seinem Kuhwagen versteckte *die Kapp unterm Arsch*. Ein Informant verweigerte den Gruß, wurde auf die Kommandantur geführt und vertrat dort den Standpunkt, daß er nur Personen, nicht Gegenstände grüße – ihm geschah nichts. Andere wurden eingesperrt: *Ich hab gesses in Simmern!* Das konnte ein halbes Jahr dauern.

Gewiß ist, daß die Franzosen offenbar ein Interesse an der Stärkung lokaler Kultur hatten. Ein Beleg dafür sind etwa die Aktivitäten des Mainzer Stadtkommandanten Major Kleinmann, der nicht nur bei der Wiedergründung der Mainzer Universität, sondern auch bei dem Wiederaufleben der Mainzer Fastnacht eine zentrale Rolle spielte. Er war schon nach dem Ersten Weltkrieg in Mainz gewesen, kannte also die Stadt und ihre Bräuche. Schon im Oktober 1945, so erinnert sich Karl Moerlé, wurden *drei Männer aus der ersten und angesehensten Garnitur des Mainzer Karnevals – Moerlé, Glückert und Hilsenbeck – zu dem französischen Stadtkommandanten, dem Major Kleinmann, beordert. Solche Zitierungen verhießen selten Glück*. Aber das unbehagliche Gefühl verflog rasch: *Er stellte die knappe Frage: 'Meine Herren, wann fangen Sie mit dem Wiedererstehen der Mainzer Fastnacht an?'*⁴⁹

Den Karnevalisten erschien, angesichts von Trümmern, Tod und Not, dieses Ansinnen schlichtweg als absurd. *Aber der französische Stadtkommandant kannte den politischen Karneval, verstand das Bürgerfest als Bewältigungsform jeglicher Not*.⁵⁰ Vorerst kam es freilich noch nicht zu einer richtigen Fassenacht, wohl aber zu dem legendären „Mainzer Abend“, veranstaltet vom Mainzer Kulturbund. *Sie dürfen*, zitierte der Neue Mainzer Anzeiger vom 5.2.1946 den Eröffnungsredner Bernhard Fork, *von uns heute keinen Karneval, nicht einmal einen Ausschnitt daraus erwarten, wir wollen lediglich und schlicht einen Abend mainzerischer Art gestalten*. Im Mittelpunkt stand ein von Laien gespieltes, von Karl Moerlé verfaßtes Theaterstück »Ist das nötig?«, ein mit zeitnahen Pointen gespicktes, ironisierendes und doch auch besinnliches Gegenwartsbild.⁵¹ Ganz fehlte die Fastnacht freilich nicht: *Der Carneval blieb im Hintergrund*, heißt es in demselben Zeitungsartikel, *einmal nur warf er einen schüchternen, fast wehmütig anmutenden Blick durch den Vorhang: Als Heinrich Hilsenbeck in der Rolle des 'Babbelnit' leise fragte, ob die Mainzer eines Tages wohl auch wieder ihre 'Gute Stube' haben würden, da pfiß Karl Bender, der junge 'Babbelnit', verstohlen die Melodie des Narrhallamarsches*. Zum Beschluß des Abends stand dann, mit der alten, fast demonstrativ gezeigten Herzlichkeit begrüßt, *'unser' Seppel Glückert zwar nicht in der Bütt, aber hinter einem mit den mainzerischen Farben verhüllten Pult. Eine halbe Stunde lang sprach er in bewegten, gescheiten, ernsten und witzsprühenden Versen seinen Mainzern aus der Seele. Sie jubelten am hellsten auf bei seinem Ausruf: 'Mr kenne noch!' Sie werden es zeigen, die Mainzer, daß sie noch da sind*.⁵²

49 Zitiert nach Anton M. KEIM: 11mal politischer Karneval. Weltgeschichte aus der Bütt, Mainz 21981, S. 216.

50 KEIM (wie Anm. 49), S. 216.

51 Neuer Mainzer Anzeiger, 5.2.1946.

52 Neuer Mainzer Anzeiger, 5.2.1946.

Neben dieser gewissermaßen „verordneten“ begann sich freilich die Fastnacht da und dort schon 1946 wieder zu regen. Alexander Link fand im Mainzer Stadtarchiv ein kleines, unscharfes Bild, welches die Kinder der St. Ignaz-Pfarrei bei einem Umzug durch die Ruinenlandschaft zeigt.⁵³ Ähnlich in Speyer, einem Bericht der Rheinpfalz vom 6.3.1946 zufolge: ... *weder Karneval noch Fasching sind an der Börse der Vergnügungswerte sonderlich gefragt. Aber das hat die Speyerer Buben nicht gekümmert, und eines Nachmittags liefen sie scharenweise mit bunten Papiermützen herum. Freilich: Den Erwachsenen gelingt es nicht so leicht, mit närrischen Illusionen über die Abgründe der Gegenwart zu gaukeln.*⁵⁴ Die Nackenheimer Fastnachtsveranstaltung wurde schon erwähnt; sie „stand unter Aufsicht“, niemand durfte maskiert sein, pünktlich um 24 Uhr wurde sie beendet.

Was der wieder erstehende Karneval für viele Menschen bedeutete, mag eine Erinnerung des Karnevalisten Thomas Liessem belegen. Es geht, ausnahmsweise, um



Fastnachtstreiben 1946: Kinder der Ignaz-Pfarrei ziehen durch die Holzstraße (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Köln, wo es schon 1946 einen spontanen, erst später einen organisierten Umzug gab: *Ich sah vor mir nicht mehr die vier Bannerträger und die Polizeikapelle in ihren Heroldsuniformen. Ich sah nur die Menschen, die sich so unbändig freuten und denen doch die Tränen in den Augen standen. Sie winkten aus den ausgebrannten Fensterhöhlen der Ruinen und benutzten ihre Taschentücher immer wieder dazu, ihre feuchten Augen zu trocknen. Ich beobachtete im Fenster eines notdürftig geflickten Hauses ein Ehepaar: Die Frau trug ein Kapotthütchen und ein Kostüm der 90er Jahre. Sie winkte und weinte gottser-*

*bärmlich, während ihr Mann sich mit verschränkten Armen an den Fenstersims lehnte und ohne Unterlaß schluchzte.*⁵⁵ So schwer es heute fallen mag, sich in die Gefühle der Menschen von damals hineinzudenken: Fastnacht und Karneval waren weniger Vergnügungen als vielmehr Zeichen der Hoffnung in einer unglaublich schweren Zeit.

⁵³ Vgl. LINK (wie Anm. 14), Abb. 43.

⁵⁴ Rheinpfalz, 6.3.1946.

⁵⁵ Thomas LIESSEM: Kamelle und Mimosen, Köln o.J., S. 78.



Plakatanschlag in Mainz (Foto: Stadtarchiv Mainz)

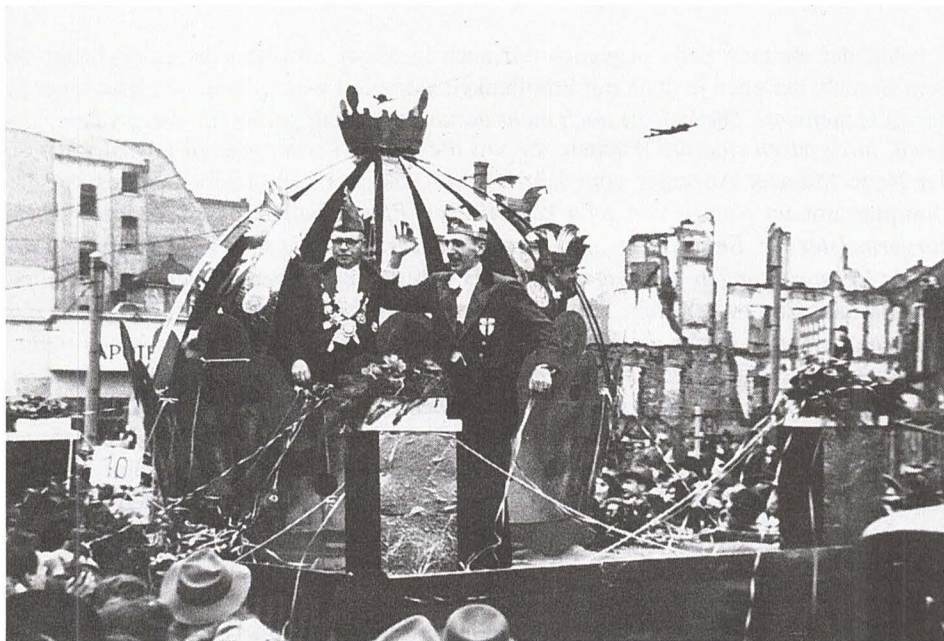
Auf der anderen Seite begegnen wir auch in dieser Situation dem Unbehagen an dem Brauch, der eben ja doch mit Fröhlichkeit assoziiert wurde, in der Kulisse einer so harten Gegenwart. *Die Zeit ist noch nicht beruhigt und reif genug für den großen Karneval, allzu frisch sind die Wunden, die uns die bittere Vergangenheit beibrachte* – so der Neue Mainzer Anzeiger vom 1.3.1946. Im Oktober des gleichen Jahres bat das Dompfarramt im Namen von zehn katholischen Pfarrgeistlichen den Mainzer Oberbürgermeister Dr. Emil Kraus ..., in dieser schweren Zeit die für 1947 geplanten Karnevals-Veranstaltungen abzusagen. Der OB gab das Schreiben an den MCV weiter, den Mainzer Carneval-Verein. Der entgegnete, er *verkenne keineswegs den Ernst der Lage und vergesse weder die Kriegsgefangenen noch das harte Los der Hinterbliebenen. Er wolle lediglich dazu beitragen, daß man sein altes Motto 'Lache unter Tränen, und du wirst ihrer Herr!' ein wenig verwirklichen könne.*⁵⁶ Alexander Link schließlich bietet die Abbildung eines – nicht datierten – Plakates aus Mainz, das einen Kriegsgefangenen zeigt und den Schriftzug: *Und Du feierst Karneval?*⁵⁷ Welch eine komplizierte seelische Situation: Man brauchte, wie viele Zeitzeugnisse zeigen, den Karneval, brauchte das Fest, und hatte ob dieses Bedürfnisses doch ein schlechtes Gewissen.

56 Helmut MATHY: Bürgerfest und Zeitkritik. Zum Jubiläumsbuch „150 Jahre Mainzer Carneval-Verein 1838 bis 1988“, in: Mainz, Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte, 8, 1988, H. 1, S. 41-48, hier S. 46f.

57 LINK (wie Anm. 14), Abb. 44.



Rosenmontagszug 1950 in Mainz, Kaiserstraße (Foto: Stadtarchiv Mainz)



Rosenmontagszug 1951 in Koblenz (Foto: Stadtarchiv Koblenz)

Wie sich orientieren in dieser Widersprüchlichkeit? Die ungewisse Zukunft bot kaum Perspektiven, und gerade das Hungerjahr 1947 ermutigte nicht zum Optimismus. Da bot sich die Vergangenheit an, selbstverständlich die vor dem Beginn des Krieges, vielleicht eine noch frühere. War es nicht das Sicherste, an sie anzuknüpfen? Sollte man nicht versuchen, sie wiederherzustellen? Nicht selten forderten die Verhältnisse das geradezu heraus.

In vielen bäuerlichen Haushalten wurden in den Notjahren nach dem Kriege die alten Spinnräder von den Speichern geholt und reaktiviert – nicht aus nostalgischen Gründen, sondern weil Wolle käuflich nicht zu haben war und also, so man über Rohwolle verfügte, selbst gesponnen werden mußte. Dieser Vorgang könnte in mancher Hinsicht als symbolisch aufgefaßt werden – alte Fertigkeiten wurden wieder wichtig, alte Zeiten wurden in der Erinnerung zu guten. Als wegen der schlechten Verkehrsverbindungen ein Ludwigshafener Fuhrunternehmen zweimal täglich ein Pferdefuhrwerk nach Rheingönheim laufen ließ, da titelte die Rheinpfalz vom 13.4.1946: *Zurück zur alten Zeit* – und in vieler Hinsicht kann das als allgemeines Motto jener Jahre gelten. Gleichzeitig erzwang die Not Findigkeiten mannigfacher Art, setzte Kreativität frei: ein kultureller Prozeß, auch wenn es um das pure Überleben ging.

Überlebensstrategien

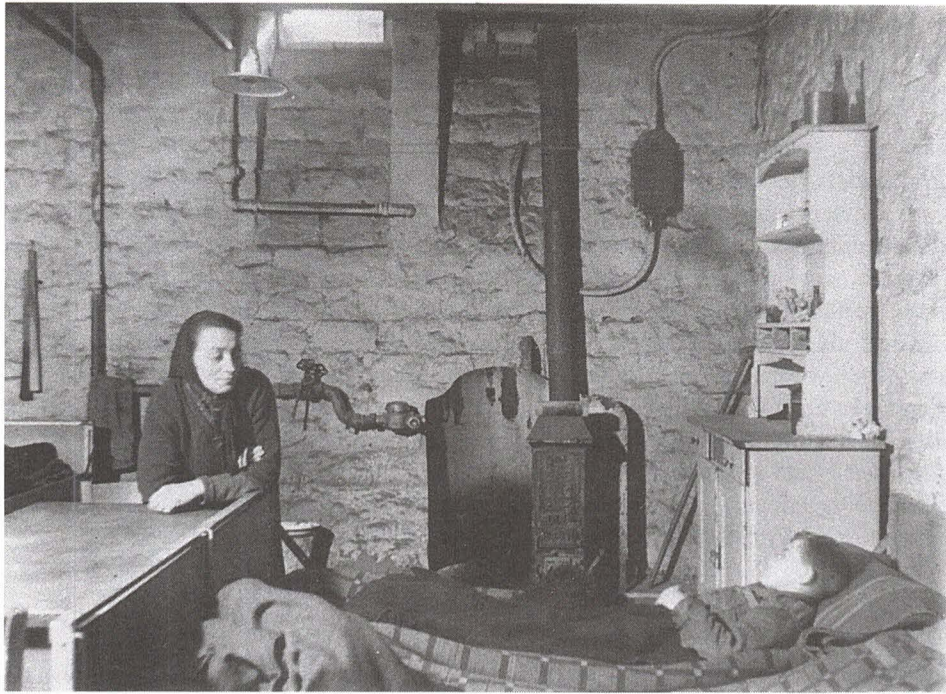
Begünstigt wurde dieses Sich-Einrichten in einer Mangelsituation durch eine gewisse Normalisierung (auch wenn man dieses Wort besser in Anführungsstriche setzen sollte) der Verhältnisse. Die Entnazifizierungsverfahren liefen, die Nürnberger Prozesse kamen zum Abschluß. Bei weitem nicht alle, aber doch viele Kriegsgefangene kehrten zurück, und das ließ die Zahl der Eheschließungen geradezu hochschnellen. In Kirchberg auf dem Hunsrück etwa gab es im Jahre 1948 (freilich schon das Jahr der Währungsreform) 56 Heiraten – 1938 waren es nur 37 gewesen.⁵⁸ In der Stadt Ludwigshafen stieg die Zahl der Eheschließungen allein von März auf April 1946 von 742 auf 966.⁵⁹ Das wiederum führte zu einem allmählichen Ausgleich der demographischen Strukturen, wenn auch der Frauenüberschuß weiterhin hoch blieb. Die Geburtenzahlen stiegen in der Folge; das Jahr 1949 war für Gemünden, wie die Hunsrücker Zeitung vom 3.1.1950 meinte, *mit 113 Geburten wohl das beste Geburtenjahr der letzten 30 Jahre*. Normalisierung auch der politischen Verhältnisse: der September 1946 brachte Gemeinderats-, der Mai 1947 Landtagswahlen. Die „Adolf-Hitler-Straßen“ wurden wieder zu gewöhnlichen Hauptstraßen, die „Hitlerbäume“ fielen unter Axthieben. Die Repatriierung der Zwangsarbeiter begann, die der Polen war Mitte 1946 abgeschlossen.⁶⁰ Bereits im Sommer 1947 waren rund 90% des Eisenbahnnetzes befahrbar.⁶¹

⁵⁸ Vgl. Hunsrücker Zeitung, 3.1.1950.

⁵⁹ Vgl. Rheinpfalz, 8.6.1946.

⁶⁰ Vgl. Rothenberger (wie Anm. 23), S. 99.

⁶¹ Vgl. Helga GREBING, Peter POZORSKI, Rainer SCHULZE: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945-1949, a) Die wirtschaftlichen Grundlagen. (Studienreihe Politik, Bd. 7a), Stuttgart 1980, S. 67



Notwohnung in Ludwigshafen um 1949 (Foto: Stadtarchiv Ludwigshafen)



Schlangestehen vor einer Bäckerei 1945 in Mainz, Zanggasse (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Mit dem Wiederaufbau des zerstörten Wohnraumes ging es naturgemäß langsam voran. Für die französische Besatzungszone wurden für das Jahr 1946 9,4 m² pro Person errechnet,⁶² im November 1948 lebten in Koblenz noch 1200 Menschen in Kellern, Gartenlauben oder Baracken, 4068 Familien mit über 12.000 Personen waren auf Wohnungssuche, 1835 davon waren in beschädigten und überbelegten Wohnungen oder Notunterkünften untergebracht.⁶³ Aber der Wiederaufbau kam in Gang, nicht nur in den Städten. Von den Zerstörungen in der Eifel, besonders der westlichen, war schon die Rede: in Irrel standen noch drei Häuser, in Ernzem war *so gut wie kein Stein mehr auf dem anderen*, die Lage in Brandscheid war „hoffnungslos“. Hier war man auf Selbst- oder Nachbarschaftshilfe angewiesen. Gebaut wurde auf den alten Fundamenten, einheimischer Bruchstein war das Baumaterial. Das erste Glas gab es 1947, gegen Butter. Es ist vielleicht kennzeichnend, daß die Gebäude in der Regel fast exakt so wiedererrichtet wurden, wie sie vor der Zerstörung gestanden hatten – der heutige Besucher könnte sie für alte Bauernhäuser halten.

Eine detaillierte Chronik der Not und gleicherweise der „Instandsetzung“ des täglichen Lebens ist hier nicht zu leisten. Indem aber die Überlebensstrategien als Überlebenskultur aufgefaßt und interpretiert werden, bilden sie die Kulisse, vor der die bald einsetzenden Aktivitäten, vom Fußballturnier bis zum Weinfest, zu verstehen sind. Deshalb werden ihnen einige Stichworte gelten, und da steht der Hunger – und der Kampf gegen ihn – an erster Stelle. Die besonders verzweifelte Lage im Jahre 1947 ist schon erwähnt worden: der Winter 1946/47 war außerordentlich hart gewesen, ihm folgte ein Dürresommer. Die Kalorienzuteilung sank bis auf 1000 ab, gelegentlich lag sie unter dieser Zahl. In Ludwigshafen kam es zu Hungerunruhen, ebenso in Mainz und Kaiserslautern. Die Koblenzer Rhein-Zeitung titelte am 23.8.1947: *Stadtbevölkerung ohne Kartoffeln*. Wie half sich in dieser Situation die Bevölkerung? Bei der Beantwortung dieser Frage soll die Aufmerksamkeit auf drei Bereiche gerichtet werden: den der Selbsthilfe, den der Tauschsysteme (schon die Fülle der mundartlichen Bezeichnungen für das Tauschen wäre eine Untersuchung wert!) und schließlich den der Kriminalität – oder was dafür gehalten wurde. Wichtig dabei ist, den Aspekt der Phantasie, der Kreativität im Auge zu behalten: *Die Findigkeit war groß!* sagte ein Informant in der Eifel, und auch Hedwig Brüchert-Schunk spricht von einem *bewundernswerten Erfindungsreichtum*⁶⁴.

Wer keine Landwirtschaft hatte, und wer hatte die schon in den großen Städten des Landes, für den war ein Gemüsegarten um so wichtiger, zur Not konnte auch ein Trümmergrundstück bebaut werden. Wiederholt brachten die Tageszeitungen Aufrufe zur Selbsthilfe durch Eigenanbau, so die Rheinpfalz vom 10.4.1946: *Die Ernährungs-*

62 Vgl. GREBING, POZORSKI, SCHULZE (wie Anm. 61), S. 30f.

63 Vgl. Rhein-Zeitung Koblenz, 13./14.11.1948.

64 Hedwig BRÜCHERT-SCHUNK: Frauen in der Nachkriegszeit, in: Anton Maria KEIM, Alexander LINK (Hg.): Leben in den Trümmern. Mainz 1945 bis 1948 (Mainz Edition, Bd. II), Mainz 1985, S. 105-122, hier S. 110.

krise zwingt zur Selbsthilfe. Nach Feierabend greife jeder zum Spaten. Sei nicht nur Verbraucher, sondern auch Erzeuger! Mit zunehmend kritischer Lage bedurfte es solcher Appelle immer weniger. Im Herbst 1947 konnte die Rhein-Zeitung berichten, daß 65% der Gemüseernte in Kleingärten produziert worden sei;⁶⁵ unklar ist, wie eine solche Zahl ermittelt wurde. Voraussetzung war, daß, wie in Koblenz, Parks in Gartenland umgewidmet wurden, und sicher ist, daß alles, was auf Balkonen und auf Fensterbänken gezogen wurde – Tabak vor allem –, in dieser Zahl nicht enthalten war. Die Zeitungen versuchten auch sonst zu helfen, so mit Hinweisen darauf, wie man aus Brennesseln Spinat und aus Schafgarbe Brotaufstrich bereiten könne.

Auch bei der Fleischversorgung suchte man sich zu helfen; naturgemäß war hier das Kleinvieh von Bedeutung. Hühner wurden auf Balkonen, in Kellern, in Dachkammern, unter Betten und sogar in Kleiderschränken gehalten. Neben dem Trümmerhuhn gab es auch die Speichergeiß, und auf dem Lande, wo Ställe zur Verfügung standen, war die Schwarzhaltung (und später Schwarzschlachtung) nicht selten. Die dazu nötigen Ferkel waren selbstverständlich nicht frei erwerbbar. Ein Westerwälder Informant erinnert sich, daß man bis ins Oldenburgische fuhr, um Ferkel zu besorgen; die mußte man dann, in Säcke verpackt, unter dem Eisenbahnsitz von einer Besatzungszone zur anderen schmuggeln. Damit sie still blieben, gab man ihnen Schnaps ein. Der war schwarz gebrannt: was sonst?

Daneben mußte sammeln, wer sich versorgen wollte: je nach Jahreszeit Heidelbeeren, Pilze, Haselnüsse, Ähren nach der Getreideernte, Kartoffeln durch Nachhacken nach der Kartoffelernte, Eicheln. Vor allem aber Bucheckern, aus denen Öl gewonnen wurde. Glücklicherweise brachte das Jahr 1946 eine überaus reiche Ernte⁶⁶ – zuvor schon hatten die Tageszeitungen regelmäßig über die Entwicklung der Buchenfrüchte berichtet.

Die *Findigkeit* war groß – in Dörrebach im Hunsrück wurde eine „Haferflockenmühle“ erfunden, die im weiten Umkreis berühmt wurde. Anderwärts wußte man sich anderweitig zu helfen. Aus den Westwall-Bunkern und ihrer Umgebung waren Granatkartuschen zu holen. Plattgeklopft ließen sie sich zur Hauseindeckung verwenden, oder, zum gleichen Zweck, verkaufen. Andererseits konnte man aus diesen Kartuschen auch die ersten Blumenvasen herstellen; sie waren, in gut poliertem Zustand, *phantastisch*, und es gab sie, je nach Kaliber, in verschiedenen Größen. Versah man weggeworfene Stahlhelme, von denen es reichlich gab, mit einem Stiel, so ergab das ein brauchbares Gerät zum Füttern der Schweine. Wehrmachtskleidung wurde umgenäht und umgefärbt, Fahnen in vielerlei Weise verarbeitet.

Genug der Beispiele: daß sie sich nahezu beliebig vermehren ließen, ist der Generation der Zeitzeugen hinlänglich bekannt. Das gleiche gilt für den Tauschhandel, der so ausgedehnt war, daß es berechtigt ist, von einer damaligen Tauschgesellschaft zu sprechen. Alles wurde gegen alles verhandelt – einige wenige Beispiele, vielleicht etwas kurioser Art, müssen genügen: Brautkleid gegen Speck und Eier; Füllfederhalter gegen Brot; Tanzschuhe gegen Kartoffeln (1 Zentner); Wein gegen Kohlen, Wein ge-

65 Vgl. Rhein-Zeitung Koblenz, 24.9.1947.

66 Vgl. ROTHENBERGER (wie Anm. 23), S. 77.

gen Heringe und Käse aus Bremen (Heringswein); ein Waggon Briketts gegen 1000 Weihnachtsbäume aus dem Westerwald – und so noch lange weiter. In einem hier nicht zu nennenden Ort kostete eine größere Behandlung beim Zahnarzt ein Ferkel, eine kleinere mußte mit Butter entgolten werden. Für die völlig zerstörte Kirche in Irel/Südeifel mußten Heiligenfiguren beschafft werden; man nennt sie heute noch „Äppelheilige“, weil sie gegen Apfellieferungen erstanden wurden. Ähnliches im nahen Körperich – auch dort war die Kirche schwer beschädigt. Der Pastor wandte sich am Ostersonntag 1948 mit folgendem Aufruf an seine Pfarrkinder: *Für die Lieferung der Dachrinnen müssen wir – außer dem gesammelten Altmaterial – noch Erbsen in Zahlung geben. Ich bitte die Familien, die noch über Erbsen verfügen, mir anzugeben, welche Menge sie der Kirche überlassen können. Wir müssen das Geschäft in dieser Woche noch abschließen.*⁶⁷ Zwei Zentner Erbsen kamen zusammen, der Handel glückte. Dergleichen nannte man Kompensationsgeschäfte, und in allen größeren Städten existierten Tauschzentralen – Begriffe, die man heute kaum noch kennt. Von den vielen mundartlichen Bezeichnungen für tauschen war schon die Rede. Uns sind die folgenden begegnet: schrotteln, quanteln, fuggern, kozzeln, kuddeln. Überregional bekannt aber war und ist das Verb „hamstern“, und über die Sache, die es benennt, gibt es unzählige Geschichten und Berichte.

Die Militärregierung versuchte mit Hilfe der – zunächst noch unbewaffneten – deutschen Polizei, die Hamsterfahrten einzudämmen, und das war überall in Deutschland so. Der Widerspruch war unauflösbar: die labile Wirtschaftslage verbot das Hamstern und erzwang es gleichzeitig. Also waren trotz aller Kontrollen die Bahnhöfe und Züge voller Menschen, die hofften, draußen auf dem Lande Lebensmittel einhandeln zu können gegen irgendetwas – nur nicht gegen Geld. Zwei Erinnerungen, die uns mitgeteilt wurden, gehören zu solchen Schlaglichtern. Eine Informantin aus der Westpfalz war nach St. Martin zum Weinholen gefahren. Auf dem Rückweg wurde sie, zusammen mit anderen, von Franzosen gestellt. Alle mußten ihre Korbflaschen in ein *Riesenfaß* ausleeren, auch eine Frau ihre Milchkanne. Ihren Protest verstanden die Franzosen nicht – in der Kanne war Wurstsuppe gewesen, das gab *Wein mit Augen*. Freilich: *Das war für uns nicht zum Lachen damals!* Nicht ohne ideologiekritischen Hintergrund war das Erlebnis eines Informanten, gleichfalls aus der Pfalz. Verwandte im Saarland hatten ihm ein Netz Kartoffeln mitgegeben, unter denen ein Stück Speck verborgen war. Das hatte er nun über die Grenze zu bringen, durch die französischen Kontrollen. *Muß man sich vorstellen, der Franzose war der Erbfeind, das war für mich wie der Gang in die Hölle, so was ähnliches.* Ein französischer Soldat fand den Speck, *Denk ich, das ist der Weltuntergang, jetzt wirst du erschossen, und da hat dieser Mann mich angeguckt, vermutlich hab ich geweint, ich weiß nicht, da hat er die Kartoffeln wieder drüber getan. Ich bin mir vorgekommen wie ein Verräter.* Schließlich zog er den Schluß, *daß eigentlich alles, was ich gelernt bisher hab, eigentlich gar nicht stimmt* – ein beachtliches Stück politischer Umerziehung.

Der Übergang vom Tausch zum Schwarzmarkt, auch dem professionell betriebenen, war fließend, und damit auch der von der Überlebessicherung zur Kriminalität.

67 Festschrift 200 Jahre Pfarrkirche St. Hubertus Körperich, Körperich 1990, S. 42.

Das ist freilich ein heikles Kapitel: auch die Frau, die versuchte, ein paar Pfund Kartoffeln für ihre Kinder zu ergattern, tat etwas Verbotenes. Aber niemand in der Bevölkerung wäre auf die Idee gekommen, das als kriminell zu betrachten. Unbeliebt, oft geradezu verhaßt waren dagegen die berufsmäßigen „Schieber“. Man wird also, was die Kriminalität jener Jahre betrifft, nicht nach Gesetzen und Verordnungen fragen müssen, sondern nach den Einschätzungen durch die breite Mehrheit. Immerhin hatten, nach einer Umfrage von 1955, 54% der *‘Normalverbraucher’ sich nach dem Krieg Brot, Mehl und Kartoffeln schwarz besorgt*.⁶⁸ Zu den Währungselementen gehörten neben Wein (auch Apfelwein) und Schnaps vor allem Kaffee und Zigaretten.⁶⁹ Das führte in der Westeifel, also in Grenznähe zu Luxemburg, zu einem intensiven Kaffeeschmuggel, über den man dort viele Geschichten hören kann. Nachts gingen die Männer über die Our, das Grenzflüßchen. Sie nahmen mit, was Tauschwert hatte: Schinken, Ferkel, Schweine, sogar Kühe, auch Gebrauchsgegenstände: für eine Schreibmaschine beispielsweise konnte man 50 Pfund Kaffee bekommen. Drüben, in den luxemburgischen Grenzdörfern, hatten manche Bauern in ihren Ställen regelrechte Läden eingerichtet. Welchen Umfang dieser Handel hatte, mögen zwei Zeitungsmeldungen illustrieren. Die Trierische Volkszeitung berichtete am 3.9.1948 (der Schmuggel endete mit der Währungsreform keineswegs), daß in einer einzigen Nacht an einer Stelle 162 Pfund Kaffee beschlagnahmt worden seien, und die Hunsrücker Zeitung vom 30.1.1950 teilte den Fund von 28 Zentner Kaffee in einer Eifeler Dorfkirche (!) durch die Trierer Zollfahndung mit. *Ganze Dörfer*, so konnte man hören, seien *aus Kaffee* wieder aufgebaut worden – auch Kirchen übrigens. Ungefährlich waren diese Grenzgänge ganz und gar nicht: die Luxemburger Zöllner *haben aufgepaßt*, sogar *auf den Mann geschossen*. Erwischten sie einen Schmuggler, dann haben sie *drauf geschlagen, daß es gekracht hat*. Auch Haftstrafen gehörten zum Risiko.

In mehreren anderen Bereichen wurde guten Gewissens gegen das Gesetz verstoßen. Schon erwähnt wurde das schwarze Schnapsbrennen: weit verbreitet – jedenfalls auf dem Lande, wo man die erforderlichen Rohstoffe hatte –, allgemein bekannt und allenfalls als Kavaliersdelikt angesehen. In Marienberg im Westerwald etwa war es üblich, daß die Kirmesjungen am Kirmesmontag mit Musik durch den Ort zogen, um Eier und Speck zu sammeln. Die Kapelle hielt jeweils dort, wo etwas zu erhoffen war: bei den Gaststätten, Geschäften und Schwarzbrennereien. Aus einem kleinen Dorf, gleichfalls im Westerwald, wurde berichtet, daß in der Gastwirtschaft nur Dünnbier ausgeschenkt wurde – im Keller aber standen Milchkannen, mit selbst gebranntem Schnaps gefüllt. Der war freilich, wie schon erwähnt, begehrte Tauschware.

Auch das Schwarzschlachten war auf dem Lande trotz strenger Verbote gängige Praxis. Gelegentlich gab es dabei besondere Tricks, etwa das Töten des Schweines am Sonntagmorgen – das Läuten der Glocken übertönte das Schreien des Tieres.⁷⁰ Man brauchte übrigens nicht die Männer dazu, die ja oft nicht da waren – in einem rhein-

68 LINK (wie Anm. 14), S. 92f.

69 Vgl. Konrad FUCHS: Geschichte der Verbandsgemeinde Gebhardshain. 1815-1970, Mainz 1982, S. 169.

70 Birgit SACHS: Mainzer Erinnerungen: Frauen und Kinder in der Nachkriegszeit (Mainzer kleine Schriften zur Volkskultur, Bd. 6), Mainz 1994, S. 95.

hessischen Dorf erinnerten sich zwei Frauen mit Stolz und Vergnügen daran, wie sie gemeinsam ein Schwein schwarz schlachteten und komplett verarbeiteten; in Schöneberg am Soonwaldrand erzählten Informanten, daß man damals nur sehr vorsichtig durch den Wald gehen konnte, weil überall Fallen versteckt waren. Auch aus dem Pfälzer Wald und anderen Landesteilen berichteten die Zeitungen immer wieder über Fälle von Wildereien, allerdings auch, mit der gleichen Regelmäßigkeit, über Wildschweinplagen. Daß auch unerlaubt gefischt wurde, manchmal mit Handgranaten, die noch zu finden waren, muß nicht eigens betont werden.

In allen diesen Fällen war und ist ein Unrechtsbewußtsein nicht spürbar, und wo, darüber hinaus, die Alternative zum Verhungern der Diebstahl war, fällt es schwer zu urteilen. Die Zeitungsmeldungen über Diebstähle waren in dieser Zeit überaus zahlreich. Gestohlen wurde alles: Kaninchen und Glühbirnen, Kühe und Kohlen, Lebensmittel, Ochsen, Trauben, Bohnenstangen. In Serrig im heutigen Kreis Trier-Saarburg wurde in einer Nacht der Ertrag eines ganzen Rapsfeldes gestohlen und an Ort und Stelle, vermutlich mit Hilfe eines Fahrrades, ausgedroschen.⁷¹ Gerade die Felddiebstähle stellten ein großes Problem dar; deshalb, weil sie kaum zu verhindern waren. In vielen Dörfern wurden Flurwachen organisiert, nächtliche Ausgangssperren verhängt. In Traben-Trarbach wurden die Namen von erwischten Flur- und Gartendieben in einem Aushang sieben Tage lang öffentlich gemacht. Der Erfolg war mäßig, wie die regelmäßigen Berichte über solche Diebstähle beweisen. Und selbstverständlich gab es auch „echte“ Kriminalität: wenn etwa auf dem Schwarzmarkt Blockschokolade oder Seifenstücke angeboten wurden, deren Kern aus Holz bestand;⁷² wenn Lebensmittel gefälscht wurden, wenn organisierte Schmuggler- und Schieberbanden tätig waren, wenn Betrügereien verschiedenster Art um sich griffen.

Instandsetzung lokaler Kultur

Aber auch hier begegnet das Doppelgesicht der Nachkriegszeit. Kennzeichnend ist der Satz einer Informantin aus der Westpfalz: *Sie werden von vielen Leuten hören, daß es eigentlich eine schöne Zeit war.* Vom Beginn des geselligen Lebens, von Bräuchen und Festen unter kirchlichem oder Besatzungsschutz war schon die Rede; allmählich traten Lockerungen ein. Seit Juni 1946 beispielsweise waren – selbst organisierte – Tanzveranstaltungen erlaubt, bedurften allerdings der Genehmigung: Anträge in deutscher und französischer Sprache waren über Bürgermeister und Landrat an die Militärregierung zu richten.⁷³ Nach unseren Quellen wurde dann, 1949, die „Befugnis zur Genehmigung“⁷⁴ an die Ortspolizeibehörden übertragen. 1947 wurden Kostümfeste gestattet. Maskierungen waren noch untersagt; 1950 gab es die Erlaubnis für Maskentreiben im

71 Vgl. Trierische Volkszeitung, 27.7.1946.

72 Vgl. Rhein-Zeitung Altenkirchen, 6.12.1947.

73 Vgl. Willi WAGNER: Zusammenbruch und Neubeginn. Die Ereignisse im heutigen Landkreis Rhein-Hunsrück in der Zeit von 1945 bis 1950, Simmern 1990, S.28. – Vgl. auch Rhein-Zeitung Altenkirchen, 12.6.1946.

74 Hunsrücker Zeitung, 9.11.1949.

Saal und auf den Straßen.⁷⁵ Dabei ist zu vermerken, daß die von den Nationalsozialisten zwangsweise eingeführten „Bräuche“ überall verschwunden waren: die Sonnwendfeuer ebenso wie die Aufmärsche und Umzüge zum 1. Mai oder zum Erntedankfest. Was sich nun entwickelte, war eine Rekonstruktion früherer Formen, man könnte auch von Regression oder Restauration sprechen. Die Zeit, so Nosbüsch, war *buchstäblich zurückgedreht*⁷⁶, und man könnte fragen, wie diese Tatsache mit der oft diskutierten Verdrängung der NS-Zeit korrespondierte. Nosbüsch auch betont die *intensive Kultur der familiären und kommunalen Binnenbeziehungen*⁷⁷, und auch unser Material läßt eine starke Orientierung auf die eigene Stadt, das eigene Viertel, das eigene Dorf erkennen. Nach dem temporären Aufbrechen durch NS-Organisationen und durch den Krieg wurden sie wieder zu quasi geschlossenen Gesellschaften.

Diese Entwicklung wurde durch mehrere Faktoren begünstigt. Auf dem Lande waren die Erwerbsstrukturen kaum verändert – die Landwirtschaft nach traditionellem Muster dominierte in den meisten Landschaften. Traktoren gab es noch lange nicht, dafür aber, in größeren Betrieben, Mägde und Knechte: in der Eifel hielt sich, in Neuerburg etwa, die Institution des Gesindemarktes – „Dengmorkt“ – bis zu Beginn der fünfziger Jahre. Filmstreifen jener Jahre zeigen überfüllte Eisenbahnzüge – man reiste auch auf Wagendächern und Puffern – und suggerieren damit hohe Mobilität. Nicht zu Unrecht; aber gleichzeitig wurde aus der Eifel berichtet, daß, gleichfalls in Neuerburg, nur ein einziger Omnibus den Krieg überlebt hatte, und der fuhr langsam, allenfalls 45 Stundenkilometer. Wenn er fuhr, war er völlig überbesetzt: es war *hoffnungslos mitzukommen*. Gelegentlich waren Busfahrtscheine ebenso rationiert wie alles andere. Die Bahnlinien, obzwar, wie erwähnt, recht frühzeitig instandgesetzt, waren zunächst samt und sonders unterbrochen, zerstört. Dafür gab es zwischen den Dörfern Fußpfade, und sie waren dadurch *praktisch gradlinig verbunden* – sie sind längst verschwunden. Auch die Massenmedien trugen wenig zu einer Außenorientierung bei. Zwar wurde bei der Auslieferung der Tageszeitungen, die zunächst keineswegs täglich erschienen, in bemerkenswerter Weise improvisiert: Fuhrwerke und Fahrradtransporte halfen. Aber in einer Eifeler Pfarrei gab es nach dem Krieg nur ein einziges Radio – an die Ablieferungspflicht sei erinnert, auch wenn sie gelegentlich umgangen werden konnte. Anfang 1947 gab es in der Stadt Koblenz immerhin 5300 Rundfunkhörer, aber vor dem Kriege waren es mehr als doppelt so viele gewesen, nämlich 12.000.⁷⁸ Das Fernsehzeitalter ließ noch lange auf sich warten – noch 1955 gab es im Hunsrückort Mengerschied kein einziges TV-Gerät, und die Älteren erinnern sich noch wohl – die Fußballweltmeisterschaft 1954 wurde von den meisten Interessierten vor den Schaufenstern von Elektroläden verfolgt. Telefone gab es bei den Postämtern, bei Arzt und Pfarrer – sonst gemeinhin nicht. Reisen waren zweckorientiert; Ausflüge und Vergnügungsreisen gab es erst Jahre später.

Bei alledem aber war, aus völlig verständlichen Gründen, der *Nachholbedarf ungeheuer*. Es wird nun also die Reinstallation dieser lokalen Kulturen zu skizzieren sein,

75 Vgl. Hunsrücker Zeitung, 21.1.1950.

76 NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 303.

77 NOSBÜSCH, Ende (wie Anm. 2), S. 302.

78 Vgl. Rheinzeitung Koblenz, 22.1.1947.

in einem Zeitraum, der bis zur Währungsreform reicht: die Formen der Geselligkeit, die weltlichen und kirchlichen Bräuche und Feste, die Freude an Tanz und Theater, der Wiederbeginn des Vereinslebens. Dabei wird unsere Aufmerksamkeit nicht zuletzt auf die Rückgriffe in das Bekannte, Tradierte, Erinnernte gerichtet sein, wie es sich etwa im Wiedererstehen der Spinnstuben dokumentiert, für die es in den Rheinlanden die unterschiedlichsten Bezeichnungen gab. Kennzeichnend die Erinnerungen unserer Informanten und vor allem Informantinnen: *Den ganzen Winter ist majen gegangen worden*, hieß es im Hunsrück – „majen“ ist dort die Bezeichnung für abendliche Geselligkeit. Im Sommer ließ die bäuerliche Arbeit dafür keine Zeit, und doch habe man auch da abends auf der Bank oder einem Holzstoß vor dem Haus gesessen, erzählt und *vor allen Dingen gesungen*. Sonntags war es auf den Dörfern üblich, daß die Jugendlichen spazieren gingen; auf Straßen, die noch begehbar waren. Wichtige Orte der Geselligkeit waren selbstverständlich die Gastwirtschaften, und die Männer erinnern sich lebhaft an das *komische, nachgemachte, gepanschte* Bier, das es damals gab; auch die Bezeichnung *Molke- oder Olympia-Bier* (warum?) wurden verwendet. Zugleich waren die Gaststätten wohl auch Wärmestuben; in Schifferstadt jedenfalls sorgten die Wirte für ein *warmes Lokal*, indem sie im Bienwald Holz schlugen. Vor allem aber hatten viele Gastwirtschaften Säle, und die wurden zunehmend wichtig.

Wichtig für die Tanzveranstaltungen: *Der Boom ging 46 los*, und des öfteren wurde von einer wahren Tanzwut berichtet, gegen die auch eingeschritten wurde, wie der Rheinpfalz vom 7.6.1947 zu entnehmen ist: *Nachdem in letzter Zeit die Tanzmusiken so überhand genommen hatten, daß fast jeden Sonntag auf den Dörfern getanzt wurde, hat der Landrat im Hinblick auf die Gefahren für die heranwachsende Jugend die Tanzlustbarkeiten stark vermindert*. Ein Jahr zuvor, am 22.6.1946, wurde im gleichen Blatt berichtet, daß 15 Jugendliche in Queichheim angezeigt wurden, weil sie an einer Tanzveranstaltung teilgenommen hatten; kein Jugendlicher unter 18 Jahren, so hieß es, *darf ohne Begleitung des Erziehungsberechtigten an einer Tanz- oder Varieté-Veranstaltung teilnehmen!* Nur wenig früher durften junge Männer unter 18 Jahren noch ihre Haut für den „Führer“ zum blutigen Markte tragen – wie relativ sind doch die *Gefahren für die heranwachsende Jugend!* Oft fehlte es an Musikinstrumenten – nach unseren Quellen sollten besonders amerikanische Soldaten ein Faible dafür gehabt haben. Man behalf sich mit Gesang, selbstgebastelten Teufelsgeigen, imitierte das Schlagzeug mit Löffeln, blies auf Kämmen. Schwarz gebrannter Schnaps war gängiges Getränk neben dem *Wasser mit Bierfarbe*⁷⁹, in Weingegenden brachte man auch Wein mit und mußte dann ein „Stobbegeld“ zahlen. Wo noch kein elektrischer Strom verfügbar war, erleuchteten Karbidlampen das Geschehen. Im Eifelort Utscheid war ein Saal erhalten geblieben; da kamen die jungen Leute aus den *entlegensten Filialorten marschiert, nur um tanzen zu können*. Die Säle waren *geborsten voll*; einer, so ein Informant, habe *richtig gewackelt*.

79 Bernd MÜHL: Der Club oder 85 Jahre Mainzer Fastnachtsgeschichte, in: Werner HANFGARN, Bernd MÜHL, Friedrich SCHÜTZ: Fünfundachtzig Mainzer Jahre, Mainz 1983, S. 107-210, hier S. 189.

Von ähnlicher Bedeutung war der Neubeginn und die Entwicklung des Vereinswesens. In der NS-Zeit wurden alle Vereine „gleichgeschaltet“, also dem Führerprinzip unterworfen, viele aber, besonders Arbeitervereine, auch verboten (so der Arbeitergesangsverein „Freiheit“ in Mainz-Finthen, der nach dem Bericht des Neuen Mainzer Anzeigers⁸⁰ im April 1946 seine erneute Gründungsversammlung abhielt). Nun wurde die Wiederbelebung versucht: zunächst mit Organisationen, welche dediziert kulturelle Ziele verfolgten. Dazu gehörten der „Kulturbund“ in Mainz, dem wir schon im Zusammenhang mit dem „Mainzer Abend“ begegnet sind, der aber etwa auch Rezitationsabende veranstaltete, das „Rheinische Kultur-Institut“ in Koblenz, der „Kreis-Kultur-Bund“ in Alzey oder der Casino- und der Leseverein in Koblenz, 1863 gegründet, 1937 „gleichgeschaltet“ und schon 1945 wieder aktiv.⁸¹

Die Wieder- oder Neugründung von Vereinen war alles andere als einfach, aber wieder stoßen wir auf eine widersprüchliche Situation. Die französische Besatzungsmacht wollte eine möglichst genaue Kontrolle über die neue Entwicklung behalten und bestand auf recht peniblen Regelungen. Die Trierische Volkszeitung vom 29.5.1946 beschrieb (die französischen Begriffe übrigens ohne Accents) das komplizierte Genehmigungsverfahren; es ging in diesem Falle um einen Sportverein. Der Antrag ging zunächst an den Ortsbürgermeister, und nur der französische Text war gültig – wurde eine deutsche Fassung eingereicht, wurde er nicht bearbeitet. Eine Kopie ging weiter an den Landrat, von dort an die „Délégation Supérieure (Service du Centrale de la Jeunesse et des Sports)“. Dort fiel die Entscheidung, die Genehmigung ging zurück an die deutschen Behörden, bei denen auch die weitere Verantwortung lag. Zugleich aber gingen die Unterlagen, die auch Angaben über den Antragsteller, die Gemeinde und die Sportart sowie einen Satzungsentwurf enthalten mußten, vom Bürgermeister an den „Délégué“ des Kreises, der die Sicherheitspolizei beizog und ein „Verhör“ veranstaltete. Dessen Resultate wurden an die Direktion der Sicherheitspolizei weitergereicht („Service des Renseignements Generaux“) und gingen von dort an den „Délégué Supérieur de Rhenanie-Hesse Nassau“. Nun fiel die endgültige Entscheidung, die ihren Weg zurücknahm zum „Délégué“ des Kreises und zum Bürgermeister. Wie lange ein solches Verfahren dauerte, ist nicht überliefert. Auch die Gründungsversammlung bedurfte einer Genehmigung, und darüber hinaus fehlte es nicht an Auflagen: verboten waren das Schießen, Waffen-, Wehr-, Gelände- und Flugsport, das Geräteturnen sowie alle Kampfsportarten (Ringen, Boxen, Judo). Der Antragsteller durfte nicht Mitglied der NSDAP gewesen sein, für Gemeinden unter 5000 Einwohnern wurde nur ein Sportverein genehmigt. Dessen Name durfte nicht an Vereine in der NS-Zeit erinnern, *selbst nicht an die vor 1933 bestehenden*.⁸² Die erste Verordnung dieser Art war am 22.12.1945 von General Koenig erlassen worden, dem Oberkommandierenden der französischen Besatzungsmacht;⁸³ weitere folgten und wurden jeweils von den Zeitungen veröffentlicht.

80 Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger, 20.4.1946.

81 Vgl. BAUER (wie Anm. 26), S. 93.

82 Trierische Volkszeitung, 29.5.1946.

83 Vgl. Hanno BROO: Gesellige und Sportvereine in Mainz 1945 bis 1948, in: KEIM/LINK (wie Anm. 64), S. 141-154, hier S. 141f. – Bernhard SCHWANK: 1945-1950 Sport – Leben

Zu dieser Zeit freilich gab es bereits Vereine. Am einfachsten war es für die Sänger, die sich Kirchenchören anschließen konnten – die waren grundsätzlich nicht verboten oder genehmigungspflichtig. Daneben gab es vor und nach dem Vereinserlaß Wieder- und Neugründungen von Gesangsvereinen. Am 20.10.1945 veröffentlichte die Rheinpfalz einen „Aufruf an die Sängerschaft“. Neben der Bewältigung von Not und Problemen, so hieß es in diesem Artikel, sollten *auch die verschütteten Quellen des kulturellen Lebens wieder freigelegt werden. Die Militärregierung wünscht und unterstützt deshalb die baldige Wiederaufnahme jeder musikalischen Betätigung, vor allem des Chorgesanges.* Anmeldungen nahm der „Sängerbund Ludwigshafen a.Rh.“ entgegen, den es also bereits vor der Koenigschen Verordnung gegeben haben muß. Am 31.10.1945 stellte die Rheinpfalz die Frage: *Wer kann Mitglied werden im Sängerbund Ludwigshafen a.Rh.?* Ausgeschlossen waren *ohne Ausnahme* solche Sänger, die vor dem 31.3.1933 in die NSDAP eingetreten waren oder die neben ihrer Parteimitgliedschaft einer weiteren NS-Formation angehörten. Solche aber, *die lediglich zahlende Mitglieder waren und nicht unter die Gruppe der alten Kämpfer zu rechnen sind, können also in den Chor aufgenommen werden.*

Auch der *Sport lebt allenthalben auf* – so der Neue Mainzer Anzeiger vom 2.11.1945. Hier, in Mainz, fand auch 1945 schon ein erstes Fußballturnier statt, ausgetragen von acht Mannschaften in Laubenheim. Es war offenbar so, daß vor und neben den Kontrollversuchen der Militärregierung eine Art von Vereinswesen existierte; die Franzosen halfen sich nicht selten damit, daß sie schon bestehende, aber noch nicht genehmigte Vereine als „vorläufig“ erklärten. Dazu kommen Definitionsprobleme: war eine Fußballmannschaft ein Verein? Wohl nicht, und schon gar nicht auf dem Lande, wo die (männliche) „Dorfjugend“ kickte, manchmal auch gegen eine französische Elf. Die Umstände waren oft abenteuerlich: Zu Auswärtsspielen marschierte man ins Nachbardorf oder reiste per Pferdewagen; eine ganz noble Transportart war, wie schon 1945 bei den Landstuhler Handballern, ein Lastwagen mit Holzgasgenerator. Dazu kam als Problem der Hunger, es kam zu „Kartoffelspielen“⁸⁴: Der Gastverein erhielt Lebensmittel, Tabak oder Wein. Dennoch war das Interesse, war die Begeisterung groß.

Von immenser Bedeutung waren auch Film und Theater. Obwohl wir das Kino nicht zur „selbstgemachten Kultur“ zählen können, soll ihm eine kurze Notiz gelten. In den großen Städten wurden Filme schon seit Herbst 1945 aufgeführt, und der Besucherandrang war enorm: Das Gedränge, schrieb die Ludwigshafener Rheinpfalz vom 3.10.1945, war *stellenweise beängstigend*. Das war in Mainz genauso,⁸⁵ aber der Neue Mainzer Anzeiger hatte dafür eine einleuchtende Erklärung: ... *gegenwärtig aber zieht nicht nur der Film, sondern auch die Wärme die Menschen in die Kinos. Zuhause sind die Stuben meist kalt.*⁸⁶ Dieses Argument galt nicht überall. Die Rheinzeitung Altenkirchen berichtete aus Westerburg unter dem 12.2.1947: *Im Saale 'Zur schönen Aus-*

in den Trümmern, in: 1946-1986. 40 Jahre Sport in Rheinland-Pfalz, Mainz 1987, S. 9-46, hier S. 13f.

84 SCHWANK (wie Anm. 83), S. 34.

85 Vgl. SACHS (wie Anm. 70), S. 63.

86 Neuer Mainzer Anzeiger, 9.11.1946.

sicht' fand seit zwei Jahren wieder einmal eine Kinovorführung statt – zu sehen war „Wiener Blut“. Das Ereignis sei aber eine *Frostkur* gewesen, und so machte das Blatt den Vorschlag, daß jeder Besucher ein oder zwei Stückchen Holz mitbringt. Das war auch sonst üblich, sogar bei „richtigem Theater“, etwa dem in Kaiserslautern, wie eine Informantin berichtete. Ein Brikett oder zwei Stück Holz waren der Tarif beim Stadttheater Koblenz.⁸⁷ Auch zur Schule oder in die Tanzstunde⁸⁸ mußte oft Brennmaterial mitgebracht werden.

Das Stichwort Theater meint für uns das der Amateure, der Laiendarsteller. Doch auch hier sind die Übergänge fließend. Offenbar waren in den Notjahren viele Variété-Bühnen unterwegs, vor allem, aus naheliegenden Gründen, auf dem Lande, wo nahrhafte Gagen zu erhoffen waren – zu Vorstellungen des Rhein Hessischen Künstlertheaters beispielsweise mußten zwei Kartoffeln mitgebracht werden, abzulegen in *bereitstehenden Kisten*.⁸⁹ Auch kleine Zirkusunternehmen, Zauberer und allerlei andere Künstler zogen über Land. Zum anderen gab es Theatergruppen mit sehr unterschiedlichem Niveau. Im berüchtigten Kriegsgefangenenlager Bretzenheim/Nahe entstand schon im Sommer 1945 das Ensemble „Die Optimisten“.⁹⁰ Es vereinte Berufsschauspieler mit begabten Laien. Schon im Herbst 1945 erlaubte der französische Lagerkommandant, selbst aus einer Schauspielerfamilie stammend, auswärtige Auftritte: die Mitglieder versicherten ehrenwörtlich, nicht zu flüchten, und sie mußten um Mitternacht wieder im Lager sein. Die Erlöse wurden zunächst in die sanitären Anlagen des Lagers investiert, später flossen sie dem Roten Kreuz zu.

Im März 1946 entstand in Mainz die „Bardo-Gilde“: Kriegsheimkehrer fanden sich im „Lehrlingshaus“ zusammen, wo es einen Saal mit Bühne gab; das Laienspiel hatte hier eine lange Tradition. Bardo hatte ein Mainzer Erzbischof geheißen. Die Gilde begann mit einem „Apostelspiel“ von Max Mell. Mit diesem Stück – und später auch mit anderen – brachte sie es in den Jahren 1946-48 auf rund 400 Aufführungen; nicht nur in Mainz, sondern in vielen Orten im Lande. Zur ersten Aufführung heißt es: *Die Leistungen der Darsteller, der Hunger nach Theaterdarbietungen, die Teilnahmebereitschaft einer Zeit ohne Bücher, ohne Bibliotheken, ohne Radio und mit einer Zeitung (zweimal wöchentlich) brachten den Zustrom des Publikums*.⁹¹ An diesem Zustrom fehlte es nirgends im Lande, und trotz einer deutlichen Renaissance des Dorftheaters in den achtziger und neunziger Jahren vermag man sich heute kaum die Theaterbegeisterung der Nachkriegsjahre vorzustellen.

Im *überfüllten Schafsaale* in Edenkoben, so die Rheinpfalz vom 12.12.1945, wurde „Marienkind“ gegeben, ein Märchenspiel von Schwester Gabriela OSD. Die Frau

87 Vgl. Trierische Volkszeitung, 10.1.1946.

88 Vgl. SACHS (wie Anm. 70), S. 72.

89 Vgl. Rheinpfalz, 22.6.1946.

90 Vgl. Anne TESCH: Die Bühne des Bretzenheimer Lagers, Masch. Ms., Bad Kreuznach 1963. – Gertrude Maria SCHUSTER: Die Kriegsgefangenenlager Galgenberg und Bretzenheim. Kriegsgefangene berichten, Bad Kreuznach (1987).

91 Wie es war. Mainzer Schicksalsjahre 1945-1948. Berichte und Dokumente gesammelt, geschrieben und hg. von Erich DOMBROWSKI, Emil KRAUS und Karl SCHRAMM, Mainz 1965, S. 135.

des Oberregierungsvicepräsidenten Dr. Koch hatte es mit einer *jungen Spielschar* einstudiert, sie auch rief dazu auf, Theatertexte einzusenden: *Infolge der großen Bombenschäden in unserem Gebiet sind naturgemäß viele Theatertexte verloren gegangen.*⁹² Allerwärts wurde gespielt, am intensivsten vielleicht in den wenig urbanisierten Mittelgebirgsregionen. Die Umstände waren denkbar schwierig. Kostüme wurden von den Frauen selbst genäht, aus irgendwelchen alten Kleidern und Stoffen, örtliche Handwerksmeister gestalteten die Kulissen. Elektriker wußten Lichteffekte wie Blitze und Sonnenuntergänge herbeizuführen, für den Donner lieh man ein Stück Blech beim Schmied. Zigarettenrauch war gut für Nebel- und Dampfschwaden. Die Säle mußten in der kalten Jahreszeit geheizt werden; die Theatergruppe in Marienberg im Westerwald half sich, indem sie Braunkohle aus einem alten, aufgelassenen Stollen förderte. Die Zeitungen jener Zeit sind voll von Berichten über lokale Theateraufführungen, und immer wieder wurde ein stürmischer Besucherandrang verzeichnet. Diese Begeisterung hatte gewiß mehrere Gründe; einer mag gewesen sein, daß, nach den Erinnerungen unserer Gesprächspartnerinnen und -partner, im Kriege gar nicht, in den Vorkriegsjahren aber auch nur wenig gespielt wurde.

Selbstredend waren die Erlöse wichtig, für die Gruppen selbst; aber es scheint bezeichnend zu sein, daß sie sehr häufig anderen, gemeinschaftlichen Zwecken dienten: der Beschaffung von Kirchenglocken (die meisten alten waren im Kriege eingeschmolzen worden), dem Wiederaufbau von Kirchen und Kapellen, der Anschaffung



Tell-Freilichtspiele in Lahr, Kreis Bitburg-Prüm, 1952 (Foto: Privatbesitz Schwedt)

92 Rheinpfalz, 15.12.1945.

von Musikinstrumenten, später von Turngeräten. Auch auf Freilichtbühnen wurde gespielt, in Landstuhl etwa oder in Irrel und Lahr in der Eifel. Was wurde gespielt? In der Anfangszeit scheinen religiöse Sujets verbreitet gewesen zu sein. Passionsspiele wie in Biewer bei Trier oder Sankt Thomas im Kylltal, Mysterienspiele wie in Koblenz, aufgeführt von der katholischen Jugend. Das entsprach wohl einem verbreiteten Bedürfnis und hatte zudem den Vorteil, daß derartiges der Besatzungsmacht unverdächtig war. Danach und darüber hinaus war die Skala breit und reichte von Klassikern bis zu Rührstücken und Possen. Beliebt war ein Muster, nach dem eine Pause zwischen einem dramatischen, oft sehr traurigen Stück und einem Schwank lag: „Der Dornenkranz einer Mutter“ und „Der Pantoffelheld“. Nur wenige Titel aus einer Überfülle seien genannt: „Die Hexenlinde vom Dohlengrund“, „Die Zigeunerin von Rocca Valla“, „Herzen von Stein“, „Das Kreuz im Tannengrund“. *Damals*, so sagte eine Informantin im Hunsrück, *damals haben die Leut noch lieber geweint als heute*.

Von den Anfängen der Fastnacht war schon die Rede; 1946/47 wurden Karnevalvereine von der Militärregierung zugelassen. In der Kampagne 1946/47 begann das Fest in den meisten Städten (in Ludwigshafen allerdings erst nach 1950) wieder aufzuleben.

Begann sich auf diese Weise eine gewisse Kontinuität einzustellen, eine Anknüpfung an die Vorkriegszeit, so gab es in anderen Bereichen Brüche; besonders, wie erwähnt, in dem der aufgepfropften NS-„Bräuche“. Die Aufzüge und sonstigen Veranstaltungen zum 1. Mai waren verschwunden, aber der Tag blieb Feiertag: 1946 gab es Sonderzuteilungen von Zigarren, Zigaretten und Wein – eine Flasche für den Normalverbraucher, zwei Flaschen für Opfer der Nazi Herrschaft.⁹³ In allen Städten fanden Kundgebungen von Gewerkschaften und Parteien statt, die Trierische Volkszeitung blickte am 30.4.1946 voraus auf die *erste demokratische Kundgebung Deutschlands*. Ab und an sind Maitänze erwähnt, so in Mainz-Gonsenheim,⁹⁴ und in Landau gab es ein Karussell – der Andrang der Kinder sei gewaltig gewesen.⁹⁵ Auch für die Sonnwendfeuer, die nirgends in Rheinland-Pfalz eine Tradition hatten, findet sich in der Nachkriegspresse kein einziger Beleg mehr. Dagegen wurden die im Lande herkömmlichen Oster-, Fasten- und Maifeuer bald wieder abgebrannt. In Birkenfeld beispielsweise wurden von den jungen Leuten *spontan* – so ein Informant – an vier Stellen Maifeuer entzündet. Dazu kamen die Martinsfeste, zu denen zumeist gleichfalls ein Feuer gehört.

„Instandsetzung lokaler Kultur“ – das betraf vor allem das wichtigste Fest in Rheinland-Pfalz, die Kirchweih. Während des Krieges wurden Kerb und Kirmes nicht begangen: *Wie der Rußlandfeldzug angegangen ist, war sie rum*, hieß es in der Pfalz. Auch im Jahre 1945 mußte sie ausfallen. Aber schon 1946 gab es sie nahezu überall, vor allem natürlich in ihren Hochburgen. Manche der zeitgenössischen Beschreibungen lassen das Bild eines fast ein wenig gespenstischen Geschehens aufkommen. Die Rheinzeitung vom 16./17.10.1948 berichtete über die *Castorgasser Kirmes ... inmitten*

93 Vgl. Trierische Volkszeitung, 30.4.1946.

94 Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger, 3.5.1946.

95 Vgl. Rheinpfalz, 1.5.1946.

Ruinen, in einer toten Straße, in die sich nur hin und wieder noch jemand verirrt. In der zeitgenössischen Presse wurde häufig der Traditionscharakter des Festes betont; es handele sich um *althergebrachte, um alte Sitten und Gebräuche*⁹⁶, die *traditionell gefeiert würden*⁹⁷. Und in der Tat wurden die alten Formen, wie sie denn lokal oder regional üblich waren, geradezu penibel wieder aufgenommen: es gab Kirmesbäume, Hammeltänze, glossierende Ansprachen, Kuchenaustanzen, Aus- und Begraben von Kirchweihsymbolen, Umzüge, Ehrentänze für die Kirchweihjugend, sogar die Nachkirmes. Angesichts solcher Schilderungen stimmt es fast ein wenig wehmütig, wenn eine Informantin aus Körperich in der Eifel 1994 beobachtet: *Die Kirmes verschwindet ganz!*

Wesentlich jünger als die Kirchweih sind die Weinfeste; von ganz vereinzelter Ausnahmen abgesehen, sind sie Kinder unseres Jahrhunderts. Auch ihre junge Tradition wurde durch die Kriegsjahre unterbrochen; daß sie sehr rasch nach Kriegsende wieder stattfanden, ist erstaunlich. Unser frühester Beleg stammt tatsächlich aus dem Jahre 1945, und zwar aus dem vorderpfälzischen Königsbach. Dort wurde, zusammen mit den Weinorten Gimmeldingen und Deidesheim, *zum ersten Male wieder das in der Pfalz traditionelle Winzerfest veranstaltet*, und zwar in *Anwesenheit der französischen Besatzungsbehörde*. Das Fest begann mit einem Gottesdienst, am Nachmittag folgte ein Festzug. *Vom Bürgermeister jeden Dorfes wurde dem französischen Kreisdelegierten der 'Neue' kredenzt.* Die Rheinpfalz vom 17.10.1945 bemerkte dazu: *Nach den vielen harten Jahren bewies dieses Winzer- und Volksfest den Willen zum Neubeginn.* Die Regel war ein solch früher Neubeginn freilich nicht; im folgenden Jahre aber kam das Festgeschehen in allen Weinbaugebieten wieder in Gang: in Bacharach, Oberwesel, Braubach, an der Mosel, in Rheinhessen und in der Pfalz, wo ein Landrat Dr. Haberer die „Pfälzer Herbsttage“ organisierte.

Auch der – 1932 gestiftete – Mainzer Weinmarkt fand schon 1946 statt⁹⁸ (das erste Nachkriegs-Oktoberfest in München folgte erst ein Jahr später⁹⁹). Einem „Ehrenausschuß“ gehörten der Oberbürgermeister, der Regierungspräsident und der Rektor der Universität an. Die Militärregierung gab 100.000 Flaschen Wein frei, für jeden Tag 20.000, denn es wurde fünf Tage lang gefeiert, und zwar in 17 Zelten. Die boten 5000 Sitzplätze für 20.000 Besucher, denen aber 50.000 Interessenten gegenüberstanden; der Neue Mainzer Anzeiger vom 24.9.1946 sprach von einem *Ansturm von grotesken Ausmaßen* und an anderer Stelle von einem *menschenunwürdigen Kampf um die Karten*. Zum Wein gab es Brötchen mit Fischpaste.

⁹⁶ Rhein-Zeitung, 18.6.1947.

⁹⁷ Rhein-Zeitung, 30.6.1948.

⁹⁸ Vgl. Hans BAUMANN: Nicht nur ein Weinverkaufsfest, in: Mainz, Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte, 3, 1983, H. 3, S. 88-94. – Günter SCHENK: „Komm, trink und lach“ – Fünfzig Mainzer Weinmarkt-Jahre im Spiegel der Chronik, in: ebd., 8, 1988, H. 3, S. 23-29.

⁹⁹ Vgl. Sybille SPIEGEL: Das Herbstfest 1946 im Trümmern München: Kein Oktoberfest aber eine richtige Wies'n, in: Friedrich PRINZ (Hg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945-1949, München 1984, S. 339-344, hier S. 339.



Weinmarkt auf dem Halleplatz in Mainz 1948 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Bei der Wiedereinführung anderer Feste gab es gelegentlich Schwierigkeiten. Der Billigheimer Purzelmarkt, um ein Beispiel zu nennen, fand zwar 1946 statt, mußte aber im darauffolgenden Jahre wegen der krassen Notlage abgesagt werden.¹⁰⁰ Auch der Dürkheimer Wurstmarkt konnte 1947 noch nicht gehalten werden.¹⁰¹ Dagegen gab es 1947 schon viele der traditionsreichen Messen und Märkte im Land: den Lukasmarkt in Mayen beispielsweise, den Nunkircher Markt bei Sargenroth auf dem Hunsrück – auch dorthin mußte man seine Verpflegung selbst mitbringen; den Markt im Eifelort Speicher, von dem es hieß, daß er sich weitgehend *in Form eines Tauschgeschäftes abwickelte*.¹⁰² Auch die Trierer konnten schon 1946 ihre Peters- und Allerheiligenmesse besuchen. Und 1948 feierte Trier sein Weinfest – zu einer Zeit, als bereits Sonderzüge zum Moselweinfest nach Bernkastel rollten: Ein neuer Zeitabschnitt begann sich anzukündigen.

Und neue Formen zeichneten sich ab, wie sie sich bis zur Gegenwart allerwärts etabliert haben – die zahllosen Weihnachtsmärkte, die ebenso zahllosen Straßen-, Stadtteil- und Dorffeste.¹⁰³ Manche von ihnen mögen vielleicht als Reaktionen auf ei-

¹⁰⁰ Vgl. Rheinpfalz, 1.10.1947.

¹⁰¹ Vgl. Rheinpfalz, 30.8.1947.

¹⁰² Trierischer Volksfreund, 18.10.1950.

¹⁰³ Vgl. Herbert und Elke SCHWEDT: Bräuche zwischen Saar und Sieg. Zum Wandel der Festkultur in Rheinland-Pfalz und im Saarland (Studien zur Volkskultur in Rheinland-Pfalz, Bd.5), Mainz 1989.

ne Krise zu verstehen sein, die zunehmend empfunden und artikuliert wurde: Massenmedien und Außenorientierungen bewirkten eine Ausdünnung der direkten Kommunikation. In Hachenburg-Altstadt fand im Sommer 1955 eine „Woche des Dorfes“ statt. Der Bericht der Westerwälder Zeitung darüber erschien am 8. Juli und trug die Überschrift: *Die Menschen kennen sich nicht mehr*.

Das klingt schon sehr modern, hat mit komplizierten Modernisierungsprozessen viel und mit der Nachkriegszeit wenig zu tun. Die rundete sich, als 1955 die letzten Gefangenen aus der Sowjetunion heimkehrten. Darüber gibt es viele zeitgenössische bewegende Berichte. Einer soll genügen; er ist der Westerwälder Zeitung vom 17.10.1955 entnommen. In Dernbach im Westerwald hatte sich zur Begrüßung der Heimkehrer eine große Menschenmenge versammelt, Spielmannszug und Musikkapelle spielten, die Schulkinder trugen Fackeln. Ein Mädchen trug ein Gedicht vor und überreichte Blumen, der Bürgermeister und der Pfarrer hielten Ansprachen. Abschließend sang der Kirchenchor „Aus weiter Ferne kehr' ich wieder“, der Vereinigte Männerchor das Lied „Heimat“.

Damit, mit der Heimat, mochte es nun seine Schwierigkeiten gehabt haben. Wenn in Trier zur Begrüßung unter anderem ein Autokorso veranstaltet wurde,¹⁰⁴ läßt sich das als Symbol dafür deuten, daß die Männer in eine Welt zurückkehrten, die ihnen recht fremd erscheinen mußte, mehr noch: die begann, sich selbst fremd zu werden. Immerhin: man läutete die Glocken und wandte sich den Geschäften der Zukunft zu.

104 Vgl. Trierischer Volksfreund, 12.10.1955.

EMILE KRIER

LUXEMBURG AM ENDE DER BESATZUNGSZEIT UND DER NEUANFANG

Luxemburg im Kriege¹

Am 10. Mai 1940 besetzte die deutsche Wehrmacht Luxemburg, und bereits Anfang August übernahm der Gauleiter von Koblenz-Trier, Gustav Simon, als Hitler direkt unterstellter Chef der Zivilverwaltung die unumschränkte Macht in Luxemburg. Sein Auftrag lautete, die Luxemburger für das Deutschtum zurückzugewinnen und die Annexion des Großherzogtums ans Großdeutsche Reich zu betreiben. Im Zuge dieser Germanisierungs- und Verreichlichungspolitik ließ er in Luxemburg nicht nur deutsches Recht einführen, sondern versuchte auch, z. T. mit Zwangsmitteln, die Luxemburger zum Beitritt zu deutschen bzw. nationalsozialistischen Organisationen zu bewegen. So wurde im Februar 1941 der Reichsarbeitsdienst auf freiwilliger Basis eingeführt, doch bereits im Mai wurde er obligatorisch. Als wichtige Verfügung der deutschen Behörden fungierte dann eine vom Reichsinnenminister unterzeichnete Verordnung vom 23. August 1942, aufgrund welcher u.a. die Luxemburger die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Daraufhin verkündete der Chef der Zivilverwaltung am 30. August 1942 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle Luxemburger, vorerst für die Jahrgänge 1925 bis 1927.² Diese Maßnahme führte zu einem allgemeinen Aufruhr in Luxemburg und provozierte vielerorts kurzfristige Arbeitsniederlegungen, die vom luxemburgischen Widerstand und den Alliierten als 'Generalstreik' propagandistisch gegen das Deutsche Reich eingesetzt wurden. Auf den Aufruhr reagierte Simon mit der Proklamation des Ausnahmezustandes und der Einsetzung eines Standgerichts, das damals zwanzig Todesurteile verhängte. Diese wurden zwecks Abschreckung sofort vollstreckt.

Ab September 1942 war der Chef der Zivilverwaltung nicht mehr gewillt, eine abwartende Haltung der Luxemburger zu tolerieren. Von nun an verlangte er von ihnen ein aktives Bekenntnis zu 'ihrem' Deutschtum, andernfalls für sie kein Verbleiben mehr in Luxemburg sein sollte. Sie sollten nach dem Osten deportiert werden.

Sofort nach der Ankunft Gustav Simons hatte sich der Widerstand in Luxemburg organisiert. Von Mitte 1940 bis Mitte 1941 konstituierten sich die meisten Widerstandsgruppen. Neben anderen Aktivitäten lieferten diese Nachrichten nach London, und sie halfen denjenigen Luxemburgern, welche das Land verlassen wollten, um auf Seiten der Alliierten gegen Deutschland zu kämpfen.

1 Paul DOSTERT: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940-1945, Luxembourg 1985.

2 25.3.1943: Jahrgang 1925; 8.12.1943: Jahrgang 1926; 14.7.1944: Jahrgang 1927.

In Montréal und London hatten Ende 1940 die Großherzogin und die Regierung Zuflucht gefunden, welche sofort, bei Besetzung des Landes, Luxemburg verlassen hatten. Im Exil ergriffen sie ohne Umschweife Partei für die Alliierten, beteiligten sich an den Vorbereitungen für die Befreiung Luxemburgs und bereiteten sich auf die erneute Übernahme der Regierungs- und Verwaltungsaufgaben nach dem Kriege vor. Doch erst nachdem die Alliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie gelandet waren, wurde die Möglichkeit einer baldigen Befreiung des Landes imminent.

Noch vor der Landung der Alliierten hatten die alliierten Militärbehörden und die luxemburgische Exilregierung Verhandlungen über die verwaltungsmäßige Behandlung Luxemburgs bei der Befreiung geführt. Dabei war festgehalten worden, daß im militärischen Operationsgebiet selbstverständlich dem Oberbefehlshaber die oberste Verantwortung und Autorität zustünde, *to the full extent necessitated by the military situation*. Allerdings sollte – *as soon as [...] the military situation permits* – die luxemburgische Regierung die Verantwortung für die zivile Verwaltung übernehmen. In einer ersten Phase wollte sich der Oberbefehlshaber dann auch, wann immer möglich, des Rates und der Hilfe einer seinem Stabe angeschlossenen luxemburgischen Militärmission bedienen. Des weiteren sollte er im Rahmen des Möglichen auf loyale luxemburgische Lokalverwaltungen zurückgreifen. Allerdings blieb es der luxemburgischen Regierung vorbehalten, nach Absprache mit dem Oberbefehlshaber jene gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtete. Dabei hielten die Alliierten es für wichtig, daß sofort Maßnahmen gegen die Kollaborateure und deren Besitz ergriffen würden. Jeglicher nationalsozialistischer Einfluß mußte beseitigt werden und im Rahmen des militärisch Möglichen Religions-, Rede- und Versammlungsfreiheit wiederhergestellt werden. Für die Exilregierung war es von größter Bedeutung, daß die Alliierten sie allein als legale und legitime Vertreterin des Großherzogtums anerkannten: *The Luxembourg Government at present in London is the only authority recognised by the Governments of the United Kingdom and the United States as qualified to act and speak in the name of the Grand Duchy of Luxembourg*.³

Am 23. März 1944 schlossen sich die Widerstandsorganisationen 'Letzeburger Patriote Liga' (LPL), 'Letzeburger Ro'de Le'f' (LRL) und 'Letzeburger Volléks-Legio'n' (LVL) zur 'Unio'n vun de Letzeburger Freihéts-organisatioun'en' zusammen, welcher am 1. September 1944 auch die 'Letzeburger Freihéts-Bewegong' (LFB) beitrug. Sehr früh arbeitete die 'Union' ein eigenes Nachkriegsprogramm aus. Sie befürwortete als Staatsform eine parlamentarische Monarchie und wünschte sich *eng nationalistesch Letzeburger Volleksregirong*. Des weiteren sollte Luxemburg eine neue *Verfassong no chrestlech-soziale Grondsätz* erhalten, und sie forderte *e Parlament, dat aplatz aus Parteien, aus de Berufsständ gewielt get*. Grundsätzlich stellte die 'Union' aber klar: *Keng Revolution'n, ké Staatsstréch, ma Gebrauch vun onsem Recht LETZEBURG nei opzebauen*.⁴ Deshalb wollte die 'Union' an der Befreiung Luxemburgs mitwirken und am Wiederaufbau des Landes beteiligt werden. Sie verlangte, in den

3 Arrangements for Civil Administration and Jurisdiction in Luxembourg Territory liberated by an Allied Expeditionary Force, in: ANLux, Mikrofilme FO London.

4 Fir d'Freihét, Jor 1, n° 1, in: Archives CNR, Dossier 105.

wichtigsten Entscheidungsgremien vertreten zu sein. Doch vorerst hatten die deutschen Besatzer noch das Sagen in Luxemburg.

Das Ende der deutschen Besatzung

Dort organisierten NSDAP und VdB (Volksdeutsche Bewegung) von Mitte Juni bis Anfang August 1944 noch Kreistage in Diekirch, Esch und Luxemburg. Bei diesen Gelegenheiten versuchten sie den Luxemburgern die Botschaft zu vermitteln, man müsse *mit aller Kraft der kämpfenden Front zur Seite stehen*⁵, denn *auch der letzte Trumpf der Gegner wird nicht stechen*⁶, klar sei nämlich: *Der Krieg wird mit einem vollen deutschen Siege enden*⁷, denn *Deutschlands Stunde wird wieder kommen*⁸.

Doch Gustav Simon wollte nicht allein auf diese Parolen vertrauen. Er versuchte die Luxemburger durch Drohungen einzuschüchtern. Anlässlich der Abschlußkundgebung des Kreistages in Diekirch verkündete er am 12. Juni, besonders an die Adresse derjenigen gerichtet, die mit einer Niederlage des Deutschen Reiches rechneten: *Reichsfeinde haben hier keine Schonung zu erwarten, und zwar auch dann nicht, wenn sie behaupten, daß sie aus idealistischen Gründen reichsfeindlich sind.* Und an die luxemburgischen Patrioten gerichtet, fügte er hinzu: *Wenn mir jemand erklärt, er sei Idealist und vertrete aus rein ideellen Gründen die Auffassung, Luxemburg müsse wieder selbständig werden, er müsse auch aus diesen Gründen gegen das Reich kämpfen und er habe die Berechtigung, für 300.000 Luxemburger einen selbständigen Staat zu verlangen, dann antworten wir darauf folgendes: Wenn schon solche Idealisten – wie sie sich nennen – das Recht in Anspruch nehmen, für 300.000 Sabotage zu üben, dann haben wir das tausendfache Recht, für Millionen von Deutschen ebenfalls Idealisten zu sein und aufs härteste durchzugreifen.* Für Gustav Simon war die Invasionszeit dann auch (die) Zeit der Abrechnung. Er führte aus: *Es ist im Gegenteil keine Zeit für Störungen so ungeeignet, wie die kommenden Monate. Denn diese Monate sehen uns voll der höchsten und härtesten Entschlossenheit. Was in normalen Zeiten nur mit schweren Freiheitsstrafen geahndet worden wäre, wird in dieser Zeit der Invasion mit dem Tode bestraft. Die kommende Epoche ist nicht gefährlich für uns, sie ist gefährlich für jeden Reichsfeind.* Nun wollte der Chef der Zivilverwaltung *mit den Feinden des Reiches endgültig und gründlich abrechnen.*

Die deutsche Repressionspolitik ließ dann auch keinesfalls nach, im Gegenteil, sie ging verschärft weiter. Vom 6. Juni 1944 bis zum 3. August 1944 fanden noch zwölf Sitzungen des Sondergerichts statt. Davon amtierte das Sondergericht dreimal als Volksgerichtshof. Damals fällte das Sondergericht 44 Urteile, davon sieben Todesurteile.

Nach dem 6. Juni wurden noch 363 Familien und 32 Einzelpersonen aus Luxemburg umgesiedelt. Der letzte Konvoi mit Deportierten verließ Luxemburg am 31. Au-

5 Luxemburger Wort (LW) v. 12.6.1944.

6 LW v. 13.6.1944.

7 LW v. 4.7.1944.

8 LW v. 8.8.1944.

gust 1944. Als Reaktion auf die Erschießung des Ortsgruppenleiters in Junglinster am 20. Juli nahmen die Besatzer 70 Personen als Geiseln, zehn in Deutschland festgehaltene Widerständler wurden erschossen.

Doch während die Besatzer einerseits mit besonderer Brutalität gegen all jene Luxemburger vorgingen, die sie der 'Deutschfeindlichkeit' verdächtigten, versuchten sie andererseits die Luxemburger noch einmal für die deutschen Interessen zu mobilisieren. Dabei waren sie besonders bemüht, die luxemburgischen Frauen als Arbeitskräfte zu engagieren. Am 14. Juli 1944 dekretierten sie Arbeitsdienst- und Wehrpflicht für den Jahrgang 1927. Ende Juli sollten die jungen Männer und Anfang August die jungen Frauen dieses Jahrgangs erfaßt werden. Die Musterungen für die Männer waren für die Monate August und September und diejenigen für die Frauen für die Monate September und Oktober vorgesehen.

Am 11. Juli 1944 verfügte der Chef der Zivilverwaltung, nach langer Weigerung, die Einführung des Kriegszuschlags zur Einkommens- und Körperschaftssteuer in Luxemburg. Die Luxemburger sollten ihren finanziellen Beitrag zur deutschen Verteidigung und zum deutschen 'Endsieg' leisten.

Deutscherseits schien man aber von einer Verteidigung Luxemburgs gegen den alliierten Vormarsch nicht so überzeugt gewesen zu sein. Gegen Ende August 1944 ordnete Simon an, *daß alle zivilen Dienststellen Luxemburg sofort zu verlassen hätten*. Dies geschah damals, weil, so Gaupropagandaamtsleiter Albert Urmes später zu seiner Rechtfertigung, *mit einer militärischen Aufgabe von Luxemburg innerhalb von Stunden gerechnet werden mußte*. In der Nacht vom 31. August auf den 1. September 1944 verließen ungefähr 10.000 Personen, deutsche Beamte und luxemburgische Kollaborateure, das Land. Daraufhin wurde der Kommandant des rückwärtigen Armeegebietes der 1. und 7. Armee, Generalmajor Curt Souhay, beauftragt, *wieder geordnete Verhältnisse herzustellen*. Er ließ bekanntmachen: *Die deutsche Zivilverwaltung läuft weiter*. Und er dekretierte: *Alle bisher von der deutschen Verwaltung erlassenen Verordnungen bleiben in Kraft*. Sodann veranlaßte Generalmajor Souhay die deutsche Zivilverwaltung, wieder nach Luxemburg zurückzukehren, was diese auch am 3. September 1944 tat.

Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, wertete diese *Maßnahmen des Gauleiters*, den Rückzug aus Luxemburg, als *überstürzt und unverantwortlich*. Er war der Überzeugung, daß die *Zivilverwaltung Luxemburg überhaupt bei Räumung völlig versagt habe*. Deshalb hielt er auch *scharfe Maßnahmen gegen Reichsverteidigungskommissar für erforderlich*.

Hingegen waren die Luxemburger darüber *in etwa enttäuscht [...]*, daß am Tage des Abmarsches der CdZ-Dienststellen nicht auch gleich die Amerikaner einrückten. Trotzdem gab es vielerorts Manifestationen der Freude ob des deutschen Abzugs. Doch die Deutschen kamen zurück.

Am 2. September 1944 kam eine SS-Abteilung nach Düdelingen, wo die Bevölkerung ihre Befreiung feierte. Die SS richtete ein Blutbad an: sechs Tote. Am 4. September nahm die Gestapo in Düdelingen 32 Geiseln, später wurden noch drei Düdelinger festgenommen und verschleppt.

Nachdem die deutsche Zivilverwaltung nach Luxemburg zurückgekommen war, bemühten sich die deutschen Beamten, Akten einzupacken bzw. zu vernichten. Sie veranlaßten und überwachten auch die Verbringung von Rohstoffen und Vorräten nach Deutschland und betrieben die Stilllegung von Rüstungsbetrieben. Allerdings nahmen z.B. die Kreisleitungen ihre „politische Arbeit“ nicht mehr auf.

Am 9. September 1944 veranlaßte Simon den endgültigen Abzug der deutschen Verwaltung aus Luxemburg. Gegen 16.30 Uhr verließ der Gauleiter luxemburgisches Territorium. Die Dienststelle des Chefs der Zivilverwaltung arbeitete zuerst in Koblenz, später in Marburg weiter.⁹

Die Befreiung Luxemburgs¹⁰

Während die deutschen Besatzer Luxemburg verließen, betrat am 9. September der erste amerikanische Soldat luxemburgischen Boden bei Petingen. Bereits am 10. September wurde die Stadt Luxemburg, die Hauptstadt des Großherzogtums, durch die amerikanische Armee befreit. Morgens traf mit den ersten amerikanischen Soldaten Prinz Felix, der Gemahl von Großherzogin Charlotte, dem regierenden Staatsoberhaupt, in der Hauptstadt ein. Am Nachmittag kam auch Erbgroßherzog Jean, der Dienst bei den Irish Guards tat, nach Luxemburg. Für viele Luxemburger gilt der 10. September 1944 als der eigentliche Tag der Befreiung vom deutschen Besatzungsjoch.

Bis zum 12. September waren 90 Prozent des Großherzogtums durch die Alliierten befreit worden. Allerdings waren die Grenzregionen unbewohnbar, galten sie doch als eine Art Niemandsland.

Am 16. Dezember 1944 begann die Rundstedt-Offensive. Erneut wurden der ganze Norden des Landes sowie die Stadt Echternach besetzt und ins militärische Operationsgebiet einbezogen. Erst Mitte Februar 1945 verließ der letzte deutsche Soldat luxemburgischen Boden, nahm die deutsche Besetzung des Landes ihr definitives Ende. Dazu hieß es im Informationsbulletin der luxemburgischen Regierung vom 28. Februar 1945: *Avec la Libération de Vianden, annoncée le mercredi 13 Février 1945, le Grand-Duché est maintenant pratiquement libre de l'ennemi.*¹¹

Streit um Zuständigkeiten¹²

Zu Beginn der Befreiung des Großherzogtums, im September 1944, war es nicht möglich, sofort verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen. Die 'Union' übernahm nach Rücksprache mit den Amerikanern wichtige Aufgaben bei der Schaffung geordneter politischer Verhältnisse in Luxemburg. Sie beanspruchte für sich die Regelung

9 Paul DOSTERT: Die letzten Tage der deutschen Zivilverwaltung in Luxemburg, in: LW v. 10.9.1994.

10 E. T. MELCHERS: Les deux libérations du Luxembourg, Luxembourg (o.J.).

11 MINISTÈRE D'ÉTAT: Bulletin d'information, 1945, N° 3, S. 4.

12 ANLux, Mikrofilme FO London und Quai d'Orsay Paris.

aller zivilen Angelegenheiten und die Wahrnehmung der Polizeigewalt. Sofort verhängte sie den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre.

Da Luxemburg damals aber im militärischen Operationsgebiet lag, kümmerte sich die Abteilung Civil Affairs der XII. Armee-Gruppe um Luxemburg. Auch hatten die Alliierten eine SHAEF-Mission¹³ Luxembourg ins Großherzogtum entsandt. Dieser SHAEF-Mission gehörten acht amerikanische, britische und kanadische Offiziere an, diesen standen sechs von der luxemburgischen Regierung bestellte luxemburgische Offiziere zur Seite. In Luxemburg war diese Mission auch die oberste politische Autorität.

Am 23. September 1944 kehrte dann, nach über vierjährigem Exil, die luxemburgische Regierung zurück, um die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Angesichts dieser Verhältnisse im Großherzogtum konnten Konflikte hinsichtlich der Verteilung der Kompetenzen bei der Verwaltung des Landes nicht ausbleiben. Dabei wurden die militärischen Interessen allerdings allen anderen Belangen vor- und übergeordnet, so daß in Luxemburg vorerst die alliierten Militärbehörden in Konfliktfällen die Entscheidungen trafen. 1944/45 war die alliierte Militärbehörde oberste Autorität in Luxemburg.

Luxemburgischerseits gab es Uneinigkeit über und Schwierigkeiten bei der Regierung des Landes. Nach der Befreiung war es nicht sofort möglich, zu geordneten, verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren. Die Großherzogin weilte noch immer außer Landes, und als am 6. November 1944 die Abgeordnetenkammer zusammentrat, war sie nicht beschlußfähig. Um die Regierungsgewalt und die Verwaltungskompetenz stritten sich Ende 1944/Anfang 1945 Regierung und 'Union'. Die Regierung beanspruchte für sich die politische Legitimation, die Macht auszuüben, während die 'Union' aus dem Widerstand eine moralische Legitimation zur Herrschaftsausübung ableitete. Noch am 18. November 1944 verstand die 'Union' sich als eine der Regierung *zur Seite* gestellte *konsultative Korporation*. Und da sie mit der Tätigkeit der Regierung nicht zufrieden war, verlangte sie Ende Februar 1945 *eine andere Regierung*. Nun verstand sie sich als *Her Majesty's loyal opposition* und bedrängte die Monarchin: *Schenkt uns eine bessere Regierung!*

Nach ihrer Rückkehr hatte die Regierung sehr wohl erkannt, daß sie sich durch die Aufnahme neuer Mitglieder u.a. zum organisierten Widerstand öffnen mußte. Die Erweiterung der Regierung – durch die Aufnahme von Pierre Frieden am 23. November 1944, Robert Als und Guillaume Konsbrück am 23. Februar 1945 und von Nicolas Margue am 21. April 1945 – sollte ein Zeichen der Öffnung sein. Doch die Kritik an der Regierung blieb auch danach sehr massiv.

Innerhalb der Organisationen des Widerstandes kam es ebenfalls zu Spannungen, die zu Spaltungen führten. Bereits im Herbst 1944 wurde die 'Ligue vun de Letzeburger Politische Prisone'eren an Déporte'erten' (LPPD) gegründet. Ungefähr zur gleichen Zeit entstand auch die 'Ligue des conscrits luxembourgeois réfractaires au service militaire allemand', deren Periodikum am 9. Dezember 1944 zum ersten Male mit dem Titel 'Ons Jongen' erschien. Damit gab es keine einheitliche Vertretung des luxembur-

13 SHAEF = Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force

gischen Widerstands mehr. Mit unterschiedlicher politischer Zielsetzung und unterschiedlichen materiellen Forderungen beteiligten sich ‚Union‘, LPPD und ‚Ons Jongen‘ fortan auch als politische Interessenverbände am politischen Leben.

Am 2. Juni 1945 gründeten sogar die Delegierten der Widerstandsbewegung LRL das ‚Groupement Patriotique et Démocratique‘ (GD), welches die Interessen der Resistenzler verteidigen wollte. Da es den früheren Liberalen nicht gelang, eine neue liberale Partei zu gründen, traten viele dem GD bei. Diese Gruppierung beteiligte sich fortan an den Wahlen, in den 50er Jahren entwickelte sie sich allmählich zur ‚Demokratischen Partei‘, die sich dem Liberalismus verpflichtet fühlte.

Zur Herstellung geordneter politischer Verhältnisse in Luxemburg gehörte auch die Einberufung des luxemburgischen Parlamentes. Als am 6. November 1944 die Abgeordnetenkammer zusammentrat, waren von den 55 Abgeordneten lediglich 25 anwesend; über die Hälfte fehlte, sei es, daß sie aus Gefängnissen und Konzentrationslagern in Deutschland noch nicht heimgekehrt waren, sei es, daß sie mit den Besatzern kollaboriert hatten und deshalb jetzt untergetaucht waren. Da die Zahl der Abgeordneten das von der Verfassung vorgeschriebene Quorum nicht erreichte, war das Parlament nicht beschluß- und arbeitsfähig. Deshalb wurde vorerst eine ‚Assemblée consultative‘ eingesetzt, die der Regierung beratend zur Seite stehen sollte. In der Zeit vom 20. März bis zum 16. August 1945 trat die ‚Assemblée consultative‘ zu 18 Sitzungen zusammen.

Am 5. März 1945 trat das Vorkriegsparlament noch einmal zu einer Sitzung zusammen und beschloß eine Änderung der luxemburgischen Verfassung. Da die ‚Assemblée consultative‘ immer mehr zu einer Tribüne der Opposition wurde, bemühte sich die Regierung, sich der ‚Beratenden Versammlung‘ zu entledigen.

Rückkehr zur konstitutionellen Normalität

Am 7. Oktober 1945 fanden Gemeindewahlen in Luxemburg statt. Zwar mußte die ehemalige Rechtspartei, die sich nun ‚Christlich-Soziale-Volkspartei‘ (CSV) nannte, in einigen Gemeinden Verluste hinnehmen, vor allem auf dem Lande konnte sie aber ihre Vorkriegspositionen halten. Das GD erreichte allerdings nicht die erwarteten und erhofften Resultate. Allgemein war eine Verschiebung nach links zu verzeichnen. Die ‚Kommunistische Partei Luxemburg‘ (KPL), die vor dem Kriege politisch unbedeutend gewesen war, verzeichnete gewaltige Fortschritte. In Esch/Alzette, der zweitgrößten Stadt Luxemburgs, avancierte sie zur stärksten Fraktion und stellte dort sogar den Bürgermeister. Die ‚Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei‘ (LSAP) verlor zwar in Esch/Alzette einige Mandate, landesweit verzeichnete sie aber Gewinne und konnte sich stimmenmäßig der CSV annähern. Entscheidend war, daß die Vorkriegsparteien auch nach der Befreiung des Landes weiterhin die Fundamente des politischen Neubeginns bildeten. Außenminister Joseph Bech (CSV) sah in den Resultaten der Gemeindewahlen *pas [...] de menace pour la coalition gouvernementale chré-*

tienne-sociale-socialiste.¹⁴ In diesen Wahlen wollte er gerne einen Probelauf für die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung sehen.

Am 21. Oktober 1945 fanden die ersten nationalen Parlamentswahlen der Nachkriegszeit statt. Bei diesen Wahlen erhielt die CSV 41,41% aller gültig abgegebenen Stimmen, die LSAP 25,96%, die Kommunisten 13,49% und das Groupement Démocratique 16,74%. Aufgrund der Wahlergebnisse gehörten von den 51 Abgeordneten 25 der CSV, 11 der LSAP, 9 dem GD, 5 der KPL und 1 der Partei der Unabhängigen des Ostens an.

Vergleicht man die Wahlergebnisse von 1945 mit denjenigen von 1934/37, so stellt man bei der Rechtspartei (CSV) eine Steigerung des Stimmenanteils von 40,22 auf 41,41% fest. Bei der LSAP ging der Stimmenanteil von 31,68% auf 25,96% zurück. Die Kommunisten, die bei den Wahlen 1934/37 lediglich im Bezirk Süden Kandidaten aufgestellt hatten, 1945 aber Kandidaten in allen vier Wahlbezirken präsentierten, konnten ihren Stimmenanteil von 3,49% auf 13,49% steigern. Auf Anhieb erhielt der GD einen Stimmenanteil von 16,74% und war damit zur dritten politischen Kraft geworden.

Rein zahlenmäßig war die bisherige Regierungskoalition nicht infrage gestellt. CSV und LSAP hatten zusammen 67,37% aller gültigen abgegebenen Stimmen erhalten, und in der Abgeordnetenversammlung verfügten beide Parteien mit 36 von 51 Sitzen über eine komfortable Mehrheit. Dennoch führte die Niederlage der Sozialisten zu einer Auflösung der bisherigen Regierungskoalition. Einer in der Bevölkerung weit verbreiteten Stimmung folgend, beschlossen die politisch Verantwortlichen die Bildung einer Regierung der 'nationalen Union'. Von den acht Ministern der neuen Regierung gehörten drei der CSV, zwei der LSAP sowie jeweils einer der KPL und dem GD an; ein Minister war parteipolitisch nicht gebunden. Dieser wurde im August 1946 durch ein CSV-Mitglied ersetzt.

Die Entscheidung für ein Kabinett der 'nationalen Union' hatte zur Folge, daß die Regierung nun auf breiteste Unterstützung bei und aus der Bevölkerung zählen konnte, allerdings gab es nun keine parlamentarische Opposition zur Regierungspolitik mehr. Deshalb artikulierten sich Kritik, Unzufriedenheit und Widerstand vor allem im außerparlamentarischen Raum. Und die Regierung reagierte äußerst sensibel und gereizt auf Beanstandungen, Beschwerden und öffentlich geäußerten Mißmut.

So ließ die Regierung z.B. am 2. August 1946 fünf ausgewiesene Resistenzler gegen das Naziregime, einen Lehrer und vier Offiziere der luxemburgischen Armee, verhaften. Sie wurden beschuldigt, einen Staatsstreich vorbereitet zu haben. Ob der Haltlosigkeit der Anschuldigungen wurden sie aber bald wieder aus der Haft entlassen, das gegen sie eingeleitete Gerichtsverfahren wurde eingestellt. Das englische Foreign Office sprach von *a comic opera attempt at coup d'état*¹⁵, und die französische Legation in Luxemburg bezeichnete die damaligen Vorgänge als *une prétendue 'tentative de Putsch'*, als *soi-disant complot, de guère [...] de répercussion sensible dans la vie po-*

14 Französische Legation Luxemburg an französischen Außenminister v. 13.10.1945, in: ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay Paris.

15 FO: General Political Situation in Luxembourg, 2. 11.1946, in: ANLux, Mikrofilme FO London.

litique luxembourgeoise gehabt habe.¹⁶ Es sei, so die französische Einschätzung, *une affaire de caractère réellement anodin et sans aucune portée politique*.¹⁷

Doch innerhalb der Regierungskoalition gab es Unstimmigkeiten, immer wieder kamen Gerüchte über eine Regierungskrise auf. Insbesondere die LSAP erörterte verschiedentlich ihren Austritt aus der Regierungskoalition. So kritisierte sie die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung, beanstandete die Militärpolitik und attackierte vor allem die Politik der CSV. Für das Drohen mit dem Verlassen der Regierungskoalition und den Eintritt in die Opposition waren neben sachlichen Differenzen auch gewichtige parteitaktische Überlegungen mitentscheidend. Bei den Wahlen 1945 hatte die LSAP Stimmenverluste hinnehmen müssen, allgemein verzeichnete sie Einbußen an Popularität. Dem wollte sie entgegenwirken.

Am 13. Februar 1947 demissionierte die Regierung der 'nationalen Union'. Zwar waren CSV, GD und KPL der Bildung einer neuen Vierparteienregierung nicht abgeneigt, doch versagte sich die LSAP einem derartigen Vorhaben. Eine dann erörterte Dreiparteienregierung von CSV, GD und KPL kam ebenfalls nicht zustande. Am 1. März 1947 wurde eine neue Regierung aus CSV und GD vorgestellt. Die CSV erhielt vier und das GD drei Minister, in der Abgeordnetenkammer konnte sich die neue Regierung auf eine Mehrheit von 34 von insgesamt 51 Abgeordneten stützen. Damit kehrte man zurück zu der bisher üblichen Zweiparteienkoalition, die auch in der Folgezeit, bis heute, die Regel bei der Regierungsbildung war. Des weiteren kehrte man zu der zwischen 1918 und 1937, die Jahre 1925/26 ausgenommen, gängigen Regierungskoalition von Rechtspartei und Liberalen zurück.

Schwierigkeiten und Probleme der Nachkriegszeit

Trotz Ende der Regierung der 'nationalen Union' und trotz erneuter Anknüpfung an gouvernementale Traditionen der Zwischenkriegszeit wollte die neue Regierung nicht mit dem Programm ihrer Vorgängerin brechen, allerdings drängten sich im politischen Alltagsgeschäft einige neue Schwerpunkte auf. Im Jahre 1947 hatten einige dringende Nachkriegsprobleme bereits eine Lösung gefunden bzw. standen kurz vor ihrer Erledigung. Auch in der internationalen Politik kündigten sich mit dem Beginn des kalten Krieges grundlegende Änderungen im internationalen System an. Sofort nach der Befreiung des Großherzogtums 1944/45 mußte die luxemburgische Regierung sowohl dringende Probleme des Alltags lösen als auch Optionen für die Zukunft des Landes sichern. Für sie war damals eine einfache Rückkehr zu den Verhältnissen der Zeit vor dem 10. Mai 1940 nicht möglich, allerdings konnte sie auch nicht die von den Besatzern geschaffenen Verhältnisse einfach fortschreiben. Die Befreiung schuf keine Stunde Null, in der man aufgrund einer Beseitigung alles Bisherigen hätte total neu anfangen können bzw. müssen.

16 Französische Legation Luxemburg an französischen Außenminister v. 30.10.1946, in: ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay.

17 Französische Legation Luxemburg an französischen Außenminister v. 6.8.1946, in: ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay.

1944/45 wurden die 1940 vom Chef der Zivilverwaltung verbotenen Parteien wieder aktiv, und die 1940 von Gustav Simon abgeschafften verfassungsmäßigen Institutionen nahmen ihre Arbeit wieder auf. Das bedeutete auch eine Anknüpfung an die Vorkriegsverhältnisse. Noch im Exil hatte die luxemburgische Regierung bereits 1941 alle Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht für null und nichtig erklärt. Im Juli 1944 hat sie diese Entscheidung noch einmal bekräftigt und präzisiert. Allerdings war man im Londoner Exil auch zur Erkenntnis gelangt: *Tout n'est pas mauvais dans le système allemand, nous ferons bien de conserver quelques institutions qu'ils ont introduites*. Nach ihrer Rückkehr nach Luxemburg verfügte die Regierung dann auch, daß verschiedene deutsche Bestimmungen und Regelungen, insbesondere solche arbeits-, sozial- und steuerrechtlicher Natur, wenigstens vorübergehend Rechtsgültigkeit behalten sollten.

Die luxemburgische Politik der immediaten Nachkriegszeit versuchte an die Traditionen der Vorkriegszeit anzuknüpfen, bei mancher ihrer Maßnahmen bestanden aber auch Kontinuitätsstränge zur Besatzungszeit. Viele Entscheidungen wurden als ad hoc-Antworten auf dringende Alltagsprobleme getroffen, ohne in einer besonderen Entwicklungslinie zu stehen. Damals galt es für die luxemburgische Regierung aber auch Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Errichtung einer luxemburgischen Armee¹⁸

Die deutsche, völkerrechtswidrige Besetzung des Großherzogtums sowie das Bekenntnis und der Beitritt der Exilregierung zum Lager der Alliierten machten den politisch Verantwortlichen klar, daß Luxemburgs bisherige Neutralitätspolitik überholt war. Wollte Luxemburg als vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden, dann mußte es damit rechnen, auch militärische Verpflichtungen übernehmen zu müssen. Deshalb hat die luxemburgische Regierung noch im Londoner Exil am 14. Juni 1944 eine Reform der Militärorganisation verabschiedet, welche ihr die Festsetzung der Zahl der Soldaten *suivant les besoins militaires tant nationaux qu'internationaux* überließ und ihr erlaubte, neben Freiwilligen, *en cas de nécessité*, auch ganze Jahrgänge zur Wehrpflicht heranzuziehen. Am 30. November 1944 wurde dann schon eine allgemeine einjährige Wehrpflicht eingeführt. Umfang und Waffengattungen sollten *suivant les besoins militaires tant nationaux qu'internationaux* festgelegt werden. Für viele Luxemburger stand damals fest: *Le Luxembourg veut et doit être une nation souveraine, indépendante et responsable comme tous les autres pays des Nations Unis [...]. C'est pour cela qu'il nous faut une armée*.

Allerdings begann der Aufbau mit einigen Schwierigkeiten. Es fehlten die nötigen Kader sowie die benötigten Waffen und die entsprechende Ausrüstung. Die Briten

18 Jacques LEIDER: *L'Armée Luxembourgeoise d'après-guerre*, Luxembourg 1993; André GROSBUSCH: *La question des réparations dans l'opinion luxembourgeoise*, in: *Hémecht*, 1984, S. 569-591; Paul MODERT: *Les revendications territoriales luxembourgeoises envers l'Allemagne après 1945*, in: *Les amis de l'histoire*, XIII, Luxembourg 1983, S. 1-49; ANLux: Mikrofilme FO London.

sollten den Luxemburgern bei der Lösung dieser Probleme helfen, doch verzögerte sich vorerst diese Hilfe. Deshalb nahm die Armee ihre Tätigkeit vorerst mit nur circa 300 Freiwilligen auf. Doch wollte man sie, mit englischer Hilfe, auf Bataillonsstärke bringen, wobei man vor allem auf Freiwillige aus den Widerstandsbewegungen zurückgreifen wollte. So war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Luxemburg zunächst lediglich eine Grundsatzentscheidung.

Als 1944, nach der Befreiung des Landes, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, da gab es noch eine große, allgemeine Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Maßnahme. Rückblickend stellte die 'British Military Mission' in Luxemburg im Jahre 1947 fest: *In the days immediately following the country's liberation, when the horrors of the German occupation were still fresh in the memory of its people, and everyone in uniform was a hero, the Government had no difficulty in increasing the size of the Army and introducing compulsory national service.* Doch schon sehr bald vollzog sich ein Wandel in der Einstellung der Bevölkerung. Im Laufe der Zeit, mit der Wiederherstellung friedensmäßiger Zustände, nahmen die Diskussionen über Armee und Wehrpflicht an Heftigkeit zu. Zweifel an der Richtigkeit der früheren Entscheidung wurden immer lauter. Der militärische Wert der Armee wurde bezweifelt, ihre Finanzierung als eine zu große Last für ein kleines Land beklagt, und es wurde beanstandet, daß die allgemeine Wehrpflicht der Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte entziehe. Die Armeezeit wurde als *longue oisiveté imposée à des jeunes gens* denunziert.

Die Regierung, die 1946/47 in der Armeefrage gespalten war – die Sozialisten griffen die offizielle Militärpolitik massiv an –, reagierte auf diesen Umschwung der öffentlichen Meinung. Die Stärke der Armee wurde von 2.200 auf 1.200 Mann reduziert, Rückstellungen vom Militärdienst großzügig gewährt, die Dienstzeit von einem Jahr auf sechs Monate herabgesetzt und das Armeebudget um die Hälfte gekürzt. In Luxemburg wurde die Militärpolitik nicht mehr von militärischen und sicherheitspolitischen, sondern von wirtschaftlichen und parteitaktischen Überlegungen bestimmt.

Ob all dieser Umstände war die luxemburgische Armee, so die Einschätzung der Briten, *a token force of no military value*, der es an einem klaren militärischen Ziel fehle. Die Briten gingen davon aus, daß die Armee dann auch lediglich eingerichtet wurde, damit Luxemburg an der militärischen Besetzung Deutschlands teilnehmen konnte. Und sicherlich war die Besetzung deutscher Territorien durch luxemburgische Soldaten eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe der neu geschaffenen Armee. Die Verteidigung des luxemburgischen Staatsgebietes wurde nur sehr selten als Auftrag der Armee in offiziellen Texten und Reden der luxemburgischen Politiker erwähnt. Die Mehrzahl der Soldaten wurde dann auch bei und für Besatzungsaufgaben eingesetzt.

Am 10. November 1945 marschierten die luxemburgischen Soldaten in die ihnen zugewiesenen Besatzungsgebiete, Teile der deutschen Kreise Bitburg und Saarburg, ein. Sie waren damit 'Unterbesatzer' in der französischen Besatzungszone. Grundsätzlich galt nämlich, daß *l'autorité Militaire Luxembourgeoise [...] sera subordonnée au point de vue tactique au Commandement Français*. Die Franzosen ließen die Luxemburger wissen, daß sich durch die luxemburgische Teilnahme an der Besatzung nichts geändert habe *au principe de la souveraineté française tant au point de gouvernement*

que de commandement militaire, sur les territoires occupés par les troupes luxembourgeoises. Die Beziehungen zwischen Luxemburgern und Franzosen waren dann auch nicht unproblematisch und nicht konfliktfrei. So warfen die Franzosen den Luxemburgern z. B. unerlaubte Requisitionen und die Nichtbeachtung französischer Prärogative vor. Auch mußten die luxemburgischen Truppen bereits Mitte 1946 den von ihnen besetzten Teil des Kreises Saarburg wieder aufgeben, da dieses Gebiet ganz an das Saargebiet angegliedert wurde.

In ihren „Directives de la politique luxembourgeoise en Allemagne“ faßte die luxemburgische Armeeführung Auftrag und Mission ihrer Besatzungstruppen zusammen und hielt u.a. als Anweisung fest: *S'employer par tous les moyens à détruire la Doctrine National-Socialiste, et par conséquent, écarter le concours aux affaires publiques de tout membre du parti ou de tout sympathisant. S'appuyer avec prudence et avec un souci perpétuel de clairvoyance sur les partis religieux, spécialement catholiques qui ont été généralement persécutés par les nazis. Mais ne pas oublier la formule: 'Le Nazisme est un épisode, l'ennemi est le Prussien'.* Die Soldaten sollten sich bei ihren alltäglichen Aktivitäten von diesen Richtlinien leiten lassen. In der Anfangszeit blieben dann auch Zwischenfälle und Reibungen zwischen Besatzern und deutscher Bevölkerung nicht aus, waren deren Beziehungen konfliktbeladen. Ab 1947 änderte sich allerdings dieser Zustand. Von nun an gestalteten sich die Beziehungen korrekt, ja sogar gut.

Eine wichtige Aufgabe der luxemburgischen Besatzungsarmee war es, die bei Saarburg aufbewahrten Gebeine von Johann dem Blinden, dem Grafen von Luxemburg und König von Böhmen, der 1346 in der Schlacht bei Crécy fiel, nach Luxemburg zurückzuführen. Trotz einiger französischer Bedenken konnten 1946, zum Jahrestag der Schlacht von Crécy, die sterblichen Überreste nach Luxemburg überführt werden. Für viele Luxemburger war dies ein Akt mit großer symbolischer Bedeutung: die Heimkehr eines großen Helden aus der Fremde in seine Heimat.

Am 10. September 1955 endete die luxemburgische Besetzung deutscher Territorien. Doch hinter der Teilnahme an der Besetzung Deutschlands stand luxemburgischerseits nicht allein der Wunsch, internationalen Verpflichtungen als gleichberechtigtes und vollwertiges Mitglied der alliierten Völkergemeinschaft nachzukommen, die luxemburgische Regierung verfolgte damit auch rein nationale Ziele. Aus ihrer Sicht hatte, Ende 1945, diese Besetzung nämlich auch einen 'annexionistischen' Zweck. Damals wies der Armeeminister den Generalstabschef an: *La tâche que le soldat aura à remplir ne consiste pas seulement à assurer l'ordre et la sécurité dans le secteur luxembourgeois, mais à prouver aux habitants par son attitude correcte et disciplinée qu'il ne vient pas en oppresseur, mais en vue de préparer par une politique d'occupation juste l'annexion éventuelle de ce territoire.*

Nach der Befreiung des Großherzogtums wurden in Luxemburg von verschiedenen Seiten Gebietsforderungen an Deutschland gestellt. Diese wurden luxemburgischerseits nicht als Annexionen, sondern als Desannexionen präsentiert, da die beanspruchten Territorien ehemals, bis zum Wiener Kongreß 1815, Teil des ehemaligen Herzogtums Luxemburg gewesen waren. Die den luxemburgischen Widerstandsbewegungen verbundene 'Letzeburger National-Unio'n' verlangte die Rückgabe aller 1815 von Lu-

xemburg abgetrennten Gebiete mit Ausnahme einiger kleinerer Gebiete bei Daun und Schleiden. Die radikalsten Verfechter einer derartigen Annexionspolitik verlangten sogar, daß die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete ausgesiedelt werden müsse. Zwar machte sich die luxemburgische Regierung die Forderung nach Gebietsabtretungen gegenüber Deutschland zu eigen, doch reklamierte sie lediglich einen 5 bis 10 km schmalen Streifen entlang der bisherigen deutsch-luxemburgischen Grenze, der von 20.000 bis 30.000 Personen bewohnt wurde. Innerhalb der Regierungskoalition setzten sich allerdings die Sozialisten für einen Verzicht auf jegliche Gebietsforderungen an Deutschland ein.

Die Befürworter der 'Desannexion' deutscher Territorien zugunsten Luxemburgs begründeten ihre Forderungen mit historischen, politischen und wirtschaftlichen Argumenten. Sie wiesen auf den willkürlichen Charakter der vom Wiener Kongreß verfügt luxemburgischen Gebietsabtretungen an Preußen hin. Ihre Reklamation beinhaltete nur eine Rückforderung ehemals luxemburgischer Territorien. Diese Gebiete hielten sie auch aus militärstrategischen Gründen für notwendig, da nur mit und durch deren Rückgliederung an Luxemburg die Sicherheit des Großherzogtums garantiert werden könne. Des weiteren verwiesen sie darauf, daß die Bevölkerung dieser deutschen Gebiete ihre Annexion an Luxemburg wünsche, und im übrigen sprächen die Bewohner der einzugliedernden Gebiete Luxemburgisch. Doch war klar erkennbar, daß wirtschaftliche Überlegungen das Kernstück der luxemburgischen Forderungen bildeten. Da die landwirtschaftlich ertragreichen Regionen Luxemburgs im Zuge der Rundstedt-Offensive massiv zerstört worden waren, sollten die Gebiete der Eifel die Versorgung Luxemburgs mit Agrarprodukten verbessern. Auch würden für die Bewohner der Grenzgebiete die Behinderungen bei der wirtschaftlichen Nutzung ihrer Ländereien und Besitztümer auf der anderen Flußseite von Our, Sauer und Mosel, also bisher im Auslande, entfallen. Dazu kam, daß Luxemburg an der Our, in der Nähe von Vianden, ein Wasserkraftwerk errichten wollte, ein Projekt, das seit den zwanziger Jahren diskutiert wurde, allerdings aus unterschiedlichen, u.a. militärischen Gründen nicht durchgeführt werden durfte. Im Falle einer Eingliederung des geforderten deutschen Gebietsstreifens würde die Ourtalsperre zu einem rein luxemburgischen Projekt, das nicht mit Deutschland besprochen und vereinbart werden müsse. Des weiteren ermögliche die projektierte Gebietserweiterung einen Zugriff des Großherzogtums auf das deutsche Eisenbahnnetz auf der rechten Moselseite sowie auf das deutsche Straßennetz jenseits der bisherigen Grenzflüsse, was zu einer beachtlichen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Luxemburgs führe. Vor allem die Übernahme der deutschen Eisenbahnstrecken galt als unverzichtbare Voraussetzung für die Rentabilisierung der neu gegründeten luxemburgischen Eisenbahngesellschaft. Die 'Lëtzeburger National-unio'n' schrieb zusammenfassend an Außenminister Bech: *Sans désannexion, sans houille blanche et sans industrie, la fin nous guettera, et notre indépendance ne sera plus qu'une fiction, tôt ou tard nous tomberions comme un fruit mûr dans le giron d'un pays voisin plus diligent.*

Wenn auch nicht alle Befürworter einer 'Desannexionspolitik' die Bedeutung der deutschen Gebiete als unbedingt vital für die Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit des Großherzogtums ansahen, so betonten doch alle den wirtschaftlichen Nutzen, die

ökonomischen Vorteile, welche Luxemburg durch diese Gebietserweiterungen erwüchsen. Die luxemburgische Regierung stellte dann auch ihre Forderungen in den Rahmen der Kriegsschädenproblematik. Sie argumentierte, daß die deutschen Gebiete ein Faustpfand für die Kriegsfolgenentschädigung seien.

Die luxemburgische Regierung unterbreitete 1946 und 1947 den alliierten Außenministerkonferenzen ihre Wünsche, doch gab es alliiertenseits wenig Bereitschaft, auf die luxemburgischen Ansprüche einzugehen. Die Alliierten waren lediglich bereit, geringfügige Grenzkorrekturen zu gestatten.

Anfang 1949 verzichtete die luxemburgische Regierung auf die ursprünglich geforderten Gebietserweiterungen und wollte sich mit der Eingliederung des Kammerwaldes und des Dorfes Roth, beide lagen gegenüber von Vianden, d. h. eines Territoriums von circa 550 ha, zufriedengeben. Die luxemburgische Regierung beabsichtigte, den Kammerwald als Staatsdomäne zu verwalten, und die Einwohner Roths sollten die deutsche Staatsangehörigkeit behalten. Bei dieser Regelung ging es der Regierung weder um einen Gebiets- noch um einen Bevölkerungszuwachs, sondern lediglich um die Einlösung von Entschädigungsansprüchen. Deshalb verzichtete Luxemburg dann auch auf die Übernahme des Dorfes Roth und begnügte sich mit der Abtretung des Kammerwaldes, der am 29. April 1949 von Deutschland auf Luxemburg überging. Am 30. September 1959 verzichtete Luxemburg, nachdem sich die Bundesrepublik verpflichtet hatte, 58,3 Millionen DM an Reparationen an Luxemburg zu zahlen, dann auch auf den Kammerwald.

RADIO LUXEMBURG¹⁹

Für die Alliierten war das in ganz Deutschland hörbare, mit dem zweitstärksten Sender Europas ausgestattete und strategisch mitten im Herzen Europas gelegene Radio Luxemburg ein interessantes und bedeutendes Instrument der psychologischen Kriegsführung. Bereits im März 1944, noch vor der alliierten Landung in der Normandie, bekundete das PWD²⁰ des SHAEF sein Interesse an einer Übernahme von Radio Luxemburg und erreichte in Verhandlungen, daß bereits im Mai die luxemburgische Regierung trotz einiger juristischer Bedenken – Radio Luxemburg war seit 1930 ein privater, in französischer Hand befindlicher Kommerzsender – ihm Radio Luxemburg *pour le temps exigé par les nécessités militaires* zur Verfügung stellte.

Am Tage der Befreiung der Stadt Luxemburg erkundigte sich das alliierte Militär nach dem Zustand des Senders. Sodann kümmerten sich die Alliierten um die Reparatur von Studios und Sendeanlagen, um die Wiederaufnahme des Sendebetriebs vorzubereiten. Am 20. September beantragten die Alliierten beim Bürgermeister der Stadt

19 Denis MARECHAL: Radio Luxembourg 1933-1993, Nancy 1994; Charles MEDER: Rundfunkpöbel aus Luxemburg: deutschsprachige Schriftsteller und die Beendigung des Zweiten Weltkrieges, masch.-schr., Luxembourg 1993, 2 Bde; ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay.

20 PWD = Psychological Warfare Division

Luxemburg die Beschlagnahme von Studios und Sendeanlagen, was dieser am 26. September amtlich verfügte.

Bereits am 21. September 1944 hatten die Alliierten erste Versuchssendungen erprobt. Am 23. September nahm Radio Luxemburg seine regelmäßigen Sendungen wieder auf. Seit dem 1. Oktober unterstand Radio Luxemburg der Kontrolle des PWD/SHAEF, welches Management und Oberaufsicht über den Sender führte sowie für das strategische Programm zuständig war. Da der Sender im Operationsgebiet der 12. Armeegruppe lag, oblag dem P & PW Det.²¹ der 12. Armeegruppe die Verantwortung für die taktischen Sendungen. Doch noch vor der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 verließ die 12. Armeegruppe Luxemburg, so daß vorerst allein das PWD/SHAEF für Radio Luxemburg und dessen Programm zuständig und verantwortlich war. Vom Zeitpunkt der Auflösung des SHAEF im August 1945 bis zum 12. November 1945, dem Tag, an dem wieder die 'Compagnie luxembourgeoise de Radio' (CLR) den Sendebetrieb von Radio Luxemburg übernahm, kontrollierte das American Office of War Information (O.W.I.) den Sender.

Die 12. Armeegruppe benutzte Radio Luxemburg aber auch, um von Anfang Dezember 1944 bis zum 25. April 1945 über dessen Sendeanlagen den Geheimsender 1212, Radio Annie, zu betreiben. Dessen Ziel war es, die Bevölkerung der Rheinlande, sowohl Zivilisten als auch Soldaten, zur Kapitulation und zum Überlaufen zu bewegen.

Doch war das Radio nicht das alleinige Mittel, um auf den Feind, die Deutschen, einzuwirken. Vom 22. September 1944 bis Anfang Mai 1945 gab die PWD der 12. Armeegruppe in Luxemburg eine Heeresgruppenzeitung, die 'Frontpost', heraus, die in der Imprimerie St. Paul gedruckt wurde. Seit dem 5. November 1944 erschien auch noch die 'Feldpost', und vom 27. November 1944 bis 21. April 1945 druckte die Imprimerie St. Paul ebenfalls 'Die Mitteilungen'. Diese Publikationen wurden von denselben Leuten gemacht wie die Radio-Beiträge. Alles in allem war Luxemburg, von der Befreiung des Großherzogtums bis zur deutschen Kapitulation, eines der Hauptzentren der psychologischen Kriegsführung der Alliierten.

Nach Ende der militärischen Nutzung des Senders, Herbst 1945, waren die Vereinigten Staaten an einer weiteren, auf Jahre hinaus vorgesehenen Nutzung von Radio Luxemburg vornehmlich als 'Stimme Amerikas' in Europa interessiert. Doch einschneidende Budgetkürzungen des amerikanischen Kongresses beim O.W.I. führten dazu, daß die Amerikaner dieses Vorhaben fallen lassen mußten. Nun versuchten sowohl die englische als auch die französische Regierung Einfluß auf den Sender zu gewinnen. Diesbezügliche Gespräche und Verhandlungen zogen sich seit Ende 1945 über das ganze Jahr 1946 hin. Dabei waren vor allem die britische Regierung und die BBC die treibenden Kräfte.

Die britische Regierung wünschte, daß die CLR ihr und der französischen Regierung für zwei Jahre die ausschließliche Nutzung sowie Kontrolle des Senders und der gesamten Sendezeit von Radio Luxemburg überließ. Der luxemburgischen Regierung wollte sie die für lokale Sendungen benötigte Sendezeit garantieren, auch könnten Belgien und die Niederlande sowie gegebenenfalls die Vereinigten Staaten an diesem

21 P & PW Det. = Publicity and Psychological Warfare Detachment

Vorhaben beteiligt werden. Damit könne die britische Regierung kommerzielle Sendungen von Luxemburg nach Großbritannien sowie unkontrollierte Sendungen nach Deutschland unterbinden. Diese Regelung erlaube es dann nämlich der BBC, Deutschland und Österreich radiomäßig zu erfassen, auch könne von Luxemburg aus nach Zentral-, Nord- und Osteuropa gesendet werden. Des weiteren könne so Luxemburg einfacher in die internationalen Verträge über die Wellenverteilung einbezogen werden, und es könnten die ersten Ansätze für eine künftige Umwandlung von Radio Luxemburg in eine Sendestation der Vereinten Nationen geschaffen werden. Nach den britischen Vorstellungen sollten Großbritannien und Frankreich zwar Radio Luxemburg kontrollieren und über die Sendezeit disponieren, doch sollte die CLR auch weiterhin die Konzession über den Rundfunkbetrieb in Luxemburg behalten dürfen.

Zwar gingen die Franzosen auf diese Wünsche ein, doch führten Meinungsunterschiede bei den verschiedenen interessierten und beteiligten Ministerien und Behörden in Frankreich dazu, daß die französische Regierung die britischen Begehren nur dilatorisch behandelte. Ende 1945 hatte General Charles de Gaulle seinen Informationsminister André Malraux angewiesen: *ne pas partager avec un gouvernement étranger l'utilisation d'un émetteur appartenant dans sa majorité à des Français*. Dieser Leitgedanke des Generals dürfte auch späterhin noch die französische Position in den Verhandlungen mit Großbritannien bestimmt haben. Da der französische Staat direkt an der CLR beteiligt war und auch noch über die französischen Aktionäre seine Interessen bei der Gesellschaft wahrnehmen lassen konnte, war sein Einfluß auf den Sender gesichert. Er brauchte deshalb nicht den kostspieligen Umweg über die Mietung von Sendezeiten zu gehen.

Die luxemburgische Regierung versicherte den Briten zwar, sie wolle ihnen *agreeable* sein, doch sei dies *a desire which the Luxembourg Government must reconcile with their rights, with their contractual obligation to the concessionary company, with their financial interest in the appreciable revenue that could accrue from the Station and with consideration of an international order*. Auch wies die Regierung darauf hin, daß eine Verpachtung des Senders an ausländische Regierungen *des questions complexes de souveraineté nationale* schaffen würde. Dabei stellte sich z. B. die Frage, wie das Großherzogtum seine Zensur- und Kontrollrechte ausüben könne gegenüber Sendungen, die im Auslande produziert und von fremden Regierungen inspiriert seien. Auch wollte die luxemburgische Regierung nicht auf die beachtlichen Einnahmen aus dem Konzessionsvertrag mit der CLR verzichten. Um ihre Zurückhaltung und ihr Verzögern zu kaschieren, verwies die luxemburgische Regierung darauf, daß das britische Vorhaben nur durch privatrechtliche Verträge zwischen den interessierten Regierungen und der CLR zu verwirklichen sei, da sie durch einen rechtsgültigen Konzessionsvertrag den Sendebetrieb an die CLR abgetreten habe. So konnte die luxemburgische Regierung den Eindruck erwecken, sie stehe den britischen Plänen wohlwollend gegenüber, doch gleichzeitig war es ihr möglich, diese zu hintertreiben, ohne daß sie direkt und öffentlich in Erscheinung treten mußte.

Denn die CLR stand der britischen Übernahme des Sendebetriebs von Radio Luxemburg ablehnend gegenüber. Sie wollte nicht die gesamte Sendezeit verpachten, zumindest nicht an ausländische Regierungen. Deren Zugriff wünschte sie den Sende-

betrieb vorzuenthalten. Und die luxemburgischen Mitglieder des Verwaltungsrates der CLR, diese besaßen immerhin die Stimmenmehrheit in den Organen der Gesellschaft, sprachen sich einstimmig gegen eine Verpachtung des Sendebetriebs aus.

Sehr schnell mußte die britische Regierung erkennen, daß ihre Vorschläge in den Verhandlungen und Gesprächen mit den übrigen interessierten und beteiligten Stellen auf wenig Unterstützung stießen. Deshalb beabsichtigte sie sogar, *to apply a little indirect pressure on the Luxembourg Government*. Durch ein Verbot der Ausfuhr von Devisen zur Finanzierung von Reklamesendungen britischer Unternehmen versuchte die britische Regierung Druck auf die CLR auszuüben. Doch auch diese Maßnahmen halfen nichts. Ende 1946 stand fest, daß die Vorstöße der britischen Regierung gescheitert waren. Auch nach 1945 blieb Radio Luxemburg, wie in den dreißiger Jahren, als privater, kommerzieller Sender bestehen.

Die luxemburgischen Eisenbahnen²²

Nach der Befreiung Luxemburgs stellte sich für die Regierung sofort die Frage nach der Organisation, der Verwaltung und der Nutzung der luxemburgischen Eisenbahnen. Vor der deutschen Besetzung wurden die luxemburgischen Eisenbahnen von verschiedenen ausländischen Gesellschaften betrieben. Die deutsche Zivilverwaltung hatte allerdings die Vereinheitlichung des luxemburgischen Bahnnetzes verfügt und die luxemburgischen Bahnen der Deutschen Reichsbahn übertragen. So war die Vereinheitlichung der luxemburgischen Eisenbahnen bei der Befreiung des Landes eine Tatsache, die damals im Interesse der alliierten Streitkräfte beibehalten werden mußte, allerdings auch im Interesse des Landes lag.

In Frankreich gab es allerdings Bestrebungen, auch künftig die Rechte der französischen Regierung in Luxemburg zu wahren. Bereits Anfang Oktober 1944 wurde im französischen Außenministerium der Wunsch geäußert, *que la Société Nationale des Chemins de Fer français devrait être mise en mesure de reprendre, dans un délai aussi bref que possible, l'exploitation du réseau Guillaume-Luxembourg*.²³ Damals schlug der französische Außenminister Georges Bidault sogar der luxemburgischen Regierung vor, *de faire assurer par la Société Nationale des Chemins de Fer Français la gestion de l'ensemble du réseau du Grand-Duché*. Diese französischen Bemühungen wurden vor allem von militär-strategischen Überlegungen bestimmt. Für Frankreich waren diese nämlich eng verbunden *au problème des garanties à prendre contre une nouvelle agression allemande*.

Frankreich wollte damals die Betriebsführung des gesamten luxemburgischen Eisenbahnnetzes übernehmen. Sollte das nicht möglich sein, dann wollte es wenigstens zu den Vorkriegsverhältnissen zurückkehren und die Exploitation der Wilhelm-Luxemburg-Bahnen übernehmen. Dabei mißachtete es damals ebenso wie bereits in

22 ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay; Compte rendu des séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg (C.R.), 1945 + 1946.

23 Französisches Außenministerium an luxemburgisches Außenministerium v. 9.10.1944, in: ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay.

der Zwischenkriegszeit seine Belgien gegebene Zusage, auf die Ausbeutung der luxemburgischen Eisenbahnen zugunsten Belgiens zu verzichten. Belgien wollte künftig, wie bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren, Streitigkeiten und Auseinandersetzungen mit Frankreich wegen Besitzes und Betriebs der luxemburgischen Eisenbahnen vermeiden. Da es vornehmlich wirtschaftliche Interessen an den luxemburgischen Bahnen hatte, schlug es vor, *à chercher une solution par laquelle la Belgique et la France s'associeraient au Luxembourg dans l'exploitation du réseau ferré*. Auch war Belgien bereit, Luxemburg in der Betreibergesellschaft eine Vormachtstellung zuzugestehen, während die Beteiligungen Frankreichs und Belgiens gleich sein sollten.²⁴ Mit diesen Vorschlägen näherte sich Belgien den luxemburgischen Vorstellungen.

Vor die Frage gestellt, ob künftig die luxemburgischen Eisenbahnen von einer privaten Gesellschaft, den belgischen oder französischen Eisenbahnen oder vom luxemburgischen Staat betrieben werden sollten, entschied die Regierung sich für die *exploitation par une société d'économie mixte avec participation prépondérante de l'Etat*. Am Kapital der neu gegründeten 'Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois' (CFL) beteiligten sich der luxemburgische Staat mit 51%, Frankreich und Belgien mit jeweils 24,5%, auch entsandten die drei Regierungen Vertreter in die Organe der Gesellschaft, wobei allerdings sichergestellt wurde, daß die Luxemburger jeweils in der Mehrheit waren. Die getroffene Vereinbarung garantierte dem luxemburgischen Staat ein Kontroll- und Interventionsrecht, welches die Berücksichtigung seiner Interessen gewährleistete.

Die damals gefundene Lösung, die auf den deutschen Maßnahmen als Voraussetzungen aufbaute, berücksichtigte die ökonomischen Interessen des Landes, war den öffentlichen Finanzen von Vorteil und trug den Belangen der Belegschaft Rechnung. Des weiteren ermöglichte sie *de concilier d'une façon heureuse les intérêts politiques et économiques de notre allié économique, la Belgique et de notre grande amie, la France*. Die 1946 getroffene Regelung hatte nämlich den Vorteil, daß die nunmehr vereinigten Eisenbahnen nicht mehr Streit- und Zankobjekt, sei es aus militärstrategischen, sei es aus wirtschaftlichen oder lediglich aus Prestige Gründen, zwischen den Nachbarstaaten des Großherzogtums waren. Auch hatte durch sie Luxemburg einen Teil seiner Souveränität zurückerhalten.

Bevölkerungstransfers²⁵

Ein Problem, das sich nach der Befreiung des Großherzogtums sofort stellte, war dasjenige der Bevölkerungsverschiebungen, welche durch die nationalsozialistische Politik und durch die militärischen Ereignisse bei der Befreiung des Territoriums entstanden waren.

Anfang 1945 stellten die Briten fest, daß von einer Bevölkerung von ca. 300.000 Bewohnern 30.000 noch in Deutschland weilten und 70.000 wegen der Ardennenof-

24 F. VAN LANGENHOVE: Le problème des chemins de fer luxembourgeois 20.2.1945, in: ANLux, Mikrofilme Quai d'Orsay.

25 MINISTÈRE D'ÉTAT: Bulletin d'information, 1944-1946.

fensive zwangsumgesiedelt worden waren. Bis Anfang April 1945 waren davon circa 60.000 in ihre wieder freigegebenen Ortschaften zurückgekehrt. Lediglich alte Leute und Kinder verblieben noch in den nicht zerstörten Gegenden des Landes.²⁶

Innerhalb der luxemburgischen Verwaltung wurde ein eigenes 'Commissariat au Rapatriement' geschaffen, um sich um die Flüchtlinge und um die aus ihrer Heimat Verschleppten zu kümmern. Für Rückführungen aus dem besetzten Deutschland waren allerdings immer noch die alliierten Militärbehörden zuständig, die auf die Respektierung ihrer Prärogative pochten. Energisch beanstandeten sie, daß die 'Union' ohne Auftrag und ohne Ermächtigung luxemburgische KZ-Insassen aus dem KZ Buchenwald nach Luxemburg gebracht hatte. Die alliierten Militärbehörden verboten auch die Suche durch Privatpersonen nach Familienangehörigen in Deutschland. Des weiteren verlangten sie von der luxemburgischen Regierung, daß bestimmte Gruppen von Heimkehrern, z.B. KZ-Gefangene, für 14 Tage in Quarantäne genommen wurden. Dabei machten sie die luxemburgischen Behörden dafür verantwortlich, daß die Isolierung dieser Personen auch beachtet und durchgesetzt wurde. Die Rückführung der sich im besetzten Deutschland unfreiwillig aufhaltenden Luxemburger durfte nur unter Aufsicht und Kontrolle der alliierten Militärbehörden erfolgen, die sich gegen Eigenmächtigkeiten aus Luxemburg wehrten.

Viele Luxemburger warfen aber der luxemburgischen Regierung vor, sie engagiere sich nicht energisch genug und tue zu wenig für die Rückführung insbesondere der Deportierten und politischen Gefangenen. Diese Kritik flaute aber ab, als immer mehr und mehr Luxemburger aus Deutschland heimkehrten.

Doch die Schwierigkeiten der luxemburgischen Regierung wurden nicht nur durch die Militärbehörden verursacht, sie waren teilweise auch politisch bedingt. So gab es Mitte 1945 z. B. Schwierigkeiten bei der Rückkehr derjenigen Luxemburger, die sich in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands aufhielten. Überhaupt waren die Beziehungen zur Sowjetunion nicht unproblematisch.

Die osteuropäischen 'Displaced Persons', die sich in Luxemburg aufhielten, wurden im Lager Ansembourg zusammengezogen. Anfang Mai 1945 lebten dort 157 Personen, die meisten Russen, aber auch einige Polen und Jugoslawen. Anfang Juni 1945 wurden 322 Russen von Ansembourg mit einem Militärtransport in ein Lager nach Reims verbracht, von dort aus sollten sie in die Sowjetunion überführt werden. Die Sowjetunion verlangte, daß alle sich in Luxemburg aufhaltenden Russen in die Sowjetunion zurückkehrten. Da aber nicht alle russischen Flüchtlinge, z.B. ehemalige Angehörige der Vlassow-Armee, in die Sowjetunion zurückgehen wollten, übte die Sowjetunion Druck auf die luxemburgische Regierung aus. Sie zögerte die Rückfüh-

26 Report on a visit to Luxembourg January 24th to January 27th 1945; SHAEF-Luxembourg: First Fortnightly Report for the Period ending Tuesday 1 May 45; SHAEF-Luxembourg: Fortnightly Report no. 3 for Period ending Tuesday 29th May 1945; SHAEF-Luxembourg: Fortnightly Report no. 4 for Period ending Tuesday 12th June 1945; SHAEF-Luxembourg: Fortnightly Report no. 5 for the Period ending Tuesday 26th June 1945, in: ANLux, Pro London, I.-VI. 1945 + VI.-XII. 1945; Frz. Gesandtschaft Lux. an frz. Außenminister v. 31.1.1946 u. 9.1.1948, in: ANLux, Quai d'Orsay, Europe Luxembourg 1944-1949.

rung der luxemburgischen Zwangsrekrutierten der Wehrmacht, die von der Roten Armee gefangengenommen worden waren, hinaus. Deren Rückkehr zog sich dann auch über Jahre hin.

Luxemburg war aber auch Durchzugsgebiet für 'Displaced Persons' aus anderen Ländern. Zur Betreuung dieser Personen waren vier Lager – Luxemburg, Moutfort, Ansembourg, Schrassig – eingerichtet worden, die über 1.500 Personen aufnehmen konnten. Allerdings gab es bei der Verwaltung dieser Lager erhebliche Schwierigkeiten: Es fehlte an Nahrungsmitteln und an Mineralöl.

Kurzfristig, z.B. Mitte 1945, gab es auch Probleme beim Durchzug der alliierten Truppen. Täglich passierten circa 2.400 Soldaten Luxemburg, doch verfügten die alliierten Militärbehörden lediglich über Raum zur Logierung von 1.000 Personen.

Seit September 1945 überließen die Amerikaner der luxemburgischen Regierung, auf deren Ersuchen, circa 5.000 deutsche Kriegsgefangene. Diese wurden bei Wiederaufbauarbeiten und vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt. Seit 1947 war die luxemburgische Regierung bestrebt, möglichst viele dieser deutschen Kriegsgefangenen als „freie Arbeiter“ anzuwerben, um sie weiter in Luxemburg zu beschäftigen. Die übrigen wurden bis September 1947 nach Deutschland entlassen.²⁷

Politische Säuberungen²⁸

Besondere Probleme, deren sich die luxemburgische Exilregierung bereits in London annahm, stellten die beabsichtigten politischen Säuberungen dar, in Sonderheit die strafrechtliche Verfolgung von Kollaborateuren und Kriegsverbrechern. Seit 1943 änderte bzw. ergänzte die Regierung das Strafrecht, um die Strafverfolgung der politischen Kriminellen rechtlich abzusichern. Auch verfügte sie Änderungen in der Justizorganisation, um sowohl dem Gericht als auch der Staatsanwaltschaft u.a. die personellen Möglichkeiten zur Strafverfolgung zu geben. Dabei wurde auch bestimmt, daß zwei der Beisitzer des Kriegsverbrechertribunals Angehörige von Widerstandsorganisationen sein mußten. Auch mußte ein Delegierter der Widerstandsorganisationen der Spezialkommission angehören, welche über Sequestration des Besitzes luxemburgischer Kollaborateure entschied. Noch in London hatte nämlich die Regierung die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung eines Sequesteramtes geschaffen, das bis zu einer *späteren Entscheidung* die Verwaltung von Feindvermögen resp. vom Besitz von Kollaborateuren übernehmen sollte.

Bei der Verfolgung der Reichsdeutschen, welche verdächtigt wurden, Kriegsverbrechen begangen zu haben, war die luxemburgische Staatsanwaltschaft auf die Hilfe der alliierten Militärbehörden angewiesen, weil die meisten gesuchten Deutschen sich bei der Befreiung Luxemburgs nach Deutschland abgesetzt hatten. So hielt sich der Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Simon, in Paderborn unter falschem Namen ver-

27 Hermann JUNG: Die deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, München 1966, S. 233-259.

28 Paul CERF: De l'épuration au Grand-Duché de Luxembourg après la seconde guerre mondiale, Luxembourg 1980; C.R. 1954-1947.

steckt. Nachdem er von den britischen Behörden gefaßt worden war und nach Luxemburg ausgeliefert werden sollte, beging er Selbstmord. Die luxemburgische Staatsanwaltschaft ermittelte gegen 181 Reichsdeutsche wegen Kriegsverbrechen. Gegen 162 wurde in Luxemburg ein Gerichtsverfahren eröffnet. Erst Mitte 1949 erging das erste Urteil gegen einen deutschen Kriegsverbrecher. Im Laufe der Jahre wurden insgesamt 44 Deutsche verurteilt, davon fünf zum Tode (drei in Abwesenheit), 15 wurden freigesprochen, und in 103 Fällen wurde das Verfahren eingestellt.²⁹ Von den Todesurteilen wurde keines vollstreckt. Die Gründung der Bundesrepublik und der Beginn der Normalisierung der Beziehungen zwischen Luxemburg und der Bundesrepublik beeinflussten die Behandlung der deutschen Kriegsverbrecher und den Vollzug der Strafen. Zu Weihnachten 1957 wurde der letzte Kriegsverbrecher nach Deutschland abgeschoben.

Auch sollten alle Luxemburger, die mit den Deutschen kollaboriert hatten, zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden. In den ersten Tagen nach der Befreiung des Landes nahm die ‚Union‘, und zwar ohne Mandat und deshalb – so die Regierung – illegal, einige Tausende der Kollaboration Verdächtiger fest. Im Nachhinein legalisierte die Regierung diese Festnahmen. Um den ‚massiven Festnahmen‘ überhaupt eine rechtliche Grundlage zu geben, verfügte die Regierung Ende 1944, daß neben den Internierungen aufgrund richterlicher Anordnungen auch ein provisorisches „internement administratif“ aufgrund einer Anordnung des Justizministeriums erfolgen durfte. Am 6. Mai 1945 wurden 3.334 Personen in luxemburgischen Gefängnissen festgehalten, diese Zahl stieg bis zum 20. Mai auf 3.431 und auf 4.498 am 3. Juni an. Am 27. Juni 1945 saßen insgesamt 5.721 Personen wegen politischer Vergehen in luxemburgischen Gefängnissen. Dieser rapide Anstieg der Zahl der Gefangenen läßt sich dadurch erklären, daß damals, Mitte 1945, viele Luxemburger ins Großherzogtum zurückkehrten, die bei der Befreiung des Landes ins Reich geflohen waren. Allgemein gab es eine ziemlich hohe Fluktuation bei den Gefangenen. Im März 1945 z.B. wurden 492 Gefangene entlassen, und in der ersten Aprilhälfte desselben Jahres wurden 439 Gefangene, wenigstens vorläufig, freigelassen. Circa 300 Kinder wurden damals der staatlichen Aufsicht unterstellt. Ein großes Problem waren damals die Unterbringungsmöglichkeiten für die Gefangenen. Die Gefängnisse im Grund und auf dem Limpertsberg waren damals überfüllt. Deshalb ließ die Regierung Lager im Norden des Landes errichten. Im Jahre 1945 gab es deren 18. Die Insassen dieser Lager wurden bei Rekonstruktionsarbeiten in den während der Ardennenschlacht zerstörten Gebieten eingesetzt.

Am 9. April 1945 begannen die Prozesse gegen die der Kollaboration angeklagten Luxemburger. Bis zum 26. Juni 1945 wurden 116 Urteile gefällt, jede Woche wurden circa 35 Fälle verhandelt. Die luxemburgischen Gerichtsinstanzen führten damals insgesamt 9.546 strafrechtliche Untersuchungen durch. In 5.242 Fällen erging ein Urteil, wobei es zu 2.275 Verurteilungen kam, d. h. in 23,83% aller untersuchten Fälle. Die Gerichte fällten damals zwölf Todesurteile, von denen acht vollstreckt wurden, 249 Personen wurden zu Zwangsarbeit verurteilt, davon 23 lebenslänglich, 31 zu Strafen zwischen 20 und 25 Jahren und 192 zu Strafen zwischen 10 und 20 Jahren. Weitere

29 Archiv der Staatsanwaltschaft Luxemburg, Kriegsverbrecherkartei.

1.366 Angeklagte wurden zu Gefängnis und 645 zu Zuchthaus verurteilt.³⁰ Ab Mai 1947 wurden diejenigen Verurteilten, welche die Hälfte ihrer Strafe abgesessen hatten, freigelassen. Im Jahre 1949 saßen nur noch 266 'politische Gefangene' in luxemburgischen Gefängnissen. Am 12. Januar 1955 profitierten die letzten luxemburgischen Verurteilten von einer vom luxemburgischen Parlament verabschiedeten Amnestie.

Neben den Prozessen gegen Kriegsverbrecher und Kollaborateure ordnete die Regierung aber auch, am 30. November 1944, politische Säuberungsaktionen gegen Beamte an. Diejenigen Beamten, welche die Besatzungszeit über im Amte geblieben waren, sollten auf ihre patriotische Haltung hin überprüft werden. Durch diese Maßnahme wollte die Regierung Ungewißheiten über die politische Zuverlässigkeit ihrer Beamten beseitigen und wollte diese gleichzeitig gegen Attacken schützen. Diese Aktion, welche sich ursprünglich lediglich auf die Beamtenschaft bezog, wurde im Laufe des Jahres 1945 auch auf fast alle übrigen Berufsgruppen ausgedehnt: Beschäftigte der großherzoglichen Güterverwaltung, Jäger, Notare, Ärzte, Künstler, Industrielle usw. Bis Mitte September 1946 waren fast 25.000 Dossiers zusammengestellt worden, und die zuständigen Kommissionen hatten bis zu diesem Zeitpunkt 22.144 Dossiers abschließend bearbeitet. In 870 Fällen (3,99%) kam es zu Beanstandungen, dabei wurden u.a. Geldstrafen verhängt, ein Tadel ausgesprochen, bzw. Beamte wurden zurückgestuft oder – wie in 231 Fällen (1,3% der Beamten) geschehen – aus dem Amt entlassen. In 6,12% aller untersuchten Fälle wurde das patriotische Verhalten der Überprüften hervorgehoben; die Haltung von 7,58% aller Beamten wurde positiv gewürdigt.

Innerhalb der Bevölkerung herrschte eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Art und Weise der Durchführung der politischen Säuberungen in Luxemburg. Beanstandet wurde die Langsamkeit des Vorankommens der Verfahren, und kritisiert wurde die Milde der Entscheidungen. Auch warf man der Regierung vor, die Kleinen zu verfolgen und die Großen laufen zu lassen. Für viele Kritiker erfolgte keine wirkliche Säuberung. Neben diesem allgemeinen Ärger über die politischen Säuberungen manifestierten Kreise des organisierten Widerstandes ihren Unmut darüber lautstark in Zeitungsartikeln, Flugblättern und bei öffentlichen Manifestationen. Die Regierung und einzelne ihrer Mitglieder, insbesondere der Justiz- und der Epurationsminister, wurden heftig attackiert, verschiedentlich wurde sogar deren Legitimität infrage gestellt.

Wirtschaftliche Probleme³¹

Nach der Befreiung des Großherzogtums waren die wirtschaftlichen Probleme des Landes sehr groß. Insbesondere die Ardennenoffensive hatte zu massiven Zerstörungen geführt. Damals wurden die materiellen Schäden auf 600 Millionen Dollar geschätzt. Von den Zerstörungen waren 58,3% des Territoriums sowie 38,6% der Bevölkerung direkt betroffen. Die Hälfte der Oeslinger Dörfer war zerstört, 40% der Landwirtschaft und 33% der Häuser. Im Lande waren 157 Brücken gesprengt worden, 23% des staatlichen Straßennetzes sowie 14% der Gemeindewege waren in Mitleidenschaft gezogen

³⁰ ANLux, Mikrofilme FO London.

³¹ MINISTÈRE D'ÉTAT: Bulletin d'information, 1944-1948.

worden. Von der Ernte 1944 waren zwei Drittel vernichtet worden, die Trauben konnten überhaupt nicht geerntet werden, da die Weinberge zur Erntezeit größtenteils im von der deutschen Armee einsehbaren Niemandsland lagen. Lediglich die Industrie hatte nur geringe Schäden zu verzeichnen. Dazu kam, daß die normalen, geordneten Handelsbeziehungen zu den ehemaligen Handelspartnern noch nicht funktionierten und das Großherzogtum ziemlich isoliert dastand, dies vor allem auch, weil es große Transportschwierigkeiten gab.

Um die Probleme irgendwie in den Griff zu bekommen und um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten meistern zu können, schuf die Regierung sofort eine Vielzahl von Behörden und Dienststellen: ein Office de l'Etat des Dommages de Guerre, ein Commissariat Général pour la Reconstruction, ein Commissariat au Ravitaillement und ein Office du Prix. Daneben wurden Umorganisationen innerhalb der Regierungsverwaltung vorgenommen. So schuf die Regierung jene Instrumente, um im Wirtschafts-geschehen zu intervenieren, damit die dringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden konnten.

Die Versorgungsprobleme mußten gelöst werden. Anfangs, bis September 1945, erfolgte die Versorgung Luxemburgs durch die amerikanische Armee, später, ab Oktober 1945, sollte sie im Rahmen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion erfolgen. Da Luxemburg auf den Import von Gütern angewiesen war, lag die Gestaltung der Versorgungspolitik nicht allein in den Händen der luxemburgischen Regierung und der luxemburgischen Wirtschaft.

Nach der Befreiung des Landes war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung. Dazu mußte sie an der Rationierung vieler Güter festhalten, aus sozialen Gründen, um auch eine genügende Versorgung der minderbemittelten Schichten mit dem Allernötigsten zu garantieren, aus wirtschaftlichen Gründen, da andernfalls Ausgaben für Nahrungsmittelimporte die finanziellen Möglichkeiten Luxemburgs erheblich beeinträchtigt hätten, und aus außenpolitischen Gründen, da die ebenfalls gebeutelten Wirtschaftspartner Luxemburgs einen Anspruch auf einen kontrollierten und sparsamen Umgang mit ihrer ins Großherzogtum exportierten Mangelware hatten. Dabei gelang es der Regierung, den Luxemburgern eine im internationalen Vergleich günstige Versorgung zu garantieren. Ende 1944 erhielten die Luxemburger Nahrungsmittel mit einem Nährwert zwischen 1.742 und 1.800 Kalorien, während die Versorgung der Belgier lediglich an 1.400 Kalorien heranreichte und den Niederländern nicht einmal 1.000 Kalorien täglich zustanden. Der Regierung gelang es bis Mai 1945, den Kaloriengehalt bis auf 1.830 Kalorien zu erhöhen, im April 1946 erreichte er sogar 1.934 Kalorien. Einzelne Arbeiter erhielten daneben noch zusätzliche Rationen von 700 bis 1.350 Kalorien. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhielten täglich 2.100 Kalorien. Zwar lagen die damaligen Rationierungssätze für Erwachsene noch leicht unter den medizinisch festgelegten Normen, doch konnte nicht von Unterernährung gesprochen werden, da die oben angeführten Werte sich auf die rationierten Güter bezogen, die Bevölkerung aber auch noch eine Vielzahl von Gütern beziehen konnte, die nicht unter die Rationierung fielen, wie frische Fische, Eier, Gemüse usw. Dazu kamen

auch noch periodisch verteilte Sonderrationen. Im Mai 1946 erreichte die Versorgung circa 75% des Vorkriegsstandards.

Im europäischen Vergleich war damit eine relativ großzügige Lebensmittelversorgung sichergestellt, so daß Luxemburg damals zu den bestversorgten Ländern zählte. Trotzdem legte die Regierung für verschiedene Produkte Vorräte an und ermahnte die Bevölkerung immer wieder zur Disziplin. Als sie 1945 verschiedene Rationierungsmaßnahmen lockerte, da machte sie eher negative Erfahrungen, so daß sie sich entschloß, das Rationierungssystem auch bei jenen Waren vorerst noch nicht aufzugeben, die in einer Bedarf und Nachfrage deckenden Menge vorhanden waren. Zwar war die Regierung bestrebt, möglichst bald zur allgemeinen Handelsfreiheit zurückzukehren, doch hielt sie das für nicht angebracht, solange sie bestimmte rare Güter subventionieren mußte und solange Luxemburgs Nachbarn noch nicht zum freien Handel zurückgekehrt waren, um deren Bewohnern keinen Anreiz zu geben, sich in Luxemburg zu versorgen. Doch gab es nicht nur Probleme bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, auch die Belieferung mit Rohstoffen und Industriegütern war damals schwierig.

Das Industriepotential Luxemburgs war bei der Befreiung des Landes mehr oder weniger intakt geblieben, so daß man die Produktion sofort hätte wieder aufnehmen können. Doch fehlte es damals vor allem an Brenn- und Treibstoff. Allerdings verfügte Luxemburg bereits im September 1945 über genügende Mengen an Benzin. Deshalb konnte bei der Benzinverteilung großzügig verfahren werden. Doch konnte die Rationierung von Treibstoff nicht, wie ursprünglich geplant, bereits Mitte 1946 ganz aufgehoben werden, da man die Initiative für eine derartige Aufhebung Großbritannien und den Nachbarländern überlassen wollte.

Katastrophal war die Versorgungslage bei Brennstoffen. Seit September 1944 lag die Produktion der luxemburgischen Eisen- und Stahlwerke mehr oder weniger still. Dabei machte die Schwerindustrie circa 95% der industriellen Produktionskapazität des Landes aus. Lediglich 5% entfielen auf Mittel- und Kleinindustrie. Die schwerindustriellen Produkte wurden fast ausschließlich exportiert.

Bis September 1945 produzierte vor allem die HADIR, während die Werke der ARBED, des größten Konzerns der Schwerindustrie in Luxemburg, überhaupt nicht arbeiteten. Von den 31 Hochöfen der luxemburgischen Eisenwerke waren damals lediglich fünf in Betrieb. Auch produzierte die HADIR damals ausschließlich für die amerikanische Armee. Im September 1945 wurden die schwerindustriellen Erzeugungsmöglichkeiten der luxemburgischen Schwerindustrie nur zu circa 16% ausgenutzt.

Diese Produktionsschwierigkeiten gingen vor allem auf die Probleme bei der Koksversorgung zurück. Im September 1945 wurde der luxemburgische Koksbedarf nur zu 30% abgedeckt. Erst nachdem Luxemburg erhöhte Koksbezüge von der Ruhr zugesichert worden waren, verbesserte sich die Lage der luxemburgischen Schwerindustrie. Allerdings behinderten eine ungenügende Bereitstellung von Fahrzeugen, sonstige Transportschwierigkeiten und Streiks im Kohlebergbau auch weiterhin eine zufriedenstellende Versorgung Luxemburgs mit Koks. Dies hatte zur Folge, daß keine bzw. nur geringe Vorräte angelegt werden konnten. Des weiteren war die Koksqualität nicht immer die beste. Allerdings gelang es allmählich, die Schwierigkeiten zu über-

winden und die Eisen- und Stahlproduktion zu steigern. Im Mai 1946 erreichte die luxemburgische Schwerindustrie lediglich 45% der Vorkriegsproduktion. Im November 1946 konnte sie ihre Produktionskapazitäten zu 65% ausnützen, von Januar bis Februar 1947 erreichte die Erzeugung sogar 80% des Durchschnitts der dreißiger Jahre. Diese Normalisierung der Eisen- und Stahlproduktion schützte die luxemburgische Schwerindustrie allerdings nicht vor Konjunkturschwankungen in den Nachbarländern, welche negative Rückwirkungen auf die luxemburgische Erzeugung hatten. So waren im Juni 1946 z.B. 13 Hochöfen in Betrieb, im Januar 1947 nur noch 12, im Oktober 1947 jedoch bereits wieder 17, mehr als die Hälfte der vorhandenen Hochöfen.

Die luxemburgische Regierung hatte ein besonderes Interesse daran, daß die Werke der Schwerindustrie möglichst bald eine umfangreiche Produktion aufnehmen konnten. Der Export von Eisen und Stahl war wichtig zur Finanzierung von Importen, auf die Luxemburg unbedingt angewiesen war. Des weiteren entließ der ARBED-Konzern 1945, obschon seine Werke nicht in Betrieb waren, seine Beschäftigten nicht. Er zahlte ihnen ihre Löhne weiter und delegierte sie, in dem Maße wie angefordert, zu Rekonstruktionsarbeiten. Durch die vom ARBED-Konzern gewährten Lohnfortzahlungen konnte eine gefährliche soziale Krise vermieden werden, doch konnten diese Zahlungen zeitlich nicht unbegrenzt gewährt werden, ohne daß der Konzern in seiner finanziellen Substanz gefährdet wurde. Auch war die Stromversorgung Luxemburgs abhängig von der Tätigkeit der Eisenwerke, da sie den größten Teil des Stroms produzierten, der ins luxemburgische Verteilernetz eingespeist wurde. Eine gesicherte, kontinuierliche Produktion der Schwerindustrie war eine eminent politische Aufgabe, denn von ihr hingen nicht nur die wirtschaftliche Prosperität, sondern auch der soziale Frieden und die politische Stabilität des ganzen Großherzogtums ab.

Auch die Gewinnung von Eisenerz, eine wichtige Komponente der Schwerindustrie, blieb weit hinter der Vorkriegsproduktion zurück. Im September 1945 wurden nur circa 30% der Kapazitäten des Eisenerzbergbaus genutzt. Circa 73% des Erzes wurden nach Belgien exportiert. Anfang 1946 hatte die Förderung erst ca. 36% der Kapazität erreicht. Damals fehlte vor allem Grubenholz, auch mangelte es an qualifizierten Arbeitskräften, und es gab auch nur ungenügende Absatzmöglichkeiten.

Aber auch die Mittel- und Kleinindustrie waren von den damaligen Be- und Einschränkungen betroffen. So konnte z. B. die Wandplattenfabrik Cerabati in Wasserbillig und das Fayencerie-Werk in Siebenbrunnen ihre Produktion nicht weiterentwickeln, da es ihnen an Kohle ermangelte. Die luxemburgischen Gerbereien nahmen erst im Mai 1945 ihre Produktion wieder auf, und noch Mitte 1946 konnten die einzelnen Betriebe lediglich zwischen 30 und 60% ihrer Kapazitäten ausnützen.

Ab 1948 erreichte die luxemburgische Schwerindustrie mehr oder weniger wieder den Produktionsstand der Vorkriegszeit, damals wurde ihr auch der Koks wieder etwa in den Vorkriegsmengen geliefert. Ende 1948 produzierte sie sogar soviel Eisen und Stahl wie bisher noch nie in ihrer fast 100jährigen Geschichte. Zum 1. Januar 1949 wurde auch die Rationierung von Brot und Butter aufgehoben; damit wurden die letzten Rationierungsmaßnahmen beseitigt, die Bewirtschaftung der Versorgung eingestellt.

Nach der Befreiung des Großherzogtums genoß die Wiederingangsetzung sowohl der landwirtschaftlichen als auch der industriellen Produktion oberste Priorität. Doch gleichzeitig stellten Regierung und Wirtschaft Überlegungen an, wie die luxemburgische Wirtschaft modernisiert und diversifiziert werden könnte. In der Landwirtschaft sollte eine Verbesserung der Zuchttiere angestrebt werden, und mit modernen Techniken wollte man zu einer rationellen Ausnutzung der Molkereien sowie zu einer Optimierung des Saatguts gelangen. Ziel der staatlichen Politik war es, die Mechanisierung und Motorisierung der luxemburgischen Landwirtschaft voranzutreiben. Allein 1945 wurden 125 amerikanische Traktoren und ein Dutzend Traktoren aus der Schweiz eingeführt. Die Schweiz stellte außerdem Traktoren für den Einsatz in den Katastrophengebieten leihweise zur Verfügung. Um das angestrebte Ziel zu erreichen, mußten die Bauern erst einmal lernen, mit Traktoren umzugehen, auch drängte sich eine Flurbereinigung auf, um einen optimalen Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen zu erlauben. Im industriellen Bereich sollten die Betriebe neu ausgerüstet und modernisiert werden, dafür wollte der Staat der Mittel- und Kleinindustrie zinsverbilligte Kredite zur Verfügung stellen. Doch sollten in Luxemburg auch neue Industrien angesiedelt werden, um eine ausgewogenere nationale Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Dabei dachte die Regierung z. B. an europäische Niederlassungen großer amerikanischer Unternehmen, die vor allem Eisen und Stahl verarbeiteten. In Luxemburg ging man davon aus, daß amerikanische Filialen, die bisher ihren Sitz in Deutschland hatten, wo nun viele Werke zerstört waren, das Transportwesen nurmehr ungenügend funktionierte und eine allgemeine Armut herrschte, großes Interesse daran hätten, sich im Großherzogtum niederzulassen, wo man ihnen viele Vorzüge bieten könne. U.a. dachte man seitens der Regierung daran, die OPEL-Werke zu bewegen, in Luxemburg ein Autowerk zu errichten. In Luxemburg erlaubten es die durch die Zerstörungen bedingten Wiederaufbaumaßnahmen, gerade im Bereich der Infrastruktur Neuerungen durchzuführen, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes allgemein förderlich sein konnten.

Um günstige Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Ausweitung der industriellen Aktivitäten zu schaffen, verabschiedete das luxemburgische Parlament im Jahre 1948 eine Verfassungsänderung, die *la liberté du commerce et de l'industrie, l'exercice de la profession libérale et du travail agricole* als Grundrechte in die Verfassung hineinschrieb.

Normalisierung

Doch in den ersten Jahren nach der Befreiung des Großherzogtums sorgten sich die politisch Verantwortlichen nicht allein um die Normalisierung der Wirtschaft, sie bemühten sich auch, neue zukunftssträchtige Optionen für das luxemburgische Staatswesen insgesamt zu schaffen. Die vom Parlament im Jahre 1948 verabschiedeten Verfassungsänderungen³² definierten Luxemburg als „*démocratie parlementaire*“. Grundsätz-

32 Jean THILL: Documents et Textes relatifs aux Constitutions et Institutions politiques luxembourgeoises, Luxembourg 1978, S. 53-55.

lich war diese Entscheidung zwar nichts Neues, denn seit den Verfassungsänderungen von 1919, welche das Prinzip der Volkssouveränität und das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen eingeführt hatten, war Luxemburg eine Demokratie, doch wollte man nach den Erfahrungen des 'Dritten Reiches' nicht nur allen diktatorischen, sondern auch allen ständestaatlichen Bestrebungen eine klare Absage erteilen. Gleichzeitig gab Luxemburg auch seine 1867 von den europäischen Großmächten garantierte Neutralität auf. Damit erhielt das Land seine außenpolitische Handlungsfreiheit zurück und konnte seine Integration in die westlichen Bündnissysteme betreiben. Dies waren Voraussetzungen für die wirtschaftliche Prosperität, den sozialen Frieden, die politische Stabilität und die militärische Sicherheit des Großherzogtums. In der direkten Nachkriegszeit wurden die Fundamente für die so erfolgreiche Entwicklung Luxemburgs gelegt. Damals begann der Staat damit, sich von Bindungen zu lösen, die seine Handlungsfreiheit einschränkten, sowie sich jene Mittel zu geben und sich jene Interventionsinstrumente zu schaffen, die es ihm erlaubten, eine Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik zu betreiben, welche den Reichtum des Landes förderte.

KURT DÜWELL

TRIER UND SEIN UMLAND IN DER SCHLUSSPHASE DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Im Unterschied zum Ende des Ersten Weltkriegs wurden bei Kriegsende 1944/45 grenznahe Städte wie Aachen, Trier und Saarbrücken sowie ihr Umland direkt zum militärischen Kampfgebiet. Ihre Randlage im Westen Deutschlands, die noch durch den geordneten militärischen Rückmarsch von 1918 geschützt werden konnte, wurde seit Ende August 1944 durch den überstürzten deutschen Rückmarsch und die dann einsetzenden Kämpfe am Westwall zu einer Zone höchster militärischer Gefährdung. Kostbare Zeit war schon im Frühsommer 1944 verlorengegangen, als Feldmarschall Erwin Rommel am 15. Juli in einer Denkschrift die deutsche militärische Führung vor den erheblichen Risiken der Westfront gewarnt hatte. Ende August, als die deutschen Truppen zu einer hektischen Absetzbewegung gezwungen waren, war es bereits zu spät. Die deutsche Heeresgruppe B und die 1. Armee der deutschen Heeresgruppe G standen den überlegenen Kräften der 12. amerikanischen Armeegruppe unter General Bradley, der 1. Armeegruppe unter Generalleutnant Hodges, der 3. Armeegruppe unter Generalleutnant Patton und bald darauf auch der 9. Armeegruppe unter Generalleutnant Simpson gegenüber. Zwischen dem 25. August und dem 3. September hatten die Alliierten im Westen von Paris bis Mons und Verdun auf breiter Front bereits 200 km und in einem Abschnitt noch schnelleren Vormarsches bis fast 300 km an Gelände gewonnen. Die fliehenden deutschen Einheiten wurden teils als neue Kontingente in die noch kämpfenden Divisionen integriert, teils als Alarmeinheiten in Einzelbereitschaft gehalten. Bis Mitte September kam es zu einer fast panikartigen Rückverlegung der deutschen Truppen bis zum Westwall, der als neue Verteidigungslinie verstärkt werden sollte.

Die NS-Propaganda zur Steigerung des Abwehrwillens der Bevölkerung

Wie wirkte sich die Zuspitzung der militärischen Lage auf den Alltag der deutschen Bevölkerung aus? Schon Anfang des Jahres 1944 war das NS-Regime dazu übergegangen, die männlichen Jugendlichen ab 15 Jahren als Luftwaffenhelfer heranzuziehen. Hinzu kam am 20. August 1944 ein Befehl Hitlers „über den Ausbau der deutschen Weststellung“, der für Schanzarbeiten ein „Volksaufgebot“ für Männer zwischen 15 und 60 Jahren vorsah. Aber zum Teil wurden auch schon Frauen zu Hilfsdiensten verpflichtet. Ferner erging am 25. September Hitlers Befehl zur Aufstellung des „Volkssturms“, der für Männer von 16 bis 60 Jahren verpflichtend wurde und der als Aufgabe die Errichtung von Panzersperren und den Einsatz mit der Panzerfaust enthielt. Und schließlich ergingen Hitlers Befehle zur Evakuierung der Bevölkerung aus der „Roten Zone“, das heißt aus den zu Kampfgebieten gewordenen westlichen Grenz-

regionen, und endlich sogar der Befehl Hitlers für eine Rückzugstaktik der „verbrannten Erde“.

Alle diese Maßnahmen waren kaum populär, ja sie wurden zum Teil sogar von der Bevölkerung abgelehnt. Am ehesten fand noch bei den Jugendlichen die Einberufung zu Luftwaffen Helfern („Flakhelfer“) eine positive Aufnahme. Der Trierer Bericht eines dieser jugendlichen Flakhelfer zeigt aber auch die Probleme und Gefahren, unter denen diese meist der Hitlerjugend (HJ) angehörenden Gymnasiasten der Mittel- und Oberstufe ihre Aufgabe bei gleichzeitiger Fortsetzung des Schulunterrichts (in der Flak-Batterie) wahrnehmen mußten:

Als wir zu Beginn des Jahres 1944 im Alter von 15 Jahren als Luftwaffenhelfer 'zu den Waffen gerufen wurden', waren wir zunächst nicht wenig stolz auf unsere neue Aufgabe. Denn infiltriert von der Goebbelschen Propaganda während der Jugendjahre in Jungvolk und HJ waren wir davon überzeugt, daß Hitler seine Wunderwaffe noch rechtzeitig einsetzen werde. Außerdem reizte uns die Uniform, die den anderen Jungen aus der Klasse Jahrgang 1929 vorenthalten war. [...] Unsere Aufgabe war es, den Verschiebebahnhof Ehrang vor feindlichen Tiefangriffen zu schützen. Tatsächlich ist uns dies auch gelungen. Allerdings wurde der Verschiebebahnhof zweimal heftig bombardiert. [...] Am 11. Mai 1944 erfolgte gegen 19.00 Uhr der erste große Bombenangriff aus großer Höhe von ca. 40 Flugzeugen vom Typ Fortress II, 'fliegende Festung'. Am 26. August 1944 wurde der Bahnhof von 40 Flugzeugen vom Typ 'Liberator' aus großer Höhe erneut angegriffen. Bis zu dieser Höhe reichten unsere leichten Flakgeschütze nicht. Bei dem Angriff wurde auch die Stellung des 2. Zuges getroffen. Dort wurde unser Kamerad, Luftwaffenhelfer Alois Koes aus Hamm/Saar, in einem Ein-Mann-Deckungsloch verschüttet und getötet.

Kurze Zeit darauf stürzten plötzlich aus den Wolken einige schnelle Flugzeuge herunter, worauf wir sofort das Feuer eröffneten. Wir glaubten, daß es englische 'Mustangs' seien, aber wir hatten uns getäuscht, es waren deutsche ME 110, die dank unseres ungenauen Schießens schnell unbeschädigt abfliegen konnten. Der Zugführer bekam einen ganz gehörigen Rüffel vom Batteriechef, Hauptmann Merkle, der sich in Ehrang befand. [...] Der Unterricht wurde laut Verordnung während dieser Zeit bis zum Juli 1944 (bis zur Versetzung in die Untersekunda) fortgeführt. Die Studienräte vom Friedrich-Wilhelm-Gymnasium kamen jeden Morgen nach Pfalzel, um dort zu unterrichten. Nun gab es die Bestimmung, daß, wenn in der Nacht Fliegeralarm oder die Vorstufe dazu, Feuerbereitschaft (ohne Sirenen) war, der Unterricht erst um 10.00 Uhr beginnen durfte. Und kaum hatte der Lehrer mit seinem Unterricht begonnen, da kam oft schon wieder Feuerbereitschaft, und der Lehrer mußte unterbrechen oder ganz aufhören.¹

Gegenüber dieser noch relativ positiven Haltung der jugendlichen Luftwaffenhelfer war besonders die Einstellung der Älteren zu den befohlenen Schanzarbeiten und zur Bildung des „Volkssturms“, aber dann auch zu den Evakuierungsmaßnahmen in

1 Bericht des Alfons Herrmann, abgedruckt bei: Edgar CHRISTOFFEL, Krieg am Westwall 1944/45. Das Grenzland im Westen zwischen Aachen und Saarbrücken in den letzten Kriegsmonaten. Trier 1989, S. 256.

der „Roten Zone“ eher ablehnend. Dies scheint ein generelles Phänomen gewesen zu sein und galt für Trier und sein Umland ähnlich wie für die Evakuierungspläne der Grenzgebiete im Aachener und im Saarbrücker Raum. Aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch einige verantwortliche Militärs dachten über den Sinn der Evakuierungsbefehle sehr skeptisch, weil die Befürchtung bestand, daß dies nur den Auftakt zu einer Kriegsführung der „verbrannten Erde“ bilden und bald darauf dann auch das gesamte Hinterland in Mitleidenschaft ziehen würde. Für die relativ wenigen mutigen schriftlichen Zeugnisse einer derartigen ablehnenden Haltung sei hier auf den Befehl des Generalleutnants Gerhard Graf von Schwerin vom 13. September 1944 hingewiesen: *Ich befehle hierdurch in meiner Eigenschaft als Kampfkommandant der Stadt Aachen, daß ab sofort die ziel- und planlose Evakuierung eingestellt wird. Die Bevölkerung bleibt in der Stadt und nur derjenige, dessen Unterkunft, Ernährung und Transport gesichert ist, darf die Stadt verlassen.*² (Zu diesem Zeitpunkt lag die Stadt, auch im Bereich ihrer Ausfallstraßen, bereits unter dem Feuer der amerikanischen Artillerie.)

Ähnliche Vorgänge gab es auch im Trierer Raum, wo der Gaustellenleiter der Partei mit der gewaltsamen Evakuierung der Bevölkerung in den Grenzdörfern an Saar und Sauer begonnen hatte.³ Die Bevölkerung konnte sich überhaupt erst unter der unmittelbaren militärischen Gefahr entschließen, ihre Heimatorte zu verlassen.

Das Heranrücken der Front und die Kämpfe am Westwall

Wie eingangs schon erwähnt, wurden die deutschen Truppen der Westfront zwischen Ende August und dem 3. September 1944 von den andrängenden Truppen der Alliierten und ihrer überlegenen Feuerkraft in Panik zurückgenommen, um eine neue Verteidigungslinie vor dem Westwall zu errichten („Siegfried-Linie“). Aber schon am 11. September erschienen im Frontabschnitt westlich von der Our amerikanische Spähtrupps bei Stolzenbourg und betraten erstmals deutsches Gebiet bei Keppeshausen.⁴ Gleichzeitig liefen im Norden vor dem Westwall bei Aachen die amerikanischen Vorbereitungen zur Schlacht um die Kaiserstadt an, die von Norden und Süden eingeleitet wurden.⁵ Der Kampf um Aachen, der erst am 21. Oktober 1944 mit dem Fall der Stadt endete, weckte jedoch auch in den südlichen Abschnitten der Westfront einen verstärkten Abwehrwillen, der diesmal z.T. auch stärker die Zivilbevölkerung ergriff.

Hauptgrund hierfür war die Kriegskonferenz der Alliierten im kanadischen Quebec vom 11. bis 19. September 1944, bei der ein Deutschlandplan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau jr., der auf eine Zerstückelung und Entindustrialisierung Deutschlands hinausgelaufen wäre, willkommenes Wasser auf die Mühlen der Goebbelschen Propagandamaschine lieferte. Goebbels wußte daraus geschickt Argumente für seine Durchhaltepropaganda zu ziehen, die auch bei der deutschen Bevölkerung im Westen zum Teil Wirkung zeigte.

2 CHRISTOFFEL, S. 63. Vgl. in diesem Band auch den Beitrag von Klaus SCHWABE.

3 CHRISTOFFEL, S. 75.

4 CHRISTOFFEL, S. 88.

5 Vgl. in diesem Band den Beitrag von Klaus SCHWABE.

Während die Amerikaner im Norden des Westwalls schon am 14. September 1944 westlich Stolberg die deutsche Grenze überschritten hatten und bis zum 19. September zwischen Zweifall und Lammersdorf in der Nordeifel vorgerückt waren, gelangen ihnen seit dem 13. September auch im Bereich der Schnee- und der Mittleren Eifel erste Geländegewinne. Es kam aber zu zähen Kämpfen, bei denen die deutschen Truppen zum Teil Boden zurückgewinnen konnten. Diese verlustreichen Auseinandersetzungen fanden vor allem im Viereck Winterspelt – Rascheid (an der luxemburgischen Grenze) – Hontheim – Sellerich/Habscheid statt. Von diesen Kampferten hat Winterspelt, das noch vor dem Westwall lag, bald darauf in der fanatischen NS-Durchhaltepropaganda eine traurige Berühmtheit erlangt. Winterspelt wurde nämlich von Goebbels und seiner gleichgeschalteten Medienmaschine als Symbol für eine angeblich gegenüber der Zivilbevölkerung brutale, unmenschliche Kriegführung der US-Truppen hochgespielt, um in der deutschen Bevölkerung einen fanatischen Abwehrwillen zu wecken. Dies war auch die Zeit, in der ebenso im deutschen Heer die von den neu eingesetzten „NS-Führungsoffizieren“ ausgehenden Fanatisierungsversuche zu beobachten waren. Die Verteufelung des Kriegsgegners, für die „Winterspelt“ zeitweise zu einer wirksamen Kurzformel der NS-Propaganda wurde, wird aber durch ein schlichtes Zeugnis des ortskundigen Pfarrers Krekel, das Edgar Christoffel 1989 publiziert hat, weitgehend entkräftet. Krekel berichtet:

Am frühen Morgen des 12. September 1944 waren die Bewohner der Filiale Elcherath, veranlaßt durch SS-Truppen, hinter den Westwall geflüchtet, ebenso die Hälfte der Bewohner von Winterspelt. Alle übrigen hielten aus und hatten vor, in Kellern oder 'Bunkern', die sie sich im Wald gebaut hatten, die Ankunft der Amerikaner zu erwarten. Morgens gegen 6.00 Uhr fuhren dann die ersten amerikanischen Panzerspähwagen durch Winterspelt. Die letzten deutschen Truppen hatten sich kurz vorher eiligst hinter den Westwall nach Habscheid zurückgezogen. Winterspelt wurde nun für einige Wochen vorderste Front der Amerikaner. Die Bevölkerung konnte zurückbleiben und wurde in keiner Weise behelligt, entgegen anders lautenden tendenziösen Berichten der Nazipresse, die am 18. Oktober von einem 'Schreckensregiment der Amerikaner in Winterspelt' berichtete, woran kein wahres Wort war. Die einzigen auferlegten Beschränkungen bestanden darin, daß bei Dunkelheit der Aufenthalt auf der Straße verboten war und daß man ohne Sondererlaubnis die Pfarrei nicht verlassen durfte.⁶

Diese Kämpfe am Westwall in der Schnee- und Mittleren Eifel im September/Oktober 1944 hat später der Schriftsteller Alfred Andersch, der selbst in diesen Wochen zu den Amerikanern desertiert war, in seinem Roman „Winterspelt“ (1974) als Hintergrund seiner persönlich erlebten Krise in eine Darstellung einbezogen, die in ihrer Eigenart von ihm selbst so charakterisiert wurde: *Kein Zeit- und Schlachtgemälde. Wahrscheinlich nicht einmal ein 'Kriegsroman'. Höchstens ein Kammerspiel auf dem Hintergrund einer Katastrophe.*⁷ Andersch persönlich, der diese Vorgänge eigentlich nicht direkt in Winterspelt selbst, also „westlich des Limes“, wie er schrieb,

6 Zitiert nach CHRISTOFFEL, S. 104f.

7 Alfred ANDERSCH, Winterspelt, Roman. Zürich 1974. Vgl. auch Josef ZIERDEN, Die Eifel in der Literatur, Prüm 1994, S. 9-14 und Volker WEHDEKING, Winterspelt, in: ders., Alfred Andersch, Stuttgart 1983, S. 132-139.

sondern in Rommersheim, südöstlich von Prüm (also hinter dem Westwall) erlebte, hat dennoch in „Winterspelt“ eine gültige Beschreibung und Analyse des Kriegsgeschehens geleistet. Dies kommt besonders darin zum Ausdruck, daß sich bei den auf beiden Seiten Verantwortlichen in diesem Frontabschnitt, dem deutschen Major und Ritterkreuzträger Joseph Dincklage in Winterspelt und dem amerikanischen Captain Kimbrough im belgischen Maspelt, die einander mit ihren Truppenteilen im Abstand von nur wenigen Kilometern gegenüberstehen, das unheimliche Gefühl einer „Ruhe vor dem Sturm“ einstellt, das die Nerven aufs Äußerste belastet. Der 600 Seiten starke Roman schildert nur einen einzigen Tag, den 12. Oktober 1944. Jean Améry hat das Buch aber „das bedeutendste deutschsprachige Werk über den Zweiten Weltkrieg“ genannt. Dies trifft in einem höheren Sinn sicherlich insofern zu, als die von Andersch erzählte Geschichte des Majors Dincklage – eines Mannes, der sich mit der Absicht trägt, sein Bataillon von 1200 Mann kampfflos den Amerikanern zu übergeben – in dieser Form zwar sicher nicht authentisch ist, aber dennoch die Möglichkeiten des Kriegs und eines Widerstands dagegen in einer Situation zeigt, in der die NS-Propaganda log, daß sich die Balken bogen, und die Zweifel der vor Ort militärisch Verantwortlichen gegen die deutsche Führung täglich wuchsen. Insofern stellt das Buch Anderschs über die Vorgänge am Westwall im September/Oktober 1944 eine die Stimmung auf beiden Seiten der kämpfenden Parteien erhellende Analyse dar, so sehr sonst auch fast alles Fiktion ist.

Das Steckenbleiben des amerikanischen Vormarsches und die deutsche Ardennenoffensive

Der amerikanische Vormarsch im Westen blieb nach der Eroberung Aachens am 21. Oktober 1944 bald mehr und mehr stecken. Im Norden lief sich der amerikanische Vormarsch am Hürtgenwald fest, wobei allerdings die Luftüberlegenheit der Amerikaner zu erheblichen Schäden im Raum um Aachen führte. Düren wurde dabei am 16. November zur am stärksten zerstörten Stadt Deutschlands. Auf beiden Seiten machte sich aber bald Erschöpfung bemerkbar. Zwar konnten die US-Truppen mit der 1. Armee bis zum 4. Dezember 1944 in der Eifel noch kleinere Erfolge beim Angriff auf die Rur- und auf die Urftalsperre verzeichnen, aber die 3. Armee Pattons im Süden, die am 21. November Metz hatte einnehmen und bis zum 27. November bei Saarlouis auch die Saar hatte überschreiten können, lief sich bald darauf am Orscholz-Riegel (südwestlich von Saarburg zwischen Mosel und Saar) fest. In der NS-Propaganda wurde dies als ein Sieg der „Schanzarbeit des deutschen Volkes“ überschwenglich gefeiert.⁸

In Trier gab dieser Stellungskrieg an Saar und Mosel zunächst zu Hoffnungen Anlaß. Aber dennoch ergingen in der Moselstadt wie auch in Saarbrücken am 6. Dezember 1944 die Befehle zur Räumung dieser Städte durch die Zivilbevölkerung. Die Durchführung dieser Befehle oblag im Gau „Moselland“ im Auftrag des Reichsvertei-

8 Vgl. Bericht des Trierer „Nationalblatts“ vom 20. Nov. 1944: „Der Orscholz-Riegel hielt“.

digungskommissars Gauleiter Gustav Simon einzelnen Sonderbeauftragten, in Trier dem Hauptbereichsleiter der NSDAP Albert Urmes und dem Oberbereichsleiter Parteikreisleiter Albert Müller⁹. Die Bevölkerung war auch in diesen Fällen wieder weniger von der Richtigkeit der Maßnahmen überzeugt, wußte aber noch nicht, daß gleichzeitig schon geheime Vorbereitungen für eine deutsche Großoffensive im Westen liefen, die solche Freimachungsaktionen erforderten. Denn unter dem Decknamen „Wacht am Rhein“ bzw. „Operation Greif“ lief am 16. Dezember 1944 die sogenannte Ardennenoffensive als deutscher Gegenangriff im Raum Monschau – Losheimer Graben – St. Vith gegen die 1. amerikanische Armee an. Ziel des Vorstoßes, den Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt leitete, war die belgische Hafenstadt Antwerpen, wodurch zugleich die amerikanischen und die britischen Streitkräfte im nördlichen und im südlichen Küstenabschnitt voneinander getrennt werden sollten. Nach ersten deutschen Erfolgen, begünstigt durch Nebel- und Schneewetter, kamen aber die deutschen Spitzen nach der nicht ganz gelungenen Wiedereroberung Bastognes bald zum Stehen, als am 23. Dezember 1944 das Wetter aufklarte und die Fliegerangriffe der Alliierten wieder beginnen konnten. So kamen die deutschen Truppen an Weihnachten 1944 6 km vor Erreichen der Maas bei Dinant zum Halten, wo die deutsche 7. Armee durch amerikanische Jagdbomber und auch von den Panzern Pattons gestoppt werden konnte. Hitler, der die Operationen von seinem eigens neu eingerichteten Führerhauptquartier („Adlerhorst“) in Ziegenberg bei Bad Nauheim leitete, hatte auf das Überraschungsmoment der Ardennenoffensive gehofft und die letzten Reserven in diese Schlacht geworfen. Aber sie reichten schon bald bei weitem nicht aus.

Die keilförmige Form des deutschen Vorstoßes hat für die Ardennenschlacht im Amerikanischen zu der Bezeichnung „battle of the bulge“ („Hosenknie“) geführt.¹⁰ Makabrer Zynismus der Soldatensprache: Die Entstehung und das „Ausbügeln“ dieser „Kniebeule“ bis zum 28. Januar 1945, als die Ardennenschlacht mit dem völligen deutschen Rückzug hinter den Westwall ihr Ende fand, hat insgesamt 100.000 Gefallene auf beiden Seiten gekostet, davon etwa 80.000 deutsche. Nur für knapp sechs Wochen hatte Hitler den Vormarsch der Alliierten ins Reichsgebiet aufhalten können. Die Aussichten waren eigentlich von Anfang an schlecht, da z.B. die 5. Panzerarmee des Generals von Manteuffel zwischen Trier und Krefeld weit auseinandergezogen stand und für die Offensive überhaupt erst zusammengeführt werden mußte.¹¹ Im übrigen zeigte sich schon bei diesem deutschen Vormarsch ein Phänomen, das in der Folge beim deutschen Rückzug dann noch verstärkt auftrat, nämlich eine nur sehr schwach organisierte Logistik. Selbst auf dem Vormarsch gerieten die motorisierten deutschen Verbände auf den Straßen, Wegen und im Gelände in dichtes Gedränge und boten so seit dem 23. Dezember 1944, als die Wetterbedingungen umschlugen, den amerikanischen Kampf-

9 Zu Müller vgl. Reinhard BOLLMUS, Trier und der Nationalsozialismus, in: Kurt DÜWELL und Franz IRSIGLER (Hg.), Trier in der Neuzeit (= 2000 Jahre Trier, Bd. 3), Trier 1988, S. 517-589, hier S. 577 und 580.

10 Vgl. Basil Henry LIDDELL HART, Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Wiesbaden o.J. (engl. Originalausgabe 1970), S. 791-815. Vgl. Auch Winston S. CHURCHILL, Der Zweite Weltkrieg, Bern/München 1985, S. 1000ff.

11 Vgl. LIDDELL HART, S. 798.

fliegern besonders gute Ziele. Die Verluste an Menschen und Material waren beträchtlich. Hinzu kam der vor Bastogne entscheidende Treibstoffmangel, da die Deutschen auf ihrem Vormarsch das riesige amerikanische Benzinlager bei Stavelot umgangen und nicht entdeckt hatten.¹²

Der Rückzug der deutschen Truppen und der Fall Triers

Das Ende der Ardennenoffensive leitete den allmählichen und dann den beschleunigten deutschen Rückzug ein. Das Vordringen der Amerikaner über den Westwall hinaus führte am 2. Februar 1945 zur Einnahme von Udenbreth, das von der 6. SS-Panzerarmee unter General Sepp Dietrich bis dahin gerade noch hatte gehalten werden können. Am 4. Februar 1945 gelang den Amerikanern die Eroberung der Talsperren von Rur und Urft und die Einnahme der Ordensburg Vogelsang, eine schwere Schlappe für die SS und den Kölner Gauleiter als zuständigen Reichsverteidigungskommissar. Während die Nordeifel, trotz der zähen deutschen Verteidigung an der zweiten Westwall-Linie, durch den Fall Schleidens am 4. März und das Erreichen der Ahr am selben Tag schon von den Amerikanern kontrolliert wurde, gelang ihnen dann der Vorstoß zum Rhein, wo am 5./6. März von ihnen Köln erobert und am 7. März 1945 die Brücke von Remagen eingenommen wurde.

Der zeitlich parallel dazu verlaufende Vormarsch der Amerikaner weiter südlich durch die Schnee-Eifel hatte schon am 31. Januar 1945 zur Wiedereinnahme von Winterspelt und am 2. Februar zur Besetzung von Bleialf geführt.¹³ Am 11./12. Februar 1945 fiel Prüm, so daß Bitburg und Trier von Norden bedroht schienen. Aber die amerikanischen Truppen stießen weiter ostwärts durch die deutschen Stellungen an der Kyll vor. Stattdessen kam die Bedrohung für Trier von Süden, wo die amerikanischen Truppen zwischen dem 8. und dem 21. Februar 1945 den Orscholz-Riegel durchbrochen hatten und nun zur Besetzung des Saar-Mosel-Dreiecks übergingen. Bei Serrig und Taben konnten die Amerikaner zwei leichte und bei Saarbürg eine schwere Schiffsbrücke errichten, so daß ihnen die Übergänge über die Saar den Weg nach Wiltingen und Konz eröffneten. Konz wurde am 1. März 1945 besetzt. Gleichzeitig gelang den US-Truppen ein Durchbruch über Irsch bis Zerf und von Lampaden über Franzenheim und Hockweiler nach Pluwig, Gusterath, Gutweiler und Korlingen bis Tarforst vor Trier, also bis an die damaligen Ränder der Stadt. Während Trier am 2. März schon von amerikanischen Panzertruppen besetzt wurde, kämpften aber im Raum Hermeskeil – Reinsfeld – Holzerath, 12 km südöstlich der Stadt, noch die 6. SS-Gebirgsdivision und das deutsche Gebirgsjägerregiment 12, die noch bis zum 8. März unter hohen Verlusten vergeblich versuchten, die Verbindungsstraße Zerf-Pellingen-Trier als amerikanische Nachschublinie zu unterbrechen. Die Kämpfe im Hochwald bei Hermeskeil zogen sich noch bis zum 17. März hin! Die deutschen Verluste waren erschreckend hoch. Von da an brach aber der deutsche Verteidigungswille in diesen Ausläufern des

12 Vgl. LIDDELL HART, S. 814.

13 Vgl. CHRISTOFFEL, S. 381f. mit dem Bericht des Pfarrers Krekel über das diesmal gegenüber September 1944 erheblich schärfere Vorgehen der Amerikaner.

Hunsrück zusammen, und den US-Truppen stand der Weg zum Rhein offen. Auf den Rückzugsstraßen im Hunsrück, wie auch weiter südlich in der Pfalz, stauten sich die deutschen Einheiten mit ihren Fahrzeugen ähnlich wie drei Monate zuvor bei der Ardennenoffensive beim Vormarsch, ein Zeichen kaum noch vorhandener logistischer Organisation. Auch hier konnten die amerikanischen Jagdbomber leicht ihre Treffer landen.

Kriegsende und Neubeginn in Trier

Die Evakuierungen in Trier seit dem 6. Dezember erwiesen sich als notwendig, weil schon am 21., 23. und 24. Dezember 1944 als amerikanische Gegenschläge zur Ardennenoffensive schwere Bombenangriffe gegen die Moselstadt geflogen wurden. Die Parteistellen und die Verwaltungsbehörden hatten die Stadt schon zwischen dem 25. Oktober und dem 5. Dezember 1944 verlassen. Oberbürgermeister Dr. Konrad Gorges, der die Stadt möglicherweise – Anzeichen deuten darauf hin – den Amerikanern als offene Stadt übergeben wollte, wurde noch am 12. Februar 1945 von Gauleiter Simon als kommissarischer Oberbürgermeister nach Koblenz „versetzt“.¹⁴ Die verbliebene kleine Restverwaltung Triers wurde kurz vor dem amerikanischen Einmarsch noch am 1. März 1945 nach Traben-Trarbach und von dort weiter nach Mastershausen im Hunsrück verlegt. Sie konnte wenige Tage später auf amerikanisches Geheiß nach Trier zurückkehren, während die nach Bernkastel verlegte Bezirksregierung erst Anfang April unter dem neu ernannten Regierungspräsidenten Dr. Wilhelm Steinlein mit ihrer Arbeit in Trier neu beginnen konnte. Es war übrigens die erste Bezirksregierung, die in Deutschland wieder als Verwaltungsinstitution oberhalb der Kreisebene neu eingesetzt wurde.¹⁵ Die Amerikaner, die am 2. März 1945 mit der 10. Panzerdivision in Trier einrückten, setzten schon am 5. März als ersten deutschen Leiter der neuen Trierer Stadtverwaltung Friedrich Breitbach, den Direktor des Katholischen Bürgervereins, ein (kurz darauf als Oberbürgermeister).¹⁶

Trier war zu 41 Prozent zerstört. Der Auftrag des amerikanischen Militärkommandanten Speaks an Breitbach, darum bemüht zu sein, daß in der Stadt „geordnete Verhältnisse“ einträten, war angesichts der Tatsache, daß Tausende von evakuierten oder geflohenen Menschen in die Stadt zurückströmten, nur schwer umzusetzen. Die städtischen Versorgungsbetriebe wieder in Gang zu bringen, für Enttrümmerung und Beschaffung von dringend benötigtem Wohnraum zu sorgen und nicht zuletzt für die Nahrungsmittelbeschaffung Waren und Wege zu finden – dies alles waren in der Gleichzeitigkeit dieser vielfältigen Anforderungen fast übermenschliche Aufgaben. Das Hauptproblem war – wenigstens in den Monaten April bis Juli, d.h. bis zur ersten neuen Ernte –, wenigstens die vorgesehenen 1000 Kalorien pro Kopf und Tag sicherzustellen. Es war wohl die schwierigste Aufgabe dieser Übergangszeit. In dieser Phase

¹⁴ BOLLMUS, S. 587.

¹⁵ BOLLMUS, S. 588 und Ludwin VOGEL, Trier nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Kurt DÜWELL und Franz IRSIGLER (Hg.), Trier in der Neuzeit, S. 591.

¹⁶ Vgl. VOGEL, ebd.

entwickelte sich auch in Trier ein „schöner Markt“, wie er von Sigfried Lenz auch für eine andere Region Deutschlands später geschildert worden ist.¹⁷ Diese Schwarzmarktprobleme und andere ordnungspolitische Fragen (z.B. das Problem der in Deutschland verbliebenen ehemaligen ausländischen Zwangsarbeiter, „Displaced Persons“, „DP's“) waren auf kommunaler Ebene allein nicht zu lösen.

Es war daher wichtig, daß das 13. amerikanische Armeekorps, das als Besatzungsinstitution für die Regierungsbezirke Trier, Saarbrücken, Koblenz, Pfalz und Südhessen zuständig war, den Regierungsbezirk Trier als ersten wieder unter dem am 20. März 1945 ernannten Regierungspräsidenten Wilhelm Steinlein neu ins Leben rief. Denn nur auf dieser überlokalen Ebene konnten Ordnungsmaßnahmen einheitlich durchgeführt werden. Dabei ist bemerkenswert, daß die neue Bezirksregierung unter amerikanischer bzw. dann unter französischer Aufsicht praktisch bis zum 8. Dezember 1945, als für diesen Raum die erste Präsidialregierung für Rheinland-Hessen-Nassau unter Dr. Wilhelm Boden in Koblenz eingesetzt wurde, wie eine oberste Reichs- oder Landesbehörde in ihrem Bezirk handeln konnte.¹⁸ Landräte, Schul- und Kreismedizinalräte und selbst Landgerichtspräsidenten wurden in dieser Phase vom Regierungspräsidenten in Trier ernannt. Wirtschaftsverordnungen und die Regelung der Personalbezüge der Beamten und Angestellten wurden von hier festgesetzt. Erst am 14. März 1946, als inzwischen seit dem 10. Juli 1945 die Franzosen als Besatzungsmacht regierten, wurden offiziell die Befugnisse der obersten Reichs- und Landesbehörden unter französischer Aufsicht auf den Oberpräsidenten der „Provinz“ Rheinland-Hessen-Nassau übertragen. Doch selbst dann blieben die Bezirksregierungen in Koblenz und Trier praktisch weitgehend unabhängig. So bestand relativ lange Zeit hindurch eine Art „Exemption“ der Trierer Bezirksregierung von jeder übergeordneten deutschen Verwaltungsinstanz. Erst mit der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz durch die Militärregierung (Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946) und der Landesverfassung vom 18. Mai 1947 wurde diese Art eines administrativen Sonderstatus dann endgültig aufgehoben.¹⁹

So hat das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur mit seinen materiellen Schäden und der obersten Gewalt der Alliierten in Deutschland, sondern auch mit den verwaltungsrechtlichen Veränderungen innerhalb der deutschen Kompetenzen selbst zu einer vorübergehend drastischen Veränderung der deutschen administrativen Traditionen geführt, die erst mit den Konsolidierungen des Jahres 1947/48 in normalere Bahnen zurückgelenkt werden konnten. In Trier hat sich in diesem Rahmen die städtische Selbst-

17 Vgl. Sigfried LENZ, „Lehmans Erzählungen oder So schön war mein Markt“, Hamburg 1964. Für das Kolorit dieser ersten Nachkriegsjahre sind neben den Schwarzmarktgeschichten von Lenz auch die „Schmugglerabenteuer“ der Grenzlandbevölkerung in der Eifel charakteristisch, die auch bei Alfred Andersch, freilich in einer eigentümlichen erzählerischen Brechung als eine Art Seelengeschichte am Beispiel der Kaffeeschmuggler in der Schnee-Eifel vorkommen: „Die Letzten vom ‘Schwarzen Mann’“, in der Sammlung „Geister und Leute“ (1958).

18 Reinhold WACKER, Das Land an Mosel und Saar mit Eifel und Hunsrück. Strukturen und Entwicklungen 1815-1990. Trier 2. Aufl. 1991, S. 380f.

19 WACKER, nach: Amtsblatt Regierung Trier, 1946, S. 27.

verwaltung nur langsam neu etablieren können. Dabei kam es auch zu Spannungen mit der Besatzungsmacht, die im Februar 1946 ihre Anordnung, zwölftausend Menschen aus Trier wegen fehlenden Wohnraums auszuweisen, wieder rückgängig machte.²⁰ Vorübergehend geriet die Stadt 1946/47 auch in eine wirtschaftlich besonders nachteilige Randlage dadurch, daß auf einseitige Anordnung der französischen Regierung hin 125 Gemeinden der Kreise Trier, Saarburg und Wadern dem Saargebiet zugeschlagen wurden und die Zollgrenze entsprechend verändert wurde. Die alte wirtschaftliche Verflechtung mit dem Saarraum wurde dadurch durchschnitten. Die Situation besserte sich erst dann wieder etwas, als infolge des Protestes der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion am 8. Juni 1947 immerhin 62 Gemeinden wieder von den Franzosen an die alten Kreise rückgegliedert werden mußten und sich für Trier besonders durch die Wiedergewinnung des Amtes Konz als Hinterland die randständige Lage wirtschaftlich ein wenig günstiger darstellte. Sie blieb aber auch so noch schwierig genug.

In dieser insgesamt mißlichen Lage der Stadt war es für Trier auch von Nachteil, daß mit der Verordnung Nr. 52 vom 10. August 1946 über die bevorstehenden Gemeindewahlen, die in Rheinland-Hessen-Nassau dann am 15. September 1946 stattfanden, die alte rheinische Bürgermeisterverfassung suspendiert wurde und der Oberbürgermeister der Stadt keine hauptamtliche Tätigkeit mehr ausüben konnte. Oberbürgermeister Heinrich Kemper, der Nachfolger Friedrich Breitbachs, hatte daher gegenüber dem Rat der Stadt zunächst nur eine schwache Stellung. Sie besserte sich erst, als durch das rheinland-pfälzische Selbstverwaltungsgesetz vom 27. September 1948 die Stellung des Bürgermeisters landesweit wieder gestärkt wurde.²¹ Aber erst der am 19. August 1949 neu gewählte Oberbürgermeister Dr. Heinrich Raskin, der das Amt bis 1963 führte, konnte aus dieser stärkeren Position heraus die Stadtverwaltung konsolidieren und so den Wiederaufbau Triers vorwärts bringen.

20 VOGEL, S. 592. Die Stadt Trier wies noch Anfang 1947 3000 registrierte Obdachlose auf. Vgl. ebd. S. 594.

21 Kurt DÜWELL, Die „rheinische Bürgermeisterverfassung“ und ihre Beibehaltung in Rheinland-Pfalz nach 1945, in: Heinz Peter BROGIATE und Hans-Martin CLOSS (Hg.), *Geographie und ihre Didaktik. Festschrift für Walter Sperling*, Teil 1: Beiträge zur deutschen Landeskunde und zur regionalen Geographie (Beiträge zur Didaktik der Geographie, Bd. 15), Trier 1992, S. 46-64. – Vgl. für die Kreisebene auch Rudolf MÜLLER, Abschied von Rheinpreußen. Zur Entwicklung des kommunalen Verfassungsrechts der Kreisebene in Rheinland-Pfalz, 1945-1994, in: *Geschichte im Westen* 10, 1995, S. 208-225, hier S. 210.

PETER BROMMER

KOBLENZ UND DER MITTELRHEIN ZWISCHEN ZERSTÖRUNG UND WIEDERAUFBAU

Nach vereinzelt Luftangriffen seit Juni 1940 war Koblenz¹ vom 19. April 1944 bis zum 29. Januar 1945 – vornehmlich wegen der strategischen Bedeutung der Brücken und der Bahnanlagen im Stadtkern sowie in den Vororten Lützel und Moselweiß – das Ziel von insgesamt 37 massiven alliierten Luftangriffen² durch 3.772 Bomber³, die auf die Stadt ca. 9.100 Tonnen Spreng- und 1.100 Tonnen Brandbomben abwarfen. Umgerechnet sind dies ca. 50.000 Spreng- und 690.000 Brandbomben, so daß demnach statistisch auf jeden Hektar des Luftschutzortes Koblenz 7 Spreng- und 91 Brandbomben fielen.⁴ Von ähnlichen Angriffen waren auch die benachbarten Städte Andernach, Boppard, Engers, Mayen, Neuwied, Nieder- und Oberlahnstein betroffen.⁵ Flak,⁶ Sperrballons⁷ und Vernebelung konnten demnach die verheerenden Zerstörungen nicht verhindern.

Der zunehmenden Bedrohung der Zivilbevölkerung war sich auch die Gauleitung bewußt, so daß am 24. September 1944 600 Frauen und Kinder von Koblenz nach Thüringen „umquartiert“ wurden, denen dann bis Kriegsende weitere 40.000 Einwohn-

-
- 1 Vgl. Art. von Karl OSTER: Es geschah vor zehn Jahren, in: Rhein-Zeitung Nr. 255 vom 2. November 1954 (LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 319, 511); Artikelserie von Hanns H. RÖLL: Als Koblenz brennend unterging, in: Rheinpost vom 30. Oktober 1954ff. (LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 319, 510) und Helmut SCHNATZ: Der Luftkrieg im Raum Koblenz 1944/45. Eine Darstellung seines Verlaufs, seiner Auswirkungen und Hintergründe (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 4), Boppard 1981, S. 26.
 - 2 SCHNATZ, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 562-569, und „Im übrigen ist ganz K. ein Trümmerhaufen.“ Koblenz in der Zerstörung 1944/45. Begleitheft zur Ausstellung, Koblenz 1994, S. 64-71, aber: Helmut SCHNATZ: Die Stellung der Stadt Koblenz in der alliierten Bombenoffensive des Spätjahres 1944, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1, 1975, S. 396f.: 35 Angriffe.
 - 3 Dagegen SCHNATZ, Stadt Koblenz (wie Anm. 2), S. 402: 3718 Bomber.
 - 4 Vgl. SCHNATZ, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 523f., und Begleitheft zur Ausstellung (wie Anm. 2), S. 49. – Zu den Löscharbeiten vgl. auch die Berichte der Feuerwehr (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 368). Auf der Koblenzer Landrätekonzferenz am 22. Mai 1944 wurde über die Erfahrungen aus den Luftangriffen auf Koblenz berichtet (LHA Koblenz, Best. 487 Nr. 29).
 - 5 Vgl. SCHNATZ, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 558-561. Vgl. ferner die Polizeiberichte über die Luftangriffe (LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 68).
 - 6 Vgl. Gerhard GRANIER: Die Luftverteidigungszone West, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19, 1993, S. 539-553.
 - 7 Vgl. dazu SCHNATZ, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 499, Abb.85.

ner folgten.⁸ In einem im Nationalblatt am 13./14. Januar 1945 veröffentlichten erneuten Räumungsbefehl des Kreisleiters Cattepoel wurde die Koblenzer Bevölkerung nochmals eindringlich aufgefordert, die Stadt umgehend zu verlassen, wobei jeder nur soviel Gepäck mitnehmen dürfe, als er selbst tragen könne.⁹

Nach dem offenkundigen Scheitern der am 16. Dezember 1944 begonnenen Ardennenoffensive der Wehrmacht¹⁰ im Januar 1945 konnte der alliierte Vormarsch von den deutschen Truppen durch das Fehlen nennenswerter operativer Reserven nicht mehr aufgehalten werden, zumal auch die alliierte Luftüberlegenheit den deutschen Nachschub zusätzlich behinderte.¹¹ Aufgrund der deshalb immer näher rückenden Front¹² ging am 7. März – dem Tag, an dem die Brücke von Remagen¹³ den Amerikanern in die Hände fiel – der Brückenkopf Koblenz in die Befehlsgewalt des Feldheeres unter dem Kampfkommandanten Oberstleutnant Löffler¹⁴ über, der angesichts der bedrohlicher werdenden Lage die Mosel- und Rheinbrücken (zuletzt die Horchheimer Brücke am 10. März) sprengen ließ, so daß dadurch die Innenstadt von den meisten Stadtteilen abgetrennt war. Am 10. März erreichten Teile der 3. US-Armee unter General Patton, die Anfang März zuvor Trier erobert hatte, mit dem linken Flügel den

-
- 8 Vgl. Heinz BOBERACH, *Nationalsozialistische Diktatur, Nachkriegszeit und Gegenwart*, in: *Geschichte der Stadt Koblenz 2: Von der französischen Stadt bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1993, S. 188.
 - 9 Vgl. Artikelserie „Als Koblenz brennend unterging“ Nr. 15-17 (wie Anm. 1) vom 17.-28. Dezember 1954 und SCHNATZ, *Luftkrieg* (wie Anm. 1), S. 442f. Der Evakuierungsbefehl galt natürlich auch für andere mittelrheinische Städte. So wurden beispielsweise in den Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 16 vom 10. Februar 1945 Andernacher Frauen aufgefordert, sich wegen der Umquartierung auf der dortigen Geschäftsstelle der NSV zu melden.
 - 10 Vgl. u.a. Hermann JUNG: *Die Ardennenoffensive 1944/45*, Göttingen 1971; SCHNATZ, *Luftkrieg* (wie Anm. 1), S. 374-444, und Klaus-Dietmar HENKE: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 27)*, München 1995, S. 312-343.
 - 11 Vgl. Hans Joachim MACK: *Die Kämpfe im Rhein-Mosel-Gebiet und um Koblenz im März 1945 (Mittelrheinische Hefte, Bd. 16)*, Koblenz 1990, S. 9, und Art. „Der Krieg am mittleren Rhein 1945“, in: *Rheinischer Merkur* Nr. 3 vom 22. März 1946, S. 4.
 - 12 Vgl. dazu „Nachrichten für die Truppe“ vom 8. März 1945, in: SCHNATZ, *Luftkrieg* (wie Anm. 1), S. 514.
 - 13 Vgl. u.a. Rolf PALM: *Die Brücke von Remagen. Der Kampf um den letzten Rheinübergang – ein dramatisches Stück deutscher Zeitgeschichte*, Bern/ München 1985; Winfried BECKER: *Die Brücke und die Gefangenenlager von Remagen. Über die Interdependenz eines Massenschicksals im Jahre 1945*, in: *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.-31.10.1985 (Passauer Historische Studien, Bd. 5)*, Köln/ Wien 1987, S. 55-59, und Lothar BRÜNE/Jakob WEILER: *Remagen im März 1945. Eine Dokumentation zur Schlußphase des Zweiten Weltkrieges*, hrg. vom Friedens-Museum „Brücke von Remagen e.V.“, Remagen 1993, und dies., *Remagen im März 1945*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 21, 1995, S. 503-540.
 - 14 Vgl. Jürgen KEDDIGKEIT: *Die militärische Besetzung des südlichen Rheinland-Pfalz und des Saarlandes im März 1945*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 10, 1984, S. 333, und MACK (wie Anm. 11), S. 15 (zu Löffler: S. 35f.).

Rhein¹⁵ und besetzten die nördlich der Mosel gelegenen Koblenzer Vororte. Pattons Ziel war es, die im Hunsrück¹⁶ befindlichen Truppen der 7. deutschen Armee einzuzingeln und auszuschalten, um dadurch den Weg für den Vorstoß über den Rhein zwischen Mainz und Worms freizukämpfen. Im Schutze künstlichen Nebels überquerte dann am 13./14. März die 2. US-Infanterie-Division die Mosel und errichtete bei Broden/Müden, Brodenbach/Burgen und Kobern/Niederfell Brückenköpfe, über die der weitere Angriff auf den Hunsrück vorgetragen wurde.¹⁷

Die Eroberung von Koblenz wurde jedoch nicht unmittelbar danach eingeleitet, sondern durch Gefangenbefragungen und die Auswertung der Erkenntnisse eines Spähtrupps von deutschstämmigen Amerikanern mit deutschen Uniformen in einem erbeuteten Wehrmachtsfahrzeug sorgfältig vorbereitet.¹⁸ Man fand dabei unschwer heraus, daß in der Stadt eine große Unordnung herrsche und die deutschen Truppen zahlenmäßig sehr gering seien. Außerdem stellte man fest, daß Koblenz keine Nazi-Stadt sei, obwohl die Koblenzer den Nazis günstiger gesonnen seien als die Trierer.¹⁹

Am 13. März war in Koblenz der militärische Ausnahmezustand verhängt worden. Die zivile und militärische Gerichtsbarkeit ging damit auf den Kampfkommandanten über, der nun zum wiederholten Male die sofortige Räumung der Stadt befahl,²⁰ nachdem noch am 2. März Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Gustav Simon auf einer Kampfkundgebung in Bad Kreuznach von einer durch göttliche Vorsehung ermöglichten Kriegswende geträumt hatte.²¹ Folgerichtig verließ die Stadtverwaltung bis auf eine Rumpfverwaltung Koblenz in Richtung Filsen. Vorher waren schon am 20. November die Bezirksregierung²² über Bad Salzbig und Straßenhaus nach Friesenhagen

15 Vgl. Peter NEU/Hubert ORTH: Am Ende das Chaos. Die letzten Tage des 2. Weltkrieges im Raum Bernkastel-Wittlich (Archiv für Kultur und Geschichte des Landkreises Bernkastel-Wittlich, Bd. 4), Monschau 1982.

16 Vgl. Edgar MAIS: Die Kämpfe auf dem Hunsrück und an der Nahe 10.-20. März 1945 (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 50), Birkenfeld 1986, und Rainer SEIL: Kriegsende 1945 in Eckweiler und Daubach. Ein Erlebnisbericht von Maria Schweinfurth geb. Kunz, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter 50, 1994, S. 55-64.

17 Vgl. KEDDIGKEIT (wie Anm. 14), S. 335.

18 Vgl. Peter NEU: Bevor Koblenz fiel. Amerikanische Geheimberichte vor der Eroberung der Stadt Koblenz im März 1945, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter 29, 1983, S. 21-26 (Nachdruck bei: Willi K. MICHELS: Die Heimat in Scherben. Kriegsende an Rhein und Mosel 1945 [Kleine RZ Bücherei, Bd. 4], Koblenz 1985, S. 70-83), und MACK (wie Anm. 11), S. 31.

19 Vgl. NEU (wie Anm. 18), S. 23.

20 Faksimile in: Artikelserie „Als Koblenz brennend unterging“ (wie Anm. 1), Nr. 19 vom 4. Januar 1955, und Koblenz vor dreißig Jahren. Die Stunde Null, hg. vom Katholischen Leseverein e.V. Koblenz, Koblenz 1975, Innenblatt. Vgl. auch MACK (wie Anm. 11), S. 25.

21 Vgl. Edgar MAIS: Ende und Anfang 1945. Die Kriegs- und Nachkriegszeit des Jahres 1945 im Kreis Birkenfeld (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 48), Birkenfeld 1985, S. 48.

22 Vgl. dazu EMMRICH/KÖPPE: Die Bezirksregierung Koblenz 1945 bis 1957. Die Entwicklung und das Geschehen nach 1945, Koblenz o.J. (1957), S. 76f.; SCHNATZ, Luftkrieg

im Westerwald und das Oberpräsidium²³ nach Bad Honnef, im Januar die Gauleitung²⁴ nach Sayneck bei Isenburg und Anfang Februar die Gestapo²⁵ nach Altwied ausgewichen.

Als dann am 17. März Einheiten der 87. US-Infanterie-Division in Koblenz eindrangen,²⁶ stießen sie nur noch auf geringen Widerstand, so daß ihnen bereits am nächsten Tag die Eroberung der ganzen Innenstadt gelang. Einzig auf dem Fort Konstantin oberhalb des Bahnhofs waren noch einige Verteidigungskräfte tätig,²⁷ die aber bereits einen Tag später am 19. März ausgeschaltet werden konnten.²⁸ Insgesamt traten nach diesen Kämpfen in Koblenz 972 deutsche Soldaten den Weg in amerikanische Gefangenschaft an.²⁹ Es dauerte jedoch eine ganze Woche, bis am 27. März die 69. US-Infanterie-Division über den Rhein setzte, die rechtsrheinischen Vororte eroberte und damit die Verbindung zur vorgerückten 87. US-Infanterie-Division herstellte,³⁰ so daß dadurch der Krieg im Raum Koblenz vor der offiziellen Kapitulation der Wehr-

(wie Anm. 1), S. 444; Georg Friedrich BÖHN: Wiederaufbau der Verwaltung, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard 1984, S. 2, sowie Peter BROMMER: „Es ist nichts mehr zu regieren“. Zur Odyssee der Bezirksregierung Koblenz in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 21, 1995, S. 541-566.

- 23 Vgl. BÖHN (wie Anm. 22), S. 2, und Horst ROMEYK: Verwaltungs- und Behörden-geschichte der Rheinprovinz 1914-1945 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 63), Düsseldorf 1985, S. 164. Vgl. ferner die Aufzeichnungen „Auflösung und Ende des Oberpräsidiums der Rheinprovinz in Koblenz“ von Regierungsdirektor Dr. Becker (LHA Koblenz, Best. 700, 151 Nr. 2). Aus der Zeit ab Mitte Januar 1945 haben sich vom Oberpräsidium nur ganz wenige Vorgangsreste erhalten (z.B. LHA Koblenz, Best. 403 Nr. 18340, 18348 und 18363), nachdem die Behörde durch einen Bombentreffer zerstört worden war und die Akten nach dem Bericht von Dr. Becker aufgrund des plötzlichen Luftdrucks ca. 250 Meter durch die Luft flogen.
- 24 Vgl. Peter BROMMER: Die Partei hört mit. 2: Lageberichte und andere Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo und sonstiger Parteidienststellen im Gau Moselland 1941-1945 (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 58), Koblenz 1992, S. 804-806.
- 25 Ebd., S. 807f.
- 26 Vgl. HENKE (wie Anm. 10), S. 354-356, sowie die diesbezügliche Berichterstattung der Polizei (LHA Koblenz, Best. 517, 1 Nr. 53) und den Erlebnisbericht von Karl Härle über die Eroberung des Karthäuser Hofes (LHA Koblenz, Best. 714 Nr. 5977); insgesamt LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 319, 511.
- 27 Vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 759, S. 621: *Koblenz is clear except the citadel*; S. 622: *Ft Constantine in Koblenz held by enemy garrison of 40-60 men*.
- 28 Ebd., S. 623: *Maj Wielke advised that Ft Constantine, Coblenz, had surrendered*; S. 624: *Ft Constantine fell at 0850 A with 70 EM and 5 officer PsW. All resistance ceased in Koblenz at 1000 A*.
- 29 Vgl. MACK (wie Anm. 11), S. 32.
- 30 Ebd., S. 40f. Zur deutschen Gegenwehr auf der rechtsrheinischen Seite am 25. März 1945 vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 759, S. 456, 697 und 699.

macht beendet war und die Zeit der amerikanischen Besatzung begann. Die Amerikaner schlossen dabei in einem bewußt symbolischen Akt an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg an, indem am 6. April auf der Festung Ehrenbreitstein in Anwesenheit des kommandierenden Generals Omar N. Bradley und einer Ehrenkompanie der 69. US-Infanterie-Division in einer feierlichen Flaggenparade das eigens aus Washington eingeflogene Sternenbanner gehißt wurde, das dort schon nach dem Ersten Weltkrieg bis Januar 1923 geweht hatte.³¹

Das Fazit des Krieges war erschreckend: Ca. 1.000 Menschen fanden allein in Koblenz den Tod,³² in Mayen waren es 301,³³ in Lahnstein 292³⁴ und in Neuwied 281.³⁵ Die Einwohnerzahl von Koblenz war von 91.098 am 17. Mai 1939 über 74.261 am 24. Juli 1944 auf 14.130 beim Einmarsch der Amerikaner gesunken, von denen zu Kriegsende wohl nur noch 4.000 in der Innenstadt gelebt haben dürften.³⁶

Bombenkrieg und Bodenkämpfe bewirkten, daß in Koblenz von 25.362 Wohnungen am 17. Mai 1939 nur 9.880 im April 1945 übriggeblieben waren.³⁷ Die gesamte Infrastruktur war zerstört. Staatliche Verwaltungsorgane waren nicht mehr vorhanden: Die Gauhauptstadt, zugleich Sitz des Oberpräsidiums der Rheinprovinz, des Regierungspräsidiums, des Landratsamtes etc., war somit zu einer Geisterstadt geworden. Es war die Zeit größter Improvisation, über die nur wenige schriftliche Quellen in den Ar-

31 Vgl. das Foto der Flaggenhissung in: Art. von Karl OSTER: „Koblenz überwand das Chaos“, in: 10 Jahre danach. Dokumentarische Sonderausgabe der Rhein-Zeitung (LHA Koblenz, Best. 708 Nr. 519, 511); Koblenz vor dreißig Jahren (wie Anm. 20); Rudolf BAUER: Koblenz – so wie es war 2, Düsseldorf 1980, S. 44; auch: Werner MAHLBURG: Die Stadt Koblenz in den Jahren des Wiederaufbaus 1945-1947, Staatsexamensarbeit Würzburg 1986, S. 19f.

32 Hans BELLINGHAUSEN: 2000 Jahre Koblenz. Geschichte der Stadt an Rhein und Mosel, Boppard 1971, S. 326, gibt 1016 Tote (darunter 407 Frauen und 136 Kinder unter 16 Jahren) an (Zahl übernommen von BOBERACH [wie Anm. 8], S. 186); hingegen nennt SCHNATZ im Ausstellungskatalog (wie Anm. 2), S. 49, *mindestens 867 Zivilpersonen bzw. deportierte und kriegsgefangene Ausländer*. Im Verwaltungsbericht der Stadt Koblenz für 1946 (Sta Koblenz, Hk 5 Ver, S. 6) werden 899 Todesopfer, 2925 Verwundete und 12 Vermißte genannt. Zu den Kriegstoten vgl. auch die Listen in LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 54-66.

33 Vgl. Heinz SCHAEFGEN: Mayen im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, in: Hans SCHÜLLER/Franz-Josef HEYEN (Hg.): Geschichte von Mayen, Mayen 1991, S. 348-351.

34 Vgl. SCHNATZ, Luftkrieg (wie Anm. 1), S. 519. Vgl. auch Fritz MICHEL/Peter BUCHER: Geschichte der Stadt Lahnstein, Lahnstein 1982, S. 30f. und 438f. BELLINGHAUSEN (wie Anm. 32), S. 329, nennt jedoch für Oberlahnstein allein 324 Tote beim Luftangriff vom 11. November 1944.

35 Vgl. SCHNATZ, Luftkrieg (wie Anm. 11), S. 519.

36 Ebd., S. 519, und MAHLBURG (wie Anm. 31), S. 21.

37 Vgl. MAHLBURG (wie Anm. 31), S. 21, und BOBERACH (wie Anm. 8), S. 186. Zu den Kriegszerstörungen vgl. auch LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45274, 45281-45282 (die Akten im Best. 577 unterliegen derzeit noch der Sperrfrist) und Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 8103.

chiven überliefert sind, da vieles keinen Niederschlag in den Akten fand, sondern nur mündlich geschah.

Neubeginn unter amerikanischer Militärverwaltung

Die Amerikaner standen nun vor dem großen Problem, das Leben in den zerstörten Städten wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Zunächst mußten – als wichtigste Aufgabe – wieder kommunale Verwaltungen eingesetzt werden: In Koblenz hatte nach der Einberufung von Oberbürgermeister Dr. Nikolaus Simmer³⁸ zum Wehrdienst der ehemalige Trierer Oberbürgermeister Dr. Konrad Gorges³⁹ ab 12. Februar die Geschäfte kommissarisch geführt, bis er am 12. März dem wegen eines Augenleidens im Krankenhaus Kemperhof befindlichen Hafen- und Verkehrsdirektor Franz Lanter⁴⁰ kommissarisch die Rumpfverwaltung unterstellte. Zu seinem Vertreter wurde Stadtinspektor Josef Schnorbach mit dem Auftrag bestellt, die Stadt an die Amerikaner zu übergeben.⁴¹ Diese warfen die Entscheidung zunächst nicht um und ernannten am 18. März unmittelbar nach der Einnahme der Stadt Lanter zum Bürgermeister, der jedoch als Mitglied der NSDAP nur bis zum 8. Juni im Amt verbleiben konnte.⁴² Er wurde dann von dem früheren städtischen Oberinspektor und Steuerberater Wilhelm Kurth⁴³ abgelöst, der wiederum bis zu seinem Tod am 6. März 1946 im Amt verblieb.

In Andernach, um es am Beispiel einer anderen Stadt aufzuzeigen, erwarteten die Amerikaner am 17. März 1945 vom evangelischen und katholischen Pfarrer sowie fünf Andernacher Einwohnern einen Vorschlag zur Ernennung eines Bürgermeisters. Der von diesen auserkorene Kandidat, Prokurist Meuser, war aber wegen seiner Zugehörigkeit zum NS-Fliegerkorps nicht akzeptabel, so daß sie am 20. März Egon Herfeldt zum Bürgermeister ernannten.⁴⁴ Dessen Amtszeit war freilich zumindest zu diesem Zeitpunkt (er wurde bekanntlich später nochmals Bürgermeister) nur ein ganz kurzes Intermezzo, da die Amerikaner bereits am 6. April den Andernacher Rechtsanwalt Dr. Schmidt ernannten, der es verständlicherweise als eine *undankbare Aufgabe* bezeich-

38 Biographische Angaben bei Horst ROMEYK: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Bd. 69), Düsseldorf 1994, S. 747f., und Helmut KAMPMANN: Wenn Steine reden. Gedenktafeln und Erinnerungsplatten in Koblenz, Koblenz 1992, S. 22f.

39 Biographische Angaben bei ROMEYK, Verwaltungsbeamte (wie Anm. 38), S. 475, und KAMPMANN (wie Anm. 38), S. 23-25.

40 Vgl. Art. von Franz LANTERS: „Ich übergab Koblenz den alliierten Truppen!“, in: 10 Jahre danach. Dokumentarische Sonderausgabe der Rhein-Zeitung (wie Anm. 31). Vgl. ferner KAMPMANN (wie Anm. 38), S. 25-27.

41 Koblenz vor dreißig Jahren (wie Anm. 20) und KAMPMANN (wie Anm. 38), S. 32f.

42 BOBERACH (wie Anm. 8), S. 191.

43 KAMPMANN (wie Anm. 38), S. 28.

44 Vgl. Franz-Josef HEYEN: Freiheit, Pluralismus, Wachstum. Andernach 1945-1987, in: ders. (Hg.): Andernach. Geschichte einer rheinischen Stadt, Andernach 1988 (21994), S. 311f.

nete, die *Hinterlassenschaft eines Systems zu übernehmen, das abgewirtschaftet hat*, und deshalb den Auftrag zunächst nicht annehmen wollte, im Interesse der Stadt aber dann doch akzeptierte.⁴⁵ Bereits am 3. Juli trat auch er wieder zurück, so daß Michel Dedenbach die Amtsgeschäfte führen mußte, bis am 16. August Karl Theis neuer Bürgermeister wurde, nachdem letzterer tags zuvor Bürgermeister von Andernach-Land geworden war.⁴⁶

Auch auf Kreisebene mußten neue Landräte ernannt werden. Einer der ersten von den Amerikanern berufenen Landräte im Regierungsbezirk Koblenz war der frühere Bürgermeister von Münstermaifeld Hermann Doetsch,⁴⁷ dessen Ernennung zum Landrat von Mayen am 5. April erfolgte. In einem Aufruf an die Kreisbevölkerung desselben Tages⁴⁸ wies er darauf hin, daß die *Anforderungen der Besatzungs- und Verwaltungsbehörde fühlbar hart und schwer sein* würden, so daß von allen Berufsständen große Opfer gebracht werden müßten.

Die auffallend häufigen Amtswechsel gerade in der Anfangsphase der Besatzung zeigen sehr eindringlich die großen Schwierigkeiten, mit denen sich die Amerikaner, aber auch die Amtsinhaber konfrontiert sahen. Es konnte ja kaum auf erfahrenes, politisch unbelastetes Personal zurückgegriffen werden. So mußten nach amerikanischen Angaben allein bei der Stadtverwaltung Koblenz im Laufe kurzer Zeit ca. 300 Beschäftigte ausgetauscht werden.⁴⁹

Die Amerikaner waren hier sehr pingelig und reagierten bei Einstellungen in Behörden auf falsche biographische Angaben in den Fragebogen⁵⁰ bewußt hart. Ein sehr anschauliches Beispiel hierfür liefert die zweite Sitzung des Militärgerichts in Andernach,⁵¹ das (wohl am 13. April 1945) öffentlich tagte und in der Bevölkerung auf enormes Interesse stieß. Dem Angeklagten, im übrigen von einem deutschen Anwalt verteidigt, wurde u.a. vorgeworfen, den Fragebogen unzureichend ausgefüllt zu haben. So habe er seine Tätigkeit als Kompaniechef des Volkssturms verschwiegen, um 1.

45 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 15 vom 17. April 1945.

46 Vgl. HEYEN, Freiheit (wie Anm. 44), S. 314.

47 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 7 vom 7. April 1945 (dort fälschlich auf den 7. Februar datiert). Am 27. März war zuvor bereits in Ahrweiler Dr. Melsheimer zum Landrat ernannt worden (vgl. EMMRICH/KÖPPE [wie Anm. 22], S. 65).

48 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 12 vom 13. April 1945 und BÖHN (wie Anm. 22), S. 5.

49 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 545. In der Frankfurter Presse Nr. 12 vom 5. Juli 1945, S. 2, (hg. von der Amerikanischen 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung) (Sta Koblenz) wird jedoch von 169 Entlassenen gesprochen. Im Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten von Koblenz vom 9. August 1945 wird die Zahl der Entlassenen wiederum mit 212 angegeben (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 128). BOBERACH (wie Anm. 8), S. 96, geht hingegen von 215 Entlassungen aus.

50 Vgl. Hans-Jürgen WÜNSCHEL, Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-pfälzischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung. April bis Juli 1945 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 7), Mainz 1985, S. 335f.

51 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 13 vom 14. April 1945.

Beigeordneter der Stadt werden zu können. Er verteidigte sich mit dem Hinweis, daß er nur aus Zwang der NSDAP beigetreten sei. Damit habe er schließlich *nichts anderes getan ... als das ganze deutsche Volk, das 1933 zu 98 Prozent Hitler gewählt habe*. Diese Behauptung stieß jedoch *auf lebhaften Widerspruch unter den deutschen Zuhörern*. Auch habe er dem Volkssturm nur zwangsweise angehört. Die Vertreter der Anklage konnten aber anhand von beschlagnahmten Briefen nachweisen, daß er keineswegs ein Verehrer amerikanischer Verhältnisse, sondern vielmehr ein *enthusiastischer Bewunderer des Hitler-Systems gewesen war*. Er wurde daher für schuldig befunden, zur Erlangung eines öffentlichen Amtes falsche Angaben über seine Person gemacht zu haben, und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Entnazifizierung wurde durch die Aufforderung zur Entfernung von Nazi-Emblemen,⁵² zur Umbenennung von Straßennamen⁵³ und zur Abgabe von Uniformen der Wehrmacht, Partei und Polizei⁵⁴ flankiert.

Um Ruhe und Ordnung zu gewährleisten – die Angst vor Werwolfaktivitäten⁵⁵ war seit den Aachener Ereignissen ständig präsent –, wurden von den Amerikanern natürlich die Ausgehzeiten drastisch eingeschränkt: Für Andernach z.B. galt am 26. März die Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang.⁵⁶ Diese Beschränkung wurde jedoch im Laufe der Zeit gelockert, so daß am 22. Juni in Koblenz die Ausgehzeit von 4.30 Uhr bis 22.30 Uhr festgesetzt wurde.⁵⁷ Militärgerichtsverfahren zeigen freilich, daß die Anordnungen nur ungenügend beachtet wurden.⁵⁸

Von der Andernacher Stadtverwaltung gerügt wurde auch das Verhalten einiger Frauen und junger Mädchen, die sich trotz des Fraternisierungsverbots,⁵⁹ aufgrund

52 Ebd., Nr. 4 vom 4. April 1945. Zu Dienstentlassungen aufgrund von Bereinigungsverfahren im Stadtkreis Koblenz vgl. LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45565.

53 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 11 vom 12. April 1945. Vgl. ferner die 4. Sitzung des Koblenzer Bürgerrats vom 21. Juni 1946 (Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218, S. 21).

54 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 12 vom 13. April 1945.

55 Die Amerikaner rechneten anfangs mit starker Sabotage (vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 41, 45, 373, 375 und Nr. 759, S. 414).

56 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 1 vom 29. März 1945 und Nr. 2 vom 31. März 1945.

57 Vgl. Amtlicher Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz Nr. 1 vom 7. Juli 1945 (LHA Koblenz, Best. V Nr. 1158). Für Oberwesel galten folgende Zeiten: Am 21. März 1945 18.00-8.00 Uhr (LHA Koblenz, Best. 631 Nr. 1341) und am 31. März 1945 19.00-7.00 Uhr (LHA Koblenz, Best. 631 Nr. 1063).

58 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 6 vom 6. April 1945 und Nr. 13 vom 14. April 1945. Mit Ausnahme von zwei HJ-Angehörigen, die auf amerikanische Wachen geschossen hatten, scheint es tatsächlich, folgt man amerikanischen Quellen, nicht zu größeren Zwischenfällen im Bereich des XXIII. US-Korps gekommen zu sein (LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 291).

59 Vgl. hierzu WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 338-342; Klaus ROST, Besatzung und Besatzungspolitik, in: 1945-1947. Zwischen Trümmern und Aufbruch. Zur Entstehung von Rheinland-Pfalz (Kleine Schriftenreihe zur Landeskunde, Landesgeschichte und Landespolitik, Bd. 1), Mainz 1987, S. 33f., und HENKE (wie Anm. 10), S. 185-204.

dessen es übrigens amerikanischen Soldaten untersagt war, Häuser der Zivilbevölkerung zu betreten, amerikanischen Soldaten genähert hätten, so daß ihnen gedroht wurde:⁶⁰ *Sollten solche Frauen und Mädchen festgestellt werden, werden diese unter Gesundheitskontrolle gestellt und entsprechende Plakate an deren Häusern angebracht.* Nichtsdestotrotz nahm die Zahl der Geschlechtskranken zu, so daß in Koblenz auf dem Gelände von Maria Trost eine Geschlechtskrankenstation eingerichtet werden mußte.⁶¹

Eine andere wichtige Hygienemaßnahme war wegen der Typhusgefahr die Entlausung, der sich alle Einwohner unterziehen mußten. So wurden in der sofort eingerichteten Koblenzer Entlausungsstation⁶² durchschnittlich 1.000 Personen täglich entlaust. Den Einwohnern wurde auferlegt, ständig eine Karte mit dem Datum ihrer Entlausung bei sich zu tragen. Es kam jedoch zu Beschwerden der Bevölkerung beim Koblenzer Oberbürgermeister, da die amerikanischen Soldaten auch deutsche Frauen entlausten, so daß man sich schließlich darauf verständigte, zusätzlich auch deutsches, insbesondere weibliches Sanitätspersonal hinzuzuziehen.⁶³

Große Probleme bereiteten die sog. 'Displaced Persons',⁶⁴ das sind solche Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppt oder geflüchtet, hier als Arbeitskräfte⁶⁵ eingesetzt waren und – spätestens – nach dem Ende der Kampfhandlungen eine ziemliche Gefährdung der Sicherheit darstellten,⁶⁶ da sie vielfach voller Rache plündernd und Gewalt anwendend herumzogen.

Die Amerikaner faßten die ca. 100.000 'Displaced Persons' im Bereich des XXIII. Korps zunächst in Lagern zusammen (dabei entfielen z.B. auf Koblenz 2.803 Polen in der Gneisenaukaserne und 2.203 Italiener in der Augustakaserne sowie auf Daaden 1.793 Russen),⁶⁷ um ab dem 25. Mai mit ihrer Rückführung in die Heimat („Repatrie

60 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 1 vom 29. März 1945.

61 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218, S. 18 und Nr. 8103, S. 77.

62 Vgl. WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 282f. Vgl. auch LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 123, 143-149 u. 371.

63 Vgl. LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 145.

64 Vgl. hierzu Bertram RESMINI, Lager der Besatzungsmächte in Rheinland-Pfalz. Kriegsgefangene, Internierte und Verschleppte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 19, 1993, S. 617-621.

65 Vgl. Wolfgang JACOBMEYER: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985, und Ulrich HERBERT: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1986.

66 Vgl. BROMMER, Die Partei hört mit (wie Anm. 24), S. 441-445, 487-489, 587-591, 600-606, 622-625, 697-699. Vgl. ferner ders., Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung März 1945 bis August 1949 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 6), Mainz 1985, S. 56f., und LHA Koblenz, Best. 631 Nr. 1063 (Bericht vom 24. April 1945), S. 67.

67 WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 363. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 758, S. 9. Das Lager bei Daaden dürfte mit dem Lager bei Emmerzhausen identisch sein (LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 451).

AVIS

aux «Personnes Déplacées»

Toutes les personnes ayant la qualité de «Personnes Déplacées», c'est-à-dire celles qui, de nationalité étrangère ont été déportées ou évacuées en Allemagne pendant les hostilités sont invitées à se procurer d'urgence quatre photographies, afin d'obtenir une carte d'identité individuelle.

En outre elles devront se présenter munies de ces photos et de tous leurs papiers, au Gouvernement Militaire de leur Cercle, ou elles fourniront à un officier de la Section des Personnes Déplacées tous les renseignements nécessaires à l'établissement de ces cartes, à la date et heure ci-après :

Koblenz ville	24 Juin 1946 à 9 heures
„ Campagne (Kapellen)	„
Unterwesterwald (Montabaur)	„
Mayen	„
Neuwied	„
Bad Kreuznach	„
Birkenfeld	„
Trèves Ville	„
„ Campagne	„
St. Goarshausen	25 Juin 1946 à 9 heures
St. Goar	„
Unterlahn (Diez)	„
Ahrweiler	„
Simmern	„
Wittlich	„
Prüm (Sonnecken)	„
Cochem	26 Juin 1946 à 9 heures
Zell	„
Oberwesterwald (Hachenburg)	„
Altenkirchen (Kirchen)	„
Wadern	„
Saarburg	„
Dahn	27 Juin 1946 à 9 heures
Bitburg	„
Berncastel	„

Après le passage de cet officier, les personnes qui ne seraient pas en possession de leur carte d'identité seront considérées comme étant en situation irrégulière, et pourront, outre les sanctions qui seront prises à leur égard, perdre le bénéfice de la qualité de «Personnes Déplacées».

Anweisung für „versetzte Personen“

Alle Personen, die als „Versetzte Personen“ gelten, d. h. diejenigen, welche während der feindlichen Kriegshandlungen nach Deutschland deportiert oder evakuiert wurden, sind gebeten, sich vier Photographien zu beschaffen, zwecks Bewerbung eines individuellen Ausweises (Kennkarte).

Außerdem haben sich diese Personen mit den erwähnten Photographien und allen ihren Dokumenten in der Kommandantur ihres Kreises zu melden, wo sie dem zuständigen Offizier der Abteilung „Versetzte Personen“ die nötigen persönlichen Angaben vorlegen müssen und zwar an dem Tage und in der Zeit wie folgt :

Koblenz Stadt	24. Juni 1946 um 9 Uhr
„ Land (Kapellen)	„
Unterwesterwald (Montabaur)	„
Mayen	„
Neuwied	„
Bad Kreuznach	„
Birkenfeld	„
Trier Stadt	„
„ Land	„
St. Goarshausen	25. Juni 1946 um 9 Uhr
St. Goar	„
Unterlahn (Diez)	„
Ahrweiler	„
Simmern	„
Wittlich	„
Prüm (Sonnecken)	„
Cochem	26. Juni 1946 um 9 Uhr
Zell	„
Oberwesterwald (Hachenburg)	„
Altenkirchen (Kirchen)	„
Wadern	„
Saarburg	„
Dahn	27. Juni 1946 um 9 Uhr
Bitburg	„
Berncastel	„

Diejenigen Personen, die diese Pflicht in dem vorgeschriebenen Termin des Aufenthaltes des zuständigen Offiziers versäumen und infolgedessen nicht im Besitze der Ausweise sind, werden als in einer unrechtmäßigen Lage befindliche Personen betrachtet, und können, außer den ihrer Angelegenheit vorzunehmenden Maßnahmen, den Anspruch auf ihre Eigenschaft als „Versetzte Personen“ verlieren.

Anweisung der französischen Besatzungsmacht zur Meldung der „Personnes Déplacées“, Anfang Juni 1946 (LHA Koblenz, Best. 712 Nr. 116)

rung“) zu beginnen.⁶⁸ Entgegen den Erwartungen war dies dann aber eine Aufgabe von mehreren Jahren.

Ganz ähnlich gelagert war die Problematik der vielen deutschen Soldaten, die aufgrund der auch für die Amerikaner unerwartet schnellen Eroberungen⁶⁹ in amerikanische Kriegsgefangenschaft gerieten und im Gebiet von Rheinland-Pfalz in 23 in größter Eile und nur äußerst notdürftig hergerichteten Lagern⁷⁰ untergebracht wurden. Die Zahl der hier Gefangenen wird auf ca. 700.000 bis 800.000 Soldaten geschätzt.⁷¹ Da die nur behelfsmäßig umzäunten Lager – besonders genannt seien die sog. Rhein- und Nahewiesenlager Miesenheim (ab 8. Mai Andernach), Heidesheim, Remagen, Sinzig, Galgenberg bei Bad Kreuznach und Bretzenheim – keine Baracken hatten, mußten die Soldaten im offenen Gelände auf der Erde kampieren. Die totale Überfüllung der Lager, die schlechte Witterung, die völlig unzureichenden sanitären Verhältnisse, die mangelhafte Verpflegung und mitunter auch die Brutalität der Bewacher setzten den Soldaten enorm zu, so daß viele von ihnen diese Schreckenszeit nicht lebend überstanden.⁷² Wenngleich genaue Unterlagen über die Sterbequote⁷³ immer noch nicht vorliegen (für Bretzenheim auf dem sog. „Feld des Jammers“ wird sie auf immerhin 3,5% geschätzt)⁷⁴, war die Situation hier dennoch günstiger als für die in russische Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten. Um ihr trostloses Schicksal zu verbessern, erließ bei-

68 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 755, S. 255. Vgl. auch das Schreiben von Ministerpräsident Altmeier an Gouverneur Brozen-Favereau vom 28. Januar 1949, das für die Gneisenaukaserne zu diesem Zeitpunkt 1.756 Personen angibt (LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1011, S. 401-403).

69 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 63: *The advance had been rapid and the mopping up and security details in the rear were inadequate to accomplish anything other than security of highest priority targets.*

70 Vgl. RESMINI (wie Anm. 64), S. 605. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 105: *Corps mission was the evacuation of all Prisoners-of-War to proper enclosures as quickly as possible.*

71 Vgl. RESMINI (wie Anm. 64), S. 605. BECKER (wie Anm. 13), S. 56, gibt für den 8. Mai 1945 folgende Zahlen an: 134.029 Gefangene in Remagen und 118.563 Gefangene in Sinzig. Für April notiert er für Remagen sogar 169.036 Gefangene. Vgl. auch Art. „Für zehn Gefangene gab es eine Schnitte Brot. Walter Göblers Erinnerungen an die Grauen im Lager Remagen“, in: Rhein-Zeitung Nr. 121 vom 26. Mai 1995, S. 7.

72 Vgl. Franz-Josef HEYEN: Die Lager deutscher Kriegsgefangener, in: Andernach. Geschichte einer rheinischen Stadt (wie Anm. 44), S. 301-310. Vgl. auch Gerd Michael KNEIP: 1945 – und wie es weiterging. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Stadt, in: STADTVERWALTUNG BAD KREUZNACH (Hg.): Bad Kreuznach von der Stadterhebung bis zur Gegenwart. Bad Kreuznach 1990 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Bad Kreuznach, Bd. 1), S. 255-258.

73 Zuletzt: Kurt KLEEMANN: Die Kriegsgefangenenlager Remagen und Sinzig 1945 aus der Sicht kommunaler Aktenbestände, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 20, 1994, S. 451-483.

74 Vgl. RESMINI (wie Anm. 64), S. 605, und MAIS, Ende und Anfang (wie Anm. 21), S. 174-185. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 700,259 Nr. 1.

spielsweise die Stadt Andernach am 24. April einen Aufruf⁷⁵ und bat die Bevölkerung um Abgabe aller *verfügbaren Decken, Zeltplanen und Uniformmäntel* für die Kriegsgefangenen auf dem Gut Nettehammer. Die Spendenbereitschaft war erfreulicherweise so groß, daß drei Tage später berichtet werden konnte:⁷⁶ *Immer wieder wurden von früh bis spät ... wertvolle Sachen abgegeben, an beiden Tagen allein mehrere hundert wolene Decken; aber auch die Kleidungsstücke und die Zeltplanen häuften sich wieder zu Bergen. Als besondere Spende war ein regendichtes Zelt mit allen Stäben usw. zu verzeichnen, das mehr als 20 Männern Unterkunft bieten wird. Man kann nicht ohne Rührung all die Liebe sehen, die sich in diesen Spenden offenbart.*

Parallel dazu verlief die Einrichtung von Internierungslagern für NS-Belastete und Kriegsverbrecher.⁷⁷ Bei Oberstein wurde bereits am 3. Mai mit der Anlage eines solchen Lagers begonnen,⁷⁸ das 7.500 Personen aufnehmen sollte, nach amerikanischen Angaben am 9. Mai 166 Personen,⁷⁹ am 31. Mai nach der Schließung des Trierer Lagers aber bereits 1.443 Personen umfaßte und 50 Einzelzellen, ein Tischlergeschäft, einen Friseursalon und eine Schuhreparaturwerkstatt besaß.⁸⁰

Zu den im Arbeitseinsatz zwangsverpflichteten Nationalsozialisten durfte kein Kontakt aufgenommen werden. Oberbürgermeister Kurth mußte deshalb in einer Rundverfügung an sämtliche städtischen Dienststellen am 3. Juli bekanntgeben, daß bei nochmaliger Beobachtung von Unterhaltungen zwischen städtischen Bediensteten und politischen Häftlingen im Rathaushof jeder mit sofortiger Entlassung zu rechnen habe.⁸¹

Aufbau von deutschen Mittelinstanzen

Stieß die Einsetzung lokaler Verwaltungen schon auf erhebliche Schwierigkeiten, gestaltete sich die Einsetzung staatlicher Verwaltungen der Mittelinstanz noch problematischer: Im Gegensatz zum Regierungsbezirk Trier, wo bereits am 20. März Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Steinlein⁸² von den Amerikanern als Regierungspräsident eingesetzt war (weshalb die Vakanz nach der Auflösung des Trierer Regierungspräsidiums in

75 Nachrichten für die Bevölkerung von Andernach Nr. 21 vom 24. April 1945.

76 Ebd. Nr. 24 vom 27. April 1945.

77 Vgl. RESMINI (wie Anm. 64), S. 612-617.

78 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 393. Vgl. auch MAIS, Ende und Anfang (wie Anm. 21), S. 221-225.

79 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 383. Vgl. ferner den Bericht von Obermedizinalrat Dr. Baethge über seine Eindrücke vom Obersteiner Lager vom 9. Oktober 1945 (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 43622, S. 183-185).

80 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 541.

81 LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 69.

82 Vgl. dazu Ulrich SPRINGORUM: Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1947). Berlin 1982 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 88), S. 72, Anm. 5; WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 182, und Paul ARND: Aus der Verwaltungsgeschichte der Bezirksregierung Trier, Trier 1986, Anhang I, Nr. 22.

Bernkastel am 9. März nur ganz kurz war),⁸³ erwies sich die Situation in Koblenz als komplizierter, da hier neben dem Regierungspräsidium ja auch noch das Oberpräsidium seinen Sitz hatte. Anfang April, als in Friesenhagen immer noch eine Koblenzer Restregierung im Amt war, erhielt der frühere Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Hans Fuchs⁸⁴ von der amerikanischen Militärregierung den Auftrag, ein Regierungspräsidium für den Koblenzer Bezirk aufzubauen,⁸⁵ wobei eine förmliche Ernennung zum Regierungspräsidenten von Koblenz aber wohl nicht erfolgt ist. In einem Gespräch mit Dr. Steinlein in Koblenz am 3./4. Mai deutete Dr. Fuchs allerdings an, daß er jetzt *auch mit der vorläufigen Führung des Amtes eines Oberpräsidenten* beauftragt sei,⁸⁶ so daß damit der Eindruck suggeriert wird, als habe er seitdem beide Ämter in Personalunion⁸⁷ ausgeübt, ohne daß sein Zuständigkeitsbereich genauer umschrieben wurde. Tatsächlich hatte am 3. Mai in Koblenz eine Landrätekonzferenz⁸⁸ unter Vorsitz von Dr. Fuchs stattgefunden, die nach Ausweis der Teilnehmerliste Bedeutung über den Regierungsbezirk Koblenz hinaus besaß, obwohl von den Landräten nur die des Koblenzer Bezirks zugegen waren.

Der Aufbau der deutschen Verwaltung in Koblenz konnte von den Amerikanern freilich nicht im gewünschten Umfang gefördert werden, da sie selbst mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und der Auswahl geeigneten Personals für die Militärregierung sowie der Kontrolle der 'Displaced Persons' befaßt waren.⁸⁹ Mehr als anderswo bestanden hier allergrößte Schwierigkeiten, fachlich kompetentes, aber politisch unbelastetes Personal für die deutsche Verwaltung zu finden. Die Amerikaner konnten vornehmlich nur auf die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen zurückgreifen, die der mit der Auswahl betraute amerikanische Oberstleutnant Chaffin als *a little rosy* bezeichnete.⁹⁰ Sie waren in seinen Augen wohl nicht geistig flexibel genug und damit den schwierigen Anforderungen nicht gewachsen.

Mit der Ablösung der Kampftruppen der 1., 3. und 7. US-Armee durch die Besatzungstruppen der 15. US-Armee mit dem XXII. und XXIII. Korps ergab sich freilich

83 BÖHN (wie Anm. 22), S. 2f.

84 Vgl. Franz-Josef HEYEN: Hans Fuchs, in: Walter FÖRST (Hg.): Politik und Landschaft. Köln 1967 (Aus der Landesgeschichte. Rheinisch-westfälische Politiker vor 1933, Bd. 10), S. 169-175; BEZIRKSREGIERUNG KOBLENZ unter Mitarbeit von Hans KÖPPE und Reinhold WEISSENFELS (Hg.): Die Regierungspräsidenten von Koblenz. Koblenz 1983 (Schriftenreihe der Bezirksregierung Koblenz, Bd. 3), S. 82, und ROMEYK, Verwaltungsbeamte (wie Anm. 38), S. 454f.

85 LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 76, S. 22.

86 Vgl. WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 192.

87 Vgl. auch die schwammige Terminologie *President (Oberpresident)* im Bericht von Oberstleutnant Chaffin vom 20. Juni 1945 (WÜNSCHEL [wie Anm. 50], S. 334).

88 LHA Koblenz, Best. 465 Nr. 1. Vgl. hierzu auch die Aufzeichnungen von Regiergungsdirektor Dr. Becker „Neues Beginnen! Oberpräsident a.D. – Regierungspräsident in Koblenz“ (LHA Koblenz, Best. 700,151 Nr. 2, S. 10-15).

89 Vgl. WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 333.

90 Ebd., S. 334.

eine neue Situation.⁹¹ Das XXIII. Korps war bereits am 28. März beauftragt worden, für die Besetzung, Organisation und Verwaltung der Regierungsbezirke Koblenz, Trier, das Saarland, die Pfalz und Rheinhessen Vorbereitungen zu treffen,⁹² und konnte daher spätestens am 25. April das vorgesehene Besatzungsgebiet übernehmen, von dem nur die südpfälzischen Kreise mit der Stadt Speyer zugunsten der 1. Französischen Armee ausgenommen wurden, während dem XXII. Korps aus der Rheinprovinz die nördlichen Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln zugewiesen wurden.

Ende April/Anfang Mai hatte Dr. Fuchs von den Amerikanern den erweiterten Auftrag erhalten, eine deutsche Zivilverwaltung für das ganze Besatzungsgebiet der 15. US-Armee einzurichten,⁹³ was freilich mit der Einsetzung des ehemaligen Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident von Saarland-Pfalz-Süd Hessen am 18. Mai etwas kollidierte.⁹⁴ Dr. Fuchs siedelte dann nach Bad Tönisstein in die Nähe des amerikanischen Stabsquartiers über und wurde am 24. Mai zum Oberpräsidenten des Rheinprovinz-Militär distrikts bestellt,⁹⁵ das mit dem Besatzungsgebiet der 15. US-Armee identisch war. Ihm folgte in Koblenz für nur wenige Tage der frühere Düsseldorfer Regierungsvizepräsident Aloys Castenholz⁹⁶ als Regierungspräsident nach. An jenem 24. Mai unterrichteten die Amerikaner wiederum Dr. Heimerich von anders interpretierten amerikanischen Plänen, nach denen im Gebiet des XXIII. Korps zwei Oberpräsidien – das eine für Saarland-Pfalz-Süd Hessen, das andere für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier – eingerichtet werden sollten,⁹⁷ wo von einer Einbeziehung der beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier in den Rheinprovinz-Militär distrikt hier nun nicht mehr die Rede war. Eine solche Planung wurde ihm allerdings am 3. Juni in Idar-Oberstein von den Amerikanern zur Kenntnis gebracht.⁹⁸ Damit keinesfalls konform wurden Dr. Heimerich am 1. Juni die Regie-

91 Vgl. BÖHN (wie Anm. 22), S. 4. Für Koblenz war ab dem 13./14. April die 54. Flak-Brigade zuständig (WÜNSCHEL [wie Anm. 50], S. 271), so daß eine Truppenreduzierung von 14.000 auf 8.000 Soldaten stattfand (WÜNSCHEL, S. 285). Am 20. bis 26. Mai wurde die 54. Flak-Brigade durch die 66. Infanterie-Division ersetzt (WÜNSCHEL, S. 286), die am 7. Juni nach Marseilles verlegt wurde. An ihre Stelle trat die 35. Infanterie-Division (WÜNSCHEL, S. 289). Vgl. auch LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 759, S. 63.

92 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 754, S. 17, und WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 270.

93 Vgl. die Aufzeichnungen von Regierungsdirektor Dr. Becker „Verwaltung des Rheinlandmilitär distrikts. Wirklichkeit und Planung“, „Oberpräsident Dr. Fuchs wird zum 'Oberpräsidenten des Rheinlandmilitär distrikts' berufen“ und „Bonn, Sitz der 'Regierung' des Rheinland-Militär distrikts“ (LHA Koblenz, Best. 700,151 Nr. 2) und BÖHN (wie Anm. 22), S. 8.

94 Vgl. WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 46f. Schon die Amtsbezeichnung „Oberpräsident“ bereitete einige Schwierigkeiten, da bekanntlich Dr. Heimerich als Oberregierungspräsident fungierte und dadurch nur schwer eine Hierarchie zum Ausdruck gebracht werden konnte.

95 Vgl. BÖHN (wie Anm. 22), S. 8.

96 Ebd., S. 9, und Die Regierungspräsidenten von Koblenz (wie Anm. 84), S. 83. Unter dem Vorsitz von Castenholz trat am 29. Mai 1945 in Koblenz eine Landrätekonzferenz zusammen (LHA Koblenz, Best. 465 Nr. 1).

97 Vgl. WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 93f.

98 Ebd., S. 98.

rungsbezirke Trier und Koblenz mit Wirkung vom 1. bzw. 8. Juni in einem Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar unterstellt.⁹⁹ Das unterschiedliche Datum der Unterstellung mag seinen Grund in den Schwierigkeiten der Besetzung des Postens des Koblenzer Regierungspräsidenten haben, wo am 13. Juni mit der Amtseinführung des ehemaligen Altenkirchener Landrats Dr. Wilhelm Boden¹⁰⁰ endlich ein Schlußpunkt gesetzt wurde.

Als anläßlich einer Besprechung der Regierungspräsidenten am 21. Juni im Oberregierungspräsidium in Neustadt Dr. Steinlein auf Erlasse von Oberpräsident Dr. Fuchs an ihn hinwies, war die Verwirrung über die Verwaltungsstrukturen und Kompetenzen komplett. Ein deshalb sofort herbeigeführtes Telefonat mit dem Kommando der 15. US-Armee ergab dann jedoch, daß Dr. Fuchs keine Zuständigkeit im Bereich des XXI-II. Korps mehr besitze.¹⁰¹

Dieser Sachverhalt wurde dem Koblenzer Regierungsvizepräsidenten Dr. Sommer nochmals in einem Gespräch am nächsten Tag in Neustadt von Dr. Heimerich ausführlich dargelegt, da bei der Besprechung vom Vortag kein Vertreter der Koblenzer Regierung zugegen war.¹⁰² Er betonte dabei, daß *die Amerikaner ... über das Hereinregieren von Oberprä. Fuchs sehr aufgebracht seien. Der Zusammenhang der Rheinprovinz sei im Hinblick auf die verschiedenen Besatzungsmächte „erledigt“. Die Verwaltung der Provinz sei eine rein militärische Angelegenheit ... Das Unternehmen Fuchs von Aachen bis Neustadt ist ganz falsch, ist einfach zu groß.*

Diese Klarstellung war deshalb so außerordentlich wichtig, weil genau zur fraglichen Zeit das Besatzungsgebiet des XXII. US-Korps, also die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln, in die Hoheit der Briten übergeleitet und Dr. Fuchs von diesen am 20. Juni zum „Oberpräsidenten der Nord-Rhein-Provinz“ mit Wirkung vom

99 Ebd., S. 84.

100 Vgl. BÖHN (wie Anm. 22), S. 9, und WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 204-207, sowie LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 17-23. Zu biographischen Angaben vgl. Franz-Josef HEYEN, Wilhelm Boden (1890-1961). Erster Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, in: Rheinland-Pfalz entsteht (wie Anm. 22), S. 185-196; Karl Martin GRASS, Politiker-Porträts, in: Peter HAUNGS (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986, S. 259-261; Die Regierungspräsidenten von Koblenz (wie Anm. 84), S. 84f.; ROMEYK, Verwaltungsbeamte (wie Anm. 38), S. 361. Dr. Boden wurde zwar erst am 13. Juni offiziell in sein Amt eingeführt, hatte dies aber schon am 6. Juni angetreten und am 9. Juni die Beamten und Angestellten der Regierung in einer kurzen Ansprache begrüßt (LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 48, S. 1f.). Als Dr. Heimerich ihm mit Schreiben vom 20. Juni 1945 die kommissarische Wahrnehmung der Aufgabe übertrug, glossierte Dr. Boden dies am Rand mit *Unsinn* (LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 29).

101 Vgl. WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 102f. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 700,134 Nr. 1. Es dürfte sich bei den von Dr. Steinlein genannten Erlassen u.a. wohl um einen Erlaß von Dr. Fuchs vom 15. Juni betr. Organisation der Abteilung Landwirtschaft beim Oberpräsidenten des Rheinprovinz-Militärdistrikts (LHA Koblenz, Best. 442 Nr. 16339) gehandelt haben. Noch am 20. Oktober erreichte im übrigen ein Erlaß des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz die Trierer Bezirksregierung (LHA Koblenz, Best. 442 Nr. 16608).

102 Vgl. LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 273

Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar

Bulletin No. 2

To the People of the Regierungsbezirke Pfalz, Saarland,
Rheinhausen, Trier and Koblenz.

Fellow Countrymen!

We all know that we have suffered immense losses by the war of the Nazis. Hitler exhausted our soil and drained our vitality in order to make shells. Now the shells have been spent, and we are left impoverished.

We want to live, however, and therefore we must work. We cannot rest now. Our main task will be to preserve living men from starvation and cold in the coming winter. In the ruined towns bread and fats are lacking; in the country there is a shortage of fertilizers, livestock and the like; and everywhere we are in need of coal for railways and factories.

We belong together. Workers in chemical industries cannot produce fertilizers without having anything to eat; and there cannot be a good crop of cereals if farmers do not get fertilizers. No machine will be built or repaired if workmen have no pith in their bones; and no sheaf will be thrashed if machines do not run. **There will be no coal without bread and no bread without coal.**

Therefore, he who takes care of others takes care of himself. He who thinks only of himself is digging his own grave. He who thinks only of the moment acts as the Nazis did.

No one must wait for the other; rather everybody must put confidence in one other: the worker in the farmer, and the farmer in the worker. And we on our part put confidence in your understanding.

Farmers! Every bushel of corn and every pint of milk which you do not deliver means that you will deprive yourself of other necessities. If you continue to deliver insufficient quantities soon you will have no coal, no electricity, no fertilizers. Thus you will bring your own farms to ruin.

Workers! Perhaps you are tired and weary, but certainly much work awaits you in the coming winter. But in the long run none of you will be able to be self-sufficient. If you do not go immediately to the pits, factories and building sites, you all will starve with your children in the winter. Nothing can be achieved if nothing is done. Every ton of coal you do not mine now, will be lacking for the railways; and if railways do not run no food can be delivered to your door.

Every individual bears a responsibility. Every individual must answer for it in order that we survive this winter. If we survive we shall have achieved much; we shall have saved our lives.

The Oberregierungspräsidium
Mittelrhein-Saar
Dr. Heimerich.

Mitteilung Nr. 2

An die Bevölkerung der Regierungsbezirke Pfalz,
Saarland, Rheinhausen, Trier und Koblenz.

Landsleute!

Wir wissen nun alle, daß wir durch den Krieg der Nazis Ungeheures verloren haben. Hitler hat unseren Boden und unsere Lebenskraft ausgezogen, um Granaten zu drehen. Die Granaten sind verschossen. Wir sind arm zurückgeblieben.

Aber wir wollen leben, und darum müssen wir arbeiten. Wir können uns jetzt nicht ausruhen. Es geht darum lebendige Menschen vor dem Tode durch Hunger und Kälte im kommenden Winter zu bewahren. In den Ruinen-Städten fehlen Brot und Fett, auf dem Lande mangelt es an Dünger, Nutzvieh und anderem, für die Bahnen und Fabriken brauchen wir Kohlen.

Wir gehören zusammen. Der Chemiarbeiter kann keinen Dünger herstellen, wenn er nichts zu essen kriegt, und das Korn gerät nicht, wenn der Bauer keinen Dünger bekommt. Keine Maschine wird gebaut oder ausgebessert, wenn die Arbeiter keine Kraft im Leibe haben, und keine Garbe wird gedroschen, wenn die Maschine nicht läuft. **Keine Kohle ohne Brot und kein Brot ohne Kohle.**

Wer also für den Anderen sorgt, sorgt für sich selbst. Wer nur an sich allein denkt, gräbt sich selbst sein Grab. Wer nur an den Augenblick denkt, handelt wie die Nazis und die Bankrotteure.

Keiner darf auf den Anderen warten. Aber jeder muß dem Anderen vertrauen, der Arbeiter dem Bauern und der Bauer dem Arbeiter. Und wir vertrauen auf Eure Einsicht.

Bauern! Jedes Kilo Korn, jeder Liter Milch, den Ihr nicht abliefern, wird am Ende in anderer Form Euch selber fehlen. Wenn Ihr weiterhin ungenügend abliefern, werden Kohle, Strom und Dünger bald ausbleiben. So bringt Ihr schließlich Eure eigenen Höfe in Gefahr.

Arbeiter! Vielleicht braucht Euch heute noch kein Geld, und gewiß haben viele in Haus und Garten zu tun. Aber keiner von Euch kann sich lange allein ernähren. Wenn Ihr nicht sogleich zur Grube, zur Fabrik und zur Baustelle geht, so werdet Ihr alle mitsamt Euren Kindern im Winter darben. Von nichts kommt nichts. Jede Tonne Kohle, die Ihr jetzt nicht abbaut, fehlt der Bahn, und wenn die Bahn nicht fährt, bringt sie auch nichts zu essen.

Auf jedem Einzelnen ruht die Verantwortung. Jeder Einzelne haftet dafür, daß wir diesen Winter überstehen. Wenn wir ihn überstehen, werden wir sehr viel erreicht, werden wir unser **Leben gerettet** haben.

Das Oberregierungspräsidium
Mittelrhein-Saar
Dr. Heimerich.

Mitteilung Nr. 2 des Oberregierungspräsidenten Dr. Heimerich der Provinz Mittelrhein-Saar über die Versorgung der Bevölkerung, ca. Juni 1945 (LHA Koblenz, Best. 712 Nr. 2573)

21. Juni ernannt worden war.¹⁰³ Dr. Heimerich ging nun davon aus, daß sich an der amerikanischen Besatzungsgewalt für das Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar nichts ändere, da es, wie er sich ausdrückte, vorläufig nicht danach aussehe, *daß die Franzosen an die Stelle der Amerikaner kämen*.¹⁰⁴

Somit hatte die Grenze zwischen dem XXII. und XXIII. US-Korps einen ganz unmittelbaren Einfluß auf die Grenzziehung zwischen den Besatzungszonen und die späteren Landesgrenzen, indem sie spätere Entwicklungen praktisch vorwegnahm. Wenngleich das alte Oberpräsidium der Rheinprovinz jetzt endgültig abgeschafft war, versuchte Dr. Fuchs am 28. Juni in einer Denkschrift¹⁰⁵ an das Hauptquartier der britischen Militärregierung der Nord-Rheinprovinz den ehemaligen Zustand zu retten und erhob schwere Bedenken gegen ihre Aufteilung, da sie nur *Siechtum und Tod* für die beiden Teilgebiete bedeuten könne. Seinem Versuch war jedoch kein Erfolg beschieden.

Unter französischer Verwaltung

Die Lage hinsichtlich des Fortbestandes der amerikanischen Besatzungszone hatte Dr. Heimerich allerdings völlig falsch eingeschätzt, denn nur wenige Tage später trafen sich am 2. Juli im Hauptquartier der 15. US-Armee in Bad Neuenahr Stabsoffiziere der 6. Armee-Gruppe und des XXIII. Korps auf amerikanischer Seite und der 1. Armee, des II. Korps sowie anderer Einheiten auf französischer Seite und vereinbarten das Verfahren der Überleitung der Befehlsgewalt auf die Franzosen in ihrer Besatzungszone,¹⁰⁶ wobei bemerkenswerterweise nur ganz wenige Befehle schriftlich fixiert wurden.¹⁰⁷ Dem französischen Wunsch, daß die Amerikaner ihnen *due to a skeleton staff* noch für kürzere Zeit hilfreich zur Seite stehen sollten, wurde dabei entsprochen.¹⁰⁸ Die Amerikaner zeigten sich ziemlich verwundert über die Planlosigkeit und mangelnde Koordinierung in der französischen Armee. So mußte der französische Verbindungsoffizier Leutnant George Ragache vom II. Korps erhebliche Verwirrungen in der französischen Kommandostruktur eingestehen, aufgrund derer ihm beispielsweise nicht der Name seines kommandierenden Generals gegenwärtig war.¹⁰⁹ Ohnehin war das Einrücken der Franzosen in ihre Besatzungszone nur durch massive amerikanische

103 Vgl. Wolfgang HÖLSCHER, Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4,5), Düsseldorf 1988, S. 137-139, und Beate DORFEY, Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung (Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der Rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland, Bd. 8), Köln 1993, S. 117.

104 LHA Koblenz, Best. 700,155 Nr. 1, S. 274.

105 Vgl. HÖLSCHER (wie Anm. 103), S. 140-145.

106 Vgl. BROMMER, Quellen (wie Anm. 66), S. 14-20.

107 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 563.

108 Ebd., S. 565.

109 Ebd., S. 566.

Unterstützung möglich, indem sie den Franzosen genügend Transportmittel hierfür bereitstellten.¹¹⁰

Bis zum 10. Juli hatten die Franzosen dann aber ihr Besatzungsgebiet übernommen und dabei von den Amerikanern Unterlagen über die deutschen Verwaltungen, die 'Displaced Persons' und die Internierungslager erhalten.¹¹¹ Damit begann ein neuer Abschnitt, der von der deutschen Bevölkerung mit größter Skepsis betrachtet wurde, da man allgemein von einer beträchtlichen Verschlechterung der Lebensumstände ausging.

Die bösen Ahnungen sollten sich zunächst auch bestätigen: Am 9. August mußte der Koblenzer Oberbürgermeister dem Regierungspräsidenten berichten,¹¹² daß *das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Besatzung ... in der letzten Zeit manches zu wünschen übriglasse*, um am 2. September noch deutlicher zu werden und darauf hinzuweisen, daß sich *in der letzten Zeit in der Bevölkerung eine antifranzösische Stimmung bemerkbar mache*.¹¹³ Die Franzosen ließen gleich zu Beginn der Besatzung die deutsche Bevölkerung sehr deutlich spüren, wer Herr im Hause war. Mit Plakatanschlag wurde in Koblenz von der Militärregierung als Vergeltungsmaßnahme eine Ausgehsperrung vom 21. auf den 22. und vom 22. auf den 23. Juli verhängt, da *nazistische Elemente und Unruhestifter ... aufreizende, gegen die Besatzung gerichtete Inschriften angebracht und eine Anzahl von der Militärregierung angebrachten Plakate zerrissen hätten*.¹¹⁴ In einer Rundverfügung vom 26. Juli mußte Oberbürgermeister

110 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 755, S. 571 und Nr. 756, S. 574, 578.

111 LHA Koblenz, Best. 717 Nr. 756, S. 574 und Nr. 755, S. 311. Vgl. auch WÜNSCHEL (wie Anm. 50), S. 291f. u. 302.

112 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 130.

113 Ebd., S. 136.

114 Abbildung bei: Rainer HUDEMANN, Zur Politik der französischen Besatzungsmacht, in: Rheinland-Pfalz entsteht (wie Anm. 22), S. 43. Vgl. hierzu auch den Aufruf von Oberbürgermeister Kurth im Amtlichen Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz Nr. 5 vom 28. Juli 1945 (wie Anm. 57). Zur Grundlage für das Verbot und die Strafe vgl. BROMMER, Quellen (wie Anm. 66), S. 24. Zu weiteren Sanktionen vgl. ders., Aspekte zur französischen Besatzungspolitik im Rheinland 1945-1949, in: Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 134f. Im Bericht des Landrats von Zell an Oberpräsident Dr. Boden vom 3. April 1946 zeigt sich sehr deutlich eine positive Wendung im gegenseitigen Verhältnis (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45519): *In den Nachtstunden des 1.4.1946 nach Beginn der Sperrstunde kamen zwei Trabener junge Leute von einer Feier im angetrunkenen Zustand an einem französischen Militärposten vorbei. Der Militärposten ersuchte sie, bis zur Ablösung der Wache bei ihm stehen zu bleiben. Die jungen Leute widersetzten sich dem, fielen den Posten an und suchten ihm das Gewehr zu entwenden. Bei dem Handgemenge löste sich ein Schuß und drang dem Soldaten in den Oberschenkel. Die jungen Leute gingen flüchtig. Die französische Militärregierung verhängte über den Stadtteil Traben eine vollständige Sperre, so daß auch die Überquerung der Mosel nicht mehr möglich war. Die sofort eingesetzte deutsche Gendarmerie nahm die Untersuchung des Falles auf, und es gelang ihr, nach wenigen Stunden die Übeltäter zu verhaften. Am Nachmittag des gleichen Tages versuchte ein Nachen*

Kurth alle deutschen Angestellten in Uniform oder durch Armbinde gekennzeichnet auf die Grußpflicht gegenüber allen französischen Regimentsfahnen, den Fahnen an öffentlichen Gebäuden, den mit Ständer ausgestatteten Wagen der Generale und des Stadtkommandanten von Koblenz und allen Offizieren in Uniform sowie auf die Pflicht zur Ehrenbezeugung beim Abspielen der französischen Nationalhymne hinweisen.¹¹⁵

Das gesamte öffentliche Leben wurde nun komplizierter und erheblich bürokratischer. Hatten die Amerikaner noch am 5. Juli die in Kürze bevorstehende Einsetzung eines Bürgerrats¹¹⁶ bekanntgegeben, der in Form eines Ernährungsausschusses¹¹⁷ zunächst ohne ihr Wissen, dann aber mit ihrer stillschweigenden Billigung bereits seit Anfang April tätig war, teilte Oberbürgermeister Kurth am 21. Juli mit, die französische Militärregierung habe *die Bildung eines antifaschistischen Bürgerrats genehmigt, der das Bindeglied zwischen der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung sein und diese bei der Lösung ihrer Aufgaben beraten und helfend unterstützen solle*.¹¹⁸ Es dauerte dann jedoch noch ein ganzes Vierteljahr, bis er am 26. Oktober in Anwesenheit des Regierungspräsidenten Dr. Boden und des Stadtkommandanten Major Loudig endlich als erste derartige Institution im Koblenzer Regierungsbezirk während der französischen

gegen das Verbot der Militärregierung die Mosel zu überqueren. Die Insassen, ein junger Mann und ein junges Mädchen, wurden vom französischen Militär beschossen. Dabei wurde das 15-jährige Mädchen so verletzt, daß es kurze Zeit darauf verstarb. Es stellte sich heraus, daß es sich um die Tochter des französischen Majors aus Traben handelt. Am darauffolgenden Tag erklärte mir der Kreisdelegierte, daß er mit Rücksicht auf die gute Arbeit der deutschen Gendarmerie und Polizei die Sanktionen aufgehoben habe. Er forderte mich auf, das der Bevölkerung bekannt zu geben mit dem ausdrücklichen Hinweis des Anerkennnisses für die Polizei.

115 LHA Koblenz, Best. 517,1 Nr. 69.

116 Frankfurter Presse (wie Anm. 49), Nr. 12 vom 5. Juli 1945, S. 2.

117 Ministerpräsident Altmeier schildert in einem längeren Interview 1974 seine Tätigkeit in diesem Ernährungsausschuß (LHA Koblenz, Best. 700,169 Nr. 241, S. 11-15). Vgl. dazu auch Peter BROMMER: Rheinland-Pfalz. Peter Altmeier, in: Walter MÜHLHAUSEN/Cornelia REGIN (Hg.): Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Melsungen 1991, S. 274f.

118 Amtlicher Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz (wie Anm. 57), Nr. 3 vom 21. Juli 1945; vgl. auch Hans Josef SCHMIDT: Formierung der Parteien in Koblenz, in: Rheinland-Pfalz entsteht (wie Anm. 22), S. 107, und Kurt WEITZEL: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947, Mainz 1989, S. 56 und 326, Anm. 86. In Oberlahnstein war nach freundlicher Auskunft von Herrn Dr. Seibert (München) bereits ab dem 12. April ein Bürgerrat tätig (Sta Lahnstein, unverzeichnete Akte). Für die Situation in Andernach vgl. HEYEN, Freiheit (wie Anm. 44), S. 312f.; in Bad Kreuznach vgl. KNEIP (wie Anm. 72), S. 261-271, und in Bad Neuenahr-Ahrweiler vgl. Hubert RIECK, Der Neubeginn des politischen Lebens im Kreis Ahrweiler 1945-1947, in: Kreis Ahrweiler unter dem Hakenkreuz. Die politische und wirtschaftliche Situation vor 1933, die nationalsozialistische Diktatur 1933 bis 1945, die politischen Konsequenzen nach dem Zusammenbruch 1945 (Studien zur Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2), Bad Neuenahr-Ahrweiler 1989, S. 324.

Bekanntmachung

bezüglich der Verpflichtung von deutschen Arbeitskräften
für besonders vordringliche Arbeiten, insbesondere den
friedensmäßigen Wiederaufbau innerhalb
des Regierungsbezirks Koblenz

Die gewaltigen Zerstörungen, die der Krieg in der Stadt Koblenz und in anderen Teilen des Regierungsbezirks durch die Vernichtung von Städten, Dörfern, Brücken, Verkehrswegen, Eisenbahnen und lebenswichtiger Anlagen verursacht hat, müssen durch den **tatkräftigen Einsatz** sämtlicher arbeitsfähigen Personen beseitigt werden. Allen Arbeiten voran steht der friedensmäßige Wiederaufbau. Für den Wiederaufbau sind vordringlichst Fachkräfte aller Art notwendig.

Um die einzelnen Baustellen und Plätze mit den erforderlichen Arbeitskräften versorgen zu können, wird folgende Anordnung erlassen:

- 1) Die Arbeitsämter sind berechtigt, für unaufschiebbare vordringliche Arbeiten deutsche Personen zu verpflichten.
- 2) Die Verpflichtung von Arbeitskräften erstreckt sich sowohl auf Nichtbeschäftigte als auch auf Beschäftigte.
- 3) Die Verpflichtung erfolgt entweder für einen gewissen Zeitraum oder auf Widerruf. Das hierdurch geschaffene Arbeitsverhältnis darf nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes gelöst werden.
- 4) Wer einer vom Arbeitsamt ausgesprochenen Verpflichtung nicht nachkommt, hat nicht nur mit dem Entzug der Lebensmittelkarten zu rechnen, sondern wird auch mit Gefängnis bestraft.

Koblenz, den 1. August 1945

Der Regierungspräsident

Dr. Boden

Bekanntmachung des Koblenzer Regierungspräsidenten Dr. Boden über die Verpflichtung von Arbeitskräften zum Wiederaufbau vom 1.8.1945 (LHA Koblenz, Best. 712 Nr. 2415)

Besatzungszeit seine Tätigkeit aufnehmen konnte. In fünf weiteren Sitzungen bis zum 5. September 1946 wurden hier wichtige Lebensfragen der Stadt erörtert.¹¹⁹ An diesem Beispiel läßt sich sehr gut der entscheidende Unterschied zwischen der amerikanischen und der französischen Militärverwaltung aufzeigen: Die Amerikaner erklärten ihre bürokratische Absicht zur Einrichtung eines Bürgerrats, der faktisch schon längst bestand, während die Franzosen zunächst etwas genehmigten, die praktische Umsetzung dann aber torpedierten, da sie im Gegensatz zu den anderen Alliierten in der Zulassung politischer Parteien zögerlicher waren und in den Bürgerräten eine parteipolitische Betätigung sahen.

Die Stadt Koblenz wurde angesichts der enormen Kriegszerstörungen vor allem in der Innenstadt vor das Problem der Wohnungsbeschaffung für die wieder aus der Evakuierung nach Thüringen Heimkehrenden oder aus der Kriegsgefangenschaft Entlassenen gestellt. Bereits am 10. April 1945 wies die Verwaltungsstelle Ehrenbreitstein Bürgermeister Lanthers darauf hin, es sei dringend nötig, Klein- und Kleinstwohnungen herzurichten, *um den schon jetzt einsetzenden Strom der zurückkehrenden Evakuierten ... einweisen zu können*.¹²⁰ Als Auffangstätten wurden mit Zustimmung der Pfarrer Metzdorf und Winterberg das Brüderhaus, das Waisenhaus und das Evangelische Stift ausgewählt.¹²¹ Das war freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, so daß mit einer Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz am 21. Juli die Notbremse gezogen werden mußte:¹²²

*Mit Zustimmung der französischen Militärregierung Koblenz und des Herrn Regierungspräsidenten wird ab sofort der Zuzug und die Rückwanderung in das Gebiet des Stadtkreises Koblenz gesperrt ... Binnen wenigen Wochen ist die Einwohnerzahl der Stadt auf über 40.000 Einwohner, der tägliche Zuwachs auf 250-300 Personen gestiegen. Die Militärregierung mußte außerdem am 13. August ein Schiedsgericht einsetzen, das Streitfälle zwischen den Wohnungseigentümern und jetzigen Bewohnern regeln sollte.*¹²³ Da trotz des Zuzugsverbots täglich mehr als 100 Personen nach Koblenz drängten, wurde eine erneute Evakuierung von ca. 8.000 Menschen auf die umliegenden Landkreise ins Auge gefaßt, die sich dagegen jedoch mehr oder weniger deutlich sträubten.¹²⁴

119 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218.

120 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 8924.

121 Ebd.; vgl. auch Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 8103, S. 213.

122 Amtlicher Anzeiger für den Stadt- und Landkreis Koblenz (wie Anm. 57), Nr. 3 vom 21. Juli 1945. Vgl. auch den Bericht des Koblenzer Oberbürgermeister an den Stadtkommandanten vom 21. Juli 1945: *Die Unterbringung durch weiteren Zuzug von Koblenzer Bürgern aller Berufe ist in dem Stadtkreis Koblenz fast unmöglich geworden, da keinerlei Wohnmöglichkeiten in der fast 80% zerstörten Stadt mehr vorhanden sind* (Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6709, S. 13). Vgl. ferner den Art. „Heimkehr und Evakuierung“, in: Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 14. Mai 1946, S. 3.

123 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45522.

124 Vgl. hierzu den Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters vom 2. September 1945 (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 137): *Bis jetzt ist die Erfahrung gemacht worden, daß der Kreis St. Goar sich gegen den Zuzug der Evakuierten sperrt. Koblenz-Land*

Die Situation wurde freilich noch prekärer, als im November aufgrund einer Anordnung des Alliierten Kontrollrats ein Flüchtlingsaustausch zwischen den Besatzungszonen herbeigeführt werden sollte. Auf einer Konferenz der Landräte und Sachbearbeiter für Umquartierung in Koblenz am 23. November wurde daher beschlossen, auch Personen, die monatelang nicht gearbeitet, jetzt aber schnell eine Arbeitsstelle gesucht und gefunden hätten, müßten *Koblenz in kürzester Frist verlassen*.¹²⁵ Die praktische Umsetzung der Beschlüsse war aber schwieriger als erwartet, da beispielsweise am 29. November die Stadt den Regierungskommissar für Umquartierung, Dr. Junges, darauf hinwies, er solle sein Hauptaugenmerk mehr auf die Umquartierung der in Koblenz Wohnenden legen, die die Stadt wegen der Gesundheitsschädlichkeit der Wohnungen und wegen mangelnder Arbeit verlassen müßten, als sich um die aus Thüringen Zurückkehrenden zu kümmern.¹²⁶ Ohnehin waren die Fortschritte der Umquartierung nur bescheiden. So konnten in der letzten Novemberwoche nur 175 Familien mit insgesamt 461 Personen umgesiedelt werden, weil nicht mehr Transportmöglichkeiten zur Verfügung standen.¹²⁷ Aber auch in Fällen völliger Übereinstimmung zwischen Stadt und Dr. Junges traten mitunter überraschende Schwierigkeiten auf. So scheiterte beispielsweise die von der Polizei als unbedingt notwendig angesehene Umquartierung einer Frau, deren Wohnung mehr *einem Freudenhaus* glich, daran, daß es ihr gelang,

könnte auch noch mehr Rückwanderer aufnehmen. In einer Verfügung vom 14. September 1945 teilte Regierungspräsident Dr. Boden den Landräten und dem Oberbürgermeister von Koblenz mit, daß *alle in Koblenz wohnenden Personen, die sich in gesundheitlich unzureichenden Wohnungen aufhalten, auf dem Lande unterzubringen sind ... Aktion muß ... auf alle Landkreise des Regierungsbezirks ausgedehnt werden ... Von den unterzubringenden 6000 bis 8000 Personen entfallen auf jeden Landkreis je nach Größe 300-500* (LHA Koblenz, Best. 930 Nr. 3036). Der Amtsarzt in Koblenz sah am 26. November 1945 ebenfalls größte Gefährdungen in seuchen-hygienischer Hinsicht durch die Rückführung von 40.000-50.000 Menschen aus Thüringen (ebd.).

- 125 Ebd. Vgl. auch Michael SOMMER, Flüchtlinge und Vertriebene in Rheinland-Pfalz. Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 15), Mainz 1990, S. 61-63. So wandte sich beispielsweise am 20. April 1946 die Stadt Koblenz an den Regierungsbefehlsträger für Umquartierung (LHA Koblenz, Best. 930 Nr. 4239): *Der Kriegsbeschädigte J.S., geb. 17.10.25, ist arbeits- und obdachlos in Koblenz, z.Zt. im Bahnhofsbunker untergebracht. Um völlige Verwahrlosung zu verhüten, ist Evakuierung dringend notwendig. Ich bitte, ihn deshalb möglichst bald umzuquartieren. Zu erreichen ist S. über den Caritas-Verband, Hindenburgstraße 10.* In der Zeit vom 15. Oktober bis 31. Dezember 1945 wurden 2.833 Personen aus der Stadt Koblenz in umliegende Landkreise evakuiert, wobei diese Zahl allerdings durch zurückkehrende Kriegsgefangene etc. wieder vollkommen kompensiert wurde. Zusätzlich wurden 3.182 aus Thüringen zurückkehrende Personen umgeleitet (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 4). Vgl. auch Art. „Die Lage der Koblenzer Evakuierten“, in: Rheinischer Merkur Nr. 41 vom 2. August 1946, S. 5.

- 126 LHA Koblenz, Best. 930 Nr. 4240.

- 127 Ebd.

von einem französischen Oberleutnant zu seiner Damenschneiderin erklärt zu werden.¹²⁸

Die eben angesprochenen Transportschwierigkeiten hatten für den Wiederaufbau der Stadt weitreichende Folgen:¹²⁹ Diese benötigte im September 1945 mindestens 1 Million Quadratmeter Dachpappe. Ca. 150 Tonnen Rohpappe, das sind umgerechnet ca. 350.000 Quadratmeter, hätten von der Feldmühle in Oberlahnstein gegen Lieferung von 150 Tonnen Nußkohle beschafft werden können, da die Feldmühle nur noch einen Vorrat von 20 Zentnern Kohlen hatte und deshalb den Betrieb bald hätte einstellen müssen. Da Koblenz im August aber nur 7 Waggon Brennstoff erhalten hatte, konnte das Tauschgeschäft nicht direkt, sondern erst später getätigt werden.¹³⁰ Im Gegensatz zu den Monaten April bis Juni, wo der Stadt monatlich 60.000 Liter Benzin zugeteilt worden waren, hatte Koblenz im September nur 12.000 Liter erhalten, so daß die Stadt dadurch nicht in der Lage war, größere Transporte mit Lastwagen durchführen zu lassen, da das Benzin angeblich für den Betrieb der 28 mit neuer Lizenz fahrenden Personenwagen gebraucht wurde. Von den vorhandenen 11 Benzin-, 36 Diesel- und 25 Generatorlastwagen waren ohnehin nur ca. 40 Wagen einsatzbereit. Oberbürgermeister Kurth wies deshalb am 2. September den Regierungspräsidenten darauf hin, daß diese geringen Kapazitäten für den Wiederaufbau der Stadt völlig unzureichend wären, zumal hier auch im Gegensatz zu den Landkreisen keine anderen Transportmöglichkeiten wie Pferde- und Ochsenbespannen vorhanden seien. Die Straßen würden zwar unter Einsatz starker Kriegsgefangenenkolonnen von Trümmern befreit, doch der Wegtransport des Schutts könne wegen der angesprochenen Schwierigkeiten nicht erfolgen, so daß der Schutt in die zerstörten Häuser geworfen werden müsse.¹³¹

Eine Besserung der Wohnungssituation trat nicht ein, vielmehr mußte Oberbürgermeister Schnorbach am 1. Juli 1946¹³² heftige Klage darüber führen, daß sich die

128 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 5715.

129 Vgl. dazu den Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters vom 2. September 1945 (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 138f.).

130 Im Lagebericht des Koblenzer Oberbürgermeisters vom 5. Januar 1946 wurde auf *eine geringe Besserung durch die Beschaffung von Dachpappe* hingewiesen (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45459, S. 4).

131 Regierungspräsident Dr. Boden hatte wegen des angesprochenen Engpasses im Fuhrpark die einzelnen Kreisverwaltungen aufgefordert, der Stadt Koblenz Autos zur Verfügung zu stellen. Am 26. September 1945 mußte jedoch dem Koblenzer Oberbürgermeister berichtet werden, daß vor mehreren Wochen für ausgefallene Autos von der Fahrbereitschaft fünf Holzgas-LKW's gestellt worden seien, von denen jedoch zwei nach kurzer Zeit wieder ausgefallen seien (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 44907). Vgl. hierzu auch den Art. von Oberbaurat Kockartz: Das Problem der Städte. Beseitigung oder Verwertung von Bau-trümmern?, in: Rheinischer Merkur Nr. 11 vom 18. April 1946, S. 5.

132 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 239. Vgl. ferner Best. 441 Nr. 45360, S. 163-165 und Nr. 45361, S. 229 sowie Art. „Koblenzer Zwischenbilanz. 300 Häuser im Werte von 65 Millionen Mark werden instand gesetzt“, in: Rheinischer Merkur Nr. 5 vom 29. März 1946, S. 5. Ein Gespräch des Oberpräsidenten, des Koblenzer Regierungspräsidenten, des Oberbürgermeisters, Vertretern des Bürgerrats und je zwei Mitgliedern der drei politischen Parteien mit Gouverneur Hettier de Boislambert am 2. August 1946 brachte aller-

Wohnungsnot aufgrund der enormen Anforderungen der Besatzungsmacht unerträglich steigern. Die Bevölkerung wäre sehr verbittert, zusätzlich zur Beschlagnahmung der Wohnung durch die Franzosen auch noch den Hausrat zu verlieren, zumal diese in Bad Ems ja schöne Wohnungen für ihre Familien hätten. Um es in Zahlen auszudrücken: Vom 1. April 1946 bis zum 28. Februar 1947 wurden von den Franzosen in Koblenz 28 Häuser, 324 Wohnungen, 212 Zimmer, 5 Gaststätten, 16 Garagen, 14 Ladenlokale, 2 Gärten, 3 Tankstellen, 3 Lagerräume und 4 Schulräume beschlagnahmt.¹³³ Am 14. Juli 1947 hatte sich die Lage weiter verschlechtert, denn zu diesem Zeitpunkt betrug der gesamte Wohnraum einschließlich Kellerwohnungen und Ruinenbehausungen bei 21.500 Haushalten nur 12.260 Wohnungen, von denen wiederum 952 Wohnungen beschlagnahmt waren, so daß demnach noch 11.308 Wohnungen für die deutsche Bevölkerung übrigblieben.¹³⁴ Am 17. November 1947 mußte das städtische Wohnungsamt dann voller Resignation feststellen:¹³⁵ *Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Zahl der verfallenden Wohnungen um ein Bedeutendes erhöht, da in baulicher Hinsicht gegen den Verfall nichts getan wird. Man kann so von einer ständigen Verminderung des vorhandenen Wohnraumbestandes sprechen. Die wenigen in Selbsthilfe hergerichteten Wohnungen werden von der Zahl der ausfallenden Wohnungen übertroffen.* Die Beseitigung der Kriegsschäden im Zuge der Selbsthilfe reichte also überhaupt nicht aus, den dringend benötigten Wohnraum bereitzustellen, der auch den baupolizeilichen und hygienischen Anforderungen genügt hätte, so daß zur Behebung der Wohnungsnot auswärtige Bauarbeiter¹³⁶ eingesetzt werden mußten, für die in Koblenz aber wiederum zusätzliche Unterkünfte zu schaffen waren. Mit seinem Plan, die französische Besatzungsmacht für einen umfassenden Neubauplan zu gewinnen, da sie *die Stadt zu einem bedeutenden Regierungszentrum auszugestalten beabsichtigt*, stieß Oberbürger-

dings keine Änderung (LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1005, S. 167-171). – Die Situation in anderen Orten war ganz ähnlich: So wurde dem Bürgermeister von Boppard in einer Besprechung mit dem dortigen französischen Stadtkommandanten am 8. September 1945 bekanntgegeben, daß verschiedene Familien von Offizieren und Unteroffizieren nach Boppard kämen, *für die komplette Wohnungen zu beschaffen sind. Die meisten Familien haben 2-3 Kinder, 1 Familie – ein Major – hat 6 Kinder. Es werden abgeschlossene Wohnungen gewünscht, wenn es geht, auch Häuser mit mehreren Wohnungen. Vorerst werden benötigt: 12 Offizierswohnungen, bestehend aus Küche, Eßzimmer, Wohnzimmer, 2, wenn nötig, auch 3 Schlafzimmer, Bad, fließendes Wasser, bequem und elegant. 6 Unteroffizierswohnungen, bestehend aus Küche, Wohn- oder Eßzimmer, 2 Schlafzimmer, Bad, fließendes Wasser. Bis morgen 6 Uhr soll angegeben werden, was in der Angelegenheit geschehen ist.* (LHA Koblenz, Best. 618 Nr. 2697).

133 Verwaltungsbericht der Stadt Koblenz für 1946 (Sta Koblenz, Hk 5 Ver, S. 11). Vgl. auch Art. „Räumung von Wohnungen“, in: Rheinischer Merkur Nr. 42 vom 6. August 1946, S. 3, ebenso Nr. 64 vom 22. Oktober 1946, S. 4.

134 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45361, S. 389. Vgl. auch Art. von Oberbaurat Kochartz: Ein neues Koblenz. Betrachtungen zum Aufbau einer Großstadt am Mittelrhein, in: Rheinischer Merkur Nr. 1 vom 15. März 1946, S. 5, und Nr. 2 vom 19. März 1946, S. 3.

135 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6709, S. 154.

136 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 240, und Nr. 45361, S. 229.

meister Schnorbach auf Gegenliebe.¹³⁷ Es kam daher etwas später analog zu Mainz zur Einsetzung eines Zweckverbandes für den Wiederaufbau von Koblenz, da *die Verwicklung der mitspielenden Interessen ... eine vollendete Koordination der verantwortlichen Wiederaufbaudienststellen* erfordere, wie es Generalgouverneur Hettier de Bois Lambert formulierte.¹³⁸

Selbst wenn das Mobiliar noch vorhanden war, gestaltete sich das Leben in den Wohnungen durch erhebliche Mängel in der Hausbrandversorgung als äußerst schwierig, da unzählige Haushalte längere Zeit weder zum Kochen noch zum Heizen den nötigen Brennstoff besaßen.¹³⁹ Auf Anordnung der Militärregierung wurde ab 1. Oktober 1946 zur Einsparung von Kohlen auch den Bäckereien die zugeteilte Menge von 40 bis 45 kg Kohlen pro 100 kg verbackenes Mehl auf 30 kg reduziert.¹⁴⁰ Der Plan, anstelle der Kohle nun Holz zu verwenden, scheiterte jedoch an den bekannten Transportschwierigkeiten.¹⁴¹ So konnte das Brennholz im Stadtwald – dort waren im Januar 1946 mehrere Tausend Raummeter vorhanden – ebenfalls nicht abgefahren werden.¹⁴² Die Wiederherstellung des Gasleitungsnetzes im Stadtgebiet war sehr arbeits- und zeitaufwendig, da immerhin mehr als 2.000 Rohrbrüche zu reparieren waren.¹⁴³

Mitunter stießen die amtlichen Zuteilungsquoten auf ziemliches Unverständnis. In seinem Bericht an die Militärregierung bezeichnete es Oberbürgermeister Kurth am 7. Februar 1946¹⁴⁴ als unverständlich, daß *man der Stadt Koblenz 900 Glühbirnen zuteilt, dafür aber dem Stadtkreis Montabaur 1000 Glühbirnen gibt, da in Montabaur lediglich 3 Häuser beschädigt sind. Ein ähnliches Verhältnis konnte ich bei der Verteilung von Haushaltsartikeln feststellen. Die Stadt Münstermaifeld erhält 1200 kg Haushaltsartikel, während die Stadt Koblenz nur 300 Kilo erhält.* Da seit dem Einmarsch der Amerikaner in Koblenz kein Kleidungsstück mehr ausgegeben werden konnte, was insbesondere für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen äußerst ungünstig war,¹⁴⁵ leitete die Stadt am 11. Februar 1946 anlässlich der bevorstehenden Kommunionfeiern den Antrag von Dechant Homscheid auf Bewilligung von 500 Metern weißen Kleiderstoffs für Mädchen und 400 Metern weißen Stoffs für Jungenanzüge an die

137 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 241.

138 LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1147, S. 8. Vgl. auch Rheinischer Merkur Nr. 50 vom 3. September 1946, S. 3; zum Wiederaufbauplan vgl. auch LHA Koblenz, Best. 663,2 Nr. 183.

139 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45360, S. 167. Vgl. auch Art. „Die Frage der Hausbrandversorgung“, in: Rheinischer Merkur Nr. 41 vom 2. August 1946, S. 5.

140 Rheinischer Merkur Nr. 58 vom 1. Oktober 1946, S. 4.

141 Vgl. Art. „Verhandlungen um Kohle“, in: Rheinischer Merkur Nr. 60 vom 8. Oktober 1946, S. 3.

142 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 5. Am 27. März 1947 berichtete dann der Koblenzer Oberbürgermeister von *einem wilden Raubbau im Stadtwald* (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45361, S. 233).

143 Rheinischer Merkur Nr. 60 vom 8. Oktober 1946, S. 3, und Nr. 74 vom 26. November 1946, S. 3. Vgl. ferner LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 129, Nr. 45359, S. 5, Nr. 45361, S. 235 und 391.

144 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 5715, S. 42.

145 Ebd., S. 65.

Franzosen mit dem durchaus nachvollziehbaren Hinweis weiter, man solle *richtigerweise allgemeinen Kleiderstoff zur Verfügung stellen ..., damit diese Kleider auch in der nachfolgenden Zeit getragen werden können*.¹⁴⁶ Eine Verbesserung war auch hier nicht in Sicht, so daß u.a. am 27. März 1947 Oberbürgermeister Schnorbach die mangelnde Zuteilung von Textilien und Schuhen beklagen mußte, da in den Familien die nach dem Krieg noch verbliebenen Restbestände mittlerweile verbraucht wären. Vielfach könnten Kinder deshalb nicht zur Schule und Erwachsene nicht zur Arbeit gehen.¹⁴⁷

Hatte Oberbürgermeister Kurth noch am 9. August 1945 eine allgemeine, damals noch nicht besorgniserregende Unterernährung konstatiert,¹⁴⁸ die sich sogar am 2. September noch etwas gebessert hatte,¹⁴⁹ mußte am 1. Juli 1946 Oberbürgermeister Schnorbach, nachdem alle Wehrmachtsbestände verbraucht waren, von einer geradezu verzweifelten Situation sprechen, da die Rationssätze derzeit nur noch 600,5 Kalorien pro Tag anstelle der nach internationalen Feststellungen benötigten 1.150 Kalorien betrügen.¹⁵⁰ Einen Artikel in der Rhein-Zeitung vom 7. Oktober, in dem ein Mindestsatz von 2.400 Kalorien gefordert wurde, nahm er deshalb zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß *in Koblenz die Ernährung von diesen Kalorienwerten weit entfernt* sei. Eine gewisse Linderung bedeutete die Schweizer Spende,¹⁵¹ die mit großem Dank angenommen wurde. Allein im Mai 1946 wurde durch sie beispielsweise 1.750 Koblenzer Kindern eine tägliche Schulspeisung ermöglicht. Bis dahin hatten 2.268 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren je ein Lebensmittelpaket mit Zwieback, Kondensmilch, Sardinen und Speisefett erhalten.¹⁵² Außerdem durften sich 250 Jungen und Mädchen in der Schweiz erholen.¹⁵³ Angesichts der Schwierigkeiten erregte es doch einigen Unmut in der Stadt, daß französische Kinder zur Erholung in den Regierungsbezirk Koblenz geschickt wurden,¹⁵⁴ weil dadurch in der Schweiz der falsche Eindruck entstehen könnte, die Not sei in Koblenz gar nicht so groß.

146 Ebd., S. 60.

147 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 46361, S. 231 (vgl. auch Best. 441 Nr. 45360, S. 169). Vgl. ferner Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6015, S. 27: *In dem Zeitraum vom 1.-31. März 1947 kamen an Schuhwaren 2.300 Paar Frauenschuhe zur Verteilung*. Vgl. außerdem Art. „Die Versorgung mit Schuhwerk“, in: Rheinischer Merkur Nr. 68 vom 5. Nov. 1946, S. 3.

148 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45357, S. 129.

149 Ebd., S. 137.

150 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 238. Vgl. auch Art. „Die Ernährungslage am Mittelrhein“, in: Rheinischer Merkur Nr. 12 vom 24. April 1946, S. 2 und Nr. 13 vom 25. April 1946, S. 6.

151 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 5 und, S. 238. Hinzu kamen u.a. noch Unterstützungen aus der Quäkerhilfe, vgl. hierzu Rheinischer Merkur Nr. 66 vom 29. Oktober 1946, S. 3, und Nr. 70 vom 12. November 1946, S. 3.

152 Vgl. Rheinischer Merkur Nr. 25/ 26 vom 7. Juni 1946, S. 7 (ebenso Nr. 13 vom 25. April 1946, S. 3 und Nr. 22 vom 28. Mai 1946, S. 3).

153 Vgl. Art. „Heimkehr der Koblenzer Kinder“, in: Rheinischer Merkur Nr. 47 vom 23. August 1946, S. 5.

154 Vgl. hierzu auch BROMMER, Aspekte (wie Anm. 114) S. 142

Natürlich kam es auch zu Fälschungen von Lebensmittelmarken.¹⁵⁵ Im Mai 1946 flog ein Fälscherring auf, der in den Kasematten der Feste Franz eine Geheimdruckerei eingerichtet hatte. Zahlreiche, in die Fälschungsaktion verwickelte Koblenzer Geschäftsleute wurden hart bestraft und mußten daraufhin z.T. sogar ihr Geschäft schließen.¹⁵⁶ Ebenso nahmen die Einbrüche in den Lebensmittelgeschäften zu, so daß auf Veranlassung des französischen Stadtkommandanten Loudig die Koblenzer Lebensmittelhändler, Bäcker und Metzger zusammengerufen wurden, um ihnen Richtlinien und Hinweise für die bessere Sicherung und Aufbewahrung ihrer Waren zu vermitteln, da in Koblenz im vergangenen Jahr 2.000 kg Mehl, 1.550 kg Fleisch, 600 kg Butter, 2.030 kg Nahrungsmittel, 300 kg Käse und 300 kg Zucker gestohlen worden seien.¹⁵⁷ Im letzten Quartal von 1945 wurden außerdem 300 kg Waschmittel entwendet.¹⁵⁸



Kinderhilfsaktion der Schweizer Spende in Koblenz, 1.4.1946. Links OB Schnorbach, in der Mitte Oberpräsident Dr. Boden, rechts daneben Oberstleutnant Balade (LHA Koblenz, Best. 710 Nr. 6888)

¹⁵⁵ LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 239. Zu Schiebungen bei der Koblenzer Lehrmolkerei vgl. Rheinischer Merkur Nr. 72 vom 19. November 1946, S. 3.

¹⁵⁶ LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45361, S. 237.

¹⁵⁷ Vgl. Art. „Die Ernährung in Koblenz. Die Lebensmittelwaren müssen vor Diebstahl geschützt werden“, in: Rheinischer Merkur Nr. 15 vom 3. Mai 1946, S. 5 (auch Nr. 27 vom 14. Juni 1946, S. 5).

¹⁵⁸ LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 45359, S. 5.

Die Kriminalitätsrate nahm ebenfalls erheblich zu.¹⁵⁹ Es häuften sich daher die Verfahren vor dem Koblenzer Militärgericht, deren Urteile durch Anschlag im Koblenzer Stadthaus veröffentlicht wurden. Exemplarisch seien einmal die Anklagepunkte der Sitzung des Gerichts vom 11. Dezember 1946¹⁶⁰ herausgegriffen, um eine kleine Anschauung von seiner Tätigkeit zu erhalten: Waffenbesitz, Aufhängen einer Hakenkreuzfahne, Nachlässigkeit im Dienst, feindliche Haltung gegenüber den Besatzungsgruppen, mehrfach Schlägerei und Beleidigungen, ungesetzlicher Besitz eines französischen Radios, Kohlenhehlerei, Verkauf von 10 Zentnern Kartoffeln, mehrfach ungesetzlicher Transport bewirtschafteter Waren, unerlaubter Transport einer Korbflasche und eines halben Zentners Getreide, Benutzung eines verfallenen Verkehrsausweises, Benutzung falscher Ausweispapiere, Verkehrsunfall, Fehlen einer Sonntagsgenehmigung, Fehlen einer Verkehrsgenehmigung, mehrfach unerlaubter Grenzübertritt, unerlaubter Aufenthalt in der französischen Besatzungszone und mehrfach Fehlen eines Passierscheines.

Die französische Besatzung bedeutete für Koblenz eine ganz enorme finanzielle Belastung, da deren Kosten ständig stiegen. Betrug die Besatzungskosten für den Monat August 1945 noch 222.438 RM, steigerten sie sich auf 355.685 RM für den Monat Dezember 1945, auf 457.946 RM für den Monat Januar 1946 und auf 534.862 RM für den Monat März 1946.¹⁶¹ Waren es anfangs die vielen Plünderungen bzw. – nach amtlichem Sprachgebrauch – Requisitionen, die die Bevölkerung so erbosten,¹⁶² nahm der Wohnungsbedarf der Franzosen schließlich unerträgliche Formen an. Die Stadt mußte daher allein für 1946 650.000 RM für den Bau von Privathäusern auf dem Oberwerth, 1.972.000 RM für weitere Privatbauten französischer Militärs in anderen Stadtteilen, 1.479.000 RM für verschiedene Hotelbauten und 794.000 RM für Möbelbeschaffungsmaßnahmen an Besatzungskosten aufwenden.¹⁶³ Bis zur Währungsreform im Jahr 1948 kosteten die französischen Baumaßnahmen immerhin 13.300.000 RM.¹⁶⁴ Nach anderen Erhebungen hatte die Stadt bis einschließlich Januar 1948 an Miete für beschlagnahmte Räume 3.229.416,33 RM, an Mobiliarrequisitionen 2.877.191,99 RM, an Umbaumaßnahmen für Besatzungszwecke 8.936.992,54 RM, an nicht anerkannten Requisitionen 53.711,18 RM, an Inanspruchnahme von Arbeitskräften 7.255.913,48

159 Vgl. Rheinischer Merkur Nr. 20 vom 21. Mai 1946, S. 5, Nr. 21 vom 24. Mai 1946, S. 3, Nr. 22 vom 28. Mai 1946, S. 3, Nr. 25/26 vom 7. Juni 1946, S. 7, Nr. 44 vom 13. August 1946, S. 3, und Nr. 58 vom 1. Oktober 1946, S. 4, sowie Hans-Georg BASTINÉ, Kriminalität der Nachkriegszeit, in: Anton Maria KEIM/Alexander LINK (Hg.): Leben in den Trümmern. Mainz 1945 bis 1948, Mainz 1985, S. 131-140.

160 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 6760, S. 196-198. Vgl. ferner Art. „Das Oberste Militärgericht tagte“, in: Rheinischer Merkur Nr. 3 vom 22. März 1946, S. 5 (auch Nr. 4 vom 26. März 1946, S. 3).

161 LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 47034.

162 Vgl. z.B. die Eingabe von Heinrich Rädle aus Koblenz-Neuendorf vom 19. Juli 1945 an Regierungspräsident Dr. Boden (LHA Koblenz, Best. 441 Nr. 44656).

163 Verwaltungsbericht der Stadt für 1946 (Sta Koblenz, Hk 5 Ver, S. 93).

164 Ebd., S. 98.

RM und an Ausgaben für die Besatzungsämter 511.130,45 RM, insgesamt also 22.875.355,97 RM zu zahlen.¹⁶⁵

Der enorme Wohnungsbedarf der Franzosen war durch die Garnison und die Einrichtung der Militärregierung in Koblenz nach kurzfristigem Sitz in Vallendar und Bad Ems bedingt. Die Verlegung nach Koblenz in das Regierungsgebäude und den Koblenzer Hof am Rheinufer fand zunächst nur symbolisch am ersten Jahrestag der deutschen Kapitulation mit einer Parade von Einheiten der 10. Division statt.¹⁶⁶ Der eigentliche Umzug – er konnte wegen der notwendigen Wiederaufbauarbeiten, bei dem zeitweise mehr als 1.000 Arbeiter im Einsatz waren, jedoch erst einige Monate später erfolgen¹⁶⁷ – geschah gleichsam zwangsläufig, war Koblenz nach dem Ersten Weltkrieg doch schon Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission und zudem, wie bereits erwähnt, Sitz wichtiger deutscher Verwaltungen.



Amtseinführung von Regierungspräsident Altmeier im Schloß zu Montabaur, 24.5.1946. Zweiter von links: der Bezirksdelegierte von Montabaur, Oberst Chevalier, rechts daneben Generalgouverneur Hettier de Boislambert und Oberpräsident Dr. Boden (LHA Koblenz, Best. 710 Nr. 6881)

¹⁶⁵ LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 76.

¹⁶⁶ Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 14. Mai 1946, S. 3.

¹⁶⁷ Ebd. Nr. 23 vom 31. Mai 1946, S. 6. Vgl. auch das Schreiben des Generalverwalters Lafon an Gouverneur Hettier de Boislambert vom 16. Juli 1946 (Colmar, C.922 paq.37 doss. 43-46).

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Franzosen hatten auch hier entscheidende Veränderungen begonnen: Am 14. Juli 1945 schlug nämlich der Koblenzer Regierungspräsident Dr. Boden, dessen Verhältnis zu Oberregierungspräsident Dr. Heimerich reichlich unterkühlt war,¹⁶⁸ den Franzosen die Loslösung der beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier vom Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar vor, da es für dieses keine historische, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Begründung gebe.¹⁶⁹ Diese griffen den Vorschlag sofort auf und zerschlugen wenige Tage später die Provinz Mittelrhein-Saar,¹⁷⁰ so daß das ehemals vom XXIII. US-Korps besetzte Gebiet nur noch aus Regierungspräsidien bestand. Parallel dazu wurde der Regierungsbezirk Koblenz durch die vier ehemals nassauischen Kreise Ober- und Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen erweitert. Im Zuge der Schaffung des sog. deutsch-französischen Rats wurden die beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier durch General Billotte am 22. August enger zusammengefaßt.¹⁷¹ Daraus entstand dann am 2. Januar 1946 das Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau mit Sitz in Koblenz,¹⁷² das unter Oberpräsident Dr. Boden aus den beiden gen. Regierungsbezirken und dem aus den vier nassauischen Kreisen neu eingerichteten Regierungsbezirk Montabaur gebildet wurde.

Auch diesem Verwaltungsgebilde war freilich keine lange Lebensdauer beschieden, denn am 30. August 1946 schuf General Koenig mit der Verordnung Nr. 57¹⁷³ das Land Rheinland-Pfalz, in welches das Oberpräsidium dann aufging. Die Landesgründung hatte nun für Koblenz ganz erhebliche Konsequenzen, da Mainz von den Franzosen zur neuen Landeshauptstadt bestimmt wurde. Die Bemerkung im Rheinischen Merkur,¹⁷⁴ die Stadt Koblenz trete *der berühmteren und größeren Schwester am Rhein diese Stellung neidlos, wenn auch nicht leichten Herzens ab*, ist ziemlich beschönigend. Oberbürgermeister und Bürgerrat sahen am 5. September in der geplanten Verlegung des Sitzes der Landesregierung mit Recht eine schwere wirtschaftliche Schädigung ihrer *hart geprüften Stadt für Gegenwart und Zukunft* und beantragten daher, *Koblenz in seiner geschichtlich gewordenen Stellung als Hauptstadt und Regierungssitz des Rheinlandes zu belassen*.¹⁷⁵ Die Entscheidung der Franzosen konnte jedoch nicht

168 Vgl. z.B. das Schreiben von Dr. Boden vom 30. Juni 1945 an Dr. Heimerich (WÜNSCHEL [wie Anm. 50], S. 211).

169 BROMMER, Quellen (wie Anm. 66), S. 29f.

170 BÖHN (wie Anm. 22), S. 12f.

171 BROMMER, Quellen (wie Anm. 66), S. 62-83.

172 Angelika SCHWANK, Die deutsche Verwaltung im Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau im Jahre 1946, Wiesbaden 1988.

173 BROMMER, Quellen (wie Anm. 66), S. 193-195.

174 Rheinischer Merkur Nr. 50 vom 3. September 1946, S. 1.

175 Sta Koblenz, Best. 623 Nr. 7218, S. 31f. Vgl. auch Rheinischer Merkur Nr. 51 vom 6. September 1946, S. 2, und Peter Brommer, Koblenz oder Mainz? Die Verhandlungen über die Verlegung des Sitzes der Landesregierung, in: Landeskundliche Vierteljahrsblätter 28, 1982, S. 65f. Zum gesamten Problemkreis zuletzt: Helmut Mathy: Landeshauptstadt Mainz, in: Haungs, 40 Jahre (wie Anm. 100), S. 93-102. Im übrigen war Mainz bereits im Neugliederungsentwurf von Erich Koch-Weser von 1942-1945 als Hauptstadt

gekippt werden, so daß Koblenz daher nur eine relativ kurze Zeit verblieb, sich im Glanze einer Landeshauptstadt sonnen zu können, wo seit dem 29. November 1946 eine Landesregierung¹⁷⁶ unter Ministerpräsident Dr. Boden tätig und eine Beratende Landesversammlung¹⁷⁷ vor der Wahl des ersten Landtages an den Beratungen über die künftige Landesverfassung beteiligt war, bis die fortschreitenden Wiederaufbaumaßnahmen in Mainz und die Abstimmungen im Parlament den Umzug 1950/51 dann ermöglichten.

eines Landes Oberrheinland mit Trier, Saar und der Pfalz vorgesehen (vgl. Dorfey [wie Anm. 103], S. 64).

176 Peter BROMMER: Die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Boden im Spiegel der Ministerratsprotokolle, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 20, 1994, S. 485-561.

177 Jörg-Otto HEINEN: Die wirtschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzung in der beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz 1946-1947, Neuwied o.J.; Hermann-Joseph LÖHR: Die kulturpolitische Diskussion in der beratenden Landesversammlung von Rheinland-Pfalz Dezember 1946 – Mai 1947, Neuwied o.J., und Peter BROMMER, Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz. Protokolle der Ausschüsse (Veröffentlichungen aus rheinland-pfälzischen Archiven. Kleine Reihe, Bd. 21), Koblenz 1981.

JOST DÜLFFER

VOM WESTWALL ZU DEN RHEINWIESENLAGERN

Zur Erfahrungsgeschichte deutscher Soldaten und Zivilisten 1944-1945

Meilenstein um Meilenstein sind wir den schweren Weg bis zur Grenze des Reiches gezogen. Die Gräber mancher Einsamen säumen diese Straße, es gibt manche Gedenkstätte, die die Leiber vieler Kameraden birgt, deren Leben im großen Verzehr der Kämpfe geopfert wurde. Wir halten nun am Rand der deutschen Marken das Schicksal des Deutschtums in unseren Händen und in unserem Blute pulst das Glück und der Stolz, noch waffenfähig und mit heißen Herzen und kalten Augen den Ansturm der Maschine und des Molochs abwehren zu können und ihren Haß zu brechen, wo immer es auch sei.

Hinter uns ist eine neue Armee erstanden aus den leidgeprüften Teilen der Grenzbevölkerung, die zu der Waffe gegriffen haben, die uns schon einmal in jüngeren Jahren Symbol der großen, von innen her bewährten Gemeinschaft aller Berufe und Altersklassen unseres Volkes wurde: zum Spaten. Aus tausend Händen formt sich aus dem Fleiß und dem Trotz derer vom Terror und Haß gepeinigten Menschen das große Verteidigungswerk, in dem die alte Standhaftigkeit und Treue des deutschen Kämpfers zu beweisen unsere Ehre sein wird. Wir spüren die Kraft, die in lebendiger Kette von Jung und Alt von Hand zu Hand bis zu uns weitergegeben wird. Der Glaube an den Führer, an unseres Volkes ewiges Leben und Jungsein füllt die Gräben und errichtet seine Standarten vor den Stellungen. Nie drang die Schönheit unserer Heimat tiefer in uns ein als jetzt, da wir in der Herbstsprache seiner Wälder und Felder jede Erdkrume mit dem höchsten Preise verteidigen werden. Nie haben wir, wie jetzt, die Not der deutschen Grenzbevölkerung am eigenen Leibe verspürt, ihre Tränen sind jetzt unsere Tränen, ihr Blut ist unser Blut, die Asche ihrer zerstörten Häuser ist die Asche unserer zerstörten Heimat, und wo sich die gierigen Arme des öden Westens und blutdürstigen Ostens in den Saum unseres Landes krallen, da ekelt uns diese Feindschaft, und wir prüfen erneut unsere Herzen, ob sie die notwendige Härte zum eiskalten Töten haben. Über den fernen und nahen Gräben unserer Kameraden und über unseren Stellungen webt und lebt in leuchtenden Farben, schön wie unsere Heimat, der Traum vom Reich und füllt unsere Seele mit Wärme und Hoffnung und wappnet unsere Herzen, daß wir den großen Kampf durchstehen, bis der arbeitsame und fleißige deutsche Mensch zu dem ihm innewohnenden friedlichen Werk zurücktreten kann, um mit uns Rückkehrenden das gemeinsame Haus zu bauen.¹

Dies schrieb ein Hauptmann und Bataillonsführer an den für Südwestdeutschland zuständigen Gauleiter Robert Wagner. Der Brief strotzte vor Stereotypen, gab natio-

¹ Hauptmann und Bataillonsführer Schneider, Panzergrenadierregiment 110, an den Gauleiter Westmark, Robert Wagner, 1.11.1944. Bundesarchiv-Militärarchiv (BAMA) RH27-11/1133.

nalsozialistische Parolen von Führerglauben und Verteidigung wieder, beschwor die Volksgemeinschaft von Soldaten und Zivilisten letztmals. Er wendete die Blut- und Bodenideologie des Regimes zur blutigen Mordbereitschaft und grenzte sogleich in Nachfolge der konservativen Revolution der zwanziger Jahre deutsche Ideale von Liebe und Schönheit vom *öden Westen und blutdürstigen Osten* ab. War das typisch? Gab es hinter den Formeln echte Erlebnisse? Wie setzten sich diese um? Eine gültige Annäherung wird sich in Differenzierung des Rahmens wie unterschiedlichen individuellen Erfahrungen, Einstellungen und Folgerungen finden lassen.

Fünf Jahre dauerte der Zweite Weltkrieg schon, bis der Krieg zu Lande im September 1944 auch die Reichsgrenze erreichte. Den Bombenkrieg kannte die deutsche Bevölkerung und zumal die der Städte schon lange und damit gut genug. Wie kämpften die deutschen Soldaten auf Reichsboden? Machte es einen Unterschied in der Einstellung, ob man vorwärts, zur Eroberung anderer europäischer Länder, marschierte oder rückwärts – und dies auf deutschem Boden? *Das wird der Feind in den nächsten Wochen und Monaten zu verspüren bekommen: daß es etwas anderes ist, Paris und Bukarest, und daß es etwas anderes ist, Köln und Königsberg zu besetzen! (Bravorufe, Beifall) Es ist etwas anderes, durch ein Land zu fahren, dessen Bevölkerung im Eroberer auch einen Befreier sieht, oder durch ein Land zu fahren, dessen Bevölkerung im Eroberer auch den Unterdrücker sieht. Und das zu beweisen wird die Aufgabe der rheinisch-westfälischen Bevölkerung in den nächsten Wochen sein.* Mit diesen Worten² suchte Joseph Goebbels am 3. Oktober 1944 in einem Kölner Betrieb die Bevölkerung zu motivieren.

Aber schon zuvor hatte die Wehrmacht von sich aus Fanatismus angefordert und gerade die Nationalsozialistischen Führungsoffiziere zur Verbreitung einer solchen Haltung verpflichtet:³ *der Kampf auf deutschem Heimatboden muß unsere Kampfführung fanatisieren und unter Einsatz jedes wehrfähigen Mannes in der Kampfzone zur äußersten Härte steigern. Jeder Bunker, jeder Häuserblock irgendeiner deutschen Stadt, jedes deutsche Dorf muß zu einer Festung werden, an der sich der Feind entweder verblutet oder die ihre Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt. Es gibt jetzt kein großzügiges Operieren mehr, sondern nur Halten der Stellung oder Vernichtung – gemeint war die eigene. Die Führer aller Grade sind dafür verantwortlich, daß dieser Fanatismus in der Truppe und in der Bevölkerung geweckt, ständig gesteigert und als Waffe gegen die Eindringlinge auf deutschem Boden zur Auswirkung kommt.* Dieser Befehl des Oberbefehlshabers West, Generalfeldmarschall von Rundstedt, war allen Soldaten bekanntzumachen. Und so blieb es bis fast zum bitteren Ende, als der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall Model, drei Wochen nachdem das linksrheinische Köln schon besetzt war, anordnete:⁴ *Noch mehr als*

2 Goebbels. Reden, Hg. von Helmut HEIBER, Düsseldorf, Bd. 2, 1972, hier S. 406f.

3 Befehl OB West, Generalfeldmarschall v. Rundstedt, Ia, Nr. 8197/44gKdos v. 16.9.44, Abschrift in: Adolf HOHENSTEIN/Wolfgang TREES: *Hölle im Hürtgenwald*, Aachen 1981, S. 59.

4 OB Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall Model, 29.3.1945, an die Oberbefehlshaber u.a., in: Hansgeorg MODEL/Dermot BRADLEY: *Generalfeldmarschall Walter Model (1891-1945)*; Dokumentation eines Soldatenlebens, Osnabrück 1991, S. 378-381.

bisher muß aber dem Gegner jeder Fußbreit deutschen Bodens bis zum letzten streitig gemacht werden! Noch mehr als bisher muß jeder einzelne bis zur Selbstaufopferung kämpfen! – Was später noch als exemplarisches „Vorsterben“ definiert wurde. Model ging noch weiter, wenn er seinen Befehl an die Truppe mit der Beschimpfung *weiter Kreise des deutschen Volkes und damit der Truppe* verband, die er *vom jüdischen und demokratischen Gift der materialistischen Denkweise verseucht* sah, gar den Krieg im Westen als gläubigen Kampf um Ideale – *nationaler Sozialismus gegen die Seelennöde des materialistischen Bolschewismus* – ausgab. Konnte oder wollte das ein Soldat noch nachvollziehen? Ein Obergefreiter schrieb jedenfalls am 12. Dezember 1944 nach Hause:⁵ *Was geschrieben wird über 'Mut und starke Herzen bewahren' und was sonst noch ist, ist mir ... sollen schluß machen, dann bleibt das wenige, was noch erhalten ist, und dies wäre bestimmt besser.*

Man sollte sich hier wie beim Eingangszitat die Antwort auf die Frage nicht zu leicht machen und nur von einem zeittypischen Ritual sprechen, das man eben in NS-Zeiten immer schon und auch damals noch so sprach und befahl – und dann doch ganz anders dachte, wenn schon nicht handelte. Gewiß ist diese Doppelsprache für alle totalitären Systeme charakteristisch. Es gab eine offizielle Begriffsregelung (und Werthaltung), von der die private zu unterscheiden ist. Aber gerade ein General wie Model, der Glauben (und nicht zuletzt den an den „Führer“) an die Spitze der Motivation stellte, war auch seinerseits um Glaubwürdigkeit bemüht. So war es dann auch konsequent, daß Model selbst zu dem Zeitpunkt, als auch die letzten Truppen seiner Heeresgruppe Mitte April 1945 nach der Schlacht um den „Ruhrkessel“ nicht mehr weiter wußten, seinerseits den Freitod im Kampf wählte.⁶ Seinem Stab stellte er anheim, ihm zu folgen, aber in einem letzten Anflug von Einsicht eröffnete er ihm die Alternative, sich zu noch kämpfenden Truppen in Mitteldeutschland oder – wenig verhüllt – sich zu eigenen Angehörigen, so sie in der Nähe waren, durchzuschlagen; in herkömmlicher Militärsprache: zu desertieren.

Um die Frage zu beantworten, wie Soldaten diese letzten Kämpfe im Westen tatsächlich erlebten, ist es sinnvoll, sich die Rahmenbedingungen zu vergegenwärtigen. Zunächst äußerlich:⁷ die Amerikaner erreichten um den 10. September 1944 die alte

5 Von der 711. Infanterie-Division, Bibliothek für Zeitgeschichte (BfZ) Stuttgart, Sammlung Misch.

6 MODEL (wie Anm. 4), S. 384; vgl. mit anderen Akzenten: Joachim LUDEWIG: Soldatenschicksal: Generalfeldmarschall Walter Model, in: Militärgeschichte NF 1, 1991, S. 69-73.

7 Für die Kämpfe bis zur Reichsgrenze hin: Joachim LUDEWIG: Der Rückzug aus Frankreich, Freiburg 1994; die anschließenden Vorgänge auf Reichsboden sind bislang eher populärwissenschaftlich abgehandelt worden, was regional-, militärgeschichtlich eine beachtliche Quellensicherung – auch durch Zeitzeugen – ergibt. Vgl. etwa: Edgar CHRISTOFFEL: Krieg am Westwall 1944/45. Das Grenzland im Westen zwischen Ardennen und Saarbrücken in den letzten Kriegsmonaten, Trier 1989; Adolf HOHENSTEIN/Wolfgang TREES: Hölle im Hürtgenwald. Die Kämpfe vom Hohen Venn bis zur Rur September 1944 bis Februar 1945, Aachen 1981, 9. Aufl. 1982; Hans KRAMP: Rurfront 1944/45. 2. Schlacht am Hubertuskreuz zwischen Wurm, Rur und Inde, Geilenkir-

Reichsgrenze. Die geschlagenen deutschen Truppen waren vor ihnen aus Frankreich und Belgien geflohen. Der von vielen Soldaten erwartete „Durchbruch zum Rhein“, der militärisch möglich war, erfolgte jedoch nicht. Daher gelang den Deutschen die Stabilisierung der Front, und es schlossen sich gemäß damaliger deutscher Propagandaterminologie drei „Schlachten um Aachen“ an. Genauer gesagt wurde Aachen aber bereits Ende Oktober endgültig von den Amerikanern besetzt. Die härtesten und verlustreichsten Kämpfe fanden im Hürtgenwald bis November statt. Dann setzte Adolf Hitler noch einmal alles auf eine Karte, befahl die insgesamt letzte Offensive des Dritten Reiches. Sie begann mit dem Angriff gegen die Ardennen am 16. Dezember 1944⁸ und sollte psychologisch noch einmal das gesamte Kriegsglück wenden. Sie blieb jedoch bereits binnen zwei Wochen stecken. Daraufhin gingen die Alliierten zum Gegenangriff über, die Briten am Niederrhein, die Amerikaner durch die Eifel. Durch die gesprengten Eifeltalsperren wurden die Amerikaner an der Rur noch einmal im Februar 1945 für drei Wochen aufgehalten, rückten dann aber schnell zum Rhein vor. Das linksrheinische Köln wurde am 6. März 1945 weitgehend besetzt; am folgenden Tag eroberten die Amerikaner überraschend eine unzerstörte Rheinbrücke bei Remagen. Die amerikanischen Truppen setzten über den Rhein, kämpften sich rechtsrheinisch nach Norden vor und vereinten sich mit den inzwischen am Niederrhein erfolgreich übergesetzten Briten, indem sie Hunderttausende deutscher Soldaten im „Ruhrkessel“ einschlossen, der sich um den 20. April herum ergab.

Krieg, das ist eine Selbstverständlichkeit, ist ein Vorgang extremer Gewalt. Im Krieg zu kämpfen heißt, bereit und in der Lage sein, Gewalt anzuwenden, auch den Gegner zu töten, der seinerseits das gleiche zu tun bestrebt ist. Das sind Fragen soldatischen Tuns schlechthin, die mit den Prinzipien von Befehl und Gehorsam, von Bestrafung und Angst vor Bestrafung bei Nichtausführung nur oberflächlich erklärt sind. Hinzukommen muß zumindest eine gewisse Motivation für die Ziele des Kampfes, die Auffassung, für eine gute Sache sein Leben einzusetzen. Kriegsgefangenschaft, die sich sodann für die meisten Soldaten anschloß, ist das Gegenteil von Gewaltanwendung, nämlich die Erfahrung, die eigene Bewegungsfreiheit zu verlieren, kurz: sie bedeutet ein Erleiden von Gewalt. All dies verdient ins Bewußtsein gehoben zu werden,

chen 1981; Dennis u. Shelagh WHITAKER: Endkampf am Rhein. Der Vormarsch der Westalliierten 1944/45, Frankfurt/Berlin 1991; Charles WHITING/Wolfgang TREES: Die Amis sind da! Wie Aachen 1944 erobert wurde, Aachen 1975; Charles WHITING: Sturm zum Rhein. Der Kampf um das Dreieck Mosel-Saar-Rhein und um die Eifel 1944/45, Trier 1984; Hans-Dieter ARNTZ: Kriegsende 1944/45. Zwischen Ardennen und Rhein, Euskirchen 1984 (erw. Neuaufl. u.d.T.: Kriegsende 1944/45 im alten Kreis Euskirchen, Euskirchen 1994); Helmuth EULER: Die Entscheidungsschlacht an Rhein und Rur 1945, Stuttgart ³1981; Heinz LEIWIG: Ende 1945. Rhein-Main, Düsseldorf 1983. – Ereignis- und mentalitätsgeschichtlich jetzt umfassend: Klaus-Dietmar HENKE: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, hier bes. S. 37-392. – Ein guter Überblick im von Alf LÜDTKE besorgten Heft „Gewalt – Zusammenbruch – Befreiung“ (SOWI – Sozialwissenschaftliche Informationen 24, Heft 2), 1995, S. 89-170.

- 8 Hermann JUNG: Die Ardennen-Offensive, Göttingen 1971; Charles B. MACDONALD: The Battle of the Bulge, London 1984.

wenn es um die letzte Kriegsphase geht, vor allem um die Frage, wie deutsche Soldaten diese Zeit erlebten.

Bereits die äußeren Ereignisse des Kampfgeschehens zeigen, daß es zwar alliierten Vormarsch und Sieg gab, aber auch außerordentlich wechselnde Kriegslagen von Angriff und Verteidigung, von Vorrücken und Offensive bis hin zur nackten Flucht. Die Einschätzung und Erfahrungen von Soldaten zu ermitteln, heißt zugleich, die strukturelle Unterlegenheit der Deutschen gegenüber den Anglo-Amerikanern hervorzuheben.⁹ Diese hatten zunächst einmal die absolute Lufthoheit auch im Deutschen Reich. Sie bombardierten (und zerstörten) nicht nur zahlreiche deutsche Städte im linksrheinischen Gebiet – Geldern und Emmerich, Düren und Jülich sowie Köln letztmals noch am 2. März 1945 –, um den eigenen Truppen den Vormarsch zu erleichtern. Lufthoheit war auch zur Unterstützung des Landkampfes wichtig. Oft wurde in Feldpostbriefen geklagt, man habe schon so lange kein eigenes Flugzeug mehr gesehen. Es gab auch an der Westfront gelegentlich im Dezember/Januar noch massiven deutschen Luftwaffeneinsatz; aber entscheidend war, daß hier ein Ungleichgewicht zum Gegner nicht auszugleichen war. Das gleiche gilt für die Bewaffnung und Ausrüstung. Die Amerikaner hatten nicht nur neues Material an Waffen und Fahrzeugen, sie bekamen auch jederzeit Ersatz und Nachschub. Das trifft, je länger die Kämpfe dauerten, auch für Munition und Benzin zu. In den letzten Februartagen 1945 wurde dies vielfach zum eigentlichen Engpaß: deutsche Verbände ließen ihre fahrtüchtigen Panzer wegen Treibstoffmangels einfach stehen; gelegentlich ging auch der Artillerie die Munition aus. Gerade Volksgrenadierdivisionen waren vielfach von vornherein nur noch dürftig ausgerüstet. Aber die Hoffnung auf besseres oder mehr Kriegsgerät trog zumeist. Das gleiche gilt für die weitverbreitete Hoffnung auf eine allgemeine Kriegswende durch neue „Wunderwaffen“ – die VI- und VII-Raketen vermochten nicht zu überzeugen.

Der Westwall, 1938/39 fertiggestellt, eine stationäre Anlage, die für den Gegner eigentlich uneinnehmbar sein sollte, entpuppte sich als eine sehr fragwürdige Stütze. Zunächst: die in den letzten fünf Jahren neu entwickelten Waffen der Wehrmacht konnten vielfach gar nicht durch die Schießscharten schießen; sodann: die meisten Bunker waren nur nach einer Richtung gebaut, und so kam es wohl häufig vor, daß die Amerikaner mit Bulldozern Schießscharten an der Frontseite zuschütteten und von der Rückseite her mit Flammenwerfern gegen die Besatzungen vorgingen. Die an sich günstige Defensive wurde so zur todbringenden Falle.¹⁰ Natürlich gab es auch andere Erfahrungen: *Die Bunker sind betonierte, warm, geräumig und von außen kaum zu erkennen. Betten, in denen man den Schlaf des Gerechten schlafen kann, sind reichlich vorhanden. Eine Panzerkuppel mit ausfahrbarer Optik gestattet einen weiten Überblick und Ausblick ins Feindgelände*, notierte ein Leutnant und wenig später: *Aus der Panzerkuppel des Bunkers konnte ich das Feuer gut leiten*.

Die deutschen Truppen in Frankreich waren geschlagen. Sie strömten seit September ins „Altreich“ zurück, zunächst die Stäbe, dann die kämpfende Truppe, oft in pani-

9 Earl F. ZIEMKE: The U.S. Army and the Occupation of Germany, 1944-1946, Washington 1975; Charles B. MACDONALD: The Last Offensive, Washington 1973.

10 CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 108. Die folgenden Zitate aus Feldpostbriefen (bei Hall-schlag) 14.11.-19.11.1944: BAMA RH26-277.

scher Flucht,¹¹ aber vor allem die Soldaten aus Etappen und Stäben oft mit voll bepackten Wagen voller Beute: Lebensmittel, Ausrüstungsgegenstände aller Art, oft auch mit zivilen Kaufleuten, gelegentlich wohl in weiblicher Begleitung von Französinnen. Gerade dies kann immerhin damit erklärt werden, daß die Franzosen mit den Frauen, die sie als Geliebte von Deutschen ansahen, nicht gerade zimperlich umgingen.

Es hatte also seinen Grund, wenn das Oberkommando der Wehrmacht bereits am 5. September 1944 Hitlers Befehl weitergab,¹² daß die aus dem Kampfgebiet West ins Reichsgebiet verlegte Truppe *sich mit der einfachsten Unterbringung zu bescheiden habe. Das gilt insbesondere für Stäbe, die nach bisherigen Berichten mit Vorliebe Unterbringung in Hotels oder Schlössern gefordert haben.* Aufzuhalten waren die Stäbe kaum; und es gab Tendenzen, daß sie gleich bis nach Westfalen durchmarschierten, um hier wieder ein friedensmäßiges Leben in Saus und Braus aufnehmen zu können. Jedenfalls ließ der Reichsführer SS (der zugleich Befehlshaber des Ersatzheeres geworden war), Heinrich Himmler, in diesem Sinne die Gauleiter anweisen, daß Angehörige von Stäben *der kämpfenden Truppe zuzuführen sind* – eben da solche Stäbe sich darauf einrichteten, in neuen Stadtkommandanturen *in langen Abwicklungsarbeiten ihre Tätigkeit fortzusetzen.* Das bekam natürlich auch die nach Osten marschierende Truppe mit, die den Stäben folgte. *Stimmung der Truppe befriedigend,* meldete ein NS-Führungsoffizier am 15. September 1944.¹³ *Gefährdet durch stark demoralisierte Bevölkerung* – das wird noch zu berichten sein – und begründete dies weiterhin mit *Beinflussung durch rückflutende Frankreich-Etappe. Aufforderung durch diese und allgemein durch Truppen, Bevölkerung soll bleiben.* Es kam wohl auch vor, daß die rückkehrende Truppe ihrerseits vor dem weiteren Rückzug einen schwungvollen Handel mitgebrachter Waren mit der Bevölkerung aufnahm, der gleichermaßen unterbunden werden sollte. Aus Geldern am Niederrhein¹⁴ wird nicht nur von *disziplinlose(m) Verhalten der Truppe*, sondern auch von *Ausschreitungen gegenüber der Bevölkerung des Kreises und Ostarbeiterinnen* berichtet.

Jedenfalls richtete man gerade im Verlauf der alten Reichsgrenze wieder Zoll- und Polizeistellen ein, die aber bei Besetzung nur am Tage zunächst wenig effektiv waren. Am 27. September 1944 meldete der Höhere SS- und Polizeiführer West:¹⁵ *Die Zurückflutung der Etappe des Westheeres (ist) wieder in geordnete Bahnen gelenkt.* Eigentlich hätte die Gestapo, welche die Grenzpolizei samt Ordnungspolizei verstärkte,

11 CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 1-10.

12 BAMA RW4/v 634; das folg. Zitat: Himmler an die Reichsverteidigungskommissare, 11.9.1944. Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München MA434 (Mikrofilm der National Archives Washington, T-175, Role No. 224 – zitiert werden die frame numbers der Verfilmung), F763506. Die Originalakten dieser Splitterbestände des Höheren SS- und Polizeiführers West (HSSPF) befinden sich heute im Haupt- und Staatsarchiv Düsseldorf (HStAD), sind dort neu archiviert worden, so daß nur gelegentlich auf die dortige Signatur zurückgegriffen werden kann.

13 IfZ MA434, F763253.

14 Heinz BOSCH: Der Zweite Weltkrieg zwischen Rhein und Maas... Kreis Geldern 1939-1945, Geldern 1970, S. 166.

15 IfZ MA434, F763525f.; zum folgenden: Gestapo Köln, 9.11.44, in: HStAD RW34, Nr. 8.

die zurückflutende Wehrmacht auch entwaffnen sollen, ihre Fahrzeuge und Waffen sicherstellen und „Auffangstellen“ zuleiten, jedoch kamen die Befehle dazu oft zu spät an. Insgesamt gelang jedoch durch das Aufgreifen von Soldaten im Grenzgebiet die Aufstellung zahlreicher neuer Einheiten.

Die Westgrenze, die von Polizeieinheiten abgesperrt wurde, war zunächst militärisch wenig oder gar nicht besetzt. Man suchte also schnell Truppen an die neue Front zu werfen. Militärisch wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, erneut eine gestaffelte Verteidigungslinie mit einem Schwerpunkt am Rhein aufzubauen, die länger hätte standhalten können. Aber genau dies verbot der Führer und Reichskanzler hier und später für jeden weiteren Rückzugspunkt. Am 14. September ordnete er an,¹⁶ den Westwall auf jeden Fall zu halten und eben keine rückwärtigen Stellungen auszuheben. *Im Kampf um Deutschland ist der Westwall von entscheidender Bedeutung! 2. Ich befehle: Der Westwall mit jeder seiner einzelnen Anlage (sic) ist bis zur letzten Patrone und bis zur völligen Vernichtung zu halten*, lautete der Befehl des OB West. Man begann also mit allen verfügbaren Kräften, den Westwall und seine Umgebung erneut zu besetzen. Das waren zum Teil die Reste der geschlagenen und demoralisierten Truppen aus Frankreich.¹⁷ Anderen aus dieser Truppe wurde im Hinterland eine Verschnaufpause gegönnt, bis sie zu neuen Einheiten zusammengefaßt und mit ergänzter Ausrüstung wiederum an die Front geschickt wurden. Der Befehlshaber des zuständigen Wehrkreises VI in Münster richtete bei Unna ein eigenes Zentrum ein. Aber zu einer solchen „Auffrischung“ war oft wegen der Kriegslage gar keine Zeit mehr.¹⁸ Es ging um „Kurzauffrischung im frontnahen Raum“ – das war oft nicht mehr als eine knappe Atempause. Sodann versuchte man, doch noch aus weit entfernten Gegenden im deutschen Machtbereich entbehrliche Divisionen an die Westfront zu schicken – so etwa aus Norwegen oder Dänemark, wo die Soldaten zumeist seit langem und vergleichsweise friedliche Besatzungsaufgaben erfüllt hatten.

Nehmen wir als Beispiel den Leutnant Wingolf S. von der 277. Volksgrenadierdivision, der aus dem Sauerland stammte.¹⁹ Seine Division wurde im westlichen Ungarn Ende Oktober 1944 neu aufgestellt – vor allem aus Österreichern. *Mein Zug besteht*

16 Zit. bei HOHENSTEIN/TREES (wie Anm. 7), S. 60.

17 Als Quellen zur überwiegend operationsgeschichtlichen Sicht wurden durchgesehen: ca. 100 Studien höherer Offiziere im Dienste der Amerikaner 1946/48 („Studies“), BAMA Serien A, B und C; zahlreiche Geschichten von Einheiten (oft auf ersteren, aber auch auf privaten (Kriegs-)Tagebüchern beruhend); eine gute Sammlung in der Bibliothek für Zeitgeschichte (BfZ) Stuttgart; hervorgehoben sei die jüngste: Heinz Günther GUDERIAN: Das letzte Kriegsjahr im Westen. Die Geschichte der 116. Panzer-Division. Windhunddivision 1944-1945, St. Augustin 1994. Viele Divisionen unterhalten darüber hinaus Periodika mit Primärquellen und späteren Erinnerungen; bes. hervorgehoben sei: Mitteilungsblatt der Kameradschaft der Schnellen Division des ehemaligen österreichischen Bundesheeres (nachmals 4. Leichte Division, 9. Panzer-Division), Wien 1969-1994 (bes.: Carl Hans HERRMANN: Bis zum bitteren Ende... Zum Kampf und Untergang der 9. Panzer-Division vor 25 Jahren, ebda., Folge 52, 1969, S. 15-23).

18 Z.B. Bericht Kommandeur 3. Panzer-Grenadierdivision, BAMA B-068, S. 5-10.

19 Briefabschriften und Tagebücher, BAMA RH26-277.

aus Umschülern, die ich erst vom Unteroffizier bis zum letzten Schützen ausbilden muß. Dazu habe ich Geschütze eines neuen Typs erhalten, die ich selbst nicht vollkommen kenne. Gerade 20 Tage nach Übernahme des Kommandos und nach sechstägiger Bahnverladung wurde die Einheit in Jünkerath ausgeladen. Schon vom Transport schrieb der Leutnant: *Meine Jungs aus der Ostmark, teilweise 17 Jahre alt, haben heute bei der Fahrt durch Koblenz zum ersten Mal die Wirkungen eines Terrorangriffs erlebt* – so bezeichnete man die alliierten Bombenangriffe auf Städte. *In ihren Augen konnte ich das stille Gelöbnis ablesen, mit aller Kraft den Boden unseres Vaterlandes zu verteidigen.* Die Propaganda wirkte also – zumindest im Selbstverständnis eines jungen Offiziers, und die Einheit kämpfte tatsächlich, wie ihr befohlen wurde.²⁰

Divisionen wie die hier genannte wurden also aus sehr unterschiedlich rekrutierten, ausgebildeten und bewaffneten Soldaten zusammengewürfelt und Volksgrenadierdivisionen genannt – ein letztes Aufgebot für die kämpfende Truppe. Besonders hervorgehoben wurde oft, wenn ältere Unteroffiziere mit „Ostfronterfahrung“ oder solcher „im Waldkampf“ dazugehörten: das stärkte den Zusammenhalt. Zum Teil sammelte man Urlauber in der Nähe der Front ein, die direkt in dortige kämpfende Einheiten eingereiht wurden mit dem Erfolg, daß sich diese das oft nicht lange Zeit gefallen ließen. *Sie waren von der fremden Einheit 'desertiert', um zu ihrer Truppe zu kommen.*²¹ Luftwaffen-, Luftlande- und Marinesoldaten, die mangels einschlägiger Waffen keine Funktion mehr im Kriege hatten, wurden ebenso in Infanteristen verwandelt, wie es ganze Bataillone mit Soldaten chronischer Krankheiten gab: „Magenbataillone“ gehörten dazu. Auf diese Weise – so ein Divisionskommandeur 1946 – *homogene Einheiten mit Zusammengehörigkeitsgefühl, Waffenkameradschaft..., Zusammenwirken* zu schaffen, war außerordentlich schwierig. Ähnlich den Schulzensuren bildete die Führung Klassifikationen der Divisionen nach Kampfeswert. Über einen „Kampfwert III = zur Abwehr geeignet“ kamen viele dabei nicht heraus, sanken in der Fachsprache oft schnell ab auf „Kampfwert IV = zur Abwehr bedingt geeignet“ oder wurden gar „nicht einsatzfähig“. Nicht nur Bewaffnung und Kampfeswillen spielten bei dieser Einschätzung eine Rolle, sondern es ging vor allem um die Frage nach der Anzahl von Soldaten, die noch nicht tot oder verwundet waren. Die 9. Panzerdivision²² gab es seit Kriegsbeginn 1939. Nach „Auffrischung“ in Frankreich war sie ab Ende Juli 1944 voll einsatzbereit, einen Monat danach *existierten nur mehr Reste* – und dieses etwa eine Zehntel der Division wurde Anfang September mit einem neuen Kommandeur nördlich Aachen am Westwall eingesetzt. Dieser Kommandeur war Generalmajor von Elverfeldt, ein Mann, der nach vielen weiteren Zuführungen/Auffrischungen am 6. März 1945 sich schließlich im Straßenkampf in Köln das Leben nehmen ließ.

Zusammengehörigkeit und Gruppenloyalität spielten angesichts des räumlichen Wechsels und personeller Diskontinuitäten eine große Rolle. Das richtete sich oft auf die Division als Kampfeinheit. Hier wurde damals (und zum Teil bis heute) die Tradi-

20 Vgl. allg. Siegwald GANGLMAIR, Amerikanische Kriegspropaganda gegen das Deutsche Reich, Diss. Wien 1978, S. 409ff.

21 BAMA B-068, S. 8, auch zum folgenden: S. 5.

22 Carl Hans HERRMANN (wie Anm. 17); zu Elverfeldts Tod: Mitteilungen (wie Anm. 17), Folge 73, 1975, S. 5-7.

tionspflege wichtig. Die 116. Panzerdivision, die bei Verteidigung und Kapitulation Aachens eine entscheidende Rolle spielte, etwa trug den Namen „Windhunde“.²³ Sie führte im Wappen ein entsprechendes Emblem und suchte auch in Kampf und Auftreten dieser Herausforderung nachzukommen. Die personelle Autorität – und oft auch Kontinuität – gerade von Generalen spielte eine entscheidende Rolle. Die „Panzerlehrdivision“ etwa wurde, von Amerikanern und Briten gefürchtet und geachtet, in den letzten Kriegsmonaten von der Eifel bis zum Niederrhein in einer „Springer“-Funktion eingesetzt. Bevorzugte Ausrüstung auch mit Material machte dies möglich. Dieser Korpsgeist von Kampfgemeinschaften galt ganz besonders für SS-Truppen. Gerade bei der Ardennen-Offensive Mitte Dezember wurde eine ganze Anzahl von Waffen-SS-Verbänden von anderen Kriegsschauplätzen abgezogen, personell und materiell voll „aufgefüllt“, so etwa wenn sie die neuesten Panzer, genannt Königstiger, erhielten. Bei der SS gab es die gegenüber der herkömmlichen Wehrmacht noch einmal gesteigerte Verpflichtung auf den Führer: „Unsere Ehre heißt Treue“, und die entsprechenden Divisionen unterstrichen durch plakative Namen oft ihren Anspruch: „Adolf Hitler“, „Das Reich“, „Hitlerjugend“ hießen einige von ihnen im Westen, und sie kämpften oft mit hohen Verlusten zum Beweis ihrer Tapferkeit. Inwieweit das Gruppenethos hier (wie bei anderen) spezifisch „nationalsozialistisch“ war oder in den Divisionen erzeugt und perpetuiert wurde, ist schwer allgemein zu sagen.²⁴ Wie auch immer das Ausladen, der Vormarsch und Kampf von bestausgerüsteten Elite-Divisionen zumal in der Ardennen-Offensive auf die übrige Truppe und die Bevölkerung gewirkt haben mag – als gerade diese Truppen ab Anfang Januar 1945 wieder zur „Ostfront“ abzogen, mußte dies im Sinne der Durchhalteparolen die verbliebenen Soldaten (und die Bevölkerung, die dies mitbekam) insgesamt demoralisieren.

Hohe Verluste bei der Schlacht im Hürtgenwald, sodann aber in der Ardennen-Offensive, waren gängig. Die 560. Volksgrenadierdivision,²⁵ gerade eben erst in Dänemark aus Rekruten jüngster Jahrgänge aufgestellt, mit Unteroffizieren und Offizieren aus der vormals norwegischen Besatzungsmacht, trat „vollzählig“ am 16. Dezember zur Offensive an; am 19.12. hatte ihre „Gruppe Schmidt“ 900 Mann, acht Tage später rund 350. Die „Gruppe Schumann“ sank von 600 Mann am 19.12. auf rund 150 am 29.12. Den Amerikanern berichtete ihr Kommandeur später, bis zum 17. Januar 1945 sei in dreizehn „Großkampftagen“ die gesamte Infanterie geopfert worden, aber der Feind sei bei ihr nicht durchgebrochen, die Division freilich sei im Kern zerschlagen gewesen – Kampfwert V wird man wohl sagen müssen. Auch SS-Truppen waren von diesem Schrumpfungsprozeß durch Verluste betroffen. Eine Kampfgruppe von ei-

23 Zur 116. Division: GUDERIAN (wie Anm. 17); Nachlaß Generalleutnant Gerhard von Schwerin, IfZ München; Hartmut RITGEN: Die Geschichte der Panzer-Lehrdivision im Westen, Stuttgart 1979; Franz KUROWSKI: Die Panzer-Lehr-Division, Bad Nauheim 1964, S. 195ff.

24 Um Mißverständnissen vorzubeugen: Auch in SS-Divisionen dienten 1944/45 Wehrpflichtige; die Klagen um Defaitismus bzw. mangelnde personelle Qualität gab es auch hier. SS-Korps wiederum enthielten auch (oder nur) „normale“ Wehrmachtdivisionen, vgl. etwa BAMA B-379 und B-709 (zum 12. SS-Armeeekorps).

25 BAMA B-027.

nigen Hundert Soldaten, die zur Verteidigung des Westwalls herangeführt wurde, soll nur die Reste von drei verschiedenen SS-Panzerdivisionen dargestellt haben.²⁶ Die 9. Panzerdivision war am 14. November zum vierten Male in acht Wochen bereitgestellt worden, am 29. November *wurden die nicht ausgebrannten Einheiten der 9. PzDiv noch einmal vorgeworfen und stürmten zum letzten Male... bis zur Ortsmitte.*

Gerade die Bezeichnung von Divisionsteilen, die oft nur noch bataillons- oder kompaniestark waren, mit den Namen von kommandierenden Offizieren zeugt nicht nur von militärischen Zwangslagen, sondern von der zunehmend personenbezogenen Loyalität, die jedoch bis in die kleinsten Einheitgruppen oder -trupps hinunterreichte und erst dort ihre Motivation zeigen mußte. Zur 3. Panzergrenadierdivision heißt es im Rückblick (1960) für die Zeit der Ardennen-Offensive:²⁷ *Unsere Division wird von der eigenen Führung als voll kampffähig... angesehen, obwohl sie nach strengen Maßstäben nur noch bedingte Abwehrkraft hat... Gehalten werden die Verbände nur durch die wenigen Obergefreiten, Unteroffiziere und Offiziere.* Dies bedeutete aber auch: Abhängig vom Stand der Ausrüstung entschied über Mut zum Kämpfen oder Verzagtheit und Angst die Bindung an greif- oder sichtbare Vorgesetzte, die wiederum ihrerseits über das Instrument von Befehl und Gehorsam die Soldaten mit ihren eigenen Motivationen so oder so ansteckten. So etwa berichtete eine Feldpost-Prüfstelle:²⁸ *Auffällig ist ... die Beobachtung, daß es nicht unerhebliche Unterschiede in der Tonart der Briefe zwischen den einzelnen Divisionen gibt, die sich nicht nur auf die Tatsache des Kampfeinsatzes oder des Einsatzes an ruhigen Frontstellen gründen kann.*

Auf die Verteidigung des Westwalls folgte bald eine Anordnung zur „Rundumverteidigung“ der linksrheinischen Städte und Ortschaften.²⁹ Für die regionale Verteidigung waren die Gauleiter der NSDAP als Reichsverteidigungskommissare zuständig – so hier der Kölner Gauleiter Grohé. Das schuf Reibungen und Rivalitäten – trotz aller Befehle zur Kooperation mit der Wehrmacht, die fachkundig beraten sollte. *Die Bauaufgabe ist der Partei gestellt... Die Kreisleiter sind in ihren Kreisen, die Ortsgruppenleiter in ihren Ortsgruppenbereichen für den Bau verantwortlich.* Dahinter steckte die Aufforderung zu einem totalen Krieg um jedes Dorf oder jede Stadt, von Hitler und dem OKW mehrfach für den Einzelfall noch einmal angeordnet.

Sie bedeutete zunächst einmal Erdarbeiten in größtem Ausmaße, die oft militärtechnisch dilettantisch angesetzt wurden. Den Rahmen bildete ein „Volksaufgebot“ mit Notdienstverpflichtungen, wie sie bereits seit 1938 zum Bau des Westwalls eingeführt wurden. Nunmehr begann der erneute Ausbau des Westwalls. Am 18. September 1944 meldete der Höhere SS- und Polizeiführer West,³⁰ bislang hätten 41.491 Mann am

26 Geschichte des Oberbefehlshabers West, BAMA ZA1-7, Bl. 189, S. 233; zur 9. Panzer-Division: C.H. HERMANN (wie Anm. 17).

27 Gerhard DIEKHOF: Divisionsgeschichte 3. Panzer-Grenadierdivision, Cuxhaven 1960, S. 391 (Kopie im Historischen Archiv der Stadt Köln (HASTK) – Mitteilungen von Eberhard Illner); vgl. Bericht Generalmajor Denkert, BAMA B-068.

28 (im September 1944), BAMA RH13/49, Bl. 293R.

29 (Oktober 1944) HStAD, RW23, Nr. 97, S. 76-79; vgl. auch die Nrn. 105-108.

30 IfZ MA434, F763461; die Personenzahl stieg bis 9.10.44 auf 75.896, ebda., F763485; vgl. CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 28-53.

Westwall 334.491 m³ Erde bewältigt. Hitlerjungen und alte Männer, auch junge Frauen und ausländische Arbeiter (diese wiederum mit Polizeibewachung) wurden in Massen in die Eifel geschickt, arbeiteten auch an den Verteidigungsstellungen der einzelnen Ortschaften, wo aber vor allem die lokale Bevölkerung gefragt war. Über die Ineffizienz, über das täglich tausendfache „Verlassen der Arbeitsstelle“, wäre noch manches zu sagen. Man kehrte angesichts unwirtlicher Wetterbedingungen, schlechter Arbeitsmaterialien und sonstiger Unerfreulichkeiten vielfach einfach nach Hause zurück. Das Beispiel eines Berichts aus zweiter Hand aus Köln mag genügen:

Aus unserem Haus mußte der Herr Volk ... zum Schanzen an den Westwall. Der Mann ist 65 Jahre alt und schwer asthmatisch. Trotzdem Aachen geräumt war, schickte man noch 12.000 Menschen hinter Aachen zum Schanzen. Als sie dort ankamen, hielten die Herren von der Partei erstmal Ermahnung ab, nicht zu meutern, worauf sie von der Menge umjohlt und ausgepöfeln wurden. So fing es schon an. Zu 600 wurden sie in großen Fabrikhallen einquartiert. An Verpflegung bekamen sie keinen Krümel zu sehen. Abends fing der amerikanische Artilleriebeschuss an. Da türmte schon die Hälfte der 'Belegschaft' in Richtung Heimat. Am anderen Tag zog die ganze Horde in wüsten Haufen wieder zurück. Anfangs des Art[illerie]-Besch[usses] waren die Herren Ortsgruppenleiter schon unsichtbar geworden und wurden nicht mehr gesehen. Führerlos, ohne Fahrkarten, ohne Ordnung flutete die Menge wieder heim. In Aachen und Umgebung wurden Lebensmittel teils verteilt, teils wurden von den Schanzen die Läden geplündert. Geld und Marken waren illusorisch. Herr Volk erzählt, viele seien mit Mengen von Schuhen, Stoffen, Hüten etc. wieder zurückgefahren – alles geplündert!' Aus all dem ersiehst Du, in welcher großen Zeit wir leben und wie an allen Fronten gesiegt wird – nur nicht von uns.³¹

Es wurden auch Arbeiter in Frontnähe gelegentlich von den Kämpfen erfaßt, verwundet oder kamen um. Die Unterscheidung zu den eigentlichen Soldaten wurden immer schwerer, zumal da Hitler am 25. September den dann am 18. Oktober bekanntgegebenen Erlaß zur Bildung eines Volkssturms unterzeichnete,³² der alle wehrfähigen Männer zwischen 16 und 60 aufrief, den *Heimatboden mit allen Waffen und Mitteln zu verteidigen*. Auch dieser unterstand dem Gauleiter und damit der Partei, deren Funktionäre auf unterer Ebene sehr häufig, sobald es ernst wurde, als erste eigenmächtig den Marsch ins Hinterland antraten, um sich selbst in Sicherheit zu bringen. Beim Volkssturm sollte die militärische Organisation durch die Wehrmacht, und hier durch den Befehlshaber des Ersatzheeres geregelt werden, und das war nach dem 20. Juli 1944 der Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Bezeichnend war schon im zitierten Erlaß Hitlers, daß der Volkssturm nicht nur mit Waffen, sondern *mit allen Mitteln* kämpfen sollte. Waffen gab es oft überhaupt nicht, oft entstammten sie der Kriegsbeute, hatten kaum oder falsche Munition, so daß auch Knüppel und Spaten an deren Stelle treten konnten. Über Einsatz und Effizienz des Volkssturms ist hier nicht weiter zu handeln. Jedenfalls schanzte der Volkssturm zum Teil nicht nur im Rahmen des

31 Bericht Frl. Louis, Köln, 15.9.44, Abschrift der Feldpostzensur, BAMA R13/49, Bl. 44f.

32 Klaus MAMMACH: Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot, Köln 1981; Franz W. Seidler: Deutscher Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45, München 1989; vgl. hier CHRI-STOFFEL (wie Anm. 7), S. 316; vgl. ferner HStAD RW36/40, RW23/273.

Volksaufgebotes mit, sondern exerzierte auch, und die Grenze von Soldaten zur gesamten militarisierten Volksgemeinschaft wurde de facto immer verschwommener, auch wenn die organisatorischen Reibungen und Rivalitäten zwischen Wehrmacht und Partei beträchtlich waren, während Wehrmacht und SS/Polizei gut zusammenzuarbeiten pflegten. Auch Frauen rückten an den Kombattantenstatus heran, wenn der Wehrkreis VI am 2. Februar 1945 noch anordnete,³³ weibliche Arbeitskräfte sollten als Ersatz von Soldaten als „Kraftfahrdhelferinnen“ ins Heer einrücken.

Mit Notdienstpflicht und Volkssturm war die Bewegung zur Militarisierung der linksrheinischen Region mit Richtung Westen hin genannt. Dem stand eine andere Bewegung entgegen:³⁴ die Kampfzone sollte zunächst in 10 bis 15 km Tiefe evakuiert werden – zumeist von Frauen, Kindern und Kranken, sodann auch von Kriegsgefangenen und Teilen der Zwangsarbeiter; diese unmittelbare Evakuierungs- oder „Rote“ Zone wurde mit dem Vorrücken der Fronten immer weiter nach Osten verlegt. Gerade deren Umfang wurde von der Wehrmacht angeordnet, da sie das Ausmaß der „Kampfzone“ definierte. Noch am 18. März 1945 befahl Hitler³⁵ die Räumung des damals noch in Wehrmachthand befindlichen restlichen linksrheinischen Gebietes von Zivilbevölkerung. *Die Haltung [der deutschen Bevölkerung] ist vielfach recht bedenklich. Dies zeigt sich in der Weigerung, den Evakuierungsmaßnahmen Folge zu leisten und in der Absicht, sich vom Krieg 'überrollen' zu lassen*, meldete der Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger am 17.12.1944 an Himmler und zählte als Gründe *einen Frontwechsel zu ungunsten Deutschlands, starke, wenn auch kaum faßbare, antirassische Beeinflussung durch die Geistlichkeit, ungünstige Beeindruckung durch die aus dem Westen zurückflutende Etappe (franz[ösische] Weiber usw.)* sowie Kompetenzstreitigkeiten der deutschen Instanzen untereinander auf.

Es entstand hiermit eine zweite und entscheidende innenpolitische Konfliktsituation der letzten Kriegsmonate im Westen. Um es vorwegzunehmen: die linksrheinische Bevölkerung, v.a. auf dem Lande, wollte gar nicht mehr verteidigt und gerettet werden, sie wollte erst recht nicht evakuiert werden. Mit Empörung oder Genugtuung konstatierten NS-Größen bis zu Heinrich Himmler, es herrsche die Vorstellung der Zivilbevölkerung, sich einfach „überrollen“ zu lassen. Man wollte nur noch, daß der Krieg zu Ende war. Überrollen war ein Terminus der Soldatensprache, nach dem eingegrabene Soldaten sich von einem gegnerischen Panzer oder Kraftfahrzeug „überrollen“ ließen und dann unverletzt wieder aufstehen konnten. So ähnlich muß sich auch die Eifelbevölkerung das Kriegsende vorgestellt haben. Der „Ami“ oder „Tommy“ – man wußte vielfach nicht, ob man Amerikaner oder Briten zu erwarten hatte – würde siegen, dann war der Krieg sowieso aus. Dahinter steckte Vertrauen auf eine vergleichsweise humane Art der Kriegführung, das auch durch die NS-Greuelmeldungen im Westdeutschen Beobachter (15.12.1944): *Amerikanisches Katyn bei Jülich. Der Genickschuß in der amerikanischen Kriegführung* nicht erschüttert werden konnte, wenn die erste Begegnung mit Amerikanern gelegentlich mit Geschenken von Kaugummis und Schokolade

33 BAMA RH53-6/81. Erfahrungsberichte sollten bis 1.8.1945 vorgelegt werden.

34 CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 53ff. (Wortlaut des Befehls: S. 54f.).

35 BAMA RW4, Bl. 24; Berger: IfZ Fa93; vgl. CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 250ff.; ARNTZ (wie Anm. 7), S. 82ff.

begann. Sogar Kampfgruppen des Höheren SS- und Polizeiführers in Malmedy berichteten über die während der Ardennen-Offensive von den Amerikanern „befreiten“ Gebiete in Ostbelgien:³⁶ *Nach Aussagen der Bevölkerung haben sich die Amerikaner sehr nett und höflich aufgeführt. Sie haben Kaffee, Schokolade, Keks, Büchsenfleisch usw. verteilt, hätten sich auch gut um die Kranken gekümmert.*

Der Widerstand gegen die Evakuierung nahm zum Teil militante und militärische Formen gegenüber Parteidienststellen in der Aachener Gegend, z.B. in Alsdorf, an. Die Ortsgruppen- und Kreisleiter suchten ihrerseits Beistand bei der Ortspolizei, aber auch bei neu geschaffenen Polizeiformationen in Bataillonsstärke des Höheren SS- und Polizeiführers West, Kampfgruppen genannt. Diese Polizeieinheiten wurden aus aktiver Polizei, SS-Alarmtruppen, SA-Stürmen, Waffenfähigen der SS und Polizei, aber auch aus Sipo-Beamten, die aus Belgien und Nordfrankreich zurückströmten, gebildet.³⁷ Diese Einheiten kämpften nicht nur als mobile Einsatztruppe an der militärischen Front gegen die Amerikaner – so etwa auch in Aachen selbst, aber auch während der Ardennen-Offensive oder im Hürtgenwald. Diese Kampfgruppen erfüllten auch vielfältige innenpolitische Polizei- und Terroraufgaben – nicht zuletzt die Evakuierung. Gerade weil diese von der Bevölkerung meist nur als SS angesehenen Truppen brutal vorgingen, flüchtete sich die zu evakuierende Bevölkerung oft in den Schutz der herkömmlichen Wehrmacht. Aber die Wehrmacht ihrerseits half auch gelegentlich bei der gewaltsamen Evakuierung, wenn die diversen Polizeikräfte damit nicht mehr fertig wurden.³⁸ Ein NS-Führungsoffizier etwa berichtete: *Bevölkerung will bleiben, organisiert Selbstschutz zur Sicherheit der knapp werdenden Ernährung und sucht Schutz bei der Wehrmacht... Unruhe zu befürchten, falls die Wehrmacht nicht eingreift und Arbeiten der Partei wieder sicherstellt.* Ein latenter Bürgerkrieg drohte in einen offenen umzuschlagen, obwohl die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Truppenteilen, zwischen Wehrmacht, SS und Polizei, bereits fließend geworden waren.

Aber es kam auch über die ersten Räumungen hinaus zur Konfrontation zwischen kämpfender Truppe und Bevölkerung. Gerade an der Westgrenze machten sich Wehrmachtoffiziere gelegentlich daran, Kirchtürme von Dörfern zu sprengen, damit sie der feindlichen Artillerie nicht zum Einschießen dienen konnten. Die Zerstörung nicht nur des eigenen Landes, sondern so symbolträchtiger Bauwerke wie Kirchtürme rief natürlich Verbitterung bei der verbliebenen Bevölkerung hervor. Das galt besonders angesichts des dann doch einsetzenden Rückzugs deutscher Truppen. *Absetzen über Mar-*

36 IfZ MA434, F762982/3 (= HStAD RW37, Bd. 11, Bl. 154/5).

37 HSSPF Gutenberger an Himmler, 27.9.44, IfZ MA434, F763524/5; vgl. dazu demnächst die Kölner Dissertation von Rainer KRAUSE über die Evakuierung der Bevölkerung 1944/45. Herrn Krause danke ich für sachliche Hinweise ebenso wie für Quellenbenennung.

38 Verbindungsoffizier beim Reichsverteidigungskommissar an HSSPF West, Köln, 5.2.45; das folg. Zit. NSFO Lt. Floßdorff, Btl.-Gefechtsstand 302, 15.9.44, IfZ MA434, F763253 (vgl. Dementi Gutenberger an Himmler, 13.10.44 – ebda., F763255). – Die Belegschaft von Unternehmen ließ sich gelegentlich auch bereitwillig evakuieren, wenn etwa ein weniger gefährdeter Arbeitsplatz samt Lohn im Hinterland gesichert schien (Hinweis R. Krause).

magen und Nettersheim nach Zingsheim, notierte Leutnant S. am 6. März 1945.³⁹ *Der Pfarrer beschimpft uns als Neuheiden, die ihre Strafe erleiden müssen, läßt weiße Flagge hissen. Nehme ihn vor dem Zorn meiner Soldaten in Schutzhaft. Panzerverbände gegen 17 Uhr...* Beim Abrücken der Soldaten am folgenden Tag wurde der Pfarrer dann wieder freigelassen. Berichte von einer Konfrontation von Ortsbevölkerung und Wehrmacht sind zahlreich. „150-prozentige“ Offiziere drohten mit Sanktionen und Erschießen, was wohl auch gelegentlich geschah; andere waren einsichtsvoller oder einfühlsamer. Der Bürgermeister von Hüls etwa hatte schon die weiße Fahne gehißt⁴⁰ als noch einmal deutsche Panzer zur Verteidigung anrückten; er bat um Abzug – und das taten die deutschen Soldaten dann tatsächlich zum großen Glück für die Stadt.

Ferner wird über mehrere Dörfer und Städte berichtet, daß nicht nur die deutsche Besatzung und Verteidigung amerikanischen Beschuß nach sich zog, sondern daß auch die amerikanische Besatzung von Ortschaften eine nachfolgende deutsche Beschießung zur Folge hatte⁴¹ – bis hin zum linksrheinischen Köln oder Bonn, das von der anderen Rheinseite deutschen Artilleriebeschuß auf sich zog. Beim Rückzug wiederum zerstörten deutsche Truppen Verkehrswege, z.B. Brücken. Aus Schmidtheim wird berichtet,⁴² daß die Bevölkerung dies zu verhindern suchte, indem sie den Soldaten Wurst und Schinken zur Kompensation anbot – doch vergebens. Es gibt Aussagen, daß die Zivilbevölkerung den Amerikanern ihr Vorrücken durch das Zeigen von Wegen oder ähnlichem zu erleichtern suchte. Vom Vormarsch in die Kölner Vorstadt Junkersdorf berichtet die amerikanische Divisionsgeschichte:⁴³ *There were civilians, all doubtfully watching our approach; staring eyes, an occasional smile, perhaps how far then the war would be over. A civilian steps forward to warn us of a minefield on the right side of the road.*

Vom Kampf um den Westwall ab September 1944 bis zum März 1945 finden sich häufig die Bemerkungen, daß diese Konfrontation mit der Zivilbevölkerung auch für die Truppe schwer zu ertragen war. *Es belastet die Truppe erheblich, daß die Zivilbevölkerung selbst am vordersten Rand des Westwalls noch nicht evakuiert ist*, schrieb General Dr. Beyer im September 1944,⁴⁴ und noch im März 1945 erkannte auch der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel: *Die Anwesenheit der Bevölkerung in der feindbedrohten Kampfzone ist für die kämpfende Truppe ebenso belastend wie für die Bevölkerung selbst.* Aber er folgerte gerade daraus Hitlers erneuten Befehl zur Evakuierung, zur verbrannten Erde. In den Worten Martin

39 BAMA RH26-277.

40 Ludwig HÜGEN: Der Krieg geht zu Ende. Niederrheinische Berichte zur Operation Grenade 1945, Kempen 1974, 21987, S. 180f. (vgl. ebda. für Dülken, S. 164).

41 Z.B. CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 533, S. 553; HÜGEN (wie Anm. 39), S. 141; ARNTZ (wie Anm. 7), S. 419; Hans MIEBACH: Das Kriegsende in Pulheim, 1.-8. März 1945 [Tagebuch], in: Pulheimer Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde 4, 1990, S. 213.

42 ARNTZ (wie Anm. 7), S. 302, vgl. S. 439.

43 Leo A. HOEGH/Howard J. DOYLE: Timberwolf Tracks. The History of the 104th Infantry Division 1942-1945, Washington o.J. (1945), S. 271.

44 General Dr. Beyer, LXXX. AK zum September 1944. BAMA B-081; gedruckt: CHRISTOFFEL (wie Anm. 7), S. 14; zu Keitel bzw. Bormann: CHRISTOFFEL, S. 86f.

Bormanns: *Der Führer verpflichtet die Gauleiter der Frontgaue, das Menschenmögliche zu tun, um die totale Räumung, d.h. restlose Zurückführung aller Volksgenossen zu sichern.*

Der Kreis schloß sich: Partei, Polizei und auch die Wehrmacht suchten eine sich zumeist sträubende Bevölkerung zu evakuieren, unter anderem deswegen, weil diese nicht direkt in die Kampfhandlungen einbezogen werden sollte. Große Teile blieben, und die Truppe wurde wegen ihres Kampfes und ihrer Kampfbereitschaft von der Bevölkerung zumindest innerlich verflucht, gelegentlich auch offen am Kampf gehindert, das Zerstörungswerk aktiv oder passiv fortzusetzen.

Zwei Erfahrungsbereiche gilt es noch hinzuzufügen: das Plündern und das Desertieren. Es gibt kein Anzeichen, daß die Verpflegung der Soldaten innerhalb der Truppe auf Schwierigkeiten stieß. Dennoch sind die Berichte über Plündereien zahlreich.⁴⁵ Offenbar fehlte den meisten Soldaten jedes Unrechtsbewußtsein. So wie sie sich in Frankreich, Rußland oder Polen aus dem Land bedient hatten (und es auch z.T. tun sollten), so taten sie es auch auf deutschem Boden. Zur Erklärung mag hinzugesetzt werden, daß eben der evakuierte Teil der Bevölkerung Lebensmittel, ja auch Vieh oder Feldfrüchte noch im Boden zurückgelassen hatte, so daß man zurückgelassenes Gut als herrenlos ansah oder die Meinung vertrat, wenn die Amis kämen, sei doch alles verloren. *Hier wird gelebt wie Gott in Frankreich. Leute fort, Vieh wird von den Soldaten abgeschlachtet u. gegessen. Wer weiß wie es morgen ist. Gellee u. Eingemachtes beigeht, wenn Du das sehen würdest, niemand denkt an das Wort Krieg. Wissen will niemand nichts davon, aber kein Mensch ist da der Schluß machen will, vielmehr die Courage dazu hat,* schrieb ein Soldat im Dezember 1944 nach Hause.⁴⁶ Ein anderer: *Aber man lebt hier so in Saus und Braus, frißt die Vorräte auf, schlachtet das Vieh auf und wartet auf den Augenblick, bis man fliehen kann.* Gelegentlich kam es auch vor, daß solche Plündereien disziplinarisch geahndet wurden. Vor ein Kriegsgericht kam man aber in dieser Zeit wohl nur noch, wenn man aus solchen Plündereien eine Gewerbetätigkeit machte – etwa waggonweise Fleisch aus Ungarn ins Reich verschob. Nur graduell war die Abstufung von individuellem Plündern, wie hier zitiert, und kollektivem Raub, wenn Polizei-Kampfgruppen ihrerseits aus dem von Niederländern geräumten Gebiet bei Venlo u.a. *693 Stück Großvieh, 206 Schweine und 22 Fohlen* ins Reich brachten.⁴⁷ Es wurde schlichtweg unterstellt, es habe sich um deutschen Besitz gehandelt, und wo man das nicht genau wisse, habe man selbst handeln müssen.

45 Z.B. ARNTZ (wie Anm. 7), S. 61, S. 209; BOSCH (wie Anm. 14), S. 180; HÜGEN (wie Anm. 39), S. 16; Hans Jürgen KÜSTERS/Peter MENSING (Hg.): *Kriegsende und Neuanfang am Rhein*. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss, München 1986, S. 62. Vgl. BAMA RW4/v.722, RH19IX/80.

46 Brief Hans Layer, „Aus dem Westen“, 5.12.1944, BfZ, Sammlung Schüling; vgl. Uffz. Huber, Flakabteilung 224, 4.12.44, BfZ, Sammlung Sterz.

47 4.2.45, HStAD, RW37, Nr. 11, Bl. 101f.

Der Krieg sollte bald zu Ende sein, das war auch für die meisten deutschen Soldaten,⁴⁸ ob sie nun – wie befohlen – tapfer kämpften oder nicht, die immer mehr überhand nehmende Hoffnung. Die eine Möglichkeit, aus dem Kampf auszusteigen, bestand in der Flucht gleichsam nach vorn – zum Feind. Angesichts der Kriegssituation war das naturgemäß mit Lebensgefahr verbunden, wenn sich nicht besonders günstige Situationen dazu anboten. Die US-Propaganda mit Flugblättern u.a. suchte gerade dies Überlaufen zu fördern: *Tod im Westwall oder Leben in ehrenhafter Kriegsgefangenschaft*, hieß es etwa⁴⁹ und wurde in vielen weiteren Flugblättern situationsgemäß geschickt angepaßt. Weit verbreitet war ein Passierschein mit Eisenhowers faksimilierter Unterschrift, der Behandlung gemäß Kriegsgefangenenkonvention zusagte. Aber solcher Aufforderungen bedurfte es wohl gar nicht, wenn sich gelegentlich einmal Hunderte von Soldaten kampflös ergaben. Ein ganzer Zug der 9. Panzerdivision lief zum Feind über; daraufhin wurden 16 Soldaten in Abwesenheit zum Tode verurteilt.⁵⁰ Jedenfalls wurden die Polizeitruppen bereits im September 1944 angewiesen: *Schießbefehl auf Plünderer, Deserteure, sowie Bewohner die die Kampflinie feindwärts überschreiten wollen*. Es wurde später versucht, solche Desertionen durch Androhung von Sippenhaft zu unterbinden. Das konnte jedoch keinen Erfolg haben. Ein NS-Führungsoffizier in der Eifel äußerte sich im Februar 1945: *Der Befehl mit seinen angedrohten Maßnahmen hat keineswegs zum Erfolg geführt, auch wenn er zunächst einen gewissen Eindruck hinterließ. Nach wie vor ist die Zahl der Überläufer verhältnismäßig groß, pro Division werden alle zwei bis drei Tage 3 Überläufer festgestellt... Die Verfolgung der Sippe lehne er schon aus praktischen Gründen ab: Es dauere oft Monate, bis der Aufenthalt der Sippe festgestellt sei; angesichts des Krieges hülfe nur sofortige Maßnahmen*.

Der Übergang von aktiver Desertion zum Feind bis zur Aufgabe des Kampfes in (taktisch gesehen) aussichtsreichen bis aussichtslosen Situationen war fließend. Sie war gemäß den Durchhalteparolen immer strafbar, von Kriegsgericht und Erschießung

48 Manfred MESSERSCHMIDT: Krieg in der Trümmerlandschaft. Pflichterfüllung wozu?, in: Ulrich BORSCHDORF/Mathilde JAMIN (Hg.): Überleben im Krieg. Kriegserfahrungen einer Industrieregion 1939-1945, Reinbek 1989, S. 169-179; ders., Verweigerung in der Endphase des Krieges, in: Thomas SCHNABEL u.a. (Hg.): Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945. Scheitern und Nachwirken, Ulm 1994, S. 152-164; einige Quellen auch bei: Franz W. SEIDLER: Fahnenflucht. Der Soldat zwischen Eid und Gehorsam, München/Berlin 1993, bes. S. 327ff.; Norbert HAASE/Gerhard PAUL (Hg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/M. 1995 – Diese Aufsatzsammlung gibt einen Überblick über den derzeitigen Diskussionsstand, bezieht dabei auch ausländische Zwangsrekrutierte ein (N. Haase), in einem eigenen Beitrag den „Widerstand der letzten Stunde“ (L. Tietmann) sowie die öffentliche Diskussion zum Thema seit 1980 (W. Wette).

49 HOHENSTEIN/TREES (wie Anm. 7), S. 124, vgl. S. 248, 58.

50 SEIDLER (wie Anm. 48), S. 327; zum folgenden: IfZ MA434, F763524: Befehl Reichsführer SS 17.9.44; SD-Außenstelle Schleiden an SD-Abteilung Köln, 24.2.45, HStAD, RW33, Nr. 3, Bl. 29.

bedroht. Gelegentlich kamen auch aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft schon befreite Soldaten noch einmal vor Militärgerichte. Insgesamt tagten ordentliche Kriegsgerichte oder spontane Standgerichte massenweise, und die Gesamtzahl der unmittelbar erschossenen Deserteure (und von Soldaten, die man dafür hielt) ist eine bis heute und wohl für immer unbekannte Dunkelziffer. Der Höhere SS- und Polizeiführer West meldete jedenfalls am 30.10.1944 über die Erfolge seiner Kampfgruppen:⁵¹ *3.361 Personen festgenommen, darunter 149 Plünderer und 212 Deserteure. Von den Kampfgruppen wurden Tausende versprengte Soldaten aufgefangen, davon sind bereits 2 Divisionen zum Einsatz gekommen. Erschossen wurden 80 Personen* – und das setzte sich in den folgenden Monaten fort. Die Polizeitruppen suchten ihrerseits rückwärts der Front neue Sperrlinien hinter der „roten“ oder „grünen“ Kampflinie zu errichten, an denen der gesamte Verkehr und so auch rückwärts gehende Soldaten kontrolliert wurden. Hier gab es wohl spontane Erschießungen, aber auch Festnahmen, Aburteilungen, jedoch ebenso Freilassungen, d.h.: die Betroffenen wurden aufgegriffen, zu ihren Truppenteilen geschickt oder in neuen Einheiten verwandt.

Autoritätskonflikte über Kampf oder Nichtkampf, Desertion oder Heldentod gab es auch in den einzelnen Wehrmachteinheiten, und da drohten Offiziere oder andere Vorgesetzte ihren Untergebenen nicht selten mit der Waffe.⁵² Gewiß blieb es dabei oft nicht nur bei der Drohung. Aus Nemmenich wird berichtet: *Im Februar 1945 tagte in der Wirtschaft Esser das Kriegsgericht unter dem Vorsitz zweier höherer Offiziere. Angeklagt war ein jüngerer Leutnant wegen Feigheit vor dem Feinde. Er sollte mit seinen Truppen die Stellung bei Bleibuir zu früh verlassen haben und dadurch die Gefangennahme eines Feldwebels mit seinem Zug verschuldet haben. Zu seiner Entlastung führte der vor Angst zitternde Beklagte aus, er habe geglaubt von seiner Einheit abgeschnitten zu sein. Sein Schicksal ist unbekannt.* Verständlicherweise versuchten Soldaten, soweit sie aus der Gegend stammten, auf dem Rückzug bei Angehörigen Besuche zu machen, sie in ihrer Notsituation zu unterstützen, eventuell auch die Gelegenheit zum Ausstieg aus dem Krieg zu finden. Noch Ende April lagen den zuständigen Stellen des Oberkommandos des Heeres in Berlin mildere Fälle als Revisionsinstanz von Kriegsgerichten vor.⁵³ In Erwartung des baldigen Kriegsendes wurde vielfach auf Frontbewährung und vorläufige Aussetzung von Gefängnisstrafen erkannt. Angesichts des Doppelcharakters des gesamten NS-Regimes sollte jedoch von derart milden Urteilen im geregelten Instanzenzug nicht auf eine milde Praxis vor Ort geschlossen werden, wo terroristische Willkür und Sofortaktionen herrschen konnten, die niemals justiziabel wurden.

Nicht nur auf dem Lande oder in Wäldern suchten sich Deserteure zu verstecken, sondern auch in größeren Städten. Aus Krefeld haben wir den Bericht einer Razzia des

51 IfZ MA434, F763018; von 50 Erschossenen berichtet die Gestapo Köln, 9.11.44, HStAD, RW34, Nr. 8, Bl. 4. Die Akten HStAD Abt. Kalkum bieten umfängliches weiteres Material.

52 ARNTZ (wie Anm. 7), S. 84, S. 419 (Nemmenich).

53 BAMA RH13/65, bes. Bll. 76/77, 99-101, vgl. ebda. RH13/66.

2. Fallschirmjägerkorps durch tausend Soldaten und Polizei aus den ersten Januartagen 1945:⁵⁴ *Es wurden insgesamt vorläufig festgenommen: 44 Wehrmachtangehörige, von denen im Schnellverfahren 9 zu Gefängnisstrafen, 25 zu Disziplinarstrafen verurteilt wurden, 2 Urteile standen noch aus; 8 wurden freigelassen.* Siegburg⁵⁵ wurde Anfang April 1945 vom Grenadierregiment 951 der 353. Infanteriedivision verteidigt; der Kampfkommandant erkannte zwar: *Mit den vorhandenen Kräften ist eine Verteidigung der Stadt an ihrer Peripherie nicht möglich* und wollte sich deshalb auf die Innenstadt im *feldmäßigen Ausbau* konzentrieren. Im Merkblatt der Division wurde der *Einzel-schütze mit Handgranate* und der *mit Beobachtungsposten der schweren Waffen gekoppelte Scharfschütze* als Hauptkämpfer genannt. Es ging um den Häuserkampf mit möglichst sofortiger Rückeroberung: *Brennen beim Kampf in der H.K.L. [= Hauptkampflinie] Häuser ab, soll man sie ruhig brennen lassen, das gibt an diesen Stellen etwa 24 Stunden Ruhe, dann aber müssen die Ruinen sofort besetzt werden, sonst sitzt der Gegner in den Trümmern.* Der Kreisleiter der NSDAP warnte in einem Flugblatt vor amerikanischen Greuelaten, auch vor „farbigen Truppen“ und forderte: *Willst Du Mord, Schändung, Zwangsarbeit und Hunger entgehen – folge dem Ruf der totalen Evakuierung.* Verantwortungsbewußt solle man sich klar sein, *daß im Zuge der Kampfhandlungen möglicherweise durch eigene Artillerie Euer Heim trotzdem verlorengelht!* Ein Feldwebel, der sich nach ersten Kämpfen vorzeitig mit seinem Zug Soldaten absetzen wollte, wurde von einem Standgericht der Division zum Tode verurteilt und sogleich erschossen. *Der Vorgang ist umgehend bekanntzumachen und Gegenstand eingehender Belehrung zu machen.* Auch hier war die Wehrmacht nicht Objekt, sondern Träger des totalen Krieges – auch gegen die Zivilbevölkerung.

In Köln bildeten sich aus vor allem aus Zwangsarbeitern, ausländischen Kriegsgefangenen, Jugend- und Arbeiterwiderstand, aber auch aus Deserteuren der Wehrmacht Ende 1944 geschlossene Untergrundformationen, über deren Existenz wir im Umfeld der Untersuchungen über die Edelweiß-Piraten besser unterrichtet sind.⁵⁶ 8.-21.11.44 *Einsatz von 2 Kompanien zur Bandenbekämpfung in Köln*, meldete der Höhere SS- und Polizeiführer West an Himmler am 12. Dezember 1944; die Gestapo registrierte am 20. Dezember 1944: *Die Aktion in Köln-Ehrenfeld ausgenommen – [sind] etwa 200 Bandenmitglieder im Stadtbereich Köln festgenommen und unschädlich gemacht worden.*

Die Kämpfe um den Westwall und Aachen, sodann die Ardennen-Offensive waren insgesamt am härtesten. Als die Alliierten am 22./23. Februar 1945 die Rur überschreiten konnten und ihre Operation „Grenade“ ansetzten, war die letzte Schlacht geschlagen. Die Reste der deutschen Truppen zogen sich von Ortschaft zu Ortschaft zurück. Der dort zu Kampf und Rundumverteidigung aufgerufene Volkssturm sah die Wehrmacht vielfach abziehen, und zumeist verstanden es örtliche Volkssturmführer,

⁵⁴ 8.1.45, HStAD, RW37, Nr. 11.

⁵⁵ Vorgänge in BAMA RH26/353 bzw. 354.

⁵⁶ Bernd A. RUSINEK: *Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand.* Köln 1944/45, Essen 1989; die Zitate: IfZ, Fa93, Bl. 2; HStAD, RW34, Nr. 8, Bll. 74-78 (hier Bl. 78). – „Die Aktion in Ehrenfeld“ meinte die Edelweißpiraten, die hier nur am Rande eine Rolle spielten.

ihre Befehle so zu geben, daß eine kampflose Übergabe möglich wurde. *Völlig versagte und mußte versagen der Volkssturm. Von den vom Reichsverteidigungskommissar [Grohé in Köln] angesagten zwei Bataillonen zu 600 Mann trafen im Laufe des Spätabends nur etwa 60 Mann im Abschnitt der 363. Div. an der Kernbefestigung ein,*⁵⁷ berichtete nach dem Krieg ein Divisionskommandeur.

Das war die Sprache der Führung, die sich nach dem Krieg in Schilderung der düsteren Rahmenbedingungen ihres Kampfes überbot, nicht zuletzt, um die Wahrung ihrer eigenen professionellen Qualitäten, ja auch das Durchhalten, die hervorragende Disziplin und ausgebliebene Meuterei der Soldaten bis zum Schluß zu betonen. Aus heutiger Sicht tritt eher das ausweglose Dilemma der Soldaten selbst hervor. In der Geschichte des Oberbefehlshabers West heißt es dazu:⁵⁸

Die Bevölkerung sah ja mit offenen Augen, was sich abspielte, lag zum Teil schon im Bereich weittragender Artillerie des Gegners, litt unter Zerstörungen und Verlusten der Bomben- und Jabo-Angriffe. Nun fürchtete sie um ihr Hab und Gut, fürchtete die letzte gründliche Zerstörung durch die Kriegswalze, die über sie hinweg nach Deutschland hineinrollen würde. Da nutzte keine von Goebbels gemachte Propaganda mehr, da nutzte keine Stimmungsmache örtlicher Partei-Instanzen, dem Soldaten gegenüber schüttete die Bevölkerung ihr Herz aus. Oft genug wurde der Wunsch geäußert, daß ein Ende mit Schrecken besser sei, als ein Schrecken ohne Ende. Oft genug mußte der Soldat hören, er sollte doch die Waffe wegschmeißen und Schluß machen, vor allem solle er Heim und Habe der Bevölkerung nicht durch seinen Widerstand der Vernichtung preisgeben. Unter diesem seelischen Druck stand der deutsche Frontkämpfer. Zwischen zwei Mühlsteinen: hier soldatische Pflicht und Fahnenleid, – dort menschliches Mitgefühl und eigene Erkenntnis – mußte seine Moral ja eigentlich zer-mürbt und zerrieben werden.

Dem wird man zustimmen können, aber hinzufügen müssen: auch die deutschen Soldaten wirkten an der Ruhigstellung, am Zwang gegenüber der zivilen Bevölkerung mit; sie verlängerten durch ihren Einsatz objektiv das Halten der Westfront und damit die Verlängerung des Krieges insgesamt. Soldaten wandten weiter Gewalt an, indem sie mit ihren verbliebenen Waffen gegen den Feind kämpften. Doch das trat zeitgenössisch für sie kaum ins Bewußtsein. Es dominierte schon jetzt die Vorstellung, ihrerseits zu leiden – am Krieg als solchem, aber auch an dem Dilemma zwischen erzwungenem Gehorsam, ablehnender Bevölkerung und eigenen Siegeszweifeln und Friedenshoffnungen, die sie doch bis zum Ende kämpfen ließ. Das wiederum bedeutete für die meisten Kriegsgefangenschaft. Die Erfahrung von Leid setzte sich fort; Krankheit, Hunger und für manche auch der Tod standen noch aus – etwa in den Rheinwiesenlagern zwi-

57 BAMA B-576, S. 53/56; vgl. den Einsatzbefehl Grohés vom 10.2.1945 – HStAD RW23/273, Bl. 15.

58 BAMA ZA1-7, S. 35, Bl. 65.

schen Bad Kreuznach und Wickrathberg. Daß nun nicht sogleich ein privater Neuaufbau beginnen konnte, vermochten die wenigsten zu begreifen.⁵⁹

59 Arthur L. SMITH: Die „vermißte Million“. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992; Günter BISCHOF/Stephen E. AMBROSE (Hg.): Eisenhower and the German POWs. Facts against Falsehood, Baton Rouge/London 1992 (beide kritisch zu dem unseriösen: James BACQUE: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946, Frankfurt/M./Berlin 1989); Rüdiger OVERMANS: „Ein untergeordneter Eintrag im Leidenbuch der jüngeren Geschichte“. Die Rheinwiesenlager 1945, in: Hans Erich VOLKMANN (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 259-292. – Über diese Erfahrungen in Fortsetzung der Kämpfe mein Beitrag: Aussichtslose Kämpfe, Kriegsgefangenschaft und Rückkehr – Soldatenerfahrungen im Westen 1944-1946, in dem Sammelband: Jost DÜLFFER (Hg.): „Wir haben schwere Zeiten hinter uns“ – Die Region Köln in Krieg und Nachkriegszeit, Vierow 1996, S. 21-43.

KARL-HEINZ ROTHENBERGER

DIE HUNGERJAHRE NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG AM BEISPIEL VON RHEINLAND-PFALZ

Forschungsstand

Das Thema Ernährung und Versorgungskrise nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Europa und in der Welt – ist seit vier Jahrzehnten mit unterschiedlicher Intensität und wechselnden Forschungsakzenten Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung. In den vierziger und fünfziger Jahren erschien eine Reihe medizinischer und agrarwissenschaftlicher Arbeiten zur aktuellen Ernährungslage, zu den Problemen der landwirtschaftlichen Produktivität und zur Welternährungslage. Die meisten von ihnen haben aber den engeren Rahmen der eigenen Fachdisziplin selten überschritten.¹ Lediglich die verdienstvolle Arbeit von Justus Rohrbach und Hans Schlange-Schöningens hat den Problemkreis Ernährungs- und Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg umfassend behandelt, sich dabei aber auf die Bizone beschränkt.²

In den sechziger Jahren ist die Ernährungskrise von Ernst-Günther Schenck³ in einem globalen Zusammenhang und von Hermann Arnold⁴ unter medizinischem und sozialhygienischem Aspekt behandelt worden. Gerade die letztere Arbeit hat der Forschung umfangreiches Zahlenmaterial über Körpergewichte der Bevölkerung, hungerbedingte Krankheitserscheinungen und Sterblichkeit geliefert. 1980 hat der Verfasser die Nachkriegsernährung und die landwirtschaftliche Produktivität am Beispiel von Rheinland-Pfalz umfassend dargestellt. Die Untersuchung wurde 1983 auf die Französische Besatzungszone ausgeweitet.⁵

-
1. Erinnert sei vor allem an die wirtschafts- und agrarwissenschaftliche Schriften von Fritz BAADE, Hugo BÖKER, Ferdinand GRÜNIG, Radoslaw KINZHUBER, Friedrich JERCHOW und Hans LIEBE sowie die medizinischen Untersuchungen von Willi BOETTCHER, Hugo LOHMANN und Wilhelm Eugen LOHR; ausführliche Bibliographie bei ROTHENBERGER (wie Anm. 5).
 2. Justus ROHRBACH: Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949, hg. von Hans SCHLANGE-SCHÖNINGEN, Hamburg und Berlin 1955. Das Buch, das von dem Mitarbeiter Schlange-Schöningens verfaßt wurde, wird meist unter dem Namen Schlange-Schöningens zitiert.
 3. Ernst-Günther SCHENCK: Das menschliche Elend im 20. Jahrhundert. Eine Pathographie der Krieger-, Hunger- und politischen Katastrophen Europas, Herford 1965.
 4. Hermann ARNOLD: Hunger. Beiträge zur Sozialhygiene der chronischen Unterernährung. Habil.-Schrift med. Fakultät Saarbrücken 1970 (Annales Universitatis Saraviensis, Medizin).
 5. Karl-Heinz ROTHENBERGER: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Boppard 1980 (Veröff. d. Komm. d. Landtages f. d. Gesch. d. Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 3); ders.: Ernährungs- und Landwirtschaft in der Französischen Besatzungszone 1945-1950, in: Claus SCHARF und Hans-

In den achtziger Jahren belebte sich wieder das Interesse an dem Thema. Neben regionalgeschichtlichen Studien⁶ und einer Untersuchung über die Bedeutung des Ernährungsproblems für die Politik der Westalliierten von Farquharson⁷ hat Rainer Huemann die Schattenwirtschaft und das Hamsterwesen im Rahmen seiner Habil.-Schrift über Sozialpolitik im deutschen Südwesten dargestellt.⁸ Den vorläufigen Abschluß bildet die Göttinger Habil.-Schrift von Günter J. Trittel über Ernährungslage und -politik in der Bizone.⁹ Sie geht gewinnreich über die Darstellung von Rohrbach/Schlange-Schöningen hinaus, aber leider wird der globale Ansatz der vierziger und fünfziger Jahre, die deutsche Ernährungslage in den Rahmen einer weltweiten Ernährungskrise einzubetten, nur kursorisch mit einigen Zahlenangaben weitergeführt.

Manche neue Akzente hat die Frauenforschung der achtziger Jahre gesetzt, die aber für unser Thema weniger bedeutsam sind.¹⁰

Die Ursachen der Versorgungskrise

Aus dem Bedingungsgeflecht sind vor allem drei Faktoren herauszuheben: die Welternährungskrise, der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität und der Zusammenbruch der Infrastruktur.

Kinzhuber hat den Rückgang der Nahrungsmittelproduktion in Europa 1946 mit 37%, 1947 mit 25% gegenüber 1938/39 berechnet.¹¹ Baade schätzte das Defizit allein

Jürgen SCHRÖDER (Hg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983, S. 185-203.

- 6 Gabriele STÜBER: Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der Britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984; Michael WILDT: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948, Hamburg 1986; Reinhold BILLSTEIN: Streiks und Hungerdemonstrationen in Köln 1946-1948, in: ders. (Hg.): Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution, Köln 1979, S. 403-445.
- 7 John E. FARQUHARSON: The Western Allies and the Politics of Food. Agrarian Management in Postwar Germany, Leamington 1985; ders.: Landwirtschaft und Ernährung in der Politik der Alliierten, in: Joseph FOSCHEPOTH (Hg.): Kalter Krieg und deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 7.
- 8 Rainer HUDEMANN: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988 (Veröff. d. Komm. d. Landtages f. d. Gesch. d. Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 10).
- 9 J. TRITTEL: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt/New York 1990.
- 10 Gabriele STÜBER: Zwischen Trümmern und Wiederaufbau 1945-1950. Nachkriegsalltag aus Frauenperspektive, in: Heide GIESEKE und Hans-Jürgen WÜNSCHEL (Hg.): Frau und Geschichte. Ein Reader, Landau 1995, S. 229-249.
- 11 Radoslaw KINZHUBER: Die Wechselbeziehungen zwischen den europäischen Ländern auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Getreide-

in Osteuropa aufgrund von Vertreibung und Bodenreform auf 25 Millionen Tonnen Getreidewert.¹² Das war das Doppelte des Welthandelsumsatzes an Weizen am Ende der dreißiger Jahre. Die USA und Kanada hatten zwar während des Krieges ihre Weizenproduktion kräftig ausgeweitet, dem stand aber ein starker Erzeugungsrückgang in Argentinien und Australien gegenüber. Zudem hat England einen Teil des australischen Weizens nach Indien geleitet, um die unruhigen Verhältnisse dort zu stabilisieren. Die Versorgungslast lag somit hauptsächlich auf den USA, doch hat erst die Rekordernte 1947 ihnen erlaubt, ihren Export stark zu erhöhen. In Anbetracht angespannter Ernährungsverhältnisse in den meisten europäischen Staaten, von denen nur die angelsächsischen Länder, Skandinavien und die Schweiz 1946/47 das Niveau der Vorkriegszeit erreichten, bestand für sie im Hinblick auf die Kriegsschuld bis 1947 keine Veranlassung, Deutschland vorrangig oder in gleichem Maße zu beliefern wie die übrigen Länder.

Die binnenwirtschaftlichen Ursachen der Ernährungskrise lagen vor allem in der unzureichenden Versorgung der Landwirtschaft mit Handelsdünger. Bedingt durch Rohstoffstreuung und Spezialisierung hatte sich die deutsche Industrie seit dem 19. Jahrhundert zu einem Konglomerat von Zuliefererindustrien entwickelt, deren Geschäftsverbindungen nun durch die Zonengrenzen unterbrochen waren. Wohl besaß die Französische Zone mit der BASF eine bedeutende Erzeugungsstätte für Stickstoffdünger, aber die Produktion war durch Zerstörungen noch stark eingeschränkt. Die großen Kaligruben lagen in der sowjetisch und in der britisch besetzten Zone, Phosphorsäure wurde an Ruhr und Saar gewonnen. Indem die Militärregierung sowohl Phosphorsäure von der Saar als auch Stickstoff von der BASF in Ludwigshafen für den Bedarf des Mutterlandes abzweigte, war der Bedarf der Französischen Zone an Handelsdünger, ohne den die Landwirtschaft in Deutschland schon längst nicht mehr lebensfähig war, nur zum geringen Teil gedeckt. Hinzu kamen der nicht zu unterschätzende Verlust der großen ostdeutschen Saatzuchtanstalten sowie der Rückgang des Viehbestandes. Das minderte die Ertragsleistung des Bodens (fehlender Stallmist). Man kann für Rheinland-Pfalz 1945 einen Ertragsrückgang bei den Feldfrüchten gegenüber den dreißiger Jahren um ein Drittel bis ein Viertel annehmen. Die Produktivität des Bodens nahm in den folgenden Jahren noch weiter ab.

Die Ernährungswirtschaft hatte nicht nur Erzeugungs-, sondern nicht geringere Erfassungs- und Verteilungsprobleme. Die Zerstörung der meisten Brücken und zahlreicher Bahnlinien, die schweren Schäden am Straßennetz und der Mangel an Kraftfahrzeugen und Treibstoff sowie die Behinderungen im Post- und Telefonverkehr haben bis 1947 eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel auf die einzelnen Landesteile, Städte und Kreise nicht gelingen lassen. Hinzu kam der Ernährungsegoismus der Regionen. Mit der Auflösung des Reichsnährstandes ging zudem die ständische Organisation der Landwirtschaft verloren, die bis Kriegsende wirkungsvoll gearbeitet hatte. Die staatlichen Beamten als Kontrolleure bildeten dafür keinen vollwer-

austauschs vor dem Zweiten Weltkrieg und seiner Entwicklungstendenzen nach 1945. Agrarwiss. Diss. Hohenheim 1949, S. 90ff. und 135.

12 Fritz BAADE: Brot für ganz Europa. Grundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Landwirtschaft, Hamburg/Berlin 1952, S. 131.

tigen Ersatz. Und die Strafandrohungen und -maßnahmen der Militärregierung verpufften z.T. an der kleinagrarischen Struktur der Landwirtschaft, die mit ihren vier Millionen Handtuchfeldern kaum wirkungsvoll zu kontrollieren war. Nichts macht dies deutlicher als der Umfang des Schwarzen Marktes. Die Freigabe des landwirtschaftlichen Marktes und insbesondere der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse kam aus sozialen Gründen nicht infrage. Bei der Knappheit der Lebensmittel wären die Ärmsten verhungert.

Hunger als Folge von Ausbeutung?

Obwohl die deutsche Bevölkerung durch die Presse zumindest in Umrissen über die kritische Ernährungslage in anderen europäischen Ländern informiert war, hat sie doch überwiegend die Krise als Folge einer gezielten Strafpolitik der Besatzungsmacht betrachtet. Theodor Eschenburg bezeichnete die Französische Zone als „Ausbeutungskolonie“. Werner Abelshauser sprach 1983 von einer „Politik der Ausbeutung für französische Wirtschaftsinteressen“.¹³ Unbestreitbar hat Frankreich das Wirtschaftspotential seiner Zone für seinen Wiederaufbau verwendet und dabei offene und verdeckte Mittel angewendet. Gemeint sind nicht die legalen Reparationen, sondern der Verkauf von Wirtschaftsgütern der Zone unter Welthandelspreisen sowie die Verwendung von Dollars aus Importüberschüssen der Zone als französische Devisenkredite. So entstand die Situation, daß die französisch besetzte Zone einerseits 19 Millionen Dollar Exportüberschüsse und 336 Millionen Dollar als Devisengewinne aufwies, andererseits die Bevölkerung hungerte.¹⁴ Abelshauser prüfte aber nicht, ob der Weltgetreidemarkt Käufe in Höhe dieser Mittel zuließ. Galt die Ausplünderung auch für den Ernährungssektor? Gingen die „Restriktionen des Importes ... vor allem zu Lasten der Lebensmitteleinfuhr“, wie Abelshauser feststellt? Mit Hudemann möchte ich meinen, daß der Vorwurf der Ausbeutung sich nicht ohne weiteres auf den Ernährungssektor übertragen läßt. Den Franzosen im Mutterland ging es selber schlecht. Ende 1945 brachen in Lyon Hungerunruhen aus, die Brotrationen lagen in Frankreich bis 1949 nicht über denen in der Französischen Zone. Im Durchschnitt war die Versorgung der Franzosen 1946/47 rund 20% geringer als vor dem Krieg und verschlechterte sich 1947/48 nochmals um 10%.¹⁵

Unbestreitbar haben die französischen Besatzungstruppen (Kriegsende: 1 Million, Januar 1946: 200.000, Mai 1947: 75.000, Mai 1948: 53.000) sowie die zahlreichen Beamten und Familienangehörigen, wozu zeitweise noch 40.000 Erholung suchende französische Kinder kamen, in ihrer Zone paradiesisch gelebt mit hohen Fleisch- und Butterrationen. Aufs ganze gesehen aber hat diese Minderheit von 5% bis abnehmend 2% der Bevölkerung die Rationen der Normalverbraucher doch nur etwa um 100 Tages-

13 Werner ABELSHAUSER: Wirtschaft und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945-1949, in: SCHARF/SCHRÖDER, Die Deutschland-Politik Frankreichs ... (wie Anm. 5), S. 118.

14 Ebd., S. 118f.

15 HUDEMANN (wie Anm. 8), S. 62; ROTHENBERGER, Hungerjahre (wie Anm. 5), S. 38.

kalorien gemindert. Die negative Wirkung des französischen Wohllebens lag mehr im psychologischen Bereich.

Demgegenüber sind die großen Anstrengungen der Militärregierung für die Sicherstellung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel zu nennen, was bei der zusammengebrochenen Infrastruktur und Verwaltung und angesichts der verlorengegangenen Staatsautorität für die deutsche Bevölkerung lebenserhaltend war.

Zwischen der Militärregierung und der Zentrale in Paris hat es „mehrfach heftige Konflikte“ gegeben, weil Baden-Baden eine Erhöhung der Ernährungsrationen forderte, Paris aber diese nicht zuletzt im Hinblick auf das Ernährungsniveau im Mutterland für zu hoch hielt.¹⁶ Dieser Hinweis von Hudemann sollte Anstoß sein, das Verhältnis von Militärregierung und Zentralregierung näher zu beleuchten, als dies in diesem Zusammenhang geschehen kann. Vermutlich wird sich das Bild der Militärregierung danach positiv aufhellen, und statt der Vorstellung von einem einheitlichen Zusammenwirken von Militärregierung und Zentrale gegen die deutsche Bevölkerung könnte sich eine Konstellation ergeben, bei der die Militärregierung als Prellbock zwischen Bevölkerung und Zentralregierung erscheint.

Die Versorgung der Bevölkerung

Die Fakten sind mehrfach ausgebreitet worden und sollen darum hier nur in Kürze wiedergegeben werden. Der Kalorienwert der täglichen Nahrungsmenge je Kopf der Bevölkerung in der Französischen Zone betrug 1946/47: 1.829 Kalorien, 1947/48: 1.752 Kalorien. Diese Werte beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung, also einschließlich der bäuerlichen, was die recht hohen Werte erklärt. Gliedert man aus dem Komplex die Hauptgruppe der Normalverbraucher aus, ergibt sich folgendes Bild:

An erwachsene Normalverbraucher ausgegebene Kalorien

	Prov. Rhld.- Hessen/Nassau	Stadt Trier	Stadt Landau
1945 (2.Halb.)	?	960	955
1946	1.074	922	1.124
	Rheinl.-Pfalz		
1947	1.183	1.137	1.042
1948	1.584	1.532	1.572

Damit wurde der Kalorienbedarf zu 40-50% gedeckt. Die Rationen der jugendlichen Normalverbraucher und Kinder unterschieden sich nur gering davon. Das führte bei dem hohen Kalorienbedarf der Jugendlichen zu einer Bedarfsdeckung von nur 30-40%, bei Säuglingen hingegen zu einem Überschuß von 30%.

Die Lebensmittelrationen bestanden überwiegend aus Kartoffeln (12-15 kg/Monat) und Brot (200-250 g/Tag), daneben aus 300 g Fett (Butter, Margarine, Öl), 125 g Käse

¹⁶ HUDEMANN (wie Anm. 8), S. 62.

und 400-500 g Fleisch, jeweils monatlich. Teigwaren (200-500 g) wurden erst Anfang 1947, Mehl ab Ende des gleichen Jahres ausgegeben, Zuckerzuteilungen erfolgten bis Ende 1947 nur sporadisch 6-8 mal im Jahr, Milch stand nur für Kleinkinder zur Verfügung. Der Volkswitz hat die Eintönigkeit der Ernährung treffend in folgendem Dialog karikiert:

Ehemann: Was gibt es heute zu essen?

Ehefrau: Kartoffeln.

Ehemann: Und was dazu?

Ehefrau: Gabeln.

Die so beschriebene Ernährungslage vermittelt das Bild einer höchst egalitären Gesellschaft, in der die Not alle gleichgemacht hat. Aber dies widerspricht der Wirklichkeit. Das Bild der Nachkriegsernährung ist, auch in der wissenschaftlichen Literatur, zu stark von der Versorgungslage der städtischen Normalverbraucher geprägt und vernachlässigt die bäuerliche und nichtbäuerliche Landbevölkerung. So erfaßt sie auch nur unzureichend das beträchtliche Ernährungsgefälle innerhalb der Gesellschaft, das Anlaß für erhebliche Konflikte gab. Es geht im folgenden darum, dieses undifferenzierte Bild am Beispiel von Rheinland-Pfalz zu nuancieren. Das Ergebnis läßt sich tendenziell auf die gesamte Französische Zone übertragen, teilweise auch auf andere deutsche Regionen.

Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz umfaßte 2,8 Millionen Menschen. Von diesen waren 465.000 (= 16,5%) bäuerliche Vollselbstversorger, die ihren gesamten Bedarf an den Hauptlebensmitteln selbst deckten. Das ihnen aus der eigenen Ernte überlassene Deputat ergab einen Kalorienwert von mehr als 2.000 und war etwa doppelt so hoch wie die Rationen der Normalverbraucher.

Rationen pro Kopf im Jahre 1946/47

	Vollselbstversorger	erw. Normalverbraucher
Kartoffeln	275,0 kg	150,0 kg
Brot (Getreide)	150,0 kg	82,5 kg
Vollmilch	182,5 kg	0,0 kg
Fett	7,2 kg	2,4 kg
Fleisch	25,0 kg	6,3 kg

Hinzu kamen bäuerliche Schwarzschlachtungen und Hinterziehungen der Ernte, so daß die Gruppe der Vollselbstversorger im Kern von der Ernährungskrise nicht berührt wurde.

Nicht wesentlich ungünstiger waren die Verhältnisse bei den Teil-Selbstversorgern mit Butter, Fleisch und/oder Getreide, die 390.000 Personen (= 13,9%) der Bevölkerung ausmachten. Insgesamt also waren 30,4% der Bevölkerung, was die Grundnahrungsmittel betrifft, von der Ernährungskrise im Kern nicht betroffen. Damit sollen Probleme bei der Säuglingsnahrung und der verbreitete Mangel an Zucker u.a. nicht bestritten werden.

Gut zwei Drittel der Bevölkerung (1947: 1,9 Mill. Personen = 69,6%) waren Normalverbraucher, von denen wiederum ein Viertel Sonderzulagen erhielt. Diesen Zuzug kann man aber außer Betracht lassen, weil er durch erschwerte Arbeit oder durch den intrafamiliären Ausgleich aufgezehrt wurde. Gravierender ist ein anderes Faktum. Rheinland-Pfalz war ein agrarisches Land, in dem es nur sechs Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern gab, die in der dörflichen Landschaft wie Großstädte anmuteten; selbst die Kreisstädte wiesen selten mehr als 5.000-7.000 Einwohner auf. Wir müssen also wiederum zwischen städtischen und ländlichen Normalverbrauchern unterscheiden. Nur ein knappes Drittel der Normalverbraucher (ca. 500.000 = ca. 17% der Bevölkerung) wohnte in größeren Städten. Sie sind es, die von der Ernährungskrise am härtesten getroffen wurden. Und sie sind es auch, die das Bild vom Elend der Zeit geprägt haben. Dies war aber nur ein Sechstel der Bevölkerung. Die überwiegende Mehrheit der Normalverbraucher (ca. 1,4 Mill.), knapp die Hälfte der Gesamtbevölkerung, lebte dagegen in Dörfern, wo sich für viele neben Gartenanbau und Kleinviehhaltung (Grüner Markt) doch Möglichkeiten zur Beschaffung von zusätzlichen Lebensmitteln beim Bauern durch Arbeit oder Tausch ergaben.

Die Normalverbrauchergesellschaft der Nachkriegszeit war nicht allzu konform. Die beiden nachstehenden Statistiken zeigen beträchtliche Differenzen, wenngleich solche punktuellen Aufnahmen nicht überschätzt werden sollten.

Nach Untersuchungen des Gesundheitsamtes Trier ergab sich bei 6.739 Kindern der Stadt im Mai/Juni 1946 folgender Gesundheitszustand:

21,4%	normal
42,2%	verschlechtert
29,7%	schlecht
6,7%	unterernährt

Die breite Streuung bei den Gewichtsmessungen, die das Gesundheitsamt der Stadt Landau bei seinen Untersuchungen in der benachbarten Gemeinde Nußdorf feststellte, vermittelt den gleichen Eindruck einer sehr unterschiedlich ernährten Gesellschaft:

	Vollernährt		Unterernährt	
	Übergewicht mehr als 5%	Normal- gewicht	Untergewicht 5-15%	Untergewicht mehr als 15%
Bauern	34,0%	29,6%	26,4%	10,0%
Normalverbraucher (Einheimische)	17,2%	24,9%	31,0%	26,8%
Normalverbraucher (Flüchtlinge)	13,6%	27,5%	44,4%	14,5%
Durchschnitt	21,6%	27,3%	33,9%	17,1%

Bei den Übergewichtigen sind sicher auch krankhafte Wasseransammlungen im Körper (Hungerödeme) enthalten, so daß dieser Wert nicht überschätzt werden darf.

Das Rationierungssystem hat auch im individuellen Bereich seinen Anspruch der bedarfsgerechten Versorgung nicht erfüllt. Säuglinge haben einen Verbrauch von 700 Kalorien pro Tag, Erwachsene von 2.000-3.000, Jugendliche von 3.000-3.800. Demgegenüber reichte das Rationenspektrum nur von 900 bis 1.100 Kalorien, so daß der Bedarf der Säuglinge zu 130%, der der Erwachsenen zu 40-50%, der der männlichen Jugendlichen nur zu 30% gedeckt wurde. Auch wenn innerhalb der Familien die Eltern einen gewissen Ausgleich herstellten, war in Anbetracht der niedrigen Rationen der Verzichtsspielraum doch gering. Keine Altersgruppe ist darum von der Versorgungskrise härter getroffen worden als Jugendliche und Heranwachsende.

Die Nachkriegsernährung der Normalverbraucher war nicht nur mengenmäßig, sondern auch qualitativ unzureichend. Gravierendste Defizite waren der Mangel an Eiweiß und Fett. Eiweiß, dessen Bedeutung als hauptsächlicher Vitalitätsträger bekannt ist, war in der Kost nur zu 25-30 g/Tag enthalten gegenüber der vom Völkerbund angesetzten Norm von 65 g/Tag. Die Hungerjahre waren nicht nur ein Hunger nach Kalorien, sondern auch nach Eiweiß. Daneben war der Fett-Haushalt mit 12-13 g/Tag gegenüber der Norm von 55 g/Tag hochdefizitär. Abgesehen von der Schwächung der körperlichen Widerstandskraft durch Fettmangel (Tbc-Anfälligkeit) ist Fett der Träger des Geschmacks und vermittelt ein höheres Sättigungsgefühl. Ohne Fett lassen sich gewisse Speisen gar nicht zubereiten. In ihrer Fettnot haben die Hausfrauen die Pfannen mit Kaffee-Ersatz ausgerieben, um ein Anbrennen der Kartoffeln zu verhindern.

Bei der Darstellung der Hungerjahre kommen meistens die seelischen und sozialen Folgen der Verhältnisse zu kurz. Dagegen empfiehlt sich keine bessere Lektüre als Hilde Thurnwalds exzellente zeitgenössische Darstellung des Lebens der Berliner Familien in der Nachkriegszeit.¹⁷ Die Neuherausgabe dieses inzwischen sehr raren Buches ist ein Desiderat. Zweifellos hat die Notlage die Solidarität der Familien erhöht und die verwandtschaftlichen Beziehungen in hohem Maße wiederbelebt. Das war für viele Städter lebenserhaltend. Aber es herrschte nicht überall die Idylle vor. Hunger macht einerseits apathisch und träge, andererseits aggressiv, gereizt und streitsüchtig. Er weckt den Egoismus und läßt anerzogene Moralvorstellungen zurücktreten. Er bewirkte nach dem Kriege eine spezifische Hungerkriminalität: z.B. der Polizist, der einbricht, weil er den Hunger nicht mehr erträgt. Ständige Sorgen und ein vitaler „Lebenshunger“ veranlaßten manche Frau, den Ehemann zu verlassen, weil die Bekanntschaft mit einem französischen Soldaten sie aller Lebenssorgen enthob.

Dabei bildete der Hunger nur die eine, wenngleich für viele die wichtigste Lebenssorge. Es gab die Wohnungsnot: 5-8 qm Wohnraum pro Person in den Städten, 10-12 qm in den Landkreisen. Für viele ein jahrelanges Leben in Baracken, Hütten und Kellern. Verschärft wurde die Not durch den Mangel an Heizmaterial. In Extremsituationen verheizte mancher die Möbel. Hinzu kam der Mangel an Kleidern und Schuhen. Nur eine statistische Zahl: Gemessen an den jährlichen Zuteilungen hatte jeder Normalverbraucher in der Provinz Rheinland-Hessen/Nassau alle sechs Jahre Anspruch

17 Hilde THURNWALD: Gegenwartsprobleme Berliner Familien, Berlin 1948.

auf ein Paar Lederschuhe mit Holzsohle und alle fünfzig Jahre Anspruch auf ein Paar Schuhe mit Ledersohle.

Die Bedeutung von Hamsterwesen und Schwarzem Markt

Für die ländlichen Normalverbraucher sollte man den Grünen Markt, also Kleintierhaltung und Selbstanbau, im Umfang nicht unterschätzen, wenngleich die Verhältnisse nicht für alle gleich waren. Ein Gartengrundstück von 10 x 15 m erbringt immerhin 2-3 Zentner Kartoffeln, die Jahresration eines Normalverbrauchers. Die private Hühnerhaltung war so verbreitet, daß bei Eiern 45% der Bevölkerung von den Ernährungsämtern als autark bezeichnet wurden. Gleiches kann man für Stallhasen annehmen. Die Kleintierhaltung – „Kellerschwein“, „Balkon-Huhn“ und „Speicher-Geiß“ – war selbst in den Städten anzutreffen.

In Anbetracht der nur 30-50% des Normalbedarfs deckenden Rationen drängt sich die Frage nach dem Umfang der Hungersterblichkeit auf. In den rheinland-pfälzischen Quellen findet sich dafür kein unmittelbarer Beweis. Über den mittelbaren Hungertod durch erhöhte Infektionsanfälligkeit infolge geschwächter körperlicher Verfassung könnte indessen die Entwicklung der Sterblichkeitsziffern in Rheinland-Pfalz Auskunft geben:

Sterbefälle auf 1.000 Einwohner:

1938 =	11,3
1946 =	13,1
1947 =	12,9
1948 =	11,7
1949 =	11,1

Für den deutlichen, aber nicht exorbitanten Anstieg der Kurve müssen neben der Unterernährung auch Folgesterblichkeit durch Kriegseinwirkungen, mangelnde medizinische Versorgung und unzureichende Wohnungsverhältnisse in Betracht gezogen werden. Andererseits bestätigen die nachweislich hohen Sterblichkeitsziffern in geschlossenen Anstalten wie psychiatrischen Kliniken, deren Patienten fast ausschließlich von den offiziellen Rationen lebten, nicht nur die Unzulänglichkeit der Rationen, sondern geben auch einen Hinweis auf die Bedeutung des Schwarzen Marktes. In der Tat hat er für das Überleben vieler Menschen eine große Bedeutung gehabt. Dabei darf jedoch ein zweiter Faktor nicht unterschätzt werden, die Fähigkeit des Körpers zur Anpassung an Mangelsituationen.

In meiner Untersuchung von 1980 habe ich dem ersten Faktor eine geringere, dem zweiten eine größere Bedeutung zugemessen. Hudemann hat das Gewicht der beiden Faktoren umgedreht. Seiner methodisch wegweisenden Untersuchung ist wohl zuzustimmen, obwohl sie nicht alles erklärt.

In Notzeiten tritt ein lebensrettender Mechanismus im menschlichen Körper ein, denn mit der Gewichtsabnahme wird zugleich der Grundumsatz gesenkt, und zwar um mehr, als dem Körpergewichtsverlust entspricht. Paradox ausgedrückt, ein hungernder Mensch hat nicht nur weniger Lebensmittel, er benötigt auch weniger! So kann eine

Bevölkerung Unterernährung über längere Zeit durchstehen, vorausgesetzt, daß die Absenkung nicht plötzlich erfolgt. Durch die langsame Verringerung der Rationen während des Kriegs war diese Voraussetzung gegeben. Im Anschluß an Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Arbeitsphysiologie in Dortmund für die Jahre 1942 bis 1947 geht Hudemann vom „Erhaltungsminimum“ von rund 1.530 Kalorien unter Normalbedingungen für Erwachsene aus. Durch Gewichtsabnahmen und Einschränkung der Bewegung, wie sie im Fernbleiben vom Arbeitsmarkt zum Ausdruck kam, wurde dieses „Erhaltungsminimum“ weiter abgesenkt, so daß die Spanne zwischen den offiziellen Rationen von 1.000-1.200 Kalorien und dem Erhaltungsminimum sich beträchtlich verringerte.¹⁸ Die Rationen deckten nun einen höheren Anteil des Bedarfs, als sich aus meinen früheren Berechnungen ergab.

Entsprechend setzt Hudemann den Umfang des durch Hamsterwesen und Schwarzen Markt erzielten Nahrungsgewinns niedriger an als ich. Meine 1980 geschätzte Annahme von ca. 1.000 Kalorien Hamstergewinn pro Tag und Kopf habe ich 1983 nach unten korrigiert. Die von mir nun angenommenen 400-500 Kalorien hält Hudemann immer noch für „sehr unwahrscheinlich“, d.h. zu hoch. „Insgesamt dürfte das Ausmaß des von Normalverbrauchern aus parallelen Quellen erworbenen Ernährungsanteils von rund 20-30% im Jahre 1945/46 auf rund 10-15% in den Jahren 1947/48 gesunken sein...“¹⁹ Das entspräche etwa 200-300 Tageskalorien in 1945/46 und etwa 100-200 Kal. in 1947/48.

Es bleiben einige Zweifel. Wird hier nicht der Umfang des Grünen und des Schwarzen Marktes unterschätzt? Ist der Absentismus von der Arbeitsstelle auf Schwäche und bewußte Bewegungsbeschränkung zurückzuführen, oder entsprang er nicht auch oft genug Hamsterfahrten? Warum waren die Züge so überfüllt, bei denen Menschen kiloschwere Lasten stunden- und tagelang mit sich schlepten, wozu ihnen eigentlich die Kraft fehlen mußte? Die Nachkriegsgesellschaft war eher mobil und umtriebig als stumpf-seßhaft!

Die Französische Zone nahm im Herbst 1945 den Sportbetrieb wieder auf. Wie erklärt sich plausibel, daß die jungen Männer ein so energiezehrendes Spiel wie das Fußballspiel neunzig Minuten lang durchstehen konnten, anstatt schon nach wenigen Minuten wegen Erschöpfung aufzugeben?

Man sollte auch in diesem Falle eher die Ungleichheit als die Gleichheit betonen. Die einen hatten große Hamstererfolge, die ihnen eine erträgliche Existenz bescherten, die anderen waren erfolglos und litten bitterste Not bis an die Grenze der Existenz. Dies galt vor allem für ältere Menschen, Alleinstehende, Witwen mit Kindern und ausgebombte Habenichtse. Not macht die Menschen nicht gleich, sondern läßt die Unterschiede um so deutlicher hervortreten. Die Unterschiede in den Gewichtsmessungen sind ein Indiz mehr dafür.

Ein Blick auf die Siedlungsstruktur von Rheinland-Pfalz führt dazu, den Schwarzen Markt nicht zu unterschätzen. Die Städte waren von einem dichten Kranz von Dörfern umgeben. Im Umkreis mit einem Radius von 30 km lagen: in Trier 314 Dörfer, in

18 HUDEMANN (wie Anm. 8), S. 114ff.

19 Ebd., S. 119.

Kaiserslautern 378 Dörfer. Zwischen Stadt und Land bestanden durch ständige Zuwanderung seit dem 19. Jahrhundert vielfache verwandtschaftliche Beziehungen, die intakt geblieben waren.

Aber der Erfolg des Hamsterers lag nicht nur daran, auch nicht nur am Umfang von Geld- und Warenbesitz, sondern auch in seiner personalen Struktur begründet. So sicher Betteln und Hamstern nicht jedermanns Sache sind, so erfolgreich waren einige. Not macht erfinderisch!

Leben und Versorgung der städtischen Normalverbraucher 1945-1948 im Zeitraffer

Übergangszeit

Der Neubeginn erfolgte unter glücklicheren Umständen, als in Anbetracht der Zerstörungen hatte befürchtet werden müssen:

- Die Felder waren durch die hinreichende Düngemittelversorgung während des Krieges – die Ernte 1943 war die bis dahin zweitbeste in diesem Jahrhundert – noch nicht ausgeraut;
- die Amerikaner führten hinter der kämpfenden Truppe 600.000 t Getreide zur Versorgung der Bevölkerung und zur Feldbestellung ein;
- die Besetzung erfolgte im März, so daß die Aussaat rechtzeitig erfolgen konnte;
- die deutsche Ernährungsverwaltung wurde mit Ausnahme des für die Erfassung der Ernte zuständigen Reichsnährstandes unter alliierter Oberaufsicht fortgeführt. Die Maßgaben und Befehle der französischen Ernährungsbeamten waren trotz mancher herrischer Eingriffe in den Verwaltungsgang im wesentlichen richtig und verantwortbar. Sie wurden von den lokalen Ernährungsbeamten mit großer innerer Selbstbeteiligung und beträchtlichem technisch-organisatorischem Aufwand umgesetzt.

Die in den ersten Wochen nach Kriegsende durch Plakatanschlag angekündigten Rationen von 500 bis 1.000 Kalorien sind nicht ernstzunehmen. Sie standen oft nur auf dem Papier. Dafür verschafften sich die Menschen durch Plündern von Wehrmachtsdepots sowie Kauf aus den Restbeständen des Handels und nicht abgelieferten Erntekontingenten der Bauern, was ihnen zum Leben fehlte. So war die Versorgung im wesentlichen sichergestellt. Für die Ausgebombten wurden in den Städten „Volksküchen“ eingerichtet. Hauptprobleme bildeten örtlich Trinkwassermangel und vor allem Milchknappheit, die zusammen mit fehlenden Breien wesentlich zu der hohen Säuglingssterblichkeit beitrug.

Winter 1945/46

Auch wenn sich die Verhältnisse inzwischen konsolidiert hatten, gelang es der Ernährungsverwaltung doch nicht, die vorhandenen Lebensmittel annähernd gleichmäßig über das Land zu verteilen. Ursache waren die zerstörten Verkehrswege und Kommu-

nikationsmittel, aber auch die französische Politik der politischen Parzellierung der Zone, die keine größere Verwaltungseinheit als den Regierungsbezirk zuließ. Zwischen den Landkreisen des Regierungsbezirks Trier schwankten die Rationen im November 1945 zwischen 45 und 100% des Rationssolls, im April 1946 noch zwischen 80 und 100%. In Trier wurden im ersten Halbjahr 1946 durchschnittlich 759 Kal./Tag ausgegeben, in Landau 1.080 Kal. Als Folge des Ernährungsgefälles bildeten sich Brot- (und Salz-)straßen von der Mosel an den Rhein und Kartoffelstraßen aus der Pfalz in den Hunsrück. Der Schwarzmarktpreis für Kartoffeln lag damals bei 8 RM/Ztr. (offizieller Preis: 3,50 RM). Als größten Erfolg konnte die Militärregierung verbuchen, daß die vorgesehene Einkellerungsmenge von 3 Ztr. Kartoffeln pro Normalverbraucher im großen und ganzen überall ausgegeben wurde, was bei den starken Schwankungen der Brotrationen ein Stabilitätsfaktor war. Die auf 300 g pro Tag festgesetzte Menge Brot wurde im Februar 1946 auf 250 g, im April auf 200 g zurückgenommen, weil die notwendigen Importe ausblieben. Damit sank der Kalorienspiegel unter 1000. Geringe Zuteilungen von monatlich 300-400 g Fleisch, 200-300 g Fett, 100-200 g Käse und im Abstand von zwei bis drei Monaten 200 g Zucker fielen kaum ins Gewicht.

Frühsommer 1946

Ähnlich wie bei Naturgesellschaften hat sich die Nachkriegsernährung wieder dem Rhythmus der Natur angepaßt. In den Herbstmonaten standen Kartoffeln ausreichend zur Verfügung und konnte die Brotration angehoben werden, im Frühjahr hingegen, als die Vorräte knapp wurden, sanken die Kalorien um 10% ab. Am kritischsten waren jeweils die Monate Mai und Juni, bis die Frühkartoffeln gereift waren, die die Brücke zwischen der alten und der neuen Ernte bildeten. Der Juni-Bericht 1946 des Wirtschaftsamtes Landau schildert plastisch den ersten Höhepunkt der Versorgungskrise:

Täglich sprechen Hunderte von Personen beim städtischen Wirtschaftsamt vor, die flehendlichst bitten, sie doch nicht verhungern zu lassen... Sie versichern, daß sie schon wochenlang ohne Kartoffeln und tagelang ohne ein Stückchen Brot sind und sich von durchgemahlenem Salat und ebenso behandelten Kartoffelschalen ernähren. Das Durchsuchen von Müllkästen nach Abfällen ist eine tägliche Beschäftigung hungriger Kinder...

Mit einer Sonderaktion zwang die Militärregierung die Bauern zu einer einmaligen Abgabe von jeweils einem halben Zentner Kartoffeln und Getreide pro Betrieb und stellte so mit Mühe den Anschluß an die neue Ernte her. Auf dem Schwarzen Markt, auf dem die Bevölkerung nun in größerem Umfange als zuvor ihre Ersparnisse einsetzte, stieg der Kartoffelpreis auf 200 RM/Ztr. an. Lebensmittelspenden aus Irland, Kinderspeisungen in „Schweizer Dörfchen“ und Kindererholungen in der Schweiz sowie Lebensmittelpakete aus den USA (CARE, CRALOG und Private) trafen ein. Man erfuhr in Deutschland, daß das Ausland auf die Not aufmerksam geworden war.

Winter 1946/47

Das Wohl und Wehe der städtischen Bevölkerung hing von der ausreichenden Zuteilung von Kartoffeln ab. Während es im Nordteil des Landes weitgehend gelang, die angekündigten 3 Ztr. pro Normalverbraucher zuzuteilen, schwankten in der Pfalz die Zuteilungen regional stark. Vor allem Ludwigshafen wurde unzureichend beliefert, und darum ist die Stadt im folgenden Frühjahr zum politischen Unruheherd geworden.

In Erwartung amerikanischer Weizenlieferungen hatte die Militärregierung im September 1946 die Brotration wieder auf 300 g angehoben. Aber Mitte November mußte die Erhöhung zurückgenommen werden. Hoffnungslosigkeit breitete sich aus. Entscheidungen solcher Art hatten starke Rückwirkungen auf die Seelenlage der Menschen, Versorgungsschwankungen bewirkten ständig z.T. extreme psychische Wechsellagen. Sie haben sich in der Erinnerung der Zeitgenossen ebenso gut erhalten wie der Hunger.

Gegen die Fettnot sammelte die Bevölkerung in den Wäldern Bucheckern; für 6 kg tauschten die offiziellen Sammelstellen 1 Liter Öl ein. Die Stimmungslage wurde bedrückend, als feststand, daß auch für diesen Winter keine Kohlenzuteilungen zu erwarten waren. Wegen Kohlenmangels stillliegende Bäckereien zeigten die Knappheit an. Die Menschen schlugen das ihnen zugeteilte Holz selbst in den Wäldern. Dann setzte im Dezember ein Winter ein, der zu den härtesten in diesem Jahrhundert zählt. Drei Monate Frost mit Temperaturen bis zu minus 20 Grad. Mosel, Nahe und Lahn waren zweimal zugefroren, am Rhein bildete sich eine Eisbarriere von St. Goar bis Mannheim, die die Schifffahrt stilllegte. Der Frost erlaubte keine Hamsterfahrten mehr. In den beschädigten Häusern mit ihren zugigen Fenstern sanken die Temperaturen nachts unter Null Grad. Aus Verzweiflung wanderte manches Klavier durch den Kamin. Die Sterblichkeitskurve nahm in diesen Monaten einen sprunghaften Anstieg von 11,4 im November auf 17,4 im Februar, jeweils bezogen auf 1.000 Einwohner.

Gegen die Kälte richteten die Städte öffentliche Wärmehallen ein. Es wurden Steckrüben zum Strecken der Kartoffelvorräte ausgegeben. Mehr und mehr Menschen verpflegten sich in Volksküchen, weil der Hausbrand nicht zum Zubereiten des Mahls ausreichte.

Sommer 1947

Der Sommer 1947 stellte den Tiefpunkt in der Nachkriegsernährung dar. Im März hatte sich die Lage zunächst gebessert, als nach Ende der Frostperiode die Kartoffeltransporte wieder aufgenommen werden konnten und der Militärregierung erstmals Importe von Hülsenfrüchten gelangen, so daß der Kalorienabfall nicht mehr als die üblichen 10% betrug. Dann aber fiel wegen mangelhaften Saatgutes die lebenserhaltende Frühkartoffelernte schlecht aus. Die erwarteten Weizenimporte blieben aus. Das Brot wurde bis zur Hälfte mit Maismehl gestreckt; Deutschland hieß im Volksmund „Maisopotamien“. Die Kalorien sanken erstmals seit neun Monaten unter 1.000, im August 1947 unter 900, örtlich auf 600-700 pro Tag ab. In einer Resolution hielten die Betriebsräte von Annweiler der Landesregierung ihre Juli-Ration vor: 15 1/2 Pfund Brot, 340 g

Fleisch, 125 g Käse und 200 g Linsen, aber keine Kartoffeln. Das ergab 594 Kalorien. Auf dem Schwarzen Markt stieg der Kartoffelpreis auf 600 RM pro Zentner an.

Die Ernte 1947 betrug nur noch 40% der Vorkriegsernten, weil die Böden inzwischen ausgelaugt waren und Hitze und Trockenheit dieses „tropischen“ Sommers, des heißesten seit einem Vierteljahrhundert, ihnen die letzte Kraft raubte. Die Viehweiden verbrannten, die Kartoffeln erreichten oft nur die Größe von Tischtennisbällen. Im Januar 1948 würde die Ernte aufgezehrt sein.

Die Leidensschwelle der Bevölkerung war – insbesondere nach dem zehrenden Winter – überschritten. Im Juli 1947 traten die Steinbrucharbeiter von Kusel in den Hungerstreik, im August gingen in Ludwigshafen und Kaiserslautern die Menschen auf die Straße. Die ersten Anzeichen eines grundlegenden Wandels der Stimmungslage und des Selbstgefühls der Menschen wurden erkennbar, die sich im Frühjahr 1948 verstärkt fortsetzten. Die Neigung zum schuldbewußten Gedulden wich zunehmend Empörung, Protest und Drohung mit Gewalt. Betriebe in der Pfalz und in Rheinhessen meldeten Abwesenheitsquoten bis zu 30%, weil die Menschen es für nutzbringender hielten, ihre Kräfte für Hamsterfahrten einzusetzen. Gewichtsmessungen in Industriebetrieben ergaben Untergewichte bis zu 10 kg.

Die Militärregierung ging mit rigorosen Maßnahmen gegen Lebensmittelhinterziehungen der Bauern vor, was die Städter beruhigte. Vor allem verringerte sie durch Massenschlachtungen den Viehstapel. Das erhöhte die Fleischration der Normalverbraucher, stellte aber eine Hypothek für die Milch- und Fettversorgung im folgenden Jahr dar.

Herbst 1947

Die Weizenrekordernte in den USA wendete die bisherigen Verhältnisse. In Erwartung zukünftiger Lieferungen gab die Militärregierung ab Oktober zusätzlich 800-1.000 g Mehl pro Normalverbraucher im Monat aus. Infolge des „Schweinemordes“ konnte die Kartoffelversorgung in bisherigem Umfang im allgemeinen gewährleistet werden. Die Kalorien stiegen im Winter also wieder auf 1.200 an. Es war aber den Fachleuten klar, daß dieses Niveau nur bis Januar/Februar 1948 zu halten sein würde. Alles hing vom rechtzeitigen Eintreffen des amerikanischen Weizens ab.

Frühjahr 1948

Die Importerwartungen gingen in Erfüllung. Mehl, Brot und Teigwaren standen in größerem Umfange als früher zur Verfügung, Zucker, Hülsenfrüchte und Fisch wurden jetzt regelmäßig zugeteilt, so daß die Reduzierung der Fleisch- und Fettration als Folge der Schlachtaktion ausgeglichen wurde. Entgegen vorjährigen Erfahrungen sanken die Rationen auch nicht mehr im Frühjahr ab, sondern stiegen im Mai auf 1.400 und im Juni auf das Rekordniveau von 1.600 Kalorien an.

Um so überraschender, daß eben zu diesem Zeitpunkt die Proteststimmung ihren Höhepunkt erreichte. Am 7. Juni blieben in Ludwigshafen die Straßenbahnen im Depot und traten 15.000 Arbeiter und Angestellte in den Streik. Die BASF wackelte noch.

Würde auch sie in den Ausstand treten, war ein landesweiter Generalstreik zu befürchten. Es ist dem Kabinett Altmeier in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gelungen, dies abzuwenden.

Der Grund für das antizyklische Verhalten der Menschen ist schwer zu deuten. Es mag zwei Gründe geben: Zum einen wurde die Unterernährung um so bedrohlicher empfunden, je länger sie dauerte, zum anderen könnten die Menschen die gewandelte Lage Deutschlands im Kalten Krieg gehäht haben, die sie vom politischen Objekt zum Subjekt machte. Hinter den Protesten verbarg sich demnach eine neues politisches Selbstgefühl. Im Juni 1948 drohte der Landtag von Rheinland-Pfalz seine Selbstauflösung an.

Im Zuge der Währungsreform und des sich in wenigen Wochen wandelnden Ablieferungsverhaltens der Bauern, als Ergebnis einer besseren deutschen Ernte, einer guten Ernte in den USA und der nun fließenden Marshallplan-Gelder erfolgte im Sommer 1948 die Wende. Im Juli 1948 stiegen die Kalorien auf über 2.000 an. Mit Ausnahme von Zucker und Fleisch waren alle Grundnahrungsmittel ausreichend vorhanden, Kartoffeln sogar im Überfluß. Sorgen bereitete allerdings der starke Anstieg der Lebensmittelpreise, vor allem bei Fleisch. Diese Preisentwicklung war der Hauptgrund dafür, daß die Regierung noch bis Anfang 1950 an dem System der Zuteilung mittels Lebensmittelkarten festhielt, obwohl die Wirklichkeit darüber hinweggegangen war. Endgültig im März 1950 schlossen die Ernährungsämter ihre Pforten und wurde Otto Normalverbraucher zur historischen Figur, wie ihn Gerd Fröbe im Film dargestellt hat.

RAINER MÖHLER

POLITISCHE SÄUBERUNG IM SÜDWESTEN UNTER FRANZÖSISCHER BESATZUNG*

Für die alliierten Siegermächte hatte das Kriegsende keineswegs die Bedeutung einer „Stunde Null“. Im Gegenteil: Was den Bereich der Entnazifizierung betrifft, ermöglichte die bedingungslose Kapitulation vielmehr den Beginn einer Politik, die konsequent die politische Verantwortung jedes einzelnen Deutschen für die verbrecherische Politik des NS-Staates aufspüren und ihn dafür entsprechend sühnen lassen wollte. Die Ursachen des rasanten Aufstieges der NSDAP zur politischen Massenbewegung und die offen zu Tage getretenen demokratischen Defizite Deutschlands sollten jetzt ein für alle Mal beseitigt werden.¹

Im deutschen Südwesten hatten die Kampfhandlungen bereits vor dem 8. Mai 1945 aufgehört. Das Land Baden befand sich seit dem 29. April unter der Kontrolle der Ersten Französischen Armee. Den linksrheinischen Teil der späteren französischen Besatzungszone, das Gebiet der heutigen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland, konnte die vierte Siegermacht Frankreich dagegen erst zweieinhalb Monate später, am 10. Juli 1945, von der amerikanischen Armee übernehmen. Eine Ausnahme bildeten die vier südpfälzischen Landkreise Bergzabern, Germersheim, Landau und Speyer, die bereits Ende März von der französischen Armee besetzt worden waren.²

Erste politische Überprüfungen, Entlassungen und Internierungen bekannter NS-Aktivisten wurden in dieser frühen Phase der Entnazifizierung von den jeweiligen Armeeabteilungen vorgenommen. Auch der französischen Armee diente dabei als Richtlinie das alliierte „SHAEF-Handbook“ der vereinigten westlichen Streitkräfte. Tabella-

* Der Beitrag wurde für den Druck überarbeitet, der Vortragsstil jedoch weitgehend beibehalten.

- 1 Allgemein zur Entnazifizierungspolitik der Alliierten nach 1945: Klaus-Dietmar HENKE und Hans WOLLER (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991; Clemens VOLLNHALS: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Hans-Erich VOLKMANN (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs: eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 369-392. Als Dokumentenbände liegen vor: Clemens VOLLNHALS (Hg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945-1949, Frankfurt/Main 1991, sowie speziell zur Entnazifizierung in der SBZ: Ruth-Kristin RÖSSLER (Hg.): Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.
- 2 Hierzu: Reinhard GROHNERT: Die Entnazifizierung in Baden 1945-1949. Konzeptionen und Praxis der „Eputation“ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991; Rainer MÖHLER: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992, jeweils mit weiterführenden Literaturhinweisen.

risch waren darin die verschiedenen deutschen Amtsbezeichnungen und NSDAP-Ränge aufgeführt, deren Inhaber zu entlassen oder ab einer bestimmten Stufe zu internieren waren.³

Nachdem die gesamte Besatzungszone in Besitz genommen worden war, wurde Ende Juli 1945 die Zentrale der französischen Militärregierung („Gouvernement militaire de la zone française d'occupation“) in Baden-Baden eingerichtet. Sie löste in den folgenden Wochen die Armee-Einheiten in der direkten Verwaltung des besetzten Gebietes ab. Zum neuen Oberkommandierenden („Commandant en Chef“) wurde am 23. Juli der Berufssoldat Pierre Marie Koenig ernannt, zu seinem Stellvertreter und Leiter der zivilen Besatzungsverwaltung Emile Laffon, der die Bezeichnung Generalverwalter („Administrateur général“) erhielt. Beide genossen das persönliche Vertrauen General de Gaulles und hatten herausragende Posten innerhalb der Résistance innegehabt. Trotzdem war ihr künftiges Zusammenarbeiten nicht frei von Spannungen.⁴

Zeitlich versetzt zum Aufbau der zentralen Besatzungsverwaltung in Baden-Baden erfolgte im September 1945 die Einrichtung der fünf regionalen Militärregierungen („Délégations Supérieures“) in Württemberg-Hohenzollern, Südbaden, Hessen-Pfalz, Rheinland-Hessen-Nassau und dem Saarland, die ihrerseits Bezirks- und Kreisdelegationen bildeten. Erst ab September 1945 konnte die Militärregierung die zum Teil noch recht eigenständig operierenden Einheiten der Besatzungsarmee überall in ihre Schranken verweisen, und erst ab diesem Zeitpunkt war die Durchsetzung einer zonalen Besatzungspolitik auf allen Ebenen möglich.⁵

Bereits am 10. Juli 1945, dem Tag der Übergabe des Besatzungsgebietes, hatte General Bouley für Hessen-Pfalz die wenige Tage zuvor erlassenen neuen, verschärften Entnazifizierungsbestimmungen der amerikanischen Militärregierung für unwirksam erklärt; diese hatten die automatische Entlassung jedes NSDAP-Mitgliedes vor 1937, statt, wie bisher, vor 1933, angeordnet.⁶ Ein halbes Jahr später, im Januar 1946, teilte Laffon den Provinzgouverneuren mit, daß eine Durchführung der soeben beschlossenen alliierten Kontrollratsdirektive Nr. 24 in der französischen Zone nicht in Frage käme: Diese Direktive stelle gegenüber dem eigenen Entnazifizierungsverfahren einen erheblichen Rückschritt dar, da sie nur schematische Entlassungslisten enthalte und keine Mitwirkung deutscher Organe vorsehe.⁷ – Sind diese beiden eben zitierten

3 Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEP): „Handbook for Military Government in Germany. Prior to Defeat or Surrender“ (Fassung vom Dezember 1944); Institut für Zeitgeschichte: DK 090.009. Auszüge aus den tabellarischen Entlassungs- und Internierungslisten des SHAEP-Handbooks bei MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 56 (Entlassungen) und S. 358 (Internierungen). Ausführlich zu den Entnazifizierungsmaßnahmen der ersten Phase: GROHNERT (wie Anm. 2), S. 15ff., zur Situation in Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 62ff.

4 Zum Streit zwischen Koenig und Laffon: Alain LATTARD: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik. Der Streit Laffon-Koenig 1945-1947, in: VfZ 39 (1991), S. 1-35.

5 MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 15ff.

6 Ebd., S. 62. Es handelte sich um die amerikanische USFET-Direktive vom 7. Juli 1945 (US-Forces, European Theater, Headquarters).

7 Siehe weiter unten im Text.

Vorgänge Belege für den oft beschriebenen Improvisationscharakter der französischen Säuberungspolitik, die durch abrupte Wechsel, skandalöse Winkelzüge und „Publicity“-Manöver gekennzeichnet gewesen sein soll?⁸ Eine Entnazifizierung, die eigentlich gar keine eigenständige „Politik“ gewesen sei, da Frankreich überhaupt kein Interesse an einer politischen Säuberung gehabt und die Entnazifizierung höchstens für sachfremde Zwecke (Stichwort: Separatismus) instrumentalisiert habe?⁹

Das bisherige, recht einseitige und von zeitgenössischen Eindrücken beeinflusste Gesamtbild der französischen Besatzungspolitik ist durch neue wissenschaftliche Veröffentlichungen gründlich revidiert worden.¹⁰ Angestoßen hat diese Neubewertung Rainer Hudemann, der als einer der ersten die seit Mitte der 1980er Jahre zugänglich gewordenen französischen Nachkriegsakten auswertete. Er machte auf bislang vernachlässigte beziehungsweise nicht zur Kenntnis genommene französische Neuordnungsversuche in der Besatzungszone aufmerksam. Seine These lautet, daß – im Gegensatz zur französischen Politik der Zwischenkriegszeit – die Deutschlandpolitik Frankreichs nach 1945 der Demokratisierung und Umerziehung des deutschen Volkes eine herausragende Bedeutung innerhalb einer neu konzipierten Sicherheitspolitik eingeräumt habe.¹¹ Diese Neueinschätzung der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik ist inzwischen durch weitere Untersuchungen zur Parteien-¹², Gewerkschafts-¹³ und Kulturpolitik¹⁴, aber auch für den hier behandelten Bereich der Entnazifizierung bestätigt worden.

-
- 8 Stellvertretend zum bisherigen Forschungsstand: Klaus-Dietmar HENKE: Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbsterstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: HENKE/WOLLER (wie Anm. 1), S. 21-83, hier S. 37ff., und VOLLNHALS, Einleitung, in: Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung (wie Anm. 1), S. 7-64, hier S. 34ff.
 - 9 Zum Separatismus in der Pfalz nach 1945 siehe u.a. Katrin KUSCH: Die Wiederbegründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951), Mainz 1989, S. 120ff., und MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 22f.
 - 10 Neuere Literaturberichte: Edgar WOLFRUM: Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Neuere Forschungen über die „vergessene Zone“, in: NPL 35 (1990), S. 50-62, und Christophe BAGINSKI: La zone française d'occupation en Allemagne après 1945, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 128 (1994), S. 73-85.
 - 11 Rainer HUDEMANN: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988; ders.: Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone – Sicherheitspolitik oder Völkerverständigung? Notizen zu einer wissenschaftlichen Diskussion, in: Gabriele CLEMENS (Hg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949, Stuttgart 1994, S. 185-199.
 - 12 KUSCH (wie Anm. 9); EDGAR WOLFRUM: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945-1952, Düsseldorf 1991.
 - 13 Alain LATTARD: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988.
-

Einer erfolgreich durchgeführten Entnazifizierung wurde von der französischen Militärregierung nicht nur eine elementare Bedeutung für das Gelingen der Besatzungspolitik insgesamt zugemessen,¹⁵ sondern – so meine These – der französischen Entnazifizierungspolitik kann darüberhinaus für die Jahre 1945-1947 durchaus Modellcharakter zugesprochen werden. Ein Modell, das es verdient, als zeitgenössische Alternative gegenüber dem dominierenden amerikanischen Verfahren wahr- und ernstgenommen zu werden.

Das französische Entnazifizierungsmodell der Jahre 1945 bis 1947

Frankreich hatte zwar weder die Zeit noch die Ressourcen, sich ähnlich wie die Vereinigten Staaten auf seine Politik als künftige Besatzungsmacht vorzubereiten.¹⁶ Aber bei der Frage der Entnazifizierung hatte es seinen Alliierten auch Entscheidendes voraus: zum einen die geographische Nachbarschaft und eine über die Jahrhunderte sehr wechselvolle Beziehung zum „deutschen Volk“, zum anderen aber die Erfahrungen der Kollaboration und politischen Säuberung („Epuración“) im eigenen Land.¹⁷

Trotzdem erscheinen heute einige der Theorien, die vor allem führende französische Germanisten nach der Befreiung 1944/45 über die Ursachen und den Charakter des NS-Staates verbreiteten, seltsam unreflektiert. Sie führen in die Nähe des anglo-amerikanischen Kollektivschuldgedankens, das die Ursache des Erfolges von Hitler in der „deutschen Seele“, dem „deutschen Charakter“ sah.¹⁸ Umerziehung des deutschen Volkes bedeutete in diesem Zusammenhang – wenn eine solche überhaupt für möglich gehalten wurde – vor allem eine durchgreifende „Entpreußung“. Dadurch wollte man den jahrhundertelangen Sonderweg Deutschlands, angefangen bei Luther, über Bismarck bis zu Hitler, zu einem Ende führen. Eine solche Umerziehung konnte natürlich nur durch die Besatzungsmacht selbst erfolgen. Dies war auch die Überzeugung von

14 Corine DEFRANCE: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945-1955, Strasbourg 1994; Stefan ZAUNER: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945-1949, München 1994.

15 So Laffon in seiner Direktive vom 25. Oktober 1945: *Tout essai de rapprochement avec les populations allemandes serait voué à l'échec si, auparavant, les derniers tenants du nazisme et du militarisme prussien n'étaient définitivement écartés*; Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar (=AOFAA) HCRFA Org. Trip. c. 478 p. 19 d. 13.

16 Allgemein zur französischen Deutschlandpolitik nach 1945: Dietmar HÜSER: Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Konzeptionen, Instruktionen und Realisationen im Spannungsfeld innen- und außenpolitischer Wechselwirkungen 1944-1950, Berlin 1995.

17 Hierzu: Henry ROUSSO: L'Epuración. Die politische Säuberung in Frankreich, in: HENKE/WOLLER (wie Anm. 1), S. 192-240.

18 Bedeutende französische Universitätslehrer, wie André Siegfried und Edmond Vermeil, erhielten über die Militärausbildungslehrgänge die Möglichkeit, ihr Deutschlandbild den künftigen Besatzungsoffizieren nahezulegen. Eine der Thesen Vermeils lautete: *Hitler n'a pas tout fait. C'est un exposant du régime, un exposant populaire. L'hitlerisme est un phénomène total. Il répond aux aspirations de l'Allemagne*; zitiert nach: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 23ff. Siehe auch: ZAUNER (wie Anm. 14), S. 59ff.

Raymond Schmittlein, der als Leiter der Kulturabteilung der Militärregierung maßgebend die Schul- und Universitätspolitik in der Besatzungszone konzipierte und kontrollierte.¹⁹

Im Gegensatz dazu gingen führende Beamte des Außenministeriums, vor allem aber Generalverwalter Laffon selbst und sein engerer Beraterstab zwar auch von der These eines deutschen Sonderweges in Europa und dem verderblichen Einfluß Preußens aus,²⁰ erkannten aber die Existenz eines „anderen“, antifaschistischen Deutschlands an, das jetzt für einen Elitenwechsel in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur sowie für die Durchführung einer erfolgreichen Demokratisierungspolitik bereitstehe. Auf diese Personen müsse sich die Militärregierung bei ihrer Politik stützen und mit ihrer Hilfe möglichst bald den Übergang zu einer indirekten Verwaltung und bloßen Kontrolle der deutschen Tätigkeit vollziehen.²¹

Auch sie waren von dem hohen Stellenwert ihrer Politik, die für sie einer Mission gleichkam,²² überzeugt: Frankreich habe jetzt die einmalige Chance, dem deutschen Nachbarn Demokratie und Friedenssehnsucht beizubringen und dadurch die Sicherheit Frankreichs dauerhafter zu schützen, als es jede territoriale Abtretung, wirtschaftliche oder rüstungspolitische Reglementierung leisten könnten. Zugleich war jedoch auch bei Laffon und seinen Mitarbeitern ein starkes Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk und seiner „Demokratie-Reife“ zu spüren. Dies äußerte sich in der Forderung nach einer mehrjährigen bis jahrzehntelangen Besatzungszeit und der engen Kontrolle der deutschen Tätigkeit. Die französische Demokratisierungspolitik sah daher nur eine schrittweise Übergabe von erweiterten Kompetenzen an die deutsche Seite vor. Die eigenen Kontrollbefugnisse wurden parallel dazu nur vorsichtig eingeschränkt, um weiterhin bei einem drohenden Rückfall in vordemokratische oder nationalsozialistische Zustände jederzeit eingreifen zu können.²³

Das französische Entnazifizierungsmodell wurde in Baden-Baden entwickelt und vom zentralen „Service Epuration“ beim Kabinett Laffon angeleitet und kontrolliert.

19 Zur Person Schmittleins: ZAUNER (wie Anm. 14), S. 19ff.

20 Unmittelbare Auswirkungen zeigte dieses Deutschlandbild in der französischen Politik der „Entpreußung“ des Saarlandes: In den Jahren 1946/47 wurden insgesamt 1.820 Personen ausgewiesen, die zum großen Teil politisch stark belastet waren und als „nicht-Saarländer“ angesehen wurden; hierzu: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 31ff.

21 *Pour respecter le principe de l'Administration indirecte et pour pousser l'Allemagne dans la voie d'une démocratisation réelle, il a été décidé de faire effectuer par les allemands eux-mêmes l'épuration des administrations et de l'économie privée*; Abschlußbericht des Baden-Badener Service Epuration zum Jahresende 1945; AOFAA DGAP c. 233 p. 52.

22 *La France doit, aujourd'hui comme autrefois, être à l'avant garde du renouveau philosophique, politique et social, puisque c'est de cette position avancée qu'elle a jusqu'alors tiré aux yeux du monde son principal avantage*; Laffon, 25.10.1945 (wie Anm. 15).

23 *Il convient de laisser aux dirigeants allemands une responsabilité de plus en plus grande afin de permettre la renaissance de l'esprit public. De cette manière, tout en assurant la marche des services, ils s'habitueront peu à peu ainsi que leurs administrés au jeu des institutions démocratiques qui demain seront les leurs. Ce sera en outre le seul moyen de former et de sélectionner graduellement le personnel de la nouvelle administration allemande*; ebd.

Laffon konnte sich dabei auf die frühen Pariser Direktiven zur Besatzungs- und Umerziehungspolitik stützen. Auch die Äußerungen de Gaulles auf seiner Deutschlandreise im Herbst 1945 bestätigten seine Politik.²⁴ In bewußter Abgrenzung von der amerikanischen Säuberungspolitik, deren schematischer Charakter ebenso wie der den radikalen Maßnahmen zugrunde liegende moralische Rigorismus abgelehnt wurde, konzipierten Laffons Mitarbeiter im Spätsommer 1945 ein eigenes Verfahren, das sich vor allem durch folgende drei Elemente auszeichnete:²⁵

1. Bei der politischen Säuberung wurde das Hauptaugenmerk nicht so sehr auf die politisch-moralische Abrechnung mit der NS-Vergangenheit, sondern auf den sicherheitspolitischen Aspekt gelegt. Das bedeutete, daß die Entnazifizierung vor allem dazu beitragen sollte, den Aufbau der neuen Demokratie gegenüber nationalsozialistischen Einflüssen und Sabotageaktionen abzusichern. Daher mußte in der französischen Zone nicht jeder Erwachsene automatisch einen Fragebogen ausfüllen, sondern nur die Beschäftigten in der Öffentlichen Verwaltung, die Inhaber leitender Positionen in der Privatwirtschaft sowie ein Teil der Freiberufler. Außerdem wurde nicht jedes Parteimitglied sofort entlassen, sondern, wenn es die Schwere der politischen Belastung zuließ, konnte der Betroffene in untergeordneter Stellung und unter Aufsicht eines ausgewiesenen „Antifaschisten“ weiterarbeiten. Im Schuldienst wurden diese politisch gering Belasteten nur vorläufig wiedereingestellt, so daß sie bei einem auftretenden Fehlverhalten jederzeit wieder entlassen werden konnten.

2. Die politische Säuberung sollte nicht nur die personellen Voraussetzungen für die französische Demokratisierungspolitik schaffen, sondern sie bildete auch einen zentralen Bestandteil derselben. Ein halbes Jahr vor dem Erlass des amerikanischen Befreiungsgesetzes wurde die Durchführung dieser sensiblen Aufgabe deutschen antifaschistischen Personen übergeben, die, allerdings unter französischer Kontrolle, in diesem zentralen Bereich der Nachkriegspolitik „Demokratie“ und die Übernahme von Verantwortung lernen sollten.

3. Die Entnazifizierungspolitik ordnete sich in die Pariser Vorgaben einer strikten Dezentralisierung Deutschlands ein, ohne jedoch eine zoneneinheitliche Politik zu gefährden. Die zentralen Vorgaben Laffons ließen den Provinzgouverneuren genügend Spielraum, um auf regionale Besonderheiten eingehen zu können. In diesem Sinne bildete auch die Säuberungsverordnung in Württemberg-Hohenzollern vom 28. Mai 1946, die Klaus-Dietmar Henke beschrieben hat, keinen Fremdkörper innerhalb der französischen Entnazifizierungspolitik; Laffon stellte es vielmehr seinen Provinzgouverneuren frei, eine ähnliche Verordnung zu erlassen.²⁶

24 Laffon bezog sich in seiner zentralen Demokratisierungsdirektive vom 25. Oktober 1945 direkt auf dessen Äußerungen. Hierzu: Rainer HUDEMANN: De Gaulle und der Wiederaufbau in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Wilfried LOTH und Robert PICH (Hg.): De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 153-167, und MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 27ff.

25 Hierzu: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 69ff.

26 Klaus-Dietmar HENKE: Politische Säuberung unter französischer Besatzung, Stuttgart 1981. MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 162f.

Die beiden grundlegenden Direktiven Laffons vom 19. September und 31. Oktober 1945²⁷ legten die Rahmenbedingungen für das französische Entnazifizierungsverfahren in der Öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft für die nächsten einhalb Jahre fest. Es handelte sich dabei um ein politisches Verwaltungsverfahren, das, um die Entnazifizierung durchführbar zu machen, vorausschauend auch auf etwaig auftretende Sachzwänge einging. Die automatischen Entlassungskategorien des „SHAEF-Handbooks“, die die politisch schwer belasteten Nationalsozialisten betrafen, wurden beibehalten. Diese ehemaligen NS-Aktivisten oder in exponierter Stellung tätig gewesen hohen Beamten sollten erst nach Abschluß der Säuberungsverfahren der geringer politisch Belasteten die Möglichkeit erhalten, ihre Entlassung in einem Einspruchsverfahren anzufechten. Dadurch sollte vermieden werden, daß der administrative und wirtschaftliche Wiederaufbau der Zone durch noch ausstehende Entscheidungen für die Millionen „kleiner Pgs“ länger als unbedingt notwendig hinausgezögert werden würde.²⁸

Die eigentliche Aufgabe der deutschen Säuberungsorgane bestand zunächst darin, über diese politisch geringer belasteten Nationalsozialisten individuell abgestufte Sanktionen zu verhängen. Der Sanktionsrahmen reichte von der „Entlassung ohne Pension“ bis zur „Beibehaltung im Dienst“. Die Untersuchungsausschüsse auf Kreisebene als erste Instanz und die Säuberungskommissionen auf Länderebene als zweite Instanz setzten sich aus Vertretern des betreffenden Verwaltungs- oder Wirtschaftszweiges sowie aus Repräsentanten des politischen, konfessionellen und gewerkschaftlichen Milieus zusammen, die von den deutschen Verwaltungschefs vorgeschlagen wurden. Alle Mitglieder sollten eine antifaschistische Vergangenheit vorweisen können. Das politische Primat sollte gegenüber technischen Sachzwängen zwar gewährleistet sein, ohne jedoch diese völlig zu vernachlässigen. Die Militärregierung übte ihre Kontrolle durch die Genehmigung der Mitglieder der Säuberungsorgane sowie deren Sanktionsvorschläge aus.

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten arbeiteten seit Anfang 1946 in der gesamten Zone die neuen deutschen Säuberungsorgane. Die Entnazifizierungsoffiziere der Ländermilitärregierungen mußten regelmäßig dem „Service Epuration“ in Baden-Baden Bericht erstatten und wurden des öfteren zu Zonenkonferenzen einberufen. Laffon erließ weitere Direktiven, die die Entnazifizierung auf weitere Berufsgruppen ausdehnten sowie bei auftretenden Problemen für eine zoneneinheitliche Regelung sorgten. Auf

27 Hierzu: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 76ff.

28 Entsprechend den Dezentralisierungsvorgaben der französischen Besatzungspolitik hatte Laffon nur Rahmenrichtlinien erlassen. Die Provinzgouverneure erließen ihrerseits konkretere Entnazifizierungsrichtlinien für die deutschen Säuberungsorgane: in Rheinland-Hessen-Nassau am 25. September und in Hessen-Pfalz am 10. Oktober 1945; hierzu: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 146ff. und 182ff. Zu den Auswirkungen des Dezentralisierungskonzeptes auf die französische Entnazifizierungspolitik: Rainer MÖHLER: Entnazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung – französische Säuberungspolitik im Saarland und in Rheinland-Pfalz, in: Stefan MARTENS (Hg.): Vom 'Erbfeind' zum 'Erneuerer'. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S. 157-173.

diese Weise wurde die Entnazifizierung ländergrenzenübergreifender Institutionen geregelt (zum Beispiel für das Personal der Verwaltungshochschule Speyer), Maßnahmen zur Verhinderung der sogenannten „Zonenwanderung“ ergriffen sowie die Genehmigung befristeter Weiterbeschäftigungen einheitlich vorgeschrieben. Die wichtigste Ergänzung des Verfahrens betraf die Einrichtung eines „Politischen Beirates“ im März 1946, der auf Länderebene das politische Element der Entnazifizierung stärken und die Parteien noch stärker in das Verfahren einbinden sollte.²⁹

Die politische Säuberung schritt in den einzelnen Ländern unterschiedlich schnell voran, wobei Hessen-Pfalz und das Saarland an der Spitze lagen. Beiden Ländern wurde daher zuerst das Recht eingeräumt, auch bereits entschiedene Fälle nochmals aufzunehmen und neu zu verhandeln.³⁰ Insgesamt konnte sich in der französischen Zone die Säuberungspolitik bis Mitte 1947 kontinuierlich entwickeln. Der abrupte Wechsel in der amerikanischen Entnazifizierungspolitik vom Frühjahr 1946, der zur frühen Entstehung von „Mitläuferfabriken“ führte, konnte in der französischen Zone vermieden werden. Gleichzeitig wuchs jedoch seit Herbst 1946 die Kritik von deutscher Seite, die vor allem die nicht vorhandene gesetzliche Grundlage des Verfahrens und die fehlenden Rechte für die Betroffenen einklagte.

In der Militärregierung wurde zunehmend die Notwendigkeit einer Reform des Verfahrens erkannt. Der Erlass der Kontrollratsdirektive Nr. 38 am 12. Oktober 1946³¹ wurde von Laffon zum Anlaß genommen, eine neue, dritte Phase der Entnazifizierung einzuleiten. Die künftige Hauptaufgabe sah er in der jetzt zu beginnenden Entnazifizierung der Internierten, für die die bestehenden deutschen Organe weder die Kompetenz noch den dazu notwendigen Sanktionsrahmen besaßen. Durch die neuen deutschen Säuberungsverordnungen sollten zugleich die sich ständig vergrößernden regionalen Eigenheiten wieder auf ein erträgliches Maß reduziert und damit die Einheitlichkeit der Maßnahmen innerhalb der Zone gewahrt werden. Laffon sah darüberhinaus die Notwendigkeit, durch ein einheitliches Kategorien- und Sühnesystem in ganz Deutschland vergleichbare Maßstäbe zu schaffen.³²

Anders als von der Militärregierung erwartet und erwünscht, führte das neue Spruchkammerverfahren jedoch dazu, daß auch in der französischen Zone allmählich „Mitläuferfabriken“ entstanden. Durch die neuen deutschen Säuberungsverordnungen und ihre Durchführungsbestimmungen wurde die politische Aufgabe der Entnazifizierung zunehmend verrechtlicht.³³ Die politischen Parteien zogen sich aus der Verantwortung zurück und überließen das Feld den Juristen, die sich außerstande zeigten, politische Schuld juristisch zu ahnden. Der rheinland-pfälzische Gouverneur Hettier de

29 MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 97ff.

30 MÖHLER, Entnazifizierung, Demokratisierung (wie Anm. 28).

31 „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“, 12.10.1946; Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland (=ABI-KR) Nr. 11 (31.10.1946), S. 184-211.

32 Hierzu: MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 246ff.

33 Rheinland-Pfalz: „Landesverordnung zur politischen Säuberung im Lande Rheinland-Pfalz“, 17.4.1947; Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz Nr. 9/47 (21.4.1947), S. 121-129.

Boislambert kritisierte die Spruchkammerurteile als „entreprise de blanchissage“, ohne daß dies nennenswerte Auswirkungen zeigte.³⁴ In den Genuß der nun durchweg milden Urteile kamen vor allem die politisch schwer Belasteten und Internierten, die erst jetzt ihr Verfahren erhielten. Amnestien der Militärregierung³⁵ und Abschlußgesetze der Länderregierungen³⁶ führten dazu, daß der Begriff der „Renazifizierung“ den der Entnazifizierung ersetzte. Man ließ die politische Säuberung langsam aber stetig zu Ende gehen, oder, wie es ein französischer Beobachter im Februar 1948 ausdrückte, *on (a) tendance à laisser mourir l'épuration de sa belle morte*.³⁷

Die ausgebliebene Rezeption des französischen Entnazifizierungsmodells

Soweit in aller Kürze die Struktur und Praxis des politischen Säuberungsverfahrens in der französischen Besatzungszone. Die Ergebnisse des ersten Teils stehen im Widerspruch sowohl zu den Aussagen der Zeitzeugen als auch zu den bisherigen Auffassungen in der historischen Forschung. Eine Frage liegt daher nahe: Wenn es denn ein eigenes französisches Entnazifizierungsmodell gegeben hatte, warum wurde dies bislang nicht gesehen? Für die Beantwortung müssen vor allem drei Themenkomplexe angesprochen werden:

1. Wieso nahmen die Zeitgenossen die Vorzüge des französischen Verfahrens nicht zur Kenntnis?
2. Warum versuchte die Militärregierung nicht, die alliierte Politik im Kontrollrat in ihrem Sinne zu beeinflussen, warum vertrat sie nicht offensiver ihr eigenes Konzept?
3. Wieso erkannte und beachtete die Geschichtswissenschaft bislang nicht das französische Modell?

34 MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 350. Eine vom Verfasser vorgenommene stichprobenartige Analyse saarländischer Spruchkammerakten zeigte, daß die juristisch ausgebildeten Vorsitzenden teilweise aufrichtig bemüht waren, „Schuld“-Tatbestände festzustellen. Sie wandten dabei aber strafprozessuale Maßstäbe an, ohne sich auf das ungewohnte Terrain einer „politischen“ Schuld zu wagen. So wurden führende Industrielle oder Personen des öffentlichen Lebens nicht belangt, wenn sie das NS-Regime nur politisch unterstützt, aber keinen direkten (und nachweisbaren!) materiellen Nutzen daraus gezogen hatten; ebd., S. 320ff.

35 Commandement en Chef Français en Allemagne (=CCFA): Verordnung Nr. 92: Jugendamnestie, 2.5.1947; Journal Officiel du CCFA Nr. 69/47 (5.5.1947), S. 700f.; Verordnung Nr. 133: Mitläuferamnestie, 17.11.1947; ebd. Nr. 122/47 (21.11.1947), S. 1244f.; Verordnung Nr. 165: erweiterte Mitläuferamnestie, 13.7.1948; ebd. Nr. 183/48 (16.7.1948), S. 1588.

36 Rheinland-Pfalz: 1. Landesverfügung zur Durchführung der LVO, 2.12.1947; Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz Nr. 15/48 (25.5.1948), S. 232-234; 1. Abschlußgesetz, 19.1.1950; ebd. Nr. 2/50 (25.1.1950), S. 11f.; 1. Abschlußergänzungsgesetz und 2. Abschlußgesetz, 4.4.1951; ebd. Nr. 19/51 (11.4.1951), S. 89f.; 3. Abschlußgesetz, 31.5.1952; ebd. Nr. 22/52 (9.6.1952), S. 93f.

37 Ministère des Archives Etrangères: Jean Morin an Unterstaatssekretär Schneider, 27.2.1948; AOFAA SEAAA 1/3 p.22.

1. Zur Frage der Zeitgenossen

Lediglich in den ersten Wochen nach Kriegsende wurde von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Notwendigkeit einer durchgreifenden Entnazifizierung erkannt. Noch im Jahr 1945 wurde angesichts der allgemeinen Notlage und des im öffentlichen Leben kaum mehr bemerkbaren nationalsozialistischen Einflusses kein Sinn mehr darin gesehen, Personal und Ressourcen an eine „längst beendete“ Sache zu verschwenden. Daß politisch belastete Fachkräfte entlassen oder mit niederen Arbeiten beschäftigt wurden, stieß zunehmend auf Widerspruch.³⁸ Nachdem die bekannten NS-Aktivisten entlassen oder interniert und die NS-Verbrecher den Strafgerichten überantwortet worden waren, verlor die Entnazifizierung mit ihren Sanktionen gegen die politisch geringer Belasteten den letzten Rest an Popularität; eine besondere Rolle spielte dabei das Bekanntwerden der Urteile im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß.³⁹ Die Säuberungspolitik wurde lächerlich gemacht – wie im zeitgenössischen Bestseller „Der Fragebogen“ von Ernst von Salomon aus dem Jahr 1951 – oder durch die massenhafte Ausstellung von „Persilscheinen“ in einer konzertierten Aktion aller gesellschaftlichen Kräfte desavouiert und erfolgreich boykottiert.

In der französischen Besatzungszone kamen weitere belastende Faktoren hinzu. Die Besatzungsmacht besaß von Anfang an ein schlechtes Ansehen. Übergriffe in der allerersten Phase der Besetzung, die Einforderung von Reparationsleistungen sowie eine schlechte Ernährungslage und die harte Wirtschaftspolitik bildeten starke Hypothesen für die im Herbst 1945 beginnende Demokratisierungspolitik.⁴⁰ Dabei spielte es keine Rolle, daß die französischen Forderungen angesichts der deutschen Besetzung in Frankreich durchaus gerechtfertigt waren und auch ihr Auftreten sich zum Teil an

38 Frühe Umfragenergebnisse aus der amerikanischen Besatzungszone: Richard und Anna MERRITT (Hg.): *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949*, Urbana 1970. Erste deutsche Umfragen bei: Elisabeth NOELLE und Peter NEUMANN: *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1 (1947/55)*, Allensbach 1955. Hinweise für die französische Zone: Marlis G. STEINERT: *Zwischen gestern und morgen. Volksmeinung und öffentliche Meinung in der französischen Besatzungszone, 1945-1947*, im *Spiegel französischer Quellen*, in: Klaus MANFRASS und Jean-Pierre RIOUX (Hg.): *France-Allemagne 1944-1947. Akten des deutsch-französischen Historikerkolloquiums*, Baden-Baden 2.-5. Dezember 1986, Paris 1990, S. 47-80, sowie für Rheinland-Pfalz die Lageberichte der Landräte; hierzu: Peter BROMMER: *Der Regierungsbezirk Koblenz in den geheimen Lageberichten von 1945 bis 1948*, in: *JWL 8* (1982), S. 199-225.

39 In Rheinland-Hessen-Nassau stellten die KPD-Mitglieder aus Protest gegen die – nach ihrer Auffassung – zu milden Urteile vorübergehend ihre Mitarbeit in den Säuberungsorganen ein. Auch der zuständige Entnazifizierungsoffizier in Koblenz, Roynette, äußerte gegenüber Baden-Baden Zweifel am Fortgang der Entnazifizierungsmaßnahmen; MÖHLER, *Entnazifizierung* (wie Anm. 2), S. 191.

40 Hierzu: Rainer HUDEMANN: *L'occupant français et la population allemande après les deux guerres mondiales*, in: *Relations Internationales* H. 80 (1994), S. 471-489, und Edgar WOLFRUM: *Das Bild der »düsteren Franzosenzeit«*. Alltagsnot, Meinungsklima und Demokratisierungspolitik in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Martens (wie Anm. 28), S. 87-113.

deutschen „Vorbildern“ orientierte. Im Gegenteil, gerade das latent vorhandene, aber nicht eingestandene schlechte Gewissen bewirkte eine schroffe Abwehrhaltung gegenüber dem jetzt selbst als Besatzungsmacht auftretenden „Erbfeind“. Diese Einstellung wurde durch die historischen Erfahrungen mit der französischen Deutschlandpolitik der Zwischenkriegszeit, die im Bewußtsein der Bevölkerung noch stark präsent waren,⁴¹ verstärkt. Das im Gegensatz zur amerikanischen Armee fehlende Image einer Siegermacht und die zumindest anfangs vorhandenen zwielichtigen Elemente in der Besatzungsverwaltung, die ihrer eigenen „Vichy“-Vergangenheit entfliehen wollten, ließen viele die französische Selbsttitulierung als „Grande Nation“ nicht ernst nehmen. Französische Versuche, mit übermäßiger Strenge, militärischem Gepränge und autoritärem Auftreten „dem deutschen Wesen“ entsprechend aufzutreten, wirkten hier eher kontraproduktiv.⁴²

Hinzu kam, daß durch den alltäglichen Kampf mit den Nöten einer „Zusammenbruchsgesellschaft“ positive Neuordnungsansätze von der Mehrheit der Bevölkerung höchstens am Rande bemerkt wurden. Die Reformvorschläge der französischen Militärregierung im Rahmen ihrer Demokratisierungs- und Umerziehungspolitik stießen zudem auf den sich allmählich verfestigenden Widerstand der deutschen Seite. Es fehlte der Militärregierung oft der deutsche Partner, um eine beabsichtigte Reform durchzuführen.⁴³ Hinzu kam, daß die Mehrheit der Bevölkerung solche Maßnahmen erst gar nicht als „positiv“ empfand, sondern eher – wie in der Schulpolitik – als Versuch der Besatzungsmacht, ihr eigenes System der deutschen Tradition überzustülpen.⁴⁴

Bei der Entnazifizierung wurde der große Handlungsspielraum, der sich den deutschen Kräften in einzigartiger Weise zu einem solch frühen Zeitpunkt bot, nur wenig genutzt. Das geringe Ansehen der Säuberungsmaßnahmen führte vielmehr rasch dazu, daß Parteien und Kirchen versuchten, Interessenpolitik zu betreiben beziehungsweise sich aus der Verantwortung hinter den Rücken der Besatzungsmacht zurückzuziehen. Bereits im März 1946 sah sich Laffon genötigt, diesem Trend entgegenzuwirken und die Parteien noch stärker institutionell in das politische Säuberungsverfahren einzubin-

41 HUDEMANN, *L'occupant* (wie Anm. 40). Zur französischen Besatzungspolitik nach 1918: Henning KÖHLER: *Französische Besatzungspolitik 1918-1923*, in: Peter HÜTTENBERGER und Hansgeorg MOLITOR (Hg.): *Franzosen und Deutsche am Rhein 1789-1918-1945*, Essen 1989, S. 113-126, und Franziska WEIN: *Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919-1930*, Essen 1992.

42 Anschauliche Schilderung bei: Frank Roy WILLIS: *The French in Germany 1945-1949*, Stanford 1962, S. 74ff.

43 So scheiterten die Sozialisierungspläne der Militärregierung in Baden an der fehlenden Unterstützung durch die deutsche Seite. GROHNERT (wie Anm. 2), S. 117ff., und WOLFRUM, *Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie* (wie Anm. 12), S. 203ff.

44 Zur Schulpolitik aus der Sicht der französischen Militärregierung: DEFRANCE (wie Anm. 14), S. 136ff., ZAUNER (wie Anm. 14), S. 86ff. Die deutsche Position eingehender beschreibend: Angelika RUGE-SCHATZ: *Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949*, Frankfurt/Main 1977.

den. Dies blieb letztlich erfolglos, da angesichts der anstehenden Kommunal- und Landeswahlen alle Parteien das parteipolitisch noch ungebundene, millionenstarke Wählerpotential der „kleinen Pgs“ umwarben. Diese Flucht aus der Verantwortung läßt sich in Rheinland-Pfalz beispielhaft in den Debatten um das neue Säuberungsgesetz aufzeigen. Der eigentliche Anlaß der Beratungen, der politische Auftrag zur Entnazifizierung, ging in der Auseinandersetzung der Parteien mit der Militärregierung völlig unter.⁴⁵

Sobald die Säuberungsorgane anfangen, Sanktionen zu verhängen, regte sich Kritik, die schnell die Unterstützung durch Kirchen und Parteien fand. Daß diese Kritik äußerst widersprüchlich war, fiel kaum jemandem auf und wenn, störte es niemanden. Kritik wurde sowohl an einer zu großen Uneinheitlichkeit der Entnazifizierung auf Länder- beziehungsweise Zonenebene geübt, als auch andererseits an einer zu geringen Individualität des Verfahrens, das zu wenig auf regionale, lokale und individuelle Besonderheiten eingehe. In der Pfalz beschwerten sich sowohl die Katholische wie die Protestantische Kirche, daß gerade ihre Mitglieder unter den Lehrkräften zu stark von der Entnazifizierung betroffen seien.⁴⁶ Der verantwortliche Leiter der Entnazifizierung in der Pfalz, Oberregierungsvizepräsident Carl Felix Koch, wurde zur Zielscheibe der Kritik fast aller gesellschaftlichen Kräfte des Landes, nicht nur, weil er sich offen zu seiner frankophilen Einstellung bekannte, sondern vor allem, weil er sich dem allgemeinen Parteienspiel des gegenseitigen Vergebens und Vergessens entzog. Mißgriffe im eigentlichen Entnazifizierungsverfahren konnten dagegen bis auf Ausnahmen nicht nachgewiesen werden; seine engsten Mitarbeiter wurden nach Kochs Entlassung in das neue Spruchkammersystem übernommen.⁴⁷

2. Warum konnte sich das französische Modell nicht stärker in den alliierten Planungen im Kontrollrat durchsetzen?

Auch die Politik Frankreichs im Alliierten Kontrollrat erfährt seit einigen Jahren eine Neubewertung. Das Bild einer obstruktiven „Vetopolitik“, die die Teilung Deutschlands mitzuverantworten hatte, muß differenzierter betrachtet werden. So wehrte sich Frankreich in der Frage der Einrichtung von Zentralverwaltungen für das besetzte Deutschland vor allem gegen deren beabsichtigte Arbeit unter deutscher Verantwortung, war aber bereit, sogenannte „bureaux alliés“ unter alliierter Führung zu akzeptieren.⁴⁸ Auch die Entnazifizierung mußte oft als Beispiel dafür herhalten, daß Frank-

45 Vgl. Rainer MÖHLER: Politische Säuberung in Rheinland-Pfalz – französische Entnazifizierungspolitik zwischen Demokratisierung und Kontrolle, in: Tilman KOOPS und Martin VOGT (Hg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten: 1919-1930 und 1945-1949, Koblenz 1995, S. 147-163.

46 MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 168.

47 Zur Person Kochs: ebd., S. 149 und 164ff.

48 Rainer HUDEMANN: Frankreich und der Kontrollrat 1945-1947, in: MANFRASS/RIoux (wie Anm. 38), S. 97-118.

reich sich nicht an Beschlüsse des Kontrollrates hielt beziehungsweise an einer gemeinsamen Politik nicht interessiert war.⁴⁹

Bereits die frühen Pariser Direktiven zeigen aber eindeutig, welche Bedeutung auch de Gaulle einer gemeinsamen alliierten Politik für das Gelingen der französischen Besatzungspolitik beimaß. Der inkohärente Charakter der französischen Besatzungszone ließ aus wirtschaftlichen Gründen eine enge Zusammenarbeit mit den übrigen Zonen als dringend notwendig erscheinen, sollte die französische Zone nicht zu einem Zuschußgebiet für Frankreich werden; auch die französischen Interessen an Rhein und Ruhr erforderten ein alliiertes Einvernehmen. Trotzdem müssen für die konkrete französische Politik im Alliierten Kontrollrat wichtige Einschränkungen gemacht werden: Der verspätete Aufbau des Militärregierungsapparates in der Zone und die allgemein schlechten Kommunikationsbedingungen der Nachkriegszeit führten dazu, daß die französische Kontrollratsgruppe in Berlin von Neuerungen in der Besatzungspolitik erst sehr spät Kenntnis erhielt und diese dann zum Teil lückenhaft war. Für die umgekehrte Richtung galt dasselbe. Erschwerend kam hinzu, daß es keine direkte Verbindung zwischen Berlin und dem Apparat Laffons in Baden-Baden gab, sondern alle Verbindungen über General Koenig liefen. Laffon erhielt deshalb erst sehr spät Kenntnis von den schon länger angelaufenen Beratungen über die Kontrollratsdirektive Nr. 24.⁵⁰ Seine Anweisungen an General Koeltz, den Leiter der französischen Kontrollratsgruppe, konnten nicht mehr in die Verhandlungen eingebracht werden. Er hatte als wesentliche Änderungen gefordert, daß zum einen die Möglichkeit der Beteiligung deutscher Organe im Säuberungsverfahren vorgesehen und zum anderen die simple Alternative: „Entlassung oder Beibehaltung im Dienst“ durch abgestufte Sanktionen ersetzt werden sollten. Obwohl also der endgültige Direktiventext den französischen Vorstellungen entgegenlief, lehnten es Koenig und Laffon ab, ihr Veto im Kontrollrat einzulegen. Stattdessen wies Laffon seine Mitarbeiter darauf hin, daß eine Direktive nicht dieselbe bindende Wirkung wie ein Kontrollratsgesetz habe. Er ordnete an, daß für die französische Entnazifizierungspolitik weiterhin nur seine Anweisungen Gültigkeit besäßen.⁵¹

Die ersten, auf amerikanischen Vorschlägen aufbauenden Entwürfe zur Kontrollratsdirektive Nr. 38 stammten noch aus dem Jahr 1945. Sie beinhalteten ein einheitliches Kategorien- und Sühnesystem für ganz Deutschland sowie einheitliche Maßstäbe für die Behandlung und Internierung „verdächtiger Personen“. Laffon forderte General Koeltz auf, dafür zu sorgen, daß jetzt rechtzeitig die französischen Wünsche in die Planungen einfließen. Er nannte als wichtige Punkte unter anderen, daß für die Beurteilung der Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen das Eintrittsdatum allein kein ausschlaggebender Faktor sein dürfe und daß in der Direktive die Möglichkeit der Beteiligung deutscher Organe erwähnt werden müsse. Die französischen Änderungswünsche wurden nur zum Teil übernommen. Größter Erfolg der französischen

49 Vgl. Literaturangaben in Anm. 8.

50 „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“, 12.1.1946; ABl-KR Nr. 5 (31.3.1946), S. 98-115.

51 MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 84ff.

Kontrollratsgruppe war es, daß die Personengruppenlisten des amerikanischen Befreiungsgesetzes, die in schematischer Weise Hauptschuldige und Schuldige aufzählten, nicht in den Direktiventext selbst aufgenommen, sondern nur als unverbindlicher Anhang der Direktive beigegeben wurden. Laffon führte den Gesetzgebungsauftrag der Direktive in der französischen Zone durch, wobei er auch harte Konflikte mit den deutschen Beteiligten, die abweichende Bestimmungen aufnehmen wollten, in Kauf nahm.⁵²

Warum wurde aber von der Militärregierung nicht offensiver Reklame für das eigene Entnazifizierungsmodell gemacht? Diese Frage ist sehr schwierig und angesichts des vorliegenden Quellenmaterials nur annäherungsweise zu beurteilen. Ein Motiv für die eher zurückhaltende Informationspolitik liegt sicher in den massiven Vorwürfen, die in der ersten Phase der Besatzungszeit, vor allem im Jahr 1945, gegen die französischen Säuberungsmaßnahmen erhoben worden waren. Amerikanische und linke französische Zeitungen, aber auch Abgeordnete in der Nationalversammlung hatten den angeblich zu laxen Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten kritisiert. Im zeitgenössischen Vergleich mit der damals noch sehr radikalen amerikanischen Entlassungspolitik mußte die französische Zone tatsächlich als ein „Eldorado“ für politisch Belastete erscheinen.⁵³ Wenig später drehte sich allerdings – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – das „Entnazifizierungsgefälle“ um. In den Augen der damals noch sehr antideutsch eingestellten französischen Öffentlichkeit mußte in diesem Zusammenhang die Übergabe des Entnazifizierungsverfahren an deutsche Personen als eine unverantwortliche Maßnahme erscheinen, die das Sicherheits- und Sühnebedürfnis des französischen Volkes sträflich vernachlässigte.⁵⁴ Tat die Militärregierung also gut daran, ihr eigenes Modell anfangs eher im Stillen durchzuführen, so versäumte sie es jedoch im Laufe des Jahres 1946, angesichts der gewandelten Rahmenbedingungen offensiver hervortreten und die Vorzüge ihrer Politik einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

3. Die Rezeption durch die Geschichtswissenschaft

Zeitgenossen und historische Wissenschaft unterzogen nicht nur das französische, sondern auch das britische und amerikanische Entnazifizierungsverfahren einer harten Kritik; der vor allem in der US-Zone herrschende moralische Rigorismus der Anfangszeit wurde als unrealistisch belächelt. Trotzdem bilden die amerikanische und ihr ent-

⁵² Ebd., S. 238ff.

⁵³ Hierzu: GROHNERT (wie Anm. 2), S. 73ff.

⁵⁴ Über den Einfluß der öffentlichen Meinung in Frankreich auf die französische Deutschland- und Besatzungspolitik: Dietmar HÜSER: Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944-1950. Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen, in: MARTENS (wie Anm. 28), S. 19-64. Zum Deutschlandbild in der französischen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges: Yves DURAND: Deutschland aus der Sicht der Franzosen (November 1942 bis Mai 1945), in: Manfred MESSERSCHMIDT und Ekkehart GUTH (Hg.): Die Zukunft des Reiches. Gegner, Verbündete und Neutrale (1943-1945), Herford 1990, S. 37-56.

gegengesetzt die sowjetische Säuberungspolitik die einzigen Entnazifizierungsmodelle, die von den Historikern ernstgenommen wurden. Die britische und die französische Politik wurden entweder als bloße Anhängsel der amerikanischen oder aber als taktisch klüger verfahren, den Säuberungsauftrag aber sträflich vernachlässigende Besatzungspolitik angesehen.⁵⁵ Was die Beschreibung des französischen Verfahrens angeht, so fällt auf, daß einzelne Elemente des hier vorgestellten Entnazifizierungsmodells durchaus bemerkt wurden. Da sie aber nicht in das allgemein-negative, in Vorkriegsmaßstäben verharrende Bild der französischen Deutschlandpolitik paßten, wurden diese Anzeichen höchstens als weiterer Beweis für die besondere Raffinesse der französischen Politik angesehen, die ihre wahren Interessen geschickt zu verbergen suchte.⁵⁶ Zeitgenössische (Vor)Urteile wurden ebenso unkritisch übernommen wie die antifranzösische Sichtweise der amerikanischen Militärregierung, die sich in den „Foreign Relations“-Akten widerspiegelt. Erst die sehr spät erfolgende Öffnung der französischen Archive ermöglichten jetzt ein differenzierteres Bild, welches die nicht zu leugnenden negativen Aspekte der französischen Besatzungszeit um diejenigen Bereiche ergänzt, die in den 1950er Jahren Anknüpfungspunkte für die deutsch-französische Aussöhnung boten. Der Entnazifizierung kommt dabei das Verdienst zu, die personellen Voraussetzungen für die Durchführung der allgemeinen Demokratisierungspolitik geschaffen zu haben.

Fazit

„Kriegsende und Neubeginn“ – welches ist der Beitrag der Entnazifizierung zum Neubeginn? Die Auswirkungen der Entnazifizierung wurden damals und werden heute überwiegend negativ gesehen. War sie nicht schuld an der apolitischen Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach 1945? Wirkte sie nicht im Sinne einer Demokratisierung eher kontraproduktiv?

Eine heutige Bewertung der Möglichkeiten einer erfolgreichen Entnazifizierungspolitik muß die Zeit vor 1945 stets im Blick behalten. Das Scheitern des französischen Modells, jedenfalls gemessen an den eigenen Ansprüchen und den tatsächlichen Ergebnissen, kann dabei Hinweise geben. Laffon und seine Mitstreiter wollten durch ihre Demokratisierungspolitik einen breiten Elitenwechsel ermöglichen und das „andere Deutschland“ an die Macht bringen. Diese Politik scheiterte, weil das „andere Deutschland“ personell zu schwach war und sowohl die Verwaltung als auch die Wirtschaft im Nachkriegsdeutschland auf die Weiter- und Mitarbeit der Mehrheit der bishe-

55 Vgl. die Darstellung der Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte in den Überblicksdarstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte, z.B. Adolf M. BIRKE: *Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961*, Berlin 1989, S. 66ff.; Theodor ESCHENBURG: *Jahre der Besatzung 1945-1949*, Stuttgart 1983, S. 108ff.; Christoph KLESSMANN: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn ⁵1991, S. 78ff.; Rudolf MORSEY: *Die Bundesrepublik Deutschland: Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München ³1995, S. 6f.

56 Zum Beispiel bei Justus FÜRSTENAU: *Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik*, Neuwied 1969, S. 42ff. und 134ff.; HENKE, *Trennung* (wie Anm. 8), S. 41ff.

rigen Elite nicht verzichten wollten. Tatsächlich hatte der Nationalsozialismus das deutsche Volk tiefer durchdrungen, als es die Gegner der Kollektivschuldthese angenommen hatten.⁵⁷

Das deutsche Volk stand nach 1945 einer politischen Säuberung mehrheitlich skeptisch bis ablehnend gegenüber. Angesichts der allgemeinen Notlage und der veränderten allgemeinpolitischen Rahmenbedingungen wurde keinerlei Notwendigkeit mehr zu solch tiefgehenden Eingriffen gesehen. Die Militärregierung konnte sich dieser Entwicklung, wollte sie nicht auf die Herrschaftsform einer direkten Verwaltung zurückgreifen, nur verzögernd entgegenstellen. Die schrittweisen Zugeständnisse im Rahmen der allgemeinen Demokratisierungspolitik führten dazu, daß die zunehmend selbstbewußter auftretenden deutschen politischen Kräfte bei schwindenden französischen Kontrollmöglichkeiten das Ende der Entnazifizierung einleiten konnten. Der Militärregierung fehlte zuletzt auch die Unterstützung durch die französische Regierung. Im Gegenteil, nachdem diese sich bislang nur sporadisch für den Stand der Entnazifizierungsmaßnahmen interessiert hatte, drängte Paris seit Anfang 1948 im Vorfeld der Weststaatsgründung auf eine baldige Beendigung der Maßnahmen.⁵⁸

Trotzdem leistete die politische Säuberung einen wichtigen Beitrag zum Neubeginn. Man hätte dies aus der heutigen Sicht zwar auch mit weniger Kraftaufwand erreichen können, aber die zahlreichen Entlassungen und Internierungen⁵⁹ in den ersten Nachkriegsjahren ermöglichten es den neuen politischen Kräften, unbeschadet von nationalsozialistischer Einflußnahme in Verwaltung und Politik Fuß zu fassen. Auch die massenhaften Entnazifizierungsverfahren der zahlreichen „kleinen Pgs“ dürfen nicht allein negativ gesehen werden. Sie führten dazu, daß die Sensibilität für die Verantwortung jedes Einzelnen für sein politisches Handeln wuchs. Letztendlich waren es die Millionen Wähler der NSDAP gewesen, die in der Endphase der Weimarer Republik Adolf Hitler in den Augen der republik- und demokratiefeindlichen Kräfte für das Amt des Reichskanzlers hatten interessant werden lassen. Und es war die massenhafte Unterstützung durch die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ gewesen, die zumindest in den Anfangsjahren des „Dritten Reiches“ die erfolgreiche Durchführung der nationalsozialistischen Politik ermöglicht hatte. Auch wenn eine aktive Auseinander-

57 Der ehemalige Kabinettsdirektor des Gouverneurs Hettier de Boislambert, Pierre Julitte, äußerte sich 1950 sehr skeptisch über den Erfolg der Umerziehungspolitik der Besatzungsmacht: *Le peuple allemand dans son ensemble a trop la nostalgie de l'autorité, de la discipline, il est trop convaincu de sa force et de sa mission pour s'égarer dans des conceptions politiques ou philosophiques qu'il estime néfastes à l'épanouissement d'un pays. Par sa nature comme par sa formation l'Allemand n'est pas démocrate*; Monatsbericht des Bezirksdelegierten von Trier, 9.5.1950; AOFAP RP c. 3181 p.8 d.39. Siehe auch: HENKE, Trennung (wie Anm. 8), S. 55ff., und Klaus-Dietmar HENKE: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Ludolf HERBST (Hg.): Westdeutschland 1945 bis 1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. München 1986, S. 127-133.

58 MÖHLER, Entnazifizierung (wie Anm. 2), S. 295ff.

59 Hierzu: Renate KNIGGE-TESCHE u.a. (Hg.): Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Eine Fachtagung, Erfurt 1993.

setzung mit der eigenen Rolle im NS-Staat weitgehend unterblieb,⁶⁰ zeigt die bisherige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß die Demokratisierungspolitik der westlichen Alliierten erfolgreich war.

60 Zum Thema der „Vergangenheitsbewältigung“: Peter DUDEK: „Vergangenheitsbewältigung“. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 1-2/92 (3.1.1992), S. 44-53; Bert PAMPEL: Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“? Kann man aus der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 für die „Aufarbeitung“ nach 1989 Lehren ziehen?, in: ebd. B 1-2/95 (6.1.1995), S. 27-38.

HELMUT MATHY

ZERSTÖRUNG UND AUFBAU IN MAINZ 1945-1948

Der 27. Februar 1945

Als das Dritte Reich gleichsam zur Hölle fuhr, da gingen in den meisten Großstädten Deutschlands durch anglo-amerikanische Bombenabwürfe zwischen 1942 und 1945 die Lichter aus; selbst heute, nach fünfzig Jahren, sind im Stadtbild von Mainz noch etliche Narben und Wunden der Bombenangriffe zu konstatieren, mit denen die Stadt im wörtlichen Sinne „gebrandmarkt“ worden ist.¹ Doch insgesamt ist ja, wie im Jahr des Europäischen Denkmalschutzes 1975 überspitzt festgestellt wurde, in der Nachkriegszeit mehr an erhaltenswerter Bausubstanz zerstört worden als durch den Luftkrieg, weil im Rausch des Wiederaufbaus zunächst die schnelle Beschaffung von Wohnraum gefragt war und andererseits Baupolitik und Architektur nach dem Zweiten Weltkrieg mit großflächigen und maßstab-ungerechten Lösungen in den Innenstädten durchaus negative Akzente setzten.²

Es ist hier nicht der Ort, auf den Luftkrieg im Raum Mainz seit dem 12./13. August 1942 bis zur Invasion der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 näher einzugehen, auch nicht auf die Ereignisse zwischen Spätherbst 1944 bis zur Ardennenoffensive Anfang 1945, mit der ja, wie Albert Speer in seinen Memoiren schrieb, der Krieg zu Ende gewesen sei. *Was folgte* – so der Memoirenschreiber weiter – *war nur noch die von einem wirren und ohnmächtigen Widerstand verzögerte Besetzung des Landes.*³ Als also das Bewußtsein eines unaufhaltsamen Endes alles andere überschattete, kam es noch zur bisher größten Zerstörung einer Vielzahl von Städten, die nun nicht mehr nach strategischen Zielen ausgewählt wurden, sondern unter ein von Arthur

1 Die folgenden Bemerkungen über den Wiederaufbau in Mainz beruhen neben dem Heranziehen der Presse vor allem auf den Nachlässen von Kulturdezernent Michel Oppenheim und Baudezernent Carl Dassen im Stadtarchiv Mainz, für deren Benutzung Archivdirektor Friedrich Schütz herzlich gedankt sei. An wichtiger Literatur ist insbesondere auf zwei Publikationen zu verweisen, die eine vor allem hervorgegangen aus Erinnerungen: Wie es war. Mainzer Schicksalsjahre 1945 bis 1948. Berichte und Dokumente. Gesammt, geschrieben und herausgegeben von Erich DOMBROWSKI, Emil KRAUS, Karl SCHRAMM, Mainz 1965. Die andere Publikation ist der Begleitband zu einer Ausstellung unter dem Titel: Leben in den Trümmern. Mainz 1945 bis 1948. Hg. im Auftrag der Stadt Mainz von Anton Maria KEIM und Alexander LINK, Mainz 1985. Die meisten Autoren dieses Sammelbandes sind jüngere Historiker, die den Trümmeralltag ihrer Elterngeneration behandelten und damit einen wichtigen Beitrag zum 40jährigen Gedenktag des 8. Mai 1945 vorlegten. Neben der Erschließung von schriftlichen Quellen kommen auch hier die Zeitzeugen nicht zu kurz, zumal in dem Aufsatz von Alexander LINK: Leben in den Trümmern: Mainzer erzählen. Eine Montage von Interviewauszügen, S. 163-195.

2 Hierzu einschlägig das in Anm. 23 genannte Standardwerk von DURTH und GUTSCHOW.

3 ALBERT SPEER: Erinnerungen, Berlin 1969, S. 427.

Harris ausgeführtes Flächenbombardement fielen. Während die amerikanische Luftwaffe Treffer auf Wohngebiete lange als Fehlwürfe ansah, die infolge von technischem und menschlichem Versagen unvermeidbar waren, hat die britische Luftwaffe, wie Dieter Busch in seiner Arbeit über den Luftkrieg im Raum Mainz während des Zweiten Weltkrieges (1988) feststellte, *die Wohngebiete mit kalter Berechnung bombardiert*, so daß er schon den Angriff auf Mainz in der Nacht zum 2. Februar 1945 als eindeutig gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sowie als Terrorangriff und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet hat.

Außerhalb des Bereiches jeder militärischen Logik liegend und jeden taktisch-operativen Hintergrund vermissen lassend, war auch der Angriff am 27. Februar, der in wenigen Minuten zwölfhundert Menschenleben auslöschte und einen Großteil der Mainzer Innenstadt in Schutt und Asche verwandelte, ein Ergebnis der teilweise rational nicht zu erklärenden Entscheidungen des britischen Chefs des Bomberkommandos, der zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1945 von Winston Churchill weitgehend freie Hand und Rückendeckung erhalten hatte. Die politische Führung Großbritanniens und auch seine militärischen Vorgesetzten sahen tatenlos zu, obgleich seine Bomberkommandos eigentlich in krassem Gegensatz zu den geltenden Richtlinien standen und nach der Vernichtung der sächsischen Metropole Dresden in der Nacht auf den 14. Februar in den alliierten und neutralen Staaten eine heftige Diskussion über den militärischen Sinn und die moralische Rechtfertigung der Flächenangriffe ausgebrochen war.⁴

Wenn diese Thesen neuerdings noch zugespitzt worden sind,⁵ so scheint doch sicher zu sein, daß es heute in Bezug auf den 27. Februar 1945 nicht um Anklage oder Aufrechnung gehen kann, sondern in erster Linie um Trauer und Versöhnung. So militärisch sinnlos die Angriffe von Harris gewesen sein mögen: ihn zum Sündenbock zu stempeln ist – um mit Guido Knopp sprechen – *unfair*. *Denn begonnen hatten mit dem Bombenterror Deutsche, und vor Dresden standen Warschau, Rotterdam und Coventry. Man hatte Wind gesät und Sturm geerntet. Die Verbrannten in den Kellern der zerstörten Stadt – sie waren Opfer. Doch gewiß nicht nur von Harris, sondern auch von Hitler. Ohne dessen Machtergreifung keine Todesnacht von Dresden – und kein 27. Februar 1945 in Mainz. Trauer um die Opfer darf nicht heißen, das Verbrechen Dresden gegen andere Verbrechen aufzurechnen. Es gibt kein Gleichgewicht von Schuld, Schmerz und Tod. Doch was es gibt, das ist ein Recht auf Trauer, auch für uns – die Deutschen. Solche Trauer darf nicht trennen, sondern muß verbinden . . .*⁶

Die Durchhalteparolen, die in der Mainzer Presse nach dem großen Bombenangriff vom 27. Februar erschienen, vermochten nicht mehr ihren propagandistischen Zweck zu erfüllen, mit dem sie die Bevölkerung zum Glauben an den Endsieg animieren wollten, weil allmählich der Unbedarfteste einsehen mußte, daß der von den Nazis vom Zaun gebrochene und entfesselte Krieg verloren war und sich, nachdem die deut-

4 Dieter BUSCH: Der Luftkrieg im Raum Mainz während des Zweiten Weltkrieges, Mainz 1988, S. 328.

5 Vgl. Heinz LEIWIG: Bomben auf Mainz 27. Februar 1945. Fakten, Hintergründe, Augenzeugen. Mit bisher unveröffentlichten Fotos und Dokumenten, Mainz (1995).

6 Guido KNOPP: Trauer muß verbinden, in: Consens. Das Seniorenmagazin der Stadt Mainz. I, 1995, S. 8f.

schen Angriffe zunächst die Nachbarn heimgesucht hatten, nunmehr das Ende gegen Deutschland selber wenden würde. Im Mainzer Anzeiger hieß es dennoch am folgenden Tag, dem 28. Februar, in „pressegeleiteter“ Manier: *Gestern nachmittag haben abermals die Terrorflieger der Angloamerikaner über unsere geliebte Heimatstadt Tod und Verderben, Leid und Zerstörung gebracht. Auf's neue hat Mainz schwere Stunden durchleben müssen unter dem Bombenhagel sadistischer Feinde und umdroht durch das Feuer der abgeworfenen Phosphorkanister. Frauen und Kinder sind dem hinterhältigen Mordanschlag zum Opfer gefallen; Greise und Kranke liegen verschüttet unter den Trümmern, unersetzliche Kulturwerte sind auch diesmal ein Raub der von ruchloser Verbrecherhand entfesselten Elemente geworden. Wie es in der Vergangenheit war, so hat auch am gestrigen Dienstag die so schwer geprüfte Bevölkerung von Mainz ihre tapfere Haltung und gerade Gesinnung bewiesen. Die Hände und der Wille der Jungen und Alten standen im gemeinsamen Kampf gegen die Wut der Flammen. Die Organisationen der Partei und des Staates haben alles aufgeboten, um der Not Herr zu werden. Zahllose Einzelbeispiele haben es wiederum bewiesen, daß kein Terror uns niederzubeugen vermag und kein noch so hartes Schicksal unsere Zuversicht bezwingt.*

Und dann die Androhung der Rache, obgleich doch die Bomben der deutschen Wehrmacht auf Coventry, Rotterdam und Warschau zu Beginn des Zweiten Weltkrieges den Anfang des Luftkrieges gemacht hatten: *Das Maß ist nachgerade voll! Nur eine Sehnsucht beherrscht uns noch: die nach der Abrechnung mit diesen Gangstern der Luft. Ungeduldig und getrieben von einem unauslöschlichen Haß harren wir der Stunde der endgültigen Vergeltung. Wir wissen, daß sie im Schoße einer nahen Zukunft liegt und daß mit ihr erst unsere Herzen wieder ruhiger schlagen werden. Der Führer hat es uns gesagt, daß in diesem Jahre die geschichtliche Wende in diesem so namenlos opferreichen Ringen eintritt. Wir wissen, daß bis zu diesem erlösenden Tage noch manches von uns hinzugeben sein wird an Leid und Blut, Sorge und Mühe, Kampfleistung und Arbeitskraft. Wir werden es geben in dem stolzen Bewußtsein, daß das Recht mit unseren Fahnen marschiert und unausweichlich der Augenblick kommt, der, alle Opfer segnend, unser Freiheitsringen mit dem Siege krönt.*

Doch an die Lektüre einer geknebelten und propagandistisch immer noch auf den Endsieg eingestellten, zentral vom Reichspropagandaministerium gelenkten Presse dachten an diesem Tag in Mainz nur wenige. Und auch wir Nachgeborenen können – als Historiker, Soziologen, Bauforscher – nichts anderes als die Resultate dieses Tages festhalten, doch die Katastrophe selber ist wohl mit wissenschaftlichen Methoden nicht erfassbar – hier treten die Zeitzeugenberichte in ihr Recht, die in diesen Wochen und Monaten, bisweilen immer noch überwältigt von ihrer Betroffenheit, ansatzweise und unrhethorisch-schnörkellos der Angst und dem Leid jenes 27. Februar vor fünfzig Jahren stammelnden Ausdruck verleihen. Und als jene Bilder des zerstörten Mainz ansehen, die etwa der städtische Denkmalpfleger Dr. Fritz Arens im Frühjahr 1945 anfertigte, um den Verlust der Bausubstanz zu dokumentieren, nachdem gerade am selben Tag aus dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu Berlin folgendes, von einem Ministerialdirigenten Hiecke unterzeichnetes Schreiben nach Mainz abgegangen war: *Es wird hierdurch bescheinigt, daß Herr Dr. Fritz Arens,*

*Mainz, Kapuzinerstraße 36, in meinem Auftrage in Mainz und im Gebiet des Mittelrheins fotografische Aufnahmen von geschichtlich und künstlerisch wertvollen Objekten macht, und daß diese Aufnahmen, wie auch das Entwickeln und Kopieren, im Hinblick auf die ständige Zerstörung von Kulturwerten durch Luftangriffe im dringenden und kriegswichtigen Interesse des Kunstschutzes liegen!*⁷



Blick auf den Mainzer Dom im Mai 1947 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

An Zeitzeugenberichten, die in großer Zahl in einem Begleitband zu der im bischöflichen Dom- und Diözesanmuseum montierten Ausstellung „Mainz – 27. Februar 1945“ Anfang 1995 erschienen sind,⁸ sei nur aus dem Tagebuch des damaligen geistlichen Studienrats am Mainzer Gymnasium Adam Gottron, später Musikwissenschaftler und Ehrenbürger der Stadt, zitiert, der unter dem 27. Februar eingetragen hat: *Über Mittag Luftwarnung, Alarm, Luftwarnung, Alarm, Luftwarnung. Man glaubte, für den Tag erlöst zu sein. Da, gegen 4 Uhr, erneut Sirenengeheul. Während noch die Leute in die Domtürme springen, fallen schon die ersten Bomben. Man fühlte, es wird ernst. Die Erde bebte, der Turm schwankte, Einschläge dröhnten in nächster Nähe, das Brummen der Flieger war deutlich zu hören. Ich stieg im Turm etwas empor, um Ausblick zu gewinnen, aber etwas wie ein dichter grau-brauner Nebel verdeckte die Sicht*

7 Hans-Jürgen KOTZUR (Hg): Mainz, 27. Februar 1945. Zeitzeugen berichten, Mainz 1995, S. 64.

8 Ebd., S. 26.

*nach allen Seiten. Ununterbrochen dröhnten die Explosionen. Ringsum begannen Brände aufzulodern. Auch in unserem Speicher brannte eine Brandbombe. Man ist so abgestumpft, daß man gar nicht mehr erschüttert ist. Wir starren dem Nichts ins Angesicht. Jeden Augenblick kann alles aus sein. Ausgelöscht ist jeder Gedanke, selbst das Gebet der Frauen hat aufgehört. Und an anderer Stelle: Hier und da hörte man Stimmen: 'Diese verdammten Amerikaner.' Untereinander sagten die Leute: 'Diese verdammten Nazis!'*⁹

Amerikaner in Mainz

Als die Amerikaner am 22. März 1945 in Mainz einzogen, fanden sie keine Stadtverwaltung mehr vor, weil diese, angeführt von Oberbürgermeister Heinrich Ritter¹⁰, der seit 1942 amtierte, bereits die Flucht nach Rüsselsheim angetreten hatte. Ritter selbst war am 20. März noch einmal zu einer Dienstleiterbesprechung erschienen und hatte dabei Durchhalteparolen ausgegeben, worüber er mit dem anwesenden Regierungsrat Dr. Rudolph Walther in eine Auseinandersetzung geraten war und diesem vorgehalten hatte, daß er wohl am Endsieg zweifle. Bei der nächsten Besprechung am 24. März nahm bereits ein Vertreter der Amerikaner, der Offizier Oppenheim, teil. Der Weinändler Hans Georg Kuhn teilte der erstaunten Versammlung mit, er sei vor zwei Tagen von einem US-Oberst zum Oberbürgermeister ernannt worden, wolle jedoch nicht amtieren, worauf Oppenheim ihn anwies, dies doch zu tun. Gerade hatte Kuhn die ersten Verfügungen, z. B. wegen der Bergung von Leichen und der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, erlassen, da tauchte am Kästrich ein Anschlag der Militärregierung auf, der von einem Bürgermeister Heinrich Schunk unterzeichnet war. Dieser wohnte in der Drususstraße 16, und dieses Haus war von den Amerikanern zum Sitz der Militärregierung erklärt worden. Schunk muß auf den dort residierenden Leutnant Seaford einen vertrauenserverweckenden Eindruck gemacht haben und wurde von diesem schnurstracks zum Bürgermeister gemacht.¹¹ Um dieses Mißgeschick mit mehreren Oberhäuptern der Stadt zu beheben, verständigten sich die Dienststellenleiter nunmehr darauf, den Regierungsrat der Stadtverwaltung, Dr. Rudolph Walter, zum OB vorzuschlagen, der dann in der Tat am Abend des 25. März von den Amerikanern offiziell ernannt wurde. Es war fast ein Glücksgriff, denn Walther, der ein ausgezeichneter Verwaltungsfachmann war, gelang es, bis Anfang Mai die Stadtverwaltung im Rahmen der Umstände wieder voll funktionsfähig zu machen. Dazu gehörten als seine Helfer der Polizeipräsident Jakob Steffan, später Regierungspräsident von Rheinhessen und Innenminister von Rheinland-Pfalz, sowie der bisherige Chef des Tiefbauamtes Dr. Carl Dassen, der nunmehr die Leitung der Bauverwaltung übernahm.

9 Ebd., S. 166.

10 Geb. am 18. Februar 1891 in Gau-Odernheim, gest. am 15. März 1966 in Rüsselsheim.

11 Dazu siehe den im Nachlaß Oppenheim, Kasten 8, befindlichen Bericht von H(ans) G(UNDRUM): Vier Bürgermeister in sechs Tagen. Meine Erlebnisse in der Stadtverwaltung Mainz vom 18. bis 26. März 1945. Vgl. Anhang.

Walther erließ am 28. März eine Bekanntmachung von zehn Punkten, die zunächst alle Bauhandwerksmeister aufforderte, sich zum sofortigen Einsatz bei der Bürgermeisterei zu melden – also am Pulverturm, wo sie seit Ende 1944 untergebracht war. Erfasst wurden auch alle vereidigten Volkssturmpflichtigen, Parteigenossen sowie Angehörige der SA und SS, und bei der Polizei durften sich „unbescholtene“ Personen bewerben. Jedermann hatte jedoch sämtliche Waffen, Hakenkreuzfahnen und militärisches Gerät abzugeben, und um die Transportmittel zu erfassen, verfügte der OB, daß Fahrräder wie Autos nur mit einer Sondergenehmigung der Stadtverwaltung benutzt werden durften.

Es waren enorme städtebauliche und künstlerische Werte, die Mainz am Ende des Zweiten Weltkrieges verloren hatte, obgleich die Stadt ähnlich wie Darmstadt oder Frankfurt relativ lange von Zerstörungen großen Ausmaßes verschont geblieben war und die ersten Kriegsjahre kaum bemerkenswerte Bombenschäden gebracht hatten. Erst ab August 1942 hatte der Luftkrieg die ersten breiteren Schneisen in die Innenstadt geschlagen. Die Explosionsgewalten aus den Flammen des 27. Februar 1945 hatten das historische Gefüge dann derart zerrissen, daß die Frage gestellt wurde, ob überhaupt noch einmal von einem goldenen Mainz die Rede sein könne oder ob dieser Begriff nicht unter den Schutt- und Trümmern für immer begraben sei. In der Tat: Ein nur flüchtiger Rundgang durch die Stadt der Ruinen schien zunächst dem Pessimismus Recht zu geben. Alle traditionellen Brennpunkte urbanen Lebens schienen erloschen oder für Jahrzehnte brachgelegt. Die Wohnviertel in der Neustadt seit der Kreyßig'schen Erweiterung waren ebenso zerstört wie ein Großteil der historischen Altstadt und City. Die letzten großen Geschäftshäuser, die meisten öffentlichen Gebäude, wie Rathaus und Theater, waren verschwunden oder ausgebrannt. Nur im Süden und am Fuß des Stephansberges waren einige Teile der Stadt verschont geblieben, in denen sich in den Jahren nach 1945 ein bestimmender Teil des Geschäftslebens abspielen sollte.

Bilanz der Zerstörung

Eine ungefähre Bilanz der Schäden ergab, daß außer dem Dom nur eine einzige der alten Großkirchen verschont geblieben war: die barocke Augustinerkirche. Alle anderen Gotteshäuser waren schwer getroffen: St. Christoph und St. Stephan so weitgehend, daß ihre Wiederherstellung damals mehr als fraglich erschien. Bei der Peterskirche, die erst in den letzten Jahren im neugemachten Glanz erscheint, gingen, abgesehen von dem eleganten Rokoko-Turmpaar, die intensiv-bezaubernden malerischen Dekengewölbe und plastischen Ausstattung verloren.¹² An derartigen herrlichen Stukaturen war Mainz besonders reich – erinnert sei nur an das Deutschhaus.¹³ Unmittel-

12 August SCHUCHERT: Fliegergeschädigte Kirchen, Pfarrhäuser und Klöster im Bistum Mainz 1939-1945. Ein Dokumentarbericht, in: Jahrbuch für das Bistum Mainz 6 (1951-54), S. 15-54.

13 Vgl.: Die erste Adresse des Landes Rheinland-Pfalz. Geschichte des Deutschhauses in Mainz, Mainz 1990.

bar nach dem Zweiten Weltkrieg vermittelten nur noch Augustinerkirche und teilweise St. Ignaz eine gewisse Vorstellung von diesen verlorenen Schätzen. Im Kurfürstlichen Schloß, im Osteiner Hof oder Gouvernement sowie in anderen ehemaligen Adelspalästen und Bürgerhäusern, die das Gesicht der Stadt seit der Barockzeit prägten, waren alle Spitzenleistungen des damaligen Kunsthandwerks zerstört. Das Altertumsmuseum und das Weltmuseum der Druckkunst waren obdachlos geworden. Viele der malerischsten Winkel waren ruiniert – etwa das Mauritzen-Plätzchen, die Löhrasse am Eisenturm, überhaupt das pittoreske Gewirr der alten Gäßchen und ehemaligen Adels- und Patrizierhöfe zwischen Brand, Markt und St. Quintin, wo fast an jeder Ecke und an jedem Haus eine gotische oder barocke Heiligenfigur angebracht gewesen war und ein Stückchen Mittelalter symbolisiert hatte. Und an der Rheinfront hatte das Stadtbild mit der Stadthalle sowie den drei Rheinbrücken wesentliche Akzente verloren. Der Kunsthistoriker Heinz Leitermann meinte dennoch im Neuen Mainzer Anzeiger Nr. 15 vom 26. Februar 1946: *Der Optimist wird bei dem Rundgang durch das derzeitige Mainz nicht immer vor dem Pessimisten das Feld räumen müssen.* Bei genauerem Hinsehen sei doch noch so manches im Bereich der Altstadt – *und wenn auch nur als Fassade* – erhalten geblieben, das man im Lauf der Zeit wieder zum stilistischen Ausgangspunkt der Umgebung machen könne. Um die Neustadt und das Gartenfeld brauche man sich dagegen weniger Gedanken zu machen, weil die dort projektierte Aufbauarbeit sie wahrscheinlich schöner und einheitlicher als zuvor wiedererstehen lassen würde.

Es war ein herrlicher Vorfrühlingstag. Wie ein Alpdruck fiel es von vielen Menschen. Trotz der fremden Besetzung fühlten sie sich seit langen Jahren zum ersten Male wieder frei. (...) Man war dem Leben wieder zurückgegeben. So schilderte der Neue Mainzer Anzeiger am 22. März 1946 den ersten Jahrestag der Einnahme von Mainz durch die amerikanischen Truppen der 90. Division. Diese waren auf ihrem Vormarsch über Hechtsheim davor gewarnt worden, daß die gegnerischen Nazis in der Stadt am Mittelrhein Haus um Haus und Block um Block verteidigen würden; aber sie fanden keinen nennenswerten Widerstand, auch nicht, als sie ihre Vorbereitungen zur Überquerung des Rheins trafen. Diese Überquerung sollte sich entgegen nationalsozialistischen Verlautbarungen und propagandistischer Großsprechereien nicht als großes Hindernis erweisen. In den Morgenstunden des 28. März wurden nach kleineren Gefechten Amöneburg und Kastel durch Sturmboote eingenommen und jene Pontonbrücke errichtet, die die linksrheinischen Stadtteile wieder mit ihren rechtsrheinischen verbinden sollte. Mit der Einweihung von zwei weiteren Behelfsbrücken über den Strom durch General Patton Anfang April konnte ein Großteil des US-Nachschubs in das rechtsrheinische Kampfgebiet geführt werden. Und am Jahresende 1945/46 erhielt die Stadt eine in den Berichten der Zeitzeugen erklärte Straßenbrücke im Anschluß an die Kaiserstraße sowie eine zweite Eisenbahnbrücke mit einem Gleis, die sogenannte Marshall-Bridge.

Es war klar, daß sich die Militärregierung zur Durchsetzung ihrer Befehle und Anordnungen wie zur Sicherung des Überlebens der relativ kleinen Bevölkerung in der zerstörten Stadt der Reste deutscher Stellen bedienen mußte, die freilich in ihrem Personal als antifaschistisch ausgewiesen sein sollten. Es passierte freilich das schon ge-

schilderte Kuriosum, daß Mainz innerhalb von vier Tagen nicht weniger als drei Oberbürgermeister erhielt, weil die US-Stäbe organisatorisch nicht einheitlich handelten.

OB Rudolph Walther

Die kurze Ansprache, die Rudolph Walther am 27. März an die Leiter der städtischen Dienststellen richtete, beleuchtet die außerordentlich schwierige Situation: Wenn er sich dazu entschlossen habe, hier (d. h. in der Stadtverwaltung) einzudringen, so aus dem Grund, weil er als alter Mainzer habe einsehen müssen, daß, wenn nicht bald eine Führung auftrete, Zustände eintreten könnten, *die auf die Dauer untragbar (seien) und die die Bevölkerung und uns alle in Mainz ins größte Elend (stürzten)*. Er könne nur amtieren, wenn alle Beamten, Angestellten und Arbeiter sich wieder voll in der Verwaltung einsetzten. Die erste Aufgabe bestehe darin, *das Ernährungswesen wieder auf die Beine zu stellen*.¹⁴



Dr. Rudolph Walther, Mainzer Oberbürgermeister vom 25.3.-18.8.1945 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Die Reglementierungen der Besatzung aus einem Haus am Fischtor-Ecke Uferstraße begannen, wie in anderen Städten und Landregionen auch, den Alltag der Mainzer zu prägen, die trotz der katastrophalen Entwicklung der letzten Wochen und Monate aus dem verbliebenen Chaos heraus ganz allmählich Lebenswillen zeigten und unter dem neuen Schirm einer lange verlorenen Freiheit wieder Zukunftsperspektiven entwickelten, wenn auch vorerst nur für den nächsten Tag und den nächsten Sack Kartoffeln. Der Aufbau und die Reorganisation der Polizei gingen nur stockend voran, weil viele ehemalige Parteimitglieder ausschieden und viele Nichtnazis sich noch in Gefangenschaft befanden. So griff Jakob

14 Hubertus SEIBERT: Die politische Entwicklung in Mainz 1945 bis 1948, in: KEIM/LINK, (wie Anm. 1), S. 33-56; hier S. 35.

Steffan, der ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD, auf solche Beamte zurück, die im Dritten Reich wegen ihrer religiösen oder politischen Einstellung entlassen worden waren. Die ersten Monate, ja bis Ende 1945 gab es Sperrstunden und Ausgehverbote für die Bevölkerung; z. B. setzte der amerikanische Stadtkommandant Major Cl. Martens am 9. Juni die Sperrzeit für deutsche Zivilpersonen von 21.30 bis 5 Uhr in der Frühe fest. In den seit dem 27. April erscheinenden Mainzer Nachrichten, die bis zur ersten Ausgabe des Neuen Mainzer Anzeigers am 26. Oktober das einzige Informationsorgan für die Bevölkerung darstellten, gab es immer wieder Warnungen von amerikanischen und deutschen Stellen vor Übertretung der Sperrzeiten im Raum von Groß-Mainz und des Landkreises. Im Falle der „Zuwiderhandlung“ werde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Polizeipräsident Steffan am 2. Mai 1945: *Zugleich warne ich die Bevölkerung, von dem Unfug abzulassen, sich an den von der Besatzungsarmee bewohnten Gebäulichkeiten und Plätzen anzusammeln. Auch in diesem Falle werden gegen Zuwiderhandelnde schärfste Maßnahmen ergriffen.*

Ganz allmählich erhielt die Stadtverwaltung mit sechs Dezernaten unter Dr. Walther im Mai und Juni eine konzisere Struktur. Walther selbst führte das Verwaltungs- und Finanzdezernat; Baudezernent war Dr. Carl Dassen, zuständig für Hochbau und Tiefbau, für das Garten- und Friedhofsamt, die Stadtwerke sowie die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden und das Hafenamt. Kulturdezernent wurde Regierungsrat Michel Oppenheim, der den Untergang seiner Mainzer jüdischen Gemeinde im Holocaust erleben mußte, ja, von der Gestapo gezwungen worden war, die Deportationen durch Vorlage von Listen der jüdischen Bürger einzuleiten, und der dennoch unmittelbar nach der Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus an eine neue Ära der Versöhnung und Toleranz glaubte.¹⁵ Er hatte vor allem die renommierten Museen in Mainz zu betreuen, ihren Wiederaufbau einzuleiten und war zuständig für Schulamt, Theater und Orchester, Peter-Cornelius-Konservatorium sowie die Denkmalpflege.

Als Fürsorgedezernent fungierte der Oberrechtsrat Dr. Quinibert Schwahn, das juristische Dezernat betreute der spätere rheinland-pfälzische Justizminister Rechtsanwalt Wilhelm Westenberger und das Polizeidezernat der ehemalige Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel, der den nunmehrigen Regierungspräsidenten von Rheinhessen, Jakob Steffan, ablöste.

Auf Wunsch von Dr. Walther wurde seitens der Militärregierung ein Stadtausschuß erlaubt, der dem OB beratend zur Seite stehen sollte, zumal von neuen Parteien noch nicht die Rede sein konnte. Diesem am 24. Juni 1945 genehmigten Gremium gehörten zehn Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen, der Kirchen, der Ar-

¹⁵ Michel Oppenheim wurde am 19. Mai 1885 in Mainz geboren und verstarb am 31. Mai 1963 in Garmisch-Partenkirchen. Er war ein Vertreter jenes jüdischen Großbürgertums, das bis zur Ausrottung durch den Nationalsozialismus das reichhaltige Kulturleben der Stadt maßgeblich bestimmt hat. Als Kulturdezernent der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg hat er sich besonders darum verdient gemacht, die Bürgerschaft in schwerer Zeit für den Gedanken der Wiederbegründung der Universität zu motivieren. Seine kulturelle Aufbauarbeit erheischt eine zusammenfassende moderne Behandlung, die ich wiederholt angeregt habe.

beiterschaft, der Unternehmer, der Landwirtschaft und der Freien Berufe an – und zwar:

Kaufmann Lorenz Diehl, das frühere Stadtratsmitglied des Zentrums und der spätere Begründer einer Christlich-Demokratischen Partei im Herbst 1945;
 Alfred Freitag, Lagerarbeiter und früheres sozialdemokratisches Stadtratsmitglied;
 das frühere demokratische Stadtratsmitglied Albert Himmler, Beruf: Reisender;
 das frühere Stadtratsmitglied Fritz Ohlhof (nunmehr KPD);
 Pfarrer Wilhelm Diebener für die evangelische Kirche;
 Domkapitular Johannes Schwalbach für die katholische Kirche;
 Paul Herrmann als Vertreter der Arbeiterschaft;
 Philipp L. Schmitt als Vertreter der Industrie- und Handelskammer;
 Landwirt Josef Ludwig für die Landwirtschaft und
 Apotheker Dr. Spieß für die Freien Berufe.

Nachdem auch ähnliche Gremien in den Stadtteilen Kastel und Kostheim gebildet waren, die hier den Namen Volksausschuß und Bürgerrat trugen, kam in der Amtsperiode von Dr. Walther der linksrheinische Stadtausschuß am 27. Juni und 27. Juli zusammen, um sich über Probleme der Ernährung und die Wohnungslage, aber auch über Fragen der Enttrümmerung informieren zu lassen.¹⁶

Politische Säuberung unter OB Kraus

In Mainz griff die Stadtverwaltung – wie anderswo auch – bei der Neubesetzung freier Stellen bewußt auf politisch unbelastete Personen zurück, d. h. vor allem auf dezidierte Antifaschisten, die wegen ihrer politischen Haltung und Überzeugung im Dritten Reich verfolgt worden waren, wie im Fall von Karl Petzel, einem unter den Nazis eingekerkerten Sozialdemokraten, der im Januar 1946 zum Leiter des Wirtschaftsamtes ernannt wurde. Doch kam es auch zu Fehlurteilen, wenn Erkenntnisse der örtlichen Ausschüsse höheren Orts in Neustadt abgeändert und durch gegenteilige Entscheidungen ersetzt wurden, wogegen sich Oberbürgermeister Emil Kraus im Herbst 1946 publizistisch wehrte. Nachdem aufgrund von Reformdebatten in der Beratenden Landesversammlung am 21. April 1947 eine Landesverordnung zur politischen Säuberung in Rheinland-Pfalz ergangen war, konnten trotz wiederholter kleiner Änderungen diese Verfahren erst zu Beginn der fünfziger Jahre ihren Abschluß finden.¹⁷ Die meisten Aktivisten und Funktionäre des Nazismus hatten sich bei Kriegsende freilich in die Gebiete rechts des Rheins und nach Süddeutschland zurückgezogen. Fritz Fuchs, von 1937 bis 1945 Kreisleiter von Mainz, wurde von der Spruchkammer im Darmstädter Internierungslager in die Gruppe der Hauptschuldigen eingestuft und erhielt zehn Jahre Arbeitslager, nachdem in der Verhandlung am 6. November 1947 neben zahlreichen anderen Mainzer Bürgern auch Oberbürgermeister Kraus gegen einen der übelsten Nazis ausgesagt

¹⁶ Seibert, Politische Entwicklung (wie Anm. 14), S. 35ff.

¹⁷ Dazu Volker RÖDEL: Die Entnazifizierung im Nordteil der französischen Zone, in: Franz Josef HEYEN (Hg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951, Boppard 1984, S. 261-282.

hatte. Das Verfahren gegen den Ortsgruppenleiter von Weisenau, Ludwig Keller, der zugleich das Wirtschaftsamt in Mainz verwaltet hatte, ging in Wertheim am Main mit der Eingruppierung als Belasteter aus, und Keller wurde mit 120 Tagen Sonderarbeiten für die Allgemeinheit innerhalb von zwei Jahren sowie der Einziehung von einem Drittel seines Vermögens bestraft.

Die Städtische Betreuungsstelle für die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt Mainz, die unter der Leitung des kommunistischen Redakteurs Fritz Ohlhof in der Weißlilien-gasse 2 eingerichtet worden war, gewährte den politisch und rassisch Verfolgten des NS-Regimes erste materielle Hilfen und bevorzugte sie bei der Zuteilung von Wohnungen und Arbeitsplätzen. Auch für die noch nicht zurückgekehrten KZ-Häftlinge setzte sie sich nach intensiven Nachforschungen über deren Schicksal ein. Am 8. August 1945 kümmerte sich die Betreuungsstelle um 601 Fälle, darunter 220 politisch, 117 rassisch und neun religiös Verfolgte. Am 3. September 1946 waren noch 206 Opfer des Faschismus im Raum von Groß-Mainz zu betreuen.¹⁸



Dr. Emil Kraus, Oberbürgermeister von Mainz 1945-1949
(Foto: Stadtarchiv Mainz)

Als nach einer Vereinbarung vom 2. Mai die Amerikaner am 9. Juli 1945 Mainz und Rheinhessen für die Franzosen räumten, wurde von diesen – gemäß dem System der Militärregierung nach dem Ersten Weltkrieg – eine hierarchisch gestufte Verwaltung der Besatzung aufgezogen, mit Generalverwalter Laffon an der Spitze, der seinerseits dem Oberkommandierenden der französischen Truppen in Deutschland, General Pierre Koenig, unterstellt war. Wichtig noch für Mainz war die Person des Stadtkommandanten und Kreisdelegierten Louis-Theodore Kleinmann bis Ende 1946, der sich besonders durch sein Engagement bei der Herrichtung der Flak-Kaserne an der Saar-

18 SEIBERT, Politische Entwicklung (wie Anm. 14), S. 52ff.

straße zugunsten der Johannes Gutenberg-Universität auszeichnete – ein Thema, das aus Raumgründen und weil ich es zur Zeit anderwärts bearbeite, hier ausgeblendet sei.¹⁹

Enttrümmerung und freiwilliger Bevölkerungseinsatz

Die Probleme bei der Trümmerbeseitigung, die zunächst nur schleppend anlief, waren möglicherweise der Grund für die Entlassung von Oberbürgermeister Walther, die am 16. August 1945 von französischer Seite ausgesprochen wurde. Die Militärverwaltung setzte bereits am folgenden Tag den aus Baden stammenden Dr. Emil Kraus ein, der bereits von 1929 bis 1933, als die Nazis den unliebsamen ehemaligen Sozialdemokraten ohne Pensionsansprüche fristlos entließen, in Mainz als Beigeordneter tätig gewesen und bei der OB-Wahl 1932 gegen Dr. Ehrhard ganz knapp unterlegen war.²⁰ Die Trümmerbeseitigung, d. h. zunächst die Räumung der Straßen und Bergung der Toten, war eine Angelegenheit, bei der die Mitwirkung aller Bevölkerungsgruppen gefordert war. Polizeipräsident Steffan meinte in einem Aufruf vom 8. Juni 1945, wer jetzt noch nicht begreife, daß nur die Mitarbeit von allen die Notlage beseitigen könne, *in der Hunderttausende unserer Mitmenschen noch immer leben (müßten)*, der versündige sich am Gemeinwohl. Zur Meldung beim Arbeitsamt wurden Arbeitgeber verpflichtet, die entsprechend helfen konnten, sowie alle männlichen Arbeitnehmer vom 15. bis 65. und weibliche Kräfte vom 18. bis 50. Lebensjahr, soweit ihnen nicht die Sorge des Haushalts und die Beaufsichtigung von Kindern oblag. Doch die Aufrufe fanden nicht den nötigen Widerhall, so daß zunächst lediglich die dienstverpflichteten ehemaligen Parteigenossen und die Arbeiter des Tiefbauamtes für die Enttrümmerung zur Verfügung standen.

Die Schuttbeseitigung war nun in der Tat in Mainz wie in anderen vergleichbaren Städten nach der Katastrophe des Bombenkrieges eines der drängendsten Probleme. Dazu reichten die städtischen Kräfte und Ämter also keineswegs aus; so kam es zu jenem freiwilligen Bevölkerungseinsatz, über dessen Ergebnisse vom 8. Oktober 1945 bis 31. März 1946 ein gedruckter Bericht vorliegt.²¹ Die Größe der Trümmermasse belief sich nach ersten genaueren Schätzungen durch Architekten und Ingenieure auf etwa 1,5 Millionen Kubikmeter, zu der für die links- und rechtsrheinischen Vororte

19 Vgl. Helmut MATHY: Die Wirklichkeit übertrifft die Vision. Gespräch mit Karl Holzamer über die Frühzeit der Johannes Gutenberg-Universität (Schriften der Johannes Gutenberg-Universität, Heft 3), Mainz 1996.

20 Noch fehlt – trotz einiger Untersuchungen und Vorträge von Friedrich Schütz – eine Biographie von Emil Kraus. Selber hat er etliche Materialien in dem Erinnerungswerk „Wie es war“ (vgl. Anm. 1) beige-steuert. Außerdem werden seine Verdienste bei der Wiederbegründung der Universität in einem Kapitel meines im Druck befindlichen Buches: Die erste Landesuniversität von Rheinland-Pfalz, Studien zur Entstehungsgeschichte der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (erscheint 1997) gewürdigt.

21 Schutt und Schuttbeseitigung in Mainz. Bericht über den freiwilligen Bevölkerungseinsatz für die Zeit vom 8. Oktober 1945 bis 31. März 1946. Hg. vom Arbeitsausschuß für den Freiwilligen Bevölkerungseinsatz.

noch etwa 500.000 Kubikmeter hinzukamen. Dies bedeutete, daß über dem gesamten Grundriß der engeren Altstadt im Geviert von Großer Bleiche, Schillerstraße, Ludwigstraße und Rheinstraße eine Schuttmasse mit einer durchschnittlichen Höhe von einem Meter lag, während sich die Vergleichszahl in der restlichen Altstadt auf 0,5 und in der Neustadt auf 0,65 Meter belief.

Immerhin wurden bereits im Frühsommer 1945 1100 Kubikmeter Schutt abgefahren und weitere 15.000 Kubikmeter in Grundstücken und auf Bürgersteigen eingebaut, allerdings ohne eine organisatorische Systematik. Danach wurden von einem eigenen Arbeitsausschuß für den freiwilligen Bevölkerungseinsatz, dessen Sprecher Dipl.-Ing. Fritzen vom Tiefbauamt der Stadt war, eine Fragebogenaktion bei den Grundstückseigentümern gestartet, deren Anwesen zerstört worden waren. Sie hatte jedoch das Ergebnis, daß in allen Stadtgebieten die Aufbauwünsche gleich dringend waren. Doch der Transport, der Mangel an technischen Hilfsmitteln, die notwendigen Gleisanlagen und die Errichtung der Kippstellen steckten voller Probleme, die nur allmählich gelöst werden konnten. Ein Aufruf des Regierungspräsidenten vom 24. September 1945 für den freiwilligen Bevölkerungseinsatz hatte folgenden Wortlaut: *Einwohner von Mainz! Der Wiederaufbau der Stadt Mainz beginnt. Die organisatorischen Vorbereitungen zu dieser großen Gemeinschaftsarbeit sind abgeschlossen. Der Herr Oberbürgermeister von Mainz wird Euch schon in den nächsten Tagen zur gemeinsamen freiwilligen Aufbauarbeit aufrufen. Alle männlichen Personen vom 14. bis 60. Lebensjahr werden sich hieran beteiligen. Jetzt habt Ihr alle die Möglichkeit zu helfen. Jetzt könnt Ihr unter Beweis stellen, daß Ihr die Not der Zeit erkannt habt und entschlossen seid, ihr zu begegnen. Mit mutlosem Abwarten räumt man keine Straßen, baut man keine Häuser. Andere Städte in Deutschland haben mit bestem Erfolg die Arbeit bereits aufgenommen. Neue Städte sind im Entstehen, und was dort erreicht wurde, muß auch hier mit bestem Erfolg möglich sein. Ich vertraue auf die Heimatliebe und den oft bewährten Opfersinn der Mainzer Bevölkerung. Achtet auf die Bekanntmachung des Herrn Oberbürgermeisters. Stellt Euch zur Verfügung und baut unser Mainz wieder schön auf, auf daß es wieder mit Recht heißen kann: 'UNSER GOLDENES MAINZ.'*

In seinem hier angekündigten Aufruf vom 28. September präzisierte der Oberbürgermeister, daß der Einsatz am 8. Oktober beginnen werde. *Eingesetzt wird jeder einmal im Monat, und zwar an einem Wochentag. Von den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und deren Gliederungen erwarte ich besondere Einsatzfreudigkeit.* Nach der Regulierung der Meldeformalitäten spricht Dr. Kraus die Erwartung aus, *daß alle in Erkenntnis der schweren Notlage unserer zerstörten Stadt Mainz diesem Aufruf Folge leisten, und daß die Meldungen zum Arbeitseinsatz so zahlreich sein mögen, daß irgendwelche Zwangsmaßnahmen nicht mehr notwendig werden* (S. 12). Ende Oktober lagen die Meldungen in der Tat bereits bei 9000, und zwischen Januar und März 1946 steigerte sich ihre Zahl von etwa 10.000 auf 12.000; allerdings trat ungefähr ein Drittel davon letztendlich doch nicht an. Bei der Aufschlüsselung der Berufe ergab sich ein Prozentsatz von 57 für Handwerker, die Angestellten waren mit 20, die Beamten mit 10, die Schüler mit 7, Freie Berufe und Landwirtschaft mit je 3 Prozent bei den Meldungen vertreten. Der Altersaufbau spiegelte den durch den Krieg bedingten Ausfall derjenigen Jahrgänge wider, die eigentlich die Träger der Arbeiten hätten sein sollen.



Trümmerbahn auf dem Goetheplatz in Mainz 1945 (Foto: Stadtarchiv Mainz)



Aufräumarbeiten am „Brand“ in Mainz 1945 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Was den Tagesablauf betrifft, so wurde für jeden Monat ein „Fahrplan“ aufgestellt, der nach Möglichkeit die Wünsche der Teilnehmer am freiwilligen Arbeitseinsatz berücksichtigte. In Mainz-Stadt kamen die Einsatzstellen Brand und Goetheplatz in Frage, um die Freiwilligen-Arbeit möglichst in Wohnnähe ausführen zu können. In der Regel gab es zur Mittagspause, die anderthalb Stunden dauerte, eine warme Suppe, bei deren Verteilung vor allem die Auswärtigen berücksichtigt werden sollten und von der etwa 60 Prozent der Angetretenen Gebrauch machten.

Bei der Bewertung wird vermerkt, daß die zugewiesenen Arbeiten durchweg *mit Verständnis und gutem Willen* ausgeführt worden seien, wenn es auch, wie auf jeder Baustelle, hie und da *einmal zu lauter gesprochenen Worten* gekommen sei. *Das ist ebenso verständlich wie es natürlich ist, daß nicht immer Schippen und Loren in Bewegung sein können. Nur der, der selbst Hand anlegte, kann die Arbeit einschätzen und wird es den Helfern aller Berufe nicht gleich nachtragen, wenn sie zwischendurch eine kleine Pause einlegen, um einen Überblick über ihre bisherige Leistung zu bekommen.* Die versicherungsmäßige Regelung von Unfällen mit umfassender Krankenbehandlung ohne jede Einschränkung und der Gewährung von Renten nach dem Grad der Erwerbschädigung wurde zugesagt. Nach einem besonderen Lob für die Fahrzeugbesitzer wird auf die Schonung von Kunstdenkmälern verwiesen, die im historischen Mainz eine selbstverständliche Pflicht sei, wobei nicht selten die Räumungsarbeiten überhaupt erst die Voraussetzung für die Erhaltung einiger Bauwerke geschaffen hätten.

Ohne, wie es heißt, *ihnen Lorbeerkränze zu winden*, wurden die ehemalige Parteigenossen dort herangeholt, wo es galt, die Schäden aus ihrer Zeit zu beheben. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch wurden die PGs und die Angehörigen der Gliederungen der NS-Organisationen zu mehr oder minder regelmäßigen Sondereinsätzen bei der Entrümmerung herangezogen. Neben einem sechswöchigen Pflichteinsatz – außerhalb dieses Berichtsrahmens – wurden mit ihnen an Samstagnachmittagen und Sonntagvormittagen von der Polizei und den Ortsverwaltungen gesteuerte Sondereinsätze durchgeführt, bei denen neben Straßenräumungen insbesondere Feldbereinigungen, wie das Verfüllen von Bombentrichtern oder das Entfernen von Panzersperren und Flakstellungen, die wichtigsten Aufgaben darstellten. So wurden seit April in Bretzenheim 1200 Tagewerke, in Gonsenheim 1400, in Mombach 2300 und in Weisenau 1200 abgeleistet, während es in Mainz-Stadt erst ab September zu geschlossenen Einsätzen mit 1300 Tagewerken gekommen sei, denen man noch etwa 600 bei Räumungsarbeiten zwischen April und September zurechnen muß.

Der Beginn des freiwilligen Bevölkerungseinsatzes habe den Parteigenossen nochmals eine Chance gegeben. *Der Hinweis im Aufruf des Oberbürgermeisters, daß seitens der Parteigenossen besondere Einsatzbereitschaft erwartet würde, ist zu einem guten Teil verstanden worden. Denen aber, die nicht guten Willens, ist seit Anfang März 1946 Gelegenheit gegeben worden, jeden Samstag zu einem besonderen Pg-Pflichteinsatz anzutreten* – auf Grundlage einer Anordnung des Regierungspräsidenten vom 17. Oktober 1945, wo allerdings die Altersgrenze für Pg-Meldungen auf 65 Jahre heraufgesetzt war. Der Arbeitsausschuß seinerseits betont in seinem Bericht, daß er gerade in diesem Punkt auf strenge Durchführung des Pflichteinsatzes drängen werde.

Wenn man nach den Ergebnissen und Leistungen des freiwilligen Bevölkerungseinsatzes fragt, so hat er trotz verschiedener Probleme, eine solche Mannschaft zusammenzuhalten, seine Zwecke durchaus erfüllt. Pro Tag wurden nicht weniger als 190 Kubikmeter mit Loren oder Fahrzeugen abgefahren, und die Erdarbeiten mit der Schaufel bis einschließlich März 1946, d. h. Planieren, Einebnen von Splittergräben, Beifuhr von Schuttmassen, beliefen sich zusätzlich auf 10.000 Kubikmeter in der genannten Zeit, so daß die gesamten Erdbewegungen auf 36.000 Kubikmeter stiegen, wobei die Heranschaffung und Verlegung der Gleise, die Bedienung der Kippen und die Heranschaffung der Steine für die Putzmaschine noch nicht einmal in Anschlag gebracht waren. Pro Kopf und Tag ergab sich also eine Leistung von 1,0 Kubikmeter nur für die Abfuhr und 1,4 Kubikmeter für die Erdbewegung. Somit hatte der freiwillige Bevölkerungseinsatz im ersten halben Jahr immerhin etwa ein Zehntel der geschätzten Gesamtschuttmenge, die bei den Fliegerangriffen vom August 1942 bis Anfang 1943 und von da bis zum verhängnisvollen 27. Februar 1945 entstanden war, beseitigt, wobei allerdings der Drang und Zwang der ersten Räumungsarbeiten eine geordnete Gewinnung der wieder verwertbaren Materialien in den Hintergrund treten ließ. Den Anforderungen an Steinen, die im Frühjahr 1946 die stattliche Zahl von etwa 900.000 erreichte, konnte nur in Maßen entsprochen werden. Doch bestand für Mainz nicht der unbedingte Zwang, den Schutt gleichsam durch Gestaltwandel in der Stadt zu lassen, da Kippstellen in genügendem Umfang sehr günstig in der Nähe angesiedelt waren; und die Mainzer Ziegeleien konnten, wenn sie von Kohlenmangel verschont blieben, jährlich zwischen 18 und 24 Millionen Steine erzeugen. Auch war man bei der ersten Bilanz gewiß, daß eine leistungsfähige Zementfabrik die nötigen Bindemittel liefern und Sand und Kies in entsprechender Menge aus dem Rhein zu holen seien.

Doch volle Zufriedenheit stellte sich beim Arbeitsausschuß mit seinen Mitgliedern Fritzen vom Tiefbauamt, Odenthal vom Arbeitsamt und Steil von der Polizeidirektion gewiß nicht ein. Solange auch nur noch Reste von Schutt in Straßen und Grundstücken lagen, konnte es keine Ruhe geben, sondern nur die Aufforderung: *Wir wollen die staubigen Trümmermassen wegschaffen, damit wir wieder frei atmen können, damit aus unserer Kraft ein neues Mainz entstehe.*²²

Oppenheims Gedanken zum Wiederaufbau

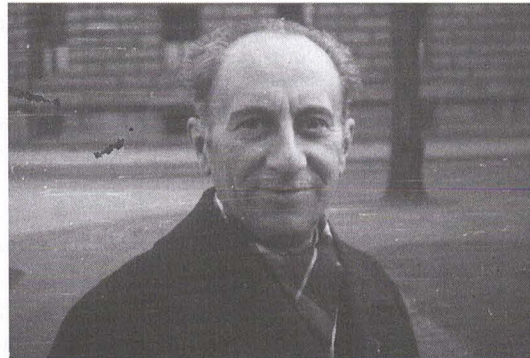
Schon kurz nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, jedenfalls noch im Mai 1945, machte sich der städtische Kulturdezernent Michel Oppenheim, wie aus seinem Nachlaß hervorgeht, „Gedanken zum neuen Aufbau der Stadt Mainz“.²³ Seine erste Sorge galt der Verhinderung jeder Geländespekulation beim Wiederaufbau. Er war je-

²² Ebd., S. 24.

²³ Die wichtigsten Dokumente zur Organisation des Wiederaufbaus in Mainz – neben der ersten Ideenskizze aus dem Nachlaß von Michel Oppenheim vor allem die zentralen Ausarbeitungen von Paul Schmitthenner als Gutachter der Stadt – sind abgedruckt in dem Standardwerk von Werner DURTH und Niels GUTSCHOW: *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940 bis 1950*, Braunschweig 1988, S. 867-942.

doch der Überzeugung, daß in vielen Stadtteilen eine Neuverteilung des Grundbesitzes stattfinden müsse. Oppenheim forderte zum dritten einen allgemeinen Bebauungsplan für die Stadt, ihre eingemeindeten Vororte sowie die benachbarten Gemeinden, zumal die beiden einzigen Waldstücke in der nächsten Umgebung, Lenneberg- und Ober-Olmer Wald, unbedingt in das Interessengebiet der Stadt ohne Rücksicht auf die augenblicklichen Eigentumsverhältnisse gehörten. Oppenheims Meinung nach sollte eine ins einzelne gehende Wiederherstellung resp. Kopie der Stadt, wie sie bis August 1942 bestanden hatte, nicht mehr versucht werden. Denn: *Es wäre geschmacklos, alle die engen Straßen mit den für die Straßenbreite zu hohen Häusern in alter Weise wieder aufbauen zu wollen; und es widerspräche unserem Gefühl für gesundes Wohnen, in allen Bezirken der Altstadt eine zu hohe Bevölkerungsdichte wieder zuzulassen.* Die in jeder Festungsstadt vorhandene, durch die Umwallung entstandene und bedingte Raumnot müsse der Vergangenheit angehören.

Notwendige Straßenverbreiterungen und Platzerweiterungen sowie etwa nötige Straßendurchbrüche seien jetzt durchzuführen, *auch wenn eines der wenigen noch stehenden Häuser einem solchen Eingriff zum Opfer fallen müßte.* Oppenheim empfiehlt ferner, beim Neuaufbau auf Durchblicke zu achten und demgemäß eventuelle Baubeschränkungen



Regierungsrat Michael Oppenheim 1936 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

aufzuerlegen. Blickpunkte sollten beachtet und neue geschaffen werden. Nicht jede Straße sei allerdings zu verbreitern, und nicht jeder Straßendurchbruch zu genehmigen. Die Forderung nach ortsüblichem Material beim Neuaufbau ist ein weiterer allgemeiner Punkt des Oppenheim-Papiers, z. B. in der Altstadt roter Sandstein mit hellem Flächenbelag, während die Verwendung von weißem Sandstein stets zu ortsfremden Bauten geführt habe, die sich in das Stadtbild nicht hätten einfügen können (etwa der Neubau von Scheuer & Plaut in der Schusterstraße). Allerdings sollten, wie Oppenheim in einem besonderen Teil vermerkt, gewisse Baukomplexe auch in der neuen Stadt ihren alten Charakter beibehalten: Dom, St. Stephan, Karmeliterkloster bis Krempelmarkt. Ebenso sollte die mächtige Wirkung von St. Quintin erhalten werden (*durch leichte nicht-lineargrade Ausrichtung der Straßen ist diese Kirche als point de vue hervorzuheben.*) Zwischen diesem Gebiet, dem Höfchen, Markt, Liebfrauenplatz, der Fischtorstraße und Rheinstraße sollte der Charakter der alten Stadt mit ihren winkeiligen, engen Gassen nach Möglichkeit erhalten bleiben – *unter Benutzung von Motiven der Mainzer Altstadt (z. B. Figurenschmuck an Straßenecken und Hauswänden, schiefgestellten Eckzufahrten, usw.) und Verwendung von an anderen Stellen geborgenen Gebäudeteilen.*

Besonders zu achten sei auf die Platzanlage Brand, den Eisernen Turm, auf Heilig Geist, den Römischen Kaiser mit dem König von England, sodann auf den Gutenbergplatz sowie auf das Höfchen, mit Einbau von Laubengängen in den beiden Eckhäusern an Schöffersstraße und Fuststraße, jedoch, mit Rücksicht auf den Dom, einer notwendigen Baubeschränkung in der Höhe. Die alten Adelspaläste und die alten Bürgerhäuser seien tunlichst zu konservieren oder unter Verwendung der ehemaligen Fassaden neu zu gestalten, wobei sie sich der Umgebung unterzuordnen hätten. Neben Eisenbahnbrücke und Hafenanlage beschäftigt Oppenheim die Verbindung zum Stadtpark, der an ungenügenden Zufahrtsstraßen zur Innenstadt kranke. Er stellt den Prüfantrag, *ob ein großer Durchbruch vom Schillerplatz vorbei an der Südseite des Gouvernements entlang der Nordseite des Willigisplatzes durch die Golden-Luft-Gasse quer über die Zitadelle mit Mündung nach der Eichelsteinstraße oder nach der Neumannstraße jetzt nicht leicht durchführbar wäre mit Rücksicht darauf, daß auf diesem Wege fast alles abgebrannt ist. (...) Statt der Überquerung der Zitadelle, die, wenn möglich, erhalten werden sollte, könnte der obere Teil der Windmühlenstraße benutzt werden.* Auch um die Hotelkapazitäten, die mit denen der Nachbarstädte in jeder Weise konkurrieren müßten, ist Oppenheim besorgt: Wie früher müsse es zumindest drei große und qualitativ hochstehende Hotels, wie Rheinischer Hof, Holländischer Hof und Karpfen, geben, zumal die meisten Reisenden eine Stadt nach ihren Speisehäusern und Übernachtungsmöglichkeiten beurteilten. Über die notwendigen Plätze für Markthalle und Schwimmbad kommt Oppenheim auf das Gartenfeld zu sprechen und dann auf Mainzkastel, wo er sich die Bahn von der Rheinfront hinter den Ortsteil verlegt wünscht. Als Hauptverkehrsstraße durch die Stadt in senkrechter Richtung zum Rhein sei die Große Bleiche vorzusehen.

Oppenheim betont, daß Mainz im Vergleich zu anderen Städten der näheren Umgebung nur wenige Spazierwege besitze. Er nennt die Promenade am Rheinufer, den Spazierweg „Owenherum“ vom Binger Schlag über Linsenberg, Römerwall, Fichttplatz, Drususwall, Rosengarten und Stadtpark, die Region zwischen Städtischem Friedhof und Krankenhaus, wo mehr Fernblicke zu schaffen seien; dann den Weg über die drei Brücken und schließlich Lenneberg- und Ober-Olmer Wald, wobei er so weit geht, die *Enteignung des Privatwaldes* in diesen Bereichen zu fordern. Auch mit Maßnahmen zum Hochwasserschutz, etwa Erhöhung der Petersaue und der Maaraue sowie Verbreiterung der Dämme, beschäftigen sich die Gedanken von Oppenheim sowie schließlich – ganz modern – mit der Funktion der Straßen. Hier heißt es: *Die Straße soll dem Verkehr dienen – aber nicht nur dem Autoverkehr. Auch der Fußgänger muß ein Recht haben, ohne Gefahr die Straßen, namentlich die Landstraßen, zu benutzen. Es sind daher die Landstraßen, jedenfalls in der Nähe der Stadt, außer mit Radfahrwegen auch mit Fußwegen zu versehen.*

In einer am 6. September 1945 datierten Vorlage zum Bau einer Hauptverkehrsstraße durch die Stadt Mainz in senkrechter Richtung zum Rhein wird unter drei Möglichkeiten – 1) Ludwigsstraße-Markt-Fischtorstraße; 2) Große Bleiche; 3) Kaiserstraße – die Variante Große Bleiche favorisiert. Die Begründung im einzelnen lautet: *Die Große Bleiche wurde erst im 18. Jahrhundert angelegt. Sie ist eine Straße ohne jeden Charakter. An beiden Enden ohne Blickpunkt, wirkt sie auf den Fremden nicht anders*

wie irgendeine Straße in irgendeinem Neustadtteil. Nach dem Rhein zu sieht man ins Leere und nach der anderen Richtung sieht man durch die Bilhildisstraße nach der unerfreulichen Wand mit dem Pissoir. Wird die Große Bleiche auf der Südseite in dem Ausmaß verbreitert, wie dies vorgesehen ist, so erhält man in der Richtung nach Osten als erfreulichen Blickpunkt die Peterskirche und in der Richtung nach Westen als Blickpunkt den auf der freien Seite der Bilhildisstraße zu errichtenden Neubau, für dessen entsprechende Ausgestaltung unbedingt Sorge getragen werden muß. Durch die Verbreiterung der Großen Bleiche wird also für die Stadt Mainz in städtebaulicher Beziehung ein starkes Plus entstehen.

Ich lasse das interessante Projekt Oppenheim für sich stehen und wende mich einem anderen Aspekt zu, der im Gefüge der Stadt, und zwar innerlich und nach außen, von zentraler Bedeutung war.

Religiöse Strukturen

Die Situation der religiösen Gemeinschaften am Ende des Krieges und beim Neuaufbau nach 1945 war selbstverständlich – bei dem allgemeinen Zerstörungsgrad – zunächst von großer Hoffnungslosigkeit gekennzeichnet.²⁴ Was die katholische Kirche betrifft, so konnte sie jedoch in dieser Existenzkrise letzten Endes wieder an ihre Strukturen und Aktivitäten von vor 1933 irgendwie anknüpfen, und man darf nicht vergessen, daß sie weithin – man denke etwa an die „Persilscheine“ bei der Entnazifizierung – von den Alliierten in gewisser Weise als eine moralische Instanz gesehen wurde, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus große Opfer gebracht hatte. Wenn bei der ersten amtlichen Zählung nach dem Krieg am 26. Januar 1946 im linksrheinischen Mainz noch 44 249 Einwohner = 74 Prozent der Gesamtbevölkerung sich zum katholischen Glauben bekannten, so zeigt dieses Datum indirekt auch den Grad der Zerstörung an, den der Katholizismus in Mainz zu verkraften hatte. Die meisten Pfarrkirchen der Innenstadt waren zerstört, nur der Dom hatte relativ geringe Schäden erlitten, so daß August Schuchert, der spätere Rektor des Campo Santo Teutonico in Rom, damals Herausgeber der Bistumszeitung „Glaube und Leben“, im Jahrbuch für das Bistum Mainz 1946 konstatieren konnte: *Des Domes steinerner Leib war stärker wie die Gewalt der Elemente, des Feuers, der Erschütterungen und des in seine Bausubstanz und Gewölbe eindringenden Regenwassers.*

Beim Wiederaufbau der Kirchen und der vorherigen Beseitigung der Trümmer haben die Pfarrgemeinden selber weitgehend Hand anlegen müssen, unterstützt von Dr. Ernst Strasser, dem ersten Studentenseelsorger der Universität, sowie von Dr. Fritz Arens, dem Denkmalpfleger. Bischof Albert Stohr konnte an Ostern 1946 im Ostchor des Domes das erste Pontifikalamt feiern, und im Oktober war bereits die provisorische Verglasung abgeschlossen, womit das Innere vor den Unbilden des Wetters geschützt wurde. Die französische Militärregierung schrieb im November 1946 sogar eine staatliche Lotterie in Rheinhessen und in der Pfalz zugunsten der Wiederherstellung der Kathedrale aus. Ein weiteres, weit sichtbares Symbol der Stadtsilhouette, der ge-

24 Hubertus SEIBERT: Religiöse Gemeinschaften, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 57-72.

borstene Stephansturm, wurde in zäher Arbeit von Dipl.-Ingenieur Fritz Grebner durch Einbau eines Betonpfeilers eigentlich gerettet, nachdem etliche Darmstädter Architekten und Fachleute den Abbruch empfohlen hatten.

Die Leistungen der Caritas sowie des katholischen Jugendwerkes und der Vereine blieben lange unvergessen,²⁵ und die Beteiligung der katholischen Kirche und ihrer Repräsentanten am öffentlichen und politischen Leben erhielt neue Dimensionen. Nachdem Bischof Stohr schon am 24. März 1945 aus seinem rheinhessischen Unterschlupf in Engelstadt nach Mainz zurückgekehrt war, stand bereits der Gedanke des Aufbaus von Bischofsstadt und Diözese im Mittelpunkt seiner Aktivitäten. Seine Beteiligung in der Konstituierungsphase von Rheinland-Pfalz²⁶ und seine Predigten wie Hirtenschreiben standen unter dem Motto einer Restitution des christlich-abendländischen Geistes nach der Perversion durch den Nationalsozialismus. Seine Aufforderungen an die Landbevölkerung, den hungernden Städtern tatkräftig mit Lebensmittellieferungen zu helfen, sind ebenso bei älteren Mitbürgern in der Erinnerung präsent wie seine Diagnose im ersten Fastenhirtenbrief 1946, daß der sittliche Verfall Ausmaße annehme, die Ehe und Familie zu zerstören drohe. Stohrs Reisen in mehrere deutsche Kriegsgefangenenlager nach Frankreich im Mai 1947 fanden allenthalben ein großes Echo in der beginnenden Aussöhnung mit dem westlichen Nachbarn, und der 72. Deutsche Katholikentag, der erste seit der Generalversammlung in Essen 1932, im September 1948 in Mainz²⁷ wurde eine Besinnung und ein Neuaufbruch für die katholische Kirche in Deutschland, obgleich das neue Deutschland von P. Ivo Zeiger als Land der notwendigen Missionierung bezeichnet wurde. Bereits ein Jahr zuvor, am 15. August 1947, hatte Stohr in einer Großveranstaltung des Diözesan-Katholikentages auf dem Katholischen Jugendwerk am Fort Gonsenheim ein *gemeinsames Ja zur Not und zu den Problemen der Zeit*, zugleich Wege zu suchen und neue Richtung auf die Mitte des Glaubens hin zu nehmen, gefordert und damit das Motto des Katholikentages: „Nicht klagen, handeln!“ geistig vorweggenommen.

Zerstörung und Zertrümmerung von Gotteshäusern und Gemeinden war auch in der evangelischen Kirche das Prinzip von 1945.²⁸ Die evangelische Bevölkerung von Alt-Mainz mit Zahlbach war um über die Hälfte gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen. Bombentod, Flucht und Evakuierung hatten an diesem Faktum ebenso Anteil wie die innerkirchlichen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und Bekenntnender Kirche. Pfarrer Karl Trabandt, der Leiter der Paulusgemeinde, stellte am 26. Oktober 1946 in der Beilage des Kirchenblattes fest: *Wer freilich mit dem Ende des Terrors im Dritten Reich einen Massenzustrom zur Kirche erwartet hatte, der wurde*

25 Othmar WEIS: Die Caritasarbeit im Bistum Mainz während der Jahre 1945/46, in: Jahrbuch für das Bistum Mainz 3 (1948) I, S. 17-30.

26 Vgl. etwa seine neue Haltung in der Schulfrage. Dazu Hermann BERG: Von der staatlichen katholischen Bekenntnisschule zur Schule freier katholischer Schulträgerschaft in Rheinhessen, in: Neues Jahrbuch für das Bistum Mainz 1978, S. 91-106.

27 Der Christ in der Not der Zeit. Der 72. Deutsche Katholikentag vom 1. bis 5. September 1948 in Mainz, hg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands zur Vorbereitung der Katholikentage, Paderborn 1949.

28 SEIBERT, Religiöse Gemeinschaften (wie Anm. 24), S. 57ff.

enttäuscht. Aber daß der Zusammenbruch einer ganzen Welt nicht zum Aufwachen, zu einer Erweckung im christlichen Sinn geführt habe, *bleibt trotzdem ein wenig erfreuliches Symptom für die abgrundtiefe geistige Not unseres Volkes*. Im ganzen ging der Aufbau der zerstörten evangelischen Kirchen in Mainz langsamer als der der katholischen voran; doch im sozialen Bereich wurden verdienstvolle Akzente gesetzt. Das im Spätsommer 1945 in Treysa gegründete Evangelische Hilfswerk konnte am 1. Oktober 1946 in Mainz seine Tätigkeit aufnehmen – die Verteilung von Spenden des Auslandes, vor allem aus den USA und der Schweiz, aber auch die Unterstützung von Gemeindemitgliedern mit Kartoffeln, Obst und – Büchern, wobei die amerikanischen Lutheraner sowie ihre mennonitischen Landsleute besonders den Mainzer Studierenden geholfen haben.



72. Deutscher Katholikentag in Mainz 1948, Liebfrauenplatz; links: Dr. Peter Altmeier, Mitte: Bischof Dr. Albert Stohr, rechts: OB Dr. Emil Kraus (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Das Tagebuch der jüdischen Gemeinde „Magenza“ von 1941 bis 1943, das Anton M. Keim 1968 herausgab, ist ein zufällig erhaltenes Merkbuch, eine Agenda der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die zur Ausführung der verschiedenen Gestapo-Anordnungen und damit zur tragischen Mitarbeit am Holocaust mit seiner sogenannten „Endlösung“ gezwungen worden war.²⁹ Es notiert stenogrammartig die Ver-

²⁹ Anton M. KEIM (Hg.): Magenza. Tagebuch einer jüdischen Gemeinde 1941/43, Mainz 1968.

schleppung und den Todeskampf von über 1100 Mainzer Juden. Wenn man die nüchternen Zahlen detailliert resümiert, so wohnten am 16. Juni 1925 in Mainz 2738 Bürger jüdischen Glaubens und am 16. Juni 1933 noch 2609. Die ersten Jahre des Nationalsozialismus mit seinen antisemitischen und verbrecherischen Gesetzen, die zum Genozid führen sollten, sowie die „Reichskristallnacht“ hatten am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, am 17. Mai 1939, die Zahl der Juden bereits auf 1453 dezimiert. Am Ende des Krieges gab es nur noch eine Handvoll von ihnen in Mainz, unter ihnen Regierungsrat Michel Oppenheim, der als offizieller Verbindungsmann der Bezirksstelle Mainz der Reichsvereinigung deutscher Juden zur Gestapo gezwungen gewesen war, über die Deportationen Buch zu führen und damit bereits im Dritten Reich die Bilanz des Schreckens und des Genozids für seine Gemeinde zu ziehen.

Nach einer Statistik vom 1. April 1963 für Rheinhessen zählte Mainz hinter Worms, Bingen und Alzey wieder 127 jüdische Mitbürger, doch die Kontinuität der jüdischen Gemeinde war abgerissen – jener Gemeinde, die so fruchtbare Impulse und bedeutende Ideen im Lauf der neueren Jahrhunderte gezeitigt hatte. Unter diesen 127 Gemeindemitgliedern befanden sich jene 24 Überlebenden, die ein Omnibus mit der Aufschrift „Goldenes Mainz“ am 10. Juli 1945 aus Theresienstadt zurückgebracht hatte. Am 21. September 1945 schrieb Oppenheim an die in Mainz geborene und nunmehr in Berlin-Ost wohnende Schriftstellerin Anna Seghers, die durch viele Jahre der Emigration gegangen war und dort ihren schriftstellerischen Ruhm begründet hatte, daß die Wiedergutmachungsfrage, auch an Juden, nunmehr in ein erstes Stadium getreten sei. Er machte zugleich die Bemerkung: *Dieser ganze Fragenkomplex steckt voller Schwierigkeiten.* Da eine Zentralinstanz einerseits fehle und andererseits den einzelnen Städten nicht zugemutet werden könne, das zur Lösung dieser Frage notwendige Geld aufzubringen, stehe man hier vor wirklich außerordentlichen Problemen.

Am 17. Oktober 1945 genehmigte die Militärregierung die Bitte von Oppenheim um eine Neukonstituierung der jüdischen Gemeinde Mainz, die sogleich am 9. November einstimmig beschlossen wurde, während dann bereits am 19. September 1946 die jüdischen Gemeinden von Koblenz, Mainz, Trier, Kreuznach, Neuwied und Landau sich zum Landesverband der jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz zusammenschlossen. Hilfe in Verfahren zur Wiedergutmachung des in der NS-Zeit erlittenen Unrechts, die Errichtung einer neuen Synagoge und die Betreuung einzelner Mitglieder war nunmehr die Aufgabe der jüdischen Gemeinde in Mainz. Der Blick auf die Ereignisse der sogenannten „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 führte zu mehreren Prozessen, wobei Ende März 1948 der Straßenbahner Andreas Wohn zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, da er einer der Rädelsführer jener gewesen war, die im Kaufhaus Lahnstein am Höfchen geplündert und am Kaufhaus Froitzheim in Domnähe die Schaufenster eingeschlagen hatten. Der Studienrat Wittig wurde Anfang 1948 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er seinerzeit in einer Druckerei, einem Schuhgeschäft und in einer Bürstenfabrik „Ordnung“ nach den verbrecherischen Befehlen der Nazis geschaffen hatte, und auch eine „Judenaktion“ in Weisenau wurde gerichtlich mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen für drei Einwohner äußerlich abgeschlossen. Es war ein erster Hoffnungsschimmer, daß am 10. September 1947 nach vorangegangenen Provisorien eine ehemalige Turnhalle der Feldbergschule

durch die Weihepredigt des französischen Armeerabbiners Kalifa als Synagoge eröffnet werden konnte.³⁰



Einweihung der Synagoge in der Feldbergschule am 10.9.1947 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Auf eine Kritik an der Bereitstellung der Turnhalle für diesen Zweck seitens eines Mitgliedes der evangelischen Gemeinde, die sich ausdrücklich nicht antisemitisch verstand, erklärte Pfarrer Trabandt am 5. Oktober 1947 im Kirchenblatt, es sei ein selbstverständliches Stück Wiedergutmachung, daß für die Juden in Mainz eine Synagoge wieder erstanden sei. Er fügte hinzu: *Wir Christen haben damals weithin geschwiegen; so sollten wir jetzt nicht gleich rasonieren. Wir sollten den jüdischen Bewohnern unserer Stadt ihre Synagoge gönnen.* Es handelte sich ohnehin nur um eine Art Provisorium, bis 1952 die jüdische Gemeinde mit ihrem Betsaal und Gemeindhaus in der Forsterstraße eine dauerhaftere Bleibe erhielt.

Erwähnt sei noch der Wiederaufbau der Freireligiösen Gemeinde in Mainz mit der Zusammenführung der durch den Krieg zerstreuten Mitglieder, der ersten Weihestunde am 16. September 1945 unter dem Thema „Goethe und Faust und die Probleme der Zeit“, der ersten Jugendweihe sowie der Hundertjahrfeier am 29. Juni 1947 in der Aula

30 SEIBERT, Religiöse Gemeinschaften (wie Anm. 24), S. 62.

der Universität. Allerdings konnten erst in den fünfziger Jahren durch den Gemeindepfarrer Dr. Georg Pick die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen für das Gemeindehaus in der Gartenfeldstraße geschaffen werden.³¹

Marcel Lods und sein „Idealplan“

Hatte sich Michel Oppenheim als gebürtiger Mainzer bereits einige Tage nach Kapitulation und Befreiung Gedanken über die künftige Stadtgestalt gemacht, so lag die Organisation des Wiederaufbaus zunächst in der Hand von Baudezernent Carl Dassen, einem gebürtigen Aachener, der bereits seit der Zeit der Weimarer Republik in Diensten der Stadt Mainz stand und verschiedene Funktionen im Hochbauamt und im Tiefbauamt innegehabt hatte. Zur Finanzierung des Aufbaus von Mainz erklärte im Herbst 1946 General Jacobsen bei Bekanntgabe des Programms der Militärregierung, für die projektierte Hauptstadt von Rheinland-Pfalz sei die gesamte französische Zone zuständig. Bis Frühjahr 1947 hatte sich jedoch die Lage dahin geklärt, daß nur solche Bauten wiederhergestellt werden konnten, deren Eigentümer die Mittel dafür besaßen. Allerdings befahl die Besatzung immer wieder die Instandsetzung von Gebäuden, auch wenn deren private Finanzierung nicht gesichert, ja unmöglich war.



Marcel Lods mit seiner Frau in seinem Planungsbüro in Mainz 1945/46

31 Ebd., S. 71.

In solchen Fällen wollte die Stadt eine Enteignung vollziehen, wenn ihr die Finanzierung überlassen blieb. Aber trotz Zusagen der Landesregierung in Koblenz, daß für jeden Einzelfall eine Enteignung genehmigt werden könne, gab es nach Erinnerung von Dassen immer wieder Schwierigkeiten seitens des Regierungspräsidenten, der eine Enteignung jeweils mit dem Interesse der Allgemeinheit in Übereinstimmung sehen wollte.

Der Aufbau in den großen Städten wie Mainz nahm, anders als in Hessen, lange auch deswegen keinen zügigen Fortgang, weil die Besatzungskosten, obwohl das Land kleiner war als Hessen, etwa doppelt so hoch waren. Bei Bekanntgabe ihres Aufbauprogramms erklärte die Militärregierung im Herbst 1946, die Arbeiten sollten mit auswärtigen Kräften ausgeführt werden, während der zivile Aufbau mit den bisherigen Arbeitern durchzuführen sei. Ein halbes Jahr später jedoch, nach dem sehr strengen Winter 1946/47, kamen die aus der Pfalz verpflichteten Arbeitskräfte nicht mehr zurück, und auch die Bezirke Trier und Koblenz gaben keine Kräfte ab, so daß die Arbeiter für das Militärprogramm fehlten. Dies hatte zur Folge, daß von allen Baustellen der Stadt Arbeitskräfte abgezogen wurden und diese Baustellen meistens stillgelegt werden mußten. Außerdem war die Lage auf dem Baustoffmarkt im April 1947 sehr angespannt – zumal Steinzeugrohre sowie Gußrohre, auch Ton- und Zementrohre für die Kanalisation fehlten. So kam es zur resignierenden Formulierung im Tagebuch von Dassen: *Wenn nicht die Industrie Kohlen erhält und die Abschließung der Zonen aufhört, muß mit baldigem Erliegen jeden Aufbaues gerechnet werden.*

Einige Wochen zuvor, im Februar 1947, hatte der erste Minister für Wiederaufbau und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz, der Kommunist Willy Feller, im Neuen Mainzer Anzeiger unter dem Titel „Stadt von morgen“ geschrieben: *Wir brauchen die schöpferischen Architekten und Städtebauer, die in der Schule eines May, Gropius und Corbusier die besten Traditionen des Dessauer Bauhauses empfangen und mit weitem Horizont die Erfahrungen des modernen Städtebaus in Amerika, England, Frankreich und der Sowjetunion in sich aufgenommen haben.* Noch einige Wochen früher hatte sich Ludwig Strecker, der Inhaber des Schottverlages und spätere Ehrenbürger von Mainz, geäußert: *Das erste, was wir brauchen, sind Dächer über dem Kopf.* Er wollte dieses Prinzip durchaus gegenüber jenen betonen, welche die Erörterung repräsentativer, aber notwendiger Projekte mit Hohn und Bitterkeit als unzeitgemäßen Luxus abtun möchten. Einen modernen Stil um jeden Preis ablehnend, verteidigte er dennoch die charakteristischen Merkmale der Stadt Mainz mit den Worten: *Wir wollen die Eigenart unserer Stadt gewahrt wissen, wir wollen etwas Eigentümliches; nichts, was ebensogut in Merseburg oder Bochum zu finden sein könnte.*³²

Um Mainz nach einem hochstilisierten Anspruch zur „modernsten Stadt der Welt“ zu machen, beauftragte jedoch die Militärregierung im schließlichen Einverständnis mit den deutschen Stellen den aus der Schule Le Corbusiers stammenden Pariser Architekten Marcel Lods 1946 mit der Erstellung eines Generalbebauungsplans. Dieser arbeitete nach den Postulaten der Charta von Athen von 1933, die von der Fehlent-

32 Alexander LINK: Zerstörung und Wiederaufbau, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 13-32; hier bes. S. 26.

wicklung der Städte in den Gründerjahren ihren Ausgang nahm, einen Plan aus, wonach die topographisch, klimatisch und in der Sicht der Sonnenbestrahlung günstig gelegenen Parzellen für Wohngelände vorgesehen waren und mit acht- bis zehnstöckigen Hochbauten bestückt werden sollten, die in weitem Abstand zueinander stehen, von Grünflächen und Spielplätzen unterbrochen sein und Platz für flache Kindergärten, Schulgebäude und Freizeiteinrichtungen lassen sollten. Er plädierte für eine Trennung von Wohn- und Industriebereichen.

Doch Marcel Lods' Planungen, die er in vielen Vorträgen und publizistischen Äußerungen auch in der Öffentlichkeit vertrat, fielen bei den Mainzern auf keinen fruchtbaren Boden. Diese verhielten sich eher skeptisch, und Oberbürgermeister Kraus bestellte schließlich einen der Vorreiter in der Gegnerschaft zum Neuen Bauen, den Stuttgarter Professor Paul Schmitthenner, zu seinem „Berater für alle städtebaulichen und künstlerischen Fragen“. Doch die Planungen des 56jährigen Franzosen Lods erregten in der Fachwelt großes Aufsehen und fanden ein positives Echo;³³ der allgemeine Tenor war, daß es sich hier um die bemerkenswertesten und mutigsten Planungen im deutschen Raum handele. Allerdings wurde in der ersten Nummer 1948 der Zeitschrift Bauen und Wohnen mit Blick auf Lods festgestellt, daß in Deutschland, bedingt durch seine jahrelange Abgeschlossenheit und bewußt einseitige Ausrichtung, noch sehr viel Pionier- und Aufklärungsarbeit nötig sei, *um für die Grundlagen eines neuzeitlichen Städtebaus allgemeineres Verständnis zu erzielen. Erfrischend und hoffnungsvoll ist darum jede Kenntnisnahme von zeitgemäßer und verantwortungsbewußter Vorarbeit für den kommenden Städtebau.*³⁴

Die Skizzen zum Mainzer Idealplan von Lods mit ihrer funktionalistischen Bauweise in der Neustadt und ihre Trennung von der Altstadt als Geschäftszentrum sind eingebettet in einen von dem französischen Planer erträumten Städtebund, von Bingen bis Hanau reichend, in dem Mainz vornehmlich als Wohn- und Verwaltungsstadt fungieren sollte. Auf seinem rechten Rheinufer sollte zudem ein Verkehrsknotenpunkt mit Schiffsanlegern, Hauptbahnhof und Großflughafen geschaffen werden, um nicht zuletzt wachstumshemmende Faktoren auf der linken Rheinseite zu beseitigen. Goldenes Mainz der Vergangenheit gegen die Idealstadt der Zukunft – eine solch verkürzte Betrachtungsweise der Gegner der Lods'schen Arbeiten erzeugte mehr und mehr Bedenken in der Bevölkerung, auch Mißtrauen und Zweifel daran, daß das Heil der Stadt von einem Franzosen kommen könne. Besonders der Leiter des Hochbauamtes Erich Petzold entpuppte sich als fachlicher Gegner des Franzosen, und der schon erwähnte Schmitthenner führte – ganz im Sinn einiger Mitglieder der Stadtverwaltung – auch finanzielle Probleme bei einer Realisierung der Lods'schen Planungen ins Feld. Daneben auch ideologische. Denn Lods lege, übertrieben formuliert, Maßstäbe an, welche *die uns bekannten der vergangenen Herrschaft beinahe in den Schatten stellen. Nur wenn wir unbeschränkte Möglichkeiten hätten, könnte man solche Maßstäbe gelten lassen, und dann erst würde sich die Frage erheben, ob die Art des baulichen Denkens*

33 DURTH/GUTSCHOW (wie Anm. 23), S. 880ff.

34 Karin SCHMIDT-FRIDERICHs: „Idealstadt der Zukunft“. Ein Mainzer Wiederaufbauplan von 1946. Vertane Chance oder abgewendete Gefahr? In: MAINZ, Vierteljahreshefte, 7. Jg. (1987), H. 2, S. 48ff.

unserer Art und Gewohnheit entspricht. (...) Es handelt sich nicht um irgendwelche architektonische Formgebung und nicht um die Frage von Hochhaus und Flachbau, sondern ganz einfach um das wirtschaftlich Mögliche und das sozial Angemessene.³⁵ Der Kampf zwischen Modernismus und Nostalgie endete zunächst mit einer Abfuhr für Schmitthenner seitens des französischen Stadtkommandanten im Februar 1947 und mit der Enthebung von Petzold als Leiter des Hochbauamtes. Doch das letztendliche Scheitern auch der Lods'schen Pläne trotz intensiver Protektion seitens der Besatzung wird dennoch 1948 evident. Am 15. April dieses Jahres verließ Marcel Lods, nachdem der Stadtrat nunmehr, ohne den Widerspruch der Besatzungsmacht zu fürchten, seine Generalplanung abgelehnt hatte, tief enttäuscht und verletzt die „Section du plan“. Die Scheu vor der Mühe der Realisation eines derart revolutionären Bauens hatte den Ausschlag gegeben. Praktische Überlegungen durchkreuzten den Idealplan, und die kurzbeinigen Forderungen des Alltags wie die schwerfällige Maschinerie in den Amtsstuben taten ihr übriges dazu.

Aber nochmals: Marcel Lods' Pläne, die ab Sommer 1946 die Umwandlung des zitadellenbewehrten Brückenkopfes Mainz in eine landschaftlich geöffnete Stadt der Moderne umzudefinieren versuchten, erregten durchaus überregionales Aufsehen. Da jedoch diese Pläne als kulturpolitische Demonstration einer neuen Urbanität französischer Prägung das alte, „goldene Mainz“ fast ganz zum Verschwinden gebracht haben würden, erhob sich breiter Protest in der Bevölkerung, der dann auch die fachliche Debatte mitbestimmte. Aber nicht nur zwischen konservativen, konservierenden und modernen Gestaltungsvorstellungen, sondern auch innerhalb traditionsgebundener Architektur und Stadtplanung wurden unterschiedliche Konzepte und bald auch ideologische Differenzen oder zumindest Differenzierungen sichtbar.

Carl Dassen in seinem Tagebuch

Der Baudezernent Carl Dassen³⁶ erinnert sich folgendermaßen an eine Verwaltungskonferenz bei Oberbürgermeister Dr. Kraus am 20. Januar 1948: *Der OB teilt mit, daß er aus der Sitzung des Ältestenrates am 17. Januar entnommen habe, daß sämtliche vier Fraktionen gegen eine Übernahme des Büros Lods in die Stadtplanung eingestellt seien. Die Kosten des Büros Lods werden auf 100 000 bis 200 000 RM geschätzt. Der Oberbürgermeister will wissen, daß der Architekt Lods von ganz Frankreich abgelehnt werde. Er sei darauf angewiesen, daß er in Mainz eine Beschäftigung finde. Der OB hat den Vorschlag angenommen, den ich 8 Tage früher gemacht habe. Man soll dem Lods die Möglichkeit geben, seine Pläne in dem Gebiet Wallstraße/Bingerstraße zu verwirklichen. Aufgabe des Lods müsse es sein, Finanzleute für seine Pläne zu finden*

35 Christopher PLASS: Wettlauf um den Wiederaufbau. Das zerstörte Mainz als Gegenstand rivalisierender Stadtplanungskonzepte, in: MAINZ, Vierteljahreshefte, 7. Jg. (1987), H. 1, S. 128-132; hier S. 130.

36 Die nachfolgenden Zitate aus dem Nachlaß Dassen im Stadtarchiv Mainz, Nr. 22: Notizen aus den Jahren 1945 bis 1952. – Den gesamten Nachlaß gedenke ich an anderer Stelle auszuwerten.

und die technischen Möglichkeiten für die Ausführung zu schaffen. Dem Architekten Lods soll die Möglichkeit zu einer zweiten Besprechung gegeben werden, etwa in der Zeit vom 10. Februar. Namhafte Architekten sollen dem Lods schriftliche Fragen zu seinen Bebauungsplänen vorlegen. Diese Fragen sollen dann in der nächsten Besprechung diskutiert werden ...

Unterm 23. Januar bemerkt Dassen, er erfahre, daß OB Kraus vor der Abreise von Lods nochmals bei diesem gewesen sei. Kraus soll dabei geäußert haben, daß dessen Büro zuviel Personal beschäftige. Dagegen habe Lods argumentiert, für die gestellten Aufgaben sei sein Büro nicht groß genug. Die einzige Hoffnung für Lods sieht Dassen darin, daß ein neuer Wechsel bei der Militärregierung einen Gouverneur bringen könne, der für die Pläne des französischen Architekten eingenommen sei. Unterm 5. Februar erhält er die Nachricht, daß die Gegensätze zwischen Lods einerseits und General Koenig sowie Gouverneur Guérin andererseits zu einem heftigen Streit geführt hätten. *Lods hatte der Akademie für Städtebau in der amerikanischen Zone einen Vortrag über Städtebau zugesagt. General Koenig soll Lods diesen Vortrag verboten haben mit der Begründung, es widerspreche den Staatsinteressen Frankreichs, wenn Lods mit der amerikanischen Zone in Fühlung trete. Lods wird weiter vorgeworfen, daß er in der französischen Zone zu stark mit deutschen Behörden in Verbindung getreten sei. Lods habe erwidert, er sei ein freier Pariser Architekt und könne Vorträge halten, wo er wolle. Das könne ihm kein General Koenig verbieten. Lods habe ein Verbot für das Betreten sowohl der französischen als auch der amerikanischen Zone erhalten. Das Verbot soll ab 1. März 1948 gelten. Der Zweck des Verbots soll wohl sein, das Büro Lods zum 1. März 1948 aufzulösen. Lods soll gegen die Maßnahmen des General Koenig in Paris Schritte unternommen haben.*

Unterm 11. Februar erhält Dassen die Bestätigung, daß Lods für sich und seine Familie Aufenthaltsverbot für die französische Zone ab 1. März 1948 erhalten hat. Am selben Tag verlangt der Gouverneur in einer schriftlichen Verfügung an den OB, daß ihm die Aufbaupläne der Stadt bis spätestens 20. Februar bekanntgegeben werden. Weiter erinnert er an die Erklärung der Stadtverwaltung, wie diese sich zu den Planungen von Lods stelle und ob die Stadt Lods in die Aufbauplanungen einschalten wolle. Diese letzte Erklärung verlangt Guérin schriftlich. In der Verwaltungskonferenz vom 12. Februar gibt der OB bekannt, daß er dem Gouverneur mitteilen werde, die Stadtverwaltung lehne die Mitarbeit des Architekten Lods bei der Planung ab. Es wird vereinbart, daß der Gouverneur zur Besichtigung der Pläne der Stadtverwaltung in der Zeit vom 20. bis 29. Februar eingeladen werden soll. Am 21. Februar schließlich erfährt Dassen, es sei endgültig entschieden, daß Lods nicht mehr nach Mainz zurückkehre, weil er sich in Paris nicht habe durchsetzen können. *Im Büro Lods geht das Gerücht, daß jetzt eine Kommission von Architekten über die Bebauung von Mainz entscheiden solle. Dieser Kommission sollen 6 französische Architekten, darunter auch Lods, angehören. Auch sollen deutsche Architekten zugezogen werden, von Mainz Architekt Schütz, dann Professor Schweitzer (Karlsruhe), Architekten von Köln, Frankfurt usw.* Als am 24. Februar der Gouverneur die Aufbaupläne der Stadtverwaltung im Hochbauamt besichtigt, wünscht er einen eigenen Plan zur Weitergabe nach Baden-

Baden, was ihm innerhalb einer Zeit von 4 bis 6 Wochen zugesagt wird mit der Maßgabe, daß vorher die Pläne den städtischen Körperschaften vorgelegt worden seien.

Am 25. Februar notiert Dassen in sein Tagebuch: *Der OB ist heute mit seiner Doppelzüngigkeit eingegangen. Aus der Verwaltungskonferenz heraus wurde er zu dem Gouverneur Guérin befohlen. Bei diesem traf er Madame Lods an. Madame Lods hatte dem Gouverneur erklärt, der OB habe sich dahin geäußert, daß die Stadt Mainz gar nicht gegen die Pläne Lods eingestellt sei, und weiter, daß der OB die Erklärung, die Stadt Mainz benötige nicht die Mitarbeit des Architekten Lods bei der Aufbauplanung, unter dem Druck des Gouverneurs abgegeben habe. Der OB hat versucht, sich herauszureden. Auf diese erste Behauptung erklärte der OB, Lods habe ja noch gar keinen Bebauungsplan für Mainz ausgearbeitet, also sei eine Stellungnahme der Stadtverwaltung und der Bevölkerung zu einem Aufbauplan Lods noch gar nicht möglich gewesen. Zu der zweiten Behauptung gab der OB einen Druck des Gouverneurs zu, aber nur bezüglich des Zeitpunktes, zu dem die Erklärung abgegeben werden mußte. Dieser Druck sei aber nicht hinsichtlich des Inhalts der Erklärung ausgeübt worden.*

Nach weiterem Hin und Her um den Architekten Lods, dem u. a. auch vom Gouverneur vorgeworfen wurde, er habe in seinem Büro für seine Privataufträge das Personal eingesetzt, berichtet Dassen unterm 4. März aus dem Ältestenrat: *Dem OB ist am 3. März 1948 die Frage vorgelegt worden von dem Gouverneur, ob die Stadtverwaltung den Architekten Lods als Urbanisten und Städtebauer für die Planung von Mainz wünsche. In diesem Fall würde Lods von dem Ministerium in Paris bezahlt. Die zuständigen Dienststellen in Mainz würden ihm unterstellt. Wenn die Stadt Lods wünsche, wäre damit der Planungsauftrag an Lods erledigt. Der Ältestenrat hat einstimmig dem Vorschlag des OB zugestimmt, daß die Stadtverwaltung den Architekten Lods als Chef der Aufbauplanung nicht wünsche.*

Nach vielen weiteren Problemen mit Lods, der sich Anfang März doch noch einmal in Mainz aufhielt, und nach einer Zeitungspolemik zwischen ihm und Petzold erfolgt der Eintrag am 22. April 1948: *Das Büro Lods ist aufgelöst. Das Personal wird mit dem Hochbauamt vereinigt.*

Nach der Planung von Lods, die eine klare Linie aufwies, kam die Zeit der pragmatischen Kompromisse im Wiederaufbau der Stadt Mainz, der sich nunmehr ohne verbindliches Konzept vollziehen sollte. Der renommierte Architektur-Historiker Werner Durth hat von daher das negative Fazit gezogen, das sich noch heute verifizieren läßt: *Ein heterogenes Bild, von den unaufgefüllten Bomben- und Baulücken aus der ersten Nachkriegsära über die brutalen Zeugen des Wirtschaftswunders in Form gigantischer Beton-Verkehrsschlingen, oder Wohnsilos, Verwaltungstürme und Großkaufhäuser bis hin zu den Rettungsversuchen Mainzer Stadtgeschichte im historischen Zentrum, das hoffentlich noch vor dem Schicksal bewahrt werden kann, ein Disneyland der Nostalgie zu werden. Die Hoffnung allerdings, die Stadt als Kunstwerk zu begreifen und zu formen, hat sich für keinen der Beteiligten erfüllt: weder dem Gestaltungs-*

anspruch der Experten noch der Erwartung der Bewohner an diese Treuhänder ihrer gebauten Umwelt.³⁷

Wie hatte doch schon Ludwig Strecker in seinen Gedanken zum Wiederaufbau am 8. Januar 1946 im Neuen Mainzer Anzeiger geschrieben, nachdem er zunächst die Geschichte der Stadt in markanten Strichen gezeichnet hatte: *Bei der Masse der Neubauten wird eine gewisse Normung nicht zu umgehen sein. Deren praktische Vorteile sind aber sehr wohl mit einem ästhetisch befriedigenden, eigentümlichen Äußeren zu verbinden. Schon mit Farben z. B. läßt sich Charakteristisches schaffen, wie wir es vorzüglich aus romanischen und anderen südlichen Beispielen wissen. Darüber hinaus müssen die Neuanlagen durch Gruppierungen, Zwischenraumgestaltungen, Plätze, Durchgänge und Durchblick den Charakter einer Maßarbeit für den Mainzer Platz und seine Landschaft erhalten. Die Neigung gewisser Städtebauer zu schachbrettartiger Ordnung müßte, in Mainz getätigt, den Untergang seines letzten Reizes andeuten. Seine alten, unregelmäßigen Straßen und Gassen mit ihren überraschenden Winkeln sind das Entzücken für künstlerische Augen; so sind z.B. auch niedrige Weinstuben in abgelegenen Ecken noch immer von den traditionellen Kennern in Mainz prunkvollen Gaststätten vorgezogen worden; hier ist Mainz zu Hause, sein Humor und seine Gemütlichkeit. Was an historischen Sehenswürdigkeiten verloren ging, muß durch neues Sehenswertes ersetzt werden, das später einmal historisch zu werden vermag, selbst wenn wir heute unsere Häuser nicht mehr für die Ewigkeit bauen können. Im großen und ganzen werden ja glücklicherweise die alten Straßenzüge und ihre alten Namen, schon der unterirdischen Anlagen wegen, erhalten bleiben. Dort, wo sie ganz oder teilweise zu bebauen sind, wird auch der konservative Liebhaber sich damit abzufinden haben, daß keine Kopie des Alten entstehen kann, die doch nur Ersatz wäre und nicht befriedigen würde. Die Aufgabe allerdings, hier die einpassende Idee, d. h. wiederum den richtigen Stil zu finden, erfordert einen großen Künstler. Die Gestaltung des neuen Wohnraumes wird sich hauptsächlich nach rückwärts auszuwirken haben und hierdurch das Problem der 'Altstadtsanierung' hoffentlich in einer Weise lösen, daß diese Gegenden mit den neuesten Siedlungen auch wohntechnisch konkurrieren können. Einen modernen Stil um jeden Preis, den man schon nach wenigen Jahren nicht mehr sehen kann, lehnen wir ab. Bei der Fülle der Aufgaben können wir auch Experimente abwarten, bis sie sich anderen Ortes bewährt haben, es sei denn, sie bezögen sich auf ausschließlich Mainzer Aufgaben.*

Nach einem Eingehen auf eine würdige Rheinufergestaltung und die Errichtung eines Großflughafens außerhalb Kastels, welcher europäische Bedeutung erlangen und den Frankfurter Platz weit überflügeln könne, weil dessen Bodennebel ihn zur Zweitrangigkeit verurteile, kommt Strecker auf die geistig-kulturellen Perspektiven. Er führt aus: *Daß Mainz wieder eine Universität erhalten wird, ist eine frohe Botschaft. Den jungen Menschen, die hier ihre erlebnisreichsten Jahre verbringen, müssen Lebensbedingungen geboten werden, welche Mainz zu einer Lieblings-Universität für alle werden lassen. Unsere Stadt wird, wenn sie erst einmal ihre angestammte Fröhlichkeit zurückgewonnen hat, das übrige tun, um manche andere Musenstadt aus dem Feld zu*

37 PLASS (wie Anm. 35), S. 132.

schlagen. In diesem Zusammenhang ist unter anderem die Wiederingangsetzung des Theater- und Konzertlebens von größter Bedeutung. Sodann müssen die so hoffnungsreich angesetzten Pläne um das Gutenberg-Museum wieder aufgegriffen werden; mit der erhalten gebliebenen bedeutenden Bibliothek im Hintergrund, dem vorhandenen und erweiterungsfähigen graphischen Gewerbe zur Seite und dem Geist der Tradition Gutenbergs sind genügend Faktoren für eine fruchtbare Arbeit gegeben. Auch der Rundfunksender der Zone gehört in unsere Stadt, wo er, befruchtet durch die anwesenden Kulturinstitute, der Öffentlichkeit ganz anderes zu bieten vermag als an einem gleichgültigen Nebenplatz. Kurzum, es gilt die Wiederentdeckung von Mainz als eine historische Gegebenheit. Alles dies würde das finanzielle Leistungsvermögen der Stadt natürlich bei weitem übersteigen, Universität und Theater müssen daher neben anderem zu Landes- oder Staatsunternehmen erhoben werden. Der Rundfunk würde mehr als sich selbst tragen ...

Am Schluß dieses Beitrags ein charakteristischer Satz für den Wiederaufbau allgemein und für Mainz insbesondere: *Das Setzen des ersten Backsteins ist das Schwerste. Sieht man aber erst mal das Wo und Warum, das Ziel und die Ordnung, so lehrt die Erfahrung, daß es keine untätige Hand mehr gibt. Wenn wir bereit und fähig sind, an dem Aufbau mit vaterstädtischer Besessenheit zu arbeiten, werden auch die derzeitigen Herren unserer Zone uns zu den materiellen Voraussetzungen verhelfen. Dann wird eine bessere Zeit für Mainz kommen, dann muß Mainz nicht sterben!*³⁸



Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Blick von Westen 1946 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

38 Wie es war (wie Anm. 1), S. 75ff.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß vor allem die Franzosen die Arbeit am Wiederaufbau der Stadt, die sie als Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz durch Verordnung vom 30. August 1946 vorsahen, sobald die baulichen Voraussetzungen geschaffen sein würden, beflügelten.³⁹ Im Neuen Mainzer Anzeiger vom 24. September 1946 wird ausgeführt,⁴⁰ daß der erste Punkt eines großzügigen Wiederaufbaus in vier Abschnitten die sofortige Hilfe für die Zivilbevölkerung vorsehe, die sich in einem Aufbau von nicht weniger als 1000 Wohnungen noch im laufenden Jahr 1946 dokumentieren solle. Der zweite Punkt betreffe die Universität, deren zweiter Bauabschnitt mit den Gebäuden für Medizin und Naturwissenschaften am 30. Oktober eingeweiht werde: *Mainz wird dann nicht nur die größte, sondern auch die schönste und modernste deutsche Universität besitzen. Schon jetzt, vor der endgültigen Fertigstellung der Hochschule, äußern sich zahlreiche in- und ausländische Besucher begeistert über Weiträumigkeit und Schönheit der Mainzer Universität.* Die dritte Abteilung des Wiederaufbaus solle die Stadt in die Lage versetzen, ihrer Aufgabe als neue Hauptstadt von Rheinland-Pfalz gerecht zu werden: d. h. Büros und Wohnungen für große deutsche und französische Dienststellen seien zu errichten, u. a. durch die Wiederherstellung folgender Verwaltungsbauten: Gouvernement am Schillerplatz, Bassenheimer Hof, Handels- und Industriekammer, Telehaus und Woolworth-Gebäude. Darüber hinaus sollten für den Wohnungsbedarf der Landesbediensteten Häuser mit 700 Wohnungen restauriert werden – allerdings neben der Arbeit für den Bedarf der Mainzer Zivilbevölkerung, die unter keinen Umständen gestört werden dürfe. Die vierte Abteilung des Wiederaufbau-Programms bestand im eigentlichen Aufbau der Stadt, über den ein Redaktionsmitglied in einer Besprechung mit Mainzer Architekten folgende Aufschlüsse erhielt: Zwischen hohen Häuserblocks in der Neustadt sollten weite Grünflächen und Spielplätze liegen, auch niedrige Schulbauten sowie Cafés, Restaurants und „Volks Häuser“. Die Fahrstraßen sollten um diese Wohnviertel herumführen, während innerhalb des jeweiligen Blocks das Befahren nur der Feuerwehr, den Krankenautos oder für andere dringliche Zwecke gestattet sein werde. Die Garagen der Bewohner seien an den Flanken jedes Wohnblocks projektiert. Der Neuaufbau selbst stehe unter einer zentralen Leitung, die den Gesamtplan und die großen Linien bearbeite – bei freier Diskussion aller Interessierten und auch der Mitarbeit freier Architekten. Über die Respektierung des Alten, besonders die Erhaltung des ursprünglichen Charakters der Altstadt, bestehe Einigkeit. Die historischen Hemmungen durch den Festungscharakter und die industrielle Entwicklung müßten beim Neuaufbau beseitigt werden. Ideal wäre es, wenn Industrie, Hafeneinrichtungen und Verkehr auf dem rechtsrheinischen Gebiet konzentriert werden könnten. Ferner müßte jedweder Verkehr, der nicht unmittelbar

39 Dazu vor allem Karl Martin GRASS: Von Koblenz nach Mainz. Die Hauptstadtfrage, in: HEYEN (wie Anm. 17), S. 433-449. Vgl. auch Helmut MATHY: Landeshauptstadt Mainz, in: Peter HAUNGS (Hg.): 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986, S. 93-102.

40 Über die Bauprogramme im einzelnen unterrichten im übrigen die Jahresberichte des Wiederaufbauverbandes Mainz durch den Generalbaudirektor, der z. B. im Jahresbericht 1949 auf S. 109 den Leitspruch zitiert, der dreieinhalb Jahre zuvor bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe die Richtung gewiesen hatte: „Moguntia aurea renascitur.“

mit dem Leben in der Stadt zu tun habe, ferngehalten werden. Ein weiterer Vorschlag bestand darin, Mainz und Wiesbaden einen gemeinsamen Flughafen zu verschaffen – und zwar im Gelände nördlich des alten Stadtteils Kastel, während zwischen diesem Lufthafen und dem Rheinstrom die großen Eisenbahn-, Straßen- und Wasserwegverbindungen konzentriert werden könnten. Außerdem sei zu vermeiden, daß die Stadt aus den Fugen ins Uferlose gerate, weswegen sie auch nicht mit Budenheim, Gonsenheim, Finthen und anderen Vororten zusammenwachsen dürfe. Statt in die Breite, müsse Mainz in die Höhe gehen – mit Hochhäusern von acht und mehr Stockwerken, die freilich nicht den Charakter alter Mietskasernen annehmen dürften.

Im Vorfeld der Universitäts-Eröffnung tauchte nicht selten in der Mainzer Bevölkerung die Forderung auf, die bereits der Neue Mainzer Anzeiger vom 22. März 1946 formulierte: Statt der Universität hätte man Wohnungen bauen sollen! Die neue Hochschule werde den Wohnraum noch mehr einengen, weil nun einmal Professoren und Studenten untergebracht werden müßten. Der Autor des Artikels „Universität hemmt Wohnungsbau nicht“ stellt dazu fest: *Wer hat diese Klagen in der jüngsten Zeit nicht gehört? Uns wurden sie in netten Päckchen durch den Briefträger sowie telefonisch und auch persönlich überbracht. Wir hatten manches zu entgegnen, aber hundertprozentig vermochten auch wir den Beschwerden nicht die Kraft zu nehmen. Schließlich legten wir die Beschwerden einer Stelle vor – offensichtlich dem Hochbauamt –, die den besseren Einblick in die Fragen des Wiederaufbaus haben muß.* Die Antwort ist dann wörtlich wiedergegeben und dürfte manchen der Kritiker, aber gleichwohl nicht alle überzeugt haben: *Der Universitätsbau ist völlig unabhängig vom übrigen Mainzer Wiederaufbau. Seinetwegen wird in Mainz auch nicht ein Haus weniger gebaut oder auch nur ein Stück Holz weniger zugeteilt. Das gesamte, allerdings auch sehr umfangreiche Material für den Universitätsbau wäre niemals nach Mainz geschafft worden, hätte man es nicht ausdrücklich für die Universität angefordert.* Dieses Unternehmen Universität bringe der Stadt nur Vorteile. *Allein die mit dem Bau unmittelbar Beschäftigten wissen, wieviel Baugerät und Handwerkszeug durch diesen Bau nach Mainz gekommen ist. Das gesamte neubeschaffte Baugerät und Handwerkszeug wird aber in Mainz bleiben! Wie sehr wichtig diese Tatsache ist, das beweisen wohl am besten die Klagen aller Handwerker und Bauunternehmer über den außerordentlich hemmenden Mangel an diesen Geräten.* Die kurzfristige Zukunftsperspektive wird so gesehen: *Der Universitätsbau soll im Mai beendet sein. Dann werden nicht nur diese zahllosen Gerätschaften, sondern auch Kräfte und – hoffentlich – auch Material für den Wohnungsbau frei.* Zu beachten sei noch, daß der größte Teil der Arbeitskräfte – und zwar sowohl die deutschen Kriegsgefangenen als auch auswärtige Zivilarbeiter – lediglich für den Aufbau der Universität nach Mainz freigegeben worden seien.

Das „Rackern“ der Frauen

Leben in den Trümmern von Mainz : das hieß damals wie anderswo in ganz besonderer Weise – und so sollte man sie den vielzitierten Männern der ersten Stunde voranstellen – Leben der Frauen, die in vielen Berufen zwangsläufig die Hauptrolle spielten: als Gattinnen und Mütter und Witwen gefallener Soldaten ebenso wie als Schutt-

Beseitiger und Ziegelputzerinnen. Noch im Frühjahr 1946 konnte sich der Leiter des Arbeitsamtes Mainz vorstellen, *daß die Stadt Mainz als Träger des Wiederaufbaus eine Kolonne von beschränkt arbeitsfähigen Männern und voll einsatzfähigen Frauen, die Alleinernährer ihrer Familien sind, für verhältnismäßig leichte Arbeiten in der Reinigung von Ziegelsteinen usw. und ihrer Stapelung einsetzen könnte.*⁴¹ Die Sicherung der nackten Existenz in der Hungerzeit sowie die Hamsterfahrten aufs Land, aber auch eine steigende Prostitution auf der anderen Seite, wo also z. B. junge Mädchen von ihren eigenen Müttern zu den Kasernen geschickt wurden, waren Begleiterscheinungen dieser Notzeit. Am 26. September 1947 berichtete die SPD-Zeitung „Die Freiheit“ unter der Überschrift „Die Frau in der Zeitkrise“, daß die Volkshochschule Mainz unter Leitung von Josef Rudolf die Frauen zu ihrer 12. Aussprache eingeladen hatte. In Kurzreferaten sprachen zunächst fünf Frauen *über die aus der Not der Zeit entstandenen Fragen um die Frau*. Wörtlich weiter: *Frau Balbach forderte, auf den Frauenüberschuß hinweisend, die aktive Mitarbeit der Frau in verantwortlichen Stellungen des öffentlichen Lebens sowie die Berücksichtigung dieses Wunsches durch Behörden und Parteien. Frau Schulz-Barofsky verwies auf das Recht der Frau zur Ausübung aller Berufe. Sie stellte die nicht zu verkennenden Möglichkeiten der Frau um eine Friedenssicherung heraus. Ihre Forderung war Gleichberechtigung im Beruf und gleicher Lohn bei gleicher Arbeit. Frau Dietz erinnerte an die falsche Haltung des Nazistaates gegenüber der Frau. Ihr Ruf zur Rettung unserer Kinder war besonders eindringlich. Eine große Macht habe der Schöpfer uns gegeben: der Menschheit zu dienen in Liebe. Diese Macht auszuüben, müsse höchstes Ziel der Frau sein. Frau Halein wies auf die Aufgabe der Frau im Kampf gegen den Faschismus und den Krieg hin: mit offenem Herzen einer völkerumschlingenden, internationalen Frauenbewegung dem Frieden zu dienen. Frau Schwamb forderte u. a. die Änderung des Gesetzes zum Schutz der Frau, das durch Beseitigung von Ungerechtigkeiten den heutigen Verhältnissen angepaßt werden müsse, sowie Verbesserung der Stellung der Mütter unehelicher Kinder. Durch das übergroße Elend und die Not kinderreicher Familien veranlaßt, sprach sich die Rednerin als christliche Sozialistin für eine Milderung des § 218 aus.* In der Diskussion sei dann, wie der Bericht schließt, nochmals die Forderung erhoben worden, *Ehrfurcht vor dem Leben zu haben, denn dieser Mangel an Ehrfurcht war es, der die unzähligen Blutopfer in den KZs und auf den Schlachtfeldern zur Folge hatte.*

Die Emanzipation der Frau also aus dieser Sicht betrachtet – das war damals keine irgendwie geartete Spielwiese und auch kein literarischer Markt, sondern bedeutete bittere Notwendigkeit, wobei nachträglich durchaus die Frage kritisch hinzugefügt werden darf, ob jener von der materiellen Lage noch vor Verabschiedung des Grundgesetzes diktierte Zug zur Emanzipation nicht in der wirtschaftswunderlichen Idyllik der fünfziger Jahre wieder verloren ging?

Ohne auf die Ernährungslage näherhin einzugehen⁴² und ohne Hamstern, Schwarzmarkt und Tauschgeschäfte bei der Ernährungslage und anderswo intensiver

41 Hedwig BRÜCHERT-SCHUNK: Frauen in der Nachkriegszeit, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 105-122; hier S. 114.

42 Alexander LINK: Ernährung und Versorgung, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 89-100.

zu beleuchten, sei doch auf die Haltung der Behörden, zumal des rheinhessischen Regierungspräsidenten Jakob Steffan, seit Spätsommer und Herbst 1945 verwiesen, der in plakatierten Aufrufen und behördeninternen Anweisungen die Verordnungen der Franzosen noch zu übertreffen schien, vor der Schwarzmarkt-Situation und den Hamsterfahrten aufs Land seine Warnungen ausdrückte, so z. B. in einem Aufruf vom 11. Juni 1946, wo es heißt: *Nur wenn die Verbraucher merken, daß weder mit Worten und Geld, noch mit Tauschmitteln Lebensmittel auf dem Lande zusätzlich zu erhalten sind, werden sie ihre Hamsterfahrten notgedrungen einstellen müssen.* Er fügt hinzu: *Die in Arbeit stehenden Verbraucher, alte und kranke Leute können ohnedies Fahrten auf das Land nicht machen. Sie würden immer die Benachteiligten sein, da nachgewiesenermaßen sich meist solche Leute an Hamsterfahrten beteiligen, die nicht im Arbeitsprozeß stehen und deshalb glauben, Rücksicht auf ihre Mitmenschen nicht nehmen zu müssen.*⁴³ Außerdem ließ Regierungspräsident Steffan ab Mitte Oktober auf Plakaten unter der Schlagzeile „An den Pranger mit ihnen!“ heftige Angriffe gegen jene Bauern starten, die über beträchtliche Mengen nicht angemeldeter und abgelieferter Lebensmittel verfügten und sich damit über die *Notlage ihrer Volksgenossen* hinwegsetzten. Dies war nach seinen Worten nichts anderes als eine Schande. *Ich werde, um ein Exempel zu statuieren, die härtesten Mittel anwenden, zur Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe schreiten, auf daß die Wiederholung solcher Vorkommnisse ein für alle Mal unterbunden wird.*⁴⁴ Auf solche Aufforderungen folgte eine lebhafte Kritik auf der einen, begeisterte Zustimmung auf der anderen Seite. Die Interessenkonflikte zwischen Stadt- und Landbevölkerung entluden sich in kontroversen Leserbriefkampagnen. Doch die Kommentare zu dieser Frage zeigten schließlich, als wie unrealistisch eine konsequente Kontrolle von Hamsterern und Schwarzhändlern eingeschätzt wurde und daß man sich von diesem angesagten Kampf gegen das Schrotteln kaum beeindrucken ließ, es allenfalls als Kavaliersdelikt abtat. Die mannigfachen Gesetzesübertretungen jener Jahre werden aus den Lebensumständen der Täter gewürdigt, ja diese werden, auch bei schwersten Delikten, wie Totschlag, gewissermaßen zu Sozialrebellens stilisiert, die nur durch Schiebergeschäfte und Diebstähle das Überleben der Ihren zu sichern vermochten. Jeder Krieg zog, so die beschwichtigende Meinung, eben seine Nachkriegskriminalität nach sich; aber dieser Zweite Weltkrieg hatte, so die Feststellung von Kriminologen, die Kriminalität des totalen Ruins in Staat, Gesellschaftsordnung und individuellem Sein geboren.⁴⁵

Besatzung und Besatzer in der Sicht der Mainzer

In Mainzer Zeitzeugenberichten über die Besatzungszeit ab 1945, bei denen sich gängige Klischees mit diffusen Emotionen mischen, kommen – wenn man es auf den Punkt bringt – die Amerikaner im allgemeinen besser weg als die Franzosen. Gegen-

43 Alexander LINK: „Schrottzeit.“ Nachkriegsalltag in Mainz. Ein Beitrag zur subjektorientierten Betrachtung lokaler Vergangenheit, Mainz 1990, S. 230.

44 Ebd., S. 231.

45 Ebd., S. 239.

über beiden Besatzungsmächten blieben freilich die Nachwirkungen nationalsozialistischer Greuelpropaganda noch spürbar, nicht zuletzt ihre rassistische Komponente in Bezug auf deren „farbige“ Mitglieder, denen man eine Unberechenbarkeit, ja sogar gewalttätige Triebhaftigkeit unterstellte. Es ist dabei nicht unerheblich, daß sich diese Einstellung nicht erst während des Nationalsozialismus herausgebildet hat, sondern daß vielmehr die rassistischen Schablonen der Nazis ein in gewissen Grundzügen längst virulentes Bild noch zusätzlich verfestigt haben. Auch die Beobachtung, daß den Mainzern bereits nach dem Ersten Weltkrieg „farbige“ Siegersoldaten, nämlich Marokkaner und Algerier, gegenübergetreten sind, spielte bei den Vorurteilsstrukturen noch ihre Rolle. Während also dennoch positive und negative Vorurteile gegenüber den Amerikanern sich die Waage halten, d. h. daß ihre Beurteilung etwa zwischen den Polen „Feigheit bei zögerndem Vorrücken der kämpfenden Truppen“ bis zu den Segnungen für Kinder durch Schokolade, Kaugummi und Bananen schwanken mag, wird die Besatzungspolitik der Franzosen in der weit überwiegenden Mehrheit negativer gesehen, weil nicht wenigen Mainzern die Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg und der rheinische Separatismus im Gedächtnis verhaftet waren und die eher feindselige Haltung daraus zum Teil erklärt werden mag. Kritisiert werden z. B. – ich beziehe mich abermals auf Alexander Link – die besonderen Privilegien französischer Militärangehöriger, etwa die Reservierung besonderer Plätze in der Eisen- oder Straßenbahn, aber auch die oft gnadenlosen Prügelstrafen der französischen Polizei und ihr Vorgehen bei Requisitionen. Doch gibt es andererseits auch dezidierte Nazi-Gegner, die darauf verweisen, es spiele bei den Franzosen auch die Bestrafung der deutschen Kriegstaten in Frankreich eine Rolle – Stichwort Oradour. Außerdem habe das ausgehungerte und ausgelagte Land keine andere Wahl gehabt, *als gegebenenfalls seine Besatzungszone auszubeuten*. Nicht wenige Zeitzeugen, die die Franzosen mit pauschalen Vorurteilen bedenken, zeigen aber zugleich ein gewisses Verständnis für ihre angeblich rigide Besatzungspolitik. Sie erwecken damit nach Link den Anschein, *lediglich das Recht des Siegers auf Unterdrückung seiner Feinde anzuerkennen und das Vorgehen der Nazis in den besetzten Gebieten mit der Besatzungspolitik der Alliierten grundsätzlich auf gleicher Stufe zu sehen*.⁴⁶

In seiner aufschlußreichen Studie über die Schrottelzeit und den Nachkriegsalltag ist Alexander Link bei der Interpretation und Auswertung seiner Interviews zu dem Ergebnis gekommen, daß sich erstens für viele Gesprächspartner das nicht mehr vorhandene Mainz der Nachkriegszeit in einer Fülle topographischer Details darstelle, die mit vielen Informationen und Einzelheiten über die jeweiligen Örtlichkeiten verknüpft sei und somit einen Zug zur Historisierung besitze. Bei einer zweiten Gruppe erstere die Stadt als belebter Bereich, wo menschliche Beziehungen im Raum eine Rolle spielten und die intime, überschaubare Atmosphäre einer Kleinstadt dominiere und die Aura des Ortes bedeutsamer sei als das erzählend wiedergegebene Ereignis. Drittens schließlich erscheint bei einer ganzen Gruppe von Interviewpartnern die Stadt *als das gemeinsame Wiederaufbauwerk seiner Einwohner* – in einer kollektiven Vitalität sozusagen, die den Bewohnern vermittelt wurde. Doch auch hierbei mischten sich gewisse

46 Ebd., S. 174.

Züge der beiden anderen Formen lokaler Bindungen in die retrospektive Darstellung ein, *etwa, wenn von Schutträumaktionen oder anderen Wiederaufbauarbeiten die Rede ist, an denen man selbst beteiligt war. Das Wiedererstehen der zerstörten Stadt wirkte sich spürbar auf die Beziehung der Bewohner zu ihr aus und erzeugte – zumindest nachträglich – ein Bewußtsein von Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit.*⁴⁷ Doch dies seien Empfindungen aus späterer Zeit, während für den Alltag der frühen Nachkriegsjahre als typisch vorausgesetzt werden könne, *daß in dieser Zeit primäre Bedürfnisse vorrangig waren und vollmundige Bekenntnisse zur gemeinsamen Heimatstadt bestenfalls als Gegenstand von Predigten und Sonntagsreden auftauchten.* Die eigentlich unvermeidliche und massiv auflodernde Konkurrenz im Kampf ums nackte Überleben habe gerade in dieser Zeit in erster Linie individuelle und private Regungen gefördert und wenig Raum für ein kollektives Empfinden gelassen.

Wichtig aber bleibt für erzählte Erinnerungen an das Mainz der Nachkriegszeit wie auch an andere Städte und Lokalitäten, daß sie einen Blick darauf gewähren, *wie die aktuelle Realität im Vergleich zu jenen Jahren beurteilt werde.* Nicht von ungefähr werde dabei immer der Vergleich mit der Gegenwart gesucht.⁴⁸ Es ist auch bei diesem Forschungsansatz klar zutagegetreten, daß die Jahre der Not nach dem Zweiten Weltkrieg einen abrupten Einschnitt und eine konkrete Störung im Gefüge der Alltäglichkeit verursachten; daß eine umfassende Krise, aber auch politische Gegebenheiten, die Versorgungsengpässe, der Hunger und die Kälte den Ablauf der gesamten täglichen Verrichtungen durcheinanderwirbelten, so daß schließlich der Alltag in der Krise auch eine Krise des Alltags bedeutete.

Relativ flexibel hätten Alltagsverhalten und -bewußtsein besonders der unteren Schichten sein können, welche schließlich Erfahrungen besaßen, die in der Regel von einem harten Lebenskampf unter ungünstigsten materiellen Bedingungen geprägt waren, die bereits oft Notzeiten erlebt hatten, und die sich nunmehr zu helfen lernten, so gut es eben ging.⁴⁹ Aber es erfolgte 1945 eben auch eine erstaunlich schnelle Umwertung der hergebrachten Normen des Alltagslebens – Beispiel dafür die Entwicklung der Notkriminalität, über die hier nicht im einzelnen zu handeln ist.

Doch die Tatsache, daß sich die Toleranzgrenzen in diesem Bereich ohne größere Probleme wieder geordneten Lebensverhältnissen einzupassen vermochten, zeigt auch etwas von der beachtlichen Flexibilität solcher Orientierungsmuster. Und noch eine interessante Beobachtung Alexander Links sei hier wiedergegeben: *Es ist jedermann klar, daß eine Schachtel Zigaretten oder eine Flasche Wein im Jahr 1947 einen gänzlich anderen Stellenwert hatten als vierzig (oder fünfzig) Jahre später. Was unter den Bedingungen des Mangels zu einem herausragenden Ereignis werden konnte, gehört bei ausreichender Versorgung zu den allgemein geltenden Standards, zum Bereich des Gewöhnlichen und Alltäglichen.* Das Maß an Befriedigung, das mit dem jeweiligen Ereignis oder der betreffenden Ware verbunden werde, sei höchst unterschiedlich. Es liege auf der Hand, *daß die Befriedigung von Wünschen und Bedürfnissen daher nur in*

47 Ebd., S. 263.

48 Ebd., S. 266.

49 Ebd., S. 267.

Relation zu dem jeweiligen Umfeld, zu den jeweils allgemein möglichen und von allen Beteiligten akzeptierten Standards beurteilt werden kann. Die vielen Berichte der Interviewpartner über beglückende Erlebnisse trotz allenthalben herrschender Not sprächen für eine solche Bewertung und dürften nicht als bloße Aufwertung oder gar Glorifizierung einer weit entrückten, trostlosen Vergangenheit abgetan werden. Die meisten, die die damalige Zeit bewußt erlebten, geben an, daß sie damals der Meinung waren oder es zumindest nicht ausschlossen, für den Rest ihrer Tage ein Leben in totaler Armut zu fristen, d. h. theoretisch übersetzt, daß die sog. Schrottzeit kein Ausnahmezustand geblieben, sondern zum Anfang einer neuen Ära geworden wäre. Doch wem es – wie es ja dann tatsächlich eintrat – nach einer Zeit äußerster Not und täglicher Bedrängnis endlich bessergehe, dem falle die Retrospektive besonders schwer. Armut sei dann nicht nur aus Erfahrung eine hassenswerte Angelegenheit, sondern gelte als äußerst peinlich – als ein Stück Vergangenheit, das nur ungern preisgegeben werde. Wenn allerdings dieses Stück persönlicher Biographie und Geschichte im Lauf der Jahre und Jahrzehnte weit genug vom gegenwärtigen Leben entrückt, wenn es sozusagen *fast nicht mehr wahr* sei, dann könnten die Barrieren schwinden, und die Distanz mache eine Auseinandersetzung möglich.⁵⁰

Mit Recht kommt Links minutiöse Untersuchung, in der die Nachkriegserfahrungen mit ihren besonderen Aspekten, der Beurteilung der Sieger, dem Verhältnis in der näheren Umgebung, in Familie und Nachbarschaft, aber auch die Problemfelder Wohnen, Ernährung, Mangelwaren und Notbehelfe, der Schwarzmarkt und auch die Nachkriegskriminalität erfaßt werden, zu dem Ergebnis, daß für eine Kategorisierung zunächst die Primärbedürfnisse, wie Essen, Wohnen und Kleidung, von entscheidender Bedeutung waren. Er macht dann folgende Unterscheidungen, summarisch aus den Lebensporträts und Erinnerungen gezogen: *„Wer von den Städtern noch eine Wohnung und einige zum Tausch gegen Lebensmittel geeignete Sachwerte sein eigen nennen konnte, war gegenüber Ausgebombten und Evakuierten entscheidend im Vorteil. Persönliche, verwandtschaftliche Beziehungen taten dabei meist ein übriges.* Außerdem sei das jeweilige Alter für die individuelle Einordnung der Nachkriegserfahrungen bedeutsam. *Wer die wichtigen Weichenstellungen seines Lebens schon vor dem Krieg hinter sich hatte, für den ergaben sich durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre nur noch wenige einschneidende Veränderungen, sofern wenigstens ein Minimum an Kontinuität der Lebensumstände gegeben war.* Seien diese Jahre jedoch ins Jugend- und frühe Erwachsenenalter gefallen, so blieben sie untrennbar mit dem weiteren Lebensweg verknüpft. *Sehr junge Menschen dagegen, für die folgenreiche biographische Wendepunkte erst in späteren Jahren anstanden, konnten sich ein eigenes Bild dieser Zeit mit einem Schwergewicht auf den abenteuerlichen Besonderheiten bewahren, die sich von den gewöhnlichen Verläufen der Alltäglichkeit spürbar entfernten. Sie stehen den besonderen Reizen dieser Lebensbedingungen weitaus unbefangener gegenüber.*

Bezeichnend aber bleibt insgesamt, daß die Erinnerung der Befragten weder ausschließlich auf negative Aspekte der Schrottzeit, noch auf eine vordergründig verklärende Sichtweise fixiert sei. So dürfe auch die innere Widersprüchlichkeit des Bildes

50 Ebd., S. 271.

von den Jahren zwischen 1945 und 1948 keineswegs nur als eine aus dem Gedächtnis heraus verzerrte Konstruktion gesehen werden: vielmehr bestätige der Blick auf unterschiedliches Quellenmaterial – und das möchte auch ich nach dem Studium einiger Nachlässe aus dieser Zeit durchaus bekräftigen – *daß das Leben in den Trümmern einer zerstörten Stadt eine eigentümliche Symbiose von positiven und negativen Erlebnisfeldern hervorbrachte*.⁵¹

Die Wunde AKK

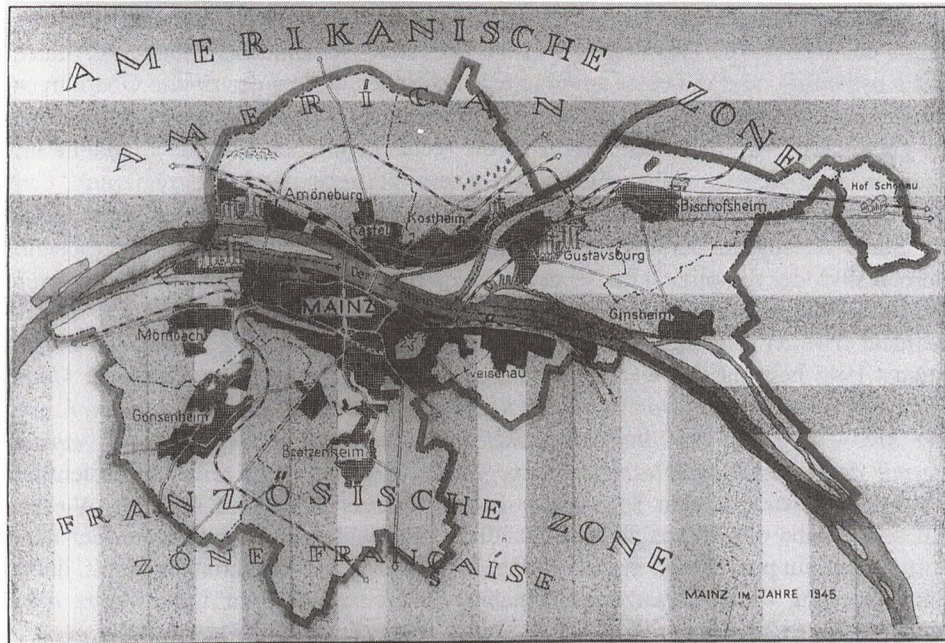
Ein Problem aus der unmittelbaren Nachkriegszeit und ihren neuen Ländern kraft Besatzungsstatut hat sich bis heute erhalten und bewegt immer wieder einmal links und rechts des Rheins die Gemüter: die Frage der AKK-Gemeinden Amöneburg, Kastel und Kostheim⁵² oder die einer amputierten Stadt oder, wie es der zweite Oberbürgermeister nach dem Kriege, Franz Stein, zu formulieren beliebte, Berlin und Mainz als die getrennten Städte Deutschlands. Daß die rechtsrheinischen Mainzer Stadtteile mit ihren ansehnlichen Gewerbegebieten von einem Vertreter der Militärregierung, dem Oberst Cowart, bereits kurz nach Einmarsch der Amerikaner dem Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, Krücke, einfachhin, sozusagen in einer Bierlaune, geschenkt worden sind, der Simplizität halber dem Regierungsbezirk Wiesbaden einverleibt wurden und schließlich bis heute dem Bundesland Hessen angehören – dies hätte damals niemand erwartet. Ziemlich eigenmächtig gab die Bezirksregierung Wiesbaden am 10. August 1945 bekannt: *Die auf Anordnung der Militärregierung vom Stadtkreis Mainz abgetrennten rechtsseitig von Main und Rhein gelegenen Gebietsteile Kostheim, Kastel und Amöneburg, die dem Regierungsbezirk Wiesbaden angeschlossen sind, werden hiermit dem Stadtkreis Wiesbaden eingegliedert*. Doch Krücke teilte, offensichtlich schlechten Gewissens, acht Tage später seinem Mainzer Kollegen Kraus mit, Wiesbaden selber habe die Eingemeindung der drei Orte nicht gewollt, weswegen der neue Zustand nur ein provisorischer sein werde. Er sei daher zu Vorkehrungen bereit, damit eine Änderung dieser Besatzungsmaßnahme und eine Rückkehr nach Mainz *ohne Schwierigkeiten erfolgen kann*.

Als jedoch der amerikanische oberste Befehlshaber General Dwight D. Eisenhower am 28. September 1945 in seiner Proklamation Nr. 2 den Rhein definitiv zur Grenze der amerikanischen Zone machte, war dennoch der einige Monate zuvor erfolgte Willkürakt nicht aus der Welt geschafft worden, obwohl das deutsche Recht – wie etwa Vereinbarungen über Eingemeindungsfragen, weiterhin, sofern nicht ausdrücklich aufgehoben, Geltung besitzen sollte. Von dieser Rechtsauffassung her versäumte Mainz

⁵¹ Ebd., S. 273.

⁵² Zu diesem Thema, das bis heute ein kommunalpolitischer „Dauerbrenner“ geblieben ist und noch immer einer endgültigen Lösung harret, die nur in einer freien Abstimmung in den AKK-Gemeinden bestehen kann, ob sie bei Wiesbaden bleiben oder nach Mainz zurückkehren wollen, vgl. vor allem Rolf DÖRRLAMM und Helmut WIRTH: Mainz, die amputierte Stadt. Mainz² 1986 (Hg. Werner HANFGARN). Siehe auch das Schwerpunktthema in Heft 2, 15. Jg. (1995) von MAINZ, Vierteljahreshefte, S. 16-30.

keine Gelegenheit, gegen die Amputation der Stadt zu protestieren. So übergab OB Kraus im Juni 1948 – also nach Konstituierung der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz – dem Ministerpräsidenten Peter Altmeier eine Denkschrift zur AKK-Frage, in der er offiziell und in aller Form den Mainzer Anspruch auf die Wiedereingliederung der rechtsrheinischen Stadtteile, die erst mit dem Einzug der Franzosen in das linksrheinische Mainz und dem gleichzeitigen Rückzug der Amerikaner hinter die Rheingrenze zur Zerreißung der Stadt geführt hätten, erhob. Zudem lägen in dieser territorialen Angelegenheit weder schriftliche Anordnungen oder Verfügungen vor, noch seien bestehende Gesetze und Abmachungen aufgehoben worden.



Stadtplan von Mainz 1945 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

In seinem Verständnis gehörten zu den gültigen Verträgen besonders jene, die zum Zweck der Eingemeindung geschlossen worden seien: 1908 mit Amöneburg und Kastel, 1913 mit Kostheim sowie schließlich 1930 mit Ginsheim/Gustavsburg und mit Bischofsheim. Die Teilung dieser Stadt sei widersinnig und unnatürlich, weil ihre beiden Teile links und rechts des Rheins historisch, sozial und demographisch derart eng zusammengehörten, daß jede künstliche Trennung durch eine Zonengrenze nachteilig für alle Beteiligten sei, wobei auch ein Widerspruch zu dem demokratischen Willen der Bevölkerung, eine Stadt zu bleiben, konstatiert werden müsse. Erst drei Jahre später, am 14. August 1951, schrieb Altmeier an seinen hessischen Kollegen Georg August Zinn im Sinn einer Rückführung der rechtsrheinischen Vororte nach Mainz, doch nunmehr weigerte sich die hessische Regierung, Gespräche über die AKK-Frage zu führen. Altmeier empfand eine gewisse Ohnmacht, tröstete sich und die Mainzer je-

doch mit Artikel 29 des Grundgesetzes; doch dieser war inzwischen einstweilen suspendiert worden. Warum es in der Folge trotz des Einspannens der hohen Bonner Politik und Politiker nicht gelang, einen als unerträglich empfundenen „Unrechtszustand“ zu bereinigen und alle Initiativen im Bundestag und zwischen den beiden Bundesländern versandeten sowie auch alle Bürgerinitiativen bis heute nichts fruchteten – eine solche Frage zu klären, würde den Rahmen dieser Nachkriegsbetrachtung sprengen.

Ich zitiere lediglich das Vorwort von Oberbürgermeister Franz Stein zu dem 1952 erschienenen Heft „Die neue Stadt. Zeitschrift für Architektur und Städtebau“, das unter der Überschrift steht: „Mainz, die amputierte Stadt im Westen, ruft nach Hilfe.“ Der OB führt aus: *Der Rhein als Zonengrenze hindert die Stadt Mainz, ihre industriereichen rechtsrheinischen Gebiete selbst zu verwalten. Es handelt sich um 6 Stadtteile mit über 40.000 Bürgern und einer Fläche von 4669 Hektar (während notabene das linksrheinische Stadtgebiet nur 4602 Hektar, bei allerdings rund 100.000 Einwohnern, umfaßte). Stein weiter: Mainz, das zu 80 Prozent ausgebombt wurde und damit das Schicksal vieler deutscher Städte teilt, steht aber als getrennte Stadt nur noch neben Berlin. Wenn der Glaube an eine deutsche und europäische Verständigung Bestand haben soll, dann muß die unablässige und eindeutige Forderung unserer Stadt, ihre Integrität wieder herzustellen, erfüllt werden.*

Entnazifizierung

Ich übergehe hier bewußt die Phase der Formierung der neuen antifaschistisch-demokratischen Parteien, weil noch in jüngster Zeit in Erinnerungen und Publikationen die Auseinandersetzungen ihrer Frauen und Männer der ersten Stunde um Zulassung mit der Besatzungsmacht zur Sprache kamen und im übrigen die frühen Daten, Beweggründe und Persönlichkeiten wissenschaftlich aufgearbeitet worden sind.⁵³ Bei den ersten Gemeinderatswahlen am 15. September 1946⁵⁴ standen in der Stadt Mainz fünf Wahlvorschläge zur Entscheidung an: SP, KP, CDU sowie Freie Liste „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ und „Freie Liste“ der Demokratie. Die Wahlbeteiligung lag bei 87,35 Prozent. Eindeutiger Sieger war damals, was sich erst 1994 wiederholen sollte, die CDU mit 42,3 Prozent und 16 der 36 Stadtratsmitglieder, während die Sozialdemokraten auf 11, die Kommunisten auf 5, die Freie Liste für Demokratie auf 3 und die Freie Liste für Wahrheit auf einen Sitz kamen. Als am 22. September der Mainzer Stadtrat zu seiner ersten Sitzung zur Wahl des Oberbürgermeisters und seiner Beige-

53 Zuletzt Anne MARTIN: Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, Mainz 1995. Vgl. auch Kathrin KUSCH: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951), Mainz 1989; Kurt WEITZEL: Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz, Mainz 1989; ders. zum regionalen Umfeld von Mainz: Von der CSVP zur CDU. Die Gründung der CDU in Rheinhessen 1945 bis 1947, Diss. Mainz, Frankfurt 1982.

54 Helmut MATHY: Atmet auf und packt an! Der demokratische Neuaufbau vor vierzig Jahren, in: Erinnerung an die ersten freien Wahlen 1946. Predigten, Grußworte und Festvortrag, gehalten beim Festakt des Landkreises Mainz-Bingen am 13. Oktober 1986 in der Katharinenkirche in Oppenheim, S. 25-49.

ordneten zusammentrat, wurde der von den Franzosen eingesetzte Dr. Emil Kraus mit 30 von 36 Stimmen (wieder)gewählt und damit demokratisch vollends legitimiert. Erster Beigeordneter wurde der Sozialdemokrat Max Hufschmidt aus Weisenau, während die CDU mit Dr. Quinibert Schwahn den zweiten und Karl Köth von der KP – der antifaschistische Zusammenhalt der frühen Parteien war noch maßgeblich – zum dritten Beigeordneten gewählt wurde.

Keine Frage jedoch hat nach 1945 die Gemüter so erregt wie die Entnazifizierung⁵⁵, über die der Neue Mainzer Anzeiger am 9. April 1946 folgenden Kommentar abgab: *Wenn es so weitergeht, sitzen in einem halben Jahr die Parteigenossen wieder fest in ihren Positionen. Schuld daran trägt die laue Entnazifizierung, die nach dem Grundsatz handelt: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!* Dann der weitere Vorwurf: *Glaubt man denn, auf solche Weise Zufriedenheit in unser zerrissenes Volk bringen zu können? Durch die ungerecht harten Maßnahmen der Entnazifizierungsausschüsse schafft sich der Staat keine Freunde. Im Gegenteil.* Am 26. April werden Angaben über den Stand der Arbeit in den Entnazifizierungsausschüssen gemacht. Da heißt es: *150 Beamte endgültig vom Dienst und Gehalt suspendiert, 130 Angestellte, 105 Arbeiter und sechs Polizeiangeestellte entlassen, 32 Polizeibeamte vom Dienst und Gehalt suspendiert. Vorläufig suspendiert sind noch: 49 Beamte, 50 Angestellte, zwei Arbeiter, 99 Polizeibeamte und zwei Polizeiangeestellte.*

Vergleicht man diese Zahlen mit den damals bei der Stadt Beschäftigten, so wurden rund 30 Prozent der Beamten, 12 Prozent der Angestellten, aber nur 7 Prozent der Arbeiterschaft entlassen. Bei den Lehrern seien von 168, so eine Berechnung vom Mai 1946, 22 entlassen, vier in den Ruhestand überwiesen, 19 versetzt bzw. zurückgestuft und immerhin doch 123 im Dienst belassen worden.

Optimismus und Lebenswille

In allen Optimismus-Parolen und dem Willen zur Neugestaltung wird die Mainzer Mentalität mit ihrer bejahenden Freude am Leben zitiert so in einem Artikel des Rheinischen Merkur vom 29. März 1946, in dem es u.a. heißt: *...Wenn in dem in Trümmer geschlagenen Deutschland zerstörte Städte abseits ihrer ursprünglichen Lage wieder aufgebaut werden sollen, so wird dies für die Stadt am Zusammenfluß von Rhein und Main, am Schnittpunkt großer Völkerstraßen, nicht zu gelten haben. Mainz kann nur an dem Punkt aufgebaut werden, wo es seit Jahrtausenden liegt.* Geographische Bedingungen verlören ihre verbindliche Gültigkeit keineswegs. Aus dieser Zuversicht schöpften die Kräfte, die heute in Mainz am Aufbau wirkten, ihre Zuversicht, die sie stark bleiben lasse gegenüber den im Augenblick fast unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten. Der Wille zur Neuschöpfung rege sich in der Tat *mit elementarer Gewalt.* Warum? *Es ist nicht nur das glückliche Naturell einer Bevölkerung, deren inneres Gleichmaß und bejahende Lebensfreude von jeher gerühmt werden; es ist vor allem auch die durch Krieg und Zusammenbruch völlig veränderte wirtschaftliche La-*

55 Vgl. RÖDEL (wie Anm. 17); außerdem Rainer MÖHLER: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992.

ge, die der Stadt in Zukunft zweifellos neue Ziele stecken werden. Fürs erste steht die riesengroße Aufgabe vor allen Verantwortlichen und Schaffenden: die Beseitigung der Trümmer, die der Krieg zurückgelassen hat. Trümmer in mehr als einem Sinn. Die Katastrophe des 27. Februar ist nicht der letzte Schlag gewesen, der die Stadt heimgesucht hat. Auch die Abtrennung der rechtsrheinisch gelegenen Bezirke, in denen sich der wesentlichste Teil der Mainzer Industrie befindet, kann sich nicht vorteilhaft auf die Erholung von einem hundertjährigen Niedergang und den schweren Folgen des Krieges auswirken. Die Loslösung von Mainz und seines Hinterlandes aus einem Wirtschaftsgebiet, mit dem es bis Kriegsende eng verflochten war, hat naturgemäß Störungen hervorgerufen, die das Tempo des Wiederaufbaues noch mehr verlangsamen müssen, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Doch allmählich werde die Talsohle durchschritten, und die Zahl der Beschäftigten in der Industrie Rheinhessens betrage etwa wieder 60 Prozent der Vergleichszahl vom Januar 1945. Doch dürfe man noch nicht übersehen, daß nur ein kleiner Teil von ihnen in der eigentlichen Produktion tätig sei, während die übrigen Aufräums- und Instandsetzungsarbeiten verrichteten. Der ehemals blühende Großhandel aller Zweige, insbesondere der wichtige Weinhandel, liege völlig am Boden. Doch ungeachtet solcher entmutigenden Voraussetzungen sei der Aufbau in allen Teilen der Bevölkerung mit Energie in Angriff genommen, und die starke Verbundenheit des Mainzers mit seiner Vaterstadt mache das für kaum denkbar Gehaltene möglich: daß sich in der so schwer getroffenen Stadt wieder eine Bevölkerung von rund 75.000 Menschen zusammenfände, die mit den vorhandenen geringen Mitteln ihre Behausungen instandzusetzen sich bemühe.

Ein starker Auftrieb, der sich auch im Wirtschaftlichen auswirken werde, sei durch die Wiedereröffnung der Universität gegeben. Wichtiger noch als die Wiederbelebung dieses alten Kulturzentrums auf historischem Boden sei die psychologische Wirkung, welche dieses Ereignis ausstrahle. *Mainz will, wenn auch zerstört, sich nicht totsagen lassen, sondern hat seinen Anspruch, weiter zu leben, energisch angemeldet. Das Wiederaufblühen des akademischen Lebens wird die kulturelle Arbeit, die heute bereits hier geleistet wird, in vielfältiger Weise anregen und befruchten. Und daß die Einwohner nicht nur leben wollen, sondern auch ihre Freude am Leben nicht verloren haben, hat sich mit aller gebotenen Zurückhaltung auf eine ebenso würdige wie unüberhörbare Weise in den jüngst vergangenen Tagen des Karnevals gezeigt.*

Was jedoch die Universität betrifft, so wurde, wie im Rheinischen Merkur vom 26. Juni festgestellt wurde, diese Maßnahme nicht überall verstanden, was jedoch begreiflich sei, zumal in den Kellern und Notbehausungen die Menschen Muße hätten, über die Segnungen der Technik und die „Errungenschaften des totalen Krieges“ nachzudenken. Glücklicherweise sei den maßgebenden Stellen davor nicht bange gewesen und die Chance nicht vertan worden, auch wenn die Entscheidung unpopulär war.

In Bezug auf die Planungen von Fachleuten internationalen Formats – offensichtlich ist hier an Marcel Lods gedacht – stellt der anonyme Autor fest: *So schwer Mainz auch getroffen ist, ein Vorteil bietet sich in seiner nur scheinbar verzweifelten Lage von selbst dar. Es kann von Grund auf neu geschaffen werden. Was viele Probleme des Städtebaus in anderen Ländern, selbst in Amerika, unlösbar macht: die Rücksicht auf investierte Kapitalien, braucht uns heute nicht mehr zu bekümmern. Sind einmal die*

wichtigsten rechtlichen Fragen als Voraussetzung eines großzügigen Neuaufbaus – Baulandumlegung, Enteignungsrecht usw. – im modernen Sinne gelöst (und diese Fragen beschäftigen zur Zeit Oberregierungspräsidium und Stadtverwaltung vordringlich), kann das Planen beginnen. Vieles, was vor dem geistigen Auge des Städtebauers als Bild des künftigen Mainz bereits Gestalt gewonnen hat, mag manchem heute noch als Utopie erscheinen. Sie braucht es nicht zu sein, wenn nach den Jahrzehnten der Zerstörung Europa und unserer Heimat eine lange Friedensära beschieden bleibt.

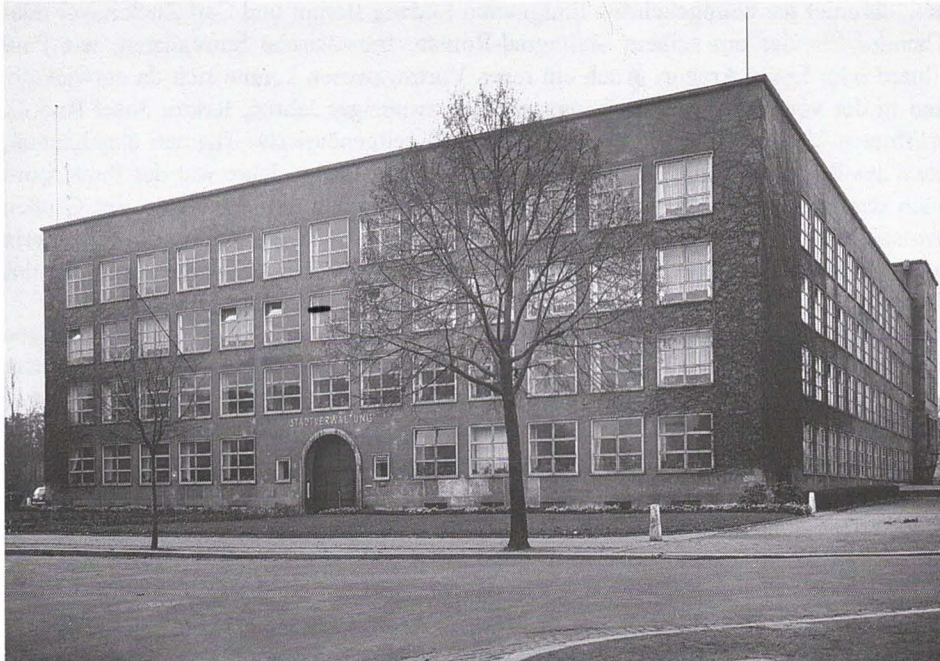
Der ganze Artikel atmet den Geist derer, die abseits von traditionellen Vorstellungen und einer stupiden Nostalgie die Chance ergreifen wollen: Zum erstenmal in der Geschichte wird der Wiederaufbau der Stadt nicht der Willkür und nicht dem Zufall überlassen bleiben. Engherziges Beharren in alten Vorstellungen wird sich nicht mehr behaupten können. Das Erbe der Vergangenheit im Stadtbild wird, so weit es einer solchen Pflege würdig ist, treu bewahrt; im übrigen aber atmen die Pläne der Städtebauer für Mainz Weltoffenheit, Großzügigkeit und Modernität. Die Industrie wird sich allmählich dort konzentrieren, wo in allen Großstädten der Welt ihr Platz ist: im Osten der Stadt; und wie die Produktionsstätten, so wird sich in Zukunft auch die Eisenbahn auf das rechte Rheinufer konzentriert sehen. Dorthin werden sich auch die (anzubauenden und zu modernisierenden) Hafenanlagen verlagern müssen. Auf der linken Rheinseite, die nicht mehr durch den breiten Schienenstrang eingeschnürt sein wird, können sich moderne Wohnviertel und Verwaltungszentren entwickeln. Ein breiter Grüngürtel zwischen der heutigen Stadt und ihren Vororten, innerhalb dessen nicht gebaut werden darf, wird das parasitäre Vordringen der Stadt auf das flache Land hinaus verhindern und damit die Möglichkeit für eine gesunde Weiterentwicklung von Stadt und Land gewährleisten.

Der Artikelschreiber gelangt zu einem Schluß, der eine ernsthafte Möglichkeit im Rahmen des Wiederaufbaus der Stadt fast utopisch skizziert: Die Aufstellung eines solchen Planes, aus dem hier nur einige Einzelheiten mitgeteilt worden sind, darf keineswegs als verfrüht angesehen werden, auch wenn seine Verwirklichung nicht sofort erfolgen kann. Aber wer bauen will, muß wissen, wohin er bauen kann und wo es sich zu bauen lohnt. Nach den ungeheuren Zerstörungen des Krieges ist ein anderer Weg als der sorgfältigster und wohlberechneter Gesamtplanung nicht denkbar. Neben den privaten Bauherren werden künftig Staat und Körperschaften öffentlichen Charakters treten. Der Aufbau ist daher eine Angelegenheit der Gesamtheit und kann nur vom Blickpunkt der Gesamtheit aus in Angriff genommen werden. Früher als irgendwo sonst werden in Mainz die Zukunftspläne dringendste Gegenwartsaufgabe werden: Mainz wird die erste Stadt der französischen Zone sein, die ihre Wiederauferstehung erlebt.

Kultur im Pulverturm

Bei der Eröffnung des Stadtrates am 22. September 1946 im Stadthaus, besser bekannt als Pulverturm, erklärte der soeben gewählte OB Dr. Emil Kraus: *Ich habe an der Stirnwand dieses Saales das Bild von der zerstörten Stadt Mainz anbringen lassen. Wenn die Wogen hochgehen, dann wollen wir einen Blick auf dieses Bild werfen, um*

zu wissen, welche Aufgabe wir zu erfüllen haben. Ich bin überzeugt, daß die von Ihnen als meine politischen Mitarbeiter gewählten Beigeordneten sowie die verantwortlichen Leiter der städtischen Verwaltungszweige mich in dieser schweren und so verantwortungsvollen Arbeit jederzeit unterstützen werden, denn nur so kann ich die gestellten Aufgaben erfüllen. Auf jeden Fall soll es einmal nicht heißen, daß mit der Selbstverwaltung die Aufgaben nicht hätten erfüllt werden können.



Mainzer Stadthaus am Pulverturm um 1965 (Foto: Stadtarchiv Mainz)

Vor allem der Pulverturm, der provisorische Sitz der Stadtverwaltung seit 1945, entwickelte sich in den ersten Nachkriegsjahren zu einem Kulturzentrum von Mainz. Die Anfänge im Konzertleben wurden Ende des Jahres 1945 im Neuen Mainzer Anzeiger gewürdigt: im vergangenen halben Jahr hätten sechs städtische Kammerkonzerte das ausgehungerte Publikum nach einjähriger Unterbrechung wieder an die *unversiegbaren Quellen alter und neuer Musik* heranzuführen gesucht. Günter Kehr und Karl Maria Zwissler als Dirigent wurden bestimmende Kulturgrößen auf musikalischem Sektor. Doch das Theater würde – so dachte man realistisch – noch lange mit dem Wiederaufbau warten müssen; der Pulverturm bot einen gewissen Ersatz, obwohl zunächst der Frankfurter Hof ins Gespräch gebracht worden war. Im Ausblick auf das Kulturleben des kommenden Jahres hieß es am 30. November 1945 im Neuen Mainzer Anzeiger, indem auf Bert Brecht und junge Mainzer Erstlinge verwiesen wird und Importe aus der Schweiz sowie von französischen und amerikanischen Bühnen angekündigt werden: *Neue Wege! Wir wollen Stücke sehen, die wir in diesen Jahren geistiger*

Sklaverei nicht sehen durften; wir wollen den Blick über die Grenzen. Wir möchten das Herz der Welt wieder schlagen hören. In Mainz sind junge Menschen am Werk, die mit ehrlicher Begeisterung schaffen. Es gibt nichts Schöneres als die Begeisterung der Jugend. Ihr gelte unsere Unterstützung!

Der Pulverturm als Theaterplatz, inzwischen Legende geworden, war ein Ort, an dem die Mainzer aus der Not eine Tugend gemacht haben und bereits manches andeuteten, was dann ab 1974 das neue Rathaus am Rhein auszeichnen sollte: Autorenlesungen, darunter die heimgekehrten Emigranten Ludwig Berger und Carl Zuckmayer oder Theodor Plievier mit seinem Stalingrad-Roman, französische Surrealisten, wie Paul Eluard oder Louis Aragon. Auch ein reges Vortragswesen konnte sich da entwickeln, und in der von einem Schulreformer aus den zwanziger Jahren, Rektor Josef Rudolf, eröffneten Volkshochschule wurden brennende zeitgenössische Themen abgehandelt, etwa das Buch von Eugen Kogon über den SS-Staat. Einige Jahre war der Pulverturm auch das Mainzer Funkhaus des Südwestfunks, und Emy Roeder, eine der Großen deutscher Kunst, hatte hier bis zu ihrem Tod 1971 ihr Atelier, in dem die Plastikerin wichtige Porträts entwarf, wie den Bildniskopf Hans Purrmanns sowie nicht zuletzt das Phönix-Relief für das Haus des Kunsthistorischen Instituts am Binger Schlag.⁵⁶

Auf die Neuformierung des Gewerkschaftswesens⁵⁷, der Presse⁵⁸, der geselligen und sportlichen Vereine⁵⁹ muß hier ebenso verzichtet werden wie auf eine genauere Untersuchung der Hungerkrise⁶⁰, zumal es hier bereits in dem Sammelband „Leben in den Trümmern, Mainz 1945 bis 1948“, erschienen 1985, nicht unbedeutende Ansätze gibt. Dagegen sei, um besonders der Mentalität der Mainzer Bevölkerung gerecht zu werden, von den Festen und Feiern in der zerstörten und zertrümmerten Stadt gesprochen. Eine solche Betrachtung hat davon auszugehen, daß besonders der französische Stadtkommandant Kleinmann bereits im Herbst 1945 die Initiative ergriff, um eine Karnevalsveranstaltung für die Mainzer Bürger zustande zu bringen. Es resultierten daraus jene inzwischen verklärten 14 Mainzer Abende im Februar und März 1946 in der Gaststätte „Mainzer Rad“, bei denen der unvergessene Seppel Glückert, der mit dem Nationalsozialismus in Konflikte gekommen war, sowie Karl Moerlé und Heinrich Hilsenbeck die Regie hatten; und einige Jahre später wurde das von Ernst Neger gesungene „Heile, heile Gänsje“ geradezu zu einem Exportschlager des Mainzer Le-

56 Frank M. SIEFARTH: Feiern in den Trümmern – eine zerstörte Stadt läßt ihre Traditionen wiederaufleben, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 155-160.

57 Hans BERKESSEL: Gewerkschaften in Mainz 1945 bis 1948, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 73-82.

58 Vgl. etwa Hedwig BRÜCHERT-SCHUNK: Von den Schwierigkeiten, 1947 eine Zeitung herauszugeben – die Gründung der 'Freiheit', in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 83-88; sowie zu dieser Zeitung und weit darüber hinaus neuerdings Stephan PIEROTH: Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945-1972. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit“, Mainz 1994.

59 Hanno BROO: Gesellige und Sportvereine in Mainz 1945 bis 1948, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 141-154.

60 Dazu Karl-Heinz ROTHENBERGER: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950, Boppard 1980.

benswillens. Allein zwischen dem 21. und 29. September 1946 gab es neben der Eröffnung des Weinmarktes auf dem Halleplatz, verschiedenen Konzerten, Kabarettaufführungen, sportlichen Wettkämpfen und einem mehrtägigen Kongreß der Weinhändler die Eröffnung einer Ausstellung moderner französischer Graphik im Französischen Haus am Liebfrauenplatz, der ehemaligen Hauptwache, heute Haus am Dom. Der eigene Reiz der neu beginnenden Kulturveranstaltungen in einer Stadt der Trümmer mit der jeweiligen Aufforderung, ein Brikett mitzubringen und zur Feier am Ende auch eine Flasche Wein, läßt bis heute die Herzen der Zeitzeugen höher schlagen, und mit Recht hat die Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz beim Landtag diese ersten kulturellen Blüten zum Thema eines zweibändigen Sammelwerkes gemacht. Trotz aller moralischen Anstrengungen, die Niederlage 1945 zu akzeptieren und die Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus einsichtig zu machen, kann gerade auf diesem Sektor, trotz allen Hungers und aller Niedergeschlagenheit und trotz des in der Beratenden Landesversammlung geäußerten apodiktisch und endgültig scheinenden Wortes *Für Gräber brauchen wir keine Verfassung*, auch vom neuen Geist einer neuen Studentengeneration zitiert werden: *Es war eine Lust zu überleben*.⁶¹

„Auferstehung“

Da diese Abhandlung ja den zeitlichen Rahmen zwischen 1944 und 1947 steckt, zitiere ich zum Schluß eine kurze Betrachtung aus dem Neuen Mainzer Anzeiger zu Ostern, 4. April 1947, unter dem Titel „Auferstehung“, wo es heißt: *Am Allerseelentage lagen auf einigen Trümmerhaufen der Altstadt frische Blumen und Kränze. Man hatte die Menschen nicht vergessen, deren Leiber noch unter den Ruinen begraben lagen. In der Woche, die dem Auferstehungsfest voranging, hielt in einer alten Gasse der Greifer eines Baggers plötzlich Menschenglieder zwischen seinen eisernen Zähnen. Arme und Beine, einen Totenschädel, auf dem grotesk noch der Stahlhelm des 'Luftschutzes' hing. Vor zwei Jahren hatten die Bomben die kleinen Häuser zerschmettert und die Menschenleben ausgelöscht, die in den unzulänglichen Kellern einen dürftigen Schutz vor der Vernichtung suchten. Wie aber sahen sie nun das Tageslicht wieder?! Verwest und verfallen, fast blank schon die Knochen, und in Staub zerfielen auch bereits die Kleiderfetzen, an denen man die Überreste der Erschlagenen aus dem Schutt ziehen wollte.*

Es warten vermutlich noch an manchen Stellen unserer Stadt Frauen, Männer und Kinder auf eine solche Auferstehung. Der Krieg hat uns noch nicht entlassen. Er blickt uns an aus der Not dieser Tage und aus den Trümmern, die nur allmählich entfernt werden können. Das große Entsetzen allein scheint gewichen, aber zuweilen überfällt es uns doch noch einmal. Wir wurden wieder stumm, als der Greifer die schaurige Ernte der unheilvollen Zeit in seinen Zähnen hielt.

Und doch müssen wir uns von dieser Vergangenheit losreißen. Wir brauchen unsere ganze Kraft, unseren heißen Glauben, auch unseren christlichen Auferstehungs-

61 Zitat von Hermann Klippel; vgl. Reinhard HIPPEN: Kabarett der Brettltstudenten, in: KEIM/LINK (wie Anm. 1), S. 161f.

*glauben, um wieder hoch und vorwärts in eine bessere Zeit zu kommen. Teuer sind uns die Toten; unsere Kinder aber wollen leben.*⁶²

Anhang

Erinnerung von Hans Gundrum

Vier Bürgermeister in sechs Tagen: Meine Erlebnisse in der Stadtverwaltung Mainz vom 18. bis 26. März 1945

1. Sonntag, der 18. März

Endlich geht es weiter! Nach sechsstündigem Aufenthalt verläßt der Personenzug im Dunkel des frühen März Morgens die Darmstädter Bahnhofshalle. Führe er doch schneller! Das Abteil ist nur mäßig besetzt; wer fährt auch nach Westen, der nicht muß? Die Nähe der Front drückt den Gesichtern und Gesprächen der Reisenden ihren unerbittlichen Stempel auf. – Nach Mainz – nach Mainz hämmert es fortwährend in meinem Blut im Takte der Räder. Da reißt mich ein Gesprächsfetzen aus meinem Brüten: Die Mainzer Brücken sind heute nacht gesprengt worden! – Ich versuche zu lachen: Welche Ausgeburt der Fantasie! – Ja, ja, die Brücken sind zerstört! – Unmöglich, es kann, es darf nicht sein! Heute nacht um 2 Uhr sind sie in die Luft geflogen! Sollte wirklich etwas dran sein?! – Von weitem hört man eine Sirene. Wenn es nur keinen Alarm gibt, bevor ich in der Stadt bin! – Bischofsheim – alles aussteigen! Also doch! – Es ist gegen 7 Uhr, ein klarer Vorfrühlingstag wölbt sich über der erwachenden Erde. Ich marschiere nach Gustavsburg. Radfahrer begegnen mir und einer ruft mich an: Wir sind die Nachhut und haben als letzte die Stadt verlassen. Die Verwaltung ist schon fort. Wer war das? – Richtig, ein Beamter des Kriegsschädenamtes. Die Sorge um meine Vaterstadt steigt wie ein Thermometer in der Sonne. Gottlob, am Main liegt eine Fähre bereit. In Kostheim laufe ich zur nahen Ortsverwaltung. Das Büro ist leer! Gibt es jetzt noch einen Sonntag? – Ich eile nach Kastel. Ruinen umstarren mich. Links vor dem Bahnhof eilen Menschen dem Rhein zu. Nun sehe ich das Ufer. Wie die Beeren an einer stattlichen Weintraube umlagern die Menschen den Landekopf der Fähre, die sich gerade langsam und schwarz voll Fahrgästen nähert. Während des Wartens tastet mein Blick über das zerkrätzte, leidende Antlitz der Stadt. Die Morgensonne beleuchtet es grell. – Nun geht die Fähre ab und gleitet langsam, wie im Zeitlupentempo, an der zerstörten Rheinbrücke entlang. Sinnlos ragen die beiden Auffahrten der schönen Brücke in die blaue Luft. Sinnlos, wie alles, was geschieht. – Ich eile durch die Stadt und die Gaustraße hinauf. Schnell heim, damit sie wissen, daß ich da bin! Kaum habe ich meine Angehörigen begrüßt, da gibt es Fliegeralarm. Während meine Frau mit den Kindern den Bunker aufsucht, eile ich ins Stadthaus. Dort ist jetzt mein Platz! Dort wird jeder gebraucht! – Im Hofe begegnet mir ein Vorgesetzter, im Luftschutzkeller treffe ich den Verwaltungsdirektor. Eine Schreibmaschine klappert. Es werden Marschbefehle ausgestellt. – Was wollen Sie hier? fragt man mich. Warum sind Sie nicht in Heidelberg geblieben? Dort waren Sie doch sicher! – Lassen Sie sich

62 Abgedruckt im Faksimile bei KOTZUR (wie Anm. 7), S. 111.

gleich einen Marschbefehl ausstellen! – Immer verständnisloser blicke ich um mich, bis ich begreife, was sich hier vollzieht. Ich sehe eine Zeitlang zu und überfliege das Verzeichnis der ausgestellten Marschbefehle. Es enthält so ziemlich alle maßgebenden Persönlichkeiten der Stadtverwaltung, alle Dezernenten und die meisten Amtsvorstände! Entsetzt frage ich, wer die zurückbleibende Verwaltung führen soll. – Das sei noch nicht bestimmt! – Man wartet auf Oberbürgermeister Ritter. – Ich höre, daß heute nachmittag um 5 Uhr am Winterhafen ein Schiff abgehen und das Gros der Verwaltung nach Rüsselsheim bringen soll. – Kümmern Sie sich um das Personalamt und um die Hauptverwaltung, sagt der Direktor zu mir. Erschüttert gehe ich nach Hause. – Am Nachmittag bin ich wieder in der Kunstgewerbeschule, die jetzt als Stadthaus dient. Von den oberen Beamten ist niemand mehr da. Ein Mitarbeiter vom Personalamt drückt mir die Kassenschranckschlüssel in die Hand. Er ist froh, daß er jemanden gefunden hat, dem er sie übergeben kann. – Das Haus leert sich. – Der Oberbürgermeister hat eine Verfügung erlassen, wonach Stadtamtmann Wolf mit der Weiterführung der Stadtverwaltung beauftragt ist. Außer diesem kurzen Satz enthält die Verfügung nichts!

2. Montag, der 19. März

Ich gehe um 8 Uhr ins Amt. Es ist kaum jemand da. Gegen 9 Uhr verliert Amtmann Wolf den Auftrag des Oberbürgermeisters vor wenigen anwesenden Beamten und Angestellten. Er verspricht, in den bevorstehenden schweren Tagen sein möglichstes zu tun und bittet um tatkräftige Mitarbeit. Für den anderen Tag um 9 Uhr wird eine Zusammenkunft der Dienststellenvorstände oder der erreichbaren Stellvertreter anberaumt. Die wenigen Anwesenden übernehmen die mündliche Benachrichtigung der in Betracht kommenden Beamten. Darüber vergeht der Tag. Inzwischen nähern sich die Amerikaner von Südwesten der Stadt.

3. Dienstag, der 20. März

Es ist 9 Uhr. Das Dienstzimmer des Oberbürgermeisters ist von etwa 30 Personen besetzt. Fast alle Dienststellen sind vertreten. Amtmann Wolf eröffnet die Besprechung und fordert die Dienststellen auf, das vorhandene Personal umgehend zu erfassen und dem Personalamt zu melden. Da erscheint unerwartet Oberbürgermeister Ritter und übernimmt den Vorsitz in der Versammlung. Er nimmt zu verschiedenen auf ihn einstürmenden Fragen Stellung. Insbesondere führt er aus, daß beabsichtigt gewesen sei, die gesamte Bevölkerung der Stadt über den Rhein zu führen. Da nun aber ein sehr großer Teil der Einwohner hier bleibe, müßten auch die wichtigsten Ämter. Ernährungsamt, Standesamt usw. hier vertreten bleiben. Auf den Hinweis des Regierungsrates Dr. Walther, daß die Amerikaner wohl kaum am Rhein stehen blieben, entgegnet Ritter mit dem Vorwurf, daß er wohl an dem Siege Deutschlands zweifle. In einer längeren nationalsozialistischen Propagandarede fordert er unverbrüchliche Treue zu Adolf Hitler, der das Deutsche Volk zum Siege führen werde. Die Ansprache wird von den Anwesenden schweigend angehört. Jeder hat seine eigenen Gedanken, die mit den leeren Worten des Redners nicht übereinstimmen. Dann stehe ich zum erstenmal dem Oberbürgermeister persönlich gegenüber. Ich kann mich der Frage nicht enthalten,

warum man alle verantwortlichen Beamten über den Rhein führe und nicht genügend für die Fortführung der Verwaltung in Mainz selbst gesorgt habe. Er entgegnet, hier gehe es nur noch um einige Tage, drüben aber solle die Stadtverwaltung Wochen und Monate arbeiten, da würden die tüchtigsten Beamten gebraucht. Daraufhin verläßt er das Haus, um der Stadt den Rücken zu kehren.

Nachmittags gegen 14 Uhr beginnt die Beschießung der Stadt durch die inzwischen herangekommenen amerikanischen Truppen. Trotzdem suche ich um 17 Uhr das Stadthaus auf; es ist jedoch niemand anwesend.

4. Mittwoch, der 21. März

Die Beschießung nimmt ihren ununterbrochenen Fortgang. Die Bevölkerung hält sich in den Kellern und Bunkern auf. Gegen Abend verläutet, daß die Stadt zu kampfloser Übergabe aufgefordert worden sei; bei Ablehnung solle ein Bombardement erfolgen. Man zittert um die Reste der unglücklichen Stadt. Nach einer Kampfpause von etwa 15 Minuten geht die Beschießung weiter. Sie hält, von Zwischenräumen unterbrochen, die ganze Nacht über an.

5. Donnerstag, der 22. März

Gegen 7 Uhr erscheinen die ersten amerikanischen Soldaten und tasten sich durch die Pariserstraße dem Gautor zu. Gewehrschüsse peitschen durch die Morgenstille. Maschinengewehre rattern. Wo sich ein Zivilist zeigt, wird er von den Soldaten aufgefordert, in den Keller zu gehen. Nachmittags konnte man vor dem Gautor schon die Straße passieren. Ich ging alsbald zum Stadthaus, traf aber niemanden an.

6. Freitag, der 23. März

Amtmann Wolf ist spurlos verschwunden. Weder vormittags noch später erscheint er im Stadthaus. Später wird bekannt, daß er am 20. März auf einer Fahrt nach Nackenheim von den Kriegsereignissen überrascht wurde und seitdem nicht nach Mainz zurückkehren konnte. Was tun? Die anwesenden Beamten verabreden für Samstag früh eine Besprechung der Dienststellenvertreter. Einem im Hause weilenden amerikanischen Offizier wird die geplante Versammlung bekanntgegeben. Er erwidert, daß ein Vertreter der amerikanischen Truppe hinzukommen werde.

7. Samstag, der 24. März

Die Versammlung, von etwa 20 Personen besucht, wird von Amtmann Fuchs eröffnet. Außer den Vertretern städtischer Behörden ist der Weinhändler Hans Georg Kuhn zugegen, der sich als von der amerikanischen Truppe eingesetzter Bürgermeister bezeichnet. Kurz nach Beginn der Besprechung erscheint auch ein amerikanischer Offizier mit Namen Oppenheim. In seiner Ansprache führt Herr Kuhn aus, daß er am 22. März 1945 gegen 14 Uhr von einem US-Oberst mündlich zum Bürgermeister ernannt worden sei. Nachdem er dem Oberst auf Befragen gesagt habe, daß der Oberbürgermeister nicht mehr anwesend sei, habe dieser erklärt: Dann sind Sie von jetzt ab der Bürgermeister! Gleichzeitig habe er ihm einige Anweisungen erteilt. – Herr Kuhn bit-

tet den anwesenden Vertreter der USA um Entbindung von seinem Auftrag, worauf Herr Oppenheim sich für unzuständig erklärt und sagt, daß er das Amt weiterzuführen habe. – Daraufhin nimmt Herr Kuhn seine Tätigkeit als kommissarischer Bürgermeister im Stadthaus auf.

Am gleichen Tage wird bekannt, daß sich am Kästrich ein Maueranschlag befindet mit der Aufforderung, alle Waffen bei der Militärregierung, Drususstraße 16, abzuliefern. Die Bekanntmachung ist rechts unten mit „Militärregierung“ und links mit „Bürgermeisterei gez. Schunk“ unterschrieben.

8. Sonntag, der 23. März

Herr Kuhn hatte inzwischen einige wichtige Verfügungen insbesondere wegen Bergung von Leichen und der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln getroffen. In einem Rundschreiben an die städtischen Dienststellen fordert er die Beamten, Angestellten und Arbeiter auf, ihren Dienst wieder aufzunehmen. Gegen Ende des Vormittags besucht er in meiner Begleitung den US-Leutnant Seaferd am Sitz der Militärregierung, Drususstraße 16 (Privatwohnung Schunk). Leutnant Seaferd erklärt, daß nur er die Vollmacht habe, bei seinem Eintreffen in Mainz einen Bürgermeister zu ernennen und daß er dies getan habe.

Bürgermeister sei Herr Schunk. Er, Kuhn, könne seine Funktion als erledigt betrachten. Daraufhin übergibt Herr Kuhn mündlich seinen Auftrag dem gleichfalls anwesenden Herrn Schunk. Ins Stadthaus zurückgekehrt, verabschiedet er sich um die Mittagszeit von den wenigen noch anwesenden Mitgliedern der Stadtverwaltung. Was nun?

Ich spreche mit verschiedenen Dienststellenleitern. Wir kommen zu dem Ergebnis, in einer Versammlung am folgenden Vormittag eine Entschließung zu fassen und der Militärregierung vorzuschlagen, Herrn Regierungsrat Dr. Walther zum Oberbürgermeister zu ernennen. Unter dieser Voraussetzung hatte sich Herr Dr. Walther uns gegenüber bereit erklärt, das schwere Amt zu übernehmen. – Der Tag vergeht mit Besprechungen und Benachrichtigungen.

9. Montag, der 26. März

Sorgenvoll gehe ich nach 8 Uhr ins Stadthaus. Unterwegs begegnet mir Herr Schunk und sagt, daß er von seinem Posten entbunden sei. Herr Dr. Walther sei noch am 25. März abends zum Oberbürgermeister ernannt worden.

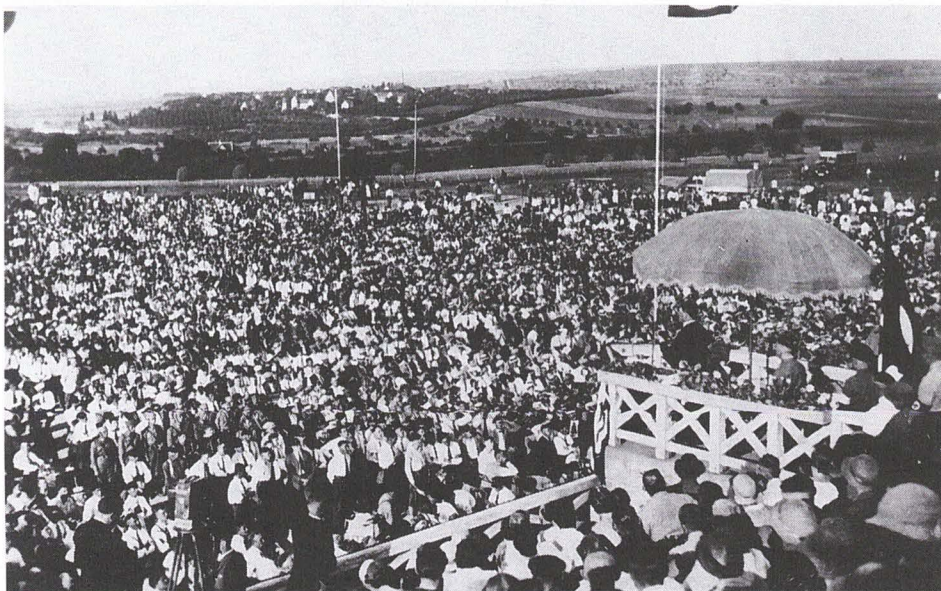
(aus: Nachlaß Michel Oppenheim, Kasten 8, Stadtarchiv Mainz)

RAINER KARNETH

1945 – KRIEGSENDE UND NEUBEGINN IN ALZEY UND UMGEBUNG

Anmerkungen zu einer Sonderausstellung des Museums der Stadt Alzey (28.4.-11.6.1995)

Am 20. März 1995 jährte sich zum 50. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges in Alzey. An diesem Tag wurde die Stadt, nachdem sie in der Nacht vom 19. auf den 20. März 1945 noch einmal unter Beschuß genommen worden war, kampfflos den Amerikanern übergeben. Die Schreckensbilanz der Kriegsjahre für Alzey lautete: 90 Tote unter der Zivilbevölkerung, wobei noch einmal 14 Personen nach der Besetzung durch die Amerikaner infolge ihrer Verletzungen starben; 430 Alzeier ließen als Soldaten ihr Leben bzw. gelten als vermißt. Durch Luftangriffe wurden in den Kriegsjahren 1940-1945 34 Wohnhäuser total zerstört, 40 teilweise und 198 nur leicht beschädigt; außerdem wurden 4 öffentliche Gebäude, 15 Handels- und Industrieunternehmen und 7 landwirtschaftliche Anwesen mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Gesamtzerstörungsgrad der Stadt Alzey betrug – diese Zahlen zugrundegelegt – etwa 16 Prozent.



Wahlkampfauftritt Hitlers in Alzey 1932 (Foto: Städtisches Museum Alzey)



Kriegszerstörungen in Alzey in der Spießgasse/Ecke Am Damm (aus: Alzey anno dazumal II 1930-1955, Landau 1982, S. 66)

Wenn sich die Bilanz für Alzey auch keineswegs so apokalyptisch liest wie für die benachbarten Städte Mainz oder Worms, so entlastet dies keineswegs von der Auseinandersetzung mit dem Geschehen und den Ereignissen vor 50 Jahren, den daraus resultierenden Folgen und den Ursachen, die dazu führten.

Mit fachwissenschaftlichem Anspruch und auf einem dementsprechenden Niveau angesiedelt, leistete dies das vom Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz in Verbindung mit der Stadt Alzey und dem Altertumsverein für Alzey

und Umgebung ausgerichtete 7. Alzeier Kolloquium zum Thema „Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947“.

Einer lokalen Sicht der Dinge hingegen war die vom Museum der Stadt Alzey erarbeitete und im Rahmen des Kolloquiums eröffnete Sonderausstellung „1945 – Kriegsende und Neubeginn in Alzey und Umgebung“ verpflichtet. Ihrem Anspruch nach bescheiden, bot sie jedoch den Vorzug, daß sich vor Ort im Fokus der lokalen Perspektive persönliche Erfahrungen und Sichtweisen und die wissenschaftliche Aufarbeitung leichter zu einer befruchtenden Verbindung zusammenfinden können.

Wie schwer dies jedoch sein kann, zeigte auch und gerade die durch die überbordende mediale Dauerpräsenz des Themas „50 Jahre Kriegsende“ entfachte, bisweilen allzu aufgeregt geführte Debatte um die Bewertung dieses Jahrestages, die – zumindest hintergründig – auch die Alzeier Tagung bestimmte. Angelpunkt der Kontroverse war dabei die Frage, ob und inwieweit sich die deutsche Kapitulation als Niederlage oder als Befreiung verstehen läßt bzw. verstanden werden muß. Ein besonderes Gewicht erhielt sie zudem dadurch, daß mit der Antwort auf diese Frage häufig zugleich eine vorschnelle moralisch-politische Etikettierung und Zuordnung verbunden wurde, wie sie etwa Heinrich Böll in einem fiktiven öffentlichen „Brief an meine Söhne“ formulierte: *Ihr werdet die Deutschen immer daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder Befreiung bezeichnen.*

Betrachtet man sich die Debatte etwas genauer, erweist sich ein Großteil der Kontroverse sehr schnell als Scheingefecht, sofern man nur klar und deutlich die Ebene benennt, auf der die Diskussion jeweils geführt wird.

Da ist zum ersten die Ebene der persönlichen Erfahrung, der Betroffenheit. Die Sicht der Ereignisse und Dinge ist hier im wesentlichen subjektiv und zudem vielfach stark gefühlsgeladener. Die Antworten, die man hier auf die Frage erhält, wie das Kriegsende erfahren und erlebt wurde, reichen von der Einschätzung, daß mit dem Kriegsende eine Welt und damit ein Glaube zusammengebrochen sei, bis zur Erleichterung darüber, daß der Schrecken des Krieges, vor allem die langen und zermürbenden Stunden im Luftschutzbunker nun endlich – bei allem, was die Zukunft bringen mochte – vorbei waren. Daneben gibt es sicherlich auch diejenigen, der den Einmarsch der Alliierten als wirkliche Befreiung von den Bedrückungen eines totalitären Regimes erfuhr und erlebte.

Da ist zum anderen die Ebene der historisch-fachwissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Kriegsende, die versucht, objektivierend und analytisch das Geschehen zu beschreiben und zu erklären, wobei auch und gerade die subjektiven Sichtweisen der Zeitzeugen selbst zum Gegenstand des wissenschaftlichen Raisonnements werden.

Und schließlich ist da zum dritten die Ebene unserer offiziellen bzw. offiziellen Erinnerungspolitik, die bemüht ist bzw. sich bemüht, mittels stetiger „Arbeit am nationalen Gedächtnis“ die kollektive Identität resp. das kollektive Bewußtsein unserer Nation zu bestimmen und festzulegen. Hierbei spielen neben Versatzstücken, die den beiden anderen Ebenen entlehnt werden, insbesondere moralische sowie politische Kategorien eine ganz entscheidende Rolle.



Einmarsch der Amerikaner in Alzey am 20. März 1945 (Foto: Städt. Museum Alzey)



Fritz Hess, der letzte Heimkehrer in Alzey nach 10 Jahren sowjetischer Gefangenschaft (Foto: Fritz Hess; Repro: H. W. Fischer)

Vieles von der Aufgeregtheit der aktuellen Debatte würde sich sicherlich legen, wenn sich die Diskutanten immer klar wären und sich Rechenschaft darüber ablegen würden, auf welcher der genannten Ebenen sie sich argumentativ bewegen.

Versucht man die Alzeier Ausstellung in dem skizzierten Ebenenmodell zu platzieren, so wird man sie – mit Abstrichen – auf der zweiten Ebene, d.h. derjenigen einer wissenschaftlichen Sicht der Dinge zu verorten haben. Zwar war der ursprünglichen Konzeption der Ausstellung nach geplant, wesentlich stärker die erste Ebene, die der subjektiven Erfahrungen, herauszustellen, doch auf Grund der zur Verfügung stehenden Exponate ist dies nur in Anklängen gelungen. Sicherlich fanden sich hier und da in den Ausstellungsrahmen Schriftstücke und Bilder bzw. in den Vitrinen Gegenstände, an die sich für diejenigen, die die Zeit miterlebt haben, Erinnerungen und Gefühle knüpfen: so z.B. die noch vorhandenen Reste aus einem CARE-Paket. Was jedoch nicht ausgestellt werden konnte und wohl auch nicht kann, ist die Freude, die Dankbarkeit, die sich damit verbanden, oder aber auch der verletzte Stolz angesichts solcher Gnadengaben. Insofern war die Ausstellung gekennzeichnet von einer Distanz zu den unmittelbaren Erfahrungen und zum Erleben der Zeitgenossen, die auch durch die detailgenaueste oder originellste Rekonstruktion bzw. Inszenierung letztlich nicht überbrückt werden kann. Hinzu kommt, daß es sich bei dem Gros der Ausstellungsstücke um Flachware handelte, hervorgegangen aus dem Verwaltungshandeln verschiedenster Behörden und Ämter – sei es der Militärregierungen, sei es der Stadt- oder Kreisverwaltung.

Das Ziel einer solchen Ausstellung und die damit verbundene Intention konnte mithin nur heißen, mittels der Exponate der älteren Generation der Zeitzeugen eine Brücke zu den eigenen Erinnerungen zu bauen und diese einzuladen, sich im distanzierten, im Licht der wissenschaftlichen Feststellungen gebrochenen Rückblick mit den eigenen Erfahrungen und Erlebnissen jener Jahre auseinanderzusetzen. Auch für die Nachgeborenen, die diese Zeit selbst nicht erlebt haben, sollte durch die Ausstellung ein möglichst anschaulicher Zugang geschaffen werden, wobei insbesondere sie auf die museumsdidaktische und -pädagogische Vermittlung angewiesen sind, da bei allem Nimbus der Geschichte, der die Exponate umgibt, letztlich nur so ein Verständnis für die historischen Zusammenhänge und damit ein „Bild der Zeit“ – wie vage dies auch immer bleibt – gewonnen werden kann.

Der zeitliche Rahmen der chronologisch aufgebauten Sonderausstellung erstreckte sich von der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1932/33 über die Besatzung der Amerikaner und Franzosen bis zur Rückkehr des letzten Alzeier Kriegsgefangenen 1955. Dabei wurde die Chronologie zugleich in Bezug zu Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen gesetzt. Denn weder sollten die Gründe, die beinahe weltweit zu millionenfachem Tod und Zerstörung führten, unthematisiert bleiben, noch sollte das Leid der deutschen Bevölkerung, auch das der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, durch eine allzu einfache Schuldzuweisung negiert werden.

Im einzelnen wurden folgende Themenbereiche aus- und vorgestellt: Der Anfang vom Ende – die nationalsozialistische Machtergreifung; Luftkrieg und Luftverteidigung; das Ende des Krieges in Alzey und Umgebung; Bilanz des Krieges; die amerikanische und französische Besatzung; Requisitionen; die Versorgungslage; Kultur statt

Brot; die Entnazifizierung; der politische Neubeginn; das Kriegsgefangenenlager Bretzenheim; ein Alzeier Spätheimkehrer – das Beispiel Fritz Hess; die Währungsreform; Flucht und Vertreibung; Zeitgeschichte philatelistisch.

ORTS- UND PERSONENREGISTER

- Aachen 1, 2, 4, 6, 11, 12, 21, 22, 23, 24,
 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 97, 99, 101,
 114, 120, 121, 142, 146, 147, 149, 151,
 156, 216
 Adenauer, Dr. Konrad (Oberbürgermeister
 von Köln) 5, 6, 8, 9, 10, 13, 14, 17, 23,
 33
 Ahrweiler (Eifel) 43, 113
 Als, Robert (luxemb. Innenminister 1945)
 74
 Alsdorf (Eifel) 151
 Altmeier, Peter (Ministerpräsident von
 Rheinland-Pfalz) 117, 125, 136, 173,
 213, 232
 Altwied (Rhein) 110
 Alzey (Rheinhessen) 60, 214, 245, 246,
 247, 248, 249
 Améry, Jean (französ. Schriftsteller) 101
 Amöneburg (bis 1945 Stadtteil von Mainz)
 199, 231, 232
 Andernach (Rhein) 107, 108, 112, 113,
 114, 117, 125
 Andersch, Alfred (dt. Schriftsteller) 100,
 105
 Annweiler (Pfalz) 171
 Antwerpen (Belgien) 102
 Aragon, Louis (französ. Schriftsteller) 238
 Arens, Dr. Fritz (Kunsthistoriker) 195,
 211
 Athen 217
 Auschwitz 21
 Bacharach (Rhein) 65
 Bad Bergzabern (Pfalz) 175
 Bad Dürkheim (Pfalz) 66
 Bad Ems (Lahn) 130, 136
 Bad Godesberg 3
 Bad Honnef (Rhein) 4, 23, 110
 Bad Kreuznach (Nahe) 109, 117, 125,
 158, 214
 Bad Marienberg (Westerwald) 35, 56, 63
 Bad Nauheim (Hessen) 102
 Bad Salzig (Rhein) 109
 Bad Sinzig (Rhein) 117
 Baden-Baden 163, 176, 179, 181, 184,
 187, 221
 Balbach, Frau 226
 Bardo (Mainzer Erzbischof) 62
 Barracough, Sir John (britischer Briga-
 dier) 12, 17
 BASF (Ludwigshafen) 39, 161, 172
 Bastogne (Belgien) 102, 103
 Bech, Joseph (luxemb. Außenminister
 1945) 75, 81
 Bellheim (Pfalz) 36
 Bender, Karl 47
 Benrath (Vorort von Düsseldorf) 14
 Bensberg (bei Köln) 14
 Berger, Gottlob (Chef des SS-Hauptamtes)
 150
 Berger, Ludwig (Schriftsteller) 238
 Bergisch Gladbach 14
 Berlin 155, 166, 187, 195, 201, 231, 233
 Bernkastel (Mosel) 11, 66, 104, 119
 Bettingen (Eifel) 35
 Betzdorf (Westerwald) 44
 Beyer, Dr. (General) 152
 Bidault, Georges (französ. Außenminister)
 85
 Biewer (bei Trier) 64
 Billigheim (Pfalz) 66
 Billotte, Pierre (französ. General) 137
 Billstein, Dr. Heinrich (Beigeordneter in
 Köln) 5
 Bingen (Rhein) 214, 218
 Birkenfeld (Nahe) 34, 64
 Bischofsheim (bis 1945 Stadtteil von
 Mainz) 232, 240
 Bismarck, Otto von 178
 Bitburg (Eifel) 40, 103
 Bleialf (Eifel) 103
 Bleibuir 155
 Boden, Dr. Wilhelm (Regierungspräsident
 von Koblenz) 105, 121, 124, 125, 126,
 128, 129, 134, 135, 136, 137, 138
 Böll, Heinrich (Schriftsteller) 247
 Bonn 2, 3, 4, 6, 8, 12, 15, 16, 120, 152,
 233
 Boppard (Rhein) 107, 130
 Bormann, Martin (Sekretär von Adolf
 Hitler) 152

- Bouley, Jean Claude (französ. General) 176
 Bradley, Omar N. (kommand. U.S.-General der 12. Armeegruppe) 97, 111, 140
 Brandscheid (Eifel) 38, 53
 Braubach (Rhein) 65
 Brauweiler 14
 Brecht, Bert (Schriftsteller) 237
 Breitbach, Friedrich (Oberbürgermeister von Trier) 104, 106
 Bremen 55
 Bretzenheim (Nahe) 62, 117, 250
 Bretzenheim (Stadtteil von Mainz) 207
 Brisch, Josef (Oberbürgermeister von Solingen) 7
 Broden (Mosel) 109
 Brodenbach (Mosel) 109
 Brühl (Rheinland) 14
 Budenheim (bei Mainz) 225
 Bukarest 140
 Burgen (Mosel) 109
 Busch, Dr. Clemens (Reichsrichter am Reichsfinanzhof, Regierungspräsident in Köln) 12
 Cattepoel (NS-Kreisleiter von Koblenz) 108
 Chaffin, Wendel T. (U.S.-Oberstleutnant) 119
 Charlotte, Großherzogin (regierendes Staatsoberhaupt von Luxemburg während des Zweiten Weltkriegs) 73
 Churchill, Sir Winston 28, 194
 Coventry (Großbritannien) 194, 195
 Cowart (U.S.-Oberst) 231
 Daaden 115
 Daleiden (Eifel) 45
 Darmstadt 198, 202, 212, 240
 Dassen, Dr. Carl (Leiter d. Tiefbauamts u. Baudezernent in Mainz) 193, 197, 201, 216, 217, 219, 220, 221
 Daubach (Kr. Bad Kreuznach) 35
 Daun (Eifel) 81
 de Gaulle, Charles (französ. General) 84, 176, 180, 187
 Dedenbach, Michel (Bürgermeister von Andernach) 113
 Deidesheim (Pfalz) 65
 Dernbach (Westerwald) 67
 Dichtelbach (Hunsrück) 38
 Diebener, Wilhelm (ev. Pfarrer) 202
 Diehl, Adam 36
 Diehl, Lorenz 202
 Diekirch (Luxemburg) 71
 Dietrich, Sepp (General) 103
 Dietz, Frau 226
 Dinant (Belgien) 102
 Dincklage, Joseph (Major) 101
 Doetsch, Hermann (Bürgermeister von Münstermaifeld, Landrat von Mayen) 113
 Dörrebach (Hunsrück) 54
 Dortmund 168
 Dresden 194
 Düdelingen (Luxemburg) 72
 Duisburg 7, 10, 13, 15, 17
 Düren 101, 143
 Düsseldorf 2, 3, 7, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 120, 121
 Echternach (Luxemburg) 73
 Eckweiler (Eifel) 36
 Edenkoben (Pfalz) 62
 Ehrenbreitstein (Festung b. Koblenz) 111, 127
 Eisenhower, General Dwight D. (oberster Befehlshaber der U.S.-Streitkräfte) 25, 30, 231
 Elcherath (b. Winterspelt/Eifel) 100
 Eluard, Paul (französ. Schriftsteller) 238
 Elverfeldt, von (dt. Generalmajor) 146
 Emmerich (Rhein) 143
 Engers (Rhein) 107
 Erhard, Ludwig 33
 Ernzem (Eifel) 53
 Esch/Alzette (Luxemburg) 71, 75
 Eschenburg, Theodor 46, 162
 Essen 7, 10, 13, 15, 17, 212
 Falk, Johannes (Oberbürgermeister von Bonn) 6
 Felix, Prinz (Gemahl der Großherzogin Charlotte von Luxemburg) 73
 Feller, Willy (Minister für Wiederaufbau und Verkehr Rheinl.-Pfalz) 217
 Filsen (bei Koblenz) 109
 Finthen (Stadtteil von Mainz) 225
 Föhren (Kreis Trier-Saarburg) 33
 Fork, Bernhard 47

- Frankfurt am Main 198, 220, 222, 237
Franzenheim (bei Trier) 103
Freitag, Alfred 202
Frieden, Pierre 74
Friesenhagen (Westerwald) 109, 119
Friesenheim (bei Ludwigshafen) 44
Fritzen, Dipl.-Ing. 205, 208
Fröbe, Gerd (Schauspieler) 173
Fuchs (Amtmann) 242
Fuchs, Dr. Hans (Oberpräsident Rheinprovinz und der Nord-Rhein-Provinz) 11, 12, 18, 119, 120, 121, 123
Fuchs, Fritz (1937 bis 1945 NS-Kreisleiter Mainz) 202
Füllenbach, Wilhelm (Oberbürgermeister von Düsseldorf) 18
Gabriela, Schwester OSD 62
Geldern (Niederlande) 143, 144
Gemünden (Hunsrück) 51
Germersheim (Pfalz) 175
Gimmeldingen (Pfalz) 65
Ginsheim/Gustavsburg (bis 1945 Stadtteil von Mainz) 232
Glückert, Seppel 47, 238
Godramstein (Pfalz) 36
Goebbels, Dr. Joseph (Reichspropagandaminister) 6, 98, 99, 100, 140, 157
Goethe, Johann Wolfgang von (dt. Dichter) 215
Gonsenheim (Stadtteil von Mainz) 64, 207, 212, 225
Gorges, Dr. Konrad (Oberbürgermeister von Trier, kommiss. Oberbürgermeister von Koblenz) 104, 112
Görlinger, Robert (SPD-Politiker, Oberbürgermeister von Köln) 17
Gotttron, Adam 196
Grebner, Dipl.-Ing. Fritz 212
Grohé, Josef (NS-Gauleiter Köln-Aachen) 148, 157
Grohsjean, Christine 35
Gropius, Martin (Architekt) 217
Grosche, Dr. Robert (kath. Stadtdechant in Köln) 4
Guérin, Henri (französ. Gouverneur) 220, 221
Gundrum, Hans 240
Gustavsburg (bis 1945 Stadtteil von Mainz) 240
Gusterath (bei Trier) 103
Gutweiler (bei Trier) 103
Haberer, Dr. (Landrat) 65
Habscheid (Eifel) 100
Halein, Josefine 226
Hanau (Main) 218
Harris, Arthur 194
Hattgenstein (bei Birkenfeld) 34
Hechtsheim (bei Mainz) 36, 199
Heidesheim (bei Mainz) 117
Heimerich, Dr. Hermann (Oberpräsident von Saarland-Pfalz-Süd Hessen) 120, 121, 122, 123, 137
Hollands 27
Henke, Klaus-Dietmar 180
Herfeldt, Egon (Bürgermeister von Andernach) 112
Hermeskeil (bei Trier) 103
Herrmann, Paul 202
Hess, Fritz (Alzey) 248, 250
Hettier de Boislambert, Claude (französ. General, Generalgouverneur von Rheinland-Pfalz) 129, 131, 136, 183, 190
Hiecke (Ministerialdirigent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung) 195
Hilsenbeck, Heinrich 47, 238
Himmler, Albert 202
Himmler, Heinrich (Reichsführer SS) 22, 28, 43, 144, 149, 150, 151, 156
Hitler, Adolf 3, 21, 22, 23, 69, 97, 98, 102, 114, 142, 144, 147, 148, 149, 150, 152, 178, 190, 194, 241, 245
Hockweiler (bei Trier) 103
Hodges (U.S.-Generalleutnant) 97
Homscheid, Albert (Dechant in Koblenz) 131
Hontheim (Eifel) 100
Horchheim 108
Hufschmidt, Max (Beigeordneter in Mainz) 234
Hüls 152
Hürtgenwald (bei Aachen) 101, 142, 147, 151
Ingelheim (Rhein) 36
Irrel (nw. Trier) 53, 55, 64
-

- Irsch (Saar) 103
 Jacobsen (General) 216
 Jansen, Quirin (Oberbürgermeister von Aachen) 22
 Jean, Erbgroßherzog 73, 101, 183
 Johann der Blinde (Graf von Luxemburg und König von Böhmen, 1346 in der Schlacht bei Crécy gefallen) 80
 Jülich (bei Aachen) 143, 150
 Junges, Dr. (Regierungskommissar für Umquartierung) 128
 Junglinster (Luxemburg) 72
 Jünkerath (Eifel) 146
 Junkersdorf (Kölner Vorort) 152
 Kaiserslautern (Pfalz) 53, 62, 169, 172
 Kalifa (französischer Armeearabbiner) 215
 Kaltenbrunner, Ernst (Chef des Reichssicherheitshauptamtes) 72
 Kastel (bis 1945 Stadtteil von Mainz) 199, 202, 222, 225, 231, 232, 240
 Kästner, Erich (Schriftsteller) 38
 Katyn (Polen) 150
 Kehr, Günter 237
 Keitel, Wilhelm (Generalfeldmarschall, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) 152
 Keller, Ludwig (NS-Ortsgruppenleiter in Mainz-Weisenau, Verwalter d. Wirtschaftsamt Mainz) 35, 56, 203, 242
 Kemper, Heinrich (Oberbürgermeister von Trier) 106
 Keppeshausen (Eifel) 99
 Kimbrough (U.S.-Captain) 101
 Kirchberg (Hunsrück) 51
 Kleinmann, Louis Theodore (französ. Major, Mainzer Stadtkommandant) 47, 203, 238
 Koblenz (Mosel) 109
 Koblenz 2, 3, 6, 7, 10, 12, 15, 39, 42, 44, 50, 53, 54, 58, 60, 62, 64, 73, 104, 105, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 119, 120, 121, 122, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 146, 184, 214, 217
 Koch, Carl Felix (Oberregierungsvizepräsident der Pfalz) 63, 186
 Koeltz, Louis-Marie (französ. General, Leiter der französischen Kontrollratsgruppe) 187
 Koenig, Pierre-Marie (französ. General, Oberkommandierender d. französ. Militärregierung) 60, 61, 137, 176, 187, 203, 220
 Kogon, Eugen (Publizist) 238
 Kolb, Walter (Oberbürgermeister von Düsseldorf, später von Frankfurt a.M.) 18
 Köln 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 23, 48, 103, 120, 121, 140, 142, 143, 146, 148, 149, 152, 154, 155, 156, 157, 220
 Köln-Ehrenfeld 156
 Königsbach (Pfalz) 65
 Königsberg (Ostpreußen) 140
 Konsbrück, Guillaume (u.a. luxemb. Wirtschaftsminister 1945) 74
 Konz (Mosel) 103, 106
 Korlingen (bei Trier) 103
 Körperich (Eifel) 55, 65
 Kostheim (bis 1945 Stadtteil von Mainz) 202, 231, 232, 240
 Köth, Karl (Beigeordneter in Mainz) 234
 Kraus, Dr. Emil (Oberbürgermeister von Mainz) 49, 202, 204, 205, 213, 218, 219, 220, 231, 232, 234, 236
 Krefeld 7, 102, 155
 Krekel (Pfarrer von Winterspelt) 100, 103
 Kreyßig, Eduard (Stadtbaumeister Mainz) 198
 Krücke (Oberbürgermeister von Wiesbaden) 231
 Kuetgens, Felix (Museumsdirektor in Aachen) 22
 Kuhn, Hans Georg 197, 242, 243
 Kurth, Wilhelm (Oberbürgermeister von Koblenz) 112, 118, 124, 125, 129, 131, 133
 Kusel (pfälz. Bergland) 172
 Kyll (Eifel) 103
 Laffon, Emile (Generalverwalter, Leiter der französischen zivilen Besatzungsverwaltung und Stellvertreter Pierre-Marie Koenigs) 136, 176, 178, 179, 180, 181, 182, 185, 187, 189, 203
 Lahnstein (Rhein) 111, 214

- Lahr (Eifel) 63, 64
Lammersdorf (Eifel) 100
Lampaden (bei Trier) 103
Landau (Pfalz) 44, 64, 163, 165, 170, 175, 214, 246
Landstuhl (Pfalz) 34, 44, 61, 64
Lanters, Franz (Hafen- und Verkehrsdirektor, kommiss. Oberbürgermeister von Koblenz) 10, 112, 127
Laubenheim (Stadtteil von Mainz) 61
Le Corbusier (französ. Architekt) 217
Lehr, Dr. Robert (Oberpräsident der Nordrhein-Provinz, vor 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf) 18
Leitermann, Heinz (Kunsthistoriker) 199
Lenz, Siegfried (Schriftsteller) 105
Liessem, Thomas 48
Lods, Madame 221
Lods, Marcel (französ. Architekt) 216, 217, 218, 219, 220, 221, 235
Löffler (Oberstleutnant, Kampfkommandant von Koblenz) 108
London 69, 70, 88
Loudig (französ. Major, Stadtkommandant von Koblenz) 125, 134
Lude, Ludwig Philipp (Gewerkschafter, Regierungspräsident in Aachen) 11
Ludwig, Josef 202
Ludwigshafen (Rhein) 39, 44, 51, 52, 53, 61, 64, 161, 171, 172
Luther, Martin 178
Lützel (Stadtteil von Koblenz) 107
Luxemburg (Hauptstadt des Großherzogtums Luxemburg) 71, 82, 247
Mainz 39, 40, 42, 43, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 60, 61, 62, 65, 66, 109, 131, 137, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 227, 228, 229, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 242, 243, 246
Malmedy (Belgien) 151
Malraux, André (französ. Informationsminister) 84
Mannheim 171
Manteuffel (General) 102
Marburg 73
Margue, Nicolas (u.a. luxemb. Landwirtschaftsminister 1945) 74
Marmagen (Eifel) 152
Martens, Major Cl. (amerikanischer Stadtkommandant Mainz) 201
Maspelt (Belgien) 101
Mastershausen (Hunsrück) 104
May, Ernst (Architekt) 217
Mayen (Eifel) 40, 66, 107, 111, 113
Mell, Max 62
Mengerschied (Hunsrück) 36, 40, 46, 58
Metz (Frankreich) 101
Metzdorf, Johann (kath. Pfarrer von Herz Jesu in Koblenz)) 127
Meuser (Prokurist) 112
Miesenheim 117
Model, Walter (Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B der Wehrmacht) 140, 141
Moerlé, Karl 47, 238
Mommenheim (bei Mainz) 36
Mönchengladbach 6, 16
Mons (Frankreich) 97
Montabaur (Westerwald) 131, 136, 137
Montréal (Kanada) 70
Morgenthau, Henry (U.S.-Finanzminister) 30, 99
Moselweiß (Stadtteil von Koblenz) 107
Müden (Mosel) 109
Mülheim (bei Koblenz) 7, 13, 15
Müller, Albert (NS-Kreisleiter in Trier) 102
München 65
Münster 145
Münstermaifeld (Mosel) 113, 131
Murphy, Robert (U.S.-Diplomat, politischer Berater Eisenhowers) 25, 26, 29, 30, 31
Nackenheim (Rhein) 46, 48, 242
Neger, Ernst 238
Nettersheim (Ahr) 152
Neuerburg (Eifel) 58
Neustadt a.d.W. 105, 121, 198, 199, 202, 205, 218, 224
Neuwied (Rhein) 107, 111, 214
Nickenig, Johannes (Pfarrer) 35
Niederfell (Mosel) 109

- Nierstein (Rhein) 36
 Nürnberg 51, 184
 Nußdorf (bei Landau) 165
 Oberhausen 7, 15
 Oberkassel (Vorort von Düsseldorf) 14
 Oberlahnstein (Rhein) 107, 125, 129
 Ober-Olm (bei Mainz) 209, 210
 Oberstein (Stadtteil von Idar-Oberstein, Nahe) 118
 Oberwerth (Stadtteil von Koblenz) 135
 Oberwesel (Rhein) 65, 114
 Odenthal, Willy (Leiter d. Arbeitsamtes Mainz, Sozialminister Rheinl.-Pfalz) 208
 Ohlhof, Fritz (Redakteur, Leiter der Städt. Betreuungsstelle für die Opfer des Nationalsozialismus in Mainz) 202, 203
 Oppenheim (U.S.-Offizier) 197
 Oppenheim, Michel (Regierungsrat, Kulturdezernent Mainz) 193, 201, 208, 209, 210, 211, 214, 216, 242, 243
 Oppenhoff, Franz (Oberbürgermeister von Aachen) 6, 23, 24, 26, 27, 28
 Oradour (Frankreich) 228
 Orscholz (Saar) 101, 103
 Paderborn 88
 Padover, Saul (Geschichtspräsident, Mitarbeiter in der Abteilung für Psychologische Kriegführung der U.S.-Armee) 26, 27, 28, 29, 30, 31
 Paris 97, 140, 163, 180, 187, 190, 217, 220, 221
 Patterson, Oberst John K. (U.S.-Militärverwaltung) 3, 5, 7, 9
 Patton, George Smith (U.S.-General der 3. Armee) 97, 101, 102, 108, 199
 Petingen (Luxemburg) 73
 Petzel, Karl (Leiter d. Wirtschaftsamtes Mainz) 202
 Petzold, Erich (Leiter d. Hochbauamtes Mainz) 218, 221
 Pick, Dr. Georg (Freireligiöser Pfarrer) 216
 Pirmasens (Pfalz) 39
 Plievier, Theodor (Schriftsteller) 238
 Pluwig (bei Trier) 103
 Prior, Major J. Alan (Vertreter der britischen Militärverwaltung für den Stadtkreis Köln) 12, 13, 17, 18
 Prüm (Eifel) 40, 101, 103
 Pünder, Dr. Hermann (Oberbürgermeister von Köln) 13, 16, 18
 Queichheim (Pfalz) 59
 Ragache, George (französ. Leutnant, Verbindungs-offizier II. Korps) 123
 Ramstein (Pfalz) 37, 46
 Rascheid (Eifel) 100
 Raskin, Dr. Heinrich (Oberbürgermeister von Trier) 106
 Remagen (Rhein) 7, 108, 117, 142
 Remscheid 7, 16
 Rheingönheim (Pfalz) 51
 Rheydt 6, 7, 16
 Ritter, Heinrich (Oberbürgermeister von Mainz) 197, 241
 Roeder, Emy (Bildhauerin) 238
 Rommel, Erwin (General) 97
 Rommersheim (Eifel) 101
 Roosevelt, Franklin D. 26, 28, 29, 30
 Rosendahl, Dr. Hugo (vor 1933 Oberbürgermeister von Koblenz, nach 1945 Oberbürgermeister von Essen) 7
 Roth 82
 Rotterdam 194, 195
 Rudolf, Josef (Leiter der VHS Mainz) 226, 238
 Rundstedt, Gerd von (Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber West der Wehrmacht) 24, 102, 140
 Rüsselsheim 197, 241
 Saarbrücken 97, 101, 105, 141
 Saarburg (Saar) 80, 101, 103
 Saarlouis (Saar) 101
 Salomon, Ernst von (Schriftsteller) 184
 Sayneck bei Isenburg 110
 Schifferstadt (Pfalz) 59
 Schleiden (Eifel) 81, 103, 154
 Schmidt, Dr. (Rechtsanwalt in Andernach) 112, 147
 Schmidtheim 152
 Schmitt, Philipp L. 202
 Schmitthenner, Paul (Architekt) 208, 218

- Schmittlein, Raymond (Leiter der Kultur-
abteilung der französischen Militär-
regierung) 179
- Schnorbach, Josef (Oberbürgermeister von
Koblenz) 112, 129, 133, 134
- Schöneberg (Soonwald) 57
- Schuchert, August 211
- Schulz-Barofsky, Frau 226
- Schunk, Heinrich (Bürgermeister von
Mainz) 197, 243
- Schütz (Architekt) 220
- Schwahn, Dr. Quinibert (Oberrechtsrat,
Fürsorgedezernent Mainz) 201, 234
- Schwalbach, Johannes (Domkapitular
Mainz) 202
- Schwamb, Frau 226
- Schweinfurth, Marta 35, 36, 37
- Schweitzer (Professor, Karlsruhe) 220
- Schwerin, Gerhard Graf von (General-
leutnant) 99
- Schwing, Dr. Ernst (Beigeordneter,
später Oberbürgermeister von Köln) 9,
11, 15, 16, 18
- Seaford (U.S.-Leutnant) 197, 243
- Seghers, Anna (Schriftstellerin) 214
- Sellerich/Habscheid (Eifel) 100
- Serrig (Saar) 57, 103
- Siebenbrunnen (Luxemburg) 93
- Siegburg (bei Köln) 156
- Simmer, Dr. Nikolaus (Oberbürgermeister
von Koblenz) 112
- Simmern (Hunsrück) 47
- Simon, Gustav (NS-Gauleiter des Gaues
Moselland,
Reichsverteidigungskommissar, Chef
der deutschen Zivilverwaltung in
Luxemburg 1940-44) 69, 71, 72, 73, 78,
88, 102, 104, 109
- Simpson (U.S.-Generalleutnant) 97
- Sommer, Dr. Wilhelm (Regierungsvize-
präsident von Koblenz) 121
- Sondag, Susanne 37
- Souchay, Curt (Generalmajor) 72
- Speicher (Eifel) 66
- Speyer (Pfalz) 43, 48, 120, 175, 182
- Spieß, Dr. (Apotheker) 202
- Spoelgen, Eduard (Beigeordneter in Bonn
vor 1933, Verwaltungsleiter in Bonn
1945) 6
- St. Goar (Rhein) 137, 171
- St. Goarshausen (Rhein) 137
- St. Martin (Pfalz) 55
- Stalingrad 21
- Stavelot (Belgien) 103
- Steffan, Jakob (Polizeipräsident, Regie-
rungspräsident von Rheinhessen, Innen-
minister von Rheinland-Pfalz) 197, 201,
204, 227
- Steil (Polizeidirektion Mainz) 208
- Stein, Franz (Oberbürgermeister von
Mainz) 53, 64, 127, 231, 233
- Steinlein, Dr. Wilhelm (Rechtsanwalt, Re-
gierungspräsident von Trier) 104, 105,
118, 121
- Steinwenden (Pfalz) 34
- Stohr, Albert (Bischof von Mainz) 211,
212, 213
- Stolzembourg (Belgien) 99
- Stommeln (Vorort von Köln) 10
- Straßenhaus 109
- Strasser, Dr. Ernst (Theologe) 211
- Sträter, Eduard (Regierungspräsident von
Düsseldorf) 11
- Strecker, Ludwig 217, 222
- Stuttgart 218
- Suth, Dr. Wilhelm (Beigeordneter in Köln,
Leiter der Stadtverwaltung Köln 1945)
5, 8, 10
- Taben (Saar) 103
- Tarforst (bei Trier) 103
- Theis, Karl (Bürgermeister von Ander-
nach) 113
- Theresienstadt 214
- Trabandt, Karl (evangel. Pfarrer) 212, 215
- Traben-Trarbach (Mosel) 57, 104
- Treysa (Hessen) 213
- Trier 2, 6, 7, 11, 12, 40, 43, 56, 60, 64, 66,
67, 97, 98, 99, 101, 102, 103, 104, 105,
106, 108, 109, 112, 118, 120, 121, 124,
137, 138, 163, 165, 168, 170, 190, 214,
217
- Truman, Harry 28
- Türk, Dr. Dr. Oskar Wilhelm (Stadt-
kämmerer von Köln) 4

- Udenbreth (Luxemburg) 103
Urmes, Albert (NS-Gaupropaganda-Amtsleiter) 72, 102
Utscheid (Eifel) 59
Vallendar (bei Koblenz) 136
van der Velden, Johannes Joseph (Bischof von Aachen) 23
Venlo (Niederlande) 153
Verdun (Frankreich) 38, 97
Vianden (Luxemburg) 73, 81, 82
Vichy (Frankreich) 185
Vogelsang (NS-Ordensburg) 103
Vogelsang, Heinrich (Verwaltungsdirektor, Oberbürgermeister von Rheydt) 6
Wagner, Robert (Gauleiter, Reichsverteidigungskommissar Elsaß ab 1942) 139
Walther, Dr. Rudolph (Regierungsrat, Oberbürgermeister von Mainz) 197, 198, 200, 201, 202, 204, 241, 243
Warschau 194, 195
Washington 22, 24, 25, 29, 30, 31, 111
Wasserbillig (Luxemburg) 93
Weidingen (Eifel) 35
Weisenau (Stadtteil von Mainz) 203, 207, 214, 234
Weiss, Dr. Franz-Rudolph von (Schweizer Generalkonsul) 3
Weitz, Dr. Heinrich (Oberbürgermeister von Trier und Duisburg) 7
Wertheim (Main) 203
Westenberger, Wilhelm (Rechtsanwalt, Justizminister Rheinland-Pfalz) 201
Westerburg (Westerwald) 61
Wien 26
Wiltingen (Mosel) 103
Winterberg, Wilhelm (ev. Pfarrer in Koblenz) 127
Winterspelt (Eifel) 100, 103
Wittig (Studienrat) 214
Wohn, Andreas 214, 218
Wolf (Stadtamtman) 42, 241, 242
Worms (Rhein) 109, 214, 246
Wuppertal 7, 16
Zahlbach (Stadtteil von Mainz) 212
Zeiger, S.J., P. Ivo 212
Zerf (s. Trier) 103
Zingsheim (Eifel) 152
Zinn, Georg August (Ministerpräsident von Hessen) 232
Zörgiebel, Karl (Polizeidezernent Mainz) 201
Zuckmayer, Carl (Schriftsteller) 238
Zweibrücken (Pfalz) 40
Zweifall (Eifel) 100
Zwissler, Karl Maria 237

GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE

Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz.
Begründet von Ludwig Petry und Johannes Bärmann,
weitergeführt von Alois Gerlich.
Herausgegeben von Michael Matheus

1. **Hambacher Gespräche 1962.** Mit Beiträgen von K. Baumann, K.-G. Faber, H. Kimmel, W. Klötzer, E. G. Franz, A. M. Keim, R. Buchner, K. Lutz, W. Schlegel, W. Mommsen. 1964. VIII, 170 S., kt. ISBN3-515-00601-X
2. [1. **Sammelband**]. Mit Beiträgen von F. Trautz, J. Wysocki, H. Mathy, A. Gerlich. 1965. VI, 245 S., kt. 00602-8
3. **Ludwig Petry, Hrsg.: Festschrift Johannes Bärmann.** Teil 1: 1966. VIII, 256 S., Frontispiz, kt. 00603-6
Teil 2: 1967. VIII, 265 S., kt. 00604-4
4. **Wolf-Heino Struck: Die Auswanderung aus dem Herzogtum Nassau (1806–1866).** 1966. VIII, 203 S., kt. 00605-2
5. **Johannes Bärmann / Karl-Georg Faber / Alois Gerlich, Hrsg.: Festschrift Ludwig Petry.** Teil 1: 1968. VIII, 342 S., Frontispiz, kt. 00606-0
Teil 2: 1969. VIII, 436 S., kt. 00607-9
6. **Friedrich P. Kahlenberg, Hrsg.: Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921–1927.** 1970. XXVIII, 262 S., kt. 02229-5
7. [2. **Sammelband**]. Mit Beiträgen von M. Laufs, W. Metz, H. Reifenberg, H. Duchhardt, F. Reusch, A. Gerlich, A. Eckhardt, K.-G. Faber. 1972. VIII, 262 S., kt. 00608-7
8. **Peter Lautzas: Die Festung Mainz im Zeitalter des Ancien Régime, der Französischen Revolution und des Empire (1736–1814).** Ein Beitrag zur Militärstruktur des Mittelrhein-Gebietes. 1973. XLVI, 266 S., 6 Faltktn., 3 Ktn., kt. 00609-5
9. [3. **Sammelband**]. Mit Beiträgen von H. Brüning, M. Laufs, K.-H. Spieß, A. Gerlich, A. Schröcker, H. Terhalle, W. Dotzauer. 1973. VIII, 307 S. m. 25 Abb., 1 Kte., kt. 00610-9
10. **Alzeyer Kolloquium 1970.** Mit Beiträgen von M. Schaab, F. K. Becker, G.F. Böhn, W. Dotzauer. 1974. VIII, 125 S., 1 Faltkte., kt. 01218-4
11. **Franz Staab: Untersuchungen zur Gesellschaft am Mittelrhein in der Karolingerzeit.** 1975. (vergriffen) 01910-3
12. **Konrad Fuchs: Die Erschließung des Siegerlandes durch die Eisenbahn (1840–1917).** (vergriffen) 01948-0
13. **Manfred K. H. Eggert: Die Urnenfelder in Rheinhessen.** 1976. VIII, 347 S., 59 Taf., kt. 02103-5
14. [4. **Sammelband**]. Mit Beiträgen von H. Leser, H.-W. Herrmann, W. Dotzauer, R. Pillorget, H. Weber, E. Simon, H. Immel, E. Rettinger, W. G. Rödel, H. Duchhardt, K. Reidel. 1976. VI, 260 S. m. 10 Ktn. u. 7 Fig., kt. 02350-X
15. **Dieter Demandt: Stadtherrschaft und Stadtfreiheit im Spannungsfeld von Geistlichkeit und Bürgerschaft in Mainz (11.–15. Jh.).** 1977. VIII, 186 S., 1 Kte., kt. 02399-2
16. **Winfried Dotzauer: Freimaurergesellschaften am Rhein.** Aufgeklärte Sozietäten auf dem linken Rheinufer vom Ausgang des Ancien Régime bis zum Ende der napoleonischen Herrschaft. 1977. VI, 303 S., kt. 02517-0
17. [5. **Sammelband**]. **Ministerialitäten im Mittelrheinraum.** Mit Beiträgen von H. Seider, F. Trautz, F.K. Becker, K.-H. Spieß, H. Gensicke. 1978. VIII, 99 S., kt. 02774-2
18. **Karl-Heinz Spieß: Lehnrecht, Lehnspolitik und Lehnverwaltung der Pfalzgrafen im Spätmittelalter.** 1978. XXVI, 289 S., 2 Abb., 1 Farbtaf., 1 Ausschlagkte., kt. 02744-0
19. **W. G. Rödel, Hrsg.: Bevölkerungsbewegung und soziale Strukturen in Mainz zur Zeit des Pfälzischen Krieges (1680–1700).** Eine historisch-demographische Fallstudie. Von Chr. E. Gaede, L. Leinert, H. W. Rappke, E. Rettinger, R. Schmid. 1978. X, 108 S. m. 8 Abb., 11 Fig. u. 24 Tab., kt. 02794-7
20. **Klaus Eiler: Stadtfreiheit und Landesherrschaft in Koblenz.** Untersuchungen zur Verfassungsentwicklung im 15. und 16. Jahrhundert. 1980. XXX, 396 S. m. 7 Fig., kt. 03211-8
21. [6. **Sammelband**]. **Beiträge zur mittelhessischen Landesgeschichte.** Von F. Staab, K. Elsenbast / A. Greule, V. Rödel, W. Dotzauer, K. Eiler, A. Schröcker, G. Krummeck / W. G. Rödel. 1980. XII, 333 S. m. 5 Abb. u. 1 Kte., kt. 03297-5
22. [7. **Sammelband**]. **Vom Alten Reich zu neuer Staatlichkeit. Alzeyer Kolloquium 1979.** Kontinuität und Wandel im Gefolge der Französischen Revolution am Mittelrhein 1982. VIII, 177 S., kt. 03634-2
23. **Christel Krämer / Karl-Heinz Spieß: Ländliche Rechtsquellen aus dem kurtrierischen Amt Cochem.** 1986. XXIV, 56*, 480 S. m. 2 Abb. u. 1 Kte., kt. 03737-3
24. **Alois Gerlich, Hrsg.: Hambach 1832.** Anstöße und Folgen. 1984. VIII, 252 S. m. 1 Abb., kt. 04046-3
25. **Alois Gerlich, Hrsg.: Regionale Amts- und Verwaltungsstrukturen im rheinhessisch-**

- pfälzischen Raum (14.–18. Jahrhundert). 1984. VIII, 187 S., kt. 04210-5
26. **Andrea Litzemburger: Kurfürst Johann Schweikard von Kronberg als Erzkanzler.** Mainzer Reichspolitik am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges (1601–1619). 1984. XXII, 319 S., kt. 04167-2
 27. **Elmar Rettinger, Bearb.: Historisches Ortslexikon Rheinland-Pfalz. Band 1: Ehemaliger Landkreis Cochem.** (Unter Verwendung von Vorarbeiten von Martina Bleymehl-Eiler, Klaus Eiler und Manfred Laufs.) 1985. XXXVI, 343 S. m. 1 Kte., kt. 04173-7
 28. **Walter G. Rödel: Mainz und seine Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert.** Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und soziale Strukturen in einer geistlichen Residenzstadt. 1985. XVI, 412 S. m. zahlr. Diagr., 116 Tab. i. Text u. 14 Tab. i. Anh., 6 Faltstatistiken, kt. 04419-1
 29. **Susanne Schlösser: Der Mainzer Erzkanzler im Streit der Häuser Habsburg und Wittelsbach um das Kaisertum 1740–1745.** 1986. VII, 213 S., kt. 04595-3
 30. **Alois Gerlich, Hrsg.: Das Dorf am Mittelrhein.** Fünftes Alzeier Kolloquium 1986. 1989. VIII, 240 S., kt. 05151-1
 31. **Martin Süß: Rheinhessen unter französischer Besatzung.** Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924. 1988. XII, 359 S. m. 21 Abb., kt. m. Schutzumschlag 05270-4
 32. **Herbert Pohl: Hexenglaube und Hexenverfolgung im Kurfürstentum Mainz.** Ein Beitrag zur Hexenfrage im 16. und beginnenden 17. Jahrhundert. 1989. XIV, 373 S., 6 Abb., 4 Tab., kt. (vergriffen) 05330-1
 33. **Heinrich Büttner: Mittelrhein und Hessen.** Nachgelassene Studien hrsg. von Alois Gerlich. 1989. XVI, 132 S., kt. 05178-3
 34. **Peter Müller: Die Herren von Fleckenstein im späten Mittelalter.** Untersuchungen zur Geschichte eines Adelsgeschlechts im pfälzisch-elsässischen Grenzgebiet. 1990. LIX, 746 S. m. 6 Stammtaf., 10 Fig., 7 Ktn., geb. 05511-8
 35. **Margarete A. Kramer: Die Politik des Staatsministers Emil August von Dungen im Herzogtum Nassau.** 1991. XXII, 270 S., 1 Farbtaf., geb. 05888-5
 36. **Ute Mayer/Rudolf Steffens: Die spätmittelalterlichen Urbare des Heiligeist-Spitals in Mainz.** Edition und historisch-wirtschaftsgeschichtliche Erläuterungen. 1992. XXXVIII, 608 S. m. 1 Graphik, 3 Abb., 9 Ktn., 6 Taf und 24 Tab., geb. 05890-7
 37. **Elmar Rettinger, Bearb.: Historisches Ortslexikon Rheinland-Pfalz. Band 2: Ehemaliger Landkreis St. Goar.** 1995. Ca. 600 S., geb. 05889-3
 38. **Sigrid Schmitt: Territorialstaat und Gemeinde im kurpfälzischen Oberamt Alzey.** Vom 14. bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts. 1992. XII, 372 S. m. 3 Graphiken, 4 Tab., 12 Skizzen und 1 Kte., geb. 6069-3
 39. **Susanne Schlösser, Bearb.: Wahl und Krönungsakten des Mainzer Reichskanzlerarchivs 1486–1711.** 1993. X, 318 S., geb. 6068-5
 40. **Alois Gerlich, Hrsg.: Weinbau, Weinhandel und Weinkultur.** Sechstes Alzeier Kolloquium. 1993. VIII, 293 S., 11 Abb., 8 Ktn. in Kartentasche, geb. 6260-2
 41. **Hedwig Brüchert-Schunk: Städtische Sozialpolitik vom Wilhelminischen Reich bis zur Weltwirtschaftskrise.** Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung am Beispiel der Stadt Mainz 1890–1930. 1994. XIII, 413 S. m. 12 Abb., 19 Graph., 38 Tab., geb. 6282-3
 42. **Winfried Dotzauer, Wolfgang Kleiber, Michael Matheus und Karl-Heinz Spieß, Hrsg.: Landesgeschichte und Reichsgeschichte.** Festschrift für Alois Gerlich zum 70. Geburtstag. 1995. X, 452 S. m. 9 Abb., 8 Graph., 3 Tab., geb. 6540-7
 43. **Reinhard Lahr: Die Mittelrheingemeinden Heimbach, Weis und Gladbach zwischen Grundherrschaft und Industrialisierung (1680–1880).** Ländliche Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur im Umbruch. 1995. XVII, 535 S. m. 55 Abb., 24 Ktn., 193 Tab., geb. 6842-2
 44. **Sigrid Schmitt: Ländliche Rechtsquellen aus den kurmainzischen Ämtern Olm und Algesheim.** 1996. XIX, 671 S., geb. 6786-8
 45. **Peter Claus Hartmann, Hrsg.: Der Mainzer Kurfürst als Reichserzkanzler.** Funktionen, Aktivitäten, Ansprüche und Bedeutung des zweiten Mannes im Alten Reich. 1997. VII, 229 S., geb. 6919-4